

KARL DIEHL

ÜBER SOZIALISMUS, KOMMUNISMUS UND ANARCHISMUS

VIERTE AUFLAGE

Über Sozialismus Kommunismus und Anarchismus

Fünfundzwanzig Vorlesungen

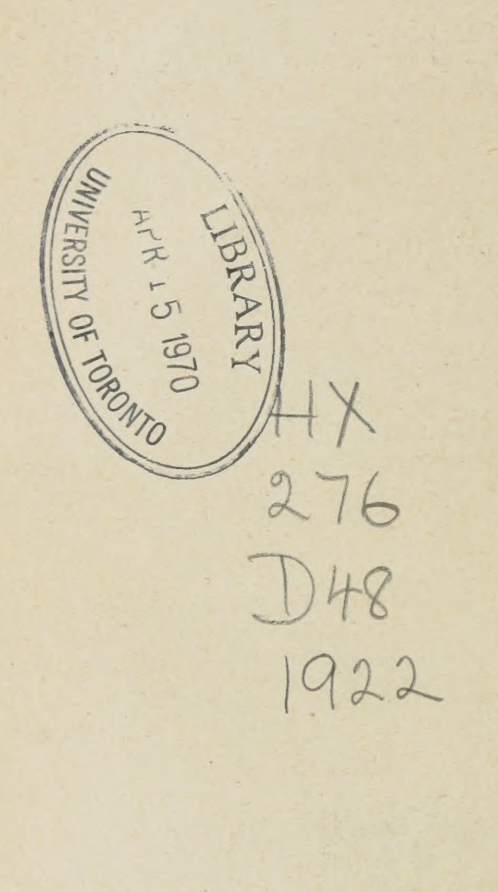
von

Karl Diehl

Vierte, vermehrte Auflage



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1922



Vorwort zur ersten Auflage.

An den Universitäten Halle, Rostock und Königsberg habe ich wiederholt öffentliche Vorlesungen für Studierende aller Fakultäten über „Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus" gehalten.

Einem mehrfach mir geäußerten Wunsche, diese Vorlesungen im Druck zu veröffentlichen, komme ich hierdurch nach.

Natürlich kann es sich nicht um eine wörtliche Wiedergabe dieser Vorlesungen handeln — denn sie wurden in freier Rede gehalten und erst jetzt zum Zwecke der Drucklegung ausführlich niedergeschrieben. Hierbei konnte ich bei Einteilung und Gruppierung des Stoffes von den Vorlesungen in mancher Hinsicht abweichen, da ich nicht an die knapp bemessene Frist der akademischen Vorlesung gebunden war.

Den ganzen Ballast literarischer Anmerkungen habe ich ebenso vermieden, wie ich auch entsprechend dem Hörerkreise eine eingehende fachwissenschaftliche Kritik unterlassen mußte.

Die Leser, die sich für meine kritische Stellungnahme zu einzelnen sozialistischen Lehren interessieren, verweise ich auf meine größeren Arbeiten: P. J. Proudhon. Seine Lehre und sein Leben (3 Bde., Jena 1888 bis 1896) und Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos System der Volkswirtschaft und Besteuerung (2 Bde., Leipzig 1905).

Königsberg i. P., Oktober 1905.

K. Diehl.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Bereits vor zwei Jahren war diese Schrift, von der im Jahre 1906 eine Ausgabe in russischer Sprache erschien, im Buchhandel vergriffen. Durch anderweitige Arbeiten war ich längere Zeit verhindert, an die Neubearbeitung heranzugehen, so daß erst jetzt die neue Auflage erscheinen konnte.

Ich habe den Grundcharakter der ersten Auflage im wesentlichen beibehalten, nur einige Erweiterungen und Ergänzungen vorgenommen und der besseren Übersichtlichkeit halber den Stoff in zwei Gruppen geteilt.

In der ersten Abteilung behandele ich das Wesen und die Hauptrichtung des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. In der zweiten Abteilung stelle ich die sozialistische Bewegung in den Hauptkulturländern dar. Gegenüber der ersten Auflage ist eine Erweiterung namentlich dadurch

eingetreten, daß ich der neueren Entwicklung des Sozialismus in Frankreich und England eine eingehendere Betrachtung zuteil werden ließ. In Frankreich ist es besonders das Hervortreten des revolutionären Syndikalismus und in England die Begründung der Labour Party, die mir zu umfassenderer Darstellung Anlaß gaben. Aus der deutschen Bewegung habe ich die neueren Fortschritte des Revisionismus näher gekennzeichnet.

Neu hinzugekommen sind die Kapitel über den kommunistischen Staat, den Agrarsozialismus und die Internationale.

Auf diese Weise ist der Umfang des Buches beträchtlich vermehrt worden und es enthält jetzt statt zwölf Vorlesungen zwanzig.

Einem Wunsche aus dem Leserkreise folgend, habe ich den einzelnen Kapiteln kurze Literaturangaben hinzugefügt.

Freiburg i. B., 1. Januar 1911.

K. Diehl.

Vorwort zur vierten Auflage.

Die zweite im Jahre 1911 erschienene Auflage dieses Buches war längere Zeit im Buchhandel vergriffen. Da es mir an Zeit fehlte, eine neue Auflage vorzubereiten, wurde im Jahre 1920 eine unveränderte Auflage herausgegeben.

Die vorliegende vierte Auflage ist gegenüber der zweiten wesentlich umgestaltet. Ich habe zu den zwanzig Vorlesungen noch fünf neue über die Entwicklung des Sozialismus und die sozialistische Bewegung seit dem Weltkriege hinzugefügt. Abgesehen von Zusätzen in einzelnen Kapiteln, z. B. über Anarchismus, habe ich den Text der ersten zwanzig Vorlesungen in der Hauptsache unverändert gelassen. Der Leser erhält auf diese Weise einen Einblick in die Um- und Neubildung der sozialen Bewegung seit dem Weltkriege, verglichen mit der vorangegangenen Periode.

Zu den bisher von mir in Betracht gezogenen Ländern, Deutschland, Frankreich und England ist jetzt Rußland hinzugekommen. Außer dem Bolschewismus habe ich von neueren sozialistischen Strömungen besonders den englischen Gildensozialismus, den deutschen Kriegssozialismus, den Neomarxismus und die Spaltungen in der deutschen Sozialdemokratie, sowie in der Internationale zur Darstellung gebracht.

Zu der früher bereits erschienenen russischen Übersetzung meines Buches ist im Jahre 1913 eine schwedische Übersetzung hinzugekommen. Der Übersetzer K. Hildebrand hat das Buch durch eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Sozialdemokratie und der sozialistischen Bewegung in Schweden wesentlich bereichert.

Zuletzt noch ein Wort an meine Kritiker! Von verschiedenen Rezensenten der früheren Auflagen meines Buches wurde bemängelt, daß diese oder jene Seite des Sozialismus nicht genügend berücksichtigt sei. Der Eine wünschte, daß ich die Darstellung auf alle Hauptkulturländer ausdehnen solle, ein Anderer warf mir vor, daß ich die sozial-philosophischen

Grundlagen des Sozialismus nicht eingehend genug behandelt hätte, ein Dritter meinte, daß eine viel ausführlichere Darstellung der Vorgänge in den einzelnen Parteigruppen wünschenswert gewesen wäre. Ich möchte allen diesen Kritikern gegenüber bemerken, daß der Rezensent eines Werkes bei seiner Beurteilung nicht den Maßstab dessen anlegen sollte, was e r in bezug auf Ausdehnung des Inhaltes wünscht, sondern sich an das halten möge, was der Autor selbst zu geben beabsichtigt. Es ist ganz unmöglich bei dem ungeheueren Stoffgebiete, das hier vorliegt, alles Wissenswerte in einem knappen Bande zusammenzufassen. Meine Absicht sowohl bei der ersten, wie bei jeder späteren Auflage dieses Buches war es, zur b e g r i f f l i c h e n Klärung beizutragen, d. h. den Begriff des Sozialismus und seiner verschiedenen Abarten klar abzugrenzen und ferner in einer Darstellung der sozialen Bewegungen einiger Hauptkulturländer zu zeigen, inwieweit sozialistische und verwandte Theorien hierauf von Einfluß gewesen sind. Unmöglich konnte ich eine ausführliche fachmännische Kritik der wichtigsten sozialistischen Theorien geben, ebenso mußte es mir fern liegen, die sozialistischen Bewegungen aller Länder in extenso darzustellen. Auch jetzt lag mir nur daran, die wesentlichen Veränderungen in den Grundzügen zu schildern. Aber die gewaltig angeschwollene Marx-Literatur mit den vielen neuerdings aufgeworfenen Streitfragen konnte ich ebensowenig berücksichtigen, wie ich auch darauf verzichten mußte, auf die Einzelheiten der großen Umwälzungen, welche die politischen Ereignisse der letzten Jahre in den sozialistischen Parteien hervorgebracht haben, einzugehen. Dazu kommt, daß ich durch amtliche Pflichten stark überlastet bin und meine Arbeitskraft im übrigen der Fortführung meines Werkes über theoretische Nationalökonomie widmen muß.

Ich hoffe, daß auch diese Auflage meiner Schrift zu ihren alten Freunden neue gewinnen wird. Ohne Schuld des Autors sind eine Anzahl Druckfehler stehen geblieben, worüber sich am Schluß des Buches ein Verzeichnis befindet.

F r e i b u r g i. B., Januar 1922.

Karl Diehl.

Inhalts-Verzeichnis.

Erste Abteilung: Vorlesungen I—VIII.

Über Begriff, Wesen und Hauptarten des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus.

Zweite Abteilung: Vorlesungen IX—XX.

Die internationale sozialistische Bewegung.

Dritte Abteilung: Vorlesungen XXI—XXV.

Der Sozialismus seit dem Weltkriege.

Erste Abteilung: Vorlesungen I—VIII.

Über Begriff, Wesen und Hauptarten des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus.

I. Vorlesung.

Das Wesen und die Hauptrichtungen des Sozialismus.

Es ist nicht Aufgabe der Universität, zu den Fragen der Tagespolitik Stellung zu nehmen und es ist ebensowenig Sache des akademischen Unterrichts, die Studierenden über schwebende politische Tagesfragen zu belehren. Noch verkehrter wäre es, wollten wir durch unsere Vorlesungen Ihnen geradezu bestimmte politische Parteien empfehlen, oder Grundsätze einzelner politischer Führer als besonders beherzigenswert darstellen.

Mit Recht haben es die deutschen Universitäten immer vermieden, Politik in diesem Sinne zu treiben und so soll es auch in Zukunft bleiben: niemals darf das Katheder zur politischen Tribüne werden.

Noch sind sie in der Zeit der Vorbereitung — der Vorbereitung sowohl für Ihren Fachberuf, als auch für das Leben, das Sie als politisch vollberechtigte Bürger in Reich, Staat und Gemeinde einst führen werden.

Ob es sich um die Zulassung der Jesuiten, oder um die Erneuerung der Handelsverträge, ob es sich um die Einführung des Normalarbeitstages, oder um den Bau neuer Kanäle handelt — zu allen diesen politischen Einzelfragen können Sie erst in selbständiger Weise Stellung nehmen, wenn Sie mitten im Leben stehen, wenn Sie durch Ihren Beruf und Ihre sonstige Tätigkeit eine gereiftere Lebens- und Weltanschauung errungen haben. Erst dann auch brauchen Sie sich zu entscheiden, welcher der bestehenden Parteien, der liberalen, der konservativen, der Zentrumspartei oder welcher Partei immer Sie beitreten wollen.

Die Universität — wiederhole ich nochmals — soll den tagespolitischen Kämpfen und den Parteien der Gegenwart möglichst entrückt sein und ihnen gegenüber strikte Neutralität wahren.

Aber in einer anderen Hinsicht gehört die Politik zu den Gegenständen, die an der Universität behandelt werden dürfen und behandelt werden müssen.

Die Politik ist nicht nur Tagespolitik, ist nicht nur Kunst des augenblicklich Erreichbaren, ist nicht nur die Kunst, wie bei gegebenen

Machtverhältnissen der maßgebenden Faktoren dieses oder jenes konkrete Ziel erreicht werden kann. Politik im weiteren Sinne zielt überhaupt auf das, was angestrebt werden soll im öffentlichen Leben, geht auf das Sollen des Staatsmannes. In dem Sinne kann man von der Politik als einer Wissenschaft reden, als alle großen politischen Strömungen und Parteien auf bestimmte staatswissenschaftliche Ideen über Recht und Staat zurückziehen. Geradeso wie Sie aber auf der Universität durch das Studium der Philosophie die Anschauungen der großen Denker über die letzten Fragen aller menschlichen Erkenntnis kennen lernen, wie Sie sich durch das Studium der Geschichte über die historischen Vorgänge unterrichten, aus denen heraus unser heutiges Staats- und Verfassungsleben geworden ist, wie Sie aus dem Staatsrecht über die verschiedenen Verfassungsformen — Absolutismus, Monarchie, Demokratie usw. — Belehrung erhalten, soll Ihnen das staatswissenschaftliche Studium die Kenntnis der rechts- und staatsphilosophischen Ideen vermitteln, auf denen in letzter Linie unsere modernen politischen Parteien beruhen.

In diesem Zusammenhang sollen Sie sich auch mit dem Sozialismus beschäftigen, sollen Sie sich bemühen, über die Ideen von Recht, Staat und Wirtschaftsleben, die dieser Richtung zugrunde liegen, sich Belehrung zu verschaffen. Auch die großen Bewegungen, die man unter dem Namen „Sozialismus" zusammenfaßt, gehen letztlich auf bestimmte Auffassungen von Staat und Recht zurück, die Sie kennen müssen, um das öffentliche Leben richtig zu beurteilen.

A. Das Wesen von Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus.

Da erhebt sich zuerst die Frage, was ist Sozialismus? Wie unendlich oft wird das Wort gebraucht! Wie oft hören wir, diese und jene Maßregel sei „sozialistisch", dieser und jener habe „sozialistische Anschauungen" — aber wie selten wird damit ein klarer, fest umgrenzter Sinn verbunden! Auf einer Versammlung des Vereins für Sozialpolitik hörte ich von einem Engländer, daß man in England diejenigen, die für Verstaatlichung der Eisenbahnen eintreten, als Sozialisten bezeichnet. Bei der Beratung des Arbeiterinvalidenversicherungsgesetzes im deutschen Reichstag meinte ein Abgeordneter, wenn ein Gesetz geschaffen würde, wonach das Deutsche Reich zu den Invaliden- und Altersrenten einen jährlichen Zuschuß zu zahlen habe, kämen wir mitten in den sozialistischen Staat hinein. Als einmal in der Stadtverordneten-Versammlung einer deutschen Stadt der Antrag gestellt wurde, den armen Volksschulkindern aus städtischen Mitteln warme Milch in der Schule zum Frühstück zu verabreichen, wurde dies als sozialistische Maßregel abgelehnt. In Deutschland und in England war im vergangenen Jahre 1910 eine Finanzreform notwendig. In beiden Ländern sollte durch eine schärfere Ausgestaltung der Erbschaftssteuer und durch eine Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden ein Teil

der Mittel erlangt werden, die zu dringenden Reichsausgaben nötig waren. Was hörte man aber als Hauptargument gegen diese Vorlagen in beiden Ländern: sie dürften nicht angenommen werden, denn es handele sich um sozialistische Pläne. In England wurde geradezu der von der Regierung ausgearbeitete Budgetentwurf seitens der Gegner als sozialistisches Budget bezeichnet.

In allen diesen Fällen paßt der Ausdruck „sozialistisch" überhaupt nicht, denn wer wollte im Ernste behaupten, daß wir in Deuschland in einem sozialistischen Reiche lebten? Und dennoch wird jedem Arbeiter aus Reichsmitteln zu seiner Alters- und Invalidenrente ein Zuschuß von 50 *M* bezahlt. Wer wollte behaupten, daß Preußen ein sozialistischer Staat wäre, trotzdem die preußischen Eisenbahnen verstaatlicht sind? Und wie manche Gemeinde gewährt armen Volksschulkindern Unterstützung in dieser oder jener Form, ohne darum sozialistisch geworden zu sein.

Gegenüber solch verschwommener und unklarer Ausdrucksweise, die schließlich jede öffentliche Maßregel zugunsten der Arbeiter oder weniger bemittelter Volksklassen als sozialistisch stempelt, ist eine klare und scharf umgrenzte Definition des Begriffs Sozialismus notwendig. Wir wollen den Ausspruch Kants über die Wichtigkeit klarer Begriffsbildung beherzigen: „Gedanken ohne Inhalt sind leer; Anschauungen ohne Begriffe sind blind. Daher ist es ebenso notwendig, seine Begriffe sinnlich zu machen, d. h. ihnen den Gegenstand in der Anschauung beizufügen, als seine Anschauungen sich verständlich zu machen, d. h. sie unter Begriffe zu bringen."

Das Wort Sozialismus ist erst sehr jungen Datums. Zuerst wurde der Ausdruck „socialisme" in Frankreich gebraucht und zwar durch einen Anhänger Saint-Simons Joncières, der im Jahre 1832 in der Saint-Simonistischen Zeitschrift „Globe" einmal sagte: „Enfin nous ne voulons pas sacrifier la personalité au socialisme, pas plus que ce dernier à la personalité." Dann wurde der Ausdruck namentlich durch Leroux und Reybaud angewandt.

Aber wenn das Wort erst in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts aufkam, die Richtung war schon lange bekannt. Stellt doch Platos berühmtes Werk „der Staat" bereits ein sozialistisches System dar.

Was ist das Wesen des Sozialismus?

Nicht richtig wäre der skeptische Standpunkt, der da meint: Die sozialistischen Systeme sind so grundverschieden, daß es einfach unmöglich ist, sie alle unter einen Begriff zu bringen. So sagt z. B. Stammler (S. 18): „Es ist eine unlösliche Aufgabe, zu denjenigen sozialen Richtungen, welche im Laufe des vergangenen Jahrhunderts den Beinamen der sozialistischen sich in allgemein üblicher Sprechweise errungen haben, einen einheitlichen, sachlichen Begriff zu finden." Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß wir einen solchen festen Begriff dringend brauchen, damit nicht wie nach üblichem Sprachgebrauche

auch in der Wissenschaft alle möglichen, nicht hierher gehörigen Erscheinungen unter einen solchen schwankenden Begriff gebracht werden.

Vermeiden müssen wir auch alle Definitionen, die so vag und allgemein sind, daß wir zu keiner klaren Vorstellung kommen, z. B. solche Erklärungen, wie sie einmal Proudhon abgegeben hat, der auf die Frage: wer denn eigentlich Sozialist sei, antwortete: „Jeder, der nach Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände strebt." Wer würde da nicht Sozialist sein?

Auch alle Definitionen müssen abgelehnt werden, auf Grund deren es vom subjektiven Standpunkt des Beurteilers abhängt, ob eine Richtung sozialistisch ist oder nicht. Dahin gehört z. B. die Definition Neumanns: „Sozialistisch sind diejenigen Parteirichtungen und Lehren, welche in Forderung der Beschränkungen eigennütziger Wirtschaft zugunsten einer durch öffentlichen Zwang durchzuführenden gemeinnützigen zu weit gehen" (S. 492). Was heißt „zu weit gehen" und wer soll darüber entscheiden, was „zu weit gehen" ist?

Verfehlt scheint es mir ferner zu sein, mit „Sozialismus" alle diejenigen Richtungen zu bezeichnen, die eine bestimmte ethische Grundnorm in der Gesellschaftsordnung zur Durchführung bringen wollen, z. B. das Gemeinschaftsideal, die Menschheitswürde, den Wert der Einzelpersönlichkeit usf. In diesem Sinne hat man Kant zum Vertreter sozialistischer Ideen erklärt. Z. B. zitiert Cohen in seinem Werk „Ethik des reinen Willens" (1905) das bekannte Sittengesetz Kants: „Handle so, daß du die Menschheit sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel gebrauchst" und knüpft daran die Bemerkung: „In diesen Worten ist der tiefste und mächtigste Sinn des kategorischen Imperativs ausgesprochen; sie enthalten das sittliche Programm der neuen Zeit und aller Zukunft der Weltgeschichte . . . . die Idee des Zweckvorzugs der Menschheit wird dadurch zur Idee des Sozialismus, daß jeder Mensch als Endzweck, als Selbstzweck definiert wird."

Das Kantsche Sittengesetz hat aber mit dem „Sozialismus" nicht das geringste zu tun, kann vielmehr in allen möglichen Gesellschaftsformen, individualistischen wie sozialistischen, befolgt werden —.

Es muß verlangt werden, daß der Begriff Sozialismus klar und scharf sei, und daß er sich abgrenze gegenüber allen anderen, auch verwandten Richtungen.

Zur Begriffsbestimmung des Sozialismus scheint mir nur ein Weg gangbar und zwar der, daß wir die konkreten Ziele in den Vordergrund stellen, welche der Sozialismus und seine verschiedenen Abarten bezwecken. Dagegen scheint es mir nicht rätlich, die ethischen oder sozialphilosophischen Gesichtspunkte, von denen die Sozialisten ausgehen, zum fundamentum divisionis zu machen, denn diese Gesichtspunkte sind bei vielen sozialistischen Schriftstellern gar nicht klar und eindeutig erkennbar.

So lange es staaatswissenschaftliche Schriftsteller gegeben hat, haben

sie sich immer mit dem Problem beschäftigt, welche Form des menschlichen Gemeinschaftslebens die zweckmäßigste sei. Sie gehen fast allgemein davon aus, daß irgend eine Art des Rechtszwangs nötig sei, um die menschliche Gesellschaft zusammenzuhalten. Abseits hiervon steht eine zweite Richtung, welche menschliches Gemeinschaftsleben für möglich hält ohne jeden Rechtszwang: nur auf dem Wege freier zwangloser Vereinigung sollten die Menschen miteinander verbunden werden. Diese Richtung ist der Anarchismus. Sonach hätten wir zwei mögliche Grundformen menschlichen Gemeinschaftslebens: Die Gemeinschaftssysteme mit Rechtszwang und die ohne Rechtszwang.

Bei den Gesellschaftsorganisationen mit Rechtszwang ist die Hauptfrage für die Regelung ihrer wirtschaftlichen Ordnung die Frage des Eigentums. Danach haben wir zwei grundverschiedene Wirtschaftssysteme zu unterscheiden, die kollektivistischen und die individualistischen Wirtschaftssysteme.

Die kollektivistischen Wirtschaftssysteme sind diejenigen, welche prinzipiell das Gemeineigentum für die beste Grundlage der wirtschaftlichen Rechtsordnung halten oder für diejenige, zu welcher sich die Gesellschaft entwickelt. Die individualistischen dagegen diejenigen, welche das Privateigentum als die beste Grundlage ansehen.

Wir unterscheiden dreierlei kollektivistische Wirtschaftssysteme: 1. den Sozialismus, 2. den Kommunismus und 3. den Agrarsozialismus.

1. Der Sozialismus ist diejenige Richtung, welche die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln als wünschenswert ansieht, oder meint, daß wir in der Entwicklung zu dieser Gesellschaftsordnung begriffen sind. Wir verstehen unter Produktionsmitteln alle diejenigen wirtschaftlichen Güter, welche zur Erzeugung neuer Güter bestimmt sind, also vor allen Dingen den gesamten Grund und Boden und alle erarbeiteten Produktionsmittel, d. h. Fabrikanlagen, Maschinen, Werkzeuge, Halbfabrikate, Rohstoffe usw. Während heute in allen Kulturstaaten die Verfügung über die Produktionsmittel einzelnen Privatpersonen zusteht, soll nach Ansicht des Sozialismus in Zukunft diese Verfügungsgewalt den einzelnen entzogen und auf die Gemeinschaft übertragen werden. Kein einzelner soll ein Grundstück oder eine Fabrik sein eigen nennen. Das Eigentumsrecht geht vielmehr an den Staat oder wie man sonst die zu einer wirtschaftlichen Gemeinschaft vereinigten Menschen nennen will, über. Wir haben also das Wesen des Sozialismus negativ dahin festgestellt, daß er gegen das private Grund- und Kapitaleigentum gerichtet ist. Wir können sein Wesen positiv dahin erklären: es soll nur noch persönliches Einkommen aus Arbeit, nicht mehr aus Vermögensbesitz geben.

Stammler hat in seiner neuen Schrift („Sozialismus und Christentum", Leipzig 1920) seinen oben angegebenen skeptischen Standpunkt be-

treffend die Definition des Sozialismus abgeändert und gibt jetzt folgende Definition: „Eine sozialistische Wirtschaft ist eine planmäßig zentralisierte Zwangswirtschaft. Ihren Gegensatz nennt man gewöhnlich die individualistische oder die freiheitliche, auch die bürgerliche Wirtschaft." Und an anderer Stelle: „Das Wesen des Sozialismus liegt in dem zentralisierenden Zwang, mit dem er in direkten Geboten und Verboten die zusammenstimmende Tätigkeit der rechtlich Verbundenen ergreift." Mit dieser Begriffsbestimmung nähert sich Stammler der meinigen.

Aus meiner grundlegenden Definition können Sie schon ersehen, wie naiv und oberflächlich der alte, aber immer wieder gehörte Einwand gegen den Sozialismus ist, dieses Wirtschaftssystem sei ganz undurchführbar, denn, wenn auch die Vermögensbestände unter allen Menschen zu gleichen Teilen verteilt würden, so würden die einen sich ihr Vermögen erhalten und vergrößern, die anderen durch Verschwendung arm werden, so daß nach einiger Zeit wieder Ungleichheit vorhanden wäre. Abgesehen davon, daß der Sozialismus gar nicht unbedingte Gleichheit anstrebt, und daß er nicht eine neue Verteilung des vorhandenen Vermögens, sondern eine neue Produktionsordnung anstrebt, besteht das Mißverständnis vor allem in folgendem: In der sozialistischen Gesellschaft soll jeder private Vermögenserwerb, d. h. Erwerb von nutzbringendem Vermögen, ausgeschlossen sein. Also privates Kapital- und Grundvermögen, welches Rente, Zins, Gewinn abwirft, ist grundsätzlich beseitigt, so daß eine Ersparung von Kapital ganz ausgeschlossen ist.

Der Sozialismus ist zu unterscheiden von der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist eine politische Partei, die in der Gegenwart ein bestimmtes Programm verwirklichen will, die für die Gegenwart und nächste Zukunft bestimmte Endziele verfolgt und zur Erreichung dieser Zwecke politische Machtmittel gebraucht. Das wirtschaftliche Endziel der Sozialdemokratie ist sozialistisch, d. h. auch sie strebt eine Wirtschaftsordnung ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln an. Insofern kann man sagen, daß jeder Sozialdemokrat Sozialist ist, aber nicht jeder Sozialist ist Sozialdemokrat. Denn nicht jeder, der als wissenschaftlicher Nationalökonom überzeugt ist, daß das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln dem Privateigentum vorzuziehen sei oder ihm Platz machen müsse, stimmt mit dem Programm, der Taktik und der Weltanschauung der Sozialdemokratie überein. Viele Sozialisten glauben, daß erst nach Hunderten von Jahren die sozialistische Gesellschaftsordnung möglich sei. Der Sozialismus, den ich einmal als Hauptrepräsentant der kollektivischen Systeme in den Vordergrund stellen will, bildet also den Gegensatz zum Individualismus. Das Wirtschaftssystem des Sozialismus macht die Volksgemeinschaft zum verantwortlichen Träger der Wirtschaftsfunktionen. Der Individualismus überträgt diese Aufgabe den einzelnen Individuen, die als private Unternehmer den Gang der Volkswirtschaft in Bewegung setzen.

Falsch ist es dagegen, Sozialismus und Kapitalismus als die beiden Gegenpole zu bezeichnen, wie dies z. B. von Schäffle ge-

schieht im Titel seines bekannten Werkes „Kapitalismus und Sozialismus", nur eine historische Epoche des Individualismus. Mit dem Schlagwort Kapitalismus will man die Wirtschaftsepoche bezeichnen, in der innerhalb der individualistischen Wirtschaftsordnung dem Kapital eine herrschende und führende Rolle zukommt. Es ist etwa die Zeit, die mit der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts beginnt, die in doppelter Weise eine große Umwälzung im Wirtschaftsleben hervorgerufen hat: einmal in technischer Hinsicht durch die großen Maschinenerfindungen; in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde die Grundlage der gewerblichen Technik und der Betriebssysteme vollkommen umgestaltet. Die Handarbeit wurde durch Maschinenarbeit großenteils ersetzt, und dann war der Siegeszug des Großbetriebs möglich. Dazu kam ein rechtliches Moment: durch die Einführung der Gewerbefreiheit in Frankreich, England und Preußen wurde die Verwertung dieser Produktionsmittel und besonders auch der menschlichen Arbeitskraft ganz bedeutend erleichtert: aber es wurde nichts an den prinzipiellen Grundlagen des Individualismus geändert, sondern der Individualismus hat hierdurch nur eine besondere Stärkung erfahren.

2. Der Kommunismus geht über den Sozialismus hinaus, weil er nicht nur die Produktionsmittel, sondern auch die Konsumtionsmittel der Verfügung einzelner Personen entziehen will. Im sozialistischen Staat kann der einzelne kein Produktivvermögen haben, d. h. keine Grundstücke und keine Fabriken usw. Wohl kann er aber Konsumtivvermögen erlangen, d. h. er darf frei über den Ertrag seiner Arbeit verfügen und kann für diesen Arbeitsertrag, also z. B. für die von ihm geleisteten Arbeitsstunden Güter eintauschen, welche er will. Anders in einem kommunistischen Gemeinwesen. Hier gehören nicht nur die Grundstücke, Geräte, Werkzeuge usw. der Gemeinschaft, sondern die Gemeinschaft bestimmt auch, was jedem einzelnen an Nahrung, Kleidung usw. zukommt. Oder anders ausgedrückt: Der Sozialismus will nur das Privateigentum an den Arbeitsmitteln beseitigt wissen, der Kommunismus auch das Privateigentum an den Arbeitserzeugnissen.

3. Wenn der Kommunismus in der Beschränkung des Privateigentums über den Sozialismus hinausgeht, so bleibt der Agrarsozialismus in der Beschränkung des Privateigentums hinter dem Sozialismus zurück. Der Agrarsozialismus will nur das private Grundeigentum beseitigen, das private Kapitaleigentum aber aufrecht erhalten.

Durchaus zu unterscheiden vom Sozialismus ist, der Anarchismus, der den direkten Gegenpol zum Sozialismus darstellt. Während der Sozialismus die individuelle Freiheit aufs äußerste beschränkt, indem der Gemeinschaft die Verfügungsgewalt über den wirtschaftlichen Produktionsprozeß zuerteilt ist, will der Anarchismus die Freiheit des Individuums im denkbar höchsten Maße verstärken.

Der Sozialismus zielt auf eine Änderung unserer Rechtsordnung ab, der Anarchismus will jede Rechtsordnung überhaupt beseitigt wissen. Jeder rechtliche Zwang soll aufhören, jeder einzelne soll Herr seiner Entschlüsse sein. Jeder kann tun und lassen, was ihm beliebt.

Ebenfalls grundsätzlich vom Sozialismus zu unterscheiden ist der sogenannte Staatssozialismus. Zwar gibt es einen Staatssozialismus im wahren Sinne des Wortes, nämlich denjenigen Sozialismus, wie ihn etwa Rodbertus und Lassalle vertraten, welche die Durchführung der neuen Gesellschaftsordnung mit Hilfe des bestehenden Staates und nicht vermittels der revolutionären Bewegung einer Klasse erstreben. Aber gewöhnlich bezeichnet man mit „Staatssozialismus" etwas anderes und hat dadurch zu Mißverständnissen vielfach Anlaß gegeben. Man spricht häufig von Staatssozialismus, wenn es sich um irgendwelche Maßregeln handelt, durch die der Staat in das freie wirtschaftliche Getriebe der Privatunternehmer eingreift oder wodurch die wirtschaftliche Vertragsfreiheit beschränkt wird. In diesem Sinne spricht man von Staatssozialismus, wenn der Staat Eisenbahnen erwirbt oder wenn für gewisse Gewerbe ein Normalarbeitstag eingeführt wird.

Wie aus allem bisher Gesagten hervorgeht, kann hier von Sozialismus nicht die Rede sein. Der Staat will in diesem Falle nicht das Privateigentum überhaupt aufheben und an Stelle des Privateigentums das Staatseigentum setzen, sondern er ersetzt unter prinzipieller Festhaltung des Privateigentumsrechts an Produktionsmitteln nur in einzelnen Ausnahmefällen, für bestimmte Betriebe, namentlich im Verkehrsinteresse, die privatwirtschaftliche Unternehmung durch die gemeinwirtschaftliche. Er führt ferner unter prinzipieller Festhaltung des freien Arbeitsvertrages einzelne Beschränkungen desselben ein, wo diese Freiheit zu Mißbräuchen führen könnte. Nur dem radikalen Manchestertum, welches jedes staatliche Eingreifen in die freie Betätigung des einzelnen auf wirtschaftlichem Gebiet verwirft, erschien es als „sozialistisch", wenn der Staat hier und da in der angegebenen Weise die wirtschaftliche Freiheit beschränkte. Aus diesen manchesterlichen Kreisen ist daher auch die irrtümliche Bezeichnung hervorgegangen. Als anfangs der siebziger Jahre, namentlich von deutschen Nationalökonomen, die Forderung größerer Staatseingriffe auf wirtschaftlichem Gebiet laut wurde, bezeichnete man von manchesterlicher Seite die akademischen Vertreter dieser Richtung mit dem Spottnamen „Kathedersozialisten". Und seit dieser Zeit ist der irreführende Name Staats- oder Kathedersozialismus einer Richtung geblieben, die man viel besser als „sozialreformatorische" bezeichnet. Es soll der sozialen Auffassung, gegenüber der extremen individualistischen-atomistischen Auffassung, die alles Heil in der Volkswirtschaft vom „laisser faire" und „laiser passer" erwartet, zum Siege verholfen werden. Also der Individualismus als Wirtschaftsform verträgt sich sehr wohl mit großen Beschränkungen in diesem sozialen Sinne. Um nichts anderes als eine Abart des Individualismus handelt es sich

auch bei dem sogenannten Solidarismus, der in neuerer Zeit häufig als ein drittes Gesellschaftssystem dem Sozialismus und Individualismus entgegengesetzt wird. Das Thema vieler Vorträge in letzter Zeit lautet: Sozialismus, Individualismus und Solidarismus. Pesch (Lehrbuch der Nationalökonomie, 1. Bd., 2. Aufl. Freiburg 1914, S. 393) einer der Hauptvertreter des sogenannten Solidarismus, sagt: „Die leitende Idee des Individualismus war die der absoluten Freiheit und Selbständigkeit lediglich den eigenen Vorteil suchender Einzelwirtschaften. Der individualistischen Dezentralisation stellte der Sozialismus die Forderung einer völlig einheitlichen, zentralisierten, universalen Wirtschaftsgenossenschaft gegenüber mit Verwischung aller sozialen Differenzierung zwischen Berufsgruppen, Klassen, Ständen. In der Mitte zwischen beiden Extremen einer absoluten Zentralisation und einer absoluten Dezentralisation steht ein drittes System, dem wir den Namen „Solidarismus" geben wollen."

Was bedeutet dann aber dieses sogenannte dritte System? Pesch (a. a. O. S. 402) definiert es des Näheren als das Prinzip, durch welches erst die Nationalökonomie zu einem einheitlichen wissenschaftlichen System werden könne: „Der Zielpunkt wird dabei das wahre und berechtigte Interesse der Gattung sein, das ist der Gesamtheit, innerhalb einer einzelnen Volkswirtschaft das wahre und berechtigte Interesse des ganzen Volks. Das allgemeine materielle Volkswohl als objektives sozialrechtliches Postulat — das ist aber gerade der für die volkswirtschaftliche Organisationsfrage entscheidende Kernpunkt des Systems, welches wir „Solidarismus" benennen möchten.

Das ist aber nichts anderes als das, was wir vorher als die Richtung der ethischen Nationalökonomie oder des sogenannten Kathedersozialismus charakterisiert haben, was man aber richtiger als sozialreformatorisches System bezeichnet, das aber im Grunde gar nicht dem Wesen des Individualismus Widersprechendes bedeutet, sondern sich durchaus in die individualistische Wirtschaftsordnung einfügen läßt.

Ehe ich die Betrachtung über das Wesen des Sozialismus abschließe, muß ich noch eines Einwands gedenken, der sicher von vielen gemacht werden wird, nämlich der: Ist es nicht viel zu eng, wenn man den Sozialismus nur als ein wirtschaftliches System auffaßt, geht die Idee des Sozialismus nicht weit über das wirtschaftliche hinaus, handelt es sich nicht um eine Weltanschauung? So sagt z. B. Friedjung in seinem jüngsterschienenen Werk über das Zeitalter des Imperialismus, daß die Zeit des Eintritts ins 20. Jahrhundert unter dem Zeichen des Kampfes gestanden hätte, was sich auch in den zwei Bekenntnissen gezeigt habe, die im 19. Jahrhundert am stärksten auf ihre Gläubigen gewirkt hätten: in der katholischen Kirche und in der Sozialdemokratie. Richtig ist, daß einzelne Systeme des Sozialismus weit über das Wirtschaftliche hinaus gehen und zugleich eine geschlossene Weltanschauung darstellen. Das gilt vor allem von dem Marxismus und der ihm zugrunde liegenden materialistischen Geschichtsphilosophie,

von der späterhin noch viel die Rede sein wird. Aber Marxismus ist doch keineswegs identisch mit Sozialismus, und neben dem Marxismus gibt es noch viele andere Systeme mit ganz anderen Weltanschauungen, aber auch Sozialisten die sich nur auf das Wirtschaftliche beschränken und allen Weltanschauungsfragen gegenüber neutral verhalten. Bei der Definition des Wesens des Sozialismus gilt es doch, aus allen verschiedenen Systemen das Einheitliche herauszuschälen, und das ist eben unbedingt das wirtschaftliche Endziel, die allen gemeinsam feindliche Stellung gegenüber dem Privateigentum. Ähnlich ist auch Sombarts Definition zu beurteilen. Auch er meint, daß es sich beim Sozialismus nicht nur um ein ökonomisches Problem, sondern auch um eine ganze Weltanschauung handelt. Er sagt: „Wenn wir vom modernen Sozialismus reden, so müssen wir uns vor allem bewußt bleiben, daß in jedem seiner Systeme nicht etwa nur ein ökonomisches oder sozialpolitisches Programm, sondern fast eine ganze Weltanschauung eingeschlossen liegt. Die Lehren der sozialistischen Meister verkünden der Menge alles, was ehedem die Pfarrer und die Weisen gesprochen hatten. Und nur in dieser Verschmelzung der politischen und ökonomischen Bestrebungen mit den Glaubenssätzen einer metaphysisch verankerten Welt- und Lebensanschauung findet man die Erklärung für den dogmatischen Fanatismus, für die unüberwindliche Glaubensstärke, mit der wir so oft die sozialistischen Lehren vertreten sehen."

Sombart polemisiert dann gegen die Autoren, welche in ihrer Definition von Sozialismus das Schwergewicht auf die Eigentumstendenz legen, das seien „belanglose Nebenumstände, die nur der „ökonomischen Dogmatik" angehören und definiert dann: „Sozialismus — in dem hier gebrauchten Verstande des Wortes — ist der geistige Niederschlag der modernen sozialen Bewegung. Diese aber ist der Inbegriff aller Emanzipationsbestrebungen des Proletariats; will sagen einer der sozialen Klassen unserer Zeit."

In der Einleitung zu seinem neuen Sammelwerke („Grundlagen und Kritik des Sozialismus", Berlin 1919) definiert Sombart: „Sozialismus ist praktische Sozialrationalistik mit anti-chrematistischer Tendenz." Ich zweifle sehr, ob diese Definition, schon wegen der schwierigen Ausdrucksweise, Anklang finden wird. Sachlich soll folgendes gemeint sein: Er meint, daß der Sozialismus das Ziel habe, die Erwerbswirtschaft durch eine erwerbslose Wirtschaft zu ersetzen. Das scheint mir aber nur eine Umschreibung der Definition zu sein, die die eigentumsfeindliche Tendenz hervorhebt, denn die Frage des Privateigentums entscheidet darüber, ob eine Erwerbswirtschaft oder eine erwerbslose Wirtschaft vorliegt.

B. Die Begründung des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus.

Nachdem wir das Wesen des Sozialismus erklärt, d. h. sein Endziel gezeigt haben, wollen wir uns der Frage zuwenden, aus welchen Ideen, aus welchen Gedankengängen heraus sind die Sozialisten zu der Aufstellung dieses Endzieles gekommen?

Bisher haben wir die Sozialisten nur als Pläne-Macher kennen gelernt — „Pläne machen", sagt Kant, „ist eine üppige, prahlerische Geistesbeschäftigung, dadurch man sich ein Ansehen an schöpferischem Genie gibt, indem man fordert, was man selbst nicht leisten, tadelt, was man doch nicht besser machen kann und vorschlägt, wovon man selbst nicht weiß, wo es zu finden ist." —

Um den Sozialismus richtig würdigen zu können, genügt es nicht, zu wissen, was die Sozialisten wollen, wir wollen auch wissen, warum und aus welchen Ideen heraus sie ihre Ziele aufstellen. Daß das Ziel des Sozialismus eine völlige Neugestaltung der Wirtschaftsordnung ist, haben wir bereits gesehen. — Wir fragen jetzt nach der Begründung und Rechtfertigung dieser Forderung. Allerdings liegt nicht allen sozialistischen Systemen ein einheitliches rechtsphilosophisches Prinzip zugrunde, aber wir können doch bei den meisten Vertretern des Sozialismus eine solche grundlegende Anschauung finden.

Ihrer sozialphilosophischen Grundanschauung nach zerfallen die sozialistischen Systeme in zwei voneinander zu unterscheidende Gruppen.

Die erste Gruppe (a) ist der ideologische Sozialismus. Die dazu gehörigen Sozialisten fordern das Gemeineigentum auf Grund eines Ideals, das ihrer Ansicht nach nur bei sozialistischer Organisation verwirklicht werden könne. Sie verlangen den Sozialismus, damit die Idee der Gleichheit, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit oder irgendeine andere derartige Idee durchgeführt werden könne und sie entwerfen einen genauen Plan einer künftigen Gesellschaftsordnung, in der die Menschen in dieser neuen Art vereinigt werden sollen.

Die zweite Gruppe (b) ist der evolutionistische Sozialismus. Die Vertreter dieser Richtung fordern nicht den Sozialismus als etwas zu Erstrebendes, sondern sie behaupten, der Sozialismus müsse unabhängig vom Wollen, Wünschen und Meinen der Menschen kommen infolge einer naturgesetzlichen, notwendigen Entwicklung.

a) Der ideologische Sozialismus.

Innerhalb des ideologischen Sozialismus haben wir wieder zu unterscheiden: 1. Den religiösen, 2. den ethischen Sozialismus.

1. Der religiöse Sozialismus. Hier sind es religiöse Ideen und Vorstellungen, aus denen heraus das sozialistische Endziel gefordert wird. Namentlich wird die christliche Religion als solche bezeichnet, zu deren voller Verwirklichung ein Zusammenleben der Menschen ohne Privateigentum notwendig wäre. Seit die Mitglieder der Urchristengemeinden ihre Habe untereinander geteilt hatten, hat man öfter das Leben mit Gütergemeinschaft als das allein Gottgefällige betrachtet. Z. B. die Sekten der Wiedertäufer im 16. Jahrhundert berufen sich für ihre kommunistische Gesellschaftsordnung direkt auf das Vorbild der urchristlichen Gemeinde. So heißt es zur

Rechtfertigung der Gemeinschaft der mährischen Brüder: „Dieweil alle Heiligen in heiligen Dingen Gemeinschaft haben, wie denn auch Christus für sich selbst nichts, sondern alles für uns besessen, so sollen auch alle Glieder seines Leibes in zeitlichen Dingen nichts für sich haben. Gott hat den Menschen nichts eigenes verordnet. Wer für sich sammelt, handelt gegen Gottes Satzungen. So kann auch der sterbende Mensch von seinem Eigentum nichts mit sich nehmen, und Christus heißt zeitliches Gut fremdes." In diesem Sinne einer religiösen Begründung des Sozialismus haben die zahlreichen christlichen Sozialisten in allen Ländern gewirkt.

Als typischen Vertreter nenne ich Ihnen den französischen Sozialisten Pierre Leroux, der in seiner 1837 erschienenen Schrift Essai sur l'egalité das Dogma der Gleichheit verkündet, und in seinem Hauptwerk de l'humanité (1849) dieses Dogma religiös begründet: „Die Idee der Menschheit kennt keinen besonderen Staat, keine einzelne Familie, kein persönliches Eigentum . . . Dieser Gedanke muß seine höchste Bestätigung in der Idee der höchsten Einheit finden, der Idee Gottes, und die in bestimmter Form erfaßte Idee dieser Gottheit ist die Religion."

2. Der ethische Sozialismus. Auf Grund aller möglichen ethischen Ideale wurde die sozialistische Gesellschaftsform gefordert: auf Grund der Staatsidee, der Idee der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit usw. Es ist unmöglich, hier alle Ideen im einzelnen anzuführen, oder zu klassifizieren, die den verschiedenen Gedankenrichtungen des ethischen Sozialismus, zugrunde liegen Nur ein Unterscheidungsmerkmal möchte ich erwähnen, das mir zur Charakterisierung vieler dieser hierher gehörigen Richtungen dienlich sein wird: die Unterscheidung des Sozial- und Individualprinzips. Dietzel hält diese Unterscheidung als grundlegend für die Systeme des Sozialismus und Kommunismus überhaupt. Er meint: „Sozialismus nenne ich die Gesamtheit der Theorien, welche das Sozialprinzip ins Extrem verfolgen, das heißt das Dogma, daß der einzelne um des Ganzen willen da sei, daß er betrachtet werden müsse als dienendes Organ des sozialen Organismus der Gesellschaft in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Kommunismus nenne ich die Gesamtheit der Theorien, welche das Individualprinzip ins Extrem verfolgen, das heißt das Dogma, daß der Staat, die organisierte Gesellschaft, um der einzelnen willen da ist, daß Staat und Recht in den Dienst der Einzelinteressen gestellt werden müssen, während das Sozialprinzip die einzelnen als Organe des Staatsinteresses in Pflicht nimmt (S. 29).

Eine so weitgehende Bedeutung möchte ich dieser Unterscheidung nicht beimessen. Zu einer grundlegenden Klassifikation aller „extremen" Gesellschaftstheorien scheint sie mir nicht zweckmäßig zu sein, wohl aber können wir bei vielen ethischen Sozialisten deutlich erkennen, ob sie ihrer ganzen Gedankenrichtung nach mehr dem Sozial- oder dem Individualprinzip zuneigen. Wir können also bei vielen ethischen Sozialisten unterscheiden:

α) die Vertreter des Sozialprinzips. Das Sozialprinzip bedeutet, daß es bei Regelung des gesellschaftlichen Lebens nicht darauf ankomme, daß die einzelnen Menschen möglichst viele Rechte haben, daß ihnen Glück und Genuß zuteil wird, sondern daß der über die vergänglichen Einzelindividuen hinaus dauernde Staat, die Menschengemeinschaft, ein wohlgeordnetes Ganze bilde. In diesem Sinne hat Plato das Idealbild einer kommunistischen Gesellschaftsordnung in seinem „Staat" gezeichnet. In den „Gesetzen" hat Plato als ein freilich nur für „Götter und Göttersöhne" erfüllbares Ideal Gemeinsamkeit des gesamten Eigentums und der gesamten wirtschaftlichen Arbeit und zwar für alle Bürger — nicht wie im „Staat" nur für die oberen Klassen hingestellt. Und zwar mit der Begründung, daß nur so die Einheit des Staates erreicht werden könnte, daß nur so die einzelnen alle ihre Interessen auf das Wohl des Ganzen richten könnten.

In Anknüpfung an Gedanken der antiken Philosophie wird von diesem Sozialisten der Staat als Mensch im großen, der Einzelne nur als dienendes Glied des Staates betrachtet. Der einzelne soll keine Rechte haben, sondern nur die Pflicht, dem Staate und dem Staatswohle zu dienen. Von diesem Dienste für das Gemeinwohl soll der einzelne möglichst wenig abgelenkt werden. Da die Sorge für das Privateigentum den Gemeininteressen schädlich werden könnte, wird Gemeineigentum gefordert, damit alle Bürger sich ganz allein dem Staatswohle widmen können. Darum auch die Weibergemeinschaft bei Plato: Alle sollen nur eine Familie sein; nur wenn man alles Sinnen auf die Gemeinschaft lenkt, erreicht man das Gute. Aus diesem Geiste heraus ist der Rodbertussche Sozialismus zu verstehen. Nach der Auffassung dieses Sozialisten ist der Staat nicht da zur Glückseligkeit des einzelnen, sondern die einzelnen sind dazu da, dem geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Wohlbefinden des Staates zu dienen. Die Individuen sind für Rodbertus das Menschenmaterial, welches die Politik zu verarbeiten hat. Im Dienste des Geistes der Geschichte, im Dienste des Fortschritts des Staates, der Gesellschaft und der Gattung sollen die Einzelnen tätig sein.

β) Die Vertreter des Individualprinzips. Im Gegensatz zum Sozialprinzip geht das Individualprinzip vom Rechte der Einzelpersönlichkeit aus. Das Kollektiveigentum wird hier verlangt, damit die einzelnen besser zu ihrem Rechte kommen. Wenn auch Vertreter des Individualprinzips schon im Altertum zu finden sind, so hat es seine hauptsächlichste Ausbildung in Anknüpfung an bestimmte Gedanken des modernen Naturrechts erhalten. Dieses moderne Naturrecht wurde namentlich durch Hugo Grotius mit seinem 1625 erschienenen Werke „De jure belli ad pacis" begründet. Vorher herrschte die mittelalterliche feudal-theokratische Auffassung, wonach die einzelnen überhaupt kein Recht aus eigener Persönlichkeit hatten, sondern nur durch die weltliche oder geistliche Obrigkeit. Auch die Besitztümer der Einzelnen wurden nur als von der Obrigkeit verliehen aufgefaßt.

Grotius frug dagegen nach dem Rechte, das aus der Natur der Menschen fließt und unabhängig von den positiven Rechtssatzungen einzelner Staaten und Völker als ewiges Menschenrecht dem einzelnen zustehe. Er erklärte als solches Naturrecht für das Gebiet des Privatrechts die Respektierung des Mein und Dein, also gegenseitige Eigentumsanerkennung, Erfüllung der Verträge u. a. m.

Jean Jacques Rousseau hat durch seinen 1762 erschienenen „contrat social“ die Naturrechtslehre fortgebildet, und die Lehre von der Volkssouveränität neu begründet. Die Gesellschaft ist nach Rousseau, wenn auch nicht historisch, so doch der Idee nach, durch Vertrag entstanden, durch die gemeinsame Willensübereinstimmung aller. Die Gesetze sind nichts anderes als der Ausdruck des allgemeinen Willens über Gegenstände von gemeinsamem Interesse. Der Fürst hat nur den gemeinsamen Willen zu vollstrecken und verstößt gegen seine Aufgabe, wenn er sich dem Volkswillen entgegenstellt. An diese Rousseauschen Gedanken, wonach Freiheit des Individuums und Verwirklichung seiner natürlichen Urrechte einziger Staatszweck ist, knüpfen häufig die Sozialisten des Individualprinzips an. Rousseau selbst war nicht Sozialist — trotz mancher eigentumsfeindlichen Sätze hat er sich an entscheidenden Stellen für Beibehaltung des Privateigentums ausgesprochen. So nennt er in seiner Abhandlung „Economie politique“, in der Enzyklopädie, das Eigentum das „geheiligtste aller Rechte“. Aber in Anknüpfung an gewisse Punkte seiner Lehre haben einzelne Sozialisten und Kommunisten zur Zeit der großen französischen Revolution ihre Lehre verkündet. Wie Rousseau aus der Lehre von der natürlichen Freiheit und Gleichheit der Menschen die politische Gleichheit der Bürger gefolgert hatte, so meinen sie, daß aus der natürlichen Gleichheit und Freiheit der Menschen auch die Gleichheit des Besitzes hervorginge. Das Prinzip der „Egalité“, das bis dahin nur für die politische Gleichheit geltend gemacht wurde, wurde in der terroristischen Epoche der großen französischen Revolution auch für den Besitz gefordert. Der Typus dieser Richtung war Marat, von dem der charakteristische Ausspruch herrührt: „Die Gleichheit der Rechte führt zur Gleichheit der Genüsse und erst auf dieser Basis kann der Gedanke ausruhen“ und der den anderen bekannten Satz ausgesprochen hatte: „Es wäre ein schlechter Vorteil, die Adelsaristokratie zu besiegen, um der Geldaristokratie zu unterliegen.“ In zahllosen Varianten wurde der ethische Sozialismus in naturrechtlicher Weise „begründet“ und als notwendige Konsequenz der gleichen Rechte aller Menschen auf Genuß und Glück und aus ähnlichen Gründen der Humanität und Gerechtigkeit gefordert.

b) Der evolutionistische Sozialismus.

Die Vertreter dieser Richtung erklären, daß der Sozialismus nicht etwa zu wünschen oder zu fordern sei, sondern daß er naturnotwendig kommen müsse als Glied einer gesellschaftlichen Entwicklung. Diese Richtung teilt sich wieder in zwei Gruppen:

1. Der darwinistische Sozialismus,
2. der Sozialismus von Marx und Engels.

1. Der darwinistische Sozialismus überträgt gewisse darwinistische Grundsätze aus der Naturwissenschaft auf das soziale Leben und zwar in dem Sinne, daß in einer notwendigen Entwicklung die Gesellschaft allmählich zu der höheren Form des Sozialismus übergehen müsse. Ein darwinistischer Sozialist ist z. B. Woltmann. Er meint, auch die Kulturgeschichte des Menschengeschlechts vollzöge sich auf Grund der großen biologischen Prinzipien der Anpassung, Vererbung und Vervollkommnung im Kampf ums Dasein. Das privatkapitalistische System stelle keineswegs den Kampf ums Dasein dar, wie er der Darwinschen Theorie entspreche. Die Konkurrenz unter den Menschen zu einem natürlichen, das heißt der kulturellen Bestimmung des Menschen entsprechenden Lebensprinzip zu machen, sei Aufgabe des Sozialismus. Indem er den Arbeiter mit seinen Arbeitsmitteln wieder verbinde, gebe er die Grundlage zu einem industriellen und produktiven Wetteifer persönlicher Fähigkeit, der dem fortschritterzeugenden Kampf ums Dasein in der Tierwelt wieder analog geworden sei und ein Mittel zur Vervollkommnung darstelle, während der kommerzielle Konkurrenzkampf um Sachen und Stellen in der warenerzeugenden kapitalistischen Gesellschaft eine Ursache der Entartung und des Elendes sei.

2. Auch der von Marx und Engels begründete Sozialismus lehrt einen natürlichen Ablauf des sozialen Lebens, aber er überträgt nicht bestimmte naturwissenschaftliche Lehren auf die Sozialwissenschaft, sondern hat eine eigenartige Sozialphilosophie begründet: die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung.

Eine zusammenfassende Darstellung dieser Geschichtsauffassung fehlt. Zu einer Orientierung über die Grundgedanken dieser Lehre kann ich Ihnen am meisten die Schrift von Engels, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ und das von Marx und Engels verfaßte, 1848 zuerst erschienene „Kommunistische Manifest“ empfehlen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, die oft durch den Namen „materialistische Geschichtsauffassung“ hervorgerufen werden, muß ich zunächst bemerken, daß diese Theorie nicht etwa identisch ist mit der allgemeinen philosophischen Anschauung des „Materialismus“ — wonach alles geistige Leben auf „Materie“ zurückzuführen ist, wonach alles Geschehen aus körperlichen Vorgängen erklärt wird —. Dieser „Materialismus“, wie er von Demokrit bis zu Büchner, Vogt usw. vertreten wurde, will die Frage entscheiden, wie alle geistigen Vorgänge zu erklären seien; der ökonomische Materialismus will die Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit aufdecken. Die materialistische Geschichtsauffassung will alles gesellschaftliche Leben in letzter Linie auf wirtschaftliche Vorgänge zurückführen und daher halte ich den Namen ökonomische oder realistische Geschichtsauffassung für zweckmäßiger.

Ebensowenig will die materialistische Geschichtsauffassung — wie manche Kritiker meinen — die „Ideale" leugnen oder ignorieren, oder alles nur aus dem Gesichtswinkel der materiellen Genüsse betrachten: Ideale erkennt auch diese Weltanschauung durchaus an, nur sollen alle Ideale bloße Reflexe wirtschaftlicher Vorgänge sein.

Lassen Sie mich kurz das Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung charakterisieren:

Die Grundlage aller Gesellschaftsordnungen bilden hiernach die Produktion und in zweiter Linie der Austausch der Güter. Es ist also zu fragen: wie werden die Güter erzeugt und getauscht und daraus ergibt sich auch, in welcher Ordnung die Menschen leben. Ändert sich die Art und Weise, wie die Güter produziert werden, so muß sich die rechtliche Ordnung ändern, unter welcher die Menschen leben. Also, und dies ist das grundsätzlich Verschiedene zur ideologischen Weltanschauung: nicht aus den Köpfen der Menschen entstehen neue Ordnungen des gesellschaftlichen Lebens, sondern durch den notwendigen Entwicklungsgang ökonomischer Kräfte werden diese Umwälzungen hervorgebracht.

Um ein Beispiel zu geben: Dem primitiven Ackerbau, der in extensiver Weise betrieben wurde, entsprach die feudale Gesellschaftsordnung, die für den intensiven, kapitalistisch betriebenen Ackerbau nicht mehr paßt. Wenn das Gewerbe vorwiegend handwerksmäßig betrieben wird, so paßt die Zunftordnung; sobald durch die Entwicklung der Maschinentechnik der Großbetrieb aufkommt, wird die alte Zunftordnung gesprengt und die Gewerbefreiheit muß an die Stelle treten.

Die Technik der Produktion soll für alles gesellschaftliche Leben maßgebend sein, hierdurch auch Recht, Moral, Sitte, Religion usw. umgestaltet werden: wobei unter Technik der Produktion nicht nur zu verstehen ist, mit welchen sachlichen Hilfsmitteln produziert wird, also ob mit Werkzeugen oder Maschinen usw., sondern auch, ob mit wenigen oder vielen Hilfskräften gearbeitet wird, ob der Verkehr sich auf enge lokale Bezirke beschränkt, oder sich durch Entdeckungen von Verkehrswegen zum Weltverkehr entwickelt usw.

Die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder einer Zeitepoche bildet nach einem Worte von Engels die Grundlage, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsordnung, die Kunst, und selbst die religiösen Vorstellungen der Menschen erklären.

Sonach ist der Sozialismus nicht das „Ideal" einer vollkommenen Gesellschaftsordnung, sondern eine notwendige neue Entwicklungsstufe der Gesellschaft, sobald neue Produktivkräfte und neue wirtschaftliche Aufgaben hervortreten, denen die alte Gesellschaftsform nicht mehr gewachsen ist. Der Kapitalismus muß nach dieser Auffassung zugrunde gehen, nicht weil er „ungerecht" ist, sondern weil er veraltet ist. Den neuen großen Aufgaben der wirtschaftlichen Technik soll nur das Kollektiveigentum genügen. — „Die entscheidende Triebkraft der Entwicklung der Gesellschaft" — sagt Kautsky — „ist nicht das Streben, diese der Menschennatur immer entsprechender zu gestalten, sondern der tech-

nische Fortschritt. Die Technik ist also in letzter Linie entscheidend für die Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens." — So werde die sozialistische Gesellschaft die kapitalistische ablösen, wie diese die feudal-mittelalterliche Gesellschaft abgelöst hatte.

Die mittelalterliche Gesellschaft war auf die Produktion für den unmittelbaren Verbrauch zugeschnitten, sie konnte Zunftordnung und Feudalsystem ertragen — die kapitalistische Warenproduktion mit freier Wirtschaftsverfassung war notwendig, um die gewaltig anwachsende Produktion bewältigen zu können. Auch diese wird immer ungenügender für ihren Zweck, weil ihr die Produktivkräfte über den Kopf wachsen. Der Privateigentümer hat nicht mehr die Fähigkeit, diese Kräfte zu beherrschen. Anzeichen dafür: einerseits die Krisen, die zeigen, daß die Privatwirtschaft nicht imstande ist, Produktion und Absatz im Gleichgewicht zu halten — andererseits die Kartelle, Trusts, Syndikate. Durch diese freiwilligen Bildungen seitens der Unternehmer geständen sie selbst ein, daß die „freie Konkurrenz" nicht haltbar sei — alles dieses deute auf eine völlige Umwandlung der heutigen Wirtschaftsordnung, in eine kollektivistische mit planmäßiger gesellschaftlicher Produktion und Verteilung der Produkte von Gesellschafts wegen, hin.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, hier eine ausführliche kritische Betrachtung des Sozialismus überhaupt oder einzelner seiner Richtungen vorzunehmen. Es wird im Laufe dieser Vorlesungen sich noch oft Gelegenheit zu kritischen Betrachtungen der sozialistischen Theorien finden. Nur ein paar allgemeine Bemerkungen möchte ich schon heute hinzufügen. Man könnte fragen: kommt es der Wissenschaft überhaupt zu, Pläne so radikaler Art, die auf eine so weitgehende Beseitigung der heute bestehenden wirtschaftlichen Differenzierung abzielen, zum Gegenstand ernster Betrachtungen zu machen. Mit Vorliebe wird das bekannte Wort von Treitschke zitiert: „Die Millionen müssen ackern und schmieden und hobeln, damit einige Tausend forschen, malen und regieren können."

Dieses „müssen" wird häufig dahin erläutert, daß eine natürliche Notwendigkeit vorläge. Gerade wie der Sozialismus, wie wir eben gesehen haben, als ein natürlicher Gesellschaftszustand bezeichnet wird, wird umgekehrt der Sozialismus als etwas der menschlichen Natur Zuwiderlaufendes charakterisiert. Man zieht allerlei Analogien aus der Naturwissenschaft heran und erwähnt beispielsweise, daß es auch in der Natur keine Gleichheit gäbe, daß kein Baum, kein Strauch, kein Tier genau dem anderen gleich sei. Wie wolle man da die menschliche Gesellschaft nach dem Prinzip der Gleichheit umgestalten?

Darauf ist zunächst zu erwidern, daß nur ein ganz verschwindender Teil der Sozialisten die Idee der Gleichheit vertritt, daß auch diese aber sebstverständlich die natürliche Ungleichheit der Menschen niemals beseitigen wollen. Daß es auch im sozialistischen Staate Menschen mit verschiedener körperlicher und geistiger Ausstattung geben wird, wird

kein verständiger Sozialist leugnen. Daß aber alle Menschen mit gleichen Mitteln zum Erwerb von Vermögen ausgestattet sein müßten, ist eine Forderung, die man jedenfalls nicht damit bekämpfen kann, daß man behauptet, dies sei mit der menschlichen Natur nicht vereinbar. Wie falsch dies ist, geht schon daraus hervor, daß tatsächlich bei vielen Völkern der wichtigste Besitz und das wichtigste Erwerbsmittel, nämlich der Grund und Boden, Jahrhunderte hindurch nicht einzelnen, sondern, wie es der Sozialismus fordert, der Gemeinschaft gehört hat.

Mag man immerhin denen recht geben, welche die Theorie des Ureigentums, wonach bei allen Völkern der Grund und Boden zuerst nicht in Privat-, sondern in Gemeinbesitz bestanden hat, für eine vorschnelle Verallgemeinerung halten: auch die schärfsten Kritiker dieser Lehre geben zu, daß für einzelne Völker diese Lehre richtig ist, daß Jahrhunderte hindurch bei einzelnen Völkern der Grund und Boden den Dorfgemeinden und anderen Verbänden und nicht den einzelnen Gemeindegliedern gehört hat. Daß bei den Germanen der Urzeit Gemeineigentum am Ackerland bestanden hat, gilt heute als unbestritten. Auch auf neuzeitliche Bildungen könnte ich Sie hinweisen, auf jene weiten Gebiete etwa in Großrußland, wo der sogenannte Mir herrscht, d. h. wo das Bauernland nicht den einzelnen Bauern gehört, sondern der Dorfgemeinde, und den Bauern nur ein Nutzungsrecht am Lande zusteht. Auch die religiösen kommunistischen Gemeinden in den Vereinigten Staaten von Nordamerika könnte ich erwähnen, wo das Prinzip der Gütergemeinschaft streng durchgeführt ist. Also mit der menschlichen Natur hat dies alles nichts zu tun, denn wenn die Tatsache feststeht, daß Menschen nach sozialistischen Grundsätzen in der Vergangenheit gelebt haben und in der Gegenwart noch leben, so beweist schon die Erfahrung, daß dies nichts Unnatürliches ist. Die Frage ist nicht zu stellen: welche Gesellschaftsordnung ist die natürliche, sondern welche ist die zweckmäßige? Welche entspricht einer rationellen Ordnung des sozialen Lebens?

Darum ist auch der Hinweis auf die sogenannte natürliche Entwicklung im Sinne der Darwinschen Lehre verfehlt. Auch die Gesellschaft, so hört man gelegentlich, habe ihre natürliche Entwicklung. Wie im Tier- und Pflanzenreich immer neue Arten sich entwickelten und wie im Kampf ums Dasein die Besten über die Minderangepaßten den Sieg davontrügen, so entwickelten sich auch immer höhere und besser angepaßte Gesellschaftszustände. Auch hier haben Sie wieder die fatale Verwechslung von natürlichem und sozialem Leben. Das soziale Leben verläuft nicht in naturgesetzlicher Entwicklung, sondern ist bedingt durch rechtliche Institutionen und diese sind das Resultat menschlichen zweck- und zielbewußten Handelns: „denn in Betracht der Natur", lehrt Kant, „gibt uns Erfahrung die Regel an die Hand und ist der Quell der Wahrheit; in Ansehung der sittlichen Gesetze aber ist Erfahrung (leider die Mutter des Scheins, und es ist höchst verwerflich, die Gesetze über das, was ich tun soll, von

demjenigen herzunehmen oder einschränken zu wollen, was getan wird."

Also für uns lautet die Frage folgendermaßen: Ist das, was der Sozialismus anstrebt, zweckmäßig? Da der Sozialismus eine grundsätzliche Neuordnung der Gesellschaft fordert, derart, daß an Stelle der freien wirtschaftlichen Betätigung der einzelnen, die Gebundenheit durch eine wirtschaftliche Zwangsorganisation treten soll, wird man eine ernste Prüfung dieser Vorschläge nur dann a limine ablehnen können, wenn man die freiheitliche Wirtschaftsordnung für unbedingt gut und unantastbar hält. Wer aber, der nur einigermaßen die sozialen Zustände um uns herum kennt, wer an die Krisen, die Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit usw. denkt, wird leugnen wollen, daß diese Wirtschaftsordnung auch schwere Mißstände im Gefolge hat? — Nichts würde so bedenklich sein, als sich der bequemen Herrenmoral Nietzsches anzuschließen, der einmal über die Arbeiterfrage sich so äußerte: „Die Dummheit, im Grunde die Instinktentartung, welche heute die Ursache aller Dummheiten ist, liegt darin, daß es eine Arbeiterfrage gibt. Über gewisse Dinge fragt man nicht: erster Imperativ des Instinkts. Ich sehe durchaus nicht ein, was man mit dem europäischen Arbeiter machen würde, nachdem man erst eine Frage aus ihm gemacht hat. Er befindet sich viel zu gut, um nicht Schritt für Schritt mehr zu fragen, Unbescheidenes zu fragen. Er hat zuletzt die große Zahl für sich." In dieser Hinsicht hat sich Rodbertus als der richtigere Seher erwiesen, der unter dem Eindruck der englischen Chartistenbewegung, jener ersten großen revolutionären Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, schrieb: „Was wollen die Arbeiter? Werden die anderen Klassen dies ihnen vorenthalten können? Wird das, was sie wollen, das Grab der modernen Kultur sein? Daß die Geschichte einst mit großer Zudringlichkeit diese Frage stellen würde, war den tiefer Denkenden kein Geheimnis; durch die Chartistenversammlungen und die Birmingham-Szenen hat es auch die Alltagswelt erfahren."

Die Geschichte hat in der Tat mit größter Zudringlichkeit diese Frage gestellt. Noch drei weitere große sozialistische Revolutionen folgten im vergangenen Jahrhundert, die Februar-Revolution, die Junischlacht und der Kommune-Aufstand. Nicht nur durch revolutionäre Bewegungen hat der Sozialismus seine Macht bewiesen, sondern auch durch sehr starke und einflußreiche politische Parteiorganisationen. In Deutschland ist die Sozialdemokratie eine der stärksten Parteien des Deutschen Reichstags und auch in die Einzel-Landtage halten die Vertreter der Sozialdemokratie in immer wachsendem Maße Einzug. So sehen wir, daß nicht nur die sozialwissenschaftliche Theorie, sondern auch das öffentliche Leben immer mehr von den sozialistischen Lehren beeinflußt wird. Und schon aus diesem Grunde ist es für alle Gebildeten notwendig, sich mit diesen Lehren bekannt zu machen.

———

Anhang zur I. Vorlesung:

Einteilung der Systeme des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus.

Gesellschaftssysteme.

- Mit Rechtszwang.
  - Kollektivismus.
    - Sozialismus, Kommunismus, Agrarsozialismus.
  - Individualismus.
- Ohne Rechtszwang.
  - Anarchismus.

Einteilung der sozialistischen Systeme.

Sozialismus.

- Ideologischer Sozialismus.
  - Religiöser Sozialismus.
  - Ethischer Sozialismus.
- Evolutionistischer Sozialismus.
  - Darwinistischer Sozialismus.
  - Sozialismus v. Marx u. Engels. (Materialistische Geschichtsauffassung).

II. Vorlesung.

Der kommunistische Staat.

Wenn Sie einmal nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika reisen, so versäumen Sie nicht, der Amana-Gemeinde einen Besuch abzustatten, die im Staate Jowa liegt.

Die Gemeinde besteht aus 7 Dörfern, und alle Reisenden, welche diese Dörfer besucht haben, wissen nicht genug des Interessanten über das Leben und Treiben dort zu berichten.

Liefmann, der im Herbst des Jahres 1907 diese Gemeinde besuchte, hat darüber einen ausführlichen Bericht erstattet und Frau Shambaugh, die in den letzten 18 Jahren oft längere Zeit dort geweilt hat, veröffentlichte vor einiger Zeit ein großes Werk über diese Gemeinde.

Die Amana-Gemeinde, die aus einer religiösen süddeutschen Sekte hervorgegangen ist, welche 1714 von Gruber und Rock begründet wurde, steht heute noch in Blüte. Sie liegt in einem anmutigen Hügelland; die Ortschaften, die nach Art deutscher Bauerndörfer angelegt sind, haben eine einzige lange Hauptstraße und unregelmäßige kurze Querstraßen.

Was die Besucher zunächst in Erstaunen setzt, ist der Umstand, daß alle Häuser gleich aussehen und alle äußerlich und innerlich gleich ausgestattet sind. Einfach und schmucklos ähneln sie deutschen Bauernhäusern.

Das Erstaunen der Reisenden wächst, wenn sie in ein solches Haus eintreten und sich mit den Bewohnern über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse unterhalten. Sie erfahren dann, daß niemandem ein solches Haus zu eigen gehört, daß die Häuser — wie alles Besitztum dort — gemeinschaftliches Eigentum der ganzen Gemeinde sind.

Privateigentum jeder Art ist streng verpönt; rund 1800 Menschen wohnen dort und verfügen gemeinsam über mehr als 10 000 Hektar fruchtbaren Weizenbodens.

Zu den beiden Seiten der Straßen befinden sich die einfachen Häuser, von denen jedes für eine Familie bestimmt ist.

Die Ehe ist dort erlaubt, nur gewisse Erschwerungen sind vorhanden. Zur Eingehung der Ehe ist Erlaubnis des „großen Brüderrats" d. h. der dortigen Verwaltungsbehörde notwendig. Männer dürfen

nicht vor dem 24. Jahr heiraten und müssen, nachdem sie diese Absicht der Gemeinde bekannt gegeben haben, ein Jahr bis zur Hochzeit warten. Männer, die Nichtmitglieder heiraten, werden für einige Zeit aus der Gemeinde ausgeschlossen, auch wenn ihre Frauen die Absicht haben, Mitglieder zu werden. Doch ist dieser Fall bisher nur selten vorgekommen, meist heiraten die Mitglieder in der Gemeinde.

Die Mahlzeiten werden gemeinsam in gemeinsamen Speisesälen eingenommen.

In jedem Dorfe bestehen 4—16 Küchenhäuser, in denen je 30 bis 50 Familien gemeinsam speisen. In den Küchenhäusern sitzen wie beim Gottesdienst und bei allen Versammlungen Männer und Frauen getrennt.

Die Zubereitung der Speisen ist Sache der jungen Frauen, die in jedem Dorfe auf die verschiedenen Küchenhäuser verteit und von einer älteren Frau beaufsichtigt werden. In Verbindung mit jedem Küchenhaus ist ein gemeinsamer Garten, der auch von den Frauen bestellt wird.

Die Hauptbeschäftigung der Bewohner ist die Landwirtschaft. Gewerbliche Arbeit wird nur so weit betrieben, als Bedarf in der Gemeinde dafür vorhanden ist. Alle wichtigen Handwerke sind dort vertreten: Schuhmacher, Schneider, Zimmerleute, Schlosser, Schmiede usw.

Es gibt auch Getreidemühlen, Wollwebereien und Wolldruckereien; auch Bier wird gebraut und Wein bereitet, aber — und dies ist das Eigentümliche der Amana-Gemeinde — auch alle diese Werkstätten, Fabriken, Mühlen usw. gehören nicht einzelnen Personen, sondern der Gemeinschaft.

Die einzelnen Gemeindemitglieder dürfen ihre Arbeit nicht frei wählen, sondern sie wird von den 13 Verwaltern,. den sogenannten Trustees, die von den Gemeindemitgliedern selbst gewählt werden, verteilt. Diese Verwalter — der sogenannte „Great Council“ oder der „große Brüderrat“ — stellen die Arbeitskräfte so an, daß die allerdings sehr einfachen Bedürfnisse aller Gemeindemitglieder befriedigt werden können, und daß alle, sowohl Männer als Frauen, möglichst gleichmäßig zur Arbeit herangezogen werden.

Im Herbst, wo durch die Erntearbeiten auf dem Lande besonders viel zu tun ist, werden auch die gewerblichen Arbeiter zu ländlichen Arbeiten herangezogen.

Größte Einfachheit herrscht in der Kleidung, sowohl bei Männern als bei Frauen.

Frauen ist eine einheitliche, schmucklose Kleidung vorgeschrieben es ist im wesentlichen dieselbe Kleidung, die schon vor 200 Jahren in der Gemeinde getragen wurde. Die Frauen haben alle kurze Röcke und tragen — ob jung oder alt — eng anschließende Hauben.

Die Frauen fertigen die Kleidungsstücke für sich und ihre Kinder selbst an. Für die Männer macht sie der Schneider des Dorfes.

Die sonstigen Bedarfsgegenstände, welche die Mitglieder der Gemeinde außer Wohnung, Nahrung und Kleidung brauchen, beschaffen sie sich aus den Gemeindeläden, von denen es in jedem Dorfe einen gibt. Es wird in ihnen eine ziemlich beträchtliche Auswahl von Gebrauchs-

gegenständen vorrätig gehalten. Die Mitglieder bezahlen die von ihnen entnommenen Waren nicht, sondern sie werden ihnen zur Last geschrieben. Jedes Mitglied erhält in diesen Läden für Bestreitung seiner Ausgaben einen bestimmten Kredit, der von den Vorstehern der ganzen Gesellschaft nach „Gerechtigkeit und Billigkeit" festgesetzt wird, und der etwa 25—50 $ pro Jahr beträgt; im Betrag dieses Kredits kann jedes Mitglied Gegenstände aus dem Laden entnehmen, und seine jedesmalige Entnahme wird aufgeschrieben und am Schlusse des Jahres zusammengerechnet.

Über die Erziehungs- und Schulverhältnisse ist folgendes zu berichten: In jedem der 7 Dörfer besteht eine Schule, die für alle Kinder des Dorfes im Alter von 5—14 Jahren bestimmt ist. Jedes Kind in diesem Alter muß die Schule besuchen; sie dauert den ganzen Tag und zerfällt in 3 Abteilungen: die Spielschule, die Lehrschule und die Arbeitsschule. Die Schule umfaßt also die ganze Beschäftigung des Kindes. In der Arbeitsschule lernen die jüngeren Kinder die verschiedenen Handfertigkeiten; die älteren gehen ein paar Stunden in die Werkstatt oder helfen in der Landwirtschaft.

Die volle Gleichberechtigung, unter der alle Mitglieder miteinander verkehren, ist auch auf die Kinder ausgedehnt. Von der gewöhnlichen Schulzucht ist wenig zu spüren. Die Schule erscheint wie eine große Familie.

Die soziale Struktur der Amana-Gemeinde geht am besten aus dem Statut hervor, welches im Jahre 1859 aufgestellt wurde und die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Verfassung bildet.

Ich will Ihnen aus diesem Statut einige der wichtigsten Artikel mitteilen:

Artikel 1.

„Die Grundfeste auch unserer bürgerlichen Verfassung ist und soll bleiben Gott, der HErr, und der von Ihm aus freier Gnade und Barmherzigkeit in uns gewirkte Glaube, welcher sich gründet 1. auf das geoffenbarte Wort Gottes im alten und neuen Testament; 2. auf das Zeugnis Jesu durch den Geist der Weissagung; 3. auf den verborgenen Zucht- und Gnaden-Geist des HErrn."

Artikel 2.

„In diesem von Gott unter uns geknüpften Gemeinschaftsband ist es unser einmütiger Wille und Beschluß, daß das hier angekaufte und noch anzukaufende Land ein gemeinschaftliches Gut und Eigentum sein und bleiben soll, mit allen Anlagen und Verbesserungen darauf, so wie auch mit aller Arbeit, Mühe und Last, wovon jedes Glied sein bescheidenes Teil mit Herzenswilligkeit auf sich nehmen soll. Und da wir in Gemäßheit des Staats-Gesetzgebungsaktes Chapter 131 vom 22. März 1858 unsere Inkorporation als eine religiöse Gesellschaft erlangt haben, so sollen die jetzigen und künftigen Titel zu unserem gemeinschaftlichen Lande an die „Amana-Society" als unserem Korporationsnamen, worunter wir im Gesetz bekannt sind, übertragen und ausgestellt werden."

Artikel 3.

„Der Ackerbau und die Viehzucht in Verbindung mit einigen Manufakturen und Gewerben sollen unter dem Segen Gottes die Nahrungszweige dieser Gesellschaft ausmachen. Von dem Ertrag des Landes und der Geschäfte sollen zuvörderst die gemeinschaftlichen Unkosten der Gesellschaft bestritten werden. Ein allenfallsiger Überschuß soll von Zeit zu Zeit zur Verbesserung des gemeinschaftlichen Landes, zur Erbauung und Unterhaltung von Schul- und Versammlungshäusern, Druckanstalten, zur Unterstützung und Verpflegung der alten, kranken und gebrechlichen Glieder der Gesellschaft, zur Anlage eines Geschäfts- und Sicherheitsfonds und zu wohltätigen Zwecken im allgemeinen verwendet werden."

Artikel 4.

„Die Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten dieser Gesellschaft soll an 13 Trustees übertragen werden, welche von den stimmberechtigten Gliedern derselben aus der Zahl der Ältesten jährlich zu erwählen sind. Die Zeit, den Ort und die Art, wo und wie alle Wahlen für Beamte der Korporation zu halten sind, sowie auch die Wahlfähigkeit der Glieder sollen durch Nebengesetze bestimmt werden, welche von der Gesellschaft anzunehmen sind. Den so erwählten Trustees erteilen wir unterschriebenen Glieder alle Vollmacht, Gerechtsame und Privilegien, welche von Staatsgesetz den Korporationen verliehen sind, sowie auch alle erforderliche Vollmacht und Gewalt im brüderlichen Einfluß nach unserer Heilsordnung oder in einer Stimmenmehrheit alle Geschäfte und Angelegenheiten dieser Gesellschaft zu beraten, anzuordnen und zu leiten; neue Glieder unter dieser Konstitution anzunehmen, den Gliedern ihre Arbeit und Beschäftigung anzuweisen; die Unterhaltungsgelder derselben zu bestimmen; solche Glieder, welche unordentlich und widerstrebend sind, und auf mehrmalige Ermahnung sich nicht bessern wollen, auszuschließen, auszuweisen und zu entfernen; die Abrechnungen mit den freiwillig oder gezwungen ausscheidenden Gliedern nach Recht und Billigkeit zu schließen und zu liquidieren; alles aktive und passive Vermögen der Gesellschaft zu empfangen und zu verwalten, Buch und Rechnung über alles zu führen, zu kaufen und zu verkaufen; Kontrakte zu schließen und zu widerrufen; den Ackerbau, die Viehzucht, sowie auch Manufakturen und Gewerbe zu betreiben; Bauten zu errichten, zu verbessern und abzubrechen; Inventarien aufzunehmen; Anwälte, Agenten und Aufseher anzustellen; Gelder und Kapitalien zu lehnen zu verlehnen und sicher anzulegen usw. usw., sowie überhaupt im Namen, zum Nutzen und Besten dieser Gesellschaft alle nötigen, nützlichen gesetzlichen, geeigneten, rechtlichen und billigen Sachen und Handlungen vorzunehmen und auszuführen."

Artikel 5.

„Jedes Glied dieser Gesellschaft ist verpflichtet, sein mobiles und immobiles Vermögen bei seiner Aufnahme, vor der Unterzeichnung dieser

Konstitution, den Trustees für die gemeinschaftliche Kasse ohne Vorbehalt zu übergeben, und ist dafür zur Gutschrift auf die Bücher der Gesellschaft und zu einer Quittung, unterzeichnet von dem Präsidenten und Sekretär der Gesellschaft, berechtiget, sowie auch durch das gemeinschaftliche Eigentum der Gesellschaft dafür gesichert."

Artikel 6.

„Jedes Glied dieser Gesellschaft ist außer der freien Kost und Wohnung, sowie auch der ihm zugesicherten Verpflegung und Versorgung im Alter, oder in Krankheit und Gebrechlichkeit, zu einer jährlichen Unterhaltungssumme für sich selbst, Kinder und Angehörige in der Gesellschaft aus der gemeinschaftlichen Gesellschaftskasse berechtigt, und dieses Unterhaltungsgeld soll jedem Glied, sei es ledig, einzeln oder familienweise von den Trustees nach Recht und Billigkeit bestimmt und von Zeit zu Zeit geprüft und aufs neue berichtiget werden, nach einem darüber zu haltenden Verzeichnis. Und in Anbetracht dieses Genusses der Segnungen im Gemeinschaftsland verzichten wir unterschriebenen Glieder dieser Gesellschaft freiwillig für uns selbst, unsere Kinder, Erben und Administratoren auf alle unsere Ansprüche von Lohn, Zinsen von unseren Einschüssen, Einkommen oder Errungenschaften, sowie überhaupt auf einen vom Ganzen abgetrennten Anteil von dem gemeinschaftlichen Gut und Eigentum."

Was wir nach dieser Schilderung des Lebens in der *Amana*-Gemeinde und auf Grund der soeben betrachteten Statutenparagraphen vor uns haben, ist eine *kommunistische Gemeinde*, und als Typus einer solcher gesellschaftlichen Organisation wollte ich Ihnen dieses Beispiel vorführen.

Kommunistisch ist die Gemeinde nach der Terminologie, die wir in der ersten Vorlesung kennen gelernt haben, und nicht sozialistisch, weil nicht nur die *Produktionsmittel*, sondern auch die *Konsumtionsgegenstände* gleich und gemeinsam für alle Glieder der Gemeinde sind.

Allerdings ist in der *Amana*-Gemeinde das strenge Prinzip des Kommunismus, die völlige Aufhebung der Individualität der Produktion und des Konsums nicht durchgeführt. Bei der wirklichen Ausgestaltung solcher Prinzipien müssen immer Ausnahmen gemacht werden. So sahen wir, daß für den Geldbetrag von 25—50 $ jährlich den Amana-Leuten freie Auswahl von Gebrauchsgegenständen erlaubt ist. Diese freie Wahl ist nichts Kommunistisches, ebenso wie auch die Beibehaltung des Geldes, wenn auch in noch so bescheidenen Grenzen, nichts Kommunistisches ist.

Geld ist weder als Tauschmittel noch als Wertmaß in einem kommunistischen Staate notwendig, sondern es wird einfach aus dem von der Gesamtheit erzeugten Gütervorrat jedem Mitglied das bestimmte gleiche Maß zugeteilt. Da ist Geld und Wertberechnung überflüssig.

Man hat diese Durchbrechung des kommunistischen Prinzips für notwendig gehalten; man wollte sich wenigstens etwas den wirtschaft-

lichen Verhältnissen der Umwelt anpassen, ja, man geht sogar so weit, daß mit Genehmigung der Trustees einzelnen Gemeindemitgliedern für Studien- und Reisezwecke besondere Geldmittel bewilligt werden dürfen.

Wenn wir aber von diesen Ausnahmen absehen, so ist allerdings hier eine kommunistische Verfassung durchgeführt und die Mitglieder haben seit 1859 ununterbrochen unter dieser Verfassung gelebt —, während die Gemeinde selbst, wie ich bereits sagte, noch viel älter ist.

Die Amana-Gemeinde ist eine der ältesten, größten und blühendsten kommunistischen Gemeinden Nord-Amerikas, aber keineswegs die einzige.

Ich nenne Ihnen z. B. die Shakers-Gemeinde. Lange gehörten diese zu den größten kommunistischen Gemeinwesen der Vereinigten Staaten. 1904 zählten sie nur noch 688 Mitglieder in 15 Gemeinden. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß in Süd-Dakota in 12 Gemeinden über 1300 Leute als Mitglieder der Huterischen Societies leben, die mit kurzen Unterbrechungen seit über 350 Jahren einen vollständigen Kommunismus durchgeführt haben.

Ihr Kommunismus ist, wie Liefmann berichtet, durch das gemeinsame Wohnen in den Brüderhöfen ein viel strengerer als in Amana, wo jede Familie gesondert wohnt und sich daher ein Privateigentum an den Gegenständen des Haushaltes findet. Bei den Huterischen Gemeinden gibt es tatsächlich nicht einmal ein Privateigentum an dem, was jeder am Leibe trägt. Noch heute hat jeder, bzw. jede Familie in dem Bruderhofe seine Schlafstube. Alle andern Räumlichkeiten sind gemeinsam.

Noch heute sind die alten Sitten in bezug auf Kinderaufzucht und -erziehung gewahrt. Die Frau bezieht vor der Geburt eines Kindes die Kindsmutterstube, die Kinder kommen, wenn sie zweieinhalb Jahre alt sind, in die sogenannte „Kleine Schule", eine Art Kindergarten, den die Huterischen Brüder schon vor über 300 Jahren eingerichtet und immer beibehalten haben. Dort bleiben sie den ganzen Tag unter Aufsicht der Schulmütter oder Schulschwestern, die von der Gemeinde dazu gewählt werden. Sie essen dort in einem besonderen Zimmer und werden abends ihren Eltern wieder zurückgebracht. Mit 6 Jahren kommen die Kinder in die „große Schule" unter die Aufsicht eines Schullehrers. Die religiösen Anschauungen der Gemeinde bilden einen Hauptgegenstand des Unterrichts

Von den hunderten von kommunistischen Gemeinden, die in den Vereinigten Staaten gegründet sind und deren Entstehung teilweise bis ins 18. Jahrhundert zurückgeht, haben sich nur wenige bis heute erhalten. Die große Mehrzahl hat nur ganz kurzen Bestand gehabt; nach kürzerer oder längerer Dauer sind alle bis auf verschwindende Ausnahmen wieder aufgelöst worden. Die straffe Zucht und Unterordnung, die völlige Unterdrückung persönlicher Freiheit, die mit der kommunistischen Gesellschaftsordnung verbunden ist, hat immer wieder zu Zwistigkeiten und Uneinigkeit geführt. Die einzigen Gemeinden, die längere Zeit hindurch

bis heute Bestand gehabt haben, sind diejenigen, die wie die Amana-Gemeinde und die Huterischen Gemeinden, auf streng religiöser Basis errichtet worden sind.

Die Amaniten waren, wie bereits erwähnt, ursprünglich eine religiöse Sekte, die aus Deutschland stammt, und zwar aus Süddeutschland, wo ihre Anfänge bis in den Beginn des 18. Jahrhunderts zurückreichen. Die Anhänger dieser Sekte glaubten, daß Gott in seiner Allmacht seinen Willen durch die Stimme eines menschlichen Wesens jetzt noch so gut offenbaren könne, wie vor Jahrtausenden, und deshalb waren sie überzeugt, daß das, was sie „Inspiration" nennen, dasselbe Wort Gottes sei, welches vom Heiligen Geiste durch die Apostel gesprochen wurde. Das menschliche Wesen, durch welches Gott zu seinem Volke spricht, wird das „inspirierte Instrument" genannt und als das geistliche Oberhaupt der Gesellschaft betrachtet. Die Gemeinden waren in ganz Deutschland zerstreut und wurden durch die „inspirierten Werkzeuge" zusammengehalten, die predigend und ermahnend von der einen zur anderen zogen. Im Jahre 1842 veranlaßte ihr damaliges Oberhaupt, der Zimmermann Christian Metz, nachdem er bereits früher die Offenbarung erhalten hatte, alle Gläubigen zu sammeln und weit fort von dem Lande ihrer Heimat und Verfolgung zu führen, seine Genossen, mit ihm nach Amerika auszuwandern. Viele Genossen folgten ihm nach.

350 Gläubige unternahmen im ersten Jahr, 217 im Jahr 1844 die Auswanderung. Die Zahl wuchs in den folgenden Jahren, so daß schließlich über tausend Leute in den verschiedenen Dörfern angesiedelt waren. Sie hatten in Deuschland noch keine kommunistischen Grundsätze; erst in Amerika wurde ihnen auf dem Wege der „Inspiration" der Befehl gegeben, allen Besitz in eine gemeinschaftliche Kasse zu legen und in Gütergemeinschaft zu leben. Damit glaubten sie ein Gott besonders wohlgefälliges Werk zu tun. Ihre Grundidee ist, daß die Menschen nur deshalb auf der Erde leben, um ihre Seele zu retten. Sie sagen: „der, welcher Himmel und Erde schuf, hätte sich leicht in den Besitz aller Reichtümer der Welt setzen können, habe es aber vorgezogen, als armes Kind unter uns zu kommen und als der Ärmste unter uns zu leben, so daß er selbst nicht einmal einen Platz hatte, wohin er sein Haupt legen konnte. Da sie bestrebt wären, seinem Beispiel zu folgen, so müßten sie ein Leben der Einfachheit und Selbstverleugnung führen und Luxus und Eleganz in ihren Kleidern, Häusern und Umgebungen vermeiden. Ihre Versammlungshäuser wären einfach, der Herr selbst hätte auch keine steinernen Häuser und prächtige Kirchen gehabt. Seine Tempel wären ihre Herzen und diese rein und wohnlich zu erhalten, daß er es liebe, in dieselben einzukehren, wäre ihr bestes Bestreben."

Charakteristisch für die Grundorganisation der Amana-Gemeinde ist die Stelle aus dem Artikel 1 ihres Statuts, aus dem ich vorher bereits einen Teil verlesen habe, wo es heißt:

„Der Zweck unserer Vereinigung als einer religiösen Gesellschaft ist also kein irdischer, noch selbstsüchtiger, sondern der Liebeszweck Gottes in Seiner Gnaden Berufung an uns" usw.

Und die genaue Kennerin der Amana-Gemeinde, Frau Shambaugh sagt: „Born of religious enthusiasm and disciplined by generations it has ever remained primarily a church“ (S. 16).

Also gerade, weil sie nicht nach irdischen Genüssen strebten, konnten sie sich solange aufrecht erhalten. Nicht als ideale wirtschaftliche Verfassung ist ihr kommunistischer Staat gedacht, sondern als ein solcher, in dem auf die wirtschaftlichen, wie überhaupt auf alle irdischen Dinge gar kein Gewicht gelegt wird. Religiöse Übungen aller Art füllen einen großen Teil des Tageswerkes der Amaniten aus. Vor und nach jeder Mahlzeit wird ein langes Gebet gesprochen, und jeden Abend findet eine Versammlung zu Gebetübungen statt. Dreimal in der Woche wird Gottesdienst abgehalten, an welchem sämtliche Gemeindemitglieder teilnehmen. Keine weltlichen Bücher findet man dort, nur die Bibel und religiöse Schriften werden geduldet.

Vergnügen kennen die Bewohner der Amana-Dörfer nicht, Tanz und Theater werden als eine Schande der Christenheit bezeichnet.

Das eintönige Leben, das sie führen, ertragen sie, weil sie meinen, daß, wenn man den Sinn auf irdischen Genuß richte, die Gedanken von Gott abgelenkt würden. —

Die kommunistisch-religiösen Gemeinden Amerikas hatten schon einen Vorläufer im 17. Jahrhundert in dem Jesuitenstaat in Paraguay. Von den Jesuiten wurde ein sozialistischer Staat gegründet in Paraguay, der bis zu 150 000 Einwohner zählte und länger als anderthalb Jahrhunderte bestand, nämlich von 1610—1768. Seine Stifter waren italienische Jesuiten. In den Landstrichen am Rio de la Plata und am Paraguay führten sie das System durch, wo Indianer als Grundhörige spanischen Herren zugeteilt waren. Zwei der tätigsten und unerschrockensten Ordensbrüder begaben sich in die Wälder, lernten ihre Sprache und predigten ihnen die christliche Lehre und bald hatten sie unter den Wilden einen nach tausenden zählenden Anhang, der zu ihnen als den Vertretern der Gottheit gläubig aufblickte. Da kam ihnen angesichts des weichen Charakters dieser Indianer, ihrer Gutmütigkeit und Fügsamkeit, der Gedanke, mit diesem Volk ein eigenes vom Orden zu leitendes Gemeinwesen zu schaffen, einen den Eigenschaften und den Absichten der Jesuiten gleichzeitig entsprechenden Staatsmechanismus. Die Erlaubnis des spanischen Hofes zu seiner Verwirklichung war bei dem Einfluß, den die Jesuiten dort besaßen und bei der Geringfügigkeit der Einnahmen des Staates aus dieser Provinz unschwer erlangt und so machten sich die Jesuiten bald mit der gewohnten Energie ans Werk. Der neue Staat bestand im ganzen aus 31 Niederlassungen, die von 100—150 Jesuiten geleitet wurden. Der Staat, also im vorliegenden Fall der Orden, hatte alles Land und Kapital zu eigen und ebenso verfügte er ganz nach Belieben über die Arbeitskraft der Bewohner. Jeder von ihnen ward zur Arbeit verpflichtet und erhielt von der Obrigkeit seinen Platz angewiesen. Jeder im Ackerbau beschäftigte Indianer erhielt ein Stück Land zugeteilt, das er zwei Tage in der Woche bearbeiten mußte, um die für

seinen Unterhalt nötigen Früchte zu erhalten. Die anderen Tage waren den Ländereien gewidmet, die dem Staat gehörten; aus deren Ertrag wurden zunächst die Bewohner, die selbst keine Landwirtschaft trieben, versorgt. Was übrig blieb, wurde auf den auswärtigen Märkten verkauft, und der Erlös teils zum Ankauf der Produkte verwandt, die im Land selbst nicht hervorgebracht wurden, wie Salz, Kalk und Metall, teils in die Kasse des Ordens abgeführt. Die Frauen wurden vorzugsweise mit dem Verspinnen von Baumwolle beschäftigt, die sie von der Behörde geliefert erhielten. Alle gewerblichen Produkte mußte die Mission selbst herstellen. Das wurde dadurch erreicht, daß man eine hinreichend große Zahl von Eingeborenen, die manuelle Geschicklichkeit bewiesen, für den gewerblichen Beruf ausbildete. Das Quantum Arbeit, das geleistet werden mußte, wurde im voraus bestimmt. Danach hatten sich die Indianer unbedingt zu richten. Die Verwaltung unter der Leitung der Jesuiten sorgte für alles und überwachte alles, die Erziehung der Kinder, die schon im frühen Alter an regelmäßige Beschäftigung gewöhnt wurden, den Dienst der Hirten und die gewerblichen Tätigkeiten, den Bau und die Reparaturen der Häuser, in denen die einzelnen Familien wohnten und die Beteiligung aller am Gottesdienste und die Vergnügungen und Feste. Jeder männliche Indianer mußte im Alter von 17 Jahren ein Mädchen von 15 Jahren heiraten. Die nötige Ausstattung, ein Stück Land und Vieh usw. erhielt das junge Paar von der Gemeinschaft. — — — Der Jesuitenstaat brach zusammen, besonders durch äußere Einflüsse. Die Jesuiten trieben nämlich gleichzeitig eine gewisse Profitpolitik, indem sie aus der Arbeit und Lebensweise der Indianer Profit herausschlugen, was ihnen durch einträglichen Handel mit Mais, Baumwolle usw. vollkommen geglückt war. Das aber hatte den Neid und die Habgier der Spanier erregt, immer wieder wurden die Jesuiten denunziert, daß sie ihre geschäftlichen Erfolge nur einer schonungslosen Ausbeutung der Indianer, die sich zu Tode arbeiten müßten, verdankten. Die Folge davon waren fortwährende Reibungen, ja zeitweise blutige Kämpfe mit spanischen Nachbarn, die an der westlichen Grenze des Landes wohnten. Als sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts die spanischen Fürstenhöfe und sogar die Krone gegen den Orden wandten, war auch das Ende dieser südamerikanischen Gründung gekommen. Im Jahre 1750 trat Spanien an Portugal ein Stück von Uruguay, auf dem 7 Missionen lebten, ab. Die Portugiesen befahlen den Bewohnern auszuwandern, worauf die Indianer auf Anstiften der Jesuiten zu den Waffen griffen, um ihr heimisches Land zu verteidigen. Der Krieg endigte nach mehrjähriger verzweifelter Gegenwehr der Eingeborenen mit dem Siege der Portugiesen und der gänzlichen Zerstörung der jesuitischen Mission. Im Jahre 1768 wurden dann die Jesuiten aus dem ganzen Gebiete des von ihnen gebildeten Staats ausgewiesen.

Wenn auch die meisten kommunistischen Gemeinden erst der neueren Zeit angehören und zwar vorwiegend dem 19. Jahrhundert, nur einzelne dem 18. und 17. Jahrhundert, so ist doch der grundlegende Gedanke, das kommunistische Ideal, ein sehr alter. Bereits Plato hat in

seiner Politeia das Ideal eines kommunistischen Gemeindewesens gezeichnet. Ausgehend von seiner Staatsauffassung, nach der der Einzelne sich unbedingt dem Staatsinteresse unterzuordnen habe, so daß der Staat nur als Mensch im großen aufgefaßt wird, forderte er für eine Eliteklasse, die Staatsbürger, die kommunistische Verfassung.

Die Klasse der Wächter, welche die höchste und regierende Klasse im Staate ist, soll, damit sie ihren Sinn nur auf ihre staatlichen Pflichten lenke, ganz vom Erwerbsleben ausgeschlossen sein. Darum ist ihnen auch aller persönlicher Besitz und das Familienleben versagt. Die kommunistischen Einrichtungen der Weiber-, Kinder- und Gütergemeinschaft der regierenden Klasse sind geschaffen, damit die Bürger dieses Staates ganz im Staatsleben aufgehen.

Bilder kommunistischen Gesellschaftslebens finden sich ferner häufig in der sogenannten Utopienliteratur. Ich nenne Utopien nicht etwa solche Schriften, in denen besonders „radikale" Neuerungsvorschläge gemacht werden, die daher als „undurchführbar" oder als „utopisch" in diesem Sinne charakterisiert werden müßten, denn: wer will entscheiden, ob solche Vorschläge undurchführbar sind oder nicht? Utopien sind vielmehr alle diejenigen Schriften, in denen die Verfasser die von ihnen gewünschten Gesellschaftszustände an einem erdichteten Staatswesen uns vorführen. Ihnen allen ist das Buch von Bellamy: „Im Jahre 2000" bekannt, die meist gelesene sozialistische Utopie aus neuerer Zeit. Und doch reicht keine dieser neueren Utopie in bezug auf Geist und Darstellung auch nur annähernd an die berühmte Utopie des Thomas Morus heran, die im Jahre 1516 erschienen ist und das Vorbild aller der zahlreichen späteren Utopien wurde. Der Verfasser Thomas Morus ist der berühmte Lordkanzler Heinrichs VIII., der im Jahre 1535 im Tower hingerichtet wurde, weil er die Rechtmäßigkeit der Ehescheidung des Königs nicht anerkennen wollte.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse zur Zeit, als Morus schrieb, waren die denkbar traurigsten. Im 15. Jahrhundert hatte sich in England eine große Umwälzung dadurch vollzogen, daß infolge der stark gesunkenen Getreidepreise vielfach die Grundbesitzer von der Ackerwirtschaft zur Weidewirtschaft übergingen. Die aufkommende Wollindustrie machte die Schafzucht rentabel; Tausende und abertausende Bauern und Pächter kamen um ihre Existenz. Arbeitslosigkeit und Bettel waren weitverbreitete Plagen; Morus entwarf gegenüber diesen Notständen seiner Zeit das Bild eines idealen Zukunftsstaates, in dem durch bessere Wirtschaftsordnung das Glück und Wohlergehen aller Bürger begründet werden sollte.

Betrachten wir etwas näher die wirtschaftlichen Einrichtungen Utopiens. Es herrscht dort der Kommunismus, d. h. es existiert kein Privateigentum und zwar weder an den Produktionsmitteln noch an den Verbrauchsgegenständen. Selbst die Wohnungen müssen die Utopier alle zehn Jahre wechseln, „damit ihnen gar nichts zu eigen sei"; auch die Mahlzeiten werden gemeinsam eingenommen. — Jeder-

mann ist zur Arbeit verpflichtet; die Phylarchen — selbstgewählte Gemeindebeamte — haben darüber zu wachen, daß niemand müßig geht. Und zwar müssen die Utopier 6 Stunden täglich arbeiten; für die Nachtruhe sind 8 Stunden bestimmt; die übrige Zeit darf jeder nach Belieben verwenden. Die Arbeit in Utopien ist teils landwirtschaftlich, teils gewerblich. Landwirtschaft muß jeder treiben, und zwar 2 Jahre lang; auf dem Lande befinden sich die mit Ackerbaugerätschaften versehenen Häuser, die von den Bürgern bewohnt werden, die auf das Land übergesiedelt sind. Die landwirtschaftlichen Familien zählen je 40 Personen, von denen jährlich 20 in die Stadt zurückkehren, nachdem sie zwei Jahre lang sich der Landwirtschaft gewidmet haben. Neben der Landwirtschaft müssen alle Utopier — und zwar Männer und Frauen — noch ein Handwerk als besondere Beschäftigung lernen: meist ist es die Verarbeitung von Wolle oder Flachs, oder das Maurer-, Schmiede- oder Zimmermannsgewerbe. In der Regel lernt jeder das Handwerk seines Vaters; zieht aber jemand ein anderes Gewerbe vor, so wird er in eine Familie aufgenommen, die dieses betreibt.

Was die höhere Arbeit anlangt, so ist die Wahl der sogenannten liberalen Berufsarten niemandem selbst überlassen; vielmehr erteilt das Volk auf Empfehlung der Priester und nach geheimer Wahl durch die Phylarchen einigen die Erlaubnis, sich dem gelehrten Studium widmen zu dürfen. Wenn aber einer in diesem Berufe untüchtig ist, kann er wieder zu den Handwerkern versetzt werden. Umgekehrt, wenn ein Handwerker sich durch besonderen wissenschaftlichen Sinn auszeichnet, kann er in die Gelehrtenklasse aufgenommen werden.

Wie steht es mit den niederen Arbeiten? Wer soll die unangenehmen und harten Verrichtungen übernehmen? Mit dieser für jedes kommunistische System sehr heiklen Frage findet sich Morus in eigentümlicher Weise ab. Solche Arbeiten werden nämlich von denen verrichtet, die aus religiöser Begeisterung sie freiwillig auf sich nehmen; sie glauben durch ihre besondere Anstrengung ein Gott wohlgefälliges Werk zu tun. Außerdem aber können auch Leute zu diesen Tätigkeiten gezwungen werden, und zwar die Sklaven; zu solchen werden die Kriegsgefangenen gemacht, ferner die Utopier, die wegen Verbrechen zu Zwangsarbeit verurteilt waren, und Ausländer, die zum Tode verurteilt waren und die von Utopien angekauft werden.

Auch die Verteilung der Produkte geht nach kommunistischen Grundsätzen vor sich. Die Arbeitserzeugnisse jeder Familie werden in öffentliche Magazine gebracht, die sich auf den Marktplätzen jeder Stadt befinden. Jeder Familienvater hat das Recht, aus diesen Magazinen das zu entnehmen, was er für sich und die Seinen braucht. Er hat dafür kein Geld zu zahlen, da er nur den ihm zukommenden Anteil an der Gesamtproduktion erhält. Geld gibt es in Utopien nicht, da jeder Tauschverkehr wegfällt. — Die Vorräte, die übrig bleiben, nachdem alle Familien versorgt sind, werden in den öffentlichen Magazinen zwei Jahre lang aufbewahrt; jährlich wird vom Senate festgestellt, in welchen Magazinen Mangel oder Überfluß an gewissen

Gütern vorhanden ist, und danach eine Ausgleichung vorgenommen. Die Güter, die in Utopien selbst nicht verbraucht werden können, werden teils an die Armen des Auslandes verschenkt, teils dorthin verkauft; das dafür erlöste Geld wird aufbewahrt, um dafür im Kriegsfalle Söldner werben zu können. Sonst wird Gold und Silber, um diese edlen Metalle im Inlande recht verächtlich erscheinen zu lassen, zu niedrigen Geräten und zu Ketten für Sklaven benutzt.

Trotz des kommunistischen Charakters seiner Wirtschaftsordnung ist bei Morus nicht wie in Platos „Staat" die Weibergemeinschaft eingeführt, sondern die monogamische Ehe. Allerdings ist das Familienleben starken Beschränkungen unterworfen. Zwar ist die Zahl der Kinder für die einzelnen Familien nicht festgesetzt, aber die männlichen Kinder müssen in der Familie bleiben, auch wenn sie herangewachsen sind, und keine Familie darf weniger als zehn und mehr als sechszehn Erwachsene zählen. Die überschüssigen Mitglieder zu starker Familien werden in die zu kleinen versetzt. Wenn in einer Stadt die Zahl der Bewohner das festgesetzte Maß überschreitet, wird der Überschuß in die minder bevölkerten Städte gebracht; sollte aber in ganz Utopien Bevölkerungsüberschuß eintreten, dann wird eine Anzahl ausgewählt, die zur Auswanderung und Kolonisation gezwungen werden.

So hat uns Thomas Morus seinen Idealstaat gezeichnet, in welchem die obersten Grundsätze, die im Gesellschaftsleben durchgeführt werden sollen, verwirklicht sind: Gerechtigkeit und Glück für alle. Alle Individuen haben den gleichen Anspruch auf eine glückliche Existenz, natürlichem Rechte gemäß, und darum sollen auch alle in der gleichen materiellen Lage sich befinden und jedem nach Verdienst die gebührenden Ehren zuteil werden.

In der Zeit der französischen Revolution wurde der Versuch gemacht, die kommunistische Gesellschaftsordnung auf gewaltsamem Wege in die Wirklichkeit überzuführen, und zwar geschah dies durch Babeuf, der mit besonderem Radikalismus aus der politischen Egalitätstheorie der französischen Naturrechtsphilosophie, auf die ich in der ersten Vorlesung hingewiesen habe, bestimmte Konsequenzen zugunsten ökonomischer Gleichheitsforderungen zog. Schon früh — bereits als 27jähriger — hat Babeuf seine kommunistischen Gedanken ausgesprochen. Im Jahre 1787 schrieb er an seinen Freund Dubois, der ihm von der Idee berichtet hatte, das Fridericianische Allgemeine Landrecht in Frankreich einzuführen: „Der Apostel des Allgemeinen Gesetzbuches scheint zu wünschen, daß man den Menschen jeden Standes in allen Ländern die gleichen Rechte für die Erbfolge zuerkenne und das wäre sehr gut. Aber der Allgemeinreformer wünschte, daß man allen Personen unterschiedlos einen absolut gleichen Anteil an allen Gütern und Vorteilen verschaffte, die man in dieser irdischen Welt genießen kann, und das würde mir viel besser erscheinen" (Thomas S. 513). Indem der „Allgemeinreformer" die Gleichheit aller fordert, will er aber „nicht den Urkommunismus, das wilde Leben im Naturzustande, zu dem uns Rousseau zurückführen zu wollen scheint".

Er will vielmehr dem Bürger verschaffen „das glückliche Leben mit seinen vier Mahlzeiten am Tag, mit den reizenden Häusern à 1000 Louis für alle Familienväter, mit all jenen Annehmlichkeiten des sozialen Lebens, die man mit denen des Naturlebens und urwüchsigen Lebens verbinden muß" (Thomas S. 504). Er sammelte am Schlusse des Jahres 1795 eine kleine Anzahl Gleichgesinnter und begann Vorträge und Besprechungen über das wahre Prinzip aller Gesellschaft zu eröffnen. In kurzer Zeit fanden sich etwa 2000 Menschen zusammen, die eine Verbindung mit dem geheimen Namen „Société des Egaux" bildeten und die Zeitschrift „Le Tribun du peuble" herausgaben.

Buonarotti hat in seinem Werke „La Conjuration de Babeuf" eine genaue Schilderung der Babeufschen Verschwörung gegeben, auf welches Werk ich Sie für alle Einzelheiten verweise. Hier genüge die Angabe, daß die Babeufsche Verbindung mit dem revolutionären Komitee der Montagnards zusammen die kommunistische Verschwörung plante.

Alles war vorbereitet und viele Tausende Anhänger gewonnen, als die Verschwörung verraten wurde. Babeuf und Darthé wurden zum Tode verurteilt und am 26. Mai 1796 hingerichtet.

Die Ideen Babeufs gehen am klarsten aus einer Schrift hervor, welche das „geheime Direktorium des öffentlichen Wohles" — so nannte sich die geheime Leitung der von Babeuf, Buonarotti, Darthé und anderen gebildete Verschwörung — im Jahre 1796 veröffentlichte. Sie ist betitelt: „Erklärung der Lehre Babeufs, des Volkstribunen, der von dem regierenden Direktorium geächtet wurde, weil er die Wahrheit sagte". (cf. Buonarotti 397 ff.)

Artikel 1.

Die Natur hat jedem Menschen ein gleiches Recht auf den Genuß aller Güter gegeben.

Artikel 2.

Der Zweck der Gesellschaft ist es, diese oft von den Starken und Bösen im Naturzustand angegriffene Gleichheit zu verteidigen und durch die Mitwirkung Aller die gemeinsamen Lebensgenüsse zu vermehren.

Erklärung:

Das heißt, daß alle einen gleichen Anteil Arbeit auf sich nehmen müssen und dafür eine gleiche Anzahl Genüsse entnehmen. Was versteht man unter der Gemeinschaftlichkeit der Arbeit?

Will man, daß alle Bürger zu den gleichen Beschäftigungen gezwungen werden? Nein: aber man will, daß die verschiedenen Arbeiten so verteilt werden, daß sie keinen einzigen Gesunden müßig lassen. Man will, daß die Vermehrung der Zahl der Arbeitenden den allgemeinen Überfluß vermehrt, während er die Mühe des einzelnen vermindert. Man will, daß jeder dafür von dem Vaterlande das Notwendige erhält, um für seine natürlichen Bedürfnisse zu sorgen, sowie die kleine Zahl von künstlichen Bedürfnissen, die alle befriedigen können.

Artikel 10.

Der Zweck der Revolution besteht darin, die Ungleichheit abzuschaffen und das allgemeine Glück wieder herzustellen.

Wie speziell in wirtschaftlicher Hinsicht die kommunistischen Prinzipien durchgeführt werden sollten, ergibt sich am besten aus dem „Décret économique", welches ebenfalls von dem Babeufschen Komitee veröffentlicht wurde und in welchem sich ein bis ins Detail gehender Plan der einzurichtenden Gütergemeinschaft findet. Einige charakteristische Bestimmungen dieses Dekrets will ich Ihnen mitteilen.

Es sollte nach dem Babeufschen Plane nicht sofort eine absolute Gütergemeinschaft für das ganze Volk eingeführt werden, sondern neben der Gütergemeinschaft noch das Privateigentum beibehalten werden. Nur ein Teil des Volkes sollte also in Gütergemeinschaft leben; da aber sämtliche damals in Privateigentum befindlichen Güter beim Ableben ihrer Besitzer an die Gütergemeinschaft fallen sollten, würde der Zustand absoluter Gütergemeinschaft allmählich erreicht werden müssen. Vorläufig sollten nach dem Prinzip der Gütergemeinschaft verwaltet werden die Güter z. B. aller derjenigen, welche ihre Güter freiwillig der Republik übergeben, und derer, die sich als „Feinde der Revolution" erwiesen hätten. Ferner die Güter aller derjenigen, die sich in öffentlichen Ämtern bereichert hätten usw., und schließlich auch die Güter derer, deren Anbau von den Eigentümern vernachlässigt wurde. Ich führe Ihnen einige der wichtigsten Bestimmungen wörtlich an:

1. Allgemeines.

Artikel 1.

Es wird in der Republik eine große nationale Gütergemeinschaft eingerichtet werden.

Artikel 8.

Die Güter der nationalen Gütergemeinschaft werden in Gemeinschaft von allen ihren Mitgliedern bewirtschaftet (éxploités).

Artikel 9.

Die große nationale Gütergemeinschaft unterhält alle ihre Mitglieder in einem gleichen und ehrbaren mäßigen Wohlstand; sie gibt ihnen alles, was sie nötig haben.

2. Von den gemeinsamen Arbeiten.

Artikel 1.

Jedes Mitglied der nationalen Gütergemeinschaft ist zu den Arbeiten der Landwirtschaft und der Industrie, deren es fähig ist, verpflichtet.

Artikel 2.

Ausgenommen sind die Greise über 60 Jahre und die Gebrechlichen.

Artikel 5.

Bei jeder Klasse sind von ihren Mitgliedern erwählte Beamte. Diese Beamten leiten die Arbeiten, wachen über deren gleichmäßige Verteilung, führen die Befehle der Munizipalverwaltung aus und geben das Beispiel des Eifers und des Fleißes.

Artikel 6.

Das Gesetz bestimmt für jede Jahreszeit die tägliche Dauer der Arbeitszeit.

3. Von der Verteilung und Verwendung der Güter der Gemeinschaft.

Artikel 1.

Kein Mitglied der nationalen Gemeinschaft darf mehr beanspruchen, als das Gesetz ihm durch Vermittlung der Beamten zuweist.

Artikel 2.

Die nationale Gemeinschaft sichert von jetzt ab jedem ihrer Mitglieder:

eine gesunde, bequeme und gut möblierte Wohnung;

Kleider zur Arbeit und für die Zeit der Erholung aus Leinwand oder Wolle, wie es das Nationalkostüm erfordert;

Wäsche, Beleuchtung und Heizung;

eine genügende Menge von Nahrungsmitteln, wie Brot, Fleisch, Geflügel, Fisch, Eier, Butter oder Öl; Wein und andere in den verschiedenen Gegenden gebräuchliche Getränke; Gemüse, Früchte, Gewürze und andere Dinge, welche zu einem mäßigen und frugalen Wohlstand gehören;

die Mittel zur Heilkunst.

Artikel 3.

In jeder Gemeinde werden zu bestimmten Zeiten gemeinsame Mahlzeiten stattfinden, an denen alle Mitglieder der Gemeinschaft teilnehmen sollen.

Artikel 8.

In jeder Gemeinde sind Beamte, die den Mitgliedern der nationalen Gemeinschaft die Produkte der Landwirtschaft und Industrie zuzuteilen und in ihre Wohnung abzuliefern haben.

Artikel 9.

Das Gesetz bestimmt die Grundsätze dieser Verteilung.

(Gerade dieser wichtigste Punkt, *wie* die Verteilung beschaffen sein soll, ist offen gelassen.)

4. Vom Geldwesen.

Artikel 1.

Die Republik fabriziert kein Geld mehr.

Artikel 2.

Das Geld, welches der nationalen Gütergemeinschaft zufällt, wird dazu verwendet, von fremden Völkern die Sachen zu kaufen, die sie braucht.

Artikel 3.

Jedes der Gemeinschaft nicht angehörende Individuum, das überführt wird, einem ihrer Mitglieder Geld angeboten zu haben, wird streng bestraft.

Artikel 4.

Es wird weder Gold noch Silber mehr in die Republik eingeführt.

Die Verwirklichung der kommunistischen Grundsätze, die von Babeuf auf revolutionärem Wege angestrebt wurde, ist später noch mehrfach auf dem friedlichen Wege sozialer Reform versucht worden.

Ich nenne von diesen kommunistischen Experimenten nur diejenigen zweier Männer, die in der Geschichte des Sozialismus und Kommunismus eine große Berühmtheit erlangt haben, des Franzosen Cabet und des Engländers Owen.

Ende der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts kam es in Frankreich zu einem Wiederaufleben der Babeufschen kommunistischen Ideen in der Bewegung des sogenannten Babouvismus, die ihren Höhepunkt in dem Aufstande vom 12. Mai 1839 hatte; damals trat Cabet mit seinen kommunistischen Theorien in den Vordergrund. In seiner Broschüre „Comment je suis Communiste“ spricht er den Gedanken aus, daß das wahre Glück des Volkes und die letzte Vollendung seines inneren Lebens nur auf dem Prinzip der Gemeinsamkeit der Güter, der Arbeit und der Erziehung beruhen könne. Im Gegensatz zu dem revolutionären Vorgehen Babeufs wollte er sein Ziel nur durch Diskussion und Propaganda seiner Ideen, durch Überzeugung und die Macht der öffentlichen Meinung erreichen. Er hoffte allmählich die ganze Majorität des Volkes für seine Ideen zu gewinnen und dann einen friedlichen Übergang in die kommunistische Gesellschaftsordnung bewerkstelligen zu können. Es war für ihn Glaubenssache, daß die kommunistische Gesellschaft die einzig wahre sei: „Ich glaube“, sagte er einmal in seinem kommunistischen Glaubensbekenntnis, „daß die Natur alles, was sich auf Erden befindet, für das ganze Menschengeschlecht geschaffen hat, alles für alle, daß sie allen dieselben Bedürfnisse gegeben hat und folglich allen dieselben Rechte auf die zur Befriedigung notwendigen Mittel. ... Ich kann nicht glauben, daß die Natur dem Menschen Vernunft gegeben und ihn gesellig geschaffen hat, damit die Vernunft und die Gesellschaft das brüderliche Verhältnis und die Gleichheit zerstörten. — Ich glaube im Gegenteil, daß sie ihn vernünftig, vervollkommnungsfähig und gesellig schuf, damit Vernunft und Gesellschaft die Gleichheit seines Glückes vervollkommnen und verwirklichen sollen. — Ich glaube, daß die Einführung der sozialen und politischen Ungleichheit eine Verletzung des Naturgesetzes ist.“

Da sein Lieblingsplan, in Frankreich selbst eine große nationale Gütergemeinschaft einzurichten, ihm schwer durchführbar erschien, beschloß er einen Versuch mit einer kleineren Menschengruppe vorzunehmen und zu diesem Zweck eine kommunistische Kolonie in Amerika zu gründen. Diese Kolonie sollte Ikarien heißen, wie sein Hauptwerk, in dem er für seine Ideen Propaganda machte, „Voyage en Icarie" (1840) betitelt ist. Die erste Avantgarde, die er gesammelt hatte, bestehend aus 69 Teilnehmern, worunter fast alle Gewerbe vertreten waren und 2 Ärzten, verließ Paris am 29. Januar 1848. Es fanden noch vier weitere große Expeditionen statt, im November und Dezember 1848, so daß schließlich 485 Ikarier Frankreich verlassen hatten.

Die ersten Ankömmlinge aus Frankreich hatten in Texas mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen, gaben schließlich das dort gekaufte Land auf und erwarben von den Mormonen, welche der Verfolgungen wegen ihre blühenden Niederlassungen in Nauvoo aufgeben mußten, einen großen Teil derselben. Die Kolonie blühte und zählte 500 Mitglieder. Bald aber entstanden Streitigkeiten, Cabet wurde 1856 ausgestoßen, ging mit 180 Anhängern nach St. Louis wo er kurz darauf starb. 150 seiner Leute errichteten in Cheltenham, 6 Meilen westlich von St. Louis, eine neue Kolonie, aber bald gab es auch hier Streit über die Form der Verwaltung, die Mitgliederzahl wurde immer geringer und 1864 wurde auch diese Gemeinde endgültig aufgelöst. Die in Nauvoo Zurückgebliebenen führten 1860 einen schon früher gehegten Plan aus und siedelten nach Jowa über. Aber die Wahl des Ortes war nicht glücklich und es kam auch hier zu Streitigkeiten. Eine vom Marxismus beeinflußte Gruppe jüngerer Mitglieder bildete eine Oppositionspartei, 1878 erfolgte die Auflösung. Die jungen behielten zunächst die Gemeinschaft bei, siedelten aber 1884, nur noch 52 Mitglieder stark, alles Franzosen, nach Kalifornien über, wo sie nahe bei Cloverdale eine Farm kauften. Sie nannten sie Icaria Speranza; sie löste sich 1889 auf. Die Partei der älteren gründete 1879 eine neue Kolonie New Icarian Community, eine Meile von Nauvoo entfernt, die aber immer nur aus einer kleinen Zahl von Mitgliedern bestand und 1895 ihre Auflösung beschloß.

So mußte Cabet dasselbe Schicksal erleiden, was früher bereits Owen erlitten hatte.

Owen, der fast sein ganzes Leben und einen großen Teil seines Vermögens, welches er als großer Baumwollspinner erworben hatte, sozialen Experimenten aller Art gewidmet hatte, hat auch eine Zeit lang auf die Gründung einer kommunistischen Gemeinde seine Hoffnung gesetzt.

Gerade ihm mußte ein solcher Versuch besonders hoffnungsvoll erscheinen, weil nach seiner sozial-philosophischen Grundanschauung der menschliche Charakter leicht zu bilden und zu erziehen sei, so daß er auch gänzlich veränderten sozialen Verhältnissen angepaßt werden könnte. In seiner Schrift „A new view of society" (1812) hat er diese Theorie

von der Möglichkeit der Ausbildung des menschlichen Charakters dargestellt und noch als 87jähriger Greis, 14 Tage vor seinem Tode, sagte er in einem Vortrag: „Er wolle verkünden, was seine Lebensaufgabe gewesen, daß, um das Elend aus der Welt zu schaffen, die äußere Lage der Menschen von Grund aus reformiert und durch die zweckmäßig veränderten Umstände und eine vernünftige Erziehung der Charakter der Menschen von Grund aus reformiert werden müsse."

Er glaubte sich als den Entdecker der Wissenschaft von dem Einfluß der äußeren Umstände und damit einer reinen und echten Religion bezeichnen zu dürfen. Allein ebensowenig lasse sich sein System inmitten und mit den Mitteln der gegenwärtigen Gesellschaft verwirklichen, als der Erfinder der Dampfmaschine Pferde verwenden könne, oder Gas aus Kerzenlicht herstellbar sei. Deshalb habe er New Harmony gekauft: „Hier im Herzen der Vereinigten Staaten und fast im Zentrum seiner unerreichten Binnenschiffahrt, hat die das Weltall und jede menschliche Handlung regierende Macht die Umstände geschaffen, die mir gestatten, ein neues Reich des Friedens und der Menschenliebe zu beginnen." (Simon S. 169.) 1825 wurde seine erste kommunistische Kolonie, New Harmony, im Staate Indiana begründet. Es waren nicht etwa nur Abenteurer und Sonderlinge, die ihm folgten, auch namhafte tüchtige Gelehrte aus allen möglichen Gebieten folgten ihm.

So konnte er sein Werk im Gegensatz zu Cabet, umgeben von hervorragenden Persönlichkeiten, beginnen.

Als die obersten Grundsätze der Gemeinschaft wurden in der Verfassung von New Harmony erklärt:

„Gleichheit der Rechte, ohne Unterschied des Geschlechtes und des Standes für alle Erwachsenen und Gleichheit der Pflichten, je nach der körperlichen und geistigen Befähigung; Gemeinsamkeit des Eigentums und genossenschaftliche Vereinigung (Cooperative Union) in den Geschäften und Vergnügungen des Lebens." (Simon S. 179.)

Diese Kolonie litt ebenso wie alle später von ihm versuchten kommunistischen Gründungen vollkommen Schiffbruch. Streng war das Grundprinzip des Kommunismus durchgeführt, daß alles Eigentum der ganzen Gemeinschaft gehören sollte. Gemeinsam wurden auch die Mahlzeiten eingenommen, und ein Komitee von 12 Personen bestimmte, welche Arbeit jeder einzelne zu verrichten hatte, wobei auf die Wünsche der einzelnen möglichst Rücksicht genommen wurde.

Schon kurze Zeit nach der Gründung gab es so viele Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten, daß Owen — nachdem siebenmal die Verfassung der Kolonie geändert war — schließlich sich genötigt sah, Landparzellen und Häuser an einzelne Personen zu verkaufen, und so wurde das Privateigentum wieder eingeführt. In seinem unerschütterlichen Optimismus versuchte er immer wieder mit großen pekuniären Opfern ähnliche Gründungen, ohne daß er jedoch mit einem einzigen Versuch dieser Art irgendwelchen Erfolg gehabt hätte.

So endigten Owens Versuche ebenso wie fast alle derartigen Gründungen. Sie hinterließen nur bittere Enttäuschungen für alle Beteiligten und vor allem für die Stifter solcher Kolonien, die oft ihre beste Lebenskraft für diese Experimente geopfert haben.

Gänzlich verkehrt wäre es aber, aus dem Mißlingen solcher kommunistischen Gründungen etwas gegen den heutigen Sozialismus folgern zu wollen. Es ist nicht zu vergessen, daß zwar auch heute noch von Zeit zu Zeit phantasiereiche Reformer auftreten, die irgendwo in der Welt mit einer kleinen Schar von Menschen eine neue ökonomische Ära herbeiführen zu können glauben. Doch das sind verschwindende Ausnahmen. Sie spielen keine Rolle in der großen sozialen Bewegung, die heute von ganz anderen Ideen beherrscht wird, und vor allem: Das Endziel wird heute fast allgemein nicht mehr in der kommunistischen, sondern in der sozialistischen Wirtschaftsordnung gesucht. Aber wie auch das kollektivistische Ideal beschaffen sei, ob kommunstisch oder sozialistisch, man glaubt heute dieses Ziel erreichen zu können — nicht mehr durch zersplitterte kleine Minderheiten, die, umgeben von einer individualistischen Umwelt, für sich ein sozialistisches oder kommunistisches Sonderdasein führen sollen, sondern man meint, daß nur durch eine organische Neu- und Umbildung der ganzen Gesellschaft dieses Ziel erreicht werden könne.

Die mächtigste und einflußreichste sozialistische Theorie der Gegenwart, die Marxistische, verwirft, wie wir gesehen haben, überhaupt die Idee, als ob nach einem vorher festgelegten Plane die Gesellschaft umgebildet werden könne; sie lehrt, daß diese ganze Entwicklung auf naturgesetzlichem Wege verlaufe.

Daher verwerfen Marx und Engels im kommunistischen Manifest die Versuche aller kommunistischen Neuerer, „die ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen und versuchen wollen, durch kleine, natürlich fehlschlagende Experimente, durch die Macht des Beispiels dem neuen gesellschaftlichen Evangelium Bahn zu brechen.“

III. Vorlesung.

Der sozialistische Staat.

Bei den Budgetberatungen des deutschen Reichstags ruft regelmäßig ein Posten besonders ausgedehnte Debatten hervor, nämlich der Etat des Reichsamtes des Innern; alle möglichen sozialpolitischen Fragen, die gerade das allgemeine Interesse in Deutschland erregen, werden bei dieser Gelegenheit erörtert.

Als zu Beginn des Jahres 1893 der Etat des Reichsamtes des Innern beraten wurde, wurde auch der damals herrschende wirtschaftliche Notstand besprochen. In diesem Zusammenhang kam man auf die Probleme des Sozialismus, und das führte schließlich dahin, daß sämtliche Sitzungen vom 31. Januar bis 7. Februar 1893 mit Debatten über den sozialistischen Zukunftsstaat ausgefüllt wurden.

Mehrere Redner verlangten von den anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten, daß sie ein klares Bild über den von ihnen erstrebten sozialistischen Zukunftsstaat geben sollten. Besonders energisch wurde diese Forderung von dem Abgeordneten Bachem gestellt, der am Ende einer längeren Rede sagte: „Wir sind bereit, in der ruhigsten und objektivsten Weise über alle Einzelheiten Ihres wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Programms hier mit Ihnen zu diskutieren, ohne Leidenschaft und ohne Verletzung, in der ehrlichen Absicht, zu lernen, was aus Ihren Ideen zu lernen ist. Wenn Sie aber uns nichts vortragen, keinen Grundriß, keinen Aufriß, keinen Durchschnitt und keinen Querschnitt des sozialdemokratischen Staates, dann werden Sie uns nicht übel nehmen, daß wir Ihren sozialdemokratischen Staat für dasjenige halten, für was die älteren und besonneneren Arbeiter ihn auch schon halten, für ein leeres Wahngebilde, das weder Fleisch noch Bein hat, und das nicht in der Lage ist, jemals Fleisch oder Bein anzunehmen.[1])" Was Bachem damit bezweckte, ist klar: Er wünschte eine Schilderung des sozialistischen Zukunftsstaates in der Art, wie ich Ihnen das letzte Mal die Einrichtung der Amana-Gemeinde geschildert habe und wie ich Ihnen die entsprechenden Vorschläge von Marat, Babeuf und anderen dargelegt habe. Dieser Aufforderung kamen aber die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht nach: sie alle lehnten eine detaillierte Schilderung des Zukunftsstaates ab und in ihrem Sinne erklärte ihr Wortführer, der Abgeordnete Liebknecht[2]): „Der Zukunftsstaat

---

[1]) Reichstags-Verhandlungen a. a. O., S. 779.
[2]) a. a. O., S. 895.

ist in gewisser Beziehung ein Ideal; aber die Wissenschaft hat niemals etwas mit ihm zu tun gehabt. Unsere Partei, die sozialdemokratische Partei, hat niemals die Utopie eines Zukunftsstaates in ihr Programm aufgenommen. Wir haben ein Programm, wir sind sogar die einzige Partei, die ein klares und umfassendes Programm hat, allein niemals hat die Partei den Arbeitern von einem Zukunftsstaat erzählt, niemals, ausgenommen als von einer Utopie. Wenn jemand sagt: Ich stelle mir nach der Verwirklichung des Programms, nachdem die Lohnarbeit abgeschafft ist und die Ausbeutung der Menschen aufgehört hat, die Gesellschaft etwa so vor — nun gut! Gedanken sind zollfrei; vorstellen kann sich das jeder wie er Lust hat. Wer es glauben will, glaubt daran; wer nicht daran glauben will, glaubt nicht daran. Es sind eben Phantasiestücke und nichts weiter. In anderer Weise hat die Sozialdemokratie den sogenannten Zukunftsstaat niemals aufgefaßt." Diese ablehnende Stellung finden wir stets, wenn die offiziellen Vertreter der sozialdemokratischen Partei die Frage nach dem sozialistischen Zukunftsstaate beantworten sollen. Verständlich wird diese Haltung, wenn wir uns bestimmte Grundanschauungen dieser Partei vergegenwärtigen.

Wenn damals die ganze Debatte ergebnislos verlief, wenn gerade das, was die Gegner der Sozialdemokratie wollten, nicht vorgebracht wurde, wenn sich die Sozialdemokraten im wesentlichen darauf beschränkten, eine Kritik der herrschenden Zustände zu geben, von der sozialistischen Gesellschaftsordnung aber nur in ganz allgemeinen Grundzügen redeten, so wäre es ein Irrtum, anzunehmen, dies Verhalten entspränge einer gewissen Scheu, ihre letzten wirklichen Ziele zu offenbaren. Die Sache liegt anders. Die moderne Sozialdemokratie kann gar nicht in der Weise, wie es die älteren Sozialisten und Kommunisten getan haben, eine Detailschilderung ihres Zukunftsstaates entwerfen. Dies hängt zusammen mit ihrer vom älteren Sozialismus abweichenden Auffassung, die sie vom Wesen des Sozialismus haben. Die heutige deutsche Sozialdemokratie steht ihrer Weltanschauung nach auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung, die ich in der 1. Vorlesung erklärt habe. Nach dieser Auffassung soll die künftige Gesellschaftsordnung nicht geschaffen werden nach dem Plan irgendeines Weltverbesserers, der durch eine von ihm erdachte Ordnung den Menschen Glück und Wohlstand verschafft, — ist doch sogar von einzelnen eine genaue Berechnung aufgestellt worden, wieviel an Kleidung, Nahrungsmitteln usw. jedem zukommt — sondern die neue Gesellschaftsordnung soll sich entwickeln durch bestimmte Produktivkräfte, die in der alten Gesellschaft schon vorhanden sind. Nichts wäre daher falscher, als die Undurchführbarkeit der Ziele des modernen Sozialismus mit dem Hinweis auf die gescheiterten Experimente der früheren sozialistischen Gemeinden beweisen zu wollen. Denn nicht um einige hundert Menschen soll es sich handeln, die unter Führung eines begeisterten Anhängers in irgendeinem fernen Weltteil eine Kolonie begründen, sondern nach dieser Auffassung ist die ganze Gesellschaft

in einem Umwälzungsprozesse begriffen und es gilt, diejenige Klasse, welche von dieser Umwälzung den größten Vorteil hat, auf die Tendenzen dieser Entwicklung aufmerksam zu machen.

Da aber niemand voraussagen kann, wie sich infolge immer neuer Erfindungen und durch die höchstgesteigerte Betriebskonzentration der Gesamtertrag der Volkswirtschaft steigern wird, können auch die Sozialisten kein Bild entwerfen, wie im Zukunftsstaat Wohnung, Kleidung, Essen usw. beschaffen sein sollen. Von diesem Standpunkt aus haben Karl Marx und Engels schon 1848 im „kommunistischen Manifest" Stellung gegen die älteren Sozialisten genommen, die sie als Utopisten verspotten: „An die Stelle der gesellschaftlichen Tätigkeit sagen sie, muß ihre persönlich erfinderische Tätigkeit treten, an die Stelle der geschichtlichen Bedingungen der Befreiung phantastische, an die Stelle der allmählich vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft. Die kommende Weltgeschichte löst sich für sie auf in die Propaganda und die praktische Ausführung ihrer Gesellschaftspläne." Der Titel der bereits von mir erwähnten Engelsschen Schrift: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" soll bedeuten, daß der Verfasser alle älteren sozialistischen Systeme als Utopien verwirft und nur den neueren, an Marx anknüpfenden Sozialismus als Wissenschaft anerkennt. Gegen die frühere Ausmalung des Zukunftsstaates bemerkt Engels: „Es handelte sich darum, ein neues vollkommeneres System der gesellschaftlichen Ordnung zu erfinden und dies der Gesellschaft von außen her durch Propaganda, womöglich durch das Beispiel von Musterexperimenten aufzuoktroyieren. Diese neuen sozialen Systeme waren von vornherein zur Utopie verdammt; je weiter sie in ihren Einzelheiten ausgearbeitet wurden, desto mehr mußten sie in reine Phantasterei verlaufen." Solange man den Sozialismus als etwas Wünschenswertes ansah, wie es bei den älteren Sozialisten der Fall war, konnte man wohl verlangen: Gebt uns ein genaues Bild von dem Staat, wie ihr ihn wünscht, und wie wir ihn wünschen sollen.

Dieser Theorie aber gegenüber, die den Sozialismus als unvermeidliche Entwicklungsstufe betrachtet, muß man vielmehr fragen: warum muß der Sozialismus kommen? Es muß uns genügen, wenn nur die Grundlinien der künftigen Gestaltung gezeichnet werden. Wenn aber die neue Gesellschaftsordnung nicht durch das tatkräftige Wirken einzelner Reformer, die nach bestimmter Idee und klar vorgefaßtem Plan die Gesellschaft umändern wollen, zustande kommen soll, auf welchem Wege soll die neue Ordnung herbeigeführt werden? Oder anders ausgedrückt: Wenn die Entwicklung der Produktivkräfte zu einer neuen Gesellschaftsordnung führt, so müssen doch Träger dieser Entwicklung vorhanden sein. Wer sind die Träger dieser Entwicklung? Hierauf antworten Marx und Engels mit ihrer Theorie des Klassenkampfes. Darnach könne der Sozialismus nicht zur Durchführung

gelangen dadurch, daß man sich an alle edlen oder humanen Menschen wendet, sondern die neue Organisation werde das Resultat eines Klassenkampfes sein. Da die neue Ordnung nichts Wünschenswertes, sondern etwas Unvermeidliches sei, werde diejenige Klasse, welche aus dieser unvermeidlichen Entwicklung die größten Vorteile zöge, nämlich das Proletariat, auch der Träger der Entwicklung sein. Nach dieser Lehre ist alle bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen. Stets hätten Unterdrücker und Unterdrückte einen Kampf miteinander geführt, der immer entweder mit der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft oder mit dem gemeinsamen Untergange der kämpfenden Klassen geendet habe. Wie früher die Sklaven gegen die Sklavenbesitzer, die Leibeigenen gegen die Feudalherren gekämpft hätten, so bestehe heute der Kampf zwischen den Lohnarbeitern und den Unternehmern. Immer mehr wachse das Proletariat an Zahl und Macht, immer kleiner werde die Zahl der Betriebe, da durch die Entwicklung der Produktion die Groß- und Riesenbetriebe immer mehr zunähmen. So spitze sich der Kampf zwischen dem Proletariat und einer kleinen Zahl von Großkapitalisten immer mehr zu. In diesem Kampf müsse das Proletariat allein und ohne Mitwirkung anderer Klassen kämpfen.

Es hängt mit dieser Auffassung ferner zusammen, daß in der künftigen Gesellschaftsordnung nicht mehr von einem „Staat" gesprochen werden könne, daß man also richtiger statt von einem sozialistischen Zukunftsstaate von einer „sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft" spricht. Nach der materialistischen Geschichtsauffassung ist der Staat aus dem Bedürfnis entstanden, Klassengegensätze im Zaum zu halten. Da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden sei, so sei es in der Regel die mächtigste, ökonomisch herrschende Klasse, die vermittels des Staates auch politisch die herrschende Klasse werde und damit neue Mittel erwerbe zur Niederhaltung der unterdrückten Klassen. So sei der antike Staat der Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, der Feudalstaat das Organ des Adels zur Niederhaltung der Leibeigenen und hörigen Bauern, so sei der moderne Staat ein Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Da der Staat sonach seinen Existenzgrund habe in der Aufrechterhaltung der Klassenunterschiede, so solle er überflüssig werden oder absterben, wenn es keine Klassen mehr gebe. Wenn in der sozialistischen Gesellschaft keine Klassenunterschiede mehr vorhanden seien, wenn sie vielmehr nur eine einheitliche Arbeitsgemeinschaft darstelle, so passe auch der Ausdruck „Staat" nicht mehr: An Stelle der Regierung von Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen: „Erst wenn die arbeitenden Klassen im Staate die herrschenden geworden sind, wird der Staat aufhören, ein kapitalistisches Unternehmen zu sein; erst dann wird es möglich werden, ihn zu einer sozialistischen Genossenschaft umzugestalten[1])".

[1]) Kautsky, Erfurter Programm, S. 130.

Wenn wir jetzt die Frage aufwerfen, wie diese sozialistische Wirtschaftsgenossenschaft im einzelnen organisiert sein soll, so können wir nach dem Gesagten kein detailliertes Bild aller der Einrichtungen vorlegen, die wir das vorige Mal bei Darstellung des kommunistischen Staats kennen gelernt haben: Nur gewisse Grundlinien der sozialistischen Gesellschaftsordnung lassen sich feststellen. In den Hauptwerken von Marx werden Sie vergebens nach solchen Grundlinien suchen. Dort finden Sie nur sporadische Bemerkungen zu unserem Thema. Mehr zur Orientierung bietet Engels in der eben erwähnten Schrift. Der dritte Abschnitt: „Sozialismus" enthält einige Angaben über die Grundorganisation der künftigen sozialistischen Gesellschaft. Viel ausführlicher behandelt Kautsky diese Fragen in seinem Buch über das Erfurter Programm, dessen vierter Abschnitt betitelt ist „Der Zukunftsstaat".

Sind die Ausführungen von Engels und Kautsky als offiziell marxistische anzusehen, insofern beide auf dem Boden der Marxschen Lehre stehen, so sind dagegen eine Reihe anderer Schriften über unser Thema nur als Privatarbeiten ihrer Verfasser, nicht aber als offizielle Parteidokumente zu betrachten. Zu dieser Kategorie gehören z. B. die Schriften von Köhler, Atlanticus (Ballod) und auch das bekannte Buch von Bebel „Die Frau und der Sozialismus". So weit verbreitet dieses letztere Werk auch ist — bereits die 51. Auflage ist erschienen — so gibt es doch keineswegs die offizielle Parteimeinung wieder.

Speziell im vierten Abschnitt: ‚Die sozialistische Gesellschaft, gibt Bebel detaillierte Schilderungen des sozialistischen Zukunftsstaates, die sich mit den vorher mitgeteilten Lehren von Marx und Engels schwer vereinigen lassen. Für die sämtlichen zuletzt genannten Schriften gilt das, was Kautsky in seiner Vorrede zu dem Buch von Atlanticus sagt: „Wenn in einzelnen lebhafteren, phantasiereicheren und kühneren Naturen die Zukunftskonstruktionen konkrete Formen annehmen, so daß sie zu förmlichen Schilderungen der sozialistischen Gesellschaft werden, so ist auch dagegen nichts einzuwenden. . . . Nur dort und nur dann wendet sich die Sozialdemokratie gegen die Zukunftsmalereien, wenn sie mehr sein wollen als Schilderungen dessen, wie es sein könnte und sein dürfte; wenn sie mit dem Anspruch auftreten, für die sozialistische Bewegung verbindlich zu werden. . . . Wo das nicht der Fall, hat die Sozialdemokratie um so weniger Ursache, Spekulationen über die sozialistische Zukunft zu verpönen, als solche unter Umständen, wenn mit Sachverständnis und Geschick unternommen, nicht unbedeutenden propagandistischen Wert erlangen können."

Wenn ich jetzt dazu übergehe, Ihnen ein ungefähres Bild des sozialistischen Zukunftsstaates oder richtiger der sozialistischen Wirtschaftsgenossenschaft zu geben, so werde ich mich in erster Linie an die Werke von Marx und Engels selbst halten; die übrigen genannten Schriften werde ich nur insoweit heranziehen, als sie nicht im Widerspruch zu den Lehren der genannten Sozialisten stehen. Außer den bereits

erwähnten Büchern habe ich noch einen Aufsatz von Liebknecht aus der inzwischen eingegangenen Zeitschrift „Cosmopolis" benutzt.

1. Die allgemeine Grundlage der sozialistischen Gesellschaft: Die kollektivistische Produktion.

Bei der Beantwortung der Frage nach der künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung müssen wir im Auge behalten, daß die eigentliche Grundlage für die ganze Organisation die Produktion der Güter ist.

Wir haben zuerst zu fragen: Wie werden die Güter produziert? Die Art der Produktion ist maßgebend für die übrige Organisation, namentlich für die Verteilung: „Es war überhaupt fehlerhaft", schrieb Marx in einem Briefe im Jahre 1875, worin er die Lassallesche Grundlage des Gothaer sozialdemokratischen Programmentwurfes kritisierte (S. 568), „von der sogenannten Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent darauf zu legen. Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur die Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst. Letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z. B. beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümerin der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft, ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel."

Die Produktion soll eine sozialistische sein, das heißt auf dem Kollektiveigentum der Produktionsmittel beruhen. Alle Landwirtschafts- und Fabrikbetriebe, die heute von einzelnen Unternehmern zu ihrem persönlichen Vorteil betrieben werden, werden von Gemeinschaftswegen auf Kosten und zum Vorteil der ganzen Gemeinschaft betrieben werden. Während heute Waren produziert werden, die von den Unternehmern mit Profit verkauft werden, werden nur noch Güter zum Selbstbedarf der Gesellschaftsglieder hergestellt. Die Aufhebung des Privateigentums soll sich nur auf die Produktionsmittel erstrecken, nicht auf die Konsumtionsmittel, also das Privateigentum an den Lebensmitteln, an Möbeln und allen derartigen Gebrauchsgegenständen soll weiter bestehen bleiben.

Die Expropriation soll nicht nur vor dem Gegenstand des Konsums Halt machen. Auch die Produktionsmittel sollen nur teilweise in Gemeineigentum übergeführt werden. Vorläufig sollen nur die Großbetriebe kollektivistisch organisiert werden, dagegen sollen die Kleinbetriebe im Privateigentum bestehen bleiben; die kleinen Bauern und kleinen Handwerker also Privateigentümer bleiben. Aber dies würde nur für eine kurze Übergangszeit gelten, denn die Klein-

betriebe sollen mit großer Schnelligkeit von den Großbetrieben aufgesogen werden: „Was der kapitalistischen Großindustrie binnen einem Jahrhundert nicht gelungen, wird der sozialistische Großbetrieb binnen kurzem erreichen: Die Auffaugung der rückständigen kleinen Betriebe. Er wird es erreichen ohne Expropriation, durch Anziehungskraft des vorteilhafteren Betriebes." (Kautsky 153.)

Diese sozialistische Produktionsweise soll zunächst in nationalem Rahmen, das heißt im Umfang eines Staates eingeführt werden. Dieser Rahmen solle genügen, damit die sozialistische Genossenschaft alles zu ihrer Unterhaltung Notwendige selbst erzeuge. Für einiges Überflüssige, z. B. Kolonialwaren, wird ein gewisser Austauschverkehr mit anderen Staaten notwendig sein. Aber diese nationale Genossenschaft wird allmählich zu einer internationalen sich entwickeln; da die Entwicklung im sozialistischen Gesellschaftszustande nicht still stehen könne, würden die einzelnen sozialistischen Nationen schließlich zu einem einzigen Gemeinwesen, zu einer Weltrepublik, verschmolzen werden.

2. Statistische Vorarbeiten.

Damit die sozialistische Produktion ins Werk gesetzt werden kann, ist eine schwierige und umfangreiche statistische Vorarbeit nötig, nämlich die Berechnung der vorhandenen Produktivkräfte und Produktionsmittel und der Größe des Bedarfs, soweit er mit den vorhandenen Kräften zu befriedigen ist.

„Nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion" sagt Marx[1]), „bleibt die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinne, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der Gesellschaftsarbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen und endlich die Buchführung hierüber wesentlicher denn je werden."

Es soll ein Arbeitsamt eingerichtet werden, dem die schwierige Aufgabe zufällt, die Produktion zu leiten und zu verwalten. Dieses Arbeitsamt hat auch die Statistik vorzunehmen. Es ist zu ermitteln: Einmal der Umfang und die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Produktivkräfte also Zahl und Art der Arbeitsmittel, Fabriken, Werkstätten, des Grund und Bodens und ihre bisherige Leistungsfähigkeit.

Zweitens ist zu ermitteln, wie groß der Bedarf an den notwendigen Gebrauchsgegenständen für alle ist. Unter „notwendigen Bedürfnissen" ist nicht an das Existenzminimum zu denken, sondern an den Umkreis der Bedürfnisse, der bei dem erreichten Stand der Technik und des vorhandenen Vorrates an Kapital usw. zu liefern möglich ist. Ist dann festgestellt, welcher Durchschnittsbedarf an Bäckerei-, Fleischerei-, Schuhmacherei-Produkten, Wäscheartikeln usw. sich ergibt, so läßt sich daraus das Durchschnittsmaß für die täglich notwendige Arbeitszeit berechnen. Es ergibt sich daraus ferner, ob weitere Produktionsanstalten für be-

[1]) Kapitel III, 2, S. 388.

stimmte Artikel notwendig sind, oder ob solche als überflüssig eingezogen oder für andere Zwecke eingerichtet werden sollen.

Für alle diese Berechnungen wird die Arbeitszeit, die zur Herstellung der einzelnen Güter nötig ist, die wichtigste Rolle spielen.

„Die Gesellschaft", sagt Engels (Anti-Dühring S. 335), „wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen werden den Plan schließlich bestimmen. . . . Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte in 100 qm Tuch von bestimmter Qualität stecken."

3. Die Organisation der Arbeit: Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht und des Arbeitszwanges.

Ist diese Statistik erledigt, dann werden die notwendigen Arbeiten den vorhandenen Arbeitskräften zugeteilt.

Alle Gesellschaftsglieder sind zur Arbeitsleistung verpflichtet. Wenn die sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft ihre Aufgabe erfüllen soll, ihren gesamten Güterbedarf selbst herzustellen, so muß als notwendiges Korrelat die allgemeine Arbeitspflicht hinzukommen. Freie Berufswahl in unserem Sinne ist ausgeschlossen. Zwar darf sich jeder zu der Arbeit melden, die ihm am angenehmsten ist, aber das Arbeitsamt braucht ihn nur dann anzunehmen, wenn für die betreffende Arbeit Verwendung vorhanden ist. Sonst könnte es z. B. kommen, daß sich tausend für Gärtnerarbeit und nur zehn für Schlosserarbeit melden. Das Arbeitsamt hat das Recht, die verschiedenen Arbeiter dort unterzubringen, wo sie am besten zu verwenden sind. Wenn dieser Arbeitszwang unter Umständen eine Härte für viele mit sich bringen kann, so soll auf der anderen Seite die Arbeit für den einzelnen gegenüber dem heutigen Wirtschaftssystem bedeutend dadurch erleichtert werden, daß das System des Arbeitswechsels eingeführt wird. Während der einzelne in der heutigen kapitalistischen Produktion nur eine und oft nur eine kleine Detailarbeit fortdauernd ausübt, soll in der sozialistischen Gesellschaftsordnung jeder abwechselnd zu verschiedenen Tätigkeiten herangezogen und dadurch eine größere Arbeitsfreudigkeit erzielt werden.

Auch die Produktion soll, wie Engels (S. 212) meint, durch eine Verteilungsweise gefördert werden, „die allen Gesellschaftsgliedern erlaubt, ihre Fähigkeiten möglichst allseitig auszubilden, zu erhalten und auszuüben."

Dieser Arbeitswechsel soll dadurch erleichtert werden, daß der heute bestehende Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen städtischen und ländlichen Gewerben bedeutend gemildert wird. Nur die kapitalistische Anwendung der technischen Kräfte habe die Konzentration der Industrie in den Städten hervorgebracht. Es könne sehr

leicht eine größere Dezentralisation, eine größere Verlegung der Industrie auf das Land hinaus stattfinden: „Nur eine Gesellschaft, die ihre Produktivkräfte nach einem einzigen großen Plane harmonisch ineinandergreifen läßt, kann der Industrie erlauben, sich in derjenigen Zerstreuung über das ganze Land anzusiedeln, die ihrer eigenen Entwicklung und der Erhaltung, respektive Entwicklung der übrigen Elemente der Produktion am angemessensten ist[1])".

Auf diese Weise soll eine viel größere Anzahl von Menschen auf dem Lande beschäftigt werden. Soll die Arbeitsfreude dadurch vergrößert werden, daß ein Wechsel in der Beschäftigung eintritt, so daß jemand abwechselnd landwirtschaftliche und industrielle Arbeit, mechanische und geistige Arbeit usw. ausführt, so soll die Arbeitsfreude weiter noch erhöht werden durch die kürzere Arbeitsdauer.

Was die Länge der täglichen Arbeitszeit anlangt, so kann natürlich gerade vom Marxistischen Standpunkt aus eine bestimmte Angabe darüber nicht gemacht werden. Doch darin stimmen alle überein, daß die Arbeitszeit gegenüber der heutigen eine bedeutende Verkürzung erfahren werde.

Die Neuorganisation der Produktion werde von selbst zu einer geringeren Arbeitszeit führen: „Bei der gegenwärtigen Entwicklung der produktiven Kräfte genügt schon diejenige Steigerung der Produktion, die mit der Tatsache der Vergesellschaftung der Produktivkräfte selbst gegeben ist, die Beseitigung der aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Hemmungen und Störungen, der Vergeudung von Produkten und Produktionsmitteln, um bei allgemeiner Teilnahme an der Arbeit die Arbeitszeit auf ein nach jetzigen Vorstellungen geringes Maß zu reduzieren" (Engels a. a. O., S. 317).

Die Arbeit werde dann aus einer Last eine Lust werden.

Es ist keineswegs im sozialistischen Staat bestimmt, daß jeder die gleiche Anzahl Arbeitsstunden leisten müßte. Der Unterschied zwischen leichterer und schwererer Arbeit soll vielmehr darin zur Geltung kommen, daß Arbeiter, die besonders schwere Arbeit zu leisten haben, eine entsprechend geringere Anzahl von Stunden arbeiten. — Angenommen, die durchschnittliche Arbeitszeit wäre 6 Stunden, so könnten solche, die schwere Arbeit haben, die Erlaubnis erhalten, nur 4 Stunden zu arbeiten; dafür müßten andere, die leichte Arbeit haben, etwa 8 Stunden arbeiten. Auf diese Weise glaubt man auch die Schwierigkeit zu lösen, wie die besonders unangenehmen Arbeiten ausgeführt werden. Teils ist dieses erleichtert durch die Einführung des Arbeitswechsels, teils dadurch, daß den mit solchen Arbeiten Beschäftigten eine besonders kurze Arbeitszeit bewilligt wird.

4. Verteilung der Produkte.

Nach welchem Modus soll die Verteilung der erzeugten Produkte unter die Gesellschaftsglieder stattfinden? Nach dem Prinzip der Gleich-

---

[1]) Engels, a. a. O., S. 319.

heit, nach der Arbeitsleistung, nach den Bedürfnissen, den Fähigkeiten oder nach welchem sonstigen Maßstabe? Auch hierauf gibt der Marxistische Sozialismus keine ein für allemal bindende Antwort. Der Verteilungsmodus soll nach der Entwicklung der Produktion und nach dem Grad der Produktivität verschieden sein. Wie Kautsky ausführt, könne sehr wohl die Produktion einmal so groß sein, daß die Menschen alles was sie brauchten, im Überfluß besäßen, dann könnte die Verteilung nach der Formel: „Jedem nach seinem Bedürfnis" ohne Schwierigkeit fast von selbst erfolgen (S. 177), aber solange dies nicht der Fall sei, müßte auch ein anderer Modus gewählt werden. Die Verteilung könne jedenfalls nicht nach der Formel „Jedem seinen Arbeitsertrag" erfolgen, denn das hieße, daß das gesamte jeweilige Produkt der Gesellschaftsarbeit an die Mitglieder des sozialistischen Gemeinwesens verteilt werden müßte. Dies sei aber nicht möglich. Nur ein Bruchteil der hergestellten Produkte könne zur Verteilung kommen. Es kämen nicht zur Verteilung z. B. die Produkte, die zur Fortführung und Erweiterung der Produktion bestimmt seien. Bei der Verteilung der übrigen Produkte an die einzelnen werde man zunächst an die heutigen Lohnsysteme anknüpfen, insofern, als jedem einzelnen auf Grund seiner geleisteten Arbeit ein Anteil an dem Gesamterträgnis zugewiesen würde.

Somit würde die Arbeitszeit nach Marx (Kapital I, S. 75) eine doppelte Rolle spielen: Ihre gesellschaftliche planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gesamtarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gesamtprodukts.

Bei dieser Art der Verteilung ist kein Geld mehr nötig. Das Geldkapital, bemerkt Marx (Kapital II, S. 349), fällt bei gesellschaftlicher Produktion fort. Die Gesellschaft verteilt Arbeitskraft und Produktionsmittel in die verschiedenen Geschäftszweige. Die Produzenten mögen meinetwegen papierene Anweisungen erhalten, wofür sie den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehen. Diese Anweisungen sind kein Geld. Sie zirkulieren nicht."

Warum haben wir in unserem Wirtschaftssystem Geld nötig? Weil so produziert wird, daß die einzelnen Unternehmer Waren auf den Markt werfen, von denen sie hoffen, daß sie gekauft werden. In unserer Wirtschaftsordnung also, wo Waren gekauft und verkauft werden, ohne daß von vornherein irgendwie feststeht, ob und in welchem Maße Abnehmer vorhanden sind, muß ein allgemein beliebtes Gut vorhanden sein, das jeder gern nimmt, welches sich allgemeiner Wertschätzung erfreut, womit sich jeder einzelne Kaufakt leicht und glatt vollziehen läßt. Ganz anders im sozialistischen Zukunftsstaat. Hier wird nicht produziert, um Waren an einen unbekannten Abnehmerkreis mit Profit zu verkaufen, sondern es wird gemäß einer sorg

fältigen Bedarfsstatistik eine festgesetzte Menge von Gütern für einen bestimmten Personenkreis angefertigt. Es kommt darauf an, den Kostenwert dieser Güter zu ermitteln, damit sie auf Grund dieses Kostenwertes an die einzelnen abgegeben werden können. Nach einem umständlichen Verfahren, das ich Ihnen hier nicht des Näheren schildern kann, soll berechnet werden, wie viel von gesellschaftlicher Arbeitszeit in jedem Gute enthalten ist. An Stelle unseres heutigen Lohnes erhält jeder einzelne eine Bescheinigung über die von ihm geleisteten Arbeitsstunden. Diese Bescheinigung ist gleichzeitig eine Anweisung, wofür der Inhaber so viel aus den öffentlichen Magazinen an Gütern entnehmen kann, als der geleisteten Arbeitszeit entspricht.

5. Individualität des Konsums.

Es folgt aus dieser Art der Verteilung der Produkte und der Bescheinigung der Arbeitsleistung eine gewisse Individualität des Konsums. Z. B. es kann ein Nichtraucher und Temperenzler sich für seinen Arbeitszettel mehr Wäsche und Möbel beschaffen, während ein anderer, der an Tabak und Bier mehr Freude hat, eine größere Zahl Arbeitsstunden für derartige Genüsse einlösen wird. Hierdurch unterscheidet sich die kommunistische und die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Kautsky erklärt auch in seinem Buch „Der Ursprung des Christentums" (Stuttgart 1908, S. 486), warum die privatkapitalistische Gesellschaft immer mehr sozialisiert wird — daß aber gerade die moderne Produktionsweise — auch bei sozialistischer Gestaltung — eine gewisse Individualität des Konsums hervorrufe. — „Die Lebensverhältnisse waren ehedem für die Masse der Bevölkerung so einfach und gleichmäßig, daß damit auch eine Gleichartigkeit des Konsums und der Bedürfnisse entstand, die eine ständige Gemeinsamkeit des Konsumierens keineswegs unerträglich machte. Die moderne Produktionsweise, die alle Volksschichten und Nationen durcheinander würfelt, die Erzeugnisse der ganzen Welt in den Handelszentren zusammenbringt, ununterbrochen Neues schafft, ununterbrochen neue Methoden der Befriedigung der Bedürfnisse, ja neue Bedürfnisse selbst erzeugt, führt damit auch in die Masse der Bevölkerung eine Verschiedenartigkeit der persönlichen Neigungen und Bedürfnisse ein, einen „Individualismus", wie er ehedem nur in den reichen und vornehmen Klassen zu finden war. Also auch eine Mannigfaltigkeit des Konsumierens, das Wort im weitesten Sinne des Genießens genommen. Die gröbsten materiellen Mittel des Konsums, Essen, Trinken, Kleidung, unterliegen freilich vielfach in der modernen Produktionsweise der Uniformierung. Aber es gehört zum Wesen dieser Produktionsweise, daß sie den Konsum selbst der Massen nicht auf solche Mittel beschränkt, daß sie auch in den arbeitenden Klassen ein wachsendes Bedürfnis nach Kulturmitteln, wissenschaftlichen, künstlerischen, sportlichen und anderen hervorruft, das sich immer mehr differenziert, und in jedem Individuum in anderer Weise zutage tritt.

Damit verbreitet sich der Individualismus des Genießens, der bisher ein Privilegium der Besitzenden und Gebildeten war, von denen er in die übrige Bevölkerung allmählich eindringt. So sehr der moderne Arbeiter sich der Disziplin beim Zusammenwirken mit seinen Genossen fügt, die er ja als notwendig anerkennt, so sehr bäumt er sich gegen jede Bevormundung seines Konsumierens, seines Genießens auf." —

6. Wirkung der sozialistischen Produktionsweise: Große Steigerung des produzierten Güterquantums.

Zum Schluß meiner Schilderung der sozialistischen Gesellschaftsordnung muß ich noch einen Punkt hervorheben, der zwar von mir schon berührt worden ist, aber noch besonders betont werden muß.

Alle Schilderer der sozialistischen Produktionsweise sind darüber einig, daß die Hauptwirkung der neuen Organisation eine enorme Vermehrung der produzierten Gütermenge sei. Die Planmäßigkeit der Produktion, die Konzentration zu Riesenbetrieben, der rege Arbeitseifer, der dadurch entstünde, daß jeder in seinem Interesse arbeite, dies alles bewirke eine außerordentlich gesteigerte Produktivität der Gesellschaftsarbeit. Hören wir einige Äußerungen darüber: „Nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen", erklärt Marx in seinem vorhin erwähnten Programmbriefe (S. 567), „erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen." Und Engels sagt ähnlich: „Die Möglichkeit, vermittels der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum ersten Mal da, aber sie ist da." (Anti-Dühring, S. 305.) „Der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktion" erklärt Kautsky, (a. a. O., S. 164) „muß aber unbedingt ein rasches Emporschnellen der jährlich erzeugten Produktenmasse bewirken. . . . er muß naturnotwendig eine Erhöhung des Wohlstandes aller arbeitenden Klassen, auch der Bauern und der Kleinbürger, mit sich bringen." Bebel zitiert (S. 496) zustimmend den Satz von Rodbertus: „Die Produktivität der Rohproduktion, namentlich der Nahrungsstoffe, wird künftig nicht mehr hinter der Produktivität in der Fabrikation und der Transportation zurückbleiben . . . . In unsern Tagen beginnt erst die Agrikulturchemie der Landwirtschaft Aussichten zu eröffnen, die ohne Zweifel noch zu manchem Irrweg verleiten werden, die aber schließlich die Schöpfung des Nahrungsstoffes ebenso in die Gewalt der Gesellschaft legen dürften, als es heute in ihrer Macht liegt, beliebige Tuchquantitäten

zu liefern, wenn nur die nötigen Wollvorräte vorhanden sind", und er meint selbst, „daß wir im sozialistischen Staat nicht zuviel, sondern zu wenig Menschen hätten." Wir haben „nicht Mangel, sondern Überfluß an Nahrungsmitteln, wie wir Überfluß an Industrieprodukten haben" (S. 501).

Soweit meine Darlegung der Grundzüge der künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die kritische Stellungnahme dazu hängt wesentlich von der Frage ab, ob man die Methode der Marxisten teilt oder nicht. Wer auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung steht, wird fragen: Sind die Entwicklungsvorgänge innerhalb der heutigen Wirtschaftsweise so beschaffen, daß sie wirklich zum Sozialismus führen müssen? Wer aber diesen methodischen Standpunkt nicht teilt, wird die Frage aufwerfen: Ist die von Marx vorausgesagte Organisation ein geeignetes Mittel, um der Mehrzahl der Menschen eine kulturwürdige Existenz zu sichern?

Ich habe schon in meiner ersten Vorlesung darauf hingewiesen, daß ich die Methode der materialistischen Geschichtsphilosophie ablehne, und ich verweise Sie besonders auf das grundlegende Werk von Stammler „Wirtschaft und Recht", wo Sie eine ausgezeichnete Kritik der methodologischen Grundlagen des Marxismus finden. Es fehlt jede Berechtigung für die Marxisten, ihr System allein als Wissenschaft zu bezeichnen und alle anderen Systeme als Utopien abzulehnen. Es liegt hierin etwas von Dogmengläubigkeit, was dem wahren Wesen der Wissenschaft widerspricht. Sicher ist das Marxsche System nicht weniger Utopie, nicht weniger „Phantasiestück" als alle übrigen sozialistischen und kommunistischen Systeme auch.

Wie ich bereits früher ausführte, handelt es sich bei den sozialen Gestaltungen nicht um natürliche Entwicklungsvorgänge, sondern um willkürliche, von den Menschen geschaffene und nach menschlichen Ideen geordnete Gebilde.

Die sogenannten Produktivkräfte, die nach Marx das treibende Element aller gesellschaftlichen Entwicklung sein sollen, sind überhaupt keine wirtschaftlichen Erscheinungen, sondern nur technische Vorgänge, z. B. die modernen Kraft- und Arbeitsmaschinen sind technische Hilfsmittel; zu wirtschaftlichen Erscheinungen werden sie erst, wenn sie eingegliedert sind in eine bestimmte Rechtsordnung. Sobald aber eine rechtliche Normierung vorgenommen wird, müssen die Gesetzgeber bestimmte Ideen und Zweckmäßigkeitserwägungen haben, von denen sie bei der Statuierung dieser Ordnung ausgehen.

Zweifellos haben die Umwälzungen in der Technik auch großen Einfluß auf die Veränderungen in der sozialen Ordnung gehabt, aber sie allein rufen keine derartige Umänderung hervor. Ebensowenig wie die Gewerbefreiheit, die Bauernbefreiung, die Gründung des deutschen Zollvereins usf. sich unter dem notwendigen Zwang bestimmter Fortschritte der Technik oder des Verkehrs vollzogen haben, sondern wie

hierzu das zielbewußte Handeln notwendig war, das von bestimmten Ideen über die Zweckmäßigkeit dieser neuen Regelung des Wirtschaftslebens ausging, so könnte auch der sozialistische Staat nicht aus dem bestehenden Staat von selbst hervorwachsen, sondern er müßte durch den Nachweis begründet werden, daß durch diese Neuordnung eine Besserung der wirtschaftlichen Zustände für die große Mehrheit des Volkes zu erreichen ist.

In dieser Hinsicht ist vor allen Dingen das Problem wichtig: Wie will der Sozialismus den Millionen von Menschen, die jährlich neu als Bevölkerungszuwachs hinzukommen, eine kulturwürdige Existenz, und zwar in noch höherem Maße als bei der heutigen Wirtschaftsordnung, sichern?

Bei Betrachtung dieses Problems überschätzt der Sozialismus ebenso den Einfluß der sozialen Faktoren, wie er die Bedeutung der natürlichen Faktoren unterschätzt. „Überall", sagt Bebel (S. 501), „sind es die sozialen Einrichtungen, die bestehende Erzeugnis- und Verteilungsweise der Produkte, die Mangel und Elend hervorrufen und nicht die Überzahl der Menschen." Angenommen, selbst die von den Sozialisten vorgeschlagene oder erwartete neue Produktionsordnung würde durch bessere Organisation zu einer größeren Gütererzeugung führen, so würde auch hierbei wie in jeder denkbaren Gesellschaftsorganisation immer die natürliche Beschränktheit wichtigster Produktionsmittel sich als Schranke geltend machen. Gegenüber der Knappheit gewisser natürlicher Vorräte z. B. an Kohlen, Eisenerzen usf. ist auch jede sozialistische Ordnung machtlos, und daher sind die verschiedenen von mir angeführten Aussprüche über das enorme Anschwellen der Güterproduktion unhaltbar. Hier ist der moderne „wissenschaftliche" Sozialismus nicht weniger utopisch, als alle die sogenannten Utopisten, wie Babeuf, Fourier, Cabet usw.

Gerade für die wichtigsten Bedürfnismittel der Menschen, die Nahrungsmittel, wird immer wieder das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages ein Hemmnis gegenüber stark anwachsender Bevölkerungsziffer bilden. Bebel meint zwar, auf Grund unserer heutigen Erfahrung sei das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages zu verneinen (S. 502); aber dieses Gesetz kann niemals verneint werden, weil es sich um ein unbedingt gültiges Naturgesetz handelt. Man könnte höchstens sagen, das Gesetz übe keine wirtschaftlich bedenkliche Wirkung aus, weil es durch andere Faktoren, wie z. B. die technischen Fortschritte in der Agrikultur usw., kompensiert werde. Wenn sicherlich diese entgegenwirkenden Faktoren, zu denen für Industrieländer auch der durch den internationalen Getreidehandel erleichterte Austausch von Agrarprodukten gehört, für die heute bestehenden Nationen die Gefahr einer mangelnden Ernährung der Bevölkerung nicht aufkommen lassen, so ist doch gerade vom weltwirtschaftlichen Standpunkt aus, den die Sozialisten einnehmen, und bei der enormen Volksvermehrung, die sie wünschen, die Wahrscheinlichkeit viel größer, daß Schwierigkeiten aus diesem Gesetze erwachsen. Aus diesem Grunde ist das Bevölkerungsproblem durch die sozialistische Gesellschaftsordnung in keiner Weise aus der Welt

geschafft. Mit verschwindenden Ausnahmen stehen alle Vertreter des modernen Sozialismus auf dem Standpunkte, den auch Marx und Engels in dieser Frage einnahmen, daß auch nur die Möglichkeit einer Überbevölkerungsgefahr gänzlich ausgeschlossen sei. Und doch würde es auch für den sozialistischen Staat eines der schwierigsten Probleme sein, wie es möglich ist, einer immer wachsenden Zahl von Menschen nicht nur die nötigen Nahrungsmittel, sondern auch eine kulturwürdige Existenz zu sichern.

Zuzugeben ist, daß gegenüber der kapitalistischen Ordnung in vieler Hinsicht die sozialistische Ordnung zu einer vermehrten Güterproduktion führen könnte. Durch die Planmäßigkeit der Produktion, durch die zentralisierte Produktion in Groß- und Riesenbetrieben, durch den Fortfall der Überproduktion, der Überspekulation und der damit verbundenen Krisen könnte in vielfacher Hinsicht viel billiger produziert werden und eine Menge der Kosten, die heute durch das System der freien Konkurrenz entstehen, kämen in Wegfall.

Demgegenüber ist folgendes hervorzuheben, was zu einer starken Verminderung der Produktion gegenüber der heutigen Wirtschaftsweise Anlaß geben muß: Nur durch fortwährende neue technische Verbesserungen, durch neue rationelle Arbeitsmethoden kann das Problem gelöst werden, wie gegenüber der Knappheit und Kargheit der Natur für immer größere Menschenmassen die nötigen Lebensmittel beschafft werden können. Heute haben wir einen mächtigen Ansporn zu derartigen Erfindungen und Vervollkommnungen darin, daß einzelne Personen solche Entdeckungen und Fortschritte zu ihrem persönlichen Vorteil ausnützen, daß sie eine Quelle erhöhten Einkommens und vermehrter Vermögensbildung für sie werden können. In der Möglichkeit, Kindern und Kindeskindern ein Erbteil zu hinterlassen, das ihnen den Kampf ums Dasein erleichtert, liegt ein mächtiger Ansporn zu angestrengter Tätigkeit. Im sozialistischen Staate muß dies alles fortfallen. Soweit technische Neuerungen eingeführt werden, werden sie vom Arbeitsamt beschlossen; sie kommen sofort der Allgemeinheit zugute. Auch die Erfinder und Entdecker haben nach wie vor ihr Arbeitspensum zu leisten und ihren Anteil am Arbeitsertrag wie die anderen. In dieser Ausschaltung des freien Persönlichkeitsinteresses sehe ich den Hauptgrund, warum eine so gewaltige Vermehrung der Produktenmasse, wie sie die Sozialisten prophezeien, unmöglich ist. Ja, ich zweifle sogar, ob der Gesamtertrag der Produktion derselbe bleiben würde. Ich glaube, daß das Los der einzelnen, auch nur im Hinblick auf die Gütermenge, die ihnen zukommt, schlechter sein wird, als heute.

Die Hoffnungen, die man also seit jeher in dieser Hinsicht auf die sozialistische Gesellschaft gesetzt hat, sind und bleiben illusorische. Auch heute noch ist es eine Utopie, was ein englischer Sozialist schon im Anfang des 19. Jahrhunderts erhoffte: „Es ist nicht mehr nötig (außer infolge von Unwissenheit), daß der Mensch im Schweiße seines Angesichts sein Brot verdiene; denn die Erfindungen und Entdeckungen, welche vervollkommnet sind und die sich jetzt in voller Anwendung finden,

sind mehr als genügend, um bei sehr geringer Arbeit, unter einer richtigen Leitung die Bedürfnisse für alle zu liefern und ihre Unabhängigkeit sicher zu stellen, ohne wirkliche Beeinträchtigung eines einzelnen."

Auch die Freiheitssphäre aller Menschen würde im sozialistischen Staate stark beschränkt werden müssen. Ich erklärte bereits, warum als notwendige Folge des sozialistischen Prinzips Arbeitszwang und zwar Zwang zur Arbeit in einem von der Gemeinschaft vorgeschriebenen Berufe notwendig sein muß. Freie Berufswahl ist in einem sozialistischen Staate undenkbar.

Aber diesen Einwand werden Sie vielleicht erheben: leiden unter dieser Einschränkung wirklich die Massen des Volkes? Zwar die Unternehmer und Kapitalisten, überhaupt die Besitzenden, werden eine Beschränkung ihrer Freiheit verspüren — aber für die großen Massen der Lohnarbeiter — gibt es da überhaupt eine Freiheit dieser Art, die des Namens wert wäre? Sie müssen doch — so hört man sagen — ihre Arbeitskraft verkaufen, um nicht zu verhungern; von irgendwelcher „Freiheit" in der Berufswahl kann auch heute bei ihnen nicht die Rede sein. Gewiß ist zuzugeben, daß die harte Lebensnotwendigkeit die große Masse des Volkes zur Lohnarbeit zwingt, aber wer wollte verkennen, daß auch für diese Schichten der Bevölkerung innerhalb der individualistischen Wirtschaftsordnung eine größere Freiheit besteht, als in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Denken Sie an die Tausende von Arbeitern, die aus freier Entschließung heute von ländlicher Arbeit zu industrieller Arbeit übergehen und innerhalb der industriellen Arbeit wieder von einer Branche in andere, an die Tausende anderer Arbeiter, die, trotz ungünstigerer Lohnverhältnisse, aus freier Entschließung in der altgewohnten Tätigkeit zu verbleiben, vorziehen — so werden Sie erkennen, daß auch in diesen Klassen eine große Minderung der heutigen Freiheitsrechte eintreten müßte.

Ob aber die anderen Vorteile, welche die sozialistische Ordnung den Massen des Volkes mit sich bringen würde, diese Nachteile aufwiegen würden, erscheint fraglich gerade im Hinblick auf die geminderte Leistungsfähigkeit durch die Ausschaltung der Betätigung der freien Persönlichkeit.

„Verderben würd' und sterben Fleiß und Ordnung,
Errängen sie nicht Vorzug."

sagt Shakespeare in seinem Drama „Cymbeline" und Goethe läßt Suleika im „Westöstlichen Divan" die tiefe Lebenswahrheit aussprechen:

„Volk und Knecht und Überwinder, sie gestehn zu jeder Zeit:
Höchstes Glück der Erdenkinder sei nur die Persönlichkeit."

IV. Vorlesung.

Der Agrar-Sozialismus.

Die Rechtsgeschichte aller Kulturvölker lehrt, daß die Entwicklung und Ausgestaltung des Eigentumsrechtes an Grundstücken gänzlich verschieden von der an beweglichem Vermögen war. Nicht nur hat sich das Sondereigentum an Immobilien überall später entwickelt als an Mobilien; auch nach Einführung des privaten Grundeigentums sind den Grundeigentümern überall weit mehr Beschränkungen ihres Eigentumsrechtes zugunsten der Allgemeinheit auferlegt worden, als den Eigentümern des sonstigen Vermögens.

Dieser Gegensatz von Grund- und Kapital-Eigentum, wie er in der rechtlichen Sonderstellung des Grundeigentums hervortritt, wird in äußerster Schärfe und Konsequenz von den Vertretern des sogenannten Agrar-Sozialismus betont. Ihnen erscheinen die Beschränkungen, denen das Grundeigentum in den verschiedenen Ländern unterworfen ist, als unzureichend: sie erstreben eine völlige Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden.

Während wir in der zweiten Vorlesung bei Betrachtung des kommunistischen Systems eine Richtung des Kollektivismus kennen gelernt haben, die in der Beschränkung des Eigentumsrechtes über den Sozialismus noch hinausgeht, indem nicht nur das Sondereigentum an Produktionsmitteln, sondern auch das an den Konsumtionsmitteln beseitigt werden soll, bleiben die Agrarsozialisten hinter dem Sozialismus insofern zurück, als sie nicht das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln überhaupt, sondern nur das an Grund und Boden aufheben wollen.

Man faßt heute unter dem Namen „Agrarsozialisten" oder „Bodenreformer", Agrarpolitiker der verschiedensten Richtungen zusammen, die alle durch eine mehr oder minder einschneidende Reform unseres Agrarrechtes oder durch eine radikale Steuerreform eine völlige Umänderung unserer heute bestehenden Bodenbesitzverhältnisse in Land und Stadt herbeiführen wollen. Die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen gehen außerordentlich weit auseinander: man faßt unter derselben Rubrik „Bodenreformer" die extremsten Agrarsozialisten wie die gemäßigtsten Steuerreformer zusammen. Um hier eine gewisse Klarheit herbeizuführen, wird es notwendig sein, daß man zwei verschiedene Gruppen von Bodenreformern gänzlich voneinander trennt. — Die Vertreter der einen Gruppe sind zu den Sozialisten schlechthin zu rechnen. Sie

sind Sozialisten, weil sie die ganze privatwirtschaftliche Produktionsweise für grundsätzlich verkehrt ansehen und eine Beseitigung des Privateigentums anstreben. Die Aufhebung des privaten Grundeigentums ist für sie nur der erste Schritt auf dem Wege der völligen Expropriation allen Eigentums, das Rente, Zins, oder Gewinn abwirft. Sie sehen das Grundeigentum als einen besonders krassen Fall der Ungleichheit an und wollen als Vertreter der Gleichheitsidee zunächst allen Menschen einen gleichen Bodenanteil verschaffen. — Die andere Gruppe der Bodenreformer ist nicht sozialistisch in dem Sinne, daß sie gegen das Privateigentum von Produktionsmitteln überhaupt gerichtet wäre, sondern sie sind der Meinung, daß in der Hauptsache das privatkapitalistische System anzuerkennen und beizubehalten sei. Sie meinen, daß diese privatwirtschaftliche Ordnung durch das private Grundeigentum gestört wird. Sie wollen als Bodenreformer nur das private Bodenbesitzrecht angreifen.

Auch hier sind wieder zwei Richtungen auseinanderzuhalten. Die Vertreter der einen möchte ich als agrarsozialistische Bodenreformer bezeichnen. Sie wollen das private Grundeigentum beseitigen und in irgendwelcher Form dem Staate oder der Gemeinschaft das Privateigentum an Grund und Boden übertragen, so daß einzelnen Privatpersonen nur ein Nutzungsrecht an Grund und Boden zustehen soll. — Die andere Richtung, deren Vertreter ich als die Bodenreformer im engeren Sinne bezeichne, will grundsätzlich das private Grundeigentum beibehalten, nur das daraus zu gewinnende arbeitslose Einkommen, die sogenannte Grundrente, durch eine Steuer oder eine andere Maßregel beseitigen.

Wir haben demnach drei Gruppen von Bodenreformern zu unterscheiden:

1. Die sozialistischen Bodenreformer,
2. Die agrarsozialistischen Bodenreformer und
3. Die eigentlichen Bodenreformer oder die Bodenreformer im engeren Sinne.

1. Die sozialistischen Bodenreformer.

Als typische Vertreter dieser Richtung möchte ich Thomas Spence und O'Brien anführen. — Thomas Spence, der als der erste Bodenreformer aus neuerer Zeit angesehen werden kann, war der Sohn eines armen Schuhmachers in Newcastle und Schullehrer dortselbst. Er hielt 1775 in der philosophischen Gesellschaft zu Newcastle einen Vortrag, der im Jahre 1796 unter dem Titel „The meridian sun of liberty" veröffentlicht worden ist. — Gleich der Beginn des Vortrages zeigt den naturrechtlich — egalitären Ausgangspunkt des Verfassers: „Es ist klar, daß der Boden oder die Erde in jedem Lande mit allem, was darunter oder darauf ist, oder was dazu gehört, zu allen Zeiten den lebenden Einwohnern des betreffenden Landes in gleichem Maße zugehört, denn es gibt keine Möglichkeit zu leben, außer vom Boden und seinen Erzeugnissen. Folglich haben wir an dem, ohne

das wir nicht leben können, dasselbe Eigentumsrecht wie an unserem Leben." Das private Grundeigentum stehe diesem gleichen Rechtsanspruch entgegen. Es müsse also durch Aufhebung des privaten Grundeigentums jedem Menschen sein gleicher Anspruch gewährleistet werden. Spence macht folgende Reformvorschläge: „Das Land mit allem Zubehör soll in jeder Gemeinde das Eigentum der Gemeinde werden, mit derselben Macht es zu verpachten, es zu verbessern oder zu verändern im ganzen oder in einzelnen Teilen, wie sie heute dem Grundherrn über seine Länder, Häuser usw. zusteht. Aber die Macht, auch nur das kleinste Stück in irgendwelcher Weise aus dem Gemeindebesitz jetzt oder zu irgendeiner Zeit zu veräußern, wird verneint, denn es wird feierlich von der ganzen Nation vereinbart, daß eine Gemeinde, die irgendeinen Teil ihres Grundbesitzes entweder verkaufen oder verschenken wollte, mit demselben Abscheu und derselben Verachtung betrachtet werden sollte, als hätte sie die eigenen Kinder in die Sklaverei verkauft oder mit eigenen Händen niedergemetzelt. So gibt es denn keinen anderen Grundbesitzer mehr im ganzen Land als die Gemeinde und jede Gemeinde ist oberster Grundherr über ihre eigenen Besitzungen."

Wie der Ertrag des Grund und Bodens an die einzelnen Mitglieder verteilt werden soll, darüber hat Spence in dieser Rede nur knappe Andeutungen gemacht; dagegen finden sich in anderen Veröffentlichungen, besonders in seiner Wochenschrift „Pigs' Meat" nähere Angaben. Darnach sollten die einzelnen Grundstücke in der Gemeinde an die Meistbietenden zu lebenslänglicher Pacht ausgegeben werden. Die den Gemeinden auf diese Weise zufließenden Pachtrenten sollten zunächst benutzt werden, um alle öffentlichen Ausgaben zu bestreiten. Sind alle öffentlichen Ausgaben bestritten, so wird der Rest zu gleichen Anteilen an alle Gemeindenglieder wieder verteilt. —

Nach dem Bisherigen würde man Spence als Agrarsozialisten zu bezeichnen haben, da er ausschließlich die Aufhebung des privaten Grundeigentums, nicht aber des Eigentums überhaupt, anstrebt. Daß er jedoch nicht in diesem Sinne Agrarsozialist ist, sondern vielmehr sozialistischer Bodenreformer, bei dem diese agrarsozialistische Maßregel nur der Ausgangspunkt einer sozialistischen Neuordnung der Gesellschaft darstellt, geht aus den übrigen Publikationen von Spence hervor. Es ergibt sich daraus, daß er zu der Gruppe von utopistischen Sozialisten gehört, die, wie wir in der ersten Vorlesung gezeigt haben, von der englischen und französischen Naturrechtsphilosophie ausgehend, die Doktrin von der natürlichen Gleichheit der Menschen auf das ökonomische Gebiet ausdehnen wollen. Das Grundeigentum erscheint ihm nur als das ungerechteste Privileg, das zunächst abgeschafft werden müsse, aber sein eigentliches Endziel war weiter gesteckt. Es lief auf eine radikale politische Umwälzung hinaus, durch welche die völlige abstrakte Gleichheit der Menschen verwirklicht werden sollte. So war Spence politisch: radikaler Republikaner, ökonomisch: utopistischer Sozialist. Besonders klar gehen diese seine Anschauungen aus seiner Wochenschrift „Pigs' Meat" hervor. Die Wochenschrift selbst enthält zahlreiche Bibel-

sprüche, aus denen hervorgehen soll, daß der Unterschied von arm und reich gegen Gottes Gebot verstoße. Sie bringt lange Zitate von Locke, Pufendorf, Voltaire, D'Alembert und anderen Naturrechts-Philosophen, die allerlei Gedanken über die Gleichheit der Menschen enthalten. Ferner finden Sie dort Auszüge aus sozialistischen und utopistischen Schriften, wie z. B. aus Harringtons Oceana und aus Godwin. — In einem von ihm selbst verfaßten Aufsatz „The glorious Prospect of better Times, which are fast approaching" sagt er: „Die Rechte der Menschen, welche die Natur in unauslöschlichen Buchstaben in ihre Herzen eingegraben hat, müssen in ihrer ursprünglichen Vollkommenheit wieder hergestellt werden . . . Jene ursprüngliche Gleichheit, in welcher alle geschaffen wurden, muß an Stelle der künstlichen Ungleichheit treten, die durch den selbstgeschaffenen Adel erzeugt wurde . . . Reichtum und Eigentum müssen aus den Händen der Habsucht und der Faulheit entrissen werden und unter die ganze Menschheit verteilt werden nach dem Maßstabe, als sie es verdient."

In einem anderen in dieser Zeitschrift von ihm veröffentlichten Aufsatz „The Rights of Man" wirft er die Frage auf: „Zwingt der Mensch jemals andere seiner Mitmenschen, für ihn zu arbeiten, indem sie ihm Nahrung und Kleider und alle überflüssigen Dinge, die er begehrt, verschaffen müssen?", und er gibt darauf zur Antwort: „Ja, er war noch nicht lange in der Welt, als er seine Mitmenschen zur Sklaverei zwang. Bis heute fährt er fort, dieses zu tun und solange die Welt besteht, wird er diese Ungerechtigkeit fortsetzen, wenn nicht die Menschheit mehr Mut erlangt, um den Bedrückungen der anderen zu widerstehen. Wenn kein allgemeiner und individueller Mut vorhanden ist, um die allgemeine und individuelle Vermessenheit und Habsucht auszurotten, muß immer ein großer Teil der Menschen in Abhängigkeit von den wenigen Anmaßenden leben."

Auch der von den Anhängern Spences, dem Bunde der Spenceschen Menschenfreunde, 1816 unternommene Versuch, durch eine revolutionäre Erhebung die Regierung zu stürzen, zeugt von dem radikalen, revolutionären Charakter dieser Richtung.

Als einen zweiten typischen Vertreter der sozialistischen Bodenreformer nenne ich Ihnen den bekannten Chartistenführer O'Brien. Er war, wie die meisten Chartisten, stark durch Owen beeinflußt und durch ihn zu seinen sozialistischen Anschauungen gekommen, wie auch seine praktischen Reformvorschläge im einzelnen viel Ähnlichkeit mit den Owen'chen Projekten aufweisen. Auch bei O'Brien war die Beseitigung des privaten Grundeigentums nur ein Stück eines umfassenden sozialistischen Reformprogrammes. Er erblickte im Grundbesitz diejenige Eigentumsart, die zunächst und zuerst beseitigt werden müßte. Aber er erblickte keineswegs nur im Grundbesitz, sondern auch im Kapital- und Geldbesitze eine Ungerechtigkeit und ein Mittel zur Ausbeutung des Volkes, und darum sollte neben der Landreform eine umfassende Geld- und Kreditreform die vorhandenen Übelstände beseitigen. Seine Grundanschauungen können am besten aus dem Buche

ersehen werden, das lange nach seinem 1864 erfolgten Tode, nämlich erst im Jahre 1885 aus seinem Nachlaß herausgegeben worden ist: „The Rise, Progress and Phases of human slavery."

Immer von neuem bekämpft er die zwei Übelstände, aus denen seiner Meinung nach alle übrigen sozialen Mißstände hervorgingen, nämlich das Grundeigentum, das Rente abwirft und das Geldkapital, das seinem Besitzer neues Geld einbringt, in beiden Fällen, ohne daß der Eigentümer irgendetwas leistet, um Rente oder Zins zu verdienen. Schon der Titel des O'Brienschen Werkes ist für seine Grundauffassung bezeichnend. Die Human Slavery soll die Lohnsklaverei bedeuten, unter welcher die Arbeiter im kapitalistischen System zu leben gezwungen seien: „Jenes trostlose System, welches sich über die ganze zivilisierte Welt verbreitet hat und welches drei Viertel der Christenheit in verkommenere und unglücklichere Geschöpfe verwandelt hat, als die alten heidnischen Sklaven oder die Negersklaven in den amerikanischen Südstaaten." — An anderer Stelle sagt er: „In einem gerechten und vernünftigen Zustand der Gesellschaft könnte alles Geld in der Welt nicht einen Acker Land kaufen, noch würde es seinen Besitzer in den Stand versetzen, ein Pfund mehr seinem Besitz hinzuzufügen, wenn er es nicht dadurch verdiente, daß er für ein Pfund Wert mehr Güter schafft, oder für ein Pfund Wert Dienste der Gesellschaft leistet; um deutlich zu sprechen: Grundherren und Geldwechsler haben überhaupt kein Recht, auf der Welt zu sein." Auch die sozialistische Mehrwertlehre findet sich bei ihm. So sagt er z. B.: „Die Differenz zwischen dem, was die Arbeiter tatsächlich an Wert produzieren und dem elenden Bißchen, was ihnen gewährt wird, ist die Diebesbeute, aus welcher die nutzlosen Gesellschaftsklassen, welche sie unterjochen und ausplündern, in Wohlhabenheit und Luxus erhalten werden, ja, die ganze und einzige Sicherheit für alle besteht in der Fähigkeit des Arbeiters, einen Überschuß (Surplus) über das hinaus zu produzieren, was er während seiner Produktionsperiode konsumiert."

Betrachten wir die praktischen Vorschläge O'Briens, so sehen wir, daß die Bodenverstaatlichung nur einen Teil eines umfassenden sozialen Reformprogramms bildet. Er schlägt nämlich folgende hauptsächliche Reformen vor:

a) Die Landreform. Die Regierung soll ihr überschüssiges Einkommen und ihren Besitz zum Ankauf von Grund und Boden benutzen und auf diesem Boden sollen Arbeitslose angesiedelt werden. Die Renten, die ihr aus diesem Grund und Boden zufließen, sollen benutzt werden, um neues Land anzukaufen, so lange, bis alle, welche Land besitzen wollen, solches erhalten können. Allmählich soll der Staat auf diesem Wege sämtliches Land, alle Bergwerke, Fischereien usw. in seinen Besitz bekommen und dauernd zugunsten des ganzen Volkes bewahren. „Weil das Land als ein Geschenk des Schöpfers an alle niemals das ausschließliche Eigentum von Individuen werden kann, weil das Landmonopol ein Eingriff in die Rechte der davon Ausgeschlossenen ist, wel-

cher sie mehr oder minder zu Sklaven der Grundherren und Kapitalisten macht." Die Verstaatlichung des Bodens soll zu weiteren Reformen Anlaß geben.

b) Die Kreditreform. Vor allen Dingen würde sich auf Grund dieses großen Landbesitzes des Staates ein großes nationales Kreditsystem errichten lassen, so daß der Staat in der Lage wäre, jedem, der zur Bebauung von Land oder zu anderen nützlichen Industriezweigen Kapital braucht, diesen Kredit zu bewilligen und ihn dadurch zu befreien von der „injustice and tyrany of wages-slavery through which capitalists and profitmongers are enabled to defraud him of his fair recompense."

c) Die Geldreform. Zu dieser Kreditreform soll eine Geldreform hinzutreten; an Stelle des Metallgeldes soll ein staatliches Papiergeld treten, und der Staat soll an allen Orten öffentliche Warenmagazine einrichten, wo alle Waren aufgestapelt werden. Die dort befindlichen Waren sollen nach der in ihnen enthaltenen Arbeit bewertet werden und auf Grund dieses Wertes gegen Staatsnoten ausgetauscht werden.— Ich will nicht in die näheren Details der O'Brienschen Reformvorschläge eingehen, ich wollte Ihnen nur zeigen, daß O'Brien kein Agrarsozialist ist, sondern ein Sozialist, bei dem die Bodenreform ein Stück seines sozialistischen Programms darstellt.

2. Die agrarsozialistischen Bodenreformer.

Als typischen Vertreter dieser Richtung nenne ich Ihnen den bekannten Naturforscher, Reisenden und Sozialpolitiker Alfred Russel Wallace. Er hat seine agrarsozialistischen Theorien in seinem 1882 erschienenen Werke „Land Nationalisation, its necessity and its aims" dargelegt. Wallace geht von der Frage aus, woher es kommt, daß trotz immer größerer wirtschaftlicher und technischer Fortschritte die Armut des Volkes immer mehr zunähme und findet die Wurzel dieses Übels wie aller sozialen Mißstände im privaten Grundeigentum. Durch eine historische Darstellung der Entwicklung der Grundeigentumsverhältnisse in verschiedenen Ländern, namentlich in Irland, Schottland und England sucht er nachzuweisen, daß mit Notwendigkeit überall das Privateigentum zur Bereicherung einzelner und zur Armut der großen Masse führen müsse. Nebenher gehen auch bei ihm naturrechtliche Erwägungen: das angeborene Recht jedes einzelnen Menschen auf ein Stück Land werde durch das private Grundeigentum verletzt: „Every person has a natural right to a permanent home in his native land and how can we expect patriotism, if this cannot be obtained? Moreover, the acquisition of a bit of land is the only thing that will raise a man from serfdom to comparative independence."

Jeder Bürger müsse das Recht erhalten, ein Stück des nationalen Bodens zu besitzen. Um dieses praktisch durchzuführen, gibt es nach Wallace nur ein Mittel, die Verstaatlichung des Grund und Bodens. Zweifellos, wie er selbst sagt, eine radikale,

wenn nicht revolutionäre Maßregel. Aber die Übelstände seien so große und so tief eingewurzelte, daß mit kleinen Palliativmitteln nichts dagegen ausgerichtet werden könnte. Unter Bodenverstaatlichung will Wallace nicht verstanden wissen, daß der Staat den ganzen Grund und Boden in sein Eigentum und in seinen Betrieb übernehme. Er hält dies für ausgeschlossen wegen der Schwerfälligkeit des Bureaukratismus, der mit staatlichen Betrieben verbunden sei, sondern er meint, daß der Staat ein Obereigentum an Grund und Boden haben und der Boden von Pächtern bewirtschaftet werden solle.

Sechs Hauptgrundsätze seien es vor allem, in denen das Landproblem gipfle:

1. Es ist klar, daß das Grundherrentum ersetzt werden muß durch das „occupying ownership“.

2. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß der Besitz des occupying owner sicher und dauernd sei und nichts soll ihn in seinem freien Gebrauch des Bodens stören oder in seiner Sicherheit, alle Früchte zu genießen, die er durch seine Arbeit oder durch seine Auslagen gewinnt.

3. Es müssen Einrichtungen geschaffen werden, wodurch jedem britischen Untertan ein Stück Land für seinen persönlichen Besitz zu seinem richtigen landwirtschaftlichen Wert zugesichert wird.

4. Alle geeigneten Stücke wüsten und unangebauten Landes müssen für den Anbau durch occupying owners bereitgestellt werden.

5. Der freie Verkauf und die Übertragung seines Besitzes müssen dem Inhaber gesichert sein.

6. Damit dieses geschehen kann, ist Afterpacht absolut verboten und Hypotheken müssen in strenger Weise eingeschränkt werden.

Occupying ownership unter dem Obereigentum des Staates soll also heißen, daß die Besitzer oder Pächter der staatlichen Grundstücke sich als „holders“ und nicht als „owners“ betätigen sollen, das heißt solange sie den Boden bewirtschaften, sollen sie freie Eigentümer sein. Dem Staat soll nur das Eigentum am nackten Boden zukommen, nicht aber an den mit dem Boden vorgenommenen Verbesserungen.

Wallace unterscheidet die „Quit-Rent“ und das „Tenant-Right“. — Für den reinen Bodenwert zahlt der Pächter dauernd dem Staat die sogenannte quit-rent. Dagegen gehen alle Bodenverbesserungen, die Gebäude, die Wege, die Anpflanzungen die Zäune, Gräben usw., das sogenannte Tenant-right, in das Eigentum des Staatspächters über. Eine sehr genaue Schätzung müsse der Bodenverstaatlichung vorangehen. In 5 bis 10 Jahren nach Erlaß und vor Inkrafttreten der Reform sollten alle Grundstücke nach ihrem Gesamtwert geschätzt werden und dann noch einmal getrennt nach dem Wert des nackten Bodens zur Festsetzung der Quit-Rent und der Verbesserungen zur Festsetzung des Tenant-Right. Der kapitalisierte Wert des Tenant-Right muß als Entschädigung vom Pächter dem Grundherrn gezahlt werden. Aber diese Grundherren sollen noch eine weitere Entschädigung erhalten und zwar für die Aufhebung ihres Privateigentums

am Boden selbst. Wallace erkennt eine Entschädigungspflicht des Staates für den expropriierten Grundherrn an. Die Entschädigung für die dem Grundherrn jetzt entgehende Quit-Rent soll darin bestehen, daß der Staat mehrere Generationen hindurch dem Grundherrn die früher für den Boden bezogene Pachtrente weiter bezahlt. Sobald der Pächter dem Grundherrn entweder direkt oder durch Vermittlung des Staates — der Staat soll unbemittelten Pächtern das nötige Geld vorstrecken — das Tenant-Right bezahlt hat, wird er freier Eigentümer des Grundstückes, aber unter staatlichem Obereigentum. Damit kein neues Grundherrentum entstehen kann, ist Afterpacht verboten, ebenso darf der Staatspächter, um drückende Abhängigkeit vom Kapitalisten zu vermeiden, nur Amortisationsschulden auf sein Gut und auch diese nur mit Genehmigung des Staates aufnehmen.

Noch ist die Frage aufzuwerfen: soll den Staatspächtern in bezug auf die Größe ihrer Pacht eine Beschränkung auferlegt werden? Eine direkte Beschränkung der einzelnen Pachtungen wünscht Wallace nicht; „mögen einige Leute ein Gut von 100 000 Acres und mehr wünschen, andere nur eines von 10 bis 20, das soll den einzelnen überlassen bleiben, wenn sie nur die Pflicht der eigenen Bewirtschaftung ihres Grundstückes erfüllen." — Eine indirekte Beschränkung findet allerdings durch das Recht statt, das jeder Bürger gegen Zahlung der Quit-Rent auf ein Stück Land hat. Dieses Stück soll auf ein Minimum von 1 Acre (= 40 ar) und auf ein Maximum von 5 Acres beschränkt sein. Der Staat hat die Pflicht, jedem einzelnen innerhalb dieser Grenzen ein Stück Land zu verschaffen. Nach der Verstaatlichung des landwirtschaftlichen Bodens soll auch eine Kommunalisierung des städtischen Bodens eintreten.

Zwar erwartet Wallace von seiner Landreform, daß zahlreiche städtische Einwohner auf das Land ziehen und dadurch schon eine bedeutende Ermäßigung der städtischen Haus- und Mietpreise eintreten werde. Aber das genügt noch nicht. Es soll eine Schätzung des Wertes alles Hausbesitzes vorgenommen werden, wobei der Wert des Bodens und der des Hauses zu trennen seien. Jeder Mieter eines Hauses müsse dann berechtigt sein, zu dem so festgesetzten Preise das von ihm bewohnte Haus zu kaufen. Diejenigen, die das Haus nicht kaufen wollen, können es gegen eine bestimmte Rente mieten, zahlen dann aber die Rente an die Stadt, die ihrerseits das Haus erwirbt. Auf diese Weise würde die Stadt allmählich Eigentümerin von vielen Häusern, welche sie zu sehr billigen Preisen an Kauflustige verkauft. Außerdem soll der Stadt ein weitgehendes Enteignungsrecht für alle Häuser zustehen, deren Besitz aus öffentlichen, namentlich aus gesundheitlichen Gründen erwünscht ist und zwar zu dem offiziell geschätzten Werte.

Wallace weist in seinen Ideen eine große Ähnlichkeit mit den Anschauungen auf, die bereits 1782 von Ogilvie in seinem Buch „An essay on the right of property in land" dargelegt waren. Auch Ogilvie hatte verlangt, daß jeder, der Ackerbau zu seinem eigenen Unterhalte und dem seiner Familie betreiben wolle, berechtigt sein müsse,

einen Teil vom Boden seines Landes und zwar im Maximum 40 Acres zu vollem Eigentum zu erhalten. Was aber die Rechte der Grundherren an ihrem Eigentum anlange, so müßten dreierlei Teile unterschieden werden:

1. der ursprüngliche Wert des Bodens oder der, den er in seinem natürlichen unkultivierten Zustande besessen hatte;

2. der erhöhte oder verbesserte Wert des Bodens, das heißt der, den er durch die Verbesserungen und durch die Bearbeitung des letzten Inhabers oder eines seiner Vorgänger empfangen hat.

3. Der voraussichtliche oder kulturfähige Wert des Bodens, das ist der fernere Wert, den er von zukünftiger Kultivierung und Verbesserung nach Deckung der für diese Verbesserungen aufgewandten Kosten noch erlangen kann — oder, um es anders auszudrücken, der Wert des ausschließlichen Rechts, diese Verbesserungen vorzunehmen.

Das private Anrecht des Grundherrn ginge allein auf den vollen Wert seines Besitztums, soweit dieses bei einer gleichen Teilung des ganzen staatlichen Bodens auf ihn entfallen würde; was aber den Teil seines Grundbesitzes anlange, der darüber hinausgeht, so habe der Grundherr nur ein Anrecht auf den verbesserten Wert, auf den ursprünglichen und kulturfähigen des Bodens habe er aber kein Recht, dieser gehöre unumschränkt dem Gemeinwesen.

3. Die eigentlichen Bodenreformer oder die Bodenreformer im engeren Sinne.

Im Gegensatz zu den bisher charakterisierten Gruppen, welche entweder eine Beseitigung des Privateigentums überhaupt oder die des privaten Grundeigentums anstreben, wollen die eigentlichen Bodenreformer das private Bodeneigentum als juristische Institution überhaupt nicht antasten, es vielmehr konservieren, ja es sogar noch verstärken und vermehren, aber unter gewissen Kautelen, welche die sozial gerechte und volkswirtschaftlich zweckmäßige Bearbeitung des Bodens garantieren. Nicht das Grundeigentum an sich sei zu verwerfen, sondern nur eine bestimmte Art von *Einkommen*, das aus dem Grundeigentum gewonnen werden könne. Das natürliche Recht der Menschen ginge nicht auf gleichen Anteil am Boden, wohl aber auf die *Früchte eigener Arbeit*, nicht mehr und auch nicht weniger, also: was jemand mit seiner Tätigkeit und mit seinem Kapital aus seinem Grundeigentum erwirtschafte, solle ihm zu eigen gehören, nicht aber das, was er nur dem nackten Bodenwert zu verdanken habe.

Diese Richtung stellt eine praktische Nutzanwendung aus der *Ricardoschen* Grundrententheorie dar. Nach dieser Theorie ist die Grundrente kein allgemeines Einkommen alles Grundbesitzes, sondern nur ein Extraprofit solcher Grundbesitzer, die über besonders fruchtbaren Boden verfügen. Bei wachsender Bevölkerung und dadurch verstärkter Nachfrage nach Brotgetreide müsse immer unfruchtbareres, das heißt mit höheren Produktionskosten zu bearbeitendes Land heran-

gezogen werden. Dies bewirke ein dauerndes Steigen der Getreidepreise und damit ein dauerndes Steigen der Rente für die Besitzer der besseren Bodenarten. — Die Rente sei also ein unverdientes Monopoleinkommen, das gewissen natürlichen Umständen, namentlich der Knappheit des Bodens, nicht aber Arbeitsleistungen oder Kapitalaufwendungen entstamme. Darnach war die Rente ein störendes Element für eine nationalökonomische Schule, bei der im Mittelpunkt die Lehre stand, daß der Wert aller Güter in der Arbeit seinen Ursprung und seinen Maßstab habe, und die das Privateigentum deshalb als segensreiche Institution pries, weil dadurch die wertschaffende Arbeit zu größter Produktivität gelange. Schon die Erscheinung des Zinses war mit dieser Lehre nicht leicht zu vereinigen. Die klassische Nationalökonomie hatte die Lösung darin gefunden, daß sie Zins und Unternehmergewinn unter dem Namen „Profit" zusammenfaßte und die Existenz des Profits damit motivierte, daß ohne diesen die kapitalistischen Unternehmer kein Interesse daran hätten, Kapital in ihren Unternehmungen anzulegen. Auch war das Kapital von dieser Schule als ein aus Arbeit entstandenes Produkt erklärt, und so ließ sich auch der Zins, wenigstens indirekt, wieder auf Arbeit zurückführen. Aber wie stand es mit der Rente? Die Rente konnte doch unmöglich mit der Arbeitswerttheorie vereinigt werden, denn sie war ausdrücklich von dieser Schule als arbeitsloses Einkommen charakterisiert. Ricardo selbst hatte aus seiner Rententheorie keine bodenreformerischen Konsequenzen gezogen; er meinte, daß bei internationalem Freihandel ein so großes Angebot von Getreide für alle Länder vorhanden wäre, daß die Möglichkeit, infolge der Knappheit des Bodens eines Landes zu steigenden Rentenbezügen zu gelangen, stark beeinträchtigt würde. Er begnügte sich daher mit der Empfehlung freihändlerischer Handels- und speziell Getreidehandelspolitik.

Andere Vertreter der klassischen Nationalökonomie gingen aber weiter: sie zogen bodenreformerische Konsequenzen aus der Rententheorie und wurden dadurch die Begründer der modernen Bodenreformbewegung. Sie lehrten, daß, wenn wirklich ein Einkommen, das nicht auf Arbeit beruhe, vorliege, es der Allgemeinheit, nicht aber einzelnen zugehöre. Da sie andererseits aber unbedingte Vertreter des Individualismus und überzeugte Anhänger des Privateigentums waren, wollten sie unter Beibehaltung des privaten Eigentums durch eine Steuer den Anteil der Bodenbesitzer, der Rente war, dem Staate zuführen.

Als typisch für diese dritte Richtung stelle ich kurz die Theorie von John Stuart Mill dar. Bereits in seinen 1848 erschienenen „Principles" hatte John Stuart Mill in dem Teil dieses Werkes, welcher von den Steuern handelt, bodenreformerische Ideen entwickelt. Er führt dort aus, daß es im Steuerwesen einzelne Fälle gäbe, wo unbeschadet der gleichmäßigen Gerechtigkeit, welche die Grundlage der Steuerpolitik bilden müsse, neben einer gleichmäßigen Besteuerung des Einkommens eine Extrasteuer auf gewisse Vermögensbestandteile berechtigt sein könne. Dies sei dann der Fall, wenn z. B. eine Art von Einkommen

die Tendenz hätte, sich beständig zu vermehren ohne Zutun oder Anstrengung von seiten der Eigentümer, welche dadurch zu einer Klasse der Gesellschaft würden, die bei völliger Passivität ihrerseits durch den natürlichen Lauf der Dinge fortwährend bereichert würde. In einem solchen Falle wäre es keine Verletzung der Grundsätze, auf denen das Privateigentum beruhe, wenn der Staat diesen Zuwachs des Reichtums oder einen Teil davon gleich bei seinem Entstehen für sich beanspruche. Es würde hierdurch niemanden etwas genommen, es wäre nur eine gemeinnützige Verwendung einer Vermehrung des Vermögens, die durch die Umstände herbeigeführt sei, und die sonst nur eine unverdiente Zunahme der Reichtümer einer besonderen Klasse wäre. — Dieser Fall, meint Mill, läge bei der Grundrente vor, und darum hält er eine besondere Grundrentensteuer für angebracht. — Er sagt darüber folgendes und ich zitiere diese Stelle wörtlich und ausführlich, weil sie für die spätere Bodenreformbewegung von grundlegender Bedeutung wurde: „Der regelmäßige Fortschritt einer an Reichtum zunehmenden Nation führt zu allen Zeiten notwendig eine Vermehrung des Einkommens der Grundeigentümer herbei und erhöht nicht allein den Belauf desselben, sondern gibt ihnen einen stärkeren Anteil im Verhältnis zu dem übrigen Nationalvermögen, unabhängig von irgendwelchen Auslagen oder Bemühungen von ihrer Seite. Sie werden gleichsam im Schlaf, ohne Arbeit, ohne Risiko, ohne Ersparnis reicher. Welchen Anspruch haben sie nach den allgemeinen Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit auf diesen Vermögenszuwachs? Welches Unrecht wäre ihnen widerfahren, wenn die Gesellschaft von Anfang an sich das Recht vorbehalten hätte, diesen von selbst geschehenden Zuwachs der Bodenwerte so hoch zu besteuern, wie es die Finanzbedürfnisse irgend verlangen mögen? Ich gebe zu, es würde ungerecht sein, wenn jetzt nachträglich jedes einzelne Grundstück in Anspruch genommen würde und so viel entrichten sollte, wie sich als eine Vermehrung seiner Rente herausstellt, da es unmöglich wäre, in den einzelnen Fällen zu unterscheiden, inwieweit diese Vermehrung nur durch die allgemeinen Umstände der Gesellschaft oder auch durch die Geschicklichkeit und Auslagen des Eigentümers bewirkt worden ist. Die einzig zulässige Weise des Verfahrens bestände in einer allgemeinen Maßregel. Der erste Schritt müßte sein, alles Grundeigentum des Landes zu schätzen, sein gegenwärtiger Wert müßte von der Steuer frei bleiben; aber nach Verlauf einiger Zeit, während dessen die Bevölkerung und das Kapital zugenommen haben, könnte ein allgemeiner Überschlag der von selbst entstandenen Vermehrung der Rente seit jener früheren Schätzung vorgenommen werden. Hierfür würde der durchschnittliche Preis der Produkte einen Maßstab abgeben; wenn dieser gestiegen ist, könnte man mit Sicherheit schließen, daß die Rente sich vermehrt hat, und zwar (wie schon früher gezeigt wurde) in einem stärkeren Verhältnis als dem der Preissteigerung. Durch diese und andere Merkmale ließe sich annähernd schätzen, wieviel die Grundstücke infolge natürlicher Ursachen an Wert zugenommen haben, und wenn man danach eine allgemeine Grundsteuer auflegte, die in Rücksicht auf etwaige

Versehen in der Schätzung beträchtlich hinter dem so ermittelten Betrage zurückbleiben müßte, würde man die Sicherheit haben, diejenige Vermehrung des Einkommens aus Grundstücken nicht zu treffen, welche durch verbesserte Bewirtschaftung oder Kapitalanlagen seitens der Eigentümer bewirkt worden ist." (Buch V, S. 127.)

Wie will Mill diesen unverdienten Wertzuwachs der Gesellschaft zuführen? Er will nicht etwa die dem Grundeigentümer bereits von früher her zukommende Rente konfiszieren. Das einzige, was er verlangt, ist dieses: es sollen künftig entstehende Rentenvermehrungen durch eine Steuer dem Staate zugeführt werden; also nur die künftigen Rentensteigerungen, nicht die bestehenden Rentenbeträge sollen durch eine staatliche Grundrentensteuer konfisziert werden. Es soll von Zeit zu Zeit durch eine staatliche Kommission geschätzt werden, wie hoch der unverdiente Rentenzuwachs bei den einzelnen Grundbesitzern sich beläuft, und dieser Rentenzuwachs soll dann besteuert werden. — Aber Mill geht noch weiter in der Schonung der Interessen der Grundbesitzer; damit durch diese Steuerreform in keiner Weise eine Schädigung der Grundbesitzerinteressen entstehen könne, will er den Grundbesitzern das Recht einräumen, daß, wenn sie mit dieser Steuermaßregel nicht einverstanden sind, sie die Wahl haben können, zu dem ganzen vom Staate geschätzten Werte ihren Grundbesitz dem Staate zu verkaufen.

Auf den Ideen John Stuart Mills weiterbauend, hat der Amerikaner Henry George in einflußreichster agitatorischer Tätigkeit weite Kreise für agrarsozialistische Ideen gewonnen. George, der 1859 von armen Eltern geboren war, und zuerst als Buchdrucker kümmerlich sein Brot verdiente, hat durch sein 1881 erschienenes Werk „progress and poverty" zum ersten Male die Gedanken der Bodenreform populär gemacht. Auf diese Weise wurde er der eigentliche Begründer der neuen Bodenreform in dem Sinne, daß durch seine Anregung diese Idee bei allen Kulturvölkern lebhaft diskutiert wurde und zu zahlreichen Parteibildungen Anlaß gab.

Zu den grundlegenden agrarsozialistischen und bodenreformerischen Ideen hat George nichts Neues hinzugefügt. In seiner naturrechtlichen Begründung und seinen praktischen Reformvorschlägen finden wir dieselben Grundideen, die schon bei älteren Autoren ausgesprochen waren. Er hat aber in breiterer Weise als die bisher erwähnten Agrarsozialisten und Bodenreformer eine ausführliche nationalökonomische Verteilungstheorie aufgestellt und vor allem in volkstümlicher und packender Sprache diese Lehren verkündet und in unermüdlicher Weise dafür Propaganda gemacht.

Henry George wirft die Frage auf, woher es komme, daß trotz zunehmenden Reichtums und immer neuer technischer Fortschritte die Armut immer größer werde, oder anders ausgedrückt: wie es zu erklären sei, daß der Arbeitslohn trotz der Vermehrung der Produktivkraft nach einem Minimum strebe, das nur den kargen Lebensunterhalt gestatte. Die Ursache dieses Übelstandes liege im privaten Grundeigentum. Sobald der Grund und Boden im Privatbesitz einzelner sich befinde, könne er einen so mächtigen Druck auf alle übrigen Bevölkerungsklassen ausüben, daß eine gemeinschädliche Güterverteilung erfolge. Der private Bodenbesitz sei die fundamentale Ursache alles sozialen Elendes.

Der jährlich neugeschaffene Güterreichtum werde an die drei Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital verteilt. Es frage sich, wie hoch der Anteil sei, der auf jeden der drei Faktoren komme. Da es keine von der Arbeit oder dem Kapital ausgeübte Tätigkeit gebe, die nicht die Benützung des Bodens erfordere, so müsse zunächst der Anspruch des Bodenbesitzers befriedigt werden, ehe die andern Faktoren zu ihrem Rechte kämen.

Unter der Herrschaft des privaten Bodenbesitzes würde aber in immer wachsendem Maße ein Tribut von den Arbeitern und den Kapitalbesitzern erhoben, der schließlich eine unerträgliche Last würde.

Auf folgende Weise erklärt Henry George, daß der Lohn unter der Herrschaft des Grundeigentums auf das Existenzminimum zu sinken strebe: Der Lohn werde durch den Wert oder den Ertrag bestimmt, den die Arbeit für den Arbeiter selbst habe. Die Güter seien das Produkt von Boden und Arbeit, jeder Mensch strebe darnach, seine Arbeit dort anzuwenden, wo die größte natürliche Produktivität zu erwarten sei, d. h. auf dem besten Boden. Solange Boden bester Qualität in so reichlicher Menge vorhanden sei, daß jeder Ansiedler ihn beliebig okkupieren könne, müsse der Lohn gleich dem vollen Ertrag der Arbeit sein, und wenn ein Ansiedler einen Arbeiter beschäftigen wolle, müsse er ihm als Lohn den vollen Ertrag der durchschnittlichen Arbeitsleistung zahlen. Dies ändere sich, sobald auch Boden schlechterer Qualität in Angriff genommen werden müsse, um die Bevölkerung zu ernähren; dann könne nicht mehr jeder Ansiedler Boden bester Qualität erhalten und der Lohn mache nicht mehr den vollen Arbeitsertrag auf dem besten Boden aus, sondern werde um den Betrag der Grundrente gekürzt. Denn die Arbeit auf den verschiedenen Böden gäbe bei gleicher Mühe nicht mehr gleichen Ertrag, sondern die Besitzer besseren Bodens erhielten bei der gleichen Arbeitsmühe mehr Produkte, als die Besitzer schlechteren Bodens. Da der Preis der Produkte aber derselbe sei, einerlei ob sie aus besserem oder schlechterem Boden stammen, so erhielte der Besitzer besseren Bodens infolge seines höheren Produktionsertrages einen unverdienten Mehrwert, die Rente. Wenn er jetzt einen Arbeiter anstellte, brauche er nicht mehr den vollen Ertrag der Arbeit auf bestem Boden zu zahlen, sondern nur noch den Ertrag, den der Arbeiter auf dem minder ergiebigen, d. h. dem rentelosen Boden, erzeugen könne. Je schlechter der Boden werde, der dem Ansiedler zur freien Bebauung zur Verfügung stünde, um so niedriger müsse der Lohn werden. Der Lohn wird also nach George bestimmt durch das Produkt, welches der Arbeiter durch seine Arbeit auf dem schlechtesten, rentelosen Boden erzeugt, der aber noch zur Befriedigung des Bedarfes angebaut werden muß.

Obwohl die Arbeit durch die Konkurrenz gezwungen werde, sich mit dem geringsten Lohnsatze zu begnügen, könne sie doch bei einem geringeren Lohnsatze als dem, der zur Fristung des dürftigsten Lebensunterhaltes hinreicht, nicht bestehen. Deshalb sei das geringste Land, das in Kultur gewonnen werden könne, dasjenige, welches neben der Reproduktion des etwa aufgewendeten Kapitals und dem Zins desselben gerade noch den Betrag des notdürftigsten Lebensunterhaltes als Lohn für die Arbeit ergäbe.

Ebenso werde auch der Zins des Kapitals fortwährend infolge der Grundrente verkürzt. Der Zins sei — im Gegensatz zur Rente — ein berechtigtes privates Einkommen; denn er entspringe aus der Vermehrungsfähigkeit, welche die reproduktiven Naturkräfte dem Kapital verleihen. Das Kapital sei erarbeitet, ein Gewinn aus Kapital daher berechtigt. Das Kapital könnte aber in viel reicherem Maße an dem Erfolg der steigenden Produktivität teilhaben, wenn nicht der Bodenbesitzer einen immer wachsenden Tribut vom Kapitalisten für das Recht erhöbe das Kapital anzuwenden. Und da nach dem Rentengesetz alles, was den Ertrag des geringsten Bodens übersteige, Grundrente sei und der Kapitalzins in allen Fällen wenigstens annähernd auf dem gleichen Niveau stehe, so könne für die Arbeit auch auf dem besten Boden nicht mehr als der Betrag des dürftigsten Lebensunterhaltes übrig bleiben. George kommt zum Schlusse, daß die Bodenrente die Quelle alles sozialen Elendes sei. Da der Bodenwert ganz abhängig von der durch seinen Besitz gewährten Macht sei, sich die von der Arbeit geschaffenen Früchte anzueignen, so erfolge eine Steigerung des Bodenwertes stets auf Kosten des Wertes der Arbeit. Wenn die zunehmende Produktivkraft den Lohn nicht erhöhe, so unterbliebe das nur, weil sie den Wert des Bodens steigere. Die Bodenrente sauge den ganzen Gewinn auf, und der Pauperismus begleite den Fortschritt. Überall könne die Tatsache beobachtet werden, daß mit zunehmendem Bodenwerte auch der Unterschied zwischen Reichtum und Armut größer werde. Wo der Bodenwert am größten sei, zeige die Zivilisation neben dem größten Luxus auch die größte Armut.

Auch die Handels- und Absatzkrisen haben nach der Ansicht Henry Georges ihre letzte Ursache in der Bodenrente; denn tausende und abertausende Menschen, die jetzt in der Industrie keine Arbeit fänden, könnten Beschäftigung erhalten, und alle Waren, die in Zeiten der Krise unverkauft liegen blieben, könnten Absatz finden, wenn die Ausnutzung des Bodens nicht durch die Rente so sehr erschwert wäre.

Als Heilmittel für alle soziale Not betrachtet George die Beseitigung des privaten Bezugs der Grundrente. Die Besitzergreifung des Grund und Bodens durch einzelne sei eine Ungerechtigkeit; denn im Gegensatz zu allen anderen Gütern sei der Boden nicht vermehrbar und verleihe daher seinen Privateigentümern ein Monopol gegenüber allen anderen Nichtbesitzern. Auf Grund dieses Monopols erhöben jene Bodenbesitzer einen ewigen Tribut von der Arbeit aller anderen: Die Grundrente, welche eine beständig steigende Tendenz gemäß der steigenden Produktion, Bevölkerung und Kultur habe. Der hierdurch notwendig gegebene Zuwachs der Rente sei jedoch von den Eigentümern ökonomisch nicht verdient, nicht durch sie, sondern durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge erzeugt, d. h. durch die Gesamttätigkeit der Gemeinschaft, von deren Gliedern die wenigen Grundherren den Tribut der Grundrente erpressen.

Ausdrücklich lehnt George die sozialistische Wirtschaftsordnung ab: Der Sozialismus bestehe in der Ersetzung der persönlichen Tätigkeit durch die Regierungsgewalt, in dem Versuche, durch Zwang zu schaffen, was durch Freiheit besser zu erreichen sei. Es sei klar, daß alles, was nach Verordnung und Zwang schmecke, an und für sich schlecht sei und nicht in Be-

tracht kommen soll, solange ein anderer Weg sich biete. Die Gesellschaft sei ein Organismus und keine Maschine; sie lebe nur im individuellen Leben ihrer Teile, und in deren freier und natürlicher Entwicklung werde sich die Harmonie des Ganzen bilden. Alles, was für die soziale Regeneration nötig sei, lasse sich in die beiden Worte zusammenfassen „Boden und Freiheit".

Gegen den Sozialismus hat George ferner einzuwenden, daß dieser auch Zins und Profit beseitigen wolle, welche nach seiner Ansicht im Gegensatz zur Grundrente berechtigte Einkommenszweige seien. Es müsse nur das Recht jedes Menschen auf gleiche Bodenbenützung wiederhergestellt werden: „Denn da die Arbeit nicht ohne den Gebrauch von Boden produzieren kann, so ist eine Verleugnung des gleichen Rechts der Bodenbenutzung notwendigerweise auch eine Verleugnung des Rechts der Arbeit auf ihr eigenes Produkt. Wenn ein Mensch über den Boden gebietet, auf dem andere arbeiten müssen, so kann er sich das Produkt ihrer Arbeit als Preis für die Erlaubnis, arbeiten zu dürfen, aneignen" (S. 353).

Für die Bodenbenutzung sei nicht das private Grundeigentum notwendig, wohl aber die Sicherheit, daß jedermann die Früchte seiner Arbeit genießen könne: Es ist unnötig, jemandem zu sagen: „Dieser Boden gehört dir!", um ihn zu seiner Bebauung und Verbesserung zu veranlassen. Es ist nur nötig, ihm zu sagen: „Was deine Arbeit oder dein Kapital schafft, soll dein sein". Gebt einem Manne die Sicherheit, daß er ernten kann und er wird säen; sichert ihm den Besitz des Hauses und er wird es erbauen. Das ist der natürliche Lohn der Arbeit. Der Ernte wegen säet der Mensch, des Besitzes des Hauses wegen erbaut er es. Der Bodenbesitz hat nichts damit zu tun" (S. 410).

Henry George empfiehlt nicht die Verstaatlichung des Bodens, auch nicht die allgemeine gleiche Bodenverteilung; das alles ist ihm zu sehr Nivellierung nach sozialistischer Art. Er will vielmehr unter Beibehaltung des privaten Grundeigentumsrechtes die ganze Grundrente durch eine Steuer konfiszieren: „Ich schlage nicht vor, den Privatbesitz anzukaufen oder zu konfiszieren. Das erstere wäre ungerecht, das letztere zwecklos. Lassen wir die Personen, die jetzt den Boden besitzen, immerhin im Besitz dessen bleiben, was sie ihren Boden nennen. Mögen sie ihn auch fernerhin ihren Boden nennen. Mögen sie ihn kaufen und verkaufen, schenken und vererben. Wir können ihnen getrost die Schale überlassen, wenn uns nur der Kern bleibt. Es ist nicht nötig, den Boden zu konfiszieren; es ist nur nötig, die Rente zu konfiszieren.

Was ich daher als das einfachste und vollgültigste Heilmittel vorschlage, das die Löhne steigern wird, den Ertrag des Kapitals vermehren, den Pauperismus beseitigen und die Not vernichten wird, was jedem, der arbeiten will, lohnende Beschäftigung verschaffen wird und den menschlichen Kräften freien Spielraum gewähren, was Verbrechen vermindern, Moral, Geschmack und Intelligenz erhöhen, die Regierung reinigen und Zivilisation auf eine noch höhere Stufe tragen wird, das ist — Aneignung der Rente durch die Besteuerung.

In dieser Weise kann der Staat allgemeiner Bodenbesitzer werden,

ohne sich so zu nennen und ohne auch nur eine einzige neue Funktion zu übernehmen. Der Form nach bliebe der Bodenbesitz so wie er jetzt ist. Kein Bodenbesitzer müßte enteignet werden und keine Einschränkung des zulässigen Besitzes müßte stattfinden. Denn da die Rente vom Staate in Form von Steuern eingezogen würde, so wäre der Boden Gemeinbesitz, gleichviel auf wessen Namen er lautet, oder in welche Parzellen er geteilt ist, und jedes Gemeindeglied würde den Vorteil des Besitzes genießen.

Da nun die Besteuerung der Rente oder des Bodenwertes notwendigerweise um so viel erhöht werden müßte, als wir die andern Abgaben verringern, können wir diese Proposition in eine praktische Form bringen und vorschlagen: Alle Steuern, mit Ausnahme der auf den Bodenwert, aufzuheben."

Eine Entschädigung der Grundbesitzer hält George nicht für notwendig, sondern, ebenso wie die Sklavenhalter bei der Sklavenbefreiung ihr Eigentum verloren hätten, sollten auch die Grundbesitzer entschädigungslos auf ihre Rechte verzichten.

Seit den 80er Jahren haben sich in den meisten Kulturländern Vereine und Parteien gebildet, um für die agrarsozialistischen und bodenreformerischen Ideen Propaganda zu treiben und sie praktisch zu verwirklichen.

In dem Heimatlande Georges, in Amerika, hat die Bodenreformbewegung nur eine kurze Zeit hindurch größeren Umfang angenommen, in neuerer Zeit dagegen hat sie keine nennenswerte Bedeutung mehr. George suchte besonders mit den Arbeiter-Organisationen gemeinsam vorzugehen und so hatte die New Yorker Central-Labor-Union Mitte der 80er Jahre die Ideen Georges in ihr Programm aufgenommen. Von dieser Partei wurde auch Henry George 1886 als Kandidat zum Bürgermeisteramt in New York aufgestellt und erhielt 70 000 Stimmen, während der demokratische Kandidat 90 000 Stimmen auf sich vereinigte. Später wandte sich George der demokratischen Partei zu, suchte in ihren Kreisen Anhänger für seine Lehren zu gewinnen und agitierte dort zugleich für die freihändlerischen Ideen.

Viel größere Bedeutung als in Amerika haben die bodenreformerischen Ideen in England gefunden; dort wirken auch zwei besondere Vereinsorganisationen für die Bodenreform. Die Land nationalization Society, unter dem Vorsitz von Alfred Russel Wallace, die ganz für seine Ideen tätig, die Verstaatlichung des Bodens anstrebt und die English League for the Taxation of land values, welche die Einführung der single tax nach den Ideen von Henry George betreibt. Sie nennt sich neuerdings English League for the Taxation of land values, weil sie, ohne die single tax Ideen aufzugeben, zunächst eine neue Schätzung des gesamten Bodens wünscht und hierfür als für eine unerläßliche Vorbedingung ihrer Reform agitiert.

Durch das Gesetz von 1910 über die neue Bodenwertschätzung ist auch dieses Ziel erreicht worden — gemeinsam mit den Bodenreformern traten die Liberalen für dieses Gesetz ein, weil sie eine schärfere Heranziehung der Grundeigentümer zu den Finanzlasten fordern und hierzu eine neue Schätzung des Bodenwertes für notwendig hielten.

In der deutschen Bodenreformbewegung sind die zwei Perioden auseinanderzuhalten, die Zeit bis 1898 und die von 1898 bis zur Gegenwart.

In der ersten Periode war die Bewegung eine agrarkommunistische und utopistische — es waren einzelne radikale Bodenreformer, wie Stamm und Flürscheim, die eine kleine Zahl von Anhängern für ihre extremen Pläne gewonnen hatten. Stamm, der Verfasser des Werkes „Die Erlösung der darbenden Menschheit" (1870) gründete den Allwohlsbund, Flürscheim, dessen Hauptwerk „Auf friedlichem Wege" 1884 erschien, gründete den „Deutschen Bund für Bodenbesitzreform". Besonders Flürscheim war agitatorisch sehr tätig und seine praktischen Vorschläge gingen zuerst auf staatlichen Ankauf sämtlichen Bodens und Verpachtung des Bodens an Staatspächer hinaus, dann warf er sich auf kolonisatorische Experimente. Er wollte 1892 im mexikanischen Staate Sinaloa eine Bodenreformkolonie auf Grundlage gemeinsamen Bodeneigentums gründen. Das Unternehmen scheiterte gleich zu Beginn ebenso wie die zwei Jahre später von Hertzka, dem Verfasser der 1889 erschienenen Utopie „Freiland" gegründete Kolonie „Freeland" in Afrika zugrunde ging.

In der zweiten Periode, seitdem Damaschke Vorsitzender des „Bundes der deutschen Bodenreformer" ist, hat sich die Bodenreformbewegung realpolitischere Ziele gesteckt. Man kann jetzt nicht mehr von einer agrarsozialistischen oder bodenreformerischen Tendenz in dem vorhin von mir festgestellten Sinne reden. Die Tätigkeit des Vereins beschränkt sich fast ausschließlich auf den städtischen Grundbesitz und ist auf eine Verbesserung der städtischen Wohnungsverhältnisse gerichtet. Als Mittel hierzu werden besonders die Wertzuwachssteuer einerseits, kommunale Bodenpolitik durch Vermehrung städtischen Grundeigentums, Unterstützung der Baugenossenschaften usw. anderseits empfohlen.

Während des Weltkrieges stellten die Bodenreformer den Gedanken des Heimstättenwesens in den Vordergrund ihrer Tätigkeit. Sie forderten als „Dank des Vaterlandes" ein Gesetz, das jeder deutschen Familie den Weg zu einer Wohnheimstätte (Kleinhaus mit Nutzgarten) oder — bei genügender Vorbildung — einer Wirtschaftsheimstätte (kleines bäuerliches Anwesen) erschließe. Dieser Gedanke ist aber nicht verwirklicht worden. Aber in wesentlich abgeschwächter Form ist der Heimstätten-Gedanke zur Anerkennung gelangt durch das vom deutschen Reichstag am 10. November 1920 angenommene Reichs-Heimstätten-Gesetz. Außerdem ist in die Reichsverfassung der Artikel 155 aufgenommen, in dem gewisse bodenreformerische Forderungen anerkannt sind. Er lautet: „Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staatswegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern. Kriegsteilnehmer sind bei dem zu schaffenden Heimstättenrecht besonders zu berücksichtigen.

Grundbesitz, dessen Erwerb zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, zur Förderung der Siedelung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft nötig ist, kann enteignet werden. Die Fideikommisse sind aufzulösen.

Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen.

Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte stehen unter Aufsicht des Staates. Private Regale sind im Wege der Gesetzgebung auf den Staat zu überführen."

Zur Kritik des Agrarsozialismus.

Wenn ich jetzt dazu übergehe, Ihnen in aller Kürze einiges zur Kritik der agrarsozialistischen Theorie zu sagen, so knüpfe ich am besten an die Theorie von H. George an. Zwar ist er nicht Agrarsozialist in dem von mir gebrauchten Sinne, sondern Bodenreformer, aber seine Irrtümer decken sich größtenteils mit denen der Agrarsozialisten. Da er durch seine Bodenreform dasselbe zu erreichen suchte wie die Agrarsozialisten, möchte ich nachweisen, daß weder George noch die eigentlichen Agrarsozialisten eine nationalökonomisch haltbare Theorie begründet haben.

Was die theoretische Grundlage Henry Georges anbelangt, so ist die Grundunterscheidung, von der er ausgeht, nämlich zwischen der Grundrente als einem arbeitslosen Einkommen (unearned increment) einerseits und Zins und Lohn anderseits zweifellos richtig. Es ist zuzugeben, daß das private Grundeigentum zu monopolistischen und ohne persönliche Leistung erworbenen Einkünften vielfach führen kann. Gerade für einen Amerikaner lag es besonders nahe, die Grundrente in den Mittelpunkt eines sozialen Systems zu stellen, da in Amerika in besonders auffallender Weise und in hohem Grade durch die rapide städtische Entwicklung in sehr kurzer Zeit Boden, der zuerst so gut wie wertlos war, hohen Wert erlangt und für den Besitzer zur Quelle großer Einkünfte wird. Aber es zeigt sich hier wieder, wie eine in ihrem Kern richtige Lehre durch Übertreibung und falsche Auslegung zu ganz verkehrten Schlußfolgerungen führen kann. Daß die Rente ein „unverdienter Wertzuwachs" ist, ist ebenso sicher, wie daß sie andererseits in dieser reinen Form nie vorkommt, auch nicht den sozialpolitisch bedenklichen Charakter an sich trägt, den man ihr zugeschrieben hat. Vor allem ist die soziale Wirkung der Grundrente stark übertrieben. Weder Lohn noch Zins und Gewinn stehen in derartiger Abhängigkeit von der Grundrente, wie Henry George annahm. Der Lohn soll durch die Rente auf das Existenzminimum herabgedrückt sein! Abgesehen davon, daß diese Behauptung falsch ist und daß auch nicht die Tendenz zu dieser Niedrighaltung des Lohnes zugegeben werden kann, so wäre doch — wenn eine solche Tendenz wirklich vorhanden wäre — ein ganz anderer Kausalzusammenhang anzunehmen. Ricardo, der ebenfalls die Lehre von der Tendenz der Löhne zum Existenzminimum vertritt, hat hier die richtigere Auffassung, daß diese Tendenz ihren letzten Grund in der durch die starke Vermehrung der Arbeiterbevölkerung hervorgerufenen Konkurrenz der Arbeiter selbst habe. Es ist klar, daß — wenn es selbst gar kein privates Grundeigentum gäbe — die Löhne auch dann auf diesem niedrigen Stande verharrten, wenn wirklich die Bevölkerungsvermehrung

in der von George angenommenen Weise wirkte. Daß aber die Löhne trotz des Tributs, den die ganze Volkswirtschaft in Form der Rente an die Grundbesitzer zahlt, durchaus eine Erhöhung erfahren können, ist durch die Erfahrung reichlich bewiesen.

Besonders deutlich tritt aber Georges Einseitigkeit in seiner Krisentheorie hervor; auch die Handels- und Absatzkrisen sollen keine anderen Ursachen haben als das private Grundeigentum!

Wenn George den Ursprung der Krisen in der Möglichkeit erblickt, Vermögen in Grund und Boden anzulegen, so hat er damit die wahre Ursache der Krisen verkannt. Nicht die dadurch den Arbeitern genommene Gelegenheit, ihre Arbeitskraft auf den Boden zu verwerten, verursacht die Krisen. Wenn jedem, der Boden haben wollte, die leichteste Möglichkeit zu seiner Erlangung gegeben wäre, so könnte das auch nicht Krisen verhindern, solange die ungeregelte, planlose, privatwirtschaftliche Produktionsweise bestehen bleibt; in dieser, nicht in irgendwelcher Form des Grundeigentums, liegt die wahre Ursache der Krisen.

Eine theoretische Irrung, der sich die Bodenreformer schuldig machen, ist ihre Annahme einer „immer steigenden Tendenz der Grundrente" — es wird hierbei von den Zeiten ausgegangen, wo durch gute landwirtschaftliche Konjunkturen, durch steigende Produktenpreise eine Steigerung des Bodenwertes bewirkt wird. Daß diese Tendenz aber keine immerwährende ist, daß fortwährend Rückschläge kommen, daß gerade das landwirtschaftliche Gewerbe sich häufig durch rückläufige Preisentwicklung der agrarischen Produkte und die vielen Gefahren, denen die Landwirtschaft ausgesetzt ist, in prekärer Lage befindet, darf bei Betrachtung der „Tendenz" der steigenden Rente nicht außer acht gelassen werden.

Die praktischen Schwierigkeiten, die sich einer Durchführung der Bodenbesitzreform nach Georges Ideen entgegenstellen, sind nicht geringer als die theoretischen Mängel seiner Grundanschauung. So einleuchtend der Plan erscheinen mag, nur dasjenige Bodeneinkommen dem einzelnen zu überlassen, welches er seinem Fleiße, seiner Geschicklichkeit und seiner Kapitalaufwendung zu verdanken hat, dagegen dasjenige, welches die Folge besonders günstiger Naturkräfte oder von Verkehrsverhältnissen ist, der Gesamtheit zu überweisen, so schwer, ja unmöglich ist es, eine solche Trennung praktisch durchzuführen. Mag man immerhin für die theoretische Betrachtung den Gesamterlös des Bodens auf die drei Bestandteile: Arbeitslohn, Kapitalzins und reine Grundrente zurückzuführen, einen sicheren Anhalt für die Berechnung, wieviel auf jeden dieser Teile kommt, hat man nicht. Daher ist es auch unmöglich, die reine Grundrente wegzusteuern.

Durch kein noch so fein ausgeklügeltes Steuersystem läßt es sich erreichen, daß der Steuerbeamte bei der jedesmaligen Abschätzung genau ermitteln kann, welcher Teil des „Mehrwerts" des Bodens durch die persönliche Tätigkeit des Besitzers, durch seinen Fleiß, seine Kapitalverwendung, seinen Unternehmungsgeist, und welcher Teil durch gesellschaftliche Zusammenhänge, durch die Volksvermehrung, die Umgestaltung der Verkehrsverhältnisse usw. entstanden ist. An dieser Schwierigkeit muß jeder Plan, die sogenannte „reine Grundrente" wegzusteuern, oder wegzupachten,

scheitern. Wohl kann man die objektive Aufwendung an Kapital und Arbeitslohn und sonstige Auslagen, die auf den Boden gemacht sind, zahlenmäßig festsetzen — aber andere Größen sind nicht in dieser Weise exakt festzustellen. Der Wert des Bodens erfährt vielfach auch eine Erhöhung nur durch die persönliche Initiative des Eigentümers, bei ländlichem Boden durch die Art der Kultur, die Wahl der Düngemittel und andere derartige auf Unternehmertüchtigkeit zurückzuführende Tätigkeit, bei städtischem Boden durch geschickte spekulative Inangriffnahme von Böden in der weiteren Umgebung der Stadt. Wie will man alle diese Bestandteile von demjenigen Mehrwert trennen, der nur durch „gesellschaftliche" Zusammenhänge und unabhängig von den Besitzern hinzugekommen ist?

John Stuart Mill sah die praktische Schwierigkeit der Rentenermittelung so sehr ein, daß er in seinem Projekt der Rentenbesteuerung ausdrücklich eine „large margin for possible miscalculation" für nötig hielt.

Das Ziel Henry Georges, wie aller älteren Bodenreformer, die Beseitigung der reinen Grundrente im Ricardo'schen Sinne, ließe sich nur auf dem Wege der Verstaatlichung des gesamten Grund und Bodens erreichen. Nur bei Staatsbesitz und Staatsverwaltung wäre es möglich, alle Grundrente an den Staat fallen zu lassen. Auch agrarsozialistische Maßnahmen im Sinne von Wallace würden nicht genügen. Auch wenn der Boden verstaatlicht und an Staatspächter verpachtet würde —, so wäre damit in keiner Weise die Grundrente eliminiert —, denn die an den Staat zu zahlende Pachtrente braucht durchaus nicht die Grundrente einzuschließen. Wie es vorkommen kann, daß diese Pachtrente weit mehr als die Grundrente enthält und noch einen Teil des Arbeitslohnes des Pächters in sich schließt, so kann sie auch unter Umständen dem Pächter einen großen Teil der Grundrente zukommen lassen. Nur wenn der ganze Reinertrag des Bodens dem Staate zufällt, und die Bodenbebauer mit festem Lohn oder Gehaltsbezügen abgefunden würden, ließe sich das Ziel erreichen, die Grundrente als private Einkommensart zu beseitigen.

So wird die kritische Stellungnahme zum eigentlichen Ziele der älteren Bodenbesitzreformer von der Frage abhängen, wie man sich zu dem Privateigentum an Grund und Boden überhaupt stellt.

Darüber dürfte wohl kein Zweifel möglich sein, daß diejenige Eigentumsform, die allein das Ziel des Agrarsozialismus verwirklichen könnte, nämlich Staatseigentum an Boden mit staatlicher Administration, das denkbar ungeeignetste Mittel wäre, wirtschaftliche und technische Fortschritte im Bodenanbau zu erzielen. Die ganze Geschichte der Entwicklung des Grundeigentums bei allen Kulturvölkern lehrt, daß man gerade zu dem Zwecke, intensivere Bewirtschaftung des Bodens herbeizuführen, eine immer engere Verknüpfung des Bodenbebauers mit seinem Grundstück herbeizuführen gesucht hat. Denkt man sich, daß z. B. in Deutschland an Stelle der Millionen kleiner und mittlerer Bauern staatliche Administratoren von staatlichen Gütern träten, so würde das Gesamtergebnis in der Bodenproduktion aller Voraussicht nach bedeutend zurückgehen.

Somit können wir unsere Kritik des Agrar-Sozialismus dahin resümieren, daß die Meinung Henry Georges und seiner Anhänger, es läge hier eine Versöhnung von Individualismus und Sozialismus vor, irrig ist.

Es ist und bleibt eine Halbheit, die weder den Ideen des Individualismus noch denen des Sozialismus irgendwie gerecht wird.

Gegen die Grundgedanken des Individualismus verstößt diese Theorie, weil sie bei konsequenter Durchführung zu weitgehender Unterdrückung der persönlichen Freiheit führen müßte. Gegen die Ideen des Sozialismus verstößt sie, weil sie Einzelnen gerade dasjenige Eigentum zur freien Verfügung stellt, welches in neuerer Zeit zu den allergrößten und mächtigsten Vermögensansammlungen geführt hat, nämlich das Kapitaleigentum.

Ganz anders ist die Tätigkeit der neueren deutschen Bodenreformer und ihres Führers Damaschke zu beurteilen. Von allen agrarsozialistischen und streng bodenreformerischen Prinzipien haben sie sich entfernt: was sie heute und schon seit über zehn Jahren erstreben, sind kleine Reformen der städtischen Steuer- und Wohnungspolitik, die gewiß im einzelnen meist heilsam und wohltätig sein mögen, in keiner Weise aber die alte Programmforderung — Konfiskation der Grundrente zugunsten der Allgemeinheit — auch nur annähernd zu erreichen imstande sein können.

Die Steuermaßregeln, die die Bodenreformer jetzt besonders empfehlen, wie z. B.: die Umsatzsteuer, die Steuer nach gemeinem Wert und die Wertzuwachssteuer — mögen sicherlich, im kommunalen Rahmen angewandt, dazu beitragen gewisse Spekulations- und Kapitaliengewinne, die dem Grundeigentümer zufließen, teilweise in die Kassen der Gemeinden abzuführen. Die von den Bodenreformern ferner empfohlenen Maßregeln, wie Einrichtung von Baugenossenschaften, Ausnutzung des Erbbaurechts zu gemeinnütziger Wohnungspolitik, Errichtung städtischer Arbeiterwohnungen, mögen gewiß dazu beitragen, das großstädtische Wohnungselend zu lindern — Bodenreform in großem Stile ist dies alles nicht.

Wenn die Bodenreformer trotz dieser Detailarbeit nach wie vor erklären, die Erben und Vollstrecker der Henry Georgeschen Ideen zu sein, und noch immer von den hohen bodenpolitischen Zielen, die sie verfolgen und den großen sozialen Reformen, die sie erreichen wollen, reden, übersehen sie, daß die Mittel, die sie verfolgen, gänzlich unzulänglich sind, verglichen mit dem Ziele, das sie ihrem Programm gemäß anstreben. Und somit hat der energische Bodenreformer aus früherer Zeit, Flürscheim, nicht Unrecht, als er die Tätigkeit der jungen realpolitischen Gruppe einmal dahin kritisierte: „Die Sonne wollen wir der Welt bieten und da sie nicht schnell genug aufgeht, so zünden wir eine Talgkerze an" —.

V. Vorlesung.

Der Anarchismus.

I. Die Theorie des Anarchismus.

„Warum mir aber in neuester Zeit
Anarchie gar so wohl gefällt?
Ein jeder lebt nach seinem Sinn
Das ist nun also auch mein Gewinn,
Ich lasse einem jeden sein Bestreben,
Um auch nach meinem Sinn zu leben.“

In diesen Versen hat Goethe das Wesen des Anarchismus in knapper Form treffend charakterisiert.

Der Anarchismus stellt das System der größten menschlichen Freiheit dar. Zweierlei weitverbreitete Irrtümer über das Wesen des Anarchismus müssen von vornherein richtig gestellt werden. — Oft wird der Anarchismus verquickt mit den anarchistischen Verbrechertaten, die in neuerer Zeit so häufig das allgemeine Interesse auf sich gelenkt haben und man meint, der Anarchismus stelle nur eine verbrecherische Sekte dar, der aber jedes soziale oder politische Programm fehle. Dies ist durchaus nicht zutreffend. Wir müssen das sozialphilosophische System des Anarchismus von der anarchistischen Propaganda der Tat wohl unterscheiden. Nur diese anarchistische Propaganda der Tat hat es mit den verbrecherischen Anschlägen zu tun, von denen ich eben gesprochen habe, während die anarchistische Sozialtheorie eine sozialphilosophische Richtung ist. Die berühmtesten Vertreter der anarchistischen Theorien sind, wie wir später noch sehen werden, Anhänger einer friedlichen Sozialreform gewesen.

Der zweite Irrtum ist, daß der Anarchismus nichts anderes sei, als der ins äußerste Extrem getriebene Sozialismus. Sehr weit verbreitet ist die Meinung, die Anarchisten hätten dieselben Ziele wie die Sozialisten, sie stellten nur den radikalen Flügel dar; sie wollten auf gewaltsamem Wege das erreichen, was die Sozialisten auf dem Wege allmählicher politischer Betätigung erreichen wollten. Diese Auffassung ist vollkommen irrig. Anarchismus und Sozialismus sind toto coelo verschieden, sie sind die denkbar größten Gegensätze.

Ich will in dieser ersten Vorlesung über Anarchismus mich darauf beschränken, das Wesen des Anarchismus im allgemeinen und die wichtigsten sozialphilosophischen Systeme des Anarchismus darzulegen. In der nächsten

Vorlesung will ich die anarchistische Propaganda der Tat schildern und eine kurze Kritik der anarchistischen Theorie geben.

Der Anarchismus ist das System des extremen politischen und wirtschaftlichen Liberalismus.

Es ist die Lehre, daß nur aus der völligen Freiheit der Volksgenossen ein harmonisches Zusammenwirken sich ergebe. Diese Theorie steht also in direktem Gegensatze zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie die — wie ich Ihnen gezeigt habe — eine sehr straffe Bindung der einzelnen Individuen und eine viel schärfere Zwangsorganisation als die bestehende Rechtsordnung fordert. Während die sozialistische Gesellschaft die Freiheitssphäre des einzelnen aufs äußerste einschränkt, ist hier der individuellen Freiheit der denkbar größte Spielraum gegeben. Der Anarchismus ist die ins Extrem getriebene Manchesterlehre: diese will dem Staate eine möglichst geringe Einwirkung auf das wirtschaftliche Leben zugestehen. Der Staat soll im wesentlichen den Schutz der Bürger nach außen und innen garantieren. Der Anarchismus geht noch einen Schritt weiter und hält auch diese staatliche Fürsorge für überflüssig. Auch hierfür könne der einzelne selbst Sorge tragen; besondere öffentliche Einrichtungen zum Schutze der Bürger seien nicht nötig. Und wenn — wie Rousseau berichtet — in Genua am Eingang der Gefängnisse und auf den Fesseln der Galeerensklaven das Wort „libertas“ steht, um anzudeuten, daß die Übeltäter aus allen Ständen die einzigen wären, die den Bürger hindern könnten, frei zu sein, so soll, nach der Meinung der Anarchisten, die Gesellschaft sich sogar ohne Strafgesetze, nämlich durch Selbsthilfe der Betroffenen, auch der Verbrecher, erwehren können. Darin sind alle Anarchisten einig, daß sie keinen rechtlichen Zwang haben wollen. Aber, so werden Sie fragen, wie kann jeder tun, was ihm beliebt, da doch so häufig die Menschen einander nötig haben? Die Menschen müssen doch voneinander kaufen, pachten, mieten usw. Sie wollen Schulen, Straßen, Eisenbahnen gemeinsam bauen, sie wollen heiraten usw. In allen diesen Fällen treten Menschen in Beziehungen zueinander. Wie anders als durch Rechtssatzungen sollen diese Beziehungen festgelegt werden? Gewiß, antworten die Anarchisten, treten die Menschen vielfach in Beziehungen miteinander und brauchen für vielerlei Dinge gemeinschaftliches Handeln, aber wo und wann dieses geschieht, soll es nur auf dem Wege freiwilliger Vereinigung und stets kündbarer Verträge geschehen. Die Menschen sollen also, wenn sie gemeinsame Ziele und Zwecke verfolgen, sich zu Vereinen verbinden, aber der Austritt soll jedem jederzeit freistehen und kein rechtlicher Zwang bindet die Menschen an die Vereine. Wollen sie also kaufen, verkaufen, pachten, vermieten, so soll dieses alles durch freiwilliges, persönliches Übereinkommen geschehen, an das sie sich durch gegenseitiges Versprechen gebunden halten. Wollen sie zu einem Konsumverein oder zu einer Produktivgenossenschaft zusammentreten, so können sie dieses, aber die Genossenschaft hat nicht das Eigentum an den Mitteln der Gemeinschaft, sondern jedem einzelnen steht das völlig freie Verfügungsrecht über seinen Anteil zu. Will eine Gemeinde eine Straße, Brücke oder Schule bauen, oder wollen mehrere Gemeinden eine Eisenbahn einrichten, so mögen sie

sich zu derartigen gemeinschaftlichen Einrichtungen durch vertragsmäßige Vereinbarungen einigen, aber es soll kein staatlicher oder gesellschaftlicher Zwang vorhanden sein, der sie verpflichtet, an derartigen Einrichtungen teilzunehmen. Wollen zwei Leute eine Ehe eingehen, so bilden sie zusammen eine familiäre Gruppe; sie vereinbaren gegenseitig ihre Rechte und Pflichten, aber irgendwelche rechtliche Garantien und Privilegien, die ihnen aufgezwungen werden, soll es nicht mehr geben.

Wenn ich bei meiner Darstellung des Anarchismus bisher die politischen Ziele dieser Richtung in den Vordergrund gestellt habe und nicht das wirtschaftliche Programm, so geschah dies deshalb, weil das Wesen des Anarchismus in der staatsrechtlichen Theorie liegt, daß die geeignetste Form menschlichen Gemeinschaftslebens das absolute zwanglose Zusammenleben sei. Die wirtschaftlichen Reformpläne sind bei den einzelnen Anarchisten sehr verschiedenartige.

Das, was der Anarchismus anstrebt, läßt sich so charakterisieren: sie wollen, daß das menschliche Gesellschaftsleben sich auflösen solle in freie Vereinigungen zwanglos untereinander verbündeter Gruppen. Wie diese zwanglosen menschlichen Vereinigungen sich zu der Frage des Privateigentums stellen, dies läßt sich einheitlich nicht beantworten. Nur so viel sei bemerkt, daß die Mehrzahl der Anarchisten, und zwar gerade die konsequentesten von ihnen, ebenso entschiedene Anhänger des Privateigentums sind, wie die Sozialisten demselben gegnerisch gegenüberstehen. Das Privateigentum soll nur von gewissen Ungerechtigkeiten, mit denen es heute noch behaftet sei, befreit werden. Dann aber soll es in noch viel weitergehendem Maße als in der heutigen Gesellschaftsordnung die Grundlage der wirtschaftlichen Rechtsordnung bilden. Dies ist im Wesen des Anarchismus begründet. Eine Theorie, welche dem einzelnen Menschen die größte Ausdehnung seiner Freiheitssphäre gewähren will, muß auch den Individuen durch das Privateigentum die Möglichkeit geben, diese Freiheit zu betätigen.

Wir werden allerdings später eine Richtung des Anarchismus kennen lernen, den sogenannten kommunistischen Anarchismus, der eine gewisse Gütergemeinschaft fordert. Aber abgesehen davon, daß in dieser Richtung des kommunistischen Anarchismus zweifellos etwas Widerspruchsvolles, Inkonsequentes liegt, ist zu beachten, daß diese Gütergemeinschaft nur durchgeführt werden soll innerhalb kleiner lokaler autonomer Menschengruppen, die im übrigen selbständig und frei handeln dürfen. Im Gegensatz zu dem Kommunismus, den wir bisher betrachtet haben, der die möglichst große Zentralisation anstrebt, dem als Ziel vorschwebt, daß immer größere Menschenverbände nach dem System der Zentralisation in Gütergemeinschaft leben sollen, wünscht der kommunistische Anarchismus die größte Dezentralisation. Hier soll also das kommunistische Prinzip nur für kleine autonome Menschengruppen durchgeführt werden.

So sehr auch die Ziele des Anarchismus und Sozialismus auseinandergehen, so ist er doch aus derselben naturrechtlichen Wurzel hervorgegangen, wie ein großer Teil der sozialistischen Theorien. Wie der ethische Sozialismus eine Folgerung aus bestimmten naturrechtlichen Sätzen war,

so ist dies auch mit dem Anarchismus der Fall. Aus der Lehre von den angeborenen gleichen Menschenrechten hatte der Sozialismus und Kommunismus das Recht auf gleichen Besitz abgeleitet. Der Anarchismus bildete die Lehre von den angeborenen Menschenrechten fort zu der Lehre von dem angeborenen Rechte jedes einzelnen auf volle persönliche Freiheit.

Die anarchistische individualistische Sozialphilosophie weist drei berühmte Vertreter auf: den Engländer William Godwin, den Franzosen Pierre Joseph Proudhon und den Deutschen Max Stirner. — Der erste Begründer des theoretischen Anarchismus ist der Engländer William Godwin. Geboren 1756 als Sohn eines Geistlichen der Dissidentenkirche einer kleinen englischen Provinzstadt, ist Godwin bekannt durch seine Ehe mit der berühmten Vorkämpferin der Frauenbewegung in England, Mary Wollstonecraft. Über das Leben dieser beiden und ihre sozialphilosophische Bedeutung hat uns Helene Simon in einem fesselnd geschriebenen kleinen Werke unterrichtet. — In seinem 1793 erschienenen Hauptwerk: „Enquiry concerning political justice and its influence on morals and happiness" hat Godwin die Grundzüge seiner anarchistischen Theorie dargelegt. Dieses Werk hat literarhistorisch eine gewisse Berühmtheit dadurch erlangt, daß eine Stelle daraus Malthus zur Abfassung seines Werkes über die Bevölkerung veranlaßte. Godwin behauptet dort, daß bei vernünftiger Gesellschaftsordnung der Vermehrung des Menschengeschlechts gar keine Grenzen gesetzt seien. „Die heutige Gesellschaftsordnung erdrosselt die Kinder in der Wiege" sagt er an einer Stelle und an einer anderen: „Myriaden von Jahrhunderten mit stetig wachsender Bevölkerung können noch darüber hingehen, und die Erde wird noch immer imstande sein, ihre Menschen zu ernähren".

Man merkt diesem Werke an, wie sehr es unter dem Einflusse der französischen Revolution geschrieben ist. Zweifellos war Godwin in stärkstem Maße durch Rousseau, Helvetius und überhaupt durch die französische Aufklärungsphilosophie beeinflußt, aber nicht minder durch englische Philosophen wie Locke, Hume, A. Smith, Bentham u. a. m.

Godwin will in seinem Werke untersuchen, welche Form der politischen Gemeinschaft am geeignetsten sei, die allgemeine Wohlfahrt zu verbürgen. Er sucht die Frage zu beantworten: Wie kann die individuelle und unabhängige Tätigkeit jedes einzelnen im gesellschaftlichen Leben am besten geschützt werden? Wie kann die Sicherheit, die jedermann hinsichtlich des Schutzes seines Lebens und des Gebrauchs seiner Fähigkeiten bedarf, am sichersten vor Eingriffen bewahrt werden? Wie kann man am meisten dazu beitragen, die Menschen glücklich zu machen?

Vor allem, meint Godwin, dürfe nicht vergessen werden, daß die Regierung als solche, abstrakt genommen, ein Übel sei, ein Eingriff in die private Urteilskraft und das individuelle Bewußtsein der Menschheit, und daß, wenn wir auch genötigt seien, sie als ein notwendiges Übel für die gegenwärtige Zeit noch beizubehalten wir als Freunde der Vernunft und der Menschlichkeit nur so wenig als möglich davon zulassen dürfen und

immer danach trachten müssen, das Wenige davon noch mehr zu vermindern. Jede Regierung entspreche bis zu einem gewissen Grade dem, was die Griechen eine Tyrannei nannten. Wie der ökonomische Liberalismus mit den Beschränkungen wirtschaftlicher Freiheit aufgeräumt habe, so müsse auch die Beschränkung aller politischen Freiheiten beseitigt werden: „Heute weiß man, daß der Handel am besten blüht, wo er von der Aufsicht der Gesetzgebung befreit ist. Nichts kommt der Unvernunft und der Aussichtslosigkeit des Versuchs gleich, die unabänderlichen Gesetze des Weltalls durch positive Vorschriften ersetzen zu wollen."

Die Regierung kann nach Godwin nur zwei Zwecke haben, einmal die Unterdrückung der Ungerechtigkeit innerhalb des Gemeinwesens und zweitens die gemeinsame Verteidigung gegen den Einfall von außen. Dazu sei aber keine Regierungsgewalt nötig. Für den ersten Zweck genüge eine Assoziation, welche eine Jury einsetzen könne, die über Beleidigungen gegen Mitglieder des Gemeinwesens und über die Eigentumsstreitigkeiten zu entscheiden hätte. Kleine Gemeinden, die Kirchspiele, seien hinreichend, um diese Justiz selbständig auszuüben; da aber einer, der sich vergangen habe, sich leicht der Jurisdiktion seines Kirchspiels entziehen könne, sei es nötig, daß die Gemeinden untereinander sich über die Verurteilung oder Auslieferung solcher Verbrecher verständigten.

Die Verbrecher sollten so gestraft werden, daß die Jury die Verbrecher auffordere (invite), sich ihr verbrecherisches Leben abzugewöhnen; wenn der Verbrecher dieser Aufforderung nicht nachkomme, werde er viel schwerer unter der allgemeinen Mißbilligung zu leiden haben, als ihn die ihm auferlegte Strafe bedrücken würde. Die Kirchspiele brauchten auch keine geschriebenen Gesetze, sondern könnten die Justiz von Fall zu Fall ausüben.

Die allgemeine Gerechtigkeit und das gegenseitige Interesse könnten die Menschen viel besser miteinander verbinden als Siegel und Unterschriften von Amtsrichtern. Eine aufgeklärte Politik müsse also autonome Gemeinden anstreben: groß genug für die Einsetzung einer Jury zur Rechtssprechung bei Verfehlungen der Mitglieder und zur Entscheidung über Eigentumsfragen. Diese Jury sei die einzige ständige öffentliche Einrichtung. Daneben sei eine Art Nationalversammlung, die nur im Bedarfsfalle tagen soll, vorzusehen: eine von den einzelnen Gemeinden zu delegierende Körperschaft zur Beilegung etwaiger Grenzstreitigkeiten und zur Leitung der gemeinsamen Landesverteidigung.

Godwin erklärte, daß die Anarchie nicht ein Zustand der Unordnung sein solle, sondern der Zustand gegenseitiger Nachsicht (mutual forbearance). Die anarchistische Doktrin ist bei Godwin die Konsequenz des individualistischen Prinzips. Der Mensch, erklärt Godwin, ist eine Art Wesen, dessen Vortrefflichkeit allein von seiner Individualität abhängt und das weder weise noch groß sein kann, außer wenn es unabhängig ist; die Regierung sei in allen Fällen ein Übel. Das Endziel müsse auch über die autonomen Gemeinden noch hinausgehen und laute: Auflösung der Gesellschaft in selbstherrliche Einzelwesen: „Wenn die Juries nicht mehr entscheiden, sondern nur noch Aufforde-

rungen erlassen, wenn der Zwang allmählich schwindet und man allein der Vernunft vertraut, werden wir nicht eines Tages finden, daß Juries und alle anderen öffentlichen Einrichtungen unnötig sind?"

„Mit welchem Vergnügen", ruft Godwin aus, „muß jeder wohlunterrichtete Freund vorwärts blicken auf die glückliche Periode der Auflösung jeder politischen Herrschaft, dieser unvernünftigen Maschine, welche die einzige, immerwährende Ursache der Laster der Menschheit gewesen ist."

Die Eigentumsfrage hängt nach Godwin eng mit der Frage nach der Regierungsform zusammen; die Periode, welche dem System des Zwangs und der Bestrafung ein Ende mache, werde auch das Eigentum auf gerechter Grundlage (equitable basis) errichten.

Godwin nennt das Eigentum ein Patent, auf Grund dessen das Eigentum von der Arbeit anderer lebe. „Es ist eine schwere Täuschung, der sich die Menschen hingeben, wenn sie von Eigentum sprechen, das ihnen von ihren Ahnen vermacht sei. Das Eigentum wird produziert durch die tägliche Arbeit derer, die jetzt leben. Alles, was ihre Ahnen ihnen vermacht haben, war ein schimmeliges Patent, welches sie vorzeigen als ein Anrecht, von ihren Mitmenschen zu erpressen, was die Arbeit dieser Mitmenschen hervorgebracht hat."

Godwin will das Eigentum und die individualistische Wirtschaftsweise nicht abschaffen: „ohne jedermann bis zu einem beträchtlichen Grade die Ausübung seiner eigenen Willkür zu gestatten, kann keine Unabhängigkeit, kein Fortschritt, keine Tugend und kein Glück sein. Das Eigentum ist das Palladium all dessen, was uns teuer sein soll."

Er erhofft die soziale Reform von einer Umgestaltung des Menschengeschlechts in moralischer Hinsicht: Gegner alles revolutionären, ja nur sozialpolitischen Handelns, erwartet er alles von dem Siege der Gerechtigkeitsidee. Aufgabe des wahren Politikers sei es, die Menschen allmählich davon zu entwöhnen, das Eigeninteresse bei ihrem Tun zu erwägen, und sie dahin zu bringen, sich des Vorteils anderer zu erfreuen.

Er hofft, die Menschen würden es einmal als eine Ungerechtigkeit empfinden, reich zu sein, wenn andere darben und freiwillig auf ihren Reichtum verzichten: sobald jemand eine Sache besäße, von der er glaube, daß sie in den Händen anderer mehr Nutzen stiften könne, solle er freiwillig diese Sache an den andern abtreten.

Godwins Werk stellt die erste wissenschaftliche Begründung der anarchistischen Theorie dar; es hat aber in keiner Weise auf die anarchistische Ideenrichtung eingewirkt. Zwar wurde es zur Zeit seines Erscheinens viel gelesen, erlebte auch mehrere Auflagen, hatte aber keinen nachhaltigen Erfolg und wurde bald vergessen. Beachtung fand es überhaupt nur als Manifest des ultraradikalen politischen Liberalismus. Die extremen Liberalen haben gerne daraus geschöpft, aber für die Entwicklung der anarchistischen Gedankenwelt hat es nie eine Rolle gespielt.

Der eigentliche Begründer des Anarchismus in dem Sinne, daß eine nachhaltige anarchistische Bewegung entstand, ist P. J. Proudhon. Er

hat zuerst die anarchistische Theorie eingehend begründet und gleichzeitig für seine Theorien eine lebhafte Agitation entfaltet und dadurch einen großen Einfluß auf die soziale Bewegung hervorgerufen.

Proudhon (1809—1865), der Sohn armer Bauern, der sich bis zu seinem 22. Lebensjahre seinen Unterhalt als Setzer verdienen mußte, hatte es durch rastlosen Fleiß dahin gebracht, daß ihm trotz höchst mangelhafter Schulbildung von der Akademie zu Besancon ein Stipendium und ein Preis für eine Arbeit über die Sonntagsruhe gegeben wurde. Als dieselbe Akademie eine Preisarbeit „über die Folgen der gleichen Erbteilung unter den Kindern" stellte, beteiligte er sich daran mit einer Schrift, die viel Aufsehen erregte.

Sie führte den Titel „Ou'est-ce-que la propriété?" (1840) und gab auf diese Frage die berühmte Antwort: „La propriété, c'est le vol." Auf Grund dieses Ausspruches wird Proudhon oft für einen Kommunisten gehalten, für einen Gegner des Privateigentums. Bei näherem Eindringen in sein Buch ergibt sich das gerade Gegenteil, nämlich, daß Proudhon ein energischer Anhänger des Privateigentums ist, daß er aber alle Menschen zu Privateigentümern machen möchte, und die individuelle Freiheit der Menschen so hoch hält, daß er die Herrschaftslosigkeit, d. h. die Anarchie predigt.

Die Anarchie ergibt sich für Proudhon als Folgerung aus seinem Gerechtigkeitsideal. Wie Stahl seine Geschichte der Rechts-Philosophie mit den Worten beginnt: „Rechts-Philosophie ist die Wissenschaft des Gerechten"; so konnte auch Proudhon die Grundidee seiner Sozialphilosophie in den Begriff der sozialen Gerechtigkeit zusammenfassen. Nur mit dem Unterschied, daß bei dem deutschen Rechtsphilosophen die Gerechtigkeit ein göttliches Gebot ist, während sie bei Proudhon rein menschlichen Wesens ist.

Auf Proudhons sozialphilosophische Ideen war sein emsiges Studium der französischen, englischen und deutschen philosophischen Literatur von großem Einfluß gewesen. Von den Franzosen haben besonders Voltaire, Diderot, Volney, D'Alembert, von den Engländern Shaftesbury, Hutcheson, Butler und von den Deutschen Kant, Hegel und Feuerbach auf ihn eingewirkt. Keinem der genannten Philosophen schloß er sich rückhaltlos an; allem Dogmatischen abhold, ging er seine eigenen Wege und sein unruhiger Geist vertrug es nicht, ein bestimmtes Lehrsystem anzunehmen.

Wenn Proudhon als wichtigste Reform der Gesellschaft die anarchistische Verfassung vorschlug, so erhebt sich die Frage: Wie soll eine solche rein politische Reform zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Volkes führen? Wenn an Stelle der Rechtsordnung der lose Zusammenhang menschlicher Vereinigungen tritt, wie soll dadurch die Lebenslage der großen Masse des Volkes in wirtschaftlicher Hinsicht eine Besserung erfahren? Darauf ist folgendes zu antworten: Diese politische Reform sollte nur im Zusammenhange mit einer tiefgreifenden sozialen Reform in die Erscheinung treten. Erst wenn zwei Despoten des sozialen Lebens, nämlich Geld und Zins, gestürzt seien,

könne auch die politische Despotie beseitigt werden. Proudhon ist nicht wie Godwin des naiven Glaubens, daß durch freiwillige Opfer seitens der Eigentümer das Privateigentum von seinen Härten befreit werden könnte.

Er war der Meinung, daß die Ursache aller sozialen Not nicht aus der Sphäre der Produktion der Güter stamme, sondern aus der Sphäre der Zirkulation der Güter. Zwei Einrichtungen des privatkapitalistischen Systems seien es, durch welche die große Majorität der Menschheit wirtschaftlich geknechtet würde und in steter Not und Abhängigkeit leben müsse, nämlich das gemünzte Geld und der Zins des Leihkapitals.

Durch die Einführung des Geldes habe man der arbeitenden Menschheit eine lästige Fessel aufgebürdet. Sobald Geld allein als Tauschmittel in Betracht komme, müsse jeder Handwerker und Gewerbetreibende, der auch noch so fleißig seine Arbeit verrichtet habe, warten, bis er jemand fände, der das nötige bare Geld habe. Viel einfacher, besser und leichter wäre es, wenn alle Güter Tauschmittel wären, wenn alle Güter untereinander nicht gegen den künstlichen Geldwert, sondern gegen den natürlichen Wert, der in ihnen selbst steckt und der in der Arbeit bestehe, welche es gekostet hat, die Güter herzustellen, ausgetauscht würden. Alle Güter wären dann Tauschmittel, und das Privileg des Geldes wäre beseitigt.

Eine zweite harte Bedrückung sei der Zins des Leihkapitals. Viele fleißige Leute, die irgend etwas unternehmen wollten, kämen nicht dazu, weil ihnen das Kapital fehle, und um Kapital zu erlangen, müßten sie einen harten, drückenden Tribut in Form des Zinses an den Kapitalisten zahlen.

Gelänge es, meint Proudhon, diese beiden wirtschaftlichen Despoten zu beseitigen, so könne im übrigen die freie privatwirtschaftliche Produktionsweise bestehen bleiben; das Privateigentum wäre dann gereinigt; es könnte von allen seinen Ungerechtigkeiten befreit, die richtige allgemeine Basis des sozialen Systems werden.

Proudhon hatte den Plan gefaßt, in einer sogenannten Tauschbank diese beiden Ziele: Beseitigung des Geldes und des Zinses durchzuführen. Die Tauschbank sollte jedem Produzenten, der sein Produkt gegen Tauschbons eintauschen wollte, offenstehen; z. B. ein Schuster liefert Stiefel und erhält dafür einen Tauschbon im Betrage des Preises der Stiefel. Für diesen Tauschbon kann er in der Bank irgendwelchen andern Gegenstand zu demselben Preise erhalten. Bei der Festsetzung der Preise sollten die Produzenten gegenseitig die auf die Waren verwendete Arbeitszeit und die Auslagen berechnen, aber auf Gewinn verzichten. Die Preise sollten durch Taxatoren der Bank kontrolliert werden. Es war Proudhons Hoffnung, daß die Tauschbank allmählich immer mehr Mitglieder gewinnen werde, so daß schließlich alle Produzenten und Konsumenten ihr angehören müßten; dann sollte das Geld überflüssig sein, alle Umsätze müßten mit Tauschbons vorgenommen werden. Der lästige und drückende Profit des Zwischenhandels würde dann ebenfalls fortfallen. — Durch diese Tauschbank sollte auch die Unentgeltlichkeit des Kredits erreicht werden. Die Kunden der Bank sollten sich untereinander unentgeltlich Kredit gewähren. Auf diese Weise würde der Kapitalzins verschwinden. — Da alle

Mitglieder der Bank miteinander durch gegenseitige Dienste verbunden sein sollten, so kann man Proudhons System auch mit dem Namen Mutualismus bezeichnen. — Auf diese Weise wäre jedem Produzenten ein Recht auf Absatz seiner Produkte und ein Recht auf Kredit garantiert; von der Tyrannei des Geldes und des Kapitals befreit, sei dann der Zeitpunkt für die Menschheit gekommen, sich auch von der Tyrannei aller Regierungsformen und aller Gesetze zu entledigen.

Die Grundidee des Proudhon'schen Anarchismus, die er in seinen beiden Werken: „Les confessions d'un révolutionnaire" (1849) und „Idée générale de la révolution au XIX' siècle" (1851) niedergelegt hat, ist folgende: Das ganze Regierungssystem sei nur dazu da, um die Vorrechte der besitzenden Klassen gegenüber den Besitzlosen aufrecht zu erhalten. Mit dem Augenblick, wo die von ihm vorgeschlagenen wirtschaftlichen Reformen, namentlich die Unentgeltlichkeit des Kredits, durchgeführt seien, sei auch die Autorität überflüssig; dann könne jeder selbst herrschen und sich selbst Gesetze geben. Nicht Unordnung soll Proudhons Anarchie bedeuten, sondern die größte Ordnung und Harmonie aller. An Stelle der Gesetze sollten Verträge treten, die von den Mitgliedern der einzelnen wirtschaftlichen Gruppen, Vereine, Gesellschaften, Korporationen, Assoziationen untereinander auf Grundlage des freien Austausches der Produkte und des unentgeltlichen Kredits geschlossen werden. Diese wirtschaftlichen Gruppen sollten auch ihre eigene Polizei haben und die Verwaltung ihrer Angelegenheiten selbst übernehmen. Mit einem Worte: Jeder sei Selbstherrscher, sobald an Stelle der politischen Gewalten die ökonomischen Kräfte träten.

Die Zwangsrechtsordnung sollte durch vertragsmäßige Bindung ersetzt werden: „Man muß mit einem Wort alles, was Zeitiges in der Regierung der Gesellschaft besteht, unterdrücken und das Gebäude neu aufbauen auf der menschlichen Idee des Vertrages. In der Tat, wenn ich wegen eines Gegenstandes den Vertrag, den ich mit einigen machte, mit allen machen könnte, wenn ihn alle untereinander erneuern könnten, wenn jede Gruppe von Bürgern, Gemeinden, Departements, Korporationen, Gesellschaften usw. durch einen gleichen Vertrag gebildet und als eine moralische Person betrachtet würden, so könnte sie mit jeder der andern Gruppen und mit allen verhandeln. Es wäre gerade, als ob mein Wille sich bis ins Unendliche wiederholte. Der Vertrag an Stelle der Herrschaft der Gesetze würde die wahre Regierung des Bürgers und des Menschen begründen, die wahre Souveränität des Volkes, die wahre Revolution."

In voller Konsequenz seiner anarchistischen Doktrin geht Proudhon so weit, die staatliche Justiz- und Strafgewalt als überflüssig zu erklären: „Alle Regierungshandlungen sind dann überflüssig. Der Kultus von Staatswegen ist unnütz; wer Bedürfnis nach religiöser Erbauung hat, soll sich seine Priester selbst bezahlen. Ebenso soll es sich mit der Justiz verhalten. Die Gesellschaft soll sich verteidigen, wenn sie angegriffen wird, das ist ihr Recht, sie soll sich rächen, das kann in ihrem Interesse liegen; aber daß sie urteilt und nach dem Urteil straft, das Recht bestreite ich ihr und ihrer Autorität. Der Mensch allein hat das Recht, über sich zu urteilen,

und wenn er sich schuldig fühlt, wenn er glaubt, daß eine Buße ihm gut sei, kann er eine Strafe verlangen. Die Gerechtigkeit ist ein Akt des Gewissens, wesentlich freiwillig; das Gewissen kann aber nur verurteilt, bestraft oder freigesprochen werden durch sich selbst, alles übrige ist Autoritätsherrschaft, ist Mißbrauch der Gewalt. Ich verstehe, daß Leute, die einen Diebstahl, Mord usw. begingen, da sie im Kriege mit der Gesellschaft sind, aufgefordert und gezwungen werden, den Schaden, den sie angerichtet haben, wieder gut zu machen und die Kosten, die sie verursacht haben, zu tragen. Aber daß man außerdem diese Individuen gefangen setzt, Geist und Körper peinigt, sie sogar guillotiniert, nochmals, ich bestreite, daß die Gesellschaft zu solcher Handlung berechtigt ist. Die vollkommene und sofortige Abschaffung der Gerichtshöfe und Tribunale ist eine der ersten Forderungen der Revolution; ebenso muß die Polizei und Verwaltung verschwinden und jeder Haushalt, jede Werkstätte, jede Korporation, jede Kommune sollte ihre eigene Polizei haben und ihre Angelegenheiten selbst verwalten. An Stelle einer Million Gesetze genügt eines und das lautet: „„Tue andern nichts, was du nicht willst, das man dir tue und tue andern, was du willst, das man dir tue““.

Proudhon hat an seiner anarchistischen Lehre nicht festgehalten. In seinem 1863 erschienenen Werke: „Du principe féderatif“ erklärt er, daß die Anarchie nur ein Ideal sei, aber nie verwirklicht werden könne, daß vielmehr die richtige Regierungsform die des Föderalismus sei, das heißt eine möglichst dezentralisierte Regierung. Die politische Organisation soll in der Bildung möglichst vieler kleiner Gruppen mit weitgehender Selbstverwaltung bestehen.

Gerade in Proudhons Lehren und seiner politischen Wirksamkeit ist der antisozialistische Charakter des Anarchismus besonders deutlich erkennbar. Proudhon trat hauptsächlich zur Zeit der Februarrevolution in der Öffentlichkeit hervor und er betrachtete es als seine Hauptaufgabe, die proletarisch-sozialistischen Tendenzen zugunsten seiner freiheitlichen Forderungen zu bekämpfen. In jener Zeit, wo alle möglichen sozialistischen und kommunistischen Parteien und Vereine wie die Pilze aus der Erde schossen, damals, als die provisorische Regierung, zu deren Mitgliedern vier entschiedene Sozialisten gehörten, diesen Ideen in weitgehendstem Maße Rechnung trug, entfaltete Proudhon eine rastlose Tätigkeit zur Bekämpfung der sozialistischen und kommunistischen Theorien. Nichts ist so charakteristisch für den Zusammenhang zwischen dem Anarchismus und dem Manchestertum, als daß Proudhon in seinem Briefwechsel über Kapital und Zins mit Bastiat, dem Führer der französischen Freihandelsbewegung, diesen immer wieder seiner Hochachtung und Zuneigung versicherte.

„Freiheit!“ schreibt Proudhon in einem Briefe an Bastiat, „dies ist das erste und letzte Wort der Sozialphilosophie. Es ist seltsam, daß wir, nach so vielen Schwankungen und Rückschritten auf der gefährlichen und verwickelten Bahn der Revolution, schließlich entdeckten, daß das Heilmittel für so viel Elend, die Lösung so vieler Probleme darin besteht, der Freiheit eine freiere Bewegung zu verschaffen und die Schran-

ken fallen zu lassen, welche die Autorität des Staates und des Eigentums gegen sie erhoben hat."

Wie Godwin war auch Proudhon Gegner eines revolutionären Vorgehens zum Zweck der Durchführung der anarchistischen Ideen. Er meinte vermittels seiner dargelegten ökonomischen Reformen und durch die Aufklärung des Volkes auf friedlichem Wege am besten zu seinem Ziele gelangen zu können. Der Ausbruch der Februarrevolution kam ihm höchst unerwünscht, da er ihn an der Durchführung seiner Reformpläne hinderte und ihm überhaupt der Gedanke revolutionären Vorgehens verfehlt erschien. In einem Artikel seiner Zeitung „Peuple" setzte er einmal der Bergpartei gegenüber seine Auffassung der Revolution auseinander: „Das Proletariat muß sich mit ängstlicher Gewissenhaftigkeit jedes mittelbaren oder unmittelbaren politischen, fiskalischen oder sonstigen Angriffes auf das Kapital und das Eigentum enthalten, weil ein solcher Angriff — mit welchem Namen man ihn auch verschleiern möge — nur eine Art und Weise, das Übergewicht des Kapitals anzuerkennen, also ein Widerspruch, wäre; nur dadurch kann die Arbeit über das Kapital triumphieren, daß sie sich in und durch sich selbst, durch die Assoziation, durch wechselseitige Garantie, durch selbstbestimmende Organisation ins Werk setzt." Er konnte einst mit Recht ironisch sagen: „J'aurais pu arriver à mon but en dênant tous les jours avec le préfet de police."

In den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts versammelte sich öfters in der Hippelschen Weinstube in Berlin ein Kreis von Männern, die ihrer politischen Gesinnung nach zu der äußersten Linken gehörten und deshalb den Namen „die Freien" erhielten. Zu ihnen gehörten unter andern die beiden Brüder Bauer (Bruno und Edgar Bauer), Dr. Eduard Meyen und einige Führer der Freihandelsbewegung, darunter Julius Faucher und John Prince-Smith. An diesem Kreise nahm auch der grüblerische einsame Denker Caspar Schmidt teil, der 1844 unter dem Namen Max Stirner ein Buch unter dem Titel: „Der Einzige und sein Eigentum" veröffentlichte, worin er eine neue eigenartige theoretische Darlegung des Anarchismus gegeben hat.

Stirner war 1806 als Sohn eines Instrumentenmachers in Bayreuth geboren; er lebte als Mädchenschullehrer in Berlin und starb 1856 im größten Elend und gänzlich verschollen. Stirners Philosophie bezeichnet den äußersten Flügel jener Jung-Hegelianer, die, wie die beiden Brüder Bauer und Ludwig Feuerbach in der Bekämpfung jeder göttlichen und weltlichen Autorität miteinander wetteiferten. Von Feuerbach stark beeinflußt, ging Stirner in seiner Kritik alles herrschenden Autoritätsglaubens noch über diesen hinaus, indem er die Lehre verkündete, daß jede Macht, die über den einzelnen Menschen gesetzt sei, eine Knechtschaft wäre. Wenn Feuerbach sein naturalistisches Glaubensbekenntnis einmal in die bekannte Formel gefaßt hatte: Gott war mein erster Gedanke, die Vernunft mein zweiter, der Mensch mein dritter und

letzter Gedanke, so war auch das für Stirner noch nicht genügend, denn das bedeutete für ihn eine neue Form des Kultus, nämlich den Menschheitskultus. Nicht sollte nach Feuerbachs Idee „der Mensch" „dem Menschen" das höchste Wesen sein, sondern jeder einzelne ganz persönlich für sich sollte das höchste Wesen darstellen. Die Idee der Humanität bringe den Menschen wieder in Abhängigkeit, jede Aufstellung eines Sittengesetzes sei eine lästige Bindung der einzelnen. Nicht das „Ich" als Idee, sondern das „empirische Ich" des einzelnen Individuums müsse die Grundlage und der Ausgangspunkt aller Sozialphilosophie sein. Es solle nur eine Regel für den Menschen geben: „Verwerte Dich".

So war die extreme Denkrichtung der Anhänger der Hegel'schen Linken schließlich bis zu einer reinen Verherrlichung des empirischen Ich angelangt.

Auch das Fichtesche absolute „Ich" will Stirner nicht gelten lassen. Wenn Fichte sagt: das „Ich" ist alles so steht das nicht in Übereinstimmung mit Stirners Idee: „Allein nicht „„das Ich"" ist alles, sondern „„das Ich"" zerstört alles, nur das sich selbst auflösende Ich, das nie seiende Ich, das endliche Ich ist wirklich Ich. Fichte spricht vom „„absoluten"" Ich. Ich aber spreche von Mir, dem vergänglichen Ich". Stirners Werk ist das Hohelied des Egoismus. Niemals ist in so schroffer und radikaler Weise das einzelne Individuum mit seinen Wünschen und Begehrungen zur Grundlage alles Gesellschaftslebens gemacht worden. Der Egoismus, der nach gewöhnlicher bürgerlicher Moral etwas Minderwertiges darstellt, wird hier zur Quelle der größten Wohlfahrt aller. Zum äußeren Zeichen seiner unbedingten Verehrung des Ich schreibt Stirner dieses Wort immer mit großem Anfangsbuchstaben.

Schon in einem Aufsatze über Schulgesetze, den Stirner in seinem Examen pro faculte docendi lieferte, findet sich eine für sein Denken sehr charakteristische Stelle: „Die Universität heißt nur noch in sehr uneigentlichem Sinne Hochschule; statt des Lehrers stellt sich die Wissenschaft selbst dem „Ich" als Aufgabe dar und ihr Gebiet ist die Freiheit." — In der ganzen bisherigen Weltgeschichte habe der Mensch stets unfrei gelebt, er habe immer Autoritäten über sich gehabt; es seien daher die besten menschlichen Eigenschaften unterdrückt worden. Altertum und Christentum hätten keine Anerkennung des Ichs gebracht, denn das Altertum hätte als oberstes moralisches Fundament den Staat und das Rechtsgesetz aufgestellt, und das Christentum hätte uns Gott als unvergängliches ewiges Gesetz gegeben. Jede Form des Staatskultus, — Gotteskultus oder Menschheitskultus — sei aber eine Versündigung an der Idee des Ichs des Egoisten. „Ob, was Ich denke und tue", sagt Stirner, „christlich sei, was kümmerts Mich? — ob es menschlich, liberal, human, ob unmenschlich, illiberal, inhuman, was frag ich danach? Wenn es nur bezweckt, was Ich will, wenn Ich nur Mich darin befriedige, dann belegt es mit Prädikaten wie Ihr wollt, es gilt Mir gleich."

Stirner meint keineswegs, als ob durch alle noch so liberalen Parteien und Einrichtungen, wie Demokratie, Volkssouveränität und wie die sonstigen Postulate des politischen Liberalismus heißen, auch nur das Ge-

ringste gebessert würde, denn auch die sogenannten volksfreundlichen Richtungen stellten immer wieder einen neuen Götzen auf, den der einzelne verehren müsse.

Der politische Liberalismus habe vielleicht ein freies Volk geschaffen, niemals aber freie Einzelne; was früher ablosute Monarchie war, heißt man jetzt Volk oder Nation, immer aber müsse man sich wieder einem größeren Ganzen fügen. Es würde auch bei diesem politischen Liberalismus ein Staatskultus getrieben: „Der Staat soll eine Gemeinschaft von freien und gleichen Menschen sein, und jeder sich dem Wohl des Ganzen widmen, in dem Staat aufgehen, den Staat zu seinen Zwecken ideal machen. Staat! Staat! So lautete der allgemeine Ruf und fortan suchte man die rechte Staatsverfassung, die beste Konstitution, also den Staat in seiner besten Fassung. Der Gedanke des Staates zog in alle Herzen ein und weckte Begeisterung; ihm zu dienen, diesem weltlichen Gott, das war der neue Gottesdienst und Kultus. Die eigentliche politische Epoche war angebrochen. Dem Staate oder der Nation dienen, das wurde höchstes Ideal, Staatsinteresse .... So waren denn die Sonderinteressen und Persönlichkeiten verscheucht und die Aufopferung für den Staat zum Schibboleth geworden. Sich muß man aufgeben und nur dem Staate leben."

Jeder Staat sei aber eine Despotie, seien nun einer oder viele der Despot, oder seien auch, wie in manchen Republiken alle die Herren, denn immer würden doch Gesetze gegeben und durch diese Gesetze die einzelnen wieder unterdrückt.

Noch schärfer als gegen den politischen Liberalismus wendet sich Stirner gegen den Sozialismus und Kommunismus. Hier sei die Unterdrückung des Einzelwillens in ihrer denkbar höchsten Potenz vorhanden: „Im Gegenteil, der Kommunismus drückt Mich durch Aufhebung alles persönlichen Eigentums nur noch mehr in die Abhängigkeit von einem andern, nämlich von der Allgemeinheit oder Gesamtheit, zurück, und so laut er auch immer den Staat angreife, was er beabsichtigt, ist selbst wieder ein Staat, ein Status, ein Meine freie Bewegung hemmender Zustand, eine Oberherrlichkeit über Mich. Gegen den Druck, welchen Ich von den einzelnen Eigentümern erfahre, lehnt sich der Kommunismus mit Recht auf; aber grauenvoller noch ist die Gewalt, die er der Gesamtheit einhändigt."

„Wenn wir das persönliche Eigentum abschaffen, dann hat keiner etwas, dann ist jeder ein Lump: Vor dem höchsten Gebieter, dem alleinigen Befehlshaber waren wir alle gleich geworden, gleiche Personen, das heißt Null; vor dem höchsten Eigentümer werden wir alle gleiche Lumpen. Für jetzt ist noch Einer in der Schätzung des Andern ein „Lump" und „Habenichts", dann aber hört diese Schätzung auf: Wir sind allzumal Lumpen und als Gesamtmasse der kommunistischen Gesellschaft können wir uns Lumpengesindel nennen."

Alles bestehende Recht ist nach Stirner fremdes Recht, nur das sei richtiges Recht, das man sich selbst gibt. Was soll an Stelle des heutigen Rechtzwanges treten? Die Menschheit solle sich auflösen in lauter Vereine von Egoisten. „Darum sind Wir beide, der Staat und Ich, Feinde. Mir, dem Egoisten, liegt das Wohl dieser „„menschlichen Gesellschaft"" nicht am

Herzen, Ich opfere ihr nichts, Ich benutze sie nur; um sie aber vollständig benutzen zu können, wandle Ich sie vielmehr in mein Eigentum und mein Geschöpf, das heißt Ich vernichte sie und bilde an ihrer Stelle den „Verein der Egoisten". Irgendwelche verbindliche Macht üben diese Vereine nicht aus, jeder kann dem Verein angehören, solange er will und kann austreten, wann es ihm paßt.

Wie soll es mit dem Eigentum gehalten werden? Darauf antwortet Stirner: „Mein Eigentum ist alles, was meiner Gewalt gelingt, Mir anzueignen: Zu welchem Eigentum bin Ich berechtigt? Zu jedem, zu welchem Ich Mich ermächtige. Das Eigentumsrecht gebe Ich mir, indem Ich mir Eigentum nehme oder Mir die Macht des Eigentümers, die Vollmacht, die Ermächtigung gebe Worüber man Mir die Gewalt nicht zu entreißen vermag, das bleibt Mein Eigentum. Wohlan, so entscheidet die Gewalt über das Eigentum, und Ich will alles von Meiner Gewalt erwarten."

Selbsthilfe soll überall an Stelle des Strafgesetzes treten: „Allerwärts will man gegenwärtig ein neues Strafgesetz schaffen, ohne sich über die Strafe selbst ein Bedenken zu machen Gerade die Strafe aber muß der Genugtuung den Platz räumen, die wiederum nicht darauf abzielen kann, dem Rechte oder der Gerechtigkeit genugzutun, sondern Uns ein Genüge zu verschaffen. Tut Uns einer etwas, was Wir Uns nicht gefallen lassen wollen, so brechen Wir seine Gewalt und bringen die Unsere zur Geltung: wir befriedigen Uns an ihm und verfallen nicht in die Torheit, das Recht befriedigen zu wollen. Nicht das Heilige soll sich gegen den Menschen wehren, sondern der Mensch gegen den Menschen." Erst in diesem Zustand genieße der Mensch seine volle Menschenwürde; erst dann sei das Ideal menschlichen Gesellschaftslebens erfüllt und mit folgender Verherrlichung des Egoismus schließt Stirner sein Werk: „Eigner bin Ich meiner Gewalt und Ich bin es dann, wenn Ich Mich als Einzigen weiß. Im Einzigen kehrt selbst der Eigner in sein schöpferisches Nichts zurück, aus welchem er geboren wird. Jedes höhere Wesen über Mir, sei es Gott, sei es der Mensch, schwächt das Gefühl meiner Einzigkeit und erbleicht erst vor der Sonne dieses Bewußtseins. Stell' Ich auf Mich, den Einzigen, meine Sache, dann steht sie auf dem Vergänglichen, dem sterblichen Schöpfer seiner, der sich selbst verzehrt, und Ich darf sagen: „Ich hab' Mein' Sach' auf Nichts gestellt."

Durch die Charakterisierung der genannten Autoren habe ich Sie mit den bedeutendsten Vertretern des Anarchismus, soweit es sich um ein sozialphilosophisches System handelt, bekannt gemacht. Zahlreiche Anhänger und Nachfolger haben alle diese Männer nicht gefunden. Immer sind es nur einzelne gewesen, welche die Gedanken dieser Anarchisten weiterzuführen und zu verbreiten gesucht haben. Es wären z. B. zu nennen: Der schwäbische Arzt Mülberger, der Schotte John Henry Mackay und der Amerikaner Josiah Tucker. Mackay, der in seinem Buch „Die Anarchisten" (Zürich 1891) eine gute Darstellung der anarchistischen Ideen gibt, ist ein unbedingter Anhänger Proudhons. Er meint, das Proudhonsche Projekt sei vielleicht das bedeutendste und weit-

tragendste, das jemals einem menschlichen Gehirn entsprossen. In Amerika versammelt der bereits genannte Tucker (Boston) eine Proudhongemeinde um sich. Er hat die wichtigsten Schriften Proudhons übersetzt und ist unermüdlich für die Verbreitung dieser Ideen tätig; auch eine von ihm seit 1881 in New York herausgegebene Zeitung „Liberty" dient der Propaganda für anarchistische Theorien. Der vollständige Titel ist ein Zitat aus Proudhon: „Liberty not the daughter, but the mother of order'" Als Motto trägt sie den Vers:

„For always in thine eyes, o liberty.
Shines that high light, whereby the world is saved
And though thou slay us, we will trust in thee."

Häufig finden wir auch einzelne anarchistische Gedankengänge bei Autoren, die im übrigen keineswegs den Anarchismus vertreten. Gelegentlich finden wir sogar den Versuch, eine religiöse Begründung des Anarchismus zu geben.

Harnack sagt in seinem Werk „Das Wesen des Christentums": „Indem Jesus die Forderung ausspricht, seine Jünger sollten auf ihr Recht verzichten können, hat er nicht alle Verhältnisse seiner Zeit im Auge, noch viel weniger die verwickelteren einer späteren, sondern ihm steht nur ein einziges Verhältnis vor der Seele, die Beziehung jedes Menschen zu dem Reich Gottes. Weil der Mensch alles verkaufen soll, um die köstliche Perle zu kaufen, so soll er auch die irdischen Rechte frei lassen können, so soll alles jenem höchsten Verhältnis untergeordnet werden können. Im Zusammenhang aber mit dieser Verkündigung eröffnet Jesus die Aussicht auf eine Verbindung der Menschen untereinander, die nicht durch eine Rechtsordnung zusammengehalten ist, sondern in welcher die Liebe regiert und in der man den Feind durch Sanftmut überwindet. Es ist ein hohes herrliches Ideal, welches wir hier von der Grundlegung unserer Religion her erhalten haben, ein Ideal, welches unserer geschichtlichen Entwicklung als Ziel und Leitstern vorschweben soll. Ob die Menschheit es je erreichen wird, wer kann es wissen? Aber wir können und sollen uns ihm nähern, und heute fühlen wir bereits — anders als noch vor 200 und 300 Jahren — eine sittliche Verpflichtung in dieser Richtung und die zarter und darum prophetischer unter uns Empfindenden blicken auf das Reich der Liebe und des Friedens nicht mehr wie auf eine bloße Utopie."

Indem hier Harnack die Liebe Gottes der irdischen Rechtspflege gegenüberstellt, will er keineswegs behaupten, daß das Christentum und die Rechtsordnung im Widerspruch miteinander stünden. Er vertritt vielmehr die Auffassung, daß die Lehren Christi mit positiven Rechtssatzungen wohl vereinbar seien, nur dürften die irdischen Rechtssatzungen gegenüber der göttlichen Gerechtigkeit nicht überschätzt werden; auch ergäbe sich aus den Worten Jesu über Recht und Rechtsordnung, daß die Jünger auch unter Umständen auf das Recht verzichten müßten und sich durch Liebe einigen sollten.

Darüber weit hinausgehend findet sich auch eine Auslegung, daß die Rechtsordnung mit dem Wesen der Kirche in einem gewissen Widerspruch

stünde: der Kirchenrechtslehrer Sohm hat für das Gebiet des kirchlichen Lebens das Recht als unvereinbar mit dem Wesen der Kirche bezeichnet. Tolstoi aber nennt das Recht etwas dem Wesen des Christentums absolut Widersprechendes. Er kommt so zu einem religiösen Anarchismus. Während Stirner gerade von seinem antireligiösen Standpunkt zur Verwerfung des Rechts gelangt, meint Tolstoi als wahrer Interpret der christlichen Gedanken eine rechtliche Ordnung verneinen zu müssen. Auch Rénan nennt in seinem Werke „Das Leben Jesu" Jesum einen Anarchisten. „Jesus à quelques égards, est un anarchiste, car il n'a aucune idée du gouvernement civil. Ce gouvernement lui semble purement et simplement un abus."

Bei Tolstoi ist das ganze Fundament seiner Lehre das Christentum. Die Werke, in denen dieser russische Philosoph hauptsächlich seine Staatslehre dargelegt hat, sind: „Worin besteht mein Glaube?" (1884). „Was sollen wir also tun?" (1885). „Das Reich Gottes ist in Euch, oder das Christentum als eine neue Lebensauffassung, nicht als eine mystische Lehre" (1893).

Nach Tolstoi enthält Christi Lehre die allerstrengste und reinste Erfassung der Vernunft, zu welcher der Mensch sich bis heute erhoben habe. Die Liebe müsse statt des Rechts herrschen: vielleicht habe das Recht einmal höheren Sinn und Bedeutung gehabt, jetzt sei diese Zeit aber vorüber, die Sitten seien milder geworden, die Menschen unserer Zeit bekennten die Worte der Menschenliebe, des Mitleids mit dem Nächsten und verlangten nur die Möglichkeit ruhigen, friedlichen Lebens. Der Mensch brauche nur zu begreifen, daß der Zweck seines Lebens die Erfüllung von Gottes Gesetz sei, und dieses Gesetz, welches für ihn alle anderen Gesetze ersetzen müsse, werde allen menschlichen Gesetzen ihre Verbindlichkeit nehmen. Der Christ befreie sich also von jeder Menschengewalt dadurch, daß er für sein Leben und das Leben anderer das göttliche Gesetz der Liebe als einzigen Leitfaden betrachte, welcher in die Seele jedes Menschen gelegt und durch Christum zum Bewußtsein gebracht worden sei. Dem christlichen Gebot widersprächen alle staatlichen Obliegenheiten, der Eid, die Abgaben, das Gericht und das Heer, aber eben auf diesen Verpflichtungen gründe sich die Gewalt des Staates. Das Christentum in seiner wahren Gestalt zerstöre den Staat. Zur Erreichung dieses Ziels, das heißt der anarchistischen Gesellschaftsordnung dürfe aber niemals Gewalt angewendet werden.

Ferner gibt es eine Reihe älterer und neuerer Rechts- und Staatsphilosophen, die öfters zu den Anarchisten gerechnet werden, aber nicht zu ihnen gehören, sondern nur eine gewisse Verwandschaft mit den Ideengängen des Anarchismus aufweisen. Ich nenne Ihnen zunächst Jean Jacques Rousseau, der wiederholt als der erste Vertreter des Anarchismus bezeichnet wurde. Rousseau hat in seinem „contrat social" die schärfste theoretische Begründung der Volkssouveränität gegeben, er ist der bedeutendste Verfechter des politischen Liberalismus, aber nie hat er den Anarchismus vertreten. Er wollte, daß das Recht aus dem Willen aller, der volonté générale hervorgehen solle, aber der auf der Grundlage größter Volksfreiheit herbeigeführte Rechtszustand sollte dann bindend für

alle Volksgenossen sein. Die individualistische Grundstimmung Rousseaus ist also nicht in dem schroffen Sinne des Individualprinzips zu verstehen, daß das Einzelinteresse unbedingt im Vordergrund stehen müsse, daß die Souveränität des Individuums unantastbar sei. In einzelnen Fragen weist Rousseau sogar dem Staate eine sehr große Zwangsgewalt gegenüber dem einzelnen zu, z. B. in der Frage der Kindererziehung oder wenn er dem Staate die Macht zubilligt, die Bürger zu gewissen religiösen Satzungen zu verpflichten.

Eine ähnliche Stellung wie Rousseau nehmen zwei andere Schriftsteller zum Anarchismus ein, die auch in der denkbar größten Autonomie der Individuen das höchste soziale Ideal erblicken, ohne aber die extreme Konsequenz des Anarchismus zu ziehen, Wilhelm von Humboldt und Herbert Spencer.

Humboldt wendet sich in seiner um 1800 ausgearbeiteten Schrift „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen" gegen die „fureur de gouverner". Er hält es für das beste, wenn der Mensch möglichst so handele, wie sein Wille es verlange und wie seine Kräfte es ihm erlauben. Daher ist ihm der Staat nur ein notwendiges Übel. Sie finden bei ihm eine auffallende Verwandtschaft mit den Ideen der Begründer der französischen Freihandelsdoktrin. So wenn er z. B. als Hauptgrundsatz für die Politik aufstellt, „daß die wahre Vernunft dem Menschen keinen anderen Zustand als einen solchen wünschen kann, in welchem nicht nur jeder einzelne die ungebundenste Freiheit genieße, sich aus sich selbst in seiner Eigentümlichkeit zu entwickeln, sondern in welchem auch die physische Natur keine andere Gestalt von Menschenhänden empfängt, als ihr jeder einzelne nach dem Maße seines Bedürfnisses und seiner Neigung, nur beschränkt durch die Grenzen seiner Kraft und seines Rechts selbst und willkürlich gibt." Von diesem Standpunkt ist er z. B. gegen eine vom Staate geordnete und geleitete Erziehung. Aber wie weit Humboldt vom Anarchismus entfernt ist, geht daraus hervor, daß er genaue Regeln gibt für die staatlichen Gesetze, soweit sie für die Sicherheit der Bürger nötig sind, allerdings nur für diese, denn:

„Der Staat enthalte sich aller Sorge für den positiven Wohlstand der Bürger, und gehe keinen Schritt weiter, als zu ihrer Sicherstellung gegen sich selbst und gegen auswärtige Feinde notwendig ist; zu keinem anderen Endzweck beschränke er ihre Freiheit."

Gerade wie für Humboldt das Problem: „wie die mannigfaltigste Individualität, die originellste Selbständigkeit mit der gleichfalls mannigfaltigsten und innigsten Vereinigung mehrerer Menschen zu verbinden sei", nur durch die höchste Freiheit gelöst werden kann, so steht auch im Mittelpunkt der Sozialphilosophie des berühmten englischen Philosophen Herbert Spencer der Gedanke, daß die größtmöglichste Freiheit der Individuen das beste Gedeihen des Volkes garantiere. Während aber Humboldt besonders durch die französische und deutsche Aufklärungsphilosophie angeregt wurde, steht Spencer auf dem Boden der Naturwissenschaft, besonders des Darwinismus, den er für die Sozialwissenschaft fruchtbar zu machen sucht. Er meint, daß unser soziales Leben ein

natürliches sei und daher nach naturwissenschaftlicher Methode erforscht werden müsse.

In seinem Buch „Einleitung in das Studium der Soziologie" erklärt er, daß unser vorhandenes industrielles System ein Produkt der vorhandenen menschlichen Natur sei und nur in dem Maße verbessert zu werden vermöge, als die menschliche Natur sich verbessere. Wenn die menschliche Gesellschaft ein Naturwesen sei, so herrsche auch in ihr dasselbe Gesetz, wie in der Tierwelt, nämlich die Disziplin der Natur oder die natürliche Auslese. Wie bei Darwin für die Tierwelt, so ist bei Spencer für die Menschenwelt die natürliche Auslese wohltätig, indem sie die Unfähigen entfernt, ihre Leiden abkürzt und Vererbung der Unfähigkeit auf Nachkommen, also Vermehrung des Übels hindert. Jede Einmischung in diesen Prozeß durch staatliche Eingriffe zugunsten der Schwächeren habe nicht eine Verminderung, sondern ein Wachstum des Elends zur Folge. Spencer kommt von diesem Standpunkt zu einer Empfehlung der Politik des laisser faire, laisser passer und namentlich in seiner Schrift „The man versus the state" vertritt er den gouvernementalen Nihilismus. Dort sagt er: „Jeder Vorschlag, daß der Staat in die freie Tätigkeit des Bürgers einzugreifen habe, außer so, daß er die Freiheit der Verträge garantiere, ist ein Vorschlag, das Leben dadurch zu verbessern, daß man die Grundbedingungen des Lebens zerstört." Er geht so weit, öffentliche Wohltätigkeit irgendwelcher Art, staatliche Beihilfe zu Arbeiterwohnungen, öffentliche Bibliotheken, öffentliche Museen und den Schulzwang für verderblich zu halten. Trotzdem hat er nie den Rechtszwang überhaupt negiert, sondern dem Rechte nur sehr enge Schranken gesetzt.

Besonders häufig wird Friedrich Nietzsche als Vertreter des Anarchismus bezeichnet. So spricht z. B. Vorländer in seiner „Geschichte der Philosophie" von dem aristokratischen Anarchismus Nietzsches. Mir scheint, daß Nietzsches Philosophie bei der Originalität dieses Schriftstellers überhaupt schwer in eine Schablone gepreßt werden kann. Zuzugeben ist, daß seine Gedankengänge viel Gemeinsames mit dem Anarchismus aufweisen. In negativer Hinsicht seine schroff ablehnende Stellung dem Staate gegenüber, so z. B. wenn er in seinem Werke „Also sprach Zarathustra" sagt:

„Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer . . . Vernichter sind es, die stellen Fallen auf für viele und heißen sie Staat: sie hängen uns Schwert und hundert Begierden über sie hin. Wo es noch Volk gibt, da versteht es den Staat nicht und haßt ihn, haßt ihn als bösen Blick und Sünde an Sitten und Rechten . . . ." In positiver Hinsicht nähert er sich dem Anarchismus durch seine Hervorhebung des Willens des einzelnen zur Macht, der Bedeutung der Individualität des einzelnen Menschen und des Übermenschen. Aber dieses alles stempelt ihn noch nicht zum Anarchisten, denn es fehlt das, was ich Ihnen als das Wesentliche bezeichnet habe, die Forderung eines auf freier Vereinigung der Menschen beruhenden Zusammenlebens. Man darf bei Nietzsche also höchstens von einer Annäherung an gewisse anarchistische Gedanken reden.

Im Gegensatz zu dem bisher geschilderten individualistischen Anarchismus, der das volle freie Privateigentum fordert, stehen die Richtungen des Anarchismus, die das Gemeineigentum in mehr oder minder großem Umfange ausheben: a) der kollektivistische Anarchismus (Bakunin) und b) der kommunistische Anarchismus (Krapotkin).

a) Bakunin (geb. 1814, Hauptwerk „Dieu et l'Etat") ist Vertreter des sogenannten kollektivistischen Anarchismus. Er hält an Privateigentum, an Verbrauchsgegenständen fest, fordert aber das Gemeineigentum an Boden und Kapital. Das Eigentum müsse so gestaltet werden, daß zwar an den Konsumtionsmitteln auch Privateigentum; dagegen an Grund und Boden, den Arbeitswerkzeugen, sowie an allem anderen Kapital nur Gesellschaftseigentum zulässig sei. Im Gegensatz zum Marxismus soll aber diese gesellschaftliche Umbildung nicht in zentralistischer, sondern in dezentralistischer Weise vor sich gehen. „Der Kollektivismus der künftigen Gesellschaft fordert keineswegs die Errichtung irgendwelcher höchsten Gewalt. Im Namen der Freiheit, auf die allein sich eine wirtschaftliche wie eine politische Organisation gründen kann, werden wir immer gegen alles Einspruch erheben, was auch nur von fern dem Kommunismus oder Staatssozialismus ähnlich sieht. Ich will die Organisation der Gesellschaft und des Kollektiv- oder Gesellschaftseigentums von unten nach oben durch die Stimme der freien Vereinigung, nicht von oben nach unten vermittels irgendwelcher Autorität." Die Bakunisten nennen sich daher antiautoritäre Kollektivisten.

Auf dem Kongreß der Internationale in Basel (1879) erklärte Bakunin: „Ich stimme für Gemeinschaft des Grund und Bodens im besonderen und des ganzen sozialen Reichtums im allgemeinen im Sinne der sozialen Liquidation."

b) Als typischer Vertreter des sogenannten kommunistischen Anarchismus ist in erster Linie Krapotkin (geb. 1842 in Moskau) zu nennen. Er fordert das Gemeineigentum an den Produktions- und Konsumtionsartikeln, welches auf kleine Gruppen übertragen werden soll, denen im übrigen großer Spielraum zu freier Entfaltung gegeben werden soll.

Wie die neue Gesellschaft, welche Krapotkin anstrebt, in ihrer Grundverfassung beschaffen sein soll, ist von ihm selbst einmal in seinen Memoiren in folgender Weise beschrieben worden: „Diese neue Gesellschaft besteht aus einander gleichgestellten Mitgliedern, die nicht mehr gezwungen sind, Hand und Kopf an andere zu verkaufen und von diesen in beliebiger, planloser Weise ausnützen zu lassen; sie können vielmehr ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zielbewußt der Produktion zuwenden im Rahmen eines Organismus, der vermöge seines Aufbaues alle auf die Gewinnung des größtmöglichen Gesamtbetrages der allgemeinen Wohlfahrt gerichteten Bestrebungen zusammenfaßt und dabei für die individuelle Initiative vollen Spielraum läßt. Dieser Organismus zergliedert sich in eine Vielheit von Assoziationen, die sich zu allen, gemeinsame Arbeit erfordernden Zwecken zusammenschließen: zu Gewerbebünden zum Zwecke der Produktion jeder Art, der landwirtschaftlichen, industriellen, rein geistigen oder künstlerischen; zu Konsumgemeinden, die für Wohnungen, für Beleuchtung und Heizung, für Nahrungsmittel, sanitäre Einrichtungen usw. Sorge tragen: zu Ver-

einigungen dieser Kommunen wie der Gewerbeorganisation untereinander. Endlich bilden sich noch weitere, auf ein ganzes Land oder auf mehrere Länder sich erstreckende Gruppen, deren Mitglieder in gemeinsamer Arbeit die Befriedigung wirtschaftlicher, geistiger, künstlerischer und sittlicher Anforderungen, soweit sie über ein bestimmtes Gebiet hinausgreifen, erstreben. Alle diese Gruppen wirken in freier gegenseitiger Vereinbarung zusammen.

Wie sich die Güterproduktion und die Güterverteilung gestalten sollen, hat Krapotkin in seinem Werk „La Conquête du Pain" (Paris 1892) dargelegt.

Die erste Tat der zukünftigen Gemeinde soll darin bestehen, daß sie sich alles aufgehäuften Kapitals, sowohl der Produktions- wie der Konsumtionsmittel bemächtigt. Bei der Gütererzeugung muß dann unterschieden werden zwischen den notwendigen Bedürfnissen der Menschen und den Luxusbedürfnissen. Zwecks Herstellung der notwendigen Bedarfsgegenstände müßten sich alle Erwachsenen verpflichten, täglich eine bestimmte Anzahl Stunden zu arbeiten. Dabei soll aber kein autoritärer Zwang auf die einzelnen ausgeübt werden, sondern jeder einzelne soll sich einer bestimmten Arbeitsgruppe freiwillig anschließen und mit der Gruppe einen Vertrag schließen. Die Gruppen würden dann wieder untereinander Verträge schließen, und auf diese Weise würde die Gesellschaft konstituiert sein.

Was die Befriedigung minder dringender Bedürfnisse anlangt, so reicht die übrige Zeit am Tage aus, um auch diese in weitgehendem Maße auszuführen. Jeder kann dann die übrige freie Zeit benutzen, um seinen wissenschaftlichen, künstlerischen und sonstigen Neigungen zu leben. Je nach der persönlichen Liebhaberei wird sich jeder der Gruppe anschließen, wo er gerade die ihm zusagende Beschäftigung ausführen kann.

VI. Vorlesung.

Der Anarchismus.

II. Die anarchistische Propaganda der Tat.

Im Wesen des Anarchismus liegt, wie wir in der vorigen Vorlesung gesehen haben, nichts, was notwendig zu revolutionärer Aktion führen müßte. Der Anarchismus erstrebt ein Zusammenleben menschlicher Gruppen ohne autoritären Zwang. Die Vereinigungen der Menschen sollen nur durch freie Verträge der einzelnen untereinander zusammengehalten werden; ausdrücklich haben die beiden Begründer des Anarchismus, Godwin und Proudhon, betont, daß diese Umbildung der Gesellschaft auf friedlichem Wege vor sich gehen sollte. Wenn aber, wie es im System des Anarchismus der Fall ist, der Wille des Einzelindividuums überall die letzte Entscheidung haben soll, so liegt der Gedanke nahe, die gewaltsame Durchsetzung des Einzelwillens gutzuheißen, wenn sie dem einzelnen als zweckmäßig erscheint. In diesem Sinne hat Stirner die Anwendung von Gewalt für erlaubt erklärt, auch Verbrechen dann für zulässig gehalten, wenn sie den Zwecken und Wünschen der einzelnen entsprechen. So erklärt er: „Ich leite alles Recht und alle Berechtigung aus Mir her; Ich bin zu allem berechtigt; dessen Ich mächtig bin. Ich bin berechtigt, Zeus, Jehova, Gott usw. zu stürzen, wenn Ich's kann; kann Ich's nicht, so werden diese Götter stets gegen Mich im Rechte und in der Macht bleiben, Ich aber werde Mich vor ihrem Rechte und ihrer Macht fürchten in ohnmächtiger „Gottesfurcht", werde ihre Gebote halten und in allem, was Ich nach ihrem Rechte tue, Recht zu tun glauben, wie etwa die russischen Grenzwächter sich für berechtigt halten, die entrinnenden Verdächtigen tot zu schießen, indem sie „auf höhere Autorität", das heißt „mit Recht" morden. Ich aber bin durch Mich berechtigt zu morden, wenn Ich Mir's selbst nicht verbiete, wenn Ich selbst Mich nicht vor dem Morde als vor einem „Unrecht" fürchte" (S. 221).

Der Egoismus, meint er ein anderes Mal, müsse einen andern Weg einschlagen als der Sozialismus und Kommunismus. „Er sagt nicht: Warte ab, was Dir die Billigkeitsbehörde im Namen der Gesamtheit — schenken wird (denn solche Schenkung geschah von jeher in den „Staaten", indem „nach Verdienst", also nach dem Maße gegeben wurde), sondern: Greife zu und nimm, was Du brauchst! Damit ist der Krieg aller gegen alle erklärt. Ich allein bestimme darüber, was Ich haben will" (S. 301).

Stirner hat diese revolutionäre Taktik niemals parteipolitisch vertreten. Er blieb im Reiche der Gedanken und hat überhaupt nicht aktiv in das politische Leben eingegriffen.

Es war erst der Ära der sogenannten „anarchistischen Propaganda der Tat" vorbehalten, anarchistische Ziele mit Hilfe verbrecherischer Taten erreichen zu wollen.

Der Umstand, daß die Hauptstifter der anarchistischen Parteien Russen sind, hat zu der Annahme geführt, daß der Anarchismus identisch mit dem Nihilismus sei. Dies beruht auf einem Irrtum. Der Nihilismus ist eine national-russische Bewegung. Im Unmut über die dort herrschenden politischen Zustände wollen die Nihilisten für ihr Vaterland freie politische Zustände schaffen und ihr Ziel durch Gewalttaten erreichen. Unter den Anhängern des Nihilismus finden sich Männer der verschiedensten Parteirichtungen in bezug auf soziale Zustände, es gibt darunter Liberale, Sozialisten, Anarchisten usw. Der Anarchismus dagegen beansprucht internationale Bedeutung. Er will in der ganzen Welt neue Gesellschaftszustände auf freiheitlicher Grundlage herbeiführen, geht weit über den engen Rahmen des Nihilismus hinaus. Trotzdem sind gewisse Beziehungen zwischen den beiden sozialrevolutionären Bewegungen vorhanden und sicher sind Männer wie Bakunin u. a. zu ihrer politischen Taktik vielfach durch ihre Berührung mit Nihilisten gekommen.

Den mächtigsten und nachhaltigsten Einfluß auf den politischen Anarchismus hat Bakunin ausgeübt.

Bakunin wurde 1818 zu Torschok im russischen Gouvernement Twer als der Sproß einer angesehenen Familie von altem Adel geboren, war ursprünglich Artillerieoffizier, dann Student, schließlich Literat. Im Jahre 1841 kam er nach Berlin, später ging er nach Dresden, dann nach Paris und in die Schweiz und überall schloß er sich der sozialrevolutionären Bewegung an. Er beteiligte sich am Maiaufstande 1849 in Dresden und wurde nach der Niederwerfung dieses Aufstandes gefangen genommen und zum Tode verurteilt. Nach Rußland ausgeliefert, wo er ebenfalls zum Tode verurteilt wurde, wurde er vom Zaren begnadigt und zuerst auf der Festung interniert, dann (1855) nach Sibirien verschickt; von hier gelang es ihm 1861 zu entkommen und nach England zu fliehen. Von dort aus entfaltete er eine rührige Agitation für seine anarchistischen Ideen. 1868 gründete er die Alliance internationale de la democratie socialiste. 1876 starb er zu Bern.

Großen Einfluß auf Bakunin hat Proudhon ausgeübt. In seinen Briefen erzählt Bakunin öfter, wie genau er Proudhons Werke studiere, „Ich lese jetzt Comtes Philosophie positive", schreibt er am 4. Januar 1870, „und Proudhon und in den wenigen freien Minuten schreibe ich an meinem Buch respektive meiner Broschüre über die Abschaffung des Staates." Bei seinem Aufenthalte in Paris 1847 hatte Bakunin die persönliche Bekanntschaft Proudhons gemacht, mit dem er, wie Marx, lange, oft übernächtige Debatten führte. —

Zur allgemeinen Orientierung über Bakunins Ideen dient am besten sein Werk „Dieu et l'état" — (1871).

Welches sind die Ideen, für welche Bakunin eintrat? Wie für alle Vertreter des politischen Anarchismus, so gilt auch für ihn, daß er wesentlich Neues dem Gedankenkreise des älteren theoretischen Anarchismus nicht zugefügt hat, sondern aus allen anarchistischen Lehren sich ein System zusammengesetzt hatte. Das Motto, welches er einem seiner Werke vorsetzte, lautet „l'église et l'état sont mes deux bêtes noires'". Er bekämpft heftig alle Zwangsautorität des Staates. Jeder Staat bedeute Herrschaft und es sei ganz gleichgültig, ob dieser Staat die Form der Monarchie, Aristokratie oder Demokratie habe. „Wir verabscheuen die Monarchie von ganzem Herzen: aber wir sind zugleich überzeugt, daß auch eine große Republik mit Heer, Bureaukratie und politischer Zentralisation sich nach außen hin die Eroberung, im Inneren die Unterdrückung zum Geschäft machen und unfähig sein wird, ihren Untertanen, auch wenn sie sie Bürger nennt, Glück und Freiheit zu gewährleisten." Er wollte also nicht neue Verfassungen und Gesetze; die beste Verfassung würde ihn nicht befriedigen können: „Wir brauchen etwas anderes, Sturm und Leben und eine neue gesetzlose und darum freie Welt!"

An Stelle des staatlichen Lebens solle ein geselliges Zusammenleben der Menschen treten, die nur durch Verträge miteinander verbunden sein sollen. In dem Programm der von ihm gegründeten Alliance heißt es Artikel 5: „Sie erstrebt, daß alle politischen Staaten sich mehr und mehr auf einfache Verwaltung der öffentlichen Dienstleistung beschränken, und in einer allgemeinen Vereinigung freier landwirtschaftlicher und industrieller Genossenschaften aufgehen sollen." Artikel 7: „Sie will die allgemeine Assoziation aller lokalen Genossenschaften durch die Freiheit." In einer Rede, die Bakunin auf dem Friedenskongreß zu Genf 1867 hielt, verlangt er Anerkennung des absoluten Rechts jeder Nation, jedes Volkes, jeder Gemeinde auf vollkommene Autonomie, vorausgesetzt, daß ihre innere Verfassung nicht eine Bedrohung oder Gefahr für die Freiheit der anderen Länder sei."

So gelangt man nach Bakunin zu einer freien Vereinigung der einzelnen in Gemeinden, der Gemeinden in Provinzen, der Provinzen in Völker und endlich der Völker in den Vereinigten Staaten von Europa und später der ganzen Welt. Bakunin geht in der Dezentralisationssucht noch weiter als Proudhon. Sein Biograph Dragomanow spricht mit Recht von seinem politischen Amorphismus: „Proudhons Lehre von der Anarchie wandelte Bakunin in Amorphismus um und dabei betrachtete er diesen Amorphismus als ein Übergangsmoment zum künftigen Aufbau der Gesellschaft von unten herauf. Auch verwandelte er die Forderung Proudhons nach Enthaltung von jeglicher Teilnahme an den politischen Wahlen zur Zeit des Kaiserreichs in eine systematische Verneinung aller politischen Tätigkeit im Bourgeoisstaat: „Mit einem Worte, wir verwerfen jede Gesetzgebung, jede Autorität, jeden privilegierten, patentierten, offiziellen und legalen Einfluß, auch wenn er durch das allgemeine Stimmrecht geschaffen sein sollte, in der Überzeugung, daß derartiges immer nur zum Vorteil einer herrschenden Minderheit von Ausbeutern und zum

Nachteil der geknechteten ungeheuren Mehrheit gereichen kann. In diesem Sinne sind wir in Wahrheit Anarchisten."

Um sein Ziel zu erreichen, empfiehlt Bakunin nicht politische Tätigkeit mit Ausnutzung des Wahlrechts, sondern gewaltsame Niederwerfung alles Bestehenden. Die Revolution im Sinne von Gewaltrevolution wird als die einzige berechtigte politische Tätigkeit hingestellt und zwar versteht Bakunin unter Revolution „die Entfesselung alles dessen, was man heute die bösen Leidenschaften nennt, und die Zerstörung von allem, was die öffentliche Ordnung heißt." In den geheimen Statuten der von ihm gegründeten Alliance heißt es: „Nichts kann besser die einzig wirkliche Macht des Jahrhunderts, die Arbeiter, einigen, begeistern und emporrichten, als die vollständige Befreiung der Arbeit und die Zertrümmerung aller zum Schutz des Eigentums und des Kapitals bestehenden Einrichtungen."

Neben Bakunin ist sein russischer Emissär Netschajew zu nennen, der die besondere Aufgabe hatte, die anarchistische Propaganda in Rußland zu betreiben. Er ist der Verfasser eines revolutionären Katechismus, in welchem die Propaganda der Tat gepredigt wurde. Dort heißt es: „Der Revolutionär kennt nur eine einzige Wissenschaft — die Zerstörung —, für sie und nur für sie studiert er Mechanik, Physik, Chemie und selbst Medizin; für ihn existiert nur ein Genuß, nur ein Trost, ein Lohn, eine Befriedigung, der Lohn der Revolution; Tag und Nacht darf er nur einen Gedanken, nur einen Zweck haben, die unerbittliche Zerstörung. Alle Mittel, durch welche diese gefördert wird, sind recht; indem wir keine Tätigkeit als die Zerstörung zulassen, erkennen wir an, daß die Form, in der sich diese Tätigkeit äußern muß, eine sehr mannigfaltige sein kann: Gift, Dolch, Strick usw. Die Revolution heiligt alles ohne Unterschied. Die zukünftige Organisation wird ohne Zweifel aus der Bewegung und dem Leben des Volkes hervorgehen, aber das ist Sache künftiger Organisationen; unsere Arbeit ist die totale, unerbittliche Zerstörung." Netschajew wurde 1872 an Rußland ausgeliefert, wo er zu lebenslänglicher Bergwerksarbeit verurteilt wurde. Charakteristisch ist für die Propaganda der Tat, daß die Attentate schon um deswillen ausgeübt werden sollen, damit für die Partei Reklame gemacht wird. Es sei die billigste Art und Weise, das Interesse auf die Partei zu lenken und neue Anhänger für die Sache zu gewinnen. In diesem Sinne wirkte auch der französische Schweizer Paul Brousse. Er sagt: „Die Tat wird allseitig besprochen, nach der Ursache der Tat fragen die sonst indifferenten Massen, werden aufmerksam auf die neue Lehre und diskutieren sie; sind die Menschen erst einmal soweit, so ist es nicht schwer, viele von ihnen zu gewinnen." Die Attentate sollen nicht etwa nur gegen Könige und Fürsten gerichtet sein, sondern auch gegen Kapitalisten und alle an der Spitze der Gesellschaft stehenden Personen; auch ganz harmlose Menschen müssen unter Umständen geopfert werden, wenn es gilt, ein epochemachendes Attentat auszuführen. Als Vaillant das Bombenattentat auf die französische Kammer verübt hatte, rief der Anarchist Tailhade bei einem Bankette aus: „Was scheren uns die Opfer, wenn nur die Geste schön ist; was kommt es auf den Tod unbestimmten Menschenvolkes an, wenn sich durch ihn das Individuum bekräftigt." Es war daher ein sehr großes Mißgeschick,

als der Anarchist Henry seine Bombe in das Café Terminus warf, wobei der eben genannte Tailhade schwer verwundet wurde. Tailhade schimpfte dabei sehr auf die Anarchisten, bis ihm sein eigener Ausspruch aus der Zeit des Vaillant'schen Attentates ins Gedächtnis gerufen wurde.

Neben Bakunin hat der stark von ihm beeinflußte russische Fürst Krapotkin den größten Einfluß auf die anarchistische Bewegung ausgeübt. Geboren zu Moskau 1842, entstammte er dem königlichen Hause der Ruriks, war zuerst Page bei Hofe, dann Kavallerieoffizier und nachher Kammerherr der Kaiserin. Auf Reisen, die er nach der Schweiz und Belgien machte, kam er mit der Internationale und speziell mit Männern der Bakunin'schen Richtung in Berührung. 1873 wurde er wegen nihilistischer Umtriebe gefangen genommen und auf der Peter-Pauls-Festung interniert. 1876 entfloh er in die Schweiz, wo er eine rührige Agitation für den Anarchismus entfaltete und das Blatt „Le Révolté" gründete. Krapotkin suchte namentlich in Frankreich für die anarchistischen Ideen Propaganda zu machen und wurde dort wegen seiner Beteiligung an den Aufständen von Monceau-les-Mines und Lyon (1882) zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. 1886 wurde er freigelassen und siedelte nach London über. Auf seinen vielen Reisen machte er mancherlei Beobachtungen, die für die Ausbildung seines Systems von Bedeutung waren. Er glaubte überall in den Ländern, wo die Menschen unter freieren Verfassungen lebten, wo der staatliche Autoritätszwang ein geringer war, ein viel besseres Gemeinschaftsleben zu finden.

Von besonders großem Einfluß war in dieser Hinsicht sein Aufenthalt im Schweizer Jura. Er brachte längere Zeit in verschiedenen Städten und Dörfern dieses Gebietes zu und verkehrte viel mit den Angehörigen des Uhrmachergewerbes. Die sehr freie Organisation der Uhrmacher machte auf ihn einen großen Eindruck: „Es findet sich unter den in kleinen Betrieben tätigen Arbeitern mehr Unabhängigkeit und Originalität." Namentlich gefiel ihm die Organisation des Jurabundes, die er bei dieser Gelegenheit näher kennen lernte. Der Jurabund war eine Arbeiterassoziation, die 1872 gegründet wurde und im Gegensatz zu den Marxistischen Ideen eine sehr freiheitliche Verfassung aufwies. Der Jurabund stand ganz unter dem Einfluß der Bakunin'schen Ideen. Jede einzelne Landschaft, jede lokale Sektion sollte sich unabhängig nach eigenen Prinzipien entwickeln dürfen: „Hier hatte ich also das Schauspiel, daß die Arbeiter nicht eine von wenigen geleitete und den politischen Zwecken dieser wenigen dienstbar gemachte Masse darstellten, ihre Führer waren nichts anderes als besonders rührige Genossen, mehr Anreger als eigentliche Leiter. Die klare Einsicht, das gesunde Urteil, die Fähigkeit zur Lösung verwickelter sozialer Fragen, wie ich sie unter diesen Arbeitern, besonders den dem mittleren Lebensalter angehörigen, antraf, machten einen tiefen Eindruck auf mich, und ich bin fest überzeugt, daß die hervorragende Rolle, die dem Jurabunde in der Entwicklung des Sozialismus zukommt, nicht nur in der Bedeutung der antigouvernementalen und föderalistischen Ideen, deren Hauptvertreter er war, ihren Grund hat, sondern auch darin, daß diese Ideen infolge des gesunden Menschenverstandes der Uhrmacher des Jura in so vernünftiger Form zum

Ausdruck gelangten. Ohne ihren Beistand wären diese Prinzipien vielleicht noch lange Zeit bloße Abstraktionen geblieben.

Die theoretische Ausbildung des Anarchismus, wie sie damals innerhalb des Jurabundes unter dem Einflusse Bakunins allmählich erfolgte, die Kritik des Staatssozialismus — die Besorgnis vor einem den bloßen politischen Despotismus an Gefährlichkeit weit überragenden wirtschaftlichen Despotismus — die ich dort formulieren hörte, und der revolutionäre Charakter der Agitation übten auf mich wegen ihres theoretischen Wertes sicher einen großen Einfluß aus. Aber die Prinzipien der Gleichheit, die ich im Jura herrschend fand, die Unabhängigkeit im Denken und im Gedankenausdruck, wie sie sich nach meiner Wahrnehmung unter den dortigen Arbeitern entwickelte, und ihre grenzenlose Hingabe an die gemeinsame Sache, machten auf meine Gefühle einen noch stärkeren Eindruck; und als ich die Uhrmacher des Jura, nachdem ich etwa zwölf Tage unter ihnen geweilt hatte, verließ, standen meine sozialistischen Anschauungen fest: ich war ein Anarchist.

Durch eine Reise, die ich sodann nach Belgien machte, und auf der ich wieder die zentralisierte politische Agitation in Brüssel mit der unter den Tuchmachern in Verviers sich entwickelnden wirtschaftlichen und unabhängigen Agitation vergleichen konnte, verstärkten sich meine Ansichten nur. Diese Tuchmacher gehörten zu den sympathischsten Bevölkerungsklassen, die ich in Westeuropa angetroffen habe (II., S. 90—92)."

Wie Bakunin tritt auch Krapotkin für die revolutionäre Taktik ein. Die erste Tat der sozialen Revolution, sagt er, wird ein Werk der Zerstörung sein: „Der Zerstörungstrieb, der so natürlich und berechtigt ist, weil er zugleich ein Erneuerungstrieb ist, wird seine vollständige Befriedigung finden. Mit wie viel altem Trödel ist aufzuräumen! Muß nicht alles umgestaltet werden, die Häuser, die Städte, die gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe, kurz die ganzen Einrichtungen der Gesellschaft. Ohne Säumen ist alles zu zerstören, dessen Beseitigung notwendig ist, die Zuchthäuser und die Gefängnisse, die Forts, die sich gegen die Städte kehren, die ungesunden Stadtteile, deren Pestluft man so lange geatmet hat."

Krapotkin macht in seinem Buch „Les Paroles d'un Révolté" auf die Propagandawirkung verbrecherischer Taten aufmerksam: „Vielleicht bleibt die Masse zuerst gleichgültig und glaubt den Klugen, welche die Tat verrückt finden, aber bald jauchzt sie den Verrückten heimlich zu und tut es ihnen nach. Während die ersten von ihnen die Zuchthäuser füllen, setzen bereits andere deren Werk fort. Die Kriegserklärungen gegen die heutige Gesellschaft, die aufrührerischen Taten, die Racheakte vermehren sich. Die allgemeine Aufmerksamkeit wird rege, der neue Gedanke dringt in die Köpfe und gewinnt die Herzen. Eine einzige Tat macht in wenig Tagen mehr Propaganda als tausend Broschüren. Die Regierung wehrt sich, sie wütet erbarmungslos, aber hierdurch bewirkt sie nur, daß weitere Taten von einem oder mehreren begangen werden und treibt die Empörer zum Heldenmut. Eine Tat gebiert die andere; Gegner schließen sich dem Aufruhr an, die Regierung wird uneins, Härte verschärft den Streit, Zugeständnisse kommen zu spät, die Revolution bricht aus."

Ein anderer bedeutender russischer Revolutionär, Alexander Herzen, ist dagegen nicht zu den Anarchisten zu rechnen, denn seiner ganzen Grundtendenz nach war er positiver Sozialreformer. Sein Ideal war ein national-russisches; in der allgemeinen Durchführung des russischen Gemeindebesitzes erblickte er den Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage und das rettende Prinzip, das der Umgestaltung der Gesellschaft zugrunde gelegt werden müsse: „Die Gesellschaft und die Bauerngemeinde", so sagt er in seinen Erinnerungen (I, S. 350), „die Teilung des Gewinnes und der Felder, der Mir, und die Vereinigung von Dörfern zu Gemeinden, die sich selbst verwalten, das sind alles Ecksteine, auf denen das Heiligtum unserer freien genossenschaftlichen Zukunft ruht." Aber andererseits finden sich auch viele Berührungspunkte Herzens mit der anarchistischen Theorie. Er war ein großer Verehrer und Anhänger Proudhons und stand mit diesem und mit Bakunin in regem persönlichen Verkehr. Seine Sympathie für Proudhon ging so weit, daß er diesem zur Gründung seiner Zeitschrift „La voix du peuple" die Kautionssumme gab. Als Gegenleistung hatte Herzen das Recht erhalten, an der Redaktion dieser Zeitschrift teilzunehmen. Namentlich in Herzens „Briefen aus Frankreich und Italien" tritt die nahe Verwandtschaft seiner Ideen mit den anarchistischen Grundgedanken klar hervor; z. B. wenn er sagt: „Die Vernichtung der Autorität ist der Anfang der sozialistischen Republik; ihre erste Vorbedingung sind freie und selbständige Menschen . . . Die sozialistische Staatsordnung hat einen sittlichen, zum gesellschaftlichen Zusammenleben befähigten, freien Menschen zur Voraussetzung, der von niemandem Befehl erhält, durch keine übermächtige Gewalt bedrückt wird und durch die Verantwortlichkeit für seine Handlungen zur Ausbildung der höchsten menschlichen Moralität gebracht wird." . . . .

Auch die förderalistischen Prinzipien Herzens entsprechen den politischen Idealen Proudhons: „Die Regierung soll in der Kommunalverwaltung liegen, verbunden mit einer Kanzlei für alle gemeinsamen Angelegenheiten, mit einer Registratur zur Niederlegung des Volkswillens; einer weiteren Zentralisation bedarf es dabei nicht, denn die republikanische Einheit ist begründet auf den allgemeinen Vorteil, auf die Entwicklung des Volkes, auf Gleichheit des Stammes und der Sitten, und wo diese Grundlagen fehlen, da ist auch kein Bedürfnis mehr nach einer künstlichen Vereinigung, nach naturwidriger Zentralisation vorhanden." „Je freier die Personen und mit den Personen auch die Kommunen sind, desto weniger hat der Staat zu tun; drei Viertel der Arbeit, die gegenwärtig die Regierungen belastet, wird von selbst geschehen, ohne jedes Wissen und ohne Beteiligung der Zentralgewalt."

Aber trotz mancher Übereinstimmung mit den Anschauungen Proudhons, Bakunins und anderer Anarchisten war für Herzen ein Zusammenarbeiten mit ihnen auf die Dauer unmöglich. In vielen Hauptpunkten gingen sie zu weit auseinander und so hat auch Herzen keinen aktiven Anteil an der politisch-anarchistischen Bewegung genommen.

Wenn wir nun zum Schlusse einiges über die anarchistische Bewegung in den Hauptkulturländern hinzufügen, so ist diese Darstellung mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft.

Einmal ist die anarchistische Bewegung außerordentlich dezentralisiert, vielfach geht die Propaganda nur von kleinen losen Gruppen aus, die von einer Zentralinstanz unabhängig sind. Eine straffe anarchistische Parteidisziplin, wie bei den Sozialisten, wäre mit dem Wesen des Anarchismus unvereinbar. Dazu kommt, daß die Anarchisten sich vielfach wegen der Gefahr polizeilicher Verfolgung in Geheimbünden, also mit Ausschluß der Öffentlichkeit, zusammengeschlossen haben. Schließlich ist auch zu bemerken, daß die anarchistische Parteibewegung sich vielfach überhaupt nicht selbständig entwickelt hat, sondern im Anschluß an sozialistische Parteien, auf die sie dann wieder zersetzend gewirkt hat. Für diese, den Anarchisten eigentümliche Parteitaktik seien nur einige Stimmungen hervorgehoben. In der italienischen anarchistischen Zeitung Il Damani (v. 4. IV. 1903) heißt es in der ersten Nummer dieses Blattes: „Wir individualistischen Anarchisten haben nichts mit den sogenannten reformistischen oder revolutionistischen Parteien gemein, wir können die Formen der ökonomischen und moralischen Sklaverei nicht annehmen, die uns der Sozialismus in seiner neuen Gestalt bietet. Wir erklären auch, daß die anarchistische Bewegung keine Organisation in Gruppen mit Chefs und Statuten zulassen kann, weil unsere Idee schwer mit Einregimentierten und Befehlshabern vereinbart werden kann; und wer nicht seiner selbst sicher ist und Hilfe braucht, und es mit legalen Mitteln versucht, den einzigen, die uns die Bourgeoisie zubilligt, die genau weiß, welch harmlose Waffen sie sind, läßt seine eigene Machtlosigkeit erkennen. Der Anarchismus ist vor allem keine Partei, sondern eine Idee, und ein Ziel". Auf dem internatiomalen Kongreß von St. Imier (1872) wurde in bezug auf die politische Aktion des Proletariats beschlossen, daß es eine reaktionäre Anmaßung sei, dem Proletariat eine Richtschnur oder ein einheitliches politisches Programm als den einzigen Weg, der zu einer sozialistischen Emanzipation führen könnte, aufzwingen zu wollen. Deshalb erklärte der Kongreß: 1. daß die Vernichtung jeder politischen Macht die erste Pflicht des Proletariats ist, 2. daß jede Organisation einer politischen Macht, möge sie sich auch als provisorisch und revolutionär und nur zum Zwecke der Durchführung der Zerstörung ausgeben, nur ein neuer Betrug und für das Proletariat ebenso schädlich wäre, wie die gegenwärtig bestehende Regierung.

Bei unserer Darstellung der anarchistischen Parteibewegung müssen wir trennen: die anarchistische Bewegung, soweit sie sich im Zusammenhang mit der sozialistischen Bewegung besonders in der Internationalen Arbeiterassoziation entwickelt hat; und die selbständige anarchistische Bewegung, wie sie in den einzelnen Ländern hervorgetreten ist. Hierbei kommen besonders die romanischen Länder in Betracht, während in den übrigen Ländern der Anarchismus es niemals zu einer besonderen Bedeutung gebracht hat.

1. Anarchismus und Internationale.

Die bei dem Meeting am 28. IX. 1864 in London begründete internationale Arbeiterassoziation sollte ein großes Organ für die Arbeiterbewegung aller Länder sein. Bei dieser Internationale waren auch die Anarchisten in ihren verschiedenen Spielarten vertreten und durch ihre Beteiligung wurden die großen Spaltungen verursacht, welche auf den Kongressen der Internationale hervortraten. Ich werde in der Vorlesung über die Internationale des Näheren zeigen, wie diese Gegensätze im einzelnen hervorgetreten sind. —

Es kam zu immer lebhafteren Konflikten zwischen den Bakunisten und Marxisten, so daß im Jahre 1872 auf dem Kongreß zu Haag die Ausschließung Bakunins aus der Internationale beschlossen wurde. Auf demselben Kongreß wurde auch die Auflösung der Internationale und die Verlegung des neuen Generalrats der Internationale nach New York beschlossen. Bakunin hatte aber bereits vor dem Kongreß zu Haag eine Gegenaktion eingeleitet durch die Gründung der Fédération jurassienne, die sich, noch bevor sich die Internationale auflöste, als ihre Nachfolgerin und Erbin proklamierte, indem sie erklärte, daß sie die Generalstatuten übernehme und anerkenne. Die Bakunisten hielten dann einen besonderen antiautoritativen Kongreß zu St. Imier (1872) ab. Der Kongreß von St. Imier erklärte alle Resolutionen des Kongresses von Haag für ungültig und entwarf die Grundlage eines „Paktes der Solidarität" unter diesen Föderationen, die es zurückweisen, sich der „autoritativen Partei des deutschen Kommunismus" zu unterordnen, „die ihre Herrschaft und die Anmaßungen ihrer Chefs an Stelle der freien Entfaltung und der spontanen und freien Organisation des Proletariats" zu stellen versucht. Der Kongreß beschloß ferner unter Bezug auf die Organisation der Arbeiter im anarchistischen Sinne, daß an Stelle des Staates eine freie Föderation aller Produzentengruppen treten solle, die auf der Solidarität der Gleichheit gegründet sei. Die Jura-Föderation suchte immer mehr alle marxistischen Ideen in der Arbeiterbewegung zu bekämpfen und so entstand in ihr ein Herd der Propaganda, von dem der Anarchismus später nach anderen Teilen Europas ausstrahlte. Fast alle Föderationen der früheren Internationale schlossen sich der bakunistischen Organisation an. Die jurassische Föderation berief dann noch wiederholt Kongresse, u. a. nach Genf (1873), nach Brüssel (1874) und nach Bern (1876), die aber offiziell als Kongresse der internationalen Arbeiterassoziation bezeichnet wurden. Der letzte anarchistische Kongreß fand in Verviers (1877) statt, womit vorläufig die sogenannte Internationale ihr Ende erreichte. Auch von den anderen anarchistischen Gruppen wurden vielfach anarchistische Kongresse einberufen. Alle diese Kongresse waren aber keine wirklich internationalen und selbständige, ausdrücklich anarchistischen Kongresse. Es waren vielmehr nur Konferenzen, die im Anschluß an sozialistische Kongresse abgehalten oder Konferenzen von Anarchisten, die aber durchaus nicht international beschickt wurden. Der erste Versuch eines international beschickten, selbständigen anarchistischen Kongresses war der von London (1881), an dem 45 Delegierte teilnahmen, die 60 Föderationen aus den verschiedensten Ländern vertraten. Es sollte dann der anarchistische Kon-

greß von Paris folgen, der aber wegen des Polizeiverbotes nicht abgehalten wurde. 1907 fand in Amsterdam der erste wirkliche anarchistische Kongreß statt, zu dem die anarchistischen Föderationen Hollands, Belgiens, Böhmens und Deutschlands eingeladen waren. Dieser Kongreß fand mit einer Beteiligung von etwa 60—70 Delegierten aus 14 Ländern statt. Es wurde die Begründung einer anarchistischen Internationale beschlossen und ein internationales Arbeitsbüro eingerichtet. Irgendwelche größere Aktionen sind aber von dieser Internationale niemals ausgegangen, vielmehr hat sich die anarchistische Bewegung weiterhin in den einzelnen Ländern selbständig entwickelt.

Die Internationale Arbeiterassoziation hat aber nach ihrem Wiederaufleben (1889 fand der 1. Kongreß in Paris statt) immer energisch gegen die Aufnahme der Anarchisten Stellung genommen, so z. B. durch die Entscheidung der Kongresse von Brüssel (1891), Zürich (1893) und London (1896), indem sie erklärte, daß zwischen dem Sozialismus und dem Anarchismus keine Gemeinsamkeit bestehe.

2. Der Anarchismus in den einzelnen Ländern.

Weit mehr als in Deutschland und Österreich und überhaupt in den germanischen Ländern, hat der Anarchismus in den romanischen Ländern Aufnahme und Verbreitung gefunden. Dort ist der Anarchismus stellenweise so stark entwickelt, daß er die ausschlaggebende Bedeutung für die Arbeiterbewegung überhaupt gewonnen hat.

In Frankreich haben besonders Bakunin und Krapotkin agitatorisch gewirkt. Bakunin machte mit seinen Anhängern 1870 in Lyon einen Versuch, seine anarchistische Theorie in die Praxis umzusetzen. Der Aufstand, den er ins Werk setzte, lieferte ein blutiges Vorspiel zur Pariser Kommune.

Neben Bakunin gewann besonders Krapotkin Einfluß auf die französische anarchistische Bewegung. Krapotkin war von der Schweiz, wo er mit einigen Flüchtlingen der Pariser Kommune, darunter Elisée Reclus, anarchistische Propaganda getrieben hatte, Ende der 70er Jahre nach Paris gekommen, wo er die erste anarchistische Organisationsgruppe einrichtete. Namentlich die von ihm in Genf begründete Zeitschrift „Le Révolté" gewann großen Einfluß auf die anarchistische Bewegung in Frankreich, die namentlich Anfang der 80er Jahre immer größere Ausdehnung erhielt. Als in Lyon einige Dynamitattentate stattfanden, wurde Krapotkin nebst 60 anderen Anarchisten verhaftet und verurteilt, Krapotkin 1886 amnestiert. Frankreich war auch der Schauplatz zahlreicher anarchistischer Attentate, darunter besonders zu erwähnen, die von Ravachol (1892), Vaillant (1893), Henry (1894) und schließlich die Ermordung des Präsidenten Carnot durch den Italiener Caserio. Ein strenges Ausnahmegesetz wurde gegen die anarchistischen Agitatoren, soweit sie Gewalt empfahlen, erlassen.

Ein Teil der französischen Anarchisten suchte Anschluß an die revolutionär-syndikalistische Bewegung. Diese anarchistischen Syndikalisten standen unter der Führung von Pouget, dem früheren Redakteur der anarchistischen Zeitschrift „Père Peinard".

Heute sind die Anarchisten besonders in der „Union anarchiste“ zusammengeschlossen. Ihr Organ ist „Le Libertaire“ (Aufl. 20 000). Sie arbeiten in den revolutionären Syndikaten und bilden einen beträchtlichen Teil innerhalb der „Confédération Générale du travail“. Außerdem bestehen noch andere Gruppen, wie z. B. die Gruppe „Temps nouveaux“, die eine Zeitschrift mit gleichem Namen herausgibt.

Auch in Italien und in Spanien ist die anarchistische Bewegung von großer Bedeutung gewesen. In Italien waren neben Bakunin besonders tätig Malatesta, Costa, Cafiero, Merlino. Gegenwärtig sind die Anarchisten Italiens in der „Anarchistischen Union Italiens“ zusammengeschlossen, die ungefähr 35 000 Mitglieder umfaßt. Von großem Einfluß war die Rückkehr Enrico Malatestas, der sich unter den Arbeitern und Bauern einer gewaltigen Popularität erfreut. Neben der „Anarchistischen Union gibt es noch eine „Syndikalistische Union Italiens“, die fast vollständig unter dem Einfluß anarchistischer Ideengänge steht. Hauptorgan „La Guerra dei Classe“ in Mailand.

In der spanischen Arbeiterbewegung hatten die anarchistischen Ideen wie in Italien das Übergewicht über die sozialistischen erlangt, und auch dort war es besonders Bakunin, durch dessen agitatorische Tätigkeit diese Ideen Verbreitung fanden. Namentlich in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts verbreitete sich der kommunistische Anarchismus. — Die Bewegung diente auch zugleich den Gewerkschaftsinteressen der Arbeiter und zeitweilig stieg die Zahl der Anhänger derselben auf 50 bis 70 000. Der Anarcho-Syndikalismus ist die bei weitem stärkste Arbeiterbewegung Spaniens. Charakteristisch ist die große Organisation der Kleinbauern und Feldarbeiter.

Auch in seinem Vaterlande, Rußland, machte Bakunin für die anarchistischen Ideen Propaganda und suchte besonders die Jugend und die rebellierten Bauern für seine Ideen zu gewinnen. Er stand in naher Beziehung zu Netschajew, der zu dem Komitee der russisch-revolutionären Partei gehörte. Netschajew reiste im August 1869 nach Moskau, wo er die Jugend für die Vorbereitungen zu einer Revolution (1870) gewinnen wollte. Netschajew floh in die Schweiz, wurde 1872 verhaftet, nach Rußland ausgeliefert, wo er bis zu seinem Tode (1883) gefangen gehalten wurde.

Die Anarchisten waren auch in Rußland in zahlreichen Föderationen vereinigt, konnten aber den spezifisch russischen Bewegungen, wie z. B. den Nihilisten, den Sozialrevolutionären, den Bolschewisten usw. gegenüber nie zu besonderer Macht gelangen. In neuerer Zeit gab es in der anarchistischen Bewegung Rußlands zweierlei Richtungen: die eine, die Anarchisten-Syndikalisten, welche hauptsächlich in den Arbeiterzentren ihre Propaganda entfalteten. Ihre Theoretiker waren Voline und Maximow und ihr Organ „Golos-Thida“ in Petersburg. Die andere Richtung waren die Anarchisten-Kommunisten, die hauptsächlich ihre Aktion auf das Land und die Bauernbevölkerung richtete; ihr Haupt war Karelin als Führer und ihr Organ „Die Anarchie“. Beim Beginn der Revolution verfügten die Anarchisten über 12 Tageszeitungen, die in den letzten 2 Jahren von den

Bolschewisten vollständig unterdrückt worden sind. Das anarchistische Organ heißt „Nabat“ (Geheim). Über 2000 Anarchisten wurden verhaftet.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde der Anarchismus besonders durch den deutschen Anarchisten Most gefördert, der dort die „Freiheit“ herausgab. Der Anarchismus fand besonders unter den deutschen und böhmischen Arbeitern großen Anhang und Chikago war der Hauptsitz der Bewegung. Im anarchistischen Sinne wirkten auch eine ganze Reihe von Zeitungen, wie z. B. die „Arbeiterzeitung“, der „Vorbote“, die „Fackel“, und der „Alarm“ in Chikago, die „Freiheit“ und die „Amerikanische Arbeiterzeitung“ in New York und die „Parole“ in St. Louis.

Als im Jahre 1886 die Anarchisten einen Aufruhr in Chikago veranstalteten, kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, was ein schroffes Vorgehen der Behörden gegen den Anarchismus zur Folge hatte, und zur Verurteilung Mosts zu Gefängnis führte. Die meisten anarchistischen Vereine wurden aufgelöst, und die anarchistischen Zeitungen mußten größtenteils ihr Erscheinen einstellen.

In England hat der Anarchismus wohl die geringste Anhängerschaft unter allen Kulturländern gefunden, obwohl sich hier die Anarchisten der meisten Länder im Exil aufhielten, und von hier aus ihre Propaganda trieben. So hat Krapotkin seit den 80er Jahren lange Zeit in London gelebt und dort die anarchistisch-kommunistische Monatsschrift „Freedom“ herausgegeben. (Die erste Nummer erschien im Oktober 1886.) Im Jahre 1896 wurde in London die Organisation „The Associated Anarchists“ begründet, deren Zweck es war, Gruppen zu bilden, die bestimmte Regeln anerkannten, die zur Ausbreitung der anarchistischen Ideen als notwendig erachtet wurden. Die anarchistische Bewegung Englands ist sehr schwach, aber in der Arbeiterbewegung treten ziemlich starke anarcho-syndikalistische Strömungen auf, ihr Organ ist „Freedom“ London, außerdem der „Arbeiterfreund“ in jüdisch.

In Österreich wurde namentlich durch Peukert (geb. 1806) die anarchistische Agitation betrieben, der über mehrere Zeitungen verfügte, von denen z. B. der „Pester Sozialist“ erklärte: „nur für die gewaltsame, blutige und schonungslose Revolution, und daher für die Entfesselung aller wilden Instinkte im Volke arbeiten zu wollen“.

An verschiedenen Attentaten waren besonders die Anarchisten Kammerer und Stellmacher, dieser der Redakteur der Freiheit während ihres Schweizer Exils beteiligt. Infolgedessen wurden scharfe Maßnahmen gegen die Anarchisten ergriffen und die Hauptführer verhaftet. Peukert mußte flüchten und die ganze Bewegung ging stark zurück. In neuerer Zeit haben sich die anarchistischen Kommunisten unter Führung von Pierre Ramus (Verfasser des Buches die „Neuschöpfung der Gesellschaft“, Wien 1921) zu einem Bund der „herrschaftslosen Sozialisten“ zusammengeschlossen. Ihr Organ ist die Wochenschrift „Erkenntnis und Befreiung“. Sie treten besonders stark für Siedlungswesen und Genossenschaften ein.

In Deutschland hat die anarchistische Bewegung niemals größere Bedeutung erlangt. Zwar hatten die Ideen des individualistischen

Anarchismus in Stirner einen ihrer bedeutendsten Vertreter gefunden. Auch haben sie ein gewisses theoretisches Interesse und Diskussionen hervorgerufen. Aber zu einer größeren politischen Betätigung, oder zu irgendwie numerisch bedeutenden Gruppenbildungen ist es hier nicht gekommen. Zweifellos hat die straffe einheitliche Organisation der Sozialdemokratie, welche die ganze Arbeiterbewegung beherrschte und alle anarchistischen Sonderbestrebungen schroff ablehnte, hierzu beigetragen.

· Die stärkste agitatorische Kraft für den Anarchismus in Deutschland war Johann Most, der ursprünglich Sozialdemokrat war, dann zu radikaleren Anschauungen gelangte und seit Ende der 70er Jahre, im Sinne des gewaltrevolutionären anarchistischen Kommunismus sich betätigte. Aus Berlin ausgewiesen, gab er in der von ihm in London redigierten „Freiheit" nähere Ausführungen seines Programms. Energischste Geheimagitation zur Aufwieglung der Massen und Vorbereitung für die Revolution durch Bewaffnung aller Sozialisten, revolutionäre Taten und Attentate waren die Schlagworte desselben. Auch vereinzelte Attentate kamen vor, darunter so schwere wie das gegen den Polizeirat Rumpff in Frankfurt a. M. und der Plan Reinsdorfs zur Ermordung der deutschen Fürsten bei der Einweihung des Niederwalddenkmals. Schätzungsweise wurde angenommen, daß in Deutschland der Anarchismus damals, nicht über ein Dutzend Gruppen mit höchstens 200 Mitgliedern zählte. Der scharfe Gegensatz zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie trat auch in mehrfachen Streitigkeiten zwischen beiden Parteien zutage. Die beiden Hauptanführer des Anarchismus in Deutschland, Most und Hasselmann, wurden auf dem Kongreß zu Wyden (1880) aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen. Auf dem Kongreß in St. Gallen wurde eine Resolution gegen den Anarchismus angenommen. „In der Geschichte der Völker sei die Gewalt ebenso häufig, ja sogar häufiger ein reaktionärer, als ein revolutionärer Faktor, ihre individuelle Anführung führe nicht zum Ziele, sie sei vielmehr schädlich und verwerflich, weil sie das Rechtsgefühl der Massen verletze." Als sich Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine neue kleine Gruppe innerhalb der Sozialdemokratie bildete, die sogenannten Jungen: Werner, Wildberger u. a., die gegen die politische Tätigkeit der Sozialdemokratie und für die revolutionäre Taktik im anarchistischen Sinne eintraten, wurde auf dem Erfurter Kongreß (1891) mit diesen Elementen sehr energisch abgerechnet. Sie erklärten ihren Austritt aus der Partei, um ihrer Ausschließung zuvorzukommen. Die Anhänger des kommunistischen Anarchismus Deutschlands haben sich zu der „Anarchistischen Föderation Deutschlands" zusammengeschlossen. Sie zählen einige 1000 Mitglieder. Organ „Der freie Arbeiter", Berlin (Aufl. 7000). Daneben erscheint noch der „Alarm", Hamburg. Die AFD' beschäftigt sich vorwiegend mit Propagandaarbeit. In neuerer Zeit haben anarchistische Ideen wieder etwas mehr Verbreitung gefunden, und zwar dadurch, daß die Vertreter des kommunistischen Anarchismus mit der deutschen syndikalistischen Bewegung Fühlung genommen haben. In Deutschland waren die Syndikalisten durch „Die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" vertreten. Sie traten 1908 aus der Partei aus. Sie haben sich 1912 zur „Freien Arbeiterunion" (Anarcho-syndikalistische Organisation)

zusammengeschlossen, die ihrer Prinzipienerklärung nach auf anarcho-kommunistischem Boden steht. Sie zählt etwa 160—180 000 Mitglieder. Ihr Führer ist Rocker, und ihr Hauptorgan „Der Syndikalist" (Aufl. 92 000).

Neben dieser in der syndikalistischen Bewegung hervortretenden Propaganda für die Ideen des anarchistischen Kommunismus werben auch die Vertreter des individualistischen Anarchismus für die Verbreitung ihrer Anschauungen, und zwar besonders im Sinne der Ideen Proudhons und Mackays.

Gustav Landauer gründete 1908 den „sozialistischen Bund" und gab die Halbmonatsschrift „Der Sozialist" heraus. Dieser Bund steht ganz auf proudhonistischem Boden. Der erste Artikel lautet:

„Die Grundform der sozialistischen Kultur ist der Bund der selbständig wirtschaftenden, untereinander in Gerechtigkeit tauschenden Wirtschaftsgemeinden."

Ein von Landauer im Jahre 1908 gehaltener Vortrag, „Aufruf zum Sozialismus" erschien 1911 in der ersten Auflage und in der zweiten Auflage nach Ausbruch der deutschen Revolution, als Revolutionsausgabe (Januar 1919). Landauer will die stärksten revolutionären Energien zur Verwirklichung der Proudhon'schen Ideen verwerten. Ganz im Sinne Proudhons heißt es in dem Aufruf: „Der selbständige Einzelne, dem Keiner in das hinein spricht, was seine Sache allein ist, die Hausgemeinschaft der Familie, der Heim und Hof ihre Welt sind, die Ortsgemeinde, die autonom ist, das Amt oder der Gemeindeverband und so immer mehr ins Breite mit einer immer kleineren Zahl Aufgaben, die umfassenderen Verbände — so sieht eine Gesellschaft aus, das allein ist der Sozialismus für den zu wirken sich lohnt, der uns aus unserer Not erretten kann."

Neben Gustav Landauer, der in der Münchener Revolution erschossen wurde, ist Benedict Lachmann für die Ideen des individualistischen Anarchismus tätig. Seine Anhänger haben sich zu einer Vereinigung individualistischer Anarchisten zusammengeschlossen, und geben eine Halbmonatsschrift der „Individualistische Anarchismus" heraus, die von Lachmann redigiert wird.

Die Anhänger Stirners hatten sich zu einem Verein „Der Einzige" zusammengeschlossen, aus dem sich der „Individualistenbund" entwickelt hat, der vom 25. bis 28. November 1920 in Berlin den ersten europäischen Individualisten-Kongreß abhielt. Direktor dieses Bundes ist Dr. Anselm Ruest (der Verfasser einer 1906 erschienenen Schrift über Stirner). Er ist auch Herausgeber einer Zeitschrift „Der Einzige", die nach Vereinigung mit der Zeitschrift „Ich", Organ des Bundes, und Sammelpunkt aller individualistisch Denkenden sein soll.

Wenn wir jetzt zu einer kurzen Kritik der anarchistischen Anschauung uns wenden, so müssen wir die sozialreformerischen und die politischen Ideen des Anarchismus trennen, ferner haben wir auseinander zu halten: die Begründer der anarchistischen Sozialphilosophie und die Vertreter der Propaganda der Tat. Insoweit die Anarchisten in ihrem wirtschaftlichen Reformprogramm mit dem sozialistischen oder kommunistischen Programme übereinstimmen, bedarf es überhaupt keiner weiteren kritischen Ausführung,

weil ich die Kritik der sozialistischen und kommunistischen Wirtschaftspläne teils früher bereits gegeben habe, teils in den folgenden Vorlesungen zu geben gedenke. Nur zweierlei will ich hervorheben: Einmal den eigentümlichen Widerspruch, in dem sich diejenigen Anarchisten befinden, welche trotz ihrer anarchistischen Grundauffassung die sozialistische oder kommunistische Wirtschaftsweise empfehlen. Dies ist ein absoluter Widerspruch, denn, wer für die Willkür des Individuums eintritt, wie es die Anarchisten tun, kann nicht in einem so wichtigen Teil menschlichen Gesellschaftslebens, wie in der wirtschaftlichen Betätigung eine solche Zwangsorganisation gutheißen, die ganz notwendigerweise mit sozialistischer oder kommunistischer Wirtschaft verknüpft ist. Wenn die Anarchisten dieser Gattung noch so oft betonen, daß das Gemeineigentum nur sogenannten autonomen Menschengruppen gehören soll, und daß im übrigen diese Gruppen und ihre Mitglieder vollkommen frei handeln sollen, so ist dies dennoch ein Widerspruch in sich. Gemeinsame Produktion und vollends gemeinsame Konsumtion erfordern Unterordnung unter einen Gesamtwillen.

Das zweite, was dieser Gruppe von Anarchisten vorzuwerfen ist, ist die Oberflächlichkeit, mit welcher sie speziell ihre volkswirtschaftlichen Reformideen darlegen und begründen. In dieser Hinsicht ist typisch Krapotkins Werk „Der Wohlstand für alle"; mit welch naivem Optimismus schildert hier Krapotkin, wie alle Menschen freudig bereit wären, in spontan sich bildenden Gruppen die nötige Arbeit zu leisten, damit alle die notwendigen Bedürfnisse befriedigen können, und wie unzutreffend ist hierbei der Vergleich zwischen solchen Vereinen wie etwa dem roten Kreuz und den anarchistischen wirtschaftlichen Vereinigungen der Zukunft; denn bei der erstgenannten Vereinigung handelt es sich darum, daß sich die Menschen zu den Werken der Nächstenliebe vereinigen, die anarchistischen Vereine sollen aber die ganze wirtschaftliche Existenz der Menschen auf diesem Wege gewährleisten.

Ganz anders steht in dieser Hinsicht Proudhon da. Er hat weder die kommunistischen oder sozialistischen Wirtschaftspläne übernommen, noch kann man ihm vorwerfen, daß er seine ökonomischen Projekte oberflächlich begründet habe. Er hat sich ernstlich bemüht, eine wirtschaftliche Reform vorzuschlagen, die mit den politischen Grundprinzipien des Anarchismus vereinbar ist, und hat in größter Gründlichkeit gesucht, dieses Wirtschaftsprogramm näher zu erläutern. Gegen die Proudhon'sche Sozialreform ist aber ein ähnlicher Einwand zu erheben wie gegen den Plan Henry Georges, den wir in der Vorlesung über Agrarsozialismus besprochen haben. Beide, Proudhon und George wollen die individualistische Produktionsweise beibehalten, und dennoch gewisse Einrichtungen und Übelstände, die unvermeidlich mit ihr verknüpft sind, beseitigen, und glauben dadurch den Individualismus und Sozialismus miteinander vereinen zu können. Geld und Zins sind unvermeidliche Begleiterscheinungen der freien privatwirtschaftlichen Produktion. Bei dieser Produktionsweise läßt sich ein Tauschmittel von innerem Werte ebensowenig entbehren, wie der Zins beseitigt werden kann, solange Privatkapital bei der Produktion mitwirkt. Indem Proudhon Privatkapital und freie Konkurrenz aufrecht

erhalten will, muß er auch Geld und Zins beibehalten und die von ihm geplante Volksbank hätte daher zweifellos mit einem Schiffbruch endigen müssen, auch wenn er nicht durch die ihm zuerteilte Gefängnisstrafe verhindert gewesen wäre, sie überhaupt ins Leben treten zu lassen. Die dort abgelieferten Waren sind kein Geld und die dafür ausgestellten Tauschbons sind keine Geldzeichen, denn es fehlt ihnen gerade das, was ihre allgemeine Annahmefähigkeit garantiert, daß sie sich nämlich allgemeiner Beliebtheit erfreuen. Deshalb mußten alle derartigen Tauschbanken scheitern, — so sind z. B. in Frankreich zwei derartige Institute von Mazel und Bonnard gegründet worden und beide nach wenigen Jahren wieder zugrunde gegangen. Warum? Weil sie gerade an dem Fehler litten, an dem auch Proudhons Plan leidet. Massenhaft wurden alle möglichen nutzlosen oder wenig brauchbaren Waren in der Bank aufgestapelt und dafür Tauschbons gegeben. Eingelöst wurden aber nur die Tauschbons ganz besonders beliebter, nützlicher und sehr brauchbarer Gegenstände. Auch in Proudhons Volksbank würde die Masse der nicht eingetauschten Waren das ganze System zum Scheitern gebracht haben.

Ich werde in späteren Vorlesungen noch auf verwandte Pläne von Rodbertus und Owen zu sprechen kommen, die ebenfalls in Form eines Arbeitsgeldes bzw. einer Arbeitstauschbank ein neues Geld einführen wollten und werde bei dieser Gelegenheit noch eingehender diese Versuche kritisieren.

Hier sei nochmals festgestellt, daß, solange Freiheit der Produktion und Freiheit des Konsums bestehen, unmöglich jede von einem freien Produzenten geschaffene Ware Bargeld darstellen kann. Noch unmöglicher als die Abschaffung des Geldes ist die von Proudhon geplante erhoffte Unentgeltlichkeit des Kredits durchzuführen. Jedes Mitglied der Volksbank würde natürlich mit großer Bereitwilligkeit die Gelegenheit wahrnehmen, Kapital zu seinen Produktionszwecken umsonst zur Verfügung zu haben. Dies wäre aber nichts als ein Geschenk, welches die Bank dem betreffenden Produzenten gewähren würde, und keine, wie immer geartete Kreditbank kann auf die Dauer ihren Mitgliedern derartige Kredite unentgeltlich gewähren.

Sonach ist Proudhons Volksbankprojekt nicht minder utopisch wie zahlreiche ähnliche Projekte, die in der Geschichte des Sozialismus und Kommunismus eine Rolle gespielt haben.

Was die politischen Ideen des Anarchismus anlangt, so widersprechen sie jeder rationellen Rechts- und Staatsauffassung. Eine ausführliche Kritik dieses Ideenganges soll hier nicht gegeben werden. Nur soviel sei bemerkt, daß eine Gesellschaft ohne Rechtszwang etwas absolut Undurchführbares ist, und weiter, daß eine so geartete Gesellschaft gerade den Prinzipien der Anarchisten selbst schnurstracks zuwiderlaufen müßte; denn, was wollen die Anarchisten? Sie wollen die Beseitigung der Willkür. Wie kann es aber ärgere Willkür geben, als die Abhängigkeit von der Laune einzelner Menschen, und dies würde doch in der anarchistischen Gesellschaft der Fall sein. Jedes Mitglied kann aus den Vereinigungen austreten, wann es ihm beliebt und dadurch den ganzen Zweck der Vereinigung illusorisch machen.

Die Abhängigkeit der einzelnen von ihren Vereinen und ihren Vorständen wäre jedenfalls viel größer, als vom „Staat" und treffend drückte dies ein Sozialdemokrat einmal aus, indem er sagte: „Erst waren wir Sklaven der Behörden und Unternehmer und jetzt sollen wir Sklaven von Komitees und Vorständen sein."

Die Philosophie des Anarchismus bildet ein gutes Gegengewicht gegen die Philosophie des Sozialismus. Ich möchte sagen, sie zeigt an einem anderen Extrem, wie einseitig die sozialistische Ideenwelt ist. Indem der Anarchismus die schrankenlose Freiheit predigt, verteidigt er die Macht der freien Persönlichkeit, die im sozialistischen und kommunistischen Staate sehr zu kurz kommen müßte. Daher finden wir nirgends eine so scharfe und radikale Bekämpfung der sozialistischen Ideen, als in den Hauptwerken des Anarchismus und daß diese Kritik von Männern geübt wird, die selbst dem Proletariat angehören oder ihm zugeneigt sind, erhöht nur ihren Wert. Unsere ganze Rechtsordnung muß fortwährend Kompromisse machen zwischen dem freien Selbstbestimmungsrecht, das die Menschen für sich fordern, und dem Zwang, der im Interesse der Gemeinschaft nötig ist. Der Sozialismus übertreibt das Prinzip des Zwanges, die Bindung der einzelnen an die Gemeinschaft, ebenso wie der Anarchismus das dem Individuum gebührende Maß von Freiheit über jedes vernünftige Maß hinaus fordert. Wie schon gegenüber der platonischen Idee der Staatsomnipotenz und einer Gesellschaft mit Gütergemeinschaft Zeno, der Stifter der stoischen Schule, die freie staatliche Gemeinschaft als höchstes Ideal gepriesen hatte, so hat immer wieder die Forderung weitgehendster Beschränkung der Persönlichkeit in ihrer wirtschaftlichen Betätigung in dem umgekehrten nicht minder radikalen Verlangen nach absoluter Schrankenlosigkeit der Individuen im sozialen Leben ihr Gegenstück gefunden.

Wie sollen sich Staat und Gesellschaft gegenüber dem Anarchismus verhalten? Die anarchistische Idee, so weit sie auf bestimmte politische oder wirtschaftliche Ideale abzielt, kann und soll sicherlich nicht durch irgendwelche Strafgewalt unterdrückt werden. Soll man Leute bestrafen und verfolgen, die irgendein noch so utopisches Bild einer gewünschten Gesellschaft entwerfen? Dann hätte man auch gegen Platos Staat, gegen Morus' Utopien und Rousseaus „contrat social", gegen Humboldts „Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirklichkeit des Staates zu bestimmen" den Strafrichter und den Staatsanwalt anrufen müssen. Dies geht nicht an. Was an derartigen Ideen gesund, reif, fruchtbar ist, wird im Laufe der Jahrhunderte in der einen oder anderen Form seine Verwirklichung finden, was daran utopisch, undurchführbar, realpolitisch unmöglich ist, wird an dem harten Widerstand der tatsächlichen Verhältnisse scheitern. Aber man würde wichtige Fermente der geistigen Entwicklung hindern und hemmen, wenn man dem Schwunge der Gedanken gesetzliche Hindernisse in den Weg legen wollte.

Ganz anders muß die Stellung des Staates gegenüber dem politischen Anarchismus sein. Wir haben gesehen, wie die anarchistischen Agitatoren die anarchistische Idee vergröbert haben. Eine Partei, die das Verbrechen zu einem politischen Prinzip erhebt, darf sich nicht wun-

dern, wenn ihre Anhänger als Verbrecher betrachtet werden und es ist durchaus verständlich, daß der Staat mit rücksichtslosester Strenge gegen eine derartige politische Partei vorgeht. Merkwürdig milde ist man lange Zeit gegenüber der anarchistischen Presse und den anarchistischen Vereinen verfahren. Hat diese Presse es doch nicht unterlassen, selbst Anweisungen zur Herstellung von Pikrinsäure, Dynamit, Nitroglyzerin, Schießbaumwolle usw. zu geben. So hat z. B. das französische Anarchistenorgan „La lutte" genaue Anweisungen zu Attentaten gegeben:

„Man geht an einem Hause vorüber, in dessen Keller sich entzündbare Stoffe (Baumwolle, Alkohol usw.) befinden. Durch das Kellerloch läßt man ein Fläschchen mit der . . . . lösung gleiten, dann setzt man ruhig seinen Weg fort. Das Fläschchen zerbricht, die Flüssigkeit verbreitet sich und eine Viertelstunde später bricht das Feuer aus."

Soweit es sich um gesetzgeberisches Vorgehen gegen den Anarchismus handelt, bedarf es keiner besonderen Gesetze dagegen, sondern, da man es mit gemeinen Verbrechen zu tun hat, genügt die Anwendung des gemeinen Rechts. Es wird in der Hauptsache Aufgabe einer möglichst aufmerksamen und wachsamen Polizei sein, den anarchistischen Attentaten nachzuspüren und alle Schlupfwinkel der anarchistischen Agitation aufzufinden.

Das beste Mittel zur allmählichen Unterdrückung anarchistischer Ideen ist die Volksaufklärung, welche die Überzeugung von dem Törichten — ja fast kann man sagen, dem Wahnsinnigen der anarchistischen Politik — immer weiteren Kreisen zum Bewußtsein bringt.

VII. Vorlesung.

Die Stellung des Sozialismus zur Religion und Ehe.

Bei den englischen Parlamentswahlen im Jahre 1910 ereignete sich folgendes: In einer Gemeinde war nach hartnäckigem Kampfe der sozialistische Kandidat unterlegen. Der Geistliche der Gemeinde gab seiner Freude über diese Niederlage dadurch Ausdruck, daß er einen Festgottesdienst veranstaltete. Seine Absicht scheiterte allerdings daran, daß die sozialistischen Wähler mit ihren roten Fahnen in der Kirche erschienen und so den Plan vereitelten.

Eine solche Verquickung von Religion und Politik finden wir in England nicht selten.

Bei meinen Studien über die englische Handelspolitik zur Zeit der Anti-Corn-Law-League las ich zahlreiche englische Broschüren, in denen vom christlichen Standpunkte aus der Freihandel gefordert wurde. Etwa mit der Argumentation, daß man bei Freihandel nach der Maxime handele: auf dem billigsten Markte kaufen und auf dem teuersten verkaufen. Dadurch gebe man der Menschheit den größten Überfluß an irdischen Gütern und bei solcher Handlungsweise erfülle man im höchsten Maße die christliche Lehre: Do ye to all men as ye would they should do unto you. Nicht minder zahlreiche Broschüren fand ich aber auch, wo umgekehrt der Schutzzoll als die einzige christliche Handelspolitik angesehen wurde. Etwa mit der Argumentation: Gott habe die fruchtbaren Gefilde und Äcker geschaffen, damit die Menschen auf ihrer heimatlichen Scholle ihre Nahrung fänden, und darum müsse durch den Zoll diese Nahrungsquelle den englischen Bauern erhalten werden.

Sie können eine ähnliche Erfahrung bei der Durchforschung der sozialistischen Literatur machen: in zahlreichen Varianten kehrt der Gedanke wieder, nur der Sozialismus sei die gottgewollte, oder die christliche Form des menschlichen Zusammenlebens, ebenso aber auch viele Schriften, in denen der Sozialismus gerade vom Standpunkte des Christentums aus bekämpft wird.

Hieraus können Sie schon ersehen, wie falsch es ist, zu sagen, der Sozialismus predige den Atheismus, oder der Sozialismus wolle die Religion „abschaffen". Ein großer Teil der sozialistischen Literatur steht — wie ich schon in der ersten Vorlesung zeigte — auf dem Standpunkte, daß das wahre

Christentum das Gemeineigentum verlange. Die Stellung des Sozialismus zum religiösen Problem ist sehr kompliziert. Wir müssen hierbei den modernen Sozialismus, soweit er auf Marx und Engels zurückgeht, von allem übrigen Sozialismus unterscheiden.

Prüft man den Sozialismus mit Ausnahme dieser marxistischen Richtung auf unsere Frage, so müssen wir neben einer Gruppe von Sozialisten, welche die Religion als neutrales Gebiet betrachten, solche unterscheiden, die aus innerster religiöser Überzeugung zum Sozialismus gekommen sind und solche, die mit ihrer sozialistischen Lehre ein atheistisches oder antireligiöses Bekenntnis verbinden. Wir haben in dem Kapitel über den kommunistischen Staat schon gesehen, daß die meisten kommunistischen Gemeinden auf streng religiöser Basis errichtet sind, das heißt gerade um deswillen die Gütergemeinschaft angenommen haben, weil dies dem wahren Christentum entsprechen soll.

Als typisch für den christlichen Sozialismus erwähne ich aus der deutschen Literatur z. B. das Buch des evangelischen Pfarrers Todt. Es ist 1877 erschienen und betitelt: „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft. Versuch einer Darstellung des sozialen Gehaltes des Christentums und der sozialen Aufgaben der christlichen Gesellschaft auf Grund einer Untersuchung des Neuen Testaments.“

Hunderte von Bibelsprüchen werden vom Verfasser zitiert, welche die Übereinstimmung der Grundgedanken des Christentums mit den Ideen des Sozialismus beweisen sollen. Todt beginnt sein Werk mit den Worten: „Wer die soziale Frage verstehen und zu ihrer Lösung beitragen will, muß in der Rechten die Nationalökonomie, in der Linken die wissenschaftliche Literatur der Sozialisten und vor sich aufgeschlagen das Neue Testament haben.“ Nach Todts Meinung ist der innerste Kern des Kommunismus der, daß als Heilmittel aller aus der Selbstsucht entsprungenen Übel der Menschen die Solidarität ihrer Interessen anzusehen sei, das heißt die gemeinschaftliche menschliche Tätigkeit und der gemeinsame Nutzen. Diese Solidarität der Interessen sei ein echt neutestamentlicher evangelischer Begriff, und als Beweis wird der Spruch des Apostels Paulus angeführt: „Lasset uns aber rechtschaffen sein in der Liebe und wachsen in allen Stücken an dem, der das Haupt ist, Christus. Aus welchem der ganze Leib, zusammengegliedert und zusammengefügt durch jegliches Band der Hilfeleistung nach Vermögen im Verhältnis eines jeglichen Teils das Wachstum des Leibes vollbringt zur Erbauung seiner selbst in Liebe.“

Die berühmte Stelle aus der Apostelgeschichte, die sich auf das Leben der ersten Christengemeinde bezieht, wird, wie von den meisten christlichen Sozialisten, auch von Todt wiederholt angeführt: „Alle Gläubigen waren beieinander und hielten alle Dinge gemein und verkauften ihre Güter und Habe und teilten sie allen aus, je nachdem jemand es bedurfte.“ Zwar will Todt nicht so radikale Folgerungen daraus ziehen, wie Liebknecht, der meinte: „Wer den eigentumsfeindlichen, in des Wortes verwegenster Bedeutung kommunistischen Charakter des Christentums, wie er sich im Neuen Testament darstellt, bestreiten will, hat die Bibel nicht oder doch nicht mit offenen Augen gelesen.“ Dies sei zu weit gegangen. Aber richtig sei,

daß hier neben der Anerkennung des Privateigentums doch auch keimartig die Idee der Verwandlung der Privateigentums von Grund und Boden, wenn auch nicht in Gesamteigentum, so doch in ein gewisses partielles Gemeinschaftseigentum auftauche. Es sei also ungerecht und zeuge von einer Verkennung des neutestamentlichen Geistes, wenn man die sozialistische Idee der Verwandlung des Privateigentums von Grund und Boden in Gesamteigentum für eine verbrecherische, fanatische erkläre. „Aber jenem Gedanken des Gesamteigentums" — fährt Todt fort — „liegt wirklich ein tiefer sittlicher Gehalt zugrunde. Es ist die Konsequenz des göttlichen Wortes (1. Moses 1, 28 ff.): „Füllet die Erde und machet sie euch untertan, und herrschet über Fische im Meer und Vögel unter dem Himmel und über alles Tier, das auf Erden kriecht."

Sehr berühmte Vertreter des christlichen Sozialismus hat es besonders in Frankreich und England gegeben. In Frankreich war es namentlich der Graf Henri de St. Simon, der in seinen grundlegenden sozialistischen Werken immer wieder auf die Lehre des Christentums zurückging und den Sozialismus als die Erfüllung des „neuen Christentums" bezeichnete. In seinem letzten und berühmtesten Werke „Le nouveau christianisme" (1825), wo er das Fazit seines Lebens zieht, stellt er gleich zu Beginn den Satz auf: „Die Menschen sollen sich gegenseitig als Brüder betrachten (les hommes doivent se conduire en frères à l'égard les uns des autres); dieser erhabene Grundsatz schließt alles ein, was es Göttliches in der christlichen Religion gibt."

Daraus folgert er: „Nach diesem Grundsatze, welchen Gott den Menschen zur Regel ihres Verhaltens gegeben hat, sollen sie ihre Gesellschaft auf die Weise einrichten, welche die für die größte Mehrzahl vorteilhafteste ist, sie müssen sich in allen ihren Arbeiten, in allen ihren Handlungen zum Ziel setzen, so schnell und vollständig wie möglich die moralische und physische Existenz der zahlreichsten Klasse zu verbessern." — „Das wahre Christentum muß die Menschen glücklich machen, nicht nur im Himmel, sondern auch auf der Erde." Von diesem Standpunkte aus kritisiert er die katholische und evangelische Kirche und ihre Vertreter und meint, daß beide ihre Schuldigkeit nicht getan hätten. Die Zukunft gehöre dem wahren Christentum welches die sozialen Reformen zugunsten der Besitzlosen in die Wege leiten würde. St. Simon schwebte als Ziel eine streng sozialistisch und theokratisch organisierte Gesellschaft vor, in welcher die Regelung der Produktion dem Staate übertragen sein sollte, der die Produktionsmittel an die jeweilig Tüchtigsten abzugeben hätte. Jeder sollte nach seinen Fähigkeiten arbeiten und nach seinen Leistungen belohnt werden. St. Simon hat außer seinen Schülern noch viele Nachfolger gehabt. Namentlich in der Periode der Februarrevolution traten zahlreiche Systeme des christlichen Sozialismus an die Öffentlichkeit, unter denen besonders die von Buchez, Pierre Leroux und Lammenais erwähnenswert sind.

Auch in England hat der christliche Sozialismus eine Anzahl hervorragender, tatkräftiger, begeisterter Anhänger gefunden. Als in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die großen Mißstände im Gefolge der ungezügelter Konkurrenz sich zeigten, traten unter den Anwälten einer

völligen Neuordnung der sozialen Verhältnisse auch die christlichen Sozialisten an die Öffentlichkeit, unter denen namentlich Frederic Denison Maurice hervorragt, ein Geistlicher der englischen Staatskirche, der 1872 als Professor der Moralphilosophie in Cambridge gestorben ist. — „Ohne Menschenfurcht", so lehrte Maurice, „müsse das Christentum verkünden, daß die wirtschaftlichen Grundsätze des Sozialismus auch die der Bibel seien, daß die menschliche Gesellschaft ein Leib sei, bestehend aus vielen Gliedern, nicht eine Gesamtheit sich befehdender Atome, daß echte Arbeiter Arbeitsgenossen sein müßten, und nicht Nebenbuhler, daß ein Prinzip der Gerechtigkeit, nicht der Selbstsucht im Tauschverkehr herrschen sollte." —

Das wirtschaftliche Leben müsse auf das Prinzip der Assoziation gegründet werden; die größten Leistungen würden nicht durch die Konkurrenz, sondern durch das Zusammenwirken hervorgebracht. Das Christentum erkenne die Assoziation als das einzig berechtigte Prinzip an und sei deshalb sozialistisch. Da wir Christen seien, müßten wir auch Sozialisten sein. Darum nannten sich die Anhänger von Maurice, Kingsley und anderen christlich-sozialistisch, um anzudeuten, daß ihre Absicht sei, das unsoziale Christentum und den unchristlichen Sozialismus zugleich auf bessere Wege zu bringen.

Gemeinsam mit Ludlow, Kingsley und anderen Anhängern suchte Maurice seiner Idee auch praktische Geltung zu verschaffen, indem er besonders die Bildung von Arbeiterproduktivgenossenschaften anregte. In einer Versammlung von Schneidergesellen, welche die christlichen Sozialisten zur Empfehlung von Produktivassoziationen einberufen hatten, wurde eine Resolution angenommen, worin es unter anderem heißt: „die Abhilfe für die Übel der Konkurrenz liegt in dem brüderlichen und christlichen Grundsatz des Genossenschaftswesens, d. h. der vereinten Arbeit bei Verteilung des gemeinsamen Gewinnes" In neuerer Zeit ist in England der Lordbischof Westkott für den christlichen Sozialismus eingetreten. In einem, Oktober 1890 auf dem Church Congress (der jährlichen Konferenz der anglikanischen Staatskirche) gehaltenen Vortrage warf er die Frage auf: ob der Zustand der Dinge in unseren Städten und Dörfern der göttlichen Idee entspräche, und er antwortete, daß der gegenwärtige Stand der Güterverteilung ebenso gefährlich sei für die, welche besitzen, wie für die, welche darben. Nur eine dem Geiste des Evangeliums entsprechende sozialistische Neuordnung der Gesellschaft könne Hilfe bringen.

Reverend J. Campbell am City Temple zu London erklärte in einer Versammlung der „Unabhängigen Arbeiterpartei" zu Liverpool im März 1907: „Ich bin Sozialist, weil ich Christ bin. Ich bin dazu getrieben durch die Logik des Evangeliums. Was die Kirche Jesu in ihrer ersten Zeit wollte, das will heute die sozialistische Partei: einen Versuch wagen, das Königreich Gottes zu verwirklichen. Neunzehn Jahrhunderte sind vorübergegangen, und noch ist es nicht gekommen. Aber ihr Sozialisten verbreitet aufs neue die alte Wahrheit und zeigt, wo die wahre Kirche zu finden ist." Im Januar 1908 veröffentlichten mehr als hundert Geistliche verschiedener englischer Kirchengemeinschaften eine Erklärung, in der sie ausdrücklich, um vorgekommenen Irrtümern zu begegnen, aussprechen, daß ihr Sozialismus der nämliche sei, dem die Sozialisten der ganzen Welt anhängen, und die

Vergesellschaftung der Produktionsmittel einschließe. „Unser Sozialismus ist nicht minder ernst noch minder vollständig, weil er durch unser Christentum beseelt wird. Die sozialistische Lehre ist in ihrem Kern eine ökonomische Sache und kann deshalb von allen Menschen verteidigt werden, Christen oder Ungläubigen. Aber als Diener des christlichen Glaubens fühlen wir, daß die ökonomische Lehre in vollkommener Übereinstimmung ist mit unserem Glauben, und wir sind überzeugt, daß ihre Verteidigung gerechtfertigt, ja sogar von uns gefordert wird durch die Vorschriften unserer Religion."

Im strikten Gegensatz zu diesem religiösen Sozialismus meint der atheistische Sozialismus, daß die Religion ein Hindernis für den sozialen Fortschritt sei. Als Typus dieser Richtung mag der englische Sozialist Robert Owen genannt werden, der im Gegensatz zu seiner streng calvinistischen Gattin ein Freigeist war und die Religionen für die großen trennenden Mächte der Gesellschaft hielt. Soziale Reform war für ihn unmöglich ohne religiöse Reform, aber diese Reform müsse unbegrenzte Gewissensfreiheit zum Ziele haben.

Nach einer Reihe von Vorlesungen, die er im Jahre 1828 in New Orleans gehalten hatte, richtete er eine Aufforderung an die Geistlichkeit zu offenem Redekampfe: „Ich werde hier wie schon in meinen Vorlesungen den Nachweis führen, daß alle Religionen auf Unwissenheit beruhen, daß sie den ewigen Gesetzen der Natur entgegen und die Quelle aller Laster, des Streites und des Elendes jeder Art sind, daß sie nur aufrecht erhalten werden können durch die Unwissenheit der Massen und die Tyrannei der Wenigen über sie." An die Stelle der bestehenden Religionen wolle er die Religion der Liebe setzen, unabhängig von jedem Bekenntnis. (Simon, S. 202.) Wilhelm Liebknecht erklärte im „Volksstaat" 1875: „Unsere, der Sozialisten, Pflicht ist es, die Ausrottung des Gottesglaubens mit Eifer und Hingebung zu erfüllen, und niemand anderes ist des Namens eines Sozialisten würdig, als der, welcher selbst Atheist, der Ausbreitung des Atheismus mit allem Eifer seine Anstrengung widmet."

Der marxistische Sozialismus und die sozialdemokratischen Parteien, welche sich dieser Theorie angeschlossen haben, stehen nicht auf diesem atheistischen Standpunkte.

Für sie ist die Religion ebensowenig das Ideal, dessen Verwirklichung erst durch den Sozialismus möglich ist, als die feindliche Macht, gegen welche im Sinne Owens gekämpft werden müsse. In gewisser Hinsicht steht die neuere Sozialdemokratie der Religion neutral gegenüber. Dies hängt wieder mit der materialistischen Geschichtsauffassung zusammen. Gemäß dieser Anschauung sind auch die Religionen und die einzelnen Konfessionen nur die Folgeerscheinungen wirtschaftlicher Zustände: da diese sich fortwährend veränderten, so müsse sich auch die religiöse Ideenwelt fortwährend ändern. Die Religion werde nicht „abgeschafft", sondern mit der kommenden Änderung der Produktionsweise falle die Religion von selbst fort.

Die Religion soll nach einem Worte von Engels nichts anderes sein, als die „phantastische Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen derjenigen äußeren Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen, eine Wider-

spiegelung, in der die irdischen Mächte die Form der überirdischen annehmen.

Danach hätten sich allmählich folgende Hauptreligionssysteme gebildet: Zunächst die Naturreligion. Die Menschen seien in erster Linie von den Naturgewalten abhängig gewesen und hätten daher auch zu der Natur gebetet; die Macht der Sonne sei der Beweggrund, warum der Mensch zu ihr bete und ihr opfere.

Sobald die gesellschaftlichen Mächte neben den Naturgewalten wirksam geworden seien, hätten auch die Götter, die angebetet wurden, neue Gestalt gewonnen.

Die Religion sei ursprünglich Nationalreligion gewesen, weil die abgeschlossen für sich lebenden Völker auch ihren eigenen Lebensbedingungen entsprechend ihre besonderen Götter gehabt hätten.

Die Entstehung einer Weltreligion, des Christentums, sei wiederum durch ökonomische Umstände zu erklären. Als durch das römische Weltreich die alten Nationalitäten untergegangen seien, wären auch die nationalen Götter verschwunden. Dem Weltreich hätte auch eine Weltreligion entsprochen. Durch die Warenproduktion seien die Menschen untereinander immer mehr in Verkehr getreten und so sei das Christentum als Kultus des abstrakten Menschen entstanden.

Auch die Spaltung der christlichen Konfessionen wird durch wirtschaftliche Verhältnisse erklärt. Der Katholizismus sei die mittelalterliche Anpassung des Christentums an die Feudalität gewesen, mit dem Wanken des Feudalismus sei auch der Katholizismus ins Wanken geraten. Die Reformation sei der Empörung des aufkommenden Bürgertums gegen die ökonomische Macht der Kirche entsprungen. Die Kirche als größte Grundeigentümerin mit ihren zahlreichen feudalen Lasten und Schranken sei eine Fessel für die vorgeschrittenere Produktionsweise gewesen. Die Völker, die sich zur Reformation bekannt hätten, wären wesentlich durch soziale Motive dazu bestimmt gewesen, weil die katholische Kirche ihren wirtschaftlichen Interessen hindernd im Weg gestanden hätte.

Die herrschende Kirche benutze zudem die Religion als Mittel zur Befestigung der ökonomischen Ungleichheit. Namentlich die Lehre von der Unsterblichkeit der Seele und der Vergeltung im Jenseits werde meist dazu benutzt, eine Rechtfertigung der bestehenden Ordnung zu liefern und die Armen mit ihrem Lose zufrieden zu machen. „Die Gesetze, die Moral, die Religion", heißt es im kommunistischen Manifest, „sind für ihn (d. h. für den Proletarier) ebensoviel bürgerliche Vorurteile, hinter denen sich ebensoviele bürgerliche Interessen verstecken."

Die Religion sei also eine Folge der Knechtung, welche das Kapital gegenüber dem Proletariat ausübe.

Wie steht es demnach mit der Religion der Zukunft? Sie soll gemäß dieser Auffassung absterben, sobald durch die sozialistische Gesellschaft ihr Existenzgrund, nämlich die Herrschaft des Kapitals verschwunden sei. „Wenn die Gesellschaft" — sagt Engels — „durch Besitzergreifung und planvolle Handhabung der gesamten Produktionsmittel sich selbst und alle ihre Mit-

glieder aus der Knechtung befreit hat, in der sie gegenwärtig gehalten wird durch diese von ihnen selbst produzierten, aber ihnen als übergewaltige fremde Macht gegenüberstehenden Produktionsmittel, wenn der Mensch also nicht mehr bloß denkt, sondern auch lenkt, dann erst verschwindet die letzte fremde Macht, die sich jetzt noch in der Religion widerspiegelt, und damit verschwindet auch die religiöse Widerspiegelung selbst, aus dem einfachen Grunde weil es dann nichts mehr widerzuspiegeln gibt."

Die oft aufgeworfene Frage: Kann ein Christ Sozialdemokrat sein? ist demnach folgendermaßen zu entscheiden:

Zunächst, was die formelle Möglichkeit der Aufnahme eines christlich Denkenden in die Partei anlangt, so steht diesem nichts im Wege. Im Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie heißt es unter Nr. 6 der Grundsätze, die „zunächst" von der Partei gefordert werden: „Erklärung der Religion zur Privatsache". Damit will die Partei jedes Festlegen auf ein religiöses Bekenntnis vermieden wissen und den Mitgliedern der Partei gegenüber möglichst Toleranz bewahren. Auch dürfte es schwer sein, Mitglieder einer politischen Partei auf ein bestimmtes religiöses Bekenntnis oder gar eine Weltanschauung zu verpflichten. Taktische Erwägungen haben ebenfalls bei dieser Formulierung mitgespielt. Es ist den Führern der Partei wohl bekannt, welche große Verbreitung das religiöse Empfinden in den weitesten Volkskreisen hat. Die Sozialdemokratie würde eine große Mitgliederzahl verlieren, wenn sie ein atheistisches Bekenntnis verlangte.

Jedes Mitglied der Partei aber, welches auf christlichem Boden steht, verleugnet damit die grundlegenden Ideen der Partei selbst — insofern muß man sagen: wenn auch der Aufnahme christlich denkender Mitglieder nichts im Wege steht, so befinden sich diese doch im Widerspruch mit der Weltanschauung der Sozialdemokratie. Denn die materialistische Geschichtsauffassung läßt sich mit den Grundgedanken des Christentums nicht vereinbaren.

Die Antwort muß also lauten: wer wirklich mit den Grundgedanken der sozialdemokratischen Weltanschauung sympathisiert, kann nicht zugleich Christ sein. Der frühere Pfarrer Göhre, der Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist und trotzdem an seinem christlichen Bekenntnis festhält, befindet sich also mit den grundlegenden sozial-philosophischen Ideen der Partei im Widerspruch.

Wenn Göhre z. B. erklärte: „Meine religiösen Überzeugungen haben mich zum Sozialdemokraten gemacht", und wenn er als einzigen Inhalt des Christentums oder genauer der Lehre Jesu die tätige Nächstenliebe erkennt, die heute unter dem Namen der Solidarität aller das Panier der Sozialdemokratie, die Kraft, Trost, die Hoffnung Unzähliger geworden sei, so steht dies alles mit der materialistischen Geschichtsauffassung im Widerspruch. Darum will er auch diese Geschichtsauffassung nur mit großen Einschränkungen und Korrekturen annehmen. — In einem Artikel über Christentum und materialistische Geschichtsauffassung (erschienen 1902) gibt er dieser eine solche Fassung, daß „das Recht und die Selbständigkeit der Religion vor der mate

rialistischen Geschichtsauffassung gerettet werden, ohne daß dieser Gewalt angetan wird."

Ist sonach die Frage: ob ein Christ Sozialdemokrat sein kann, zu verneinen, wenn man auf die der Partei eigentümliche Weltanschauung sieht, so ist dagegen die Frage: kann ein Christ Sozialist sein? unbedingt zu bejahen. Denn was in aller Welt sollte jemanden, der das Gemeineigentum für volkswirtschaftlich zweckmäßiger hält, als das Privateigentum, hindern, auf dem Boden des christlichen Glaubensbekenntnisses zu stehen? Nur wenn man die Grenzen völlig verkennt, die der Religion gegenüber dem Wirtschaftsleben gezogen sind, kann man zu der Ansicht kommen, das Christentum sei antisozialistisch.

Damit komme ich zu einer etwas eingehenderen Kritik der verschiedenen religiösen Auffassungen innerhalb des Sozialismus, die ich Ihnen heute erklärt habe. Gänzlich abzuweisen ist die Stellung des Geschichtsmaterialismus zur Religion: Bis zu welchen Verirrungen diese Methode führt, dafür ist die Deutung, welche dem Calvinismus gegeben wird, sehr charakteristisch. Der Calvinismus wird bei Engels so erklärt: „Calvins Dogma von der Gnadenwahl war der religiöse Ausdruck der Tatsache, daß in der Handelswelt der Konkurrenz Erfolg oder Bankerott nicht abhängig ist von der Tätigkeit oder dem Geschick des einzelnen, sondern von Umständen, die von ihnen unabhängig sind." Da aber diese Unsicherheit des wirtschaftlichen Erfolges ein Charakteristikum des individualistischen Wirtschaftssystems überhaupt ist, müßte man annehmen, daß der Calvinismus mit dem Vordringen dieser Wirtschaftsordnung immer mehr Völker und Länder sich erobert habe, daß er die Religion der hochentwickelten Handelsvölker wäre — statt dessen hat sich der Calvinismus immer nur bei einzelnen Völkern — und durchaus nicht gerade bei den „kapitalistischen" Völkern eingebürgert und er ist tatsächlich immer mehr an Bedeutung gegenüber den anderen Bekenntnissen zurückgetreten.

Wer die Geschichte nicht gänzlich einseitig betrachtet, muß die große selbständige Bedeutung, welche die religiöse Idee auf die großen sozialen Umgestaltungen gehabt hat, anerkennen.

Gerade vom religiösen Standpunkte aus muß vor einer Verquickung religiöser und volkswirtschaftlicher Gedanken gewarnt werden. Sie dürfen ebensowenig sagen: das Christentum fordert Privateigentum, wie Sie sagen dürfen: das Christentum verwirft das Privateigentum. Wie sollte man das Christentum für bestimmte Formen des Gesellschaftslebens in Anspruch nehmen? Das Christentum verlangt, daß gewisse Ideen, wie die der Nächstenliebe den Gesetzgeber bei seiner Tätigkeit leiten sollen, fordert, daß das gesamte Wirtschaftsleben von diesem Geiste werktätiger Menschenliebe erfüllt sein soll, sagt aber nichts über die speziellen Institutionen, auf welchen das Wirtschaftsleben beruhen soll. Dies muß der gesetzgeberischen Technik überlassen bleiben. Bedenken Sie, daß das Christentum eine Welt- und Universalreligion ist: wie können da bestimmte Gesellschafts formen für alle Zeiten und Völker ein für allemal festgesetzt werden? Wer aber die ethischen Gedanken des Christentums zur Bekämpfung

der Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftssystems verwertet, vertritt nicht christlichen Sozialismus, sondern christlichen Antimammonismus.

Mit Recht hat daher Schofer dem Satz von Pesch „Christentum und Kapitalismus stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser", dem richtigeren Satz gegenübergestellt: „Der egoistische Mammonismus und das Christentum verhalten sich wie Feuer und Wasser."

Falsch ist vor allem auch der in der katholisch-sozialen Bewegung immer wieder hervortretende Gedanke, daß der Sozialismus abzulehnen sei, weil die Beseitigung des Privateigentums gegen das Naturrecht verstoße. In der naturrechtlichen Auffassung der katholisch-sozialen Richtung sind dabei zwei Epochen zu unterscheiden. Das ältere Naturrecht der katholischen Kirche war das sogenannte „absolute Naturrecht". Es knüpft an das stoische Naturrecht an und erblickt im Gemeineigentum die naturrechtliche gebotene Wirtschaftsform. Das Ideal war Gleichheit, Brüderlichkeit und Besitzgemeinschaft. Im Sinne dieses absoluten Naturrechtes lehrte einer der angesehensten Kirchenväter des vierten Jahrhunderts Chrysostomos: Die Gütergemeinschaft ist die adaequatere Form unseres Lebens als der Privatbesitz und sie ist naturgemäß. Dieses ältere Naturrecht hat eine bedeutsame Umgestaltung erfahren durch das jüngere relative Naturrecht des Sündenstandes. Dieses Naturrecht trägt durchaus Kompromißcharakter, sucht eine Versöhnung mit den Ordnungen der weltlichen Macht und der positiven Rechtsordnung herbeizuführen. Der Hauptvertreter dieser Richtung ist Thomas von Aquino, der seinerseits wieder Gedankengängen des Aristoteles folgt. Auch für den Aquinaten ist das Privateigentum ein Ausfluß der natürlichen Vernunft, eine allgemein menschliche Einrichtung, unabhängig von den wechselnden Satzungen des bürgerlichen Rechtes. Daher erklärt Leo XIII. in seiner Encyklika 1891:

„Das Privateigentum ist unter allen Umständen, sei es als Frucht der Arbeit oder des Gewerbes oder infolge von Übertragungen oder Schenkungen, ein Naturrecht, und jedermann kann darüber in vernünftiger Weise nach seinem Gutdünken verfügen." Der katholisch-soziale Philosoph und Sozialpolitiker Hertling meinte: „das Privateigentum ist das vom Schöpfer verordnete Gesetz, also verbindlich und unbedingt geboten."

Diese ganze Auffassung, sowohl des religiösen sowie des profanen Naturrechts ist unhaltbar. Das Privateigentum ist nichts naturrechtliches, sondern eine gesetzliche Institution wie jedes andere Stück der Rechtsordnung auch, ist daher den größten Veränderungen unterworfen und unterliegt der Kritik aus Zweckmäßigkeitsgründen genau ebenso wie jede andere Rechtsinstitution.

Wie viele Irrtümer und fehlerhafte Gesetzgebungen sind schon dadurch entstanden, daß aus mißverständlich aufgefaßten Bibelstellen bestimmte Normen für die Rechtsordnung abgeleitet wurden! Ich erinnere Sie an das Jahrhunderte hindurch aufrecht erhaltene kanonische Zinsverbot, das mit Berufung auf die Stelle bei Lukas „Leihet, auf daß ihr nichts hoffet" in die Gesetzgebung eingeführt wurde. — Ich erinnere Sie daran, wie die Bevölkerungspolitik lange Zeit durch die Meinung der Geistlichen beeinflußt wurde, die ebenfalls wieder mit Berufung auf gewisse biblische Sprüche

reichsten Kindersegen als etwas Gottgewolltes hinstellten, noch zu Zeiten, als es im Hinblick auf die starke Bevölkerungsvermehrung Deutschlands „christlicher" gewesen wäre, vor den frühzeitigen Heiraten und den damit verbundenen wirtschaftlichen Notständen zu warnen.

Auch in der christlich-sozialen Bewegung Deutschlands — die zwar nicht sozialistische Wirtschaftsordnung, aber weitgehende Sozialreform zugunsten der arbeitenden Klassen verlangt — ist die vorsichtige Scheidung von Christentum und Wirtschaftspolitik immer wieder außer acht gelassen worden. So heißt es z. B. in den „Grundlinien für das Programm der evangelischen Arbeitervereine": „Das Ziel unserer Arbeit sehen wir in der Entfaltung der welterneuernden Kräfte des Christentums in dem Wirtschaftsleben der Gegenwart. Wir sind der Überzeugung, daß dieses Ziel nicht schon erreicht werden kann durch eine nur zufällige Verknüpfung von allerhand christlichen und sozialen Gedanken, sondern allein durch eine organische, geschichtlich vermittelte Umgestaltung unserer Verhältnisse gemäß den im Evangelium enthaltenen und daraus zu entwickelnden sittlichen Ideen."

Es folgen hierauf praktische sozialpolitische Vorschläge und zwar unter anderen für den Großbetrieb: Maximalarbeitstag, Einführung einer Sonntagsruhe von mindestens 36 Stunden, Einführung obligatorischer Fachgenossenschaften bzw. gesetzlich anerkannter Gewerkschaften usw., für das Handwerk: Einführung einer korporativen Organisation und die Begründung und Förderung genossenschaftlicher Vereinigungen.

So viele einzelne Forderungen — so viele heiß umstrittene nationalökonomische Probleme! Die Frage des Normalarbeitstages und der Gewerkvereine sind nicht weniger Gegenstand lebhaftester Kontroverse unter den Fachleuten, als die Frage der Organisation des Handwerks. Fehlt etwa denen, die die Einführung des Maximalarbeitstages für unzweckmäßig halten, oder die glauben, daß die Gewerkvereine nach englischem Muster dem sozialen Frieden nicht förderlich sind, der Sinn für die im Evangelium enthaltenen und daraus zu entwickelnden sittlichen Ideen? Oder sind diejenigen, welche als Programmforderung für das Handwerk statt der vagen Forderung des Programms der evangelischen Arbeitervereine die alten Institutionen der Zwangsinnung und des Befähigungsnachweises vertreten, schlechte Christen?

Es muß stets auf Abwege führen, konkrete sozialpolitische Gesetzesvorschläge mit dem Stempel des christlichen oder evangelischen Geistes versehen zu wollen.

Der theoretische Irrtum der christlichen Sozialreform tritt auch in den Schriften des Pfarrers Naumann hervor. Naumann begeht vor allem den Fehler, seine Interessenvertretung der Arbeiter oder der sog. „kleinen Leute" mit bestimmten Anschauungen Jesu Christi rechtfertigen zu wollen. Jesus habe — dieser Gedanke geht durch alle Naumannschen Schriften und Andachten hindurch — das Evangelium vor allem den Armen gepredigt und ihnen Hilfe bringen wollen; darum müsse auch eine christlich-soziale Partei vor allem eine Partei der Arbeiter sein.

Wie Stöcker bereits von Jesus als dem „Proletarierkönig" redete, und von der Bibel als einem „Arbeiterbuch", so sagte auch Naumann: „Der Geistliche soll für seinen Kreis ein Prophet Gottes sein, ein Mann, der wirklich an den Jesus glaubt, der den Armen das Evangelium gepredigt hat. Er soll für seine Tagelöhner, Steinbrecher und Kleinbauern, für die Schuhmacher, Weber, Metallarbeiter und Kellner, für die Dienstmädchen, Näherinnen und Verkäuferinnen, für das ganze Heer, das abhängig und mühselig ist, für alle, die nicht „Acker und Vieh, Haus und Hof, Geld und Gut" besitzen, er soll für diese alle so leben, wie Jesus für die Schiffer, Zöllner und kleinen Bauern Galiläas gelebt hat." Und ein anderes Mal sagte er: „Die Kirche soll in ihren amtlichen Vertretern wissen, daß sie die Sache der Armen, der Freunde des armen Herrn Jesus, zu führen hat. Eine Kirche der Reichen ist eine unheimliche Erscheinung."

Diesen Gedanken noch weit überbietend und übertreibend, wählten englische Geistliche, die sich an der Chartistenbewegung beteiligten, als Thema ihrer Predigt: „Es ist falsch, daß Gott Arme und Reiche schuf, er schuf Männer und Frauen und gab ihnen die Erde als Erbe."

Diese ganze Auffassungsweise steht mit der Stellung Jesu zum irdischen Besitze nicht im Einklang. Jesum als Anwalt der Armen oder der Arbeiter hinstellen, heißt das Christentum zu einer Klassenreligion degradieren, widerspricht der allumfassenden Liebe, die gerade von Jesu ausgehen soll. Wenn Jesus seine Werke der Barmherzigkeit in besonders großem Maße an Armen ausübt, und seine Trostworte namentlich an die ärmeren Volksschichten richtet, so hat dies seinen einfachen Grund darin, daß sie des Trostes und der Hilfe am meisten bedürftig waren, soll aber nicht heißen, daß er den Reichen gleichgültig oder gar feindselig gegenüberstand. Jesus verwirft nur den egoistischen Reichtum, der nichts kennt, als das eigene mammonistische Interesse. Mit Recht sagt Stammler (Sozialismus und Christentum, Leipzig 1920): „Die Anweisungen in den Aussprüchen von Jesus, daß man dem Übel nicht widerstehen solle, daß man dem, der den Rock fordert, auch den Mantel geben möge, — es sind nicht Paragraphen, sie empfehlen nicht diese oder jene Rechtseinrichtung, etwa das kommunistische Eigentum an Stelle des privaten; es sind Richtlinien der Gedanken. Ihr sollt nicht, wie dort gelehrt, an begrenzte Dinge euer Herz hängen, so daß ihr bei dem Verluste selbst vernichtet seid: alle Einzelheiten und besonderen Erlebnisse sind gering, wenn ihr nur Frieden habt in Euch und mit Gott! So hat die Wertschätzung von privatem Vermögen, die Jesus als das höchste Gut nicht anerkennt, zu ihrem Gegensatze nicht etwa die Wertschätzung einer kommunistischen Wirtschaftsorganisation, sondern das Grundgesetz, das in den ehernen Worten der Bergpredigt gegeben ist: „Ihr sollt vollkommen sein, gleichwie euer Vater im Himmel vollkommen ist."

Ebenso falsch ist auch der umgekehrte Standpunkt, daß man das Christentum dahin auslegt, daß die „Armut" etwas Gottgewolltes sei und daß die „Armen" mit dem Schicksal, das ihnen auferlegt wäre, zufrieden sein müßten, weil es die „Vorsehung" so eingerichtet habe. Mit Berufung auf den Ausspruch Calvins, daß nur, wenn das Volk, d. h. die Masse der Arbeiter und Handwerker arm erhalten werde, es Gott gehorsam bleibe, hat man

die ungleiche Verteilung der Güter als spezielles Werk der Vorsehung Gottes bezeichnet, der mit diesen Unterschieden ebenso wie mit der nur partikulären Gnade seine geheimen, uns unbekannten Ziele verfolge.

Zum Schlusse dieser Betrachtungen über die Stellung des Sozialismus zur Religion möchte ich Ihnen noch ein paar kurze Bemerkungen über die Urchristengemeinde hinzufügen.

Wenn auch noch in neuester Zeit so häufig von Gegnern des Privateigentums auf das Leben der ersten Christen in den Christengemeinden hingewiesen und dieses angebliche „Kollektiveigentum" als mustergültige Gesellschaftsform im christlichen Sinne geschildert wird, so beruht diese Auslegung der Heiligen Schrift auf offenbarem Mißverständnis.

Wir wollen einmal die Frage ganz offen lassen, inwieweit die Quellen zuverlässig sind, aus denen diese Berichte in den Apostelakten stammen. Jedenfalls sollte mit diesen Berichten in keiner Weise die dem Christentum innewohnende eigentumsfeindliche Gesinnung dokumentiert werden. Es handelt sich hierbei nicht um sozialistische Produktion der Güter, sondern um gemeinschaftlichen Konsum der Güter, die „Habe" sollte gemeinschaftlich sein. Diese Gütergemeinschaft der ersten Christen war aber keine obligatorische, sondern eine freiwillige, Ananias und Saphira wurden nicht bestraft, weil sie etwas von ihrem Gelde der Gemeinde vorenthielten, denn sie waren nicht zur Ablieferung verpflichtet, sondern weil sie unwahre Angaben über ihren Besitz gemacht hatten. Diese Gütergemeinschaft sollte nicht das Muster der Eigentumsordnung für alle Zeiten und Völker sein, sondern die Mitglieder dieser ersten Christengemeinde sollten sich frei machen von den Sorgen des täglichen Lebens, um ihren Sinn ganz und allein auf das Reich und die Gerechtigkeit Gottes zu richten. So fassen es auch die meisten Kommentatoren der Apostelgeschichte auf, z. B. Meyer, Weißzäcker, Wendt. Nösgen lehnt sogar jede soziale Beziehung des Begriffs „Gemeinschaft" ab und will nur an die „Gemeinschaft im Geiste, an das innere reale Einssein" denken. Die Apostel wollten das ewige Heil bringen, aber kein volkswirtschaftliches Programm aufstellen. Die Gemeinschaft ist hier eine Gemeinschaft des Reiches Gottes, und die freiwillig gewählte Gütergemeinschaft sollte ein Mittel sein in dieser Zeit der messianischen Erwartungen, besser den religiösen Idealen leben zu können.

Auch war die fakultative Gütergemeinschaft gar nichts Neues; schon lange vor dem Auftreten Christi lebte eine jüdische Sekte, die Essener, die das gemeinschaftliche Leben und die Aufhebung des Sondereigentums als die höchste Vollendung betrachteten und deren Lebensweise viel Ähnlichkeit mit den späteren Mönchsorden aufweist. Auch der Kirchenhistoriker Hans v. Schubert sagt über die christliche Urgemeinde (Christentum und Kommunismus, Tübingen 1919): „Also nicht Aufhebung der sozialen Unterschiede, sondern Aufhebung ihrer Wichtigkeit angesichts der gemeinsamen Beziehung zu Gott, die alle zu Brüdern und Schwestern machte! Daneben beginnt eine immer ausgedehntere Fürsorge für Arme und Bedürftige in allen Formen! Auf eine Bekämpfung des Sondereigentums, eine Kollektivwirtschaft, eine Zwangsgemeinschaft trifft man nicht. In seiner Abhandlung „über den

Kommunismus der Wiedertäufer in Münster" (Heidelberg 1920) zeigt er, daß die Quellen auf welche sich die Kommunisten jener Zeit berufen, größtenteils gefälscht sind. Die Lehre von der Gütergemeinschaft tauchte zuerst 1533 in Münster auf in einer von Bernhard Rothmann verfaßten Schrift. Dort wird hingewiesen auf Sichards Worte über den 4. Clemens-Brief, worin von den Mitgliedern der ersten Kirche gesagt wurde, daß sie: „alle Dinge gemein der Not und dem Bedürfnis eines jeden nach ausgeteilt häten." Dieses Stück hatte Rothmann der Schrift Sebastian Francks entnommen. Das Beweismaterial entstammt also vor allem dem 4. und 5. Clemens-Briefe und das Ergebnis ist: „Gemeinbesitz ist ursprüngliches-göttliches Recht und deshalb Christengesetz, Eigentum menschliches, Eigen, nutz und Gewalt entstammendes Recht und deshalb Weltgesetz." Schubert weist nach, daß dies auf einer Fälschung beruht, daß der 4. und 5. Clemens-Brief eine Fälschung Pseudo-Isidores, also ein Erzeugnis der Mitte des 9. Jahrhunderts ist. Er nennt die pseudo-clementinischen Sätze „pythagoreisch-platonisch-stoische Gedanken unsicherer, abgegriffener Prägung."

Auch von sozialistischer Seite wird energisch gegen die „kommunistische" Legende des Urchristentums Widerspruch erhoben. Ein sozialistischer Kandidat der Theologie schreibt in einem Aufsatz: „Der sogenannte urchristliche Kommunismus" (in der „Neuen Zeit" 1907/08, II Bd., S. 485): „So wäre also nach den Ergebnissen der Forschung der Bericht der Akten legendarisch und der urchristliche Kommunismus gehört ins Reich der Legende. Von urchristlichem Kommunismus in dem Sinne, als ob es je einen kommunistisch eingerichteten Christenklub in Jerusalem gegeben hätte, sollte also vor allem in unserer Literatur und in unseren Versammlungen nicht mehr geredet werden."

Kautsky, der in seinem Werk: „Der Ursprung des Christentums" auch gegenüber dieser Kritik an der Auffassung des kommunistischen Charakters des Urchristentums festhält, hat die Einwendungen des theologischen Kritikers nicht zu entkräften vermocht.

So wenig das Christentum das Kollektiveigentum predigt, so wenig hat es das Privateigentum als die einzig berechtigte Form der Wirtschaftsorganisation anerkannt.

Sollte es dahin kommen, daß die Form des Kollektivbesitzes die des Privatbesitzes verdrängt, so hätten jedenfalls das Christentum und christliche Gedanken nicht das mindeste damit zu tun. In dieser Hinsicht sagt der Theologe Herrmann mit vollem Recht: „Die wirtschaftlichen Ziele, denen die Arbeiter unter Führung der Sozialdemokratie zustreben, im Namen der christlichen Kirche zu bekämpfen ist unchristlich", und ebenso treffend sagt er zur Erläuterung dieser These: „Sollte es jetzt jemanden einfallen, die Überführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Kollektivbesitz als unchristlich zu brandmarken, so mag er von wirtschaftlichen Dingen viel verstehen, vom Christentum versteht er nichts." Wenn die deutschen Bischöfe der katholischen Kirche während des Wahlkampfes für die Nationalversammlung in einem Rundschreiben die Parole ausgegeben hatten: „Wer für den Sozialismus ist, ist gegen Jesus Christus",

so ist es genau so falsch, als wenn sie gesagt hätten: „Wer für den Sozialismus ist, ist für Jesus Christus."

Ebenso wie in der Frage der Religion gehen auch die Sozialisten in der Frage der Ehe auseinander; auch hier finden sich die verschiedensten Auffassungen. Nichts wäre so falsch, als die manchmal gehörte Ansicht, der Sozialismus wolle die Ehe „abschaffen" und die „freie Liebe" einführen. Es hat unter den Sozialisten entschiedene Anhänger der Monogamie gegeben — ich zeigte Ihnen schon, daß Thomas Morus nichts von der platonischen Weibergemeinschaft wissen wollte, sondern Utopien die Monogamie beibehält. Namhafte Vertreter des Sozialismus in allen Ländern und zu allen Zeiten sind für Beibehaltung der Ehe in unserer heutigen Form eingetreten.

Ich erwähne Ihnen Cabet, der in seinem Ikarien wohl die Aufhebung alles persönlichen Eigentums anstrebte, die Anerkennung der Gleichheit und Brüderlichkeit, der gleichen Erziehung verlangte, der aber in der Frage der Ehe und Familie jede Art von Kommunismus verwirft. Unwesentlich erschien ihm die Frage der Gestaltung des Familienlebens um deswillen, da die Gütergemeinschaft ebensowohl mit als ohne Familie existieren könne und nicht die geringste Notwendigkeit vorliege, die Familie aufzuheben. Alle Vorwürfe gegen die Ehe und die Familie seien nicht durch dieses wahrhaft soziale Institut selbst, sondern nur durch die Folgen, mit denen die heutige Ungleichheit des Vermögens auch hier hinübergreife, verschuldet.

Er hatte tatsächlich, als er seine kommunistische Gemeinde in Amerika gründete, die Einzelehe aufrecht erhalten — dies ist um so bedeutsamer, als Cabet gerade in einem Gebiete seine Kolonie gründete, wo seit Jahren die Mormonen dem Kultus der Vielweiberei gehuldigt hatten.

Auch der englische Sozialist Owen trat für die Monogamie ein. Gerade er wird häufig als Anhänger der „freien Liebe" bezeichnet, weil er für gemeinschaftliche Kindererziehung eintritt. Mit Unrecht. Owen trat nur für einige Erleichterungen der Ehescheidung ein und wollte, daß die eheliche Gemeinschaft dann nicht mehr aufrecht erhalten werden sollte, wenn sie schon tatsächlich zerrüttet sei. Aber mit größter Klarheit hatte er einst in öffentlicher Versammlung in seiner amerikanischen Kommunistengemeinde seinen Standpunkt gegenüber der Monogamie, den Ehegesetzen und der Pflicht ihrer Beobachtung dargelegt. Die Auffassung, er wolle freiem geschlechtlichen Verkehr das Wort reden, jede äußere Form der Eheschließung beseitigen oder zur Umgehung derselben geradezu aufreizen, weist er mit der Entschiedenheit zurück, die für alle seine späteren Erörterungen des Problems maßgebend bleibt.

Andere Sozialisten haben das Prinzip der „freien Liebe" vertreten, so z. B. Fourier. Nach seiner Theorie besteht das Glück des Menschen darin, viele Triebe zu haben und viele Mittel, um sie alle zu befriedigen. Das Endziel sei die Harmonie aller Triebe, ohne daß ein Teil unterdrückt zu werden braucht. Diese freie Entfaltung aller Triebe soll in der freien Assoziation aller Menschen herrschen, die er in seinen Phalansterien einführen wollte. Die Ehe aber sei ein Band, das die Freiheit hemme,

sie sei ein System des Zwanges, und da die Triebe Befriedigung suchten, sei das System der Keuschheit die Quelle aller Fehler. Während Tolstoi aus Erwägungen, die mit den zuletzt genannten eine gewisse Ähnlichkeit aufweisen, zu geschlechtlicher Askese gelangt, kommt Fourier zur Empfehlung der freien Liebe.

Der St. Simonist Enfantin ist in diesem Punkt Schüler Fouriers. Enfantin hat ganz unzweifelhaft aus Fourier geschöpft und sein ganzes System ist in Wahrheit nichts weiter, als der Versuch einer praktischen Anwendung des von Fourier zuerst aufgestellten Grundgedankens des Widerspruches zwischen Lust und Sollen, zwischen Fleisch und Geist. Sowohl der Geist als das Fleisch seien von Gott geschaffen und die Harmonie beider mithin die höchste zeitliche Hoffnung des Erdenlebens. An Stelle des katholischen Wahlspruchs: „Züchtigt das Fleisch und seid enthaltsam" — müsse der St. Simonistische treten: „Heiligt euch durch Arbeit und Vergnügen."

Der Gedanke einer Berechtigung des Fleisches ist St. Simon und Bazard gänzlich fremd — er gehört dem St. Simonismus in seiner ursprünglichen Reinheit nicht an, sondern wurde erst durch Enfantin eingeführt. In der Rue Monsigny in Paris konstituierte sich die St. Simonistische Familie, wo ein gemeinsamer Haushalt auf gemeinsame Kosten, als das Bild der großen, die ganze Welt umfassenden Familie eingerichtet wurde.

Enfantin verlangte geradezu: Gesetzlosigkeit des geschlechtlichen Verkehrs. Dies war der Grund der Auflösung der St. Simonisten. Mit Ekel und Widerwillen wandten sich zahlreiche St. Simonisten von dem Treiben in der Rue Monsigny ab und endlich wurde die Familie aufgelöst. Schließlich wurden die Mitglieder noch wegen Übertretung gewisser Strafgesetze zu Gefängnisstrafe verurteilt.

Die Stellung, die der moderne wissenschaftliche Sozialismus und die Sozialdemokratie, so weit sie sich zu den Marxistischen Lehren bekennt, einnimmt, ist gänzlich verschieden von den vielerlei Nuancen des ideologischen Sozialismus, die ich geschildert habe. Sie betrachten die Monogamie nicht als etwas, was „beizubehalten" oder „abzuschaffen" wäre, sondern sie betrachten auch die Ehe als eine Folgeerscheinung der wirtschaftlichen Zustände und somit als wandelbar nach den zugrunde liegenden ökonomischen Verhältnissen. Die heutige Ehe ist nach dieser Auffassung eine historische Erscheinung, eine Institution, die anderen Formen geschlechtlichen Zusammenlebens Platz machen soll, wenn eine neue Produktionsweise auch nach dieser Richtung neue Institutionen verlangt.

Marx und Engels sind in der Auffassung über die Entwicklung der bisherigen Ehe nicht originell, sondern sie schließen sich im wesentlichen an die Lehren einiger Forscher über ältere Familienformen an. Namentlich sind hier folgende Werke zu nennen, aus denen sie schöpften: Bachofen „Mutterrecht" (1861) und Morgan „Systems of Consanguinity and Affinity" (1871), sowie sein Hauptwerk „Ancient Society" (1877).

Morgan hatte lange Zeit in Amerika unter den Irokesen gelebt und glaubte in dem eigenartigen Geschlechtsverkehr dieser Indianer auch den Schlüssel für die Entwicklung des Familienlebens aller anderen Kulturvölker entdeckt zu haben. Marx hatte die Absicht, die Morgansche Arbeit im Zusammenhang mit den Ergebnissen seiner materialistischen Geschichtsauffassung darzustellen — er kam nicht mehr zur Ausführung dieser Arbeit und so hatte an seiner Stelle Engels in der Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" die Ausführung dieser Arbeit übernommen.

Auf Grund der Morganschen Untersuchungen gibt Engels eine Darstellung der Aufeinanderfolge der Familienformen. Danach weise die Urgeschichte Zustände auf, wo Männer in Vielweiberei und ihre Weiber gleichzeitig in Vielmännerei gelebt hätten und die Kinder als gemeinsam angesehen worden wären. Diese Zustände hätten bis zu ihrer schließlichen Auflösung in die Einzelehe eine ganze Reihe von Veränderungen durchgemacht. Diese Veränderungen seien derart, daß der Kreis, den der gemeinsame Ehebund umfaßte, ursprünglich sehr weit gewesen sei, sich mehr und mehr verengt habe, bis schließlich nur das Einzelpaar übrig geblieben sei.

Es würde zu weit führen, wollte ich Ihnen alle diese einzelnen Stufen der Entwicklung vorführen: Sie können bei Morgan oder F. Engels nachlesen, wie nach dieser Meinung die heutige Ehe sich aus der Blutverwandtschaftsfamilie, der Punaluafamilie, dem Mutterrecht usw. entwickelt hat.

Aber charakteristisch ist speziell für die Marxistische Auffassung, aus welchen Motiven diese Umänderung vor sich gegangen ist, und hier hat Engels die Morganschen Forschungen wesentlich ergänzt. Diese Motive sollen rein wirtschaftliche sein.

Der Zustand des Mutterrechts, der vor der Monogamie bei allen wilden und der niedrigen Barbarenstufe angehörenden Völkern allgemein herrschend gewesen sein soll, bedingte, daß die Kinder nach der Mutter erbten, weil die Abstammung nur von mütterlicher Seite nachweisbar war. Wie ist nach sozialistischer Auffassung aus dem Mutterrechte das Vaterrecht und die heutige Einzelehe entstanden?

Das Mutterrecht hatte der Gentilverfassung entsprochen. Der kommunistische Haushalt, der geführt wurde, bedingte auch eine gewisse Männergemeinschaft. Bei dünner Bevölkerung fand eine Arbeitsteilung zwischen beiden Geschlechtern derart statt, daß der Mann in den Krieg und auf die Jagd zog, die Frau den Haushalt besorgte. — Als sich aber immer mehr Privateigentum ausbildete, als namentlich die Herden aus dem Gemeinbesitz des Stammes immer mehr in das Eigentum der einzelnen Familienhäupter übergingen, wurde auch das Familienleben umgewälzt. „Der wilde Krieger und Jäger war im Hause zufrieden gewesen mit der zweiten Stelle, nach der Frau — der „„sanftere"" Hirt, auf seinen Reichtum pochend, drängte sich vor an die erste Stelle und die Frau zurück an die zweite." Da die Hausarbeit der Frau jetzt gegenüber der Erwerbsarbeit des Mannes immer mehr zurücktrat, wurde auch die Herrschaftsstellung der Frau, die sich im Mutterrecht äußerte, gestürzt und das Vaterrecht eingeführt. — Die Entstehung der Monogamie ist also aufs engste verknüpft mit der Entstehung des Privat-

eigentums. Die alte kommunistische Hausgemeinde wurde gesprengt, als die gemeinsame Bebauung des Ackerlandes aufhörte. „Das Ackerland", sagt Engels, „wird den einzelnen Familien zunächst auf Zeit, später ein für allemal zur Nahrung überwiesen, der Übergang in volles Privateigentum vollzieht sich allmählich und parallel mit dem Übergang der Paarungsehe in Monogamie. Die Einzelfamilie fängt an, die wirtschaftliche Einheit in der Gesellschaft zu werden." .... „Die Monogamie war die erste Familienform, die nicht auf natürlichen, sondern ökonomischen Bedingungen gegründet war, nämlich auf dem Sieg des Privateigentums über das ursprüngliche naturwüchsige Gemeineigentum. Herrschaft des Mannes in der Familie und Zeugung von Kindern, die nur die seinigen sein konnten und die zu Erben seines Reichtums bestimmt waren — das allein waren die von den Griechen unumwunden ausgesprochenen Zwecke der Einzelehe."

Wie soll es mit der Ehe in Zukunft sein?

Darauf antwortet die Sozialdemokratie gemäß der materialistischen Geschichtsauffassung, daß mit den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen sich auch das Familienleben anders gestalten müsse. Nicht als ob ungezügelter und ungeregelter Geschlechtsverkehr im Sinne der „freien Liebe" herrschen sollte. Die Einzelehe soll vielmehr auch im sozialistischen Zukunftsstaate die Norm bilden; aber die Ehe soll nicht mehr ein so starres, festes, dauerndes Band darstellen, wie heute. Die Ehe soll eine Art „Wechselehe" werden, damit eine leichtere und einfachere Trennung der Ehe stattfinden könne.

Aus drei Ursachen wirtschaftlicher Art soll die Ehe der Zukunft leichter löslich sein:

1. Da keine Geldrücksichten mehr für die Eheschließungen maßgebend sein können, also die Ehe nur aus Liebe geschlossen wird, so kann sie leicht aufgelöst werden, wenn keine Liebe mehr vorhanden ist.

2. Die ganze Arbeitsweise gestaltet sich um und dadurch auch die Stellung der Frau. Die Frauen sollen wie die Männer zu allen wirtschaftlichen Tätigkeiten herangezogen werden, dagegen soll ihre häusliche Arbeit auf ein Minimum reduziert sein — infolge der Zentralkoch-, Bade-, Wasch- und Kinderbewahranstalten soll ein großer Teil der häuslichen Arbeit der Frau abgenommen werden, und damit fällt ein Existenzgrund der Einzelehe fort.

3. Da ferner sowohl für Männer als für Frauen nicht mehr die freie Berufswahl möglich sein wird, sondern die einzelnen zur Arbeit „bestellt" werden, werden häufig männliche oder weibliche Arbeitskräfte für bestimmte Arbeiten verlangt, wobei die freie Beweglichkeit der Arbeitskräfte durch die Familienzusammengehörigkeit der heutigen Art zu sehr gehindert würde. Aus allen diesen Gründen soll die Ehe nicht mehr die starre Form wie heute haben, sondern eine losere, leichter auflösliche Ehe erlaubt sein.

Nur ein paar Worte lassen Sie mich zum Schlusse zur Kritik der Stellung des modernen Sozialismus zum Eheproblem hinzufügen. Die Frage, wie von der materialistischen Geschichtsauffassung die Theorie des Mutterrechts behandelt wird, ist charakteristisch für die Einseitigkeit und Kritiklosigkeit dieser Philosophie überhaupt. Die Frage des Mutterrechts gehört zu den umstrittensten Problemen. Zahlreiche Forscher — wie Heusler,

Lamprecht, Schmoller — haben sich der Hypothese des Mutterrechts insoweit angeschlossen, als auch sie das Mutterrecht als eine Durchgangsstufe in der Entwicklung des Familienrechts auffassen. Andere Gelehrte — wie Brentano, Westermarck, Grosse, und der Sprachforscher Delbrück — haben sehr gewichtige Einwände gegen diese Theorie vorgebracht.

Die Sozialdemokratie übernimmt kritiklos die Forschungen Morgans als unumstößliche Wahrheit, obwohl selbst die Anhänger des Mutterrechts zugeben, daß in der allgemein schematischen Weise, wie Morgan es annimmt, der Verlauf bei allen Völkern sicher nicht gewesen sei. Es gibt kein allgemein gültiges Schema der Entwicklung der Familienform: der Gang der Entwicklung ist bei den verschiedenen Völkern ein durchaus verschiedener gewesen. In dieser Hinsicht ist Morgan mindestens ebenso einseitig, wie die alte Familientheorie, die als allgemeinen Ursprung das Leben in gesonderten Familien mit Vaterrecht annimmt.

Aber selbst wenn man über diesen Standpunkt wegsehen wollte und die Hypothese des Mutterrechts als eine Entwicklungsstufe in mehr oder minder beschränkter Weise akzeptieren wollte — und niemand wird bestreiten, daß Morgan, Bachofen und andere Forscher hier sehr wichtige Aufschlüsse im einzelnen über das Bestehen von Mutterrecht und ähnlichen Rechtsformen geliefert haben — es dürfte zweifellos sein, daß für den Übergang von dem Mutterrecht zur Monogamie nicht die ökonomischen Verhältnisse allein die ausschlaggebenden waren. Schon der Umstand, daß bei wilden Jägervölkern, wie in Queensland, die Monogamie besteht, wie anderseits auch in den kommunistischen Hausgemeinschaften mancher Balkanländer, umgekehrt wieder Polygamie bei sehr reichen Völkern mit ausgeprägten Privateigentumsverhältnissen sich findet, sollte darauf hindeuten, daß unmöglich in der schematischen Weise, wie die materialistische Geschichtsauffassung annimmt, ein Parallelismus zwischen Eigentums- und Familienform bestehen kann. Wenn auch zweifellos bei der Entstehung der monogamischen Familienform wirtschaftliche Gründe von Einfluß waren, so waren doch viele andere Momente mitbestimmend und wir betrachten heute die Ehe als die höchste Form des menschlich-familiären Gemeinschaftslebens. Daher kann auch nicht die Rede davon sein, daß aus ökonomischen Gründen die Ehe allmählich zur „Wechselehe“ sich entwickeln „müsse“.

VIII. Vorlesung

Die Stellung des Sozialismus zum Staat, zur Nationalität und zur Revolution.

„Digitus Dei est hic! . . . Der Finger der Vorsehung, daß der deutsche Staat berufen ist, sich auch der sozialen Frage anzunehmen, nachdem er die nationale gelöst hat.“ Diese Worte schrieb der deutsche Sozialist Rodbertus an einen Freund unter dem Eindruck des Ereignisses des 18. März 1871, an welchem Tage die französischen Generale Lecomte und Thomas im Kommuneaufstand ermordet wurden. „Die soziale Frage“, schreibt er ein anderes Mal, „wird einst gelöst werden unter der Ägide und nach der Norm des strahlenden suum cuique, des Wahlspruchs der Hohenzollern.“ Schon dieses eine Beispiel dürfte genügen, um die Behauptung zurückzuweisen, daß der Sozialismus „staatsfeindlich“ sei. Wir haben eine ganze Reihe hervorragender und einflußreicher Sozialisten, welche gerade mit Hilfe der bestehenden Staatsgewalt die sozialistische Neuordnung herbeiführen wollen.

Ich zeigte Ihnen schon früher, wie Rodbertus, durch die antike Philosophie beeinflußt, dem Staate die Aufgabe zuschrieb, durch eine planmäßige staatssozialistische Wirtschaftsordnung dem Chaos der freien Konkurrenz ein Ende zu bereiten. „Nur ein kraftvoller Staat, ausgerüstet mit allen militärischen, kirchlichen und ökonomischen Machtmitteln, kann die soziale Frage lösen, nicht ein Haufe verwirrter Individuen wie das republikanische Frankreich.“ Es sollte nach Rodbertus' Meinung die glorreiche Mission des Kaiserreichs der Hohenzollern sein, die positive Formel des, der gegenwärtigen Entwicklungsstufe entsprechenden Sozialismus zu finden.

Wie Rodbertus wollte auch Lassalle mit Hilfe des herrschenden Staates den Sozialismus verwirklichen.

Als Anhänger der Hegel'schen Philosophie führte er alle geschichtliche Entwicklung auf die Entwicklung der Ideen zurück. Die Staatsidee sei es, welche, richtig aufgefaßt, auf den Weg zur Rettung aus allen sozialen Nöten führen müsse. Die Staatsidee sei aber meistens nicht richtig, sondern viel zu eng aufgefaßt worden. Die Staatsidee der Bourgeoisie sei die falsche Auffassung der Führer der Manchesterschule gewesen, nach der die Aufgabe des Staates einzig darin bestehe, die persönliche Freiheit des einzelnen und sein Eigentum zu schützen. — Die Staatsidee

der Zukunft müsse sich viel größere und erhabenere Aufgaben stellen. „Das uralte Vestafeuer aller Zivilisation, den Staat, verteidige ich mit Ihnen gegen jene modernen Barbaren“, rief er einmal aus — unter Barbaren verstand er die Berliner Freisinnigen. Den Staat nennt Lassalle einmal die „Einrichtung, in welcher die ganze Tugend der Menschheit sich verwirklichen sollte“ — der Zweck des Staates sei, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit anderen Worten, die menschliche Bestimmung, das heißt die Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist, zum wirklichen Dasein zu gestalten. Der Arbeiterstand, und die untersten Klassen der Gesellschaft überhaupt, hätten schon durch die hilflose Lage, in der sich ihre Mehrheit befände, den tiefen Instinkt, daß sie ihre Hoffnung auf den Staat setzen müßten.

Auch Fichte hatte in seinem „Geschlossenen Handelsstaat“ das Idealbild eines sozialistischen Gemeinwesens gezeichnet und dem Staate die Aufgabe zugewiesen, die Gesellschaft nach dem Prinzip der Gerechtigkeit umzugestalten.

Ganz anders urteilen auch in dieser Frage Marx und Engels: Für sie ist der Staat aus wirtschaftlichen Motiven entstanden, und er muß auch durch die wirtschaftliche Umgestaltung untergehen.

Der Staat entstand nach dieser Auffassung, als die alte Geschlechtsverfassung sich auflöste.

Bei der alten Geschlechtsverfassung herrschte Agrarkommunismus. Der Stamm besaß gemeinsam das zu bebauende Stück Land. Als die alte kommunistische Hausgemeinde aufgelöst wurde, Privateigentum entstand und die gemeinsame Bebauung des Bodens für Rechnung der Gemeinde aufhörte — da entstand auch der Staat.

Was bewirkte diese Umwälzung? Wiederum wirtschaftliche Verhältnisse.

Die Seßhaftigkeit innerhalb des Stammes wurde durchbrochen durch die vom Handel, der Erwerbsveränderung, dem Grundbesitzwechsel bedingte Unregelmäßigkeit und Veränderlichkeit des Wohnsitzes.

Durch die Arbeitsteilung waren Handwerkergruppen entstanden, besondere städtische und ländliche Erwerbsgruppen, neue fremde Bevölkerungselemente kamen hinzu. Eine solche Gesellschaft konnte nur bestehen entweder in fortwährendem offenem Kampfe dieser Klassen gegeneinander, oder aber unter der Herrschaft einer dritten Macht, die scheinbar über den widerstreitenden Klassen stehend, ihren offenen Konflikt niederdrückte und den Klassenkampf höchstens auf ökonomischem Gebiet ausfechten ließ.

Die Geschlechtsverfassung hatte ausgelebt; sie war gesprengt durch die Teilung der Arbeit, welche die Gesellschaft in Klassen spaltete. Sie wurde ersetzt durch den Staat.

Der Staat ist aber — nach Marx — keineswegs eine der Gesellschaft aufgezwungene Macht — ebensowenig ist er „die Wirklichkeit der sittlichen Idee“, wie Hegel sagte. Der Staat ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf höherer wirtschaftlicher Entwicklungsstufe.

Der Staat ist nach Marx das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in unlösbare Widersprüche mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhn-

liche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber die gegensätzlichen Klassen mit widerstrebenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampfe verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, denselben in den Schranken der Ordnung halten soll. Und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.

Gegenüber der alten Geschlechtsorganisation kennzeichnet sich der Satat erstens durch Einteilung der Staatsangehörigen nach dem Gebiet. Die alten, durch Blutsbande gebildeten und zusammengehaltenen Geschlechtsgenossenschaften waren unzureichend geworden, hauptsächlich, weil sie ein Verweilen der Genossen an einem bestimmten Gebiet voraussetzten. Das Gebiet war geblieben, die Menschen aber mobil geworden. Man nahm also die Gebietseinteilung zum Ausgangspunkt und ließ die Bürger ihre öffentlichen Rechte und Pflichten da erfüllen, wo sie sich niederließen, ohne Rücksicht auf Gens und Stamm.

Das zweite ist die Errichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondere öffentliche Gewalt ist nötig, weil die selbsttätige, bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden ist seit der Spaltung in Klassen.

Und nun kommt die charakteristische Erklärung von Engels:

Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist es in der Regel stets die mächtigste, ökonomisch herrschende Klasse, die vermittels seiner auch die politisch herrschende Klasse wird, und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung der unterdrückten Klassen. So war der antike Staat = Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, so war der Feudalstaat = Organ des Adels zur Niederhaltung der Leibeigenen und hörigen Bauern, so ist der moderne Staat = Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Der moderne Staat — meint Engels — sei eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, ideeller Gesamtkapitalist. Aus diesem Grunde, weil der Staat stets Klassenstaat sei, das heißt immer die Interessen der herrschenden Klasse vertrete, wäre es auch ganz falsch, die soziale Umwälzung vom Staate zu erwarten. Diese Umwälzung könne nur durch die Klasse selbst bewirkt werden, welche jetzt die unterdrückte sei, also in unserem Zeitalter die Arbeiterklasse.

Wie soll es mit dem „Staat" in der sozialistischen Gesellschaftsordnung werden? Nach Marx und Engels soll es dann überhaupt keinen „Staat" mehr geben — da der „Staat" nur einen Existenzgrund hat in der Aufrechterhaltung der Klassenunterschiede, soll auch der Staat überflüssig werden, absterben, wenn es keine Klassen mehr gibt. Und der Sozialismus soll ja alle Klassenunterschiede beseitigen und nur noch eine einheitliche Arbeitsgenossenschaft darstellen.

„Wir nähern uns jetzt", sagt Engels, „mit großen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht

nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziationen der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt." —

Mir ist es immer als ziemlich kleinlicher Wortstreit erschienen, ob diese Zukunftsorganisation „Staat" heißen soll oder nicht: es ist klar, daß auch die von den Sozialisten erwartete künftige Gesellschaftsordnung einer öffentlich organisierten Gewalt bedarf: ob man diese Organisation „Staat" nennt oder ihr einen anderen Namen geben will, läuft auf Wortklauberei hinaus.

In derselben Weise, wie bei der Frage nach der Stellung zum Staate, gehen auch in der Frage des Nationalitätsprinzips der ideologische und der materialistische Sozialismus weit auseinander.

Hören Sie, mit wie warmen Worten Lassalle die Bedeutung des nationalen Moments hervorhebt. In einer Festrede, die er in Berlin bei einer Feier zur Erinnerung an Fichte hielt, sagte er: „Das deutsche Volk hat kein deutsches Territorium! Ein abgeschiedener Geist, irrt dieses Volk, das deutsche Volk, umher, bestehend in einer bloßen geistigen Innerlichkeit und lechzend nach einer Wirklichkeit, ein Postulat der Zukunft! Dem metaphysischen Volke, dem deutschen Volke, ist so durch seine gesamte Entwicklung und in höchster Übereinstimmung seiner inneren und äußeren Geschichte, dieses höchste metaphysische Los, diese höchste weltgeschichtliche Ehre zugefallen, sich aus dem bloßen geistigen Volksbegriff einen nationalen Boden, ein Territorium zu schaffen, sich aus dem Denken ein Sein zu erzeugen. Dem metaphysischen Volke die metaphysische Aufgabe! Es ist ein Akt wie der Weltschöpfungsakt Gottes!" Und er schloß seine Rede mit den Worten: „An dem Tage, wo alle Glocken läutend die Fleischwerdung dieses Geistes, das Geburtsfest des Deutschen Staates, verkünden werden — an diesem Tage werden wir auch das wahre Fest Fichtes, die Vermählung seines Geistes mit der Wirklichkeit feiern!"

Wenn Karl Marx und Engels diesem nationalen Standpunkte gegenüber den internationalen Charakter der modernen Arbeiterbewegung betonen, so müssen wir zunächst feststellen, in welchem Sinne hier das Wort „international" gebraucht ist.

Nicht soll es die Bedeutung eines kosmopolitischen Idealismus haben, wie er sich etwa in den Worten kundgibt, die Schiller im Jahre 1789 an seinen Freund Körner schreibt: „Es ist ein armseliges, kleinliches Ideal, für Eine Nation zu schreiben; einem philosophischen Geiste ist diese Grenze durchaus unerträglich; das vaterländische Interesse ist nur für unreife Nationen wichtig, für die Jugend der Welt." Nicht als ob Marx meinte, das Proletariat müsse im Kampfe für seine Befreiung gemeinsame internationale Ideale haben. Nichts mit internationaler Völkerverbrüderung, nichts mit kosmopolitischer Schwärmerei, wie Sie sie aus bürgerlichen Friedens- und Freiheitsbünden kennen,

nichts mit den menschheitsbeglückenden Idealen, für die unsere Dichter der klassischen Zeit begeistert waren, hat der internationale Gedanke des Marxismus zu schaffen.

Wenn der Arbeiterbewegung ein internationaler Charakter zugeschrieben wird, so hängt dies wiederum mit der materialistischen Geschichtsauffassung zusammen. Da Produktion, Umtausch und Konsumtion der Güter sich immer mehr international einheitlich gestalteten, müßten sich in naturgemäßer Folge die Klassenkämpfe, die nur eine Folge dieser Entwicklung seien, ebenfalls international einheitlich gestalten.

Schon im kommunistischen Manifest (1848) hatte Marx geschildert, wie an Stelle der früheren lokalen, nationalen Industrie und Märkte in neuerer Zeit die internationale Industrie und der Weltmarkt getreten sei. Die Bourgeoisie habe durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie habe zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien seien vernichtet worden und würden noch täglich vernichtet. Der früheren, lokalen und nationalen Gestaltung der Industrie und des Handels hätten zersplitterte, lokale Kämpfe der Arbeiter gegen die Arbeitgeber entsprochen; die moderne industrielle Entwicklung selbst habe diesen Kämpfen den nationalen Charakter abgestreift.

Weil — nach Marx — die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker mehr und mehr verschwänden mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Ausdehnung des Weltmarktes und den Fortschritten des Großbetriebes, deshalb kommt er zum Schlusse: „Die Arbeiter haben kein Vaterland."

Die Betonung des internationalen Moments entspricht also durchaus der kausalen Betrachtungsweise, die Marx stets zugrunde legt. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen. Die proletarischen Bewegungen sind seiner Auffassung nach die Folge der großindustriellen Entwicklung. Da die Tendenz zum Großbetrieb sich in allen Kulturländern zeige, müsse auch dementsprechend eine gleiche sozialistische Parteientwicklung resultieren. Während der ideologische Sozialist, der seine Forderungen auf gewisse Ideale stützt, zugeben kann, daß die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern eine sehr verschiedene sein kann, je nach den Charaktereigentümlichkeiten der einzelnen Völker, kann der materialistische Erklärer nur eine einheitliche und gleiche Entwicklung prophezeien.

Dies war auch die Bedeutung der von Marx gegründeten internationalen Arbeiterassoziation. Nicht hatte Marx mit dieser Schöpfung etwa beabsichtigt, für die verschiedenen Arbeiterbewegungen der einzelnen Länder eine Zentralstelle zu schaffen, wo über die Erfahrungen und Erfolge der Parteien der einzelnen Länder berichtet werden, wo ein Austausch von Ideen über zweckmäßige Agitation stattfinden sollte. Es sollte mit der Internationale ein weit engerer Zusammenhang zwischen den proletarischen Bestrebungen der verschiedenen Kulturvölker hergestellt werden: der internationalen Solidarität des Proletariats sollte ein Organ geschaffen werden. Um den nach Marx' Ansicht unvermeidlichen Prozeß der allmählichen

Vereinheitlichung der verschiedenen nationalen Parteien zu einer großen internationalen Partei zu beschleunigen, um den Klassenkampf zu verstärken durch internationale Propaganda für die Marxistischen Ideen, dazu wurde diese große Aktion unternommen. Mit klaren Worten ist dieser Zweck in einem vom Generalrate der Internationale herausgegebenen Zirkular angegeben, wo es heißt: „Gegenüber den phantastischen Sektenorganisationen ist die Internationale die wirkliche und streitende Organisation der Proletarierklasse, in allen Ländern verbunden unter sich im Kampfe gegen die Kapitalisten, die Grundeigentümer und ihre im Staate organisierte Klassenmacht." Es war der langgehegte Wunsch von Marx, wie Engels einmal sagte, „eine die fortgeschrittensten Ländern Europas und Amerikas umfassende Arbeiterassoziation zu gründen, die den internationalen Charakter der sozialistischen Bewegung sowohl den Arbeitern selbst, wie der Bourgeoisie und den Regierungen sozusagen leiblich vorführen sollte — dem Proletariat zur Ermutigung und Stärkung, seinen Feinden zum Schrecken."

In diesem Sinne erklärt Kautsky („Nationalität und Internationalität", S. 17): „Heute schon aber müssen wir uns dessen bewußt sein, daß unsere Internationalität nicht eine besondere Art Nationalismus darstellt, der von dem bürgerlichen bloß dadurch unterschieden ist, daß er nicht aggressiv wirkt, wie dieser, sondern jeder Nation das gleiche Recht läßt, welches er für die eigene Nation in Anspruch nimmt und dabei jeder die volle Souveränität zuerkennt. Diese Auffassung, die den Standpunkt des Anarchismus von den Individuen auf die Nation überträgt, entspricht nicht der engen Kulturgemeinschaft, die zwischen den Nationen der modernen Kultur besteht. Diese bilden tatsächlich wirtschaftlich und kulturell einen einzigen Gesellschaftskörper, dessen Gedeihen auf einem harmonischen Zusammenwirken seiner Teile beruht, das nur zu erreichen ist, wenn jeder sich dem Ganzen unterordnet. Die sozialistische Internationale bildet nicht ein Konglomerat von souveränen Nationen, von denen jede tun kann, was ihr beliebt, vorausgesetzt, daß sie die Gleichberechtigung der andern nicht verletzt, sondern einen Organismus, der um so vollkommener funktioniert, je leichter seine Teile sich verständigen und je einmütiger sie nach gemeinsamem Plane handeln."

Nur wenige Worte brauche ich über die Stellung des ideologischen Sozialismus zur Revolution zu sagen. Es liegt im Wesen des ideologischen oder utopistischen Sozialismus, der an die „Idee" der Gerechtigkeit oder der Humanität appelliert, der die Menschheit zu einer „Besserung" der sozialen Zustände begeistern will, daß er eine friedliche Reform erstrebt. Dies ist tatsächlich bei den meisten ideologischen Sozialisten der Fall — sei es, daß sie, wie Proudhon, auf dem Wege freiwilligen Zusammenschlusses zu Genossenschaften — sei es, daß sie, wie Lassalle und Louis Blanc, mit Staatshilfe zu diesem Ziele gelangen wollen.

So schrieb Robert Owen in seinem 1850 erschienenen Buch: „The Revolution in the Mind and Practice of the Human Race": „Der Übergang von der auf Unwissenheit, Unorganisiertheit und Unglück be-

ruhenden abstoßenden Gegenwart zur aufgeklärten, anziehenden, organisierten und glücklichen Zukunft kann nie durch Gewalt oder durch Bosheit und Mißgunst in bezug auf irgendeinen Teil der Menschheit verwirklicht werden."

„Nein, diese große Revolution der ganzen Ordnung des menschlichen Lebens kann nur erreicht werden durch Verbreitung der großen grundlegenden Wahrheiten, die den Menschen im Geiste des Friedens, der Güte und Barmherzigkeit mit unermüdlichem Eifer und Beharrlichkeit von denen verkündet werden, die die Gelegenheit gehabt haben, das praktische Verständnis der menschlichen Natur und der Gesellschaft zu erwerben."

Lassalle hat seine antirevolutionäre Gesinnung einmal in einer Gerichtsrede in folgenden Worten bekundet: „Wie? Es hat sich jemand in einem faustischen Triebe mit der zähesten, ernstesten Mühe durchgearbeitet von der Philosophie der Griechen und dem römischen Rechte durch die verschiedensten Fächer historischer Wissenschaft bis zur modernen Nationalökonomie und Statistik, und Sie könnten im Ernste glauben er wolle diese ganze lange Bildung damit schließen, dem Proletarier eine Brandfackel in die Hand zu drücken? Was ist denn zuletzt an der Wissenschaft, wenn sie nicht notwendig eine ethische Richtung des Geistes erzeugte? Was an der Sittlichkeit, wenn sie nicht ein notwendiger Ausfluß wahrer Wissenschaft wäre? Die ganze Kultur wäre nichts als Eine große Lüge und fortgefallen jedes Band, welches die zivilisierte Wissenschaft im Innersten zusammenhält, wenn die Annahme, zu der man Ihnen rät, auch nur denkbar wäre!"

In schroffstem Gegensatz zu dieser antirevolutionären Richtung steht die radikal-revolutionäre sozialistische Richtung, deren Typus August Blanqui ist. Es handelt sich bei ihm um nichts anderes als um eine Erneuerung der alten revolutionären Ideen, die Babeuf schon zur Zeit der großen französischen Revolution vertreten hatte. Eine sozialökonomische Theorie, auf Grund deren die Blanquisten nach Erlangung der Macht ihre wirtschaftliche Rechtsordnung einrichten wollen, ist nicht vorhanden. Erst nach Niederwerfung der Besitzenden und nach Verteilung des Güterbesitzes unter die Genossen, könnte man erfahren, welche gesellschaftliche Organisation diesen Revolutionären eigentlich vorgeschwebt hat. Wesentlich negativ ist diese ganze Richtung: „Er war im Grunde immer mehr Carbonari und Jakobiner als Sozialist", sagte Mehring mit Recht von Blanqui. Die Leidenschaften der Massen aufzuregen, die Besitzlosen gegen die Besitzenden aufzuhetzen, darin bestand die ganze Tätigkeit Blanquis und seiner Genossen. Beim gänzlichen Fehlen irgendeiner Idee, für die sie kämpfen, hängt alles vom Erfolg oder Mißerfolg der Revolution ab, die sie anstiften. In dem offiziellen Organ dieser Geheimbünde, dem Moniteur républicain vom Mai 1838, heißt es einmal: „Es ist gewiß schön, Atheist zu sein, aber das ist nicht genug; man ist kein Mann des Blutes, um sparsam das schuldige Blut fließen zu lassen; es gibt nur ein einziges Mittel, das man anwenden kann: den Königsmord, den Tyrannenmord, den Meuchelmord oder wie man sonst diesen heroischen Akt nennen will."

Mehr interessiert Sie aber wohl die Frage, wie die neuere auf dem Marxistischen Boden stehende Sozialdemokratie sich zu der Frage der Revolution verhält.

Daß die deutsche Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei ist, kann keinem Zweifel unterliegen: dies geht schon aus den bei jeder Gelegenheit wiederholten offziellen Erklärungen der Führer der Partei klar hervor. Zweifel können nur darüber bestehen, ob die Partei revolutionär in dem Sinne ist, daß sie einen gewaltsamen Umsturz der herrschenden Gesellschaftsordnung herbeiführen will. Bedenkt man, daß gerade in Deutschland, wo die Sozialdemokratie eine Stärke erreicht hat, wie in keinem anderen Lande der Welt, noch niemals eine sozialrevolutionäre Erhebung stattgefunden hat, während Frankreich und England wiederholt solche Revolutionen erlebt haben, so ist die Frage aufzuwerfen, ob etwa die Sozialdemokratie in anderem Sinne revolutionär ist, als in dem bezeichneten eines gewaltsamen Vorgehens gegen die herrschende Gewalt. Oder gibt es vielleicht zwei Strömungen innerhalb der Partei, von denen die eine revolutionär, die andere reformatorisch ist? Oder war die Partei früher revolutionär und hat jetzt ihre Taktik geändert? Oder sollte nach außen hin der revolutionäre Geist möglichst verhüllt, dafür aber im Inneren der Partei und im geheimen um so kräftiger genährt werden?

Auf alle diese Fragen gibt die geschichtliche Entwicklung der Sozialdemokratie die deutlichste und klarste Antwort. Alle scheinbaren Widersprüche lösen sich leicht auf, wenn man die offiziellen Dokumente der Partei, die Protokolle der Parteitage und die wichtigsten Agitationsbroschüren der Hauptführer bis zu den neuesten Schriften von Kautsky berücksichtigt.

Wiederholt zeigte ich Ihnen schon, daß gemäß dem kommunistischen Manifeste — welches auch heute noch die wichtigste Programmschrift der Sozialdemokratie bildet — nicht durch ideale Bestrebungen, die von irgendeiner Gerechtigkeits- oder Gleichheitsidee ausgehen, die neue Gesellschaftsordnung geschaffen werden solle, sondern daß sie von selbst kommen soll, sobald die alte Gesellschaftsordnung sich überlebt hat. Oder: wann die veränderte ökonomische Technik mit Notwendigkeit eine veränderte Rechtsordnung verlangt.

Eine solche Umwälzung der ökonomischen Zustände nennen die Marxisten „Revolution" und Marx sagt darüber im Vorwort seiner Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie" (1859): „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder — was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist — mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein: Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um."

Innerhalb jeder Gesellschaftsordnung soll sich auch diejenige Klasse ausbilden, welche Trägerin dieser Entwicklung ist, und die dann bei der

neuen Gesellschaftsordnung die führende Rolle spielt. Wie die bürgerliche Klasse den feudalen Staat abgelöst habe, so werde auch die Arbeiterklasse zur Herrschaft kommen, wenn die Ära der kapitalistischen Produktionsweise vorüber sei. Hieraus ergibt sich folgendes für unsere Frage:

1. Die Sozialdemokratie ist revolutionär im Gegensatz zu allen sozialistischen Richtungen, die auf dem Wege der sozialen Reform oder mit Hilfe der herrschenden Staatsgewalt eine neue Gesellschaftsordnung herbeiführen wollen. Da der Staat nach der materialistischen Geschichtsauffassung nur eine Vertretung der herrschenden Klassen sei, könne er nie seine Hand zu einer solchen Umänderung bieten. Diese Umwälzung könne nur das Werk der Arbeiterklasse sein, die allein und ohne Hilfe anderer Klassen ihre Emanzipation durchkämpfen müsse.

2. Die Sozialdemokratie ist aber nicht revolutionär in dem Sinne, daß der Kampf, den sie für ihre Zwecke durchzuführen hat, unbedingt ein ungesetzlicher oder gewalttätiger sein müsse. Denn da nach der vorgetragenen Auffassung die wirtschaftliche Entwicklung mit Notwendigkeit auf die kollektivistische Betriebsweise hindrängt, ist sie nicht nur unabhängig von irgendwelchen Plänen von Sozialreformen, sie ist auch unabhängig vom Gelingen oder Mißlingen einer Revolution. Im Gegensatz zu der revolutionären Taktik der Anarchisten und vieler sozialistischer Geheimbünde, namentlich aus dem Anfange und der Mitte des 19. Jahrhunderts, kann man daher sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie „evolutionär" ist. Das Wort revolutionär ist bei den Marxisten im übertragenen Sinne gemeint. Die Marxisten wollen die Köpfe revolutionieren, das heißt bei möglichst vielen Volksgenossen ihre Ideen verbreiten, um dadurch einen einheitlichen Klassenkampf des Proletariats zu ermöglichen, der aber nicht notwendig mit Blutvergießen verbunden sein muß. Von diesem Standpunkte aus treten die Marxisten in Gegensatz namentlich zu den sogenannten Blanquisten, das heißt denjenigen Sozialdemokraten, bei denen die revolutionäre Taktik der wichtigste, ja eigentlich der einzige Grundsatz ist.

3. Ob der Übergang zu der neuen Gesellschaftsordnung sich auf legalem oder illegalem, das heißt auf friedlichem oder auf gewaltsamem Wege vollziehen wird, ist für Marx und die Marxisten keine prinzipielle Frage, sondern nur eine Frage der Opportunität, die je nach Zeit, Ort und Umständen verschieden beantwortet werden muß. Sehr verschieden werden die Entscheidungen sein, je nachdem in einem Lande allgemeines Wahlrecht eingeführt ist und dadurch den Arbeitern der gesetzliche Weg zur politischen Machtentfaltung ihrer Klasse gegeben ist, oder ob bei Mangel dieses politischen Rechts sie zur Eroberung dieser Macht gezwungen würden. Da, wodurch eine tiefgehende wirtschaftliche Depression mit großer Arbeitslosigkeit oder durch eine kriegerische Verwicklung die Chancen einer gewaltsamen Erhebung günstig sind, kann die Entwicklung sich eher auf gewaltsamem Wege vollziehen als dort, wo diese Vorbedingungen fehlen. Während für den Blanquismus die revolutionäre Luft das Lebenselement ist, da er zunächst nichts weiter als gewaltsame Besitzergreifung und neue Verteilung des vorhandenen Gütervorrats anstrebt, steht Marx kritisch und

skeptisch jeder revolutionären Bewegung gegenüber und prüft sie daraufhin, ob durch sie der natürliche Gang zum Kollektivismus gefördert werde oder nicht.

Wenn die praktische Stellungnahme der Sozialdemokratie zur revolutionären Taktik im Laufe des 19. Jahrhunderts eine so verschiedene war, so steht dieses nicht im Widerspruch mit ihren theoretischen Grundanschauungen, sondern ist die notwendige Folge ihrer in diesen drei Sätzen erörterten Ideen über die Bedeutung der sozialen Revolution. In dem genannten Manifest von 1848 hat Marx eine durchaus revolutionäre Sprache geführt. Dort heißt es: „Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwenidg zur Klasse vereint, durch eine Revolution zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes der Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf"; und am Schlusse: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen, sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern, die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen."

Aber wie waren die damaligen Zeitverhältnisse! Es war zu Beginn des Jahres 1848, wo mit großer Sicherheit der Ausbruch von Revolutionen vorauszusehen war: „Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht", heißt es wenige Zeilen vor der zitierten Stelle, und dann lautet es weiter: „Mit einem Worte, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden Gesellschafts- oder politischen Zustände." Also damals hielt Marx die Aussichten einer Revolutin für günstig, er glaubte an das nahe Bevorstehen einer bürgerlichen Revolution und glaubte auch, daß daraus eine proletarische Revolution entstehen könnte. Da sicher revolutionäre Ausbrüche bevorstünden, sollten die Arbeiter die Bewegung in ihrem Interesse auszunützen suchen: es müsse zur Stärkung des Bewußtseins der Macht der Arbeiterklasse beitragen, anderseits werde der Bourgeoisie ein großer Schrecken eingejagt.

Wenn Marx im Manifeste für revolutionäre Taktik eintritt, ist ferner zu beachten, daß damals noch nirgends das allgemeine Stimmrecht errungen war. Solange die Arbeiter verhindert waren, auf gesetzlichem Wege ihre Ansprüche geltend zu machen, mußte nach Marx damals der Weg der Gewalt empfohlen werden. Marx urteilte aber stets abfällig über soziale Revolutionen, die nicht den reinen Klassenkampfcharakter an sich trugen. Aus diesem Grunde konnte er auch die französische Februarrevolution nicht billigen. In seinen, im Jahre 1850 in der Neuen Rheinischen Zeitung erschienenen Aufsätzen über die Klassenkämpfe in Frankreich von 1848—1850, urteilt er abfällig über die Taktik der französischen Revolutionäre, weil diese Bewegung nicht den Charakter des Klassenkampfes an sich trug.

Nach Marx kann nur Eine Form der Revolution zum Ziele führen: die Erhebung der ganzen Arbeiterklasse gegen alle übrigen Klassen der Gesellschaft. Da die Februarrevolution diesen rein proletarischen Charakter nicht hatte, da vielfach Kleinbürger und Angehörige des Mittelstandes, namentlich zu Beginn, gemeinsam mit den Arbeitern kämpften, da einflußreiche Führer eine Versöhnung der kleinbürgerlichen und proletarischen Interessen durch die Revolution bezweckten, so war sie in den Augen von Marx gerichtet.

In diesem Sinne spricht sich auch Marx in einer im Jahre 1847 in der Demokratischen Gesellschaft zu Brüssel gehaltenen Rede für den Freihandel aus. Er meinte, daß durch den Freihandel die freie Entfaltung des Kapitalismus am besten gefördert werde, da sich dadurch der Klassengegensatz zwischen Kapitalisten und Besitzlosen am reinsten herausbilden würde, und daß dieser wieder das Kommen der sozialen Revolution beschleunige: „Das Freihandelssystem zersetzt die früheren Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit einem Wort: das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution, und nur in diesem revolutionären Sinne, meine Herren, stimme ich für den Freihandel."

Auch das Mißlingen der deutschen Revolution der Jahre 1848 und 1849 erklärt Marx teilweise daraus, daß damals die Vorbedingungen für eine soziale Revolution noch nicht gegeben waren. In den Aufsätzen, die er in der Neuen Rheinischen Zeitung und in der amerikanischen Zeitung Daily Tribune veröffentlicht hat, gibt er seiner Meinung Ausdruck, daß die Aussichten für eine soziale Revolution einstweilen geschwunden seien, und daß erst infolge einer neuen ökonomischen Krisis wieder eine Revolution zu erwarten sei. Er glaubte damals, das heißt zu Anfang der 50er Jahre, daß diese Krisis und die neue Revolution in einigen Jahren kommen werde.

Immer mehr ist aber Marx von seiner Idee einer bald zu erwartenden sozialen Revolution zurückgekommen. Auch dem französischen Kommuneaufstand gegenüber verhielt sich Marx zunächst ablehnend und erst zuletzt, nachdem die Bewegung nicht mehr zu hemmen war und bereits einen gewissen Höhepunkt erreicht hatte, hatte die Internationale unter Führung von Marx offiziellen Anteil daran genommen. Von seiten der Internationale wurde zuerst sogar öffentlich vor einer revolutionären Erhebung gewarnt. — In der zweiten Adresse des Generalrates über den deutsch-französischen Krieg 1870/71 vom 9. September sagt Marx: „Jeder Versuch, die neue Regierung zu stürzen, wo der Feind fast schon an die Tore von Paris pocht, wäre eine verzweifelte Torheit. Die französischen Arbeiter müssen ihre Pflicht als Bürger tun, aber sie dürfen sich nicht beherrschen lassen durch die nationalen Erinnerungen von 1792, wie die französischen Bauern sich trügen ließen durch die nationalen Erinnerungen des ersten Kaiserreiches. — Sie haben nicht die Vergangenheit zu wiederholen, sondern die Zukunft aufzubauen. Mögen sie ruhig und entschlossen die Mittel ausnützen, die ihnen die republikanische Freiheit gibt, um die Organisation ihrer eigenen Klasse gründlich durchzuführen."

Auf Grund einerseits aller der Erfahrungen, die mit den revolutionären proletarischen Bewegungen gemacht worden sind, der endgültigen Niederwerfung der Chartistenbewegung in England, des Fiaskos der Februarrevolution, des Juniaufstandes und der Kommune in Frankreich, auf Grund andererseits der in allen Kulturländern erlangten politischen Macht der Arbeiterklasse wurde der Umschwung auch offiziell vollzogen und wiederholt öffentlich die revolutionäre Taktik als überwundener Standpunkt erklärt.

Ausdrücklich wird in der Vorrede zu der neuen Auflage des kommunistischen Manifestes vom Jahre 1872, das von Marx und Engels unterzeichnet ist, die revolutionäre Taktik als veraltet bezeichnet. „Wie sehr sich auch die Verhältnisse in den letzten 25 Jahren geändert haben, die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im ganzen und großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit. — Einzelnes wäre hier und da zu bessern. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze, erklärt das Manifest selbst, wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen, und wird deshalb durchaus kein besonderes Gewicht auf die am Ende von Abschnitt II vorgeschlagenen revolutionären Maßregeln gelegt. — Dieser Passus würde heute in vielen Beziehungen anders lauten. Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten 25 Jahren und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum erstenmal zwei Monate lang die politische Gewalt inne hatte, ist heute dieses Programm stellenweise veraltet."

Auch in der neuen Marxistischen Literatur werden die Parteigenossen immer von neuem vor Putschen und Emeuten gewarnt, da die unvermeidliche Repression ihnen viel mehr Schaden zufüge und sie viel mehr Erfolg durch die allmähliche Eroberung der politischen Macht erringen könnten. Engels hat in seiner 1895 erschienenen Vorrede zu der neuen Ausgabe der Marxschen Schrift „Über die Klassenkämpfe in Frankreich" in eindringlicher Weise die revolutionäre Taktik zurückgewiesen:

„Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei . . . Auch in den romanischen Ländern sieht man mehr und mehr ein, daß die alte Taktik revidiert werden muß . . . Langsame Arbeit der Propaganda und parlamentarische Tätigkeit sind auch hier als nächste Aufgabe der Partei erkannt . . . Dieses Wachstum (das heißt der Partei) ununterbrochen im Gange zu halten, bis es dem herrschenden Regierungssystem über den Kopf wächst, das ist unsere Hauptaufgabe. Und da ist nur Ein Mittel, wodurch das stetige Anschwellen der sozialen Streitkräfte in Deutschland momentan aufgehalten und selbst für einige Zeit zurückgeworfen werden könnte: ein Zusammenstoß im großen Maßstabe mit dem Militär — ein Aderlaß, wie 1871 in Paris. Die normale Entwicklung wäre gehemmt, die Entscheidung darüber verspätet, verlängert und mit schweren Opfern verknüpft . . . Wir,

die „„Revolutionäre““, die „„Umstürzler““, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz.“

Allerdings ist der Zeitpunkt beachtenswert, in welchem Engels dies schrieb. Die Einleitung zu den Marxschen Klassenkämpfen ist datiert vom 6. März 1895, und vom Januar bis April 1895 tagte die Kommission des deutschen Reichstages, welche die sogenannte Umsturzvorlage beriet, die zur Erschwerung der sozialistischen Propaganda erhebliche Verschärfungen bestehender Gesetze bringen sollte. — In einem Briefe, den Engels an Kautsky schrieb (Der Weg zur Macht, S. 42), sagte er über seine Vorrede: „Mein Text hat einiges gelitten unter umsturzvorlagenfurchtsamlichen Bedenken unserer Berliner Freunde, denen ich unter den Umständen wohl Rechnung tragen mußte.“ Und Kautsky fügte dieser Mitteilung hinzu: „Es ist klar, daß Engels bei einer solchen Auffassung der Situation alles vermied, was gegen die Partei von den Gegnern hätte ausgenutzt werden können, daß er in der Sache natürlich unbeugsam blieb, aber sich so zurückhaltend als möglich ausdrückte.“

Wenn aber auch Engels unter diesen Zeitumständen sich besonders vorsichtig äußerte, so ist doch jedenfalls seine prinzipielle Gesamtauffassung dadurch nicht geändert, daß er nämlich nie Revolutionär im Blanquistischen Sinne war.

Die sozialdemokratischen Parteiprogramme enthalten sich daher auch jeder Empfehlung revolutionären Vorgehens im Sinne des Blanquismus. In dem Gothaer Einigungsprogramm (1875) war ausdrücklich gesagt: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands erstrebt mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die soziale Gesellschaft.“ Es war nur eine Konsequenz des Sozialistengesetzes, welches die Sozialdemokratie unter ein Ausnahmegesetz stellte, daß der Parteikongreß zu Wyden (1880) beschloß, das Gothaer Programm dahin zu ändern, daß die Partei ihre Ziele mit allen Mitteln und nicht bloß mit allen gesetzlichen Mitteln erstreben wolle. Sobald aber dieses Ausnahmegesetz gefallen war, stellte sich die Partei wieder auf gesetzlichen Boden; in dem Erfurter Programm (1891), findet sich der Passus „mit allen Mitteln“ nicht mehr.

Die neuesten Beiträge zur Frage der sozialen Revolution hat, wie ich Ihnen bereits sagte, Kautsky geliefert; er hat die beiden von ihm in Holland gehaltenen Vorträge: 1. Soziale Reform und soziale Revolution, 2. Am Tage nach der sozialen Revolution, unter dem Titel „Die soziale Revolution“ im Druck erscheinen lassen. Kautsky hält dort im wesentlichen an den Grundanschauungen von Marx fest. Auch er erklärt im Gegensatze zu den Blanquisten, welche meinen, daß das Proletariat durch einen Handstreich die soziale Diktatur an sich reißen könne, daß die soziale Revolution ein historischer Prozeß sei, der mehr oder weniger lange dauere, der sich unter schweren Kämpfen jahrzehntelang hinziehen könne. In Übereinstimmung mit Marx' erkenne er eine soziale Revolution nur dort an, „wo aus der Eroberung der politischen Macht durch eine bis dahin unterdrückte Klasse eine Umwälzung des sozialpolitischen Überbaues der Gesellschaft, namentlich der Eigentumsverhältnisse, hervorgeht.“ Die Frage, ob

sich diese Umwälzung friedlich oder gewaltsam vollzieht, läßt auch er offen. „Wer's erlebt, wird wissen, wie es aussieht.“ Man könne wohl bis zu einem gewissen Grade die Richtung der Entwicklung im voraus erforschen, nicht aber ihre Formen und ihr Tempo. Als mögliche Mittel, durch welche vielleicht im Gegensatze zu früheren Revolutionen die Partei bei einer künftigen Revolution zu ihrem Ziele kommen könnte, führt er den politischen Streik und den Krieg an.

Im ersten Falle würden durch ausgedehnte Arbeitseinstellungen die herrschenden Klassen in die größte Verlegenheit gesetzt; in diesem Sinne sei der Streik vielleicht die revolutionärste unter den Waffen des Proletariats. Im zweiten Falle könnten die kriegerischen Verwicklungen, in die ein Land gerät, dem Proletariat den Weg zur Erhebung eröffnen. Doch seien dieses alles nur Eventualitäten; etwas Positives ließe sich über derartige Zukunftsfragen nicht sagen.

Im Jahre 1909 hat Kautsky nochmals in einer Broschüre: „Der Weg zur Macht, politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution“ — seine Ansicht über die Frage der Revolution dargelegt. In dieser Schrift, die übrigens, wie Kautsky selbst bemerkt, nur seine persönliche Ansicht zum Ausdruck bringen soll, vertritt er die Auffassung, daß in neuester Zeit sich wieder eine stärkere revolutionäre Richtung Bahn breche. Die Verhältnisse hätten sich seit Anfang der 90er Jahre gründlich geändert und wir hätten alle Ursache, anzunehmen, daß wir jetzt in eine Periode von Kämpfen um die Staatseinrichtungen und die Staatsmacht eingetreten seien, Kämpfen, die sich unter mannigfachen Wechselfällen durch Jahrzehnte hinziehen könnten, deren Form und Dauer vorläufig noch unabsehbar seien, die aber höchst wahrscheinlich bereits in absehbarer Zeit erhebliche Machtverschiebungen zugunsten des Proletariats, wenn nicht schon seine Alleinherrschaft in Westeuropa herbeiführen würden. Als Gründe, warum seiner Ansicht nach die revolutionären Elemente in der Arbeiterbewegung zunehmen müßten, führt Kautsky namentlich folgende an:

1. Durch die ökonomische Entwicklung, das heißt die Konzentration zum Großbetrieb würde das Proletariat immer mehr anwachsen: „So wirkt die ökonomische Entwicklung ununterbrochen dahin, die revolutionären Elemente im Volk, jene, die ein Interesse an der Beseitigung der heutigen Eigentums- und Staatsordnung haben, immer mehr auf Kosten der konservativen Elemente zu vermehren und ihr Übergewicht im Staate immer größer zu gestalten“ (S. 61).

2. Die Verschärfung der Klassengegensätze, namentlich infolge der Ausbildung der großen kapitalistischen Monopole (Kartelle) der Einwanderung ausländischer Arbeiter, die die gewerkschaftlichen Kämpfe störten, der Steigerung der Lebensmittelpreise usw., verstärkten die Kampfstimmung im Proletariat in hohem Maße. „Wie sich dieser im einzelnen gestalten wird, darüber ist freilich über das hier Angedeutete hinaus kaum etwas Bestimmtes zu sagen. Niemals war es schwieriger wie jetzt, Formen und Tempo der kommenden Entwicklung vorauszusagen, wo alle in Betracht kommenden Faktoren, das Proletariat ausgenommen, so unbestimmt und unberechenbar sind. Sicher ist nur die allgemeine Unsicherheit. Sicher, daß wir in eine

Periode allgemeiner Unruhe, steter Machtverschiebungen eingetreten sind, die, wie immer ihre Formen und ihre Dauer auch sein mögen, nicht eher in einem Zustande länger dauernder Ruhe enden kann, als bis das Proletariat die Kraft erlangt hat, die Kapitalistenklasse politisch und ökonomisch zu expropriieren und damit eine neue Ära der Weltgeschichte zu inaugurieren.

Ob diese revolutionäre Periode ebensolange dauern wird, wie die der Bourgeoisie, die 1789 begann und bis 1871 währte, ist natürlich unabsehbar. Wohl vollzieht sich heute alle Entwicklung weit rapider als ehedem, aber andererseits ist auch das Kampffeld ungeheuer gewachsen. Als Marx und Engels das „Kommunistische Manifest" schrieben, sahen sie als das Kampffeld der proletarischen Revolution nur Westeuropa vor sich. Heute ist es die ganze Welt geworden. Heute werden die Schlachten im Befreiungskampfe der arbeitenden und ausgebeuteten Menschheit nicht nur an der Spree und der Seine geschlagen, sondern auch am Hudson und Mississippi, an der Newa und den Dardanellen, am Ganges und Hoangho" (S. 103/104).

Kautsky ist der Hauptvertreter der sogenannten orthodoxen Marxisten; innerhalb der sozialdemokratischen Partei hat sich eine neue Gruppe um Bernstein gebildet, die in wesentlichen Punkten an den alten Parteidogmen Kritik üben. Man hat erstere wohl auch die revolutionären, letztere die revisionistischen Sozialdemokraten genannt. Es würde jedoch falsch sein, anzunehmen, daß der Gegensatz darauf beruhe, daß die erste zahlreichere Gruppe auf den gewaltsamen Umsturz, die letztere auf gesetzliche Aktion abziele. Ich habe gezeigt, daß auch die erstere Gruppe nicht unbedingt für die Revolution im Sinne von Gewaltrevolution eintritt. Der Gegensatz beruht vielmehr darauf, daß Bernstein und seine Anhänger die soziale Reformtätigkeit innerhalb der bestehenden Gesellschaft mehr betonen, daß sie durch genossenschaftliche, gewerkschaftliche, kommunalpolitische Tätigkeit mehr zur Hebung der Arbeiterklassen beizutragen glauben, als durch Festhalten an dem Klassenkampf-Charakter der offiziellen Sozialdemokratie.

Der Sinn, welchen die Sozialdemokraten mit dem Ausdruck „soziale Revolution" verbinden, dürfte Ihnen jetzt klar geworden sein. In der Regel wird der Ausdruck in übertragenem Sinne gemeint. Dann heißt Revolution „Übergang" zu einer völlig neuen Gesellschaftsordnung. Nur in nebensächlicher Weise wird er auch als Bezeichnung für die Taktik des gewaltsamen Vorgehens gegen die herrschenden Klassen gebraucht. Diese Taktik wird aber in neuerer Zeit immer mehr abgelehnt und viel mehr Gewicht auf Stärkung der politischen Macht der Arbeiterklasse durch gesetzliche Mittel gelegt.

Wenn immer wieder von vielen Seiten versucht wird, nachzuweisen, die Sozialdemokratie ziele auf den gewaltsamen Umsturz, so wird die Bedeutung dieser Partei gewaltig unterschätzt, denn ich brauche Ihnen wohl nicht besonders nachzuweisen, einen wieviel machtvolleren und einflußreicheren Faktor im politischen Leben eine Partei darstellt, die immer weitere Kreise des Volkes über ihre ökonomischen Grundsätze aufzuklären

versucht und die politische Macht zu erringen trachtet, um auf legalem Wege die weitere Gesllschaftsentwicklung in ihrem Sinne zu fördern, als eine Bande fanatischer Verschwörer à la Blanqui, die beim ersten Versuche loszubrechen, stets noch unterdrückt worden ist und, solange sie nicht die ausschlaggebende politische Macht darstellt, stets unterdrückt werden wird.

Während England und Frankreich im Laufe des 19. Jahrhunderts sozialrevolutionäre Bewegungen von der Chartistenbewegung an bis zur Kommune erlebt haben, ist Deutschland von derartigen Revolutionen verschont geblieben, hat aber die weitaus stärkste Sozialdemokratie. Es hat sich gezeigt, daß die Macht, welche der Stimmzettel dem Proletarier gibt, viel wirkungsvoller ist als die, welche der umfangreichste Barrikadenbau ihm verschaffen könnte. Wie der französische Sozialist Jaurés einmal schrieb: „Le suffrage universel joue, dans la société capitaliste, un rôle révolutionnaire, il est, si je peux dire, une égalité révolutionnaire" Es liegt auf der Hand, daß nichts so sehr eine Partei schwächen könnte, als die Niederwerfung einer revolutionären Erhebung, und es bedarf keines Nachweises, wie wir mit unseren militärischen und politischen Machtmitteln mit Leichtigkeit jede proletarische Revolution niederwerfen könnten. Dies weiß die Sozialdemokratie selbst auch sehr wohl, und Bebel erklärte auf dem Erfurter Parteitage: „Was aber im Zeitalter der Repetiergewehre und der Maximgeschütze in einer Revolution, die höchstens ein paar hunderttausend Köpfe machten, geschehen würde, das habe ich schon neulich in Dresden ausgesprochen: Wir würden wie die Spatzen jämmerlich zusammengeschossen. Wer heute noch angesichts der kolossalen Fortschritte nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und insbesondere auf ökonomischem Gebiete glaubt, wir Sozialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Partei, wie z. B. mit dem Barrikadenbau, zum Ziele kommen, der irrt sich gewaltig, der verkennt total die Natur der Zustände, in denen wir uns befinden."

Wer die Sozialdemokratie bekämpfen will, muß daher den Kampf gegen die Stellung des Gegners aufnehmen, welche seine mächtigste ist. Nicht gilt es, immer wieder Äußerungen bei Marx und Engels nachzuspüren, die auf gewaltsamen Umsturz hindeuten, sondern einzusehen, daß die Revolutionierung der Köpfe, welche die Partei betreibt, bisher die größten Erfolge erzielt hat.

Zweite Abteilung: Vorlesungen IX—XX

Die internationale sozialistische Bewegung.

IX. Vorlesung.

Karl Marx und seine Bedeutung für die internationale sozialistische Bewegung.

Nachdem ich im ersten Teile dieser Vorlesungen die Eigenart, Grundsätze und theoretischen Lehrmeinungen der verschiedenen Richtungen des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus dargelegt habe, will ich im zweiten Teil versuchen zu zeigen, welche Bedeutung diese Theorien für die internationale sozialistische Bewegung gewonnen haben.

Ich kann mich bei dieser Darstellung auf das 19. Jahrhundert beschränken, denn erst seit dieser Zeit gibt es eine sozialistische Bewegung im strengen Sinne des Wortes. Zwar haben die sozialistischen und kommunistischen Theorien schon in früheren Jahrhunderten vielfach zahlreiche Anhängerschaften gefunden und auch zeitweilig zu Parteibildungen und Parteibewegungen Anlaß gegeben. Aber dies alles war doch nur sporadisch, vorübergehend, und es handelte sich immer nur um kleine Gruppen. In der Regel schlossen sich Personen zu sozialistischen Parteiungen zusammen, die aus Begeisterung für das von den sozialistischen Autoren verkündete Ideal sich verbunden hatten, oder es waren religiöse Momente mit im Spiele, wie bei dem Jesuiten-Staat in Paraguay.

Eine eigentliche sozialistische Bewegung konnte erst entstehen, als große Menschenmassen vorhanden waren, in deren Interesse es lag, für das sozialistische Endziel zu kämpfen und Opfer zu bringen und die sich von der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung persönliche Vorteile versprachen. Da aber das sozialistische Endziel, wie wir gesehen haben, in der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln besteht, so war erste Bedingung zur Entstehung großer sozialistischer Parteien: daß in großem Umfange das Interesse für Aufrechterhaltung des Privateigentums verschwand. Dieses Interesse für Erhaltung des Privateigentums mußte aber für weite Kreise verloren gehen, als durch gewisse Veränderungen in der Technik an Stelle vieler kleiner Betriebe Großbetriebe traten.

Diese technische Umwälzung vollzog sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts für einen großen Teil der Industrie durch die wichtigen technischen Erfindungen der Spinnmaschine, des mechanischen Webstuhls und besonders der Ausnutzung der Dampfkraft. Damit war für zahlreiche Gewerbe der Übergang zum Großbetrieb technisch geboten. Dies bedeutete zugleich Ersetzung zahlreicher kleiner Handwerksbetriebe oder hausindustrieller Betriebe durch große Fabrikbetriebe, und dies bedeutete wieder, daß zahl-

reiche Inhaber selbständiger kleiner Betriebe zu unselbständigen Lohnarbeitern in Großbetrieben wurden.

Die Bildung eines in den Städten und Industrieplätzen konzentrierten Industrieproletariats, wie sie sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts in den meisten Kulturländern vollzog, lieferte die Menschenmassen, die als Anhänger für die sozialistischen Pläne zu gewinnen waren.

Die weitere Eigentümlichkeit der sozialistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts gegenüber früheren sozialen Bewegungen ist die, daß sie ausgeht von Klassen, denen die volle persönliche und politische Freiheit gewährleistet ist. Bei früheren sozialen Bewegungen, z. B. den Sklavenaufständen, den Bauernkriegen, den Gesellenaufständen, handelte es sich um den Kampf persönlich unfreier Personen, um ihre Menschenwürde oder um die Befreiung aus persönlicher Gebundenheit, wie bei der Bauernbefreiung, oder um die Loslösung aus den Schranken, welche die Zunftordnung aufrichtete. Durch die großen politischen Ereignisse um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts war aber der letzte Rest der persönlichen Gebundenheit und der persönlichen Unfreiheit für die große Masse der Arbeiter in den Kulturländern beseitigt. Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam noch für die Arbeiterklasse die Erlangung politischer Macht, des Wahlrechts usw. in der Mehrzahl der Kulturländern hinzu, so daß es sich bei der sozialistischen Bewegung dieser Zeitepoche in der Hauptsache um die Erkämpfung bestimmter ökonomischer Ziele handelte, um den Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung.

Gerade in diesem Kampfe, so wird vielfach behauptet, ließe sich eine große Einheitlichkeit konstatieren, und zwar trete überall und in immer stärkerem Maße der Einfluß eines einzigen Mannes hervor, nämlich von Karl Marx.

Die Ideen von Karl Marx seien allmählich derartig allgemein bestimmend für die sozialistischen Bewegungen in allen Ländern geworden, daß man von einer einheitlichen internationalen Bewegung reden könne. Diese Auffassung der Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung wird vor allen Dingen von Marx selbst vertreten. Wir haben in der vorigen Vorlesung gesehen, wie Marx stets den internationalen Charakter der sozialen Bewegung betont hat.

Die geschichtliche Entwicklung hat nach Ansicht der Marxisten diesen Voraussagen recht gegeben. So sagte Engels in einem Artikel vom 1. Mai 1890: „Heute, wo ich diese Zeilen schreibe, hält das europäische und amerikanische Proletariat Heerschau über seine zum ersten Male mobil gemachten Streitkfärte, mobil gemacht als Ein Heer unter Einer Fahne und für Ein nächstes Ziel: den schon vom Genfer Kongreß der Internationale 1866 und wiederum vom Pariser Arbeiterkongreß 1889 proklamierten, gesetzlich festzustellenden achtstündigen Normalarbeitstag. Und das Schauspiel des heutigen Tages wird den Kapitalisten und Grundherren aller Länder die Augen darüber öffnen, daß heute die Proletarier aller Länder in der Tat vereinigt sind. Stände nur Marx noch neben mir, dies mit eigenen Augen zu sehen!"

Auch von anderer Seite wird diese Auffassung vertreten. Sombart stimmt in seiner Schrift „Das Lebenswerk von Karl Marx", (Jena 1909) dieser Meinung von Engels zu und bemerkt (S. 11): „Nicht nur in Deutschland, wo die Sozialdemokratie mit ihren 3 000 000 Stimmen heute längst die größte Partei bildet, auch und gerade in den übrigen Ländern, hat sich in den letzten 25 Jahren eine sozialistische Bewegung recht eigentlich erst entfaltet. Man zählt heute etwa 5 000 000 sozialistische Wähler in den verschiedenen Staaten, hinter denen sicher 20—25 Millionen Sozialisten stehen. Und was für uns hier die Hauptsache ist: dieses riesige Heer steht unter der geistigen Leitung marxistischer Ideen. Das kann schon entnommen werden daraus, daß es äußerlich sich in dem Sinne von Marx zu Einer großen Einheit zusammengeschlossen hat: die „Internationale Arbeiterassoziation", die Marx, um sein Programm „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" zur Durchführung zu bringen, 1864 gegründet hatte und die in der alten Form sich noch zu Lebzeiten Marxens auflöste, ist seitdem zur Wirklichkeit geworden . . . Seit 1890 aber ist die „neue" Internationale erst recht zur Entfaltung gelangt: große Internationale Sozialistenkongresse, Internationale Gewerkschaftskongresse, Internationale Bureaus und anderes legen Zeugnis ab, daß in der Tat heute die sozialistischen Proletarier aller Länder vereinigt sind.

Vereinigt im Namen Karl Marxens. Denn daß der Geist dieses Mannes heute noch immer die Köpfe und die Herzen der sozialistischen Arbeitermassen erfüllt, darf füglich nicht bezweifelt werden. Wenn auch nicht in dem dogmatisch-kirchlichen Sinne, daß nun die Lehren des Meisters Wort für Wort in den Programmen der sozialistischen Parteien niedergeschlagen wären, wohl aber in dem tieferen Sinne: daß die Sozialisten aller Länder heute stillschweigend die Grundgedanken der Marxschen Weltanschauung in sich aufgenommen haben und daß sie ihn wie ihren Heiland verehren: nicht nur äußerlich durch Aufstellung seiner Büste bei jeder sozialistischen Veranstaltung, sondern vor allem auch innerlich: insofern kein einziger Anhänger der sozialistischen Parteien, so ketzerisch seine Gesinnung auch sein mag, sich gegen Marx aufzulehnen wagen würde: alle Revisionisten, Reformisten, Revolutionisten, die heute in der sozialistischen Kirche Skandal machen, wollen doch nie etwas anderes als die Reinheit der Lehre wiederherstellen: sie alle wollen die besten Marxisten sein, so wie alle christlichen Sektierer die besten Christen sein wollen.

Stürbe Marx heute erst: er würde von jenen 25 Millionen Sozialistenherzen wie ein Vater betrauert werden: „wie ein Vater, der seinen Kindern das Leben gab und der seine Kinder an seiner starken Hand durchs Leben geführt hat."

Schon in der 1896 erschienenen ersten Auflage seines weitverbreiteten Buches über Sozialismus und soziale Bewegung erklärte Sombart, daß die internationale sozialistische Bewegung deutlich die Tendenz zur Einheit aufweise. Ausdrücklich hebt er (S. 86) als Aufgabe seines Buches hervor, nachzuweisen, wie sich nach mehrfach gescheiterten Versuchen diese Tendenz zum Internationalismus bestimmend durchgesetzt hätte und damit auch in Ziel und Richtung die soziale Bewegung der einzelnen Länder mehr

und mehr zur Einheitlichkeit drängten — der Vereinigung auf die Leitsätze des Marxistischen Programms. „Der Name von Karl Marx", sagt er an anderer Stelle (S. 62), „drückt gleichsam alles das aus, was an zentripetaler Kraft in der modernen sozialen Bewegung steckt. Von ihm geht alles aus, was die Eigenart aufgibt, was die nationalen Sonderbewegungen eint. Der Marxismus ist die Tendenz zur Internationalisierung der sozialen Bewegung, zu ihrer Einheit. Erst fließt in nationalen Einzelströmen auseinander, was später zu einem einheitlichen Strome sich wieder zusammenfindet. Es ist eben überall die eine große soziale Bewegung, die aus einheitlichen Ursachen erwächst und daher immer wieder zur Einheit zurückzukehren wenigstens die Tendenz hat."

Auf viele Angriffe, die Sombart wegen dieser Behauptung der Tendenz zur Einheit erfahren hat, antwortet er in neueren Auflagen dieses Buches mit einer Erklärung, wie er diese Tendenz zur Einheit aufgefaßt wissen will (S. 196): „Wenn ich eine Vereinheitlichung der sozialen Bewegung zu gewahren glaube, so hat das ganz und gar nicht den Sinn, als sähe ich nur eine schablonenhafte Uniformierung dieser Bewegung in den verschiedenen Ländern. Ich bin nicht blind gegen die unendliche Mannigfaltigkeit, die sich immer noch bei den einzelnen Nationen erhalten hat und jeden Augenblick wieder von neuem hervorbricht. Ich habe selbst zu zeigen versucht, wie notwendig bedingt diese nationalen Eigenarten sind und — schon dank der geschichtlichen Überlieferung und der Verschiedenheit der Volksveranlagung — bis zu einem gewissen Grade immer bleiben werden. Also, wenn ich von einer Vereinheitlichung spreche, so meine ich damit, wie ich es schon öfters nannte, die Tendenz dazu, die sich gegen die nationalen Sonderheiten durchzusetzen strebt. Die soziale Bewegung wird immer eine doppelte Richtung behalten: eine zentripetale und eine zentrifugale. Jene aus der Einförmigkeit der kapitalistischen Entwicklung, also einheitlichem Ursachenkomplex entspringend, drängt nach Gleichgestaltung; diese, das Ergebnis der nationalen Eigenheiten, also mannigfachen Ursachenreihen, drängt nach Sondergestaltung."

Mit dieser Erklärung hat Sombart nur das ausgedrückt, was eigentlich selbstverständlich ist: auch für Marx und die Marxisten soll die behauptete Einheitlichkeit der sozialistischen Bewegung nicht etwa bedeuten, daß diese Bewegung in allen Ländern ganz gleich wie etwa nach einer Schablone verlaufen sollte, aber, so behaupten die Marxisten — und auch hierin ist Sombart mit ihnen in Übereinstimmung —, daß allen diesen nationalen Sonderströmungen zum Trotz sich doch in der Hauptsache ein großer einheitlicher Gesamtcharakter der sozialistischen Bewegung immer mehr erkennen lasse, und daß dieser einheitliche Charakter darin läge, daß diese Bewegungen immer mehr von dem Geiste der marxistischen Ideen durchdrungen wären. —

Diese Frage will ich in den nächsten Vorlesungen genauer prüfen, wenn ich an die Darstellungen der sozialistischen Bewegungen der Hauptkulturländer herangehe. Ich werde mich dabei auf die drei Länder Frankreich, England und Deutschland beschränken und am Schlusse zusammenfassend über die internationale Bewegung sprechen. Vorher will

ich eine kurze Skizze des Lebenslaufes von Karl Marx und in Ergänzung des früher bereits Gesagten einen Überblick über einige seiner wichtigsten Theorien geben. —

Aus der Biographie, die Friedrich Engels im Handwörterbuch der Staatswissenschaften über seinen Meister und Mitarbeiter Marx veröffentlicht hat, teile ich die folgenden Hauptdaten mit: Karl Marx wurde in Trier am 5. Mai 1818 geboren als der Sohn des Justizrats Heinrich Marx, der 1824 mit seiner Familie vom Judentum zum Protestantismus übertrat. Nach beendigter Vorbildung auf dem Trierer Gymnasium studierte er seit 1835 in Bonn, dann in Berlin, erst Staatswissenschaft, später Philosophie und promovierte in Berlin als Dr. phil. 1841 mit einer Dissertation über die Philosophie Epikurs. Seine ursprüngliche Absicht, sich als Dozent zu habilitieren, gab er auf, da er einsah, daß bei seinen Anschauungen ihm diese Laufbahn verschlossen sein mußte. Als die „Rheinische Zeitung" am 1. Januar 1842 zu erscheinen begann, ein radikal-demokratisches Oppositionsblatt, beteiligte er sich daran zugleich mit seinem Freunde Bruno Bauer und übernahm im Oktober 1842 die Hauptleitung des Blattes. Als das Erscheinen dieser Zeitung am 1. Januar 1843 untersagt wurde, entschloß sich Marx, nach Paris zu gehen. Zuvor heiratete er Jenny von Westphalen, eine Jugendgenossin, mit der er schon seit Beginn der Universitätszeit verlobt war. Das junge Paar siedelte im Herbst 1843 nach Paris über, wo Marx zusammen mit Arnold Ruge die deutsch-französischen Jahrbücher herausgab. Damals warf sich Marx mit Eifer auf das Studium der Nationalökonomie und speziell der französischen Sozialisten. Auf Grund dieser Studien gelangte Marx zum Sozialismus. Im September 1844 kam Friedrich Engels nach Paris zu Marx; von da an beginnt das Zusammenwirken beider bis zum Tode von Marx. Die erste Frucht der gemeinsamen Arbeit von Marx und Engels war eine Streitschrift gegen Bruno Bauer: „Die heilige Familie gegen Bruno Bauer und Konsorten", Frankfurt a. Main 1845. — Da Marx in Paris an der Redaktion eines kleinen deutschen Wochenblattes: „Vorwärts" mitarbeitete, welches scharfe Artikel gegen die preußische Regierung brachte, wurde er auf Verlangen der preußischen Regierung aus Frankreich ausgewiesen. Er siedelte nach Brüssel über, wohin ihm auch Engels folgte und dort veröffentlichte er 1847 seine Schrift gegen Proudhon „Misère de la Philosophie" und arbeitete im Januar 1848 mit Engels das berühmte Manifest der kommunistischen Partei und zwar im Auftrage der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten aus, welcher Geheimgesellschaft Marx und Engels im Frühjahr 1847 beigetreten waren. Bei Ausbruch der Februar-Revolution aus Belgien ausgewiesen, ging er auf Einladung der provisorischen Regierung der französischen Republik nach Paris. Im April 1848 ging er nach Köln und gab vom 1. Juni dieses Jahres ab die „Neue Rheinische Zeitung" heraus. Diese erschien zuletzt am 19. Mai 1849, Marx wurde aus Preußen ausgewiesen und ging wieder nach Paris, mußte aber nach der Demonstration vom 13. Juni 1849 auch Frankreich verlassen und siedelte nach London über, wo er bis zu seinem Lebensende blieb. In London hat er seine große wissen

schaftliche Arbeit geleistet und hier auch die ganze Agitation für die internationale sozialistische Bewegung geleitet. Als Frucht jahrelanger emsiger Studien erschien im Jahre 1859 die Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie", Heft 1. Statt der Fortsetzung dieser Schrift erschien im Jahr 1867 der erste Band seines großen umfassenden Werkes „Das Kapital". 1864 trat die „Internationale" ins Leben, zu deren Gründung Karl Marx ganz besonders Anlaß gegeben hatte. Ich werde später auf die Schicksale dieser Internationale zu sprechen kommen, bemerke hier nur noch, daß Marx dieser „Internationale" seine Hauptarbeitskraft, soweit sie nicht auf wissenschaftliche Studien gerichtet war, widmete. 1872 wurde der Sitz der Internationale nach New York verlegt und damit war ihre Tätigkeit lahmgelegt. Aber auch nach Auflösung der alten Internationale nahm Marx an den sozialistischen Bewegungen aller Länder lebhaften Anteil. Er starb am 9. Januar 1883 in London.

Um beurteilen zu können, ob die internationale sozialistische Bewegung in der Tat im Marxschen Sinne verlaufen ist, ist es notwendig, daß wir uns gewisse Grundideen der Marxschen Theorie, soweit sie für die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind, vergegenwärtigen.

In Ergänzung des früher Gesagten, wobei sich einige Wiederholungen nicht ganz vermeiden lassen, möchte ich besonders auf folgendes hinweisen:

A. Marx' sozialphilosophische Theorien in ihrer Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

1. Die Arbeiterbewegung muß den Prinzipien der materialistischen Geschichtsphilosophie entsprechend verlaufen; das heißt, sie soll nicht der Verwirklichung eines idealistischen Zieles dienen. Die materialistische Geschichtsauffassung bedeutet nach allem, was wir gehört haben, nicht nur eine Darstellung des bisherigen Geschichtsverlaufes, sondern sie soll auch maßgebend sein für die künftige Geschichtsentwicklung. Die künftigen Gesellschaftsorganisationen sollen getreu dieser Lehre nicht durch ein ausgeklügeltes System mit Hilfe der gesetzgebenden Faktoren und mit Hilfe von Menschen, die sich für bestimmte Ideen der sozialen Reform begeistern, herbeigeführt werden, sondern die im Schoße der Gesellschaft schlummernden Produktivkräfte sollen von selbst und mit Naturnotwendigkeit in immer mächtigerer Entfaltung diese neue Gesellschaftsordnung hervorbringen.

Marx hat auch aus dieser Lehre die Nutzanwendung auf seine Stellung zur Arbeiterbewegung gezogen: „Zu Brüssel, wohin mich Guizot verwiesen", schreibt er, (Karl Vogt, London 1880, S. 35 und 42), „stiftete ich mit Engels, W. Wolff und anderen den noch bestehenden deutschen Arbeiterbildungsverein. Wir veröffentlichten gleichzeitig eine Reihe teils gedruckter, teils lithographierter Pamphlete, worin das Gemisch von französisch-englischem Sozialismus oder Kommunismus und deutscher Philosophie, das damals die Geheimlehre des „Bundes" bildete, einer unbarmherzigen Kritik unterworfen, statt dessen die wissenschaftliche

Einsicht in die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft als einzig haltbare theoretische Grundlage aufgestellt und endlich in populärer Form auseinandergesetzt ward, wie es sich nicht um Durchführung irgendeines utopistischen Systems handle, sondern um selbstbewußte Teilnahme an dem unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Umwälzungsprozeß der Gesellschaft" . . .

. . . „Ich habe . . . auch in dem direkt für die Arbeiter bestimmten „Manifest" alle Systeme verworfen und an ihre Stelle die kritische Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der wirklichen gesellschaftlichen Bewegung gesetzt."

Durch alle seine Schriften, Programme und seine ganze politische Agitationsarbeit hindurch zieht sich immer wieder der Gedanke: laßt nur nicht die Arbeiter sich für irgendein System oder ein Ideal begeistern, sondern macht den Arbeitern klar, daß unabhängig vom guten oder schlechten Willen der Menschen die neue Ära für sie anbrechen muß und daß es nur gilt, sie körperlich und geistig so zu stärken, daß sie der neuen Aufgabe, die an sie herantritt, wenn einmal die großen Betriebe expropriiert sind, auch gewachsen sein werden.

Es ist klar, welch mächtige Waffe gerade hiermit für die Agitation geschmiedet war; denn Systeme idealer Programme können immer wieder in neuer Gestalt von geschickten Agitatoren in die Masse geworfen werden, sie führen allzuleicht zu Zersplitterung der sozialen Bewegung, wie wir noch an manchen Beispielen sehen werden. Ganz anders, wenn es nach der Marxschen Theorie heißt: „Ihr sollt Euch ein derartiges Ziel gar nicht aufstellen, sollt nicht irgendwelchen Weltverbesserern folgen, sondern sollt und müßt nur lernen, daß die gesellschaftliche Entwicklung von selbst schon zu der Gestaltung hinführt, die Euch zu den Herren der Produktionsmittel macht." Nirgends hat Marx diesen Gedanken, daß auch in der Arbeiterbewegung der Idealismus im Sinne früherer Utopisten keinen Platz habe, so prägnant ausgedrückt, als mit den bekannten Worten: „Sie (die Arbeiterklasse) hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt hat."

Ich möchte diese Stellung von Marx zur Arbeiterbewegung besonders betonen, weil in neuer Zeit gelegentlich behauptet worden ist, daß im Grunde der Marx'schen Anschauungen ein idealistischer Zug vorhanden sei, daß Kantische Gedanken bei Marx zu finden wären und daß diese idealistischen Züge bei Marx besonders hervorträten, wo er als Politiker die Arbeiterbewegung zu beeinflussen suchte. Ich halte diese Auslegung für falsch. Zwar ist mir der Ausspruch von Engels wohl bekannt aus dem Jahre 1891: „Wir deutschen Sozialisten sind stolz darauf, nicht nur von Fourier, Saint-Simon und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel abzustammen", und ebenso der Engelssche Ausspruch in seiner Schrift über Feuerbach: „Die deutsche Arbeiterbewegung ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie" (S. 58), aber wenn man diese Sätze richtig interpretieren will, muß man dem ersten hin-

zufügen „und sind stolz darauf, diese alle überwunden zu haben und dem zweiten „und erst nach Überwindung dieser deutschen Philosophie ist die Arbeiterbewegung zu ihrer Höhe gelangt.“ Wenn man die Schriften von Marx aus seiner Jugendzeit verfolgt, sieht man, daß er allerdings damals vielfach noch in dem Banne der deutschen idealistischen Philosophie sich befunden hat, daß er sich aber von diesen Ideen immer mehr loslöst und schließlich sie über Bord wirft, nachdem er seine eigene Weltanschauung gezimmert hatte.

Ich hatte schon in meiner ersten Vorlesung vor dem verschwommenen und vagen Begriff des Sozialismus gewarnt, wonach die auf Verwirklichung eines bestimmten ethischen Ideals, z. B. der Persönlichkeitswürde abzielenden Bestrebungen als „sozialistisch“ bezeichnet werden.

Wie man fälschlicherweise auf Grund dieser Auffassung dazu kam, Kant wegen seines Sittengesetzes als Sozialisten zu bezeichnen, so ist es erst recht falsch, in das Marxistische System Kantische Gedanken hineinzutragen. Im Gegenteil, das Marxistische System enthält in sich die schroffste Ablehnung nicht nur aller Kantischen Ethik, sondern aller idealistischen Ethik überhaupt. Sobald Marx seine eigene Weltanschauung begründet hatte, hat er immer seinen prinzipiellen Gegensatz zur deutschen idealistischen Philosophie bekannt. Aus dieser seiner philosophischen Grundanschauung heraus mußte er auch zu einer völligen Preisgabe der Hegelschen Philosophie kommen, zu deren Anhängern er anfänglich zählte. — Hierauf beruht auch der Grundunterschied zwischen Marx und Lassalle und ihre verschiedene Stellung, die sie zu der Arbeiterbewegung eingenommen haben.

Zwei weit auseinandergehende sozialistische Strömungen sind aus der Hegelschen Schule hervorgegangen. Die eine, deren typischer Vertreter Lassalle ist, hat zeitlebens an der Hegelschen Philosophie festgehalten. Lassalle hat seinen Sozialismus im Hegelschen Geiste begründet. Stellt nach Hegel die Weltgeschichte einen logischen Entwicklungsprozeß dar, in dem sich bestimmte Ideen in der Geschichte der Reihe nach verwirklichen, so waren die Vertreter der Hegelschen Linken gerade auf Grund dieser Lehre zu einer Opposition gegen die herrschende Staatsverfassung gekommen. Für sie schien es klar, daß der „Geist der Geschichte“ als der Geist der Entwicklung zur Freiheit sich durch den absoluten Staat und die überlieferte Kirchenlehre nicht verwirklichen lasse. In dem, dreißig Jahre nach Hegels Tod, erschienenen Werk Lassalles „Das System der erworbenen Rechte“ deduzierte er die Notwendigkeit des Sozialismus auf Grundlage Hegelscher Gedankengänge. Er sucht dort zu zeigen, wie die Entwicklung der „Idee“ des Eigentums schließlich zur Beseitigung des Eigentums führen müsse.

Ganz anders Karl Marx, der als typischer Vertreter der zweiten Strömung anzusehen ist. Er hat seinen Sozialismus in strikter Ablehnung und im schroffsten Gegensatz zur Hegelschen Philosophie begründet. Von der Hegelschen Philosophie hat Marx nur eine gewisse Art dialektischer Redeweise beibehalten, dagegen der Hegelschen Ideologie seine eigene materialistische Geschichtsphilosophie entgegengesetzt. Nicht wie

Hegel erblickte Marx im Staat das bestimmende, in der bürgerlichen Gesellschaft das bestimmte Element, sondern umgekehrt erschien ihm der Staatswille bestimmt durch die gesellschaftlichen Formen, die ihrerseits wieder durch die ökonomische Entwicklung bedingt waren. — Schon in seiner 1844 erschienenen Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie hatte er diese Abweichung von Hegel zum Ausdruck gebracht. Dort tritt der Grundgedanke dieser Auffassung hervor, daß es die materiellen Bedingungen des Lebens und nicht die ideellen Faktoren seien, welche aller historischen Entwicklung zugrunde lägen: „Die Theorie wird in einem Volke immer nur soweit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist. Wird nun dem ungeheuren Zwiespalt zwischen den Forderungen des deutschen Gedankens und den Antworten der deutschen Wirklichkeit derselbe Zwiespalt der bürgerlichen Gesellschaft mit dem Staat und mit sich selbst entsprechen? Werden die theoretischen Bedürfnisse unmittelbar praktische Bedürfnisse sein? Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen" (S. 393).

Am schärfsten hat Marx seine Ablehnung der Hegelschen Philosophie in der Vorrede zur II. Auflage des „Kapital" zum Ausdruck gebracht, wo er sagt (S. XVII): „Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle." —

In ähnlicher Weise kritisiert Marx Feuerbach. War auch Feuerbach in seiner Naturanschauung Materialist, so blieb er doch Ideologe in der Betrachtung der Geschichte und der Ethik. Er wollte die Religion nicht abschaffen, sondern durch eine neue „Menschheitsreligion" ersetzen. Auch gegen diese Ideologie wendet sich Marx in seinem 1845 geschriebenen Aufsatz gegen Feuerbach. An Stelle des abstrakten menschlichen Wesens Feuerbachs müsse das „Ensemble" der gesellschaftlichen Verhältnisse treten: „Feuerbach löst das religiöse Wesen in das menschliche Wesen auf. Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse . . . Feuerbach sieht daher nicht, daß das „religiöse" Gemüt stets ein gesellschaftliches Produkt ist und daß das abstrakte Individuum, das er analysiert, in Wirklichkeit einer bestimmten Gesellschaftsform angehört. (Marx über Feuerbach, Anhang zu Engels, Ludwig Feuerbach. Stuttgart 1907, S. 69.)

Ihre klare und knappe Formulierung hat die materialistische Geschichtsauffassung in der Vorrede zu der 1859 erschienenen „Kritik der politischen Ökonomie" erhalten. Dort sagt Marx (S. XI): „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte ent

sprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um."

Zur Zeit als Marx aktiv in die internationale sozialistische Bewegung eingriff, war er jedenfalls innerlich mit dieser seiner Weltanschauung im Reinen und hat von ihr aus konsequent und radikal und mit bewußter Absicht idealistische Motive für die Arbeiterbewegung ausschalten wollen, das heißt immer in dem theoretischen Sinne gemeint, daß keine Arbeiterpartei in irgendeinem Lande versuchen solle, ihre Aktion darauf zu begründen, irgendeiner „Idee" zum Durchbruch zu verhelfen. Das kam ihm alles als Utopismus und veraltete Ideologie vor und steht mit dem Entwicklungsgedanken, den er in eigenartiger Weise auch für das soziale Leben vertreten wollte, im schroffsten Widerspruch. Es war durchaus im Marxschen Sinne gesprochen, als Bebel auf dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Brüssel (1891) die Erklärung abgab, Hauptaufgabe der Sozialdemokratie sei nicht die Erringung eines Arbeiterschutzgesetzes, sondern es sei in erster Linie ihre Aufgabe, die Arbeiter über das Wesen und den Charakter der heutigen Gesellschaft aufzuklären, um dieselbe so rasch als möglich verschwinden zu lassen, und zwar um so rascher, als diese selbst in ihren Entwicklungsgesetzen den tötenden Keim ihres Unterganges in sich trage. Die Arbeiter müßten das Wesen der Gesellschaft kennen lernen, damit, wenn deren letztes Stündlein schlüge, die Arbeiter die neue Gesellschaft errichten könnten". (cf. Protokoll, S. 11.)

Ich hoffe, daß ich mit dem Gesagten nicht mißverstanden werde. Das alles soll nicht bedeuten, daß Marx den Idealismus überhaupt aus der Arbeiterbewegung hätte ausschalten wollen. Sicherlich hat Marx für hohe menschliche Ideale, wie für alle kulturellen Fortschritte großes Verständnis gehabt. Wie hätte Marx die Riesenarbeit in theoretischer und praktischer Hinsicht bewältigen können, wenn ihm nicht dabei das hohe Ziel vorgeschwebt hätte, die Menschheit durch seine Tätigkeit auch auf ein höheres Niveau der Kultur zu erheben! Aber, und das ist das für unsere Frage hier Entscheidende, diese hohe kulturelle Betätigung für die große Majorität der Menschen, dieser höchste Fortschritt sollte sich als Folgeerscheinung einer voraufgegangenen veränderten Produktionsweise einstellen. Erst diese veränderten Produktionsbedingungen sollten die Schwungkraft haben, um in

der Arbeiterschaft den Idealismus hervorzurufen, der notwendig sei, um sich hohe Kampfesziele zu stecken und zu erreichen. Diese veränderte Produktionsweise selbst aber, das heißt die sozialistische Gesellschaft, sei nicht ein ideales Ziel, sondern eine notwendige Entwicklungsstufe, die aber in ihrer Folge den Menschen eine viel höhere Betätigung ihrer geistigen und körperlichen Eigenschaften zu gewähren vermöge. — Ihren prägnantesten Ausdruck fand die anti-ideologische Stellung von Marx in den Worten des kommunistischen Manifestes: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung" . . . .

2. Es hängt mit dem eben Gesagten zusammen, daß die Arbeiterbewegung sich nur in der Form des Klassenkampfes abspielen solle. Denn wenn es auch wohl möglich ist, daß sich Menschen der verschiedensten Berufe, Stände und Klassen gemeinsam vereinigen für ein hohes ideales Ziel der Gerechtigkeit, das zu verwirklichen ihnen vorschwebt, so ist eine solche Vereinigung heterogener Elemente nicht möglich für diejenigen, die auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen. Denn nach dieser Geschichtsauffassung sind die gesellschaftlichen Umwälzungen nur so zu erklären, daß mit den veränderten Produktionsverhältnissen selbst sich neue Klassenbildungen und Klassengegensätze herausstellen, und daß durch den Kampf diejenige Klasse zur Herrschaft gelangt, welche den neuen veränderten Produktionsbedingungen angepaßt ist. Die Klasse, welche innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die unterdrückte ist, aber mit den veränderten Produktionsverhältnissen immer mehr die herrschende werden muß, ist das Proletariat.

Diese Klasse hat nicht nur allein das Interesse, im Hinblick auf die künftige Gesellschaftsordnung geschlossen und einheitlich diesen Kampf durchzuführen, sie hat auch allein die Macht, schon durch ihre enorme Überzahl, sich mit Hilfe politischer Betätigung so kräftig zu entwickeln, daß sie jede andere Klassenbildung überflüssig macht.

„Wo also ist die positive Möglichkeit der deutschen Emanzipation?", so fragte Marx 1844 in seiner Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie und gab darauf die Antwort: „In der Bildung einer Klasse mit radikalen Ketten, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen historischen, sondern nur noch auf den menschlichen Titel provozieren kann, welche in keinem einseitigen Gegensatz zu den Konsequenzen, sondern in einem allseitigen Gegensatz zu den Voraussetzungen des deutschen Staatswesens steht, einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Worte der völlige Verlust des Menschen ist, also

nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen kann. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat.

Das Proletariat beginnt erst durch die hereinbrechende industrielle Bewegung für Deutschland zu werden, denn nicht die naturwüchsig entstandene, sondern die künstlich produzierte Armut, nicht die mechanisch durch die Schwere der Gesellschaft niedergedrückte, sondern die aus ihrer akuten Auflösung, vorzugsweise aus der Auflösung des Mittelstandes hervorgehende Menschenmasse bildet das Proletariat, obgleich allmählich, wie sich von selbst versteht, auch die naturwüchsige Armut und die christlich germanische Leibeigenschaft in seine Reihen treten.

Wenn das Proletariat die Auflösung der bisherigen Weltordnung verkündet, so spricht es nur das Geheimnis seines eigenen Daseins aus, denn es ist die faktische Auflösung dieser Weltordnung. Wenn das Proletariat die Negation des Privateigentums verlangt, so erhebt es nur zum Prinzip der Gesellschaft, was die Gesellschaft zu seinem Prinzip erhoben hat, was in ihm als negatives Resultat der Gesellschaft schon ohne sein Zutun verkörpert ist."

„Klassenkampf" bedeutet also im marxistischen Sinne nicht etwa einen Kampf der Arbeiterklasse um bessere Löhne oder sonstige ökonomische Bedingungen, sondern: Kampf für eine völlige Neubildung der Gesellschaft. Nur wenn die Arbeiterkämpfe sich emanzipierten vom Charakter lokaler zeitweiliger Lohnkämpfe, wenn sie den Charakter dauernder politischer Organisationen zum Zwecke einer Befreiung aus der kapitalistischen Gesellschaftsform erhalten, erheben sie sich zum „Klassenkampf". Daher erklärte Marx im Kommunistischen Manifest, daß die Organisation der Proletarier zur Klasse, auch eine Organisation zur politischen Partei werde —: „Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf". — (S. 30.)

3. In diesem Sinne muß die Arbeiterbewegung auch revolutionär sein, was nur eine Folge des Klassenkampfcharakters der Arbeiterbewegung ist. Das Wort „revolutionär" ist dabei in dem früher von mir genau umschriebenen Sinne zu verstehen, und richtiger durch das Wort „evolutionär" zu ersetzen. — Die Arbeiterbewegung braucht nicht unbedingt revolutionär in dem Sinne zu sein, daß nur mit Hilfe gewaltsamer Umwälzungen die neue Gesellschaftsordnung zu erreichen sei. Gerade nach der materialistischen Geschichtsauffassung ist diese Entwicklung naturnotwendig zu erwarten und es ist eine untergeordnete Einzelfrage vom Standpunkte der Marxisten, ob die Auseinandersetzung zwischen der absterbenden Bourgeoisie und dem zur Herrschaft gelangenden Proletariat sich in friedlichen oder gewaltsamen Formen vollzieht. Wohl aber soll das Wort revolutionär heißen, daß die Arbeiterbewegung nicht auf dem Wege irgendwelcher Sozialreform oder vermittels staatlicher sozialpolitischer Maßnahmen zu ihrem Ziel gelangen kann, sondern nur in schroffem Gegensatz und in Kampfstellung gegenüber den herrschenden Regierungen und allen übrigen Klassen.

Wenn Marx, wie wir gesehen haben, zu verschiedenen Zeiten sich sehr verschieden über die Zweckmäßigkeit revolutionärer Aktion geäußert hat,

so enthält dies keinen Widerspruch in sich, sondern ist gerade vom Standpunkte marxistischer Auffassung aus konsequent. Revolutionäres Vorgehen im Sinne von Gewalt-Revolution konnte nie für ihn eine Frage von prinzipieller Bedeutung sein. Alles kommt für ihn auf die Zeitumstände an. Nur wenn diese günstig für ein revolutionäres Vorgehen sind, war er ein Anhänger dieser Taktik. Gerade mit dem Wachsen des politischen Einflusses der Arbeiterklasse mußte ihm die revolutionäre Taktik gewagt erscheinen, da eine Niederlage der Revolution eine Schwächung ihrer Position bedeutete; anderseits auch überflüssig, da mit der wachsenden politischen Macht der Arbeiterklasse auch ohne Gewalt-Revolution der Sieg gewiß sein sollte.

4. Es ergibt sich ferner aus dem Gesagten, daß die Arbeiterbewegung im Marxschen Sinne keine genossenschaftlich-gewerkschaftliche sein kann. Nicht als ob Marx den Arbeitergenossenschaften oder den Arbeitergewerkschaften feindlich gesinnt gewesen wäre. Er erkannte vielmehr ihren Wert für die Emanzipation der Arbeiterklassen an, aber sie konnten nach seiner Auffassung nie im Mittelpunkt der Arbeiterbewegung stehen. Da sie vielmehr immer nur bestimmte reale wirtschaftliche Ziele verfolgten, trugen sie nach seiner Idee die Gefahr in sich, daß darüber das politische Endziel versäumt würde. Auch die höchste Form der Genossenschaften, die Arbeiterproduktivgenossenschaften, hielt Marx für ein unzureichendes Mittel, die alte Gesellschaftsorganisation zu überwinden, denn da diese Produktivgenossenschaften mit und ohne Staatskredit immer innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise wirken, müßten sie auch die Mängel dieser Produktionsweise an sich haben. Nicht in der genossenschaftlichen Betätigung innerhalb des kapitalistischen Prozesses, sondern in der völligen Aufhebung dieser kapitalistischen Organisation sollte die Lösung liegen. Ebenso war seine Stellung zu den Gewerkschaften, die wohl nützliche Organisationen für die Arbeiterschaft im Kampfe um ihre Existenzbedingungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft darstellten, niemals aber ausreichend sein könnten, um mit ihrer Hilfe diese Gesellschaft selbst zu überwinden.

5. Und schließlich muß die Arbeiterbewegung international sein in der Bedeutung, wie ich sie bereits geschildert habe. —

B. Marx' ökonomische Theorien in ihrer Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

Um die Bedeutung von Karl Marx für die internationale Arbeiterbewegung richtig zu würdigen, müssen wir auch einige seiner speziell nationalökonomischen Theorien kennen lernen, und zwar zunächst:

a) Die Marxsche Wert- und Mehrwerttheorie.

Nach einer weitverbreiteten Annahme ist die Marxsche Werttheorie der Grund- und Eckstein für seine sozialistische Gesamtauffassung etwa in dem Sinne: Der Wert der Waren werde durch die einfache Arbeit der Handarbeiter geschaffen. Diese Handarbeiter erhielten aber in dem ihnen bezahlten Arbeitslohn nur den kärglichen Lebensunterhalt, alles übrige fließe

in Form von Zins, Gewinn, Rente usw. in die Taschen der Kapitalisten die von der Ausbeutung der Arbeitskraft ihrer Arbeiter lebten. Da demnach unsere heutige Gesellschaft auf einer Ungerechtigkeit beruhe, müsse eine neue gegründet werden, in welcher die Arbeiter nach ihrem wirklichen Wert bezahlt würden, wo ihnen der volle Arbeitsertrag zufalle.

Diese populäre Auffassung ist irrig und widerspricht dem Geiste des Marxistischen Systems. Zunächst ist festzustellen, daß die Wert- und Mehrwertlehre gar nicht die zentrale Stellung bei Marx einnimmt wie bei vielen früheren Sozialisten, z. B. bei Owen, Proudhon, Rodbertus, Lassalle und vielen andern. Marx hat nie lehren wollen: innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bekommen die Arbeiter einen ungerechten Lohn, und es muß deshalb eine neue Gesellschaft mit gerechtem Arbeitslohn geschaffen werden. Sondern nach der Marxschen Auffassung sind es bestimmte volkswirtschaftliche Erscheinungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, die mit Notwendigkeit den Zusammenbruch dieser Gesellschaft herbeiführen. Welche wirtschaftlichen Erscheinungen Marx meint und welche volkswirtschaftlichen Theorien hiermit zusammenhängen, werde ich später noch mitteilen. — Die berühmte Wert- und Mehrwerttheorie von Marx hatte nur die Bedeutung, die innere Struktur der kapitalistischen Gesellschaft zu enthüllen. Niemals hat Marx aus dieser Wertlehre sozialistische Konsequenzen gezogen. Das soll also heißen: selbst angenommen, die Wert- und Mehrwertlehre von Marx wäre als gänzlich falsch erwiesen, so wäre noch gar nichts über die Frage gesagt, ob Marx mit seiner Behauptung von der Notwendigkeit der sozialistischen Zukunftsgesellschaft recht hat oder nicht. Während bei den früheren Sozialisten das Wertproblem im Mittelpunkt stand und die Frage lautete: ist es möglich und durchführbar, eine Gesellschaft auf Grundlage einer neuen Güterbewertung zu konstituieren?, ist diese Bedeutung der Marxschen Werttheorie in keiner Weise beizumessen Engels sagt über das Verhältnis des Marxschen Sozialismus zu seinem Wertgesetz: „Marx hat nie seine kommunistischen Forderungen hierauf begründet, sondern auf den notwendig sich vor unseren Augen täglich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise." (Vorwort zum „Elend der Philosophie".)

Damit soll die große Wichtigkeit der Marxschen Wert- und Mehrwerttheorie für sein ökonomisches System in keiner Weeise bestritten werden. Die theoretische Leistung, die Marx vollbracht hat, indem er in konsequenter Durchführung einer reinen Arbeitswerttheorie den ganzen Produktions-, Zirkulations- und Verteilungsprozeß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zur Darstellung gebracht hat, ist an sich bewundernswert, wie man sich auch kritisch zu den Ergebnissen und zum Fundament dieser ganzen Lehre stellen mag. Und indirekt ist damit auch eine große Bedeutung dieser Wert- und Mehrwerttheorie für die Arbeiterbewegung gegeben, denn eine Theorie, die in nuce darauf hinausläuft, zu erklären, daß Zins, Gewinn, Rente, Profit usw. der Unternehmer darauf beruhen, daß nur ein Teil der Arbeitsleistung dem Arbeiter bezahlt wird, muß gleichzeitig auch eine ausgezeichnete Waffe in der Agitation darstellen. Aber, und dies ist das

Entscheidende für unsere augenblickliche Frage, diese Lehre bildet nicht derart den Mittelpunkt des Marxschen Systems, daß von ihrer Richtigkeit oder Unrichtigkeit irgend etwas Ausschlaggebendes für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des eigentlichen Endzieles der marxistischen Bewegung abhängen kann. Die Wertlehre selbst kann ich hier nur kurz skizzieren:

Marx hat kein allgemeines, für alle Formen und Epochen des Wirtschaftslebens gültiges Wertgesetz aufgestellt. Sein Wertgesetz sollte nur Gültigkeit haben für die Periode der sogenannten Warenproduktion, das heißt diejenige Periode des Wirtschaftslebens, wo die Produzenten nicht Gebrauchsgüter für sich, sondern Gebrauchsgüter für andere, das heißt Waren, herstellen.

In dieser Gesellschaft besteht der Reichtum aus Waren. Die Waren werden untereinander ausgetauscht. Nehmen wir eine Reihe von Waren, die alle untereinander denselben Geldpreis haben, z. B.:

20 Ellen Leinwand	2 Unzen Gold.
1 Rock	
10 Pfund Tee	
40 Pfund Kaffee	
1 Qurtr. Weizen	
$1/2$ Tonne Eisen	
x Ware A	

Warum tauschen sich alle diese Waren untereinander zum selben Preise aus? Marx will das Gemeinsame suchen, welches sich im Tauschverhältnisse der Waren darstellt und dies Gemeinsame nennt er den Wert. Dies Gemeinsame, meint er, kann keine Eigenschaft der Waren sein, denn gerade wenn man auf die Brauchbarkeit der Waren sieht, entdeckt man lauter Verschiedenheiten. Der Gebrauchswert kann also nicht dies Gemeinsame sein. Sieht man aber vom Gebrauchswert ab, dann bleibt nur noch eine Eigenschaft übrig, welche sie alle gemeinsam haben, nämlich, daß sie Arbeitsprodukte sind, und zwar sind sie nicht Produkte von Tischlerarbeit oder Spinnerarbeit usw., sondern Produkte menschlicher Arbeit überhaupt und als solche sind sie Werte. Eine Ware hat also Wert, weil menschliche Arbeit in ihr vergegenständlicht ist.

Wie läßt sich die Größe des Wertes messen? Durch die Menge an Arbeit, welche in den Waren enthalten ist. Nun sind die einzelnen Arbeiten durchaus verschieden: aber alle einzelnen Arbeiten meint Marx auf eine allgemein menschliche Durchschnittsarbeit reduzieren zu können und zwar beruhe alle Arbeit auf produktiver Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskeln, Nerven usw.

Kompliziertere oder schwierigere Arbeit ist nichts als ein Multiplum einfacher Durchschnittsarbeit. Eine Ware möge also das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein, ihr Wert setzt sie den Produkten einfacher Arbeit gleich und sie stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar.

Sie werden vielleicht einwenden, daß der Aufwand an Arbeit bei den einzelnen Produzenten für dieselbe Ware sehr verschieden sein kann,

je nach dem Grade der Technik, den sie anwenden. Für den Wert soll aber nach Marx nur maßgebend sein die gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeit, das heißt diejenige Arbeitszeit, die nötig ist, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen.

Auf dieser Werttheorie baut Marx seine Mehrwerttheorie auf.

Sobald innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise sich eine Scheidung herausbildet zwischen dem Arbeitgeber, der die Produktionsmittel besitzt und dem Arbeitnehmer, der gar kein Vermögen besitzt außer seiner Arbeitskraft, wird die Arbeitskraft selbst eine Ware, wie jede andere auch. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Ware Arbeitskraft verkauft und gekauft. Wie hoch ist der Wert der Arbeitskraft? Der Wert der Arbeitskraft wird gerade so bestimmt wie der aller anderen Waren, nämlich nach der Arbeitszeit, die notwendig ist, um die Arbeitskraft herzustellen. Zwar die Arbeitskraft selbst kann nicht produziert werden, denn sie ist mit dem Träger der Arbeitskraft, mit dem Arbeiter, unlöslich verbunden. Was aber hergestellt werden kann, ist die Summe von Lebensmitteln, die notwendig ist, um die Arbeitskraft des Arbeiters zu erhalten und immer wieder zu erneuern. Die Summe von Lebensmitteln, die eine Arbeiterfamilie täglich gebraucht, würde also den Wert einer täglichen Arbeitskraft bedeuten. —

Nehmen wir einmal an, der Kapitalist kaufe eine Arbeitskraft für einen Tag; nehmen wir ferner an, daß die zur Erhaltung des Arbeiters notwendigen Lebensmittel in 6 Stunden gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit erzeugt würden, und daß ebensoviel und ebensolche Arbeitszeit in 3 Mark verkörpert sei. Dann kann der Kapitalist diese Arbeitskraft zu ihrem Wert, das heißt für 3 Mark kaufen. Daß aber bereits in 6 Stunden Arbeitszeit der Wert der Arbeitskraft erzeugt wird, hindert den Kapitalisten keineswegs, den Arbeiter längere Zeit arbeiten zu lassen. Beträgt der tatsächliche Arbeitstag etwa 12 Stunden, so würden 6 Arbeitsstunden gleich dem Wert der Arbeit sein, und die 6 weiteren Stunden gleich dem Mehrwert. Da der Kapitalist das ganze von dem Arbeiter in den 12 Stunden geschaffene Produkt für sich verwertet, so steckt er in diesem Falle das Produkt von 6 Stunden Arbeit in seine Tasche, ohne dem Arbeiter ein Äquivalent dafür bezahlt zu haben.

Nach dieser Auffassung beruht also der Unternehmergewinn des Kapitalisten auf nichts anderem, als darauf, daß dem Arbeiter nur ein Teil der von ihm geleisteten Arbeit bezahlt wird.

Aus dieser Wertlehre hat Marx nie sozialistische Schlüsse gezogen.

b) Die entscheidenden Theorien, welche nach marxistischer Auffassung zur Erklärung dafür dienen sollen, daß die kapitalistische Gesellschaft zusammenbrechen müsse, sind folgende:

1. Die Konzentrationstheorie.

Darunter versteht Marx, daß infolge der technischen Überlegenhiet des Großbetriebes gegenüber den Klein- und Mittelbetrieben auf allen

Gebieten des Wirtschaftslebens diese kleinen und mittleren Betriebe aufgesogen werden und allmählich nur noch wenige große Betriebe übrig bleiben. Das kommunistische Manifest sagt darüber: „Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der Großindustrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den Großkapitalisten unterliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird." Ausdrücklich wird diese Konzentrationstendenz auch für das Gebiet der Landwirtschaft behauptet. So erklärt Marx im dritten Band des „Kapital", daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft ein Ausgangspunkt für die Entwicklung der Agrikultur sei. Die Ursachen, warum das Eigentum des Bauern untergehen müsse, seien folgende: „Vernichtung der ländlichen Hausindustrie, Aufsaugung des dieser Kultur unterworfenen Bodens, Usurpation des Gemeineigentums durch Großgrundeigentümer, Konkurrenz der kapitalistischen Betriebe, Großkultur. Das Parzelleneigentum schließt seiner Natur nach aus: Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, gesellschaftliche Form der Arbeit, gesellschaftliche Konzentration des Kapitals, Viehzucht in großem Maßstabe, progressive Anwendung der Wissenschaft." Für die Arbeiterbewegung folgt daraus: Soll die Arbeiterbewegung im Geiste der Marxschen Theorie verlaufen, so darf sie keinem Programm folgen, welches irgendwelche Maßnahmen zugunsten des sogenannten Mittelstandes oder der sogenannten Mittelbetriebe enthält; denn da diese Mittelbetriebe, also Handwerks- und Bauernbetriebe, und die Inhaber derselben, die Handwerker und Bauern, nicht nur mit Naturnotwendigkeit dem Untergang geweiht sein sollen, sondern auch, wie Marx meint, im Hinblick auf den technischen Fortschritt anderen Betriebsformen den anderen Klassen Platz machen müssen, so würde jede sozialistische Bewegung, die nicht nur Maßnahmen zugunsten der Arbeiter, sondern auch zugunsten dieser dem Untergang geweihten Schichten der Gesellschaft in ihr Programm aufnähme, in sich widerspruchsvoll sein.

2. Die Akkumulationstheorie.

Mit der Konzentration der Betriebe in Groß- und Riesenbetriebe soll die Konzentration des Besitzes in immer weniger Händen und ein immer stärkeres Anwachsen der Zahl der Besitzlosen parallel gehen. Der Kapitalbesitz soll sich in immer weniger Händen akkumulieren und dies soll auch seine Wirkung auf die Arbeiterbewegung in der Weise äußern, daß mit der Aufhäufung dieses Besitzes in wenigen Händen auch die Empörung der Arbeiterklassen gegen diese einseitige Reichtumsentwicklung zunimmt. Hierüber hat sich Marx besonders im ersten Bande des „Kapital" im 24. Kapitel, Abschnitt 7: Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation (S. 727/728) geäußert: „Die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, daher des zwerghaften Eigentums vieler in das massenhafte Eigentum weniger, daher die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese furchtbare und schwierige Expro-

priation der Volksmasse, bildet die Vorgeschichte des Kapitals ...... Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklassen. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert."

3. Die Verelendungstheorie.

Die Lage der großen Masse der Arbeiter soll innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise eine immer elendere werden. Die Verelendungstheorie soll nicht bedeuten, daß die Löhne der Arbeiter trotz aller technischen Fortschritte auf derselben Stufe des Hungerlohnes, des Existenzminimums stehen müßten. Marx war nicht Anhänger des ehernen Lohngesetzes in diesem Sinne, oder richtiger gesagt, er war anfänglich Anhänger dieser Theorie, hat sie aber später fallen lassen und mußte daher auch in diesem späteren Stadium jede Arbeiterbewegung mißbilligen, welche dieses eherne Lohngesetz in den Mittelpunkt des Programms stellt. In seinen ersten Schriften hat Marx das eherne Lohngesetz vertreten. In seiner 1846/47 erschienenen Schrift gegen Proudhon hat er diese Lehre verteidigt und ebenso im kommunistischen Manifest noch am ehernen Lohngesetz festgehalten. Es heißt dort über die Lohnarbeit: „Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, das heißt die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen."

Zu einer abweichenden Auffassung gelangte Marx, als er einen systematischen Ausbau seiner Theorie im „Kapital" vornahm. Dort hat er eine Lohntheorie aufgestellt, die eine Preisgabe des ehernen Lohngesetzes bedeutet. Aber enthält nicht gerade die in diesem Werk dargestellte Wert-

und Mehrwerttheorie implicite auch das eherne Lohngesetz in sich? Denn nach dieser vorhin dargelegten Lehre soll der Wert der Arbeitskraft gleich sein dem Wert der Unterhaltskosten des Arbeiters. Dies würde nur dann eine Zustimmung zum ehernen Lohngesetz bedeuten, wenn Wert der Arbeitskraft und Arbeitslohn identisch wären. Dies ist aber keineswegs der Fall: es handelt sich bei den dargelegten Theorien um die Bestimmung des Durchschnittspreises der Arbeit: „Der Durchschnittspreis der Arbeit ist eine gegebene Größe, weil der Wert der Arbeitskraft, wie der jeder anderen Ware durch die zu ihrer Reproduktion nötige Arbeitszeit bestimmt ist." Der Preis der Arbeit, wie er in Form des Arbeitslohns dem Arbeiter gezahlt wird, kann aber nach oben und unten stark abweichen von dem, was dem Werte der Arbeitskraft adaequat ist. Der Arbeitslohn kann über und unter dem Werte der Arbeitskraft sich bewegen. Selbst wenn der Lohn das Existenzminimum überschreitet, ist nach Marx die kapitalistische Mehrwertbildung möglich, und in dieser Mehrwertbildung, nicht in einem ehernen Lohngesetz, von dem er nie sprach, erblickte Marx das Wesentliche der kapitalistischen Produktionsweise. Wie weit Marx davon entfernt war, ein „ehernes Lohngesetz" anzunehmen, geht deutlich aus seiner im „Kapital" entwickelten Lohntheorie hervor. Dort gibt er ausdrücklich zu, daß Arbeitslöhne über das Existenzminimum hinaus möglich seien und zwar stets so lange, als es das Verwertungsbedürfnis des Kapitals erfordere. „Die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals können das Wachstum der Arbeitskraft oder der Arbeiteranzahl, die Nachfrage nach Arbeitern ihre Zufuhr überflügeln und daher können die Arbeitslöhne steigen . . . . Die mehr oder minder günstigen Umstände, worin sich die Lohnarbeiter erhalten und vermehren, ändern jedoch nichts am Grundcharakter der kapitalistischen Produktion . . . Wächst die Menge der von der Arbeiterklasse gelieferten und von der Kapitalistenklasse akkumulierten, unbezahlten Arbeit rasch genug, um nur durch einen außergewöhnlichen Zuschuß bezahlter Arbeit sich in Kapital verwandeln zu können, so steigt der Lohn und, alles andere gleichgesetzt, nimmt die unbezahlte Arbeit im Verhältnis ab." Die Erhöhung des Arbeitspreises ist demnach sehr wohl möglich — sie muß nur eingebannt bleiben in Grenzen, die die Grundlage des kapitalistischen Systems nicht nur unangetastet lassen, sondern auch seine Reproduktion auf wachsender Stufenleiter sichern.

An Stelle des „ehernen Lohngesetzes" läßt Marx das „Gesetz der industriellen Reservearmee" treten. „Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohnes ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen. Sie sind also nicht bestimmt durch die Bewegung der absoluten Anzahl der Arbeiterbevölkerung, sondern durch das wechselnde Verhältnis, wie die Arbeiterkasse in aktive Armee und Reservearmee zerfällt durch die Zunahme und Abnahme des relativen Umfangs der Übervölkerung, durch den Grad, worin sie bald absorbiert, bald wieder freigesetzt wird. Verelendung im Sinne der Verelendungstheorie bedeutet also nach Marx nicht dauernd ungünstige Lohnverhältnisse, sondern einen ganzen Komplex von Verumständungen,

durch welche eine elende Lage der Arbeiterklasse hervorgerufen werden soll. Besonders aber soll diese Theorie bedeuten, daß die Unsicherheit der Existenz eine immer größere wird. In diesem Sinne sagt Engels in einer Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs: „Immer größer wird die Zahl und das Elend der Proletarier. Dies ist nicht richtig, die Organisation der Arbeiter, ihr stets wachsender Widerstand wird einem Wachstum des Elends möglicherweise einen gewissen Damm entgegensetzen, was aber sicher wächst, ist die Unsicherheit der Existenz. Das würde ich hineinsetzen."

4. Die Krisentheorie.

Unter der Herrschaft des Privateigentums und der freien Konkurrenz sollen die Ursachen, die zur Entstehung volkswirtschaftlicher Krisen führen, immer mehr verstärkt werden. Die planlose Produktionsweise, die wachsende Profitsucht, der immer schwierigere Überblick über das Absatzgebiet brächten immer intensivere Mißverhältnisse zwischen den Warenvorräten und ihrer Absatzfähigkeit hervor. Die Krisen würden immer mehr zunehmen, schließlich zu einer Weltkrisis und damit zum Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion führen: „In den Handelskrisen", so heißt es im kommunistischen Manifest, „wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine Gesellschaftsepidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre, die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei versetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet und warum? Weil sie zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Förderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dieses Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. — Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krise? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften, andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung aller Märkte, wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, Krisen vorzubeugen, vermindert." Diese Krisen sollen nach Marx wiederum die Macht der Arbeiterbewegung verstärken. Darüber sagt er in seinem 1849 erschienenen Aufsatz: Lohnarbeit und Kapital: „Das Kapital lebt, aber nicht nur von der Arbeit. Ein zugleich vornehmer und barbarischer Herr zieht es mit sich in die Gruft die Leichen seiner Sklaven, ganze Arbeiterhekatomben, die in den Krisen untergehen. Wir sehen also, wächst das Kapital rasch, so wächst ungleich rascher die Konkurrenz unter den Arbeitern, das heißt desto mehr nehmen verhältnismäßig die Beschäftigungsmittel und die Lebensmittel

für die Arbeiterklasse ab, und nichtsdestoweniger ist das rasche Wachsen des Kapitals die günstigste Bedingung für die Lohnarbeit." (S. 36.)

Nachdem wir die wichtigsten sozial-philosophischen und ökonomischen Theorien von Marx kennen gelernt haben, wollen wir jetzt betrachten, ob und inwieweit sie in der internationalen sozialistischen Bewegung Aufnahme gefunden haben. —

X. Vorlesung.

Der Sozialismus in Frankreich.

I. Bis zur großen Revolution.

Der „Vorwärts" vom 16. Dezember 1896 brachte eine Notiz, die charakteristisch für die Zersplitterung des französischen Sozialismus ist: „Paris, 14. Dezember. Außer der Wahl in Dünkirchen fanden gestern noch zwei Ersatzwahlen für die Kammer statt. In beiden Fällen waren zwei verstorbene sozialistische Deputierte zu ersetzen. Im zweiten Wahlkreise des 19. Pariser Arrondissements erhielten Stimmen: Gerault (socialiste intransigeant) 1634 Stimmen, Lavier (unabhängiger Sozialist) 798, Brunet (Broussist) 775, Turot (Blanquist) 718, Serre (Guesdist) 547, Derron (Allemanist) 229, Fèvre (Revolutionär) 70, verschiedene 49."

Diese Zersplitterung der sozialistischen Stimmen in zahlreiche Parteien ist in Frankreich nichts Ungewöhnliches, sondern bildet die Regel. Den Deutschen, die zur Zeit der letzten Parlamentswahlen in Frankreich reisten, war es allerdings ein ungewöhnliches Schauspiel, zu sehen, daß oft in einem Orte mehrere sozialistische Kandidaten um einen Wahlsitz stritten. Wir, die wir nur eine einheitliche, geschlossene sozialistische Partei kennen, empfinden diese Tatsache, als etwas ebenso Auffallendes, wie uns der Umstand wunderbar erschien, daß wiederholt in neuerer Zeit Sozialisten zu Ministern ernannt wurden, wie auch heute im französischen Kabinet mehrere sozialistische Minister sitzen. Wie ist diese Grundverschiedenheit zu erklären? Ist diese Zersplitterung in so viele einander entgegengesetzte Parteien nur eine vorübergehende Erscheinung, die allmählich infolge einer gewissen Tendenz zur Einheit einer Vereinheitlichung Platz machen wird und auch in Frankreich dahin führen wird, daß es wie in Deutschland ganz ausgeschlossen erschien, daß Mitglieder einer sozialistischen Partei zu Ministern ernannt werden, oder hat diese ganze Entwicklung ihren tieferen Grund in gewissen nationalen Eigentümlichkeiten, die hier einen besonderen Typus der sozialistischen Bewegung hervorgerufen haben? Die Beantwortung dieser Frage soll erst zum Schluß der Vorlesungen erfolgen, die dem französischen Sozialismus gewidmet sind. Erst auf Grund einer historischen Darstellung des Entwicklungsganges der französischen sozialistischen Bewegung wollen wir das Fazit ziehen und zu dieser Frage Stellung nehmen. — Warum aber wählen wir gerade unter allen Kulturländern Frankreich als erstes Land, dessen sozialistische Bewegung wir schildern, trotzdem sich dort später als

in England eine große industrielle Lohnarbeiterschaft herausgebildet hat, die, wie wir gesehen haben, den besten Resonanzboden für sozialistische Bewegungen abgibt? Weil wir hier früher als in England sozialistische und kommunistische Bewegungen antreffen. Schon vor und zur Zeit der großen französischen Revolution traten Männer der verschiedensten Richtungen mit sozialistischen Theorien hervor, arbeiteten sozialistische Programme aus und bildeten sozialistische Parteien. Wenn wir nach den ersten Anfängen der sozialistischen Bewegung in Frankreich fragen, würde es freilich falsch sein, mit der großen französischen Revolution zu beginnen, denn wie ich schon in der einleitenden Vorlesung erklärte: der Grundcharakter dieser großen politischen Bewegung war kein sozialistischer. Es handelte sich vielmehr um eine freiheitliche Bewegung, welche die Beseitigung der feudalen und zünftlerischen Fesseln bezweckte, die das Aufkommen der Bourgeoisie hinderten.

Wenn Taine — der Geschichtsschreiber der großen französischen Revolution — zwei Bewegungen unterscheidet, die, welche unter der Trikolore, und die, welche unter der roten Mütze gefochten habe und die letztere, die höhere, wenn auch weniger umfassende Woge auf die haine de la propriété des besitzlosen Proletaraits der Hauptstadt zurückführt, so hat er damit durchaus recht. Nur dürfen wir nicht vergessen, daß diese sozialistisch-kommunistische Bewegung ein Auswuchs der großen Revolution war, die ihrem Grundcharakter nach gerade diejenigen Bevölkerungsschichten emporbringen sollte, gegen welche der Sozialismus gerichtet ist, nämlich die Bourgeoisie. —

Nicht um den Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitz und Nichtbesitz handelt es sich in der Bewegung am Ende des 18. Jahrhunderts, sondern um den Gegensatz zwischen den politischen Vorrechten des Adels und der Geistlichkeit einerseits und der politischen Ohnmacht des dritten Standes anderseits. Dieser dritte Stand, der sich am 11. Juni 1789 als Nationalversammlung konstituierte, weil er das Privileg des Adels und der Geistlichkeit, daß nach Ständen und nicht nach Köpfen abgestimmt werden sollte, nicht anerkennen wollte, setzte sich aus den verschiedensten sozialen Schichten der Bevölkerung zusammen: reiche Fabrikanten und Kaufleute, Gelehrte und Beamte zählten ebenso dazu wie Bauern und einfache Arbeiter. Gemeinsam führten sie den Kampf gegen die Vorrechte in der Ämterbesetzung, der Besteuerung und gegen andere Privilegien der bevorzugten Stände.

Die Nacht des 4. August 1789, die mit allen diesen Vorrechten aufräumte, war keine Bartholomäusnacht des Eigentums, sondern gewisser öffentlich-rechtlicher Privilegien. Wie wenig die große Revolution eine sozialökonomische war, können Sie daraus ersehen, daß die wichtigste wirtschaftliche Rechtsinstitution, das Eigentum, nicht nur nicht angegriffen, sondern sogar als ein „unverjährbares Menschenrecht" erklärt wurde.

Die „Menschenrechte", wofür in der französischen Revolution gekämpft wurde, waren allgemeine Menschenrechte die allen Menschen zuteil werden

sollten; nicht etwa Rechte der arbeitenden Klassen. Auf Grund der naturrechtlichen Gleichheitstheorie zog man Schlüsse zugunsten der politischen Gleichstellung aller Bürger, keineswegs irgendwelche Schlüsse mit sozialistischer Tendenz. Die Konsequenzen, die man aus den sogenannten Menschenrechten zog, waren nicht eigentumsfeindlich, sondern sollten im Gegenteil zu einer größeren Ausdehnung und Befestigung des Privateigentums führen.

Der Artikel 1 der „Déclaration des droits de l'homme": Les hommes naissent et demeurent libres et égaux en droits sollte im Sinne abstrakter Rechtsgleichheit, nicht im Sinne materieller Gütergleichheit verstanden werden. — Die Regelung der Menschenrechte, die zwar die Vorrechte der Geburt aufhob, die Sicherheit des Eigentums aber ausdrücklich garantierte, bildet den Anfang und die Basis der Konstitution von 1791. Diese Konstitution gewährte allen Franzosen die Gleichheit des Zuganges zu allen Ämtern: la constitution garantie comme droits naturels et civils: que tous les citoyens sont admissibles aux places et emplois; sans autre distinction que celle des vertus et des talents.

War die Konstitution von 1791 weit entfernt, die sozialeGleichheit zu proklamieren, so gewährleistete sie nicht einmal die politische Gleichheit. Aktiv und passiv wahlberechtigt war nur der citoyen actif, das heißt wer in irgendeinem Orte des Landes eine direkte Kontribution, die dem Wert dreier Arbeitstage gleichkommt, bezahlt. Damit war die große Masse der Arbeiter vom Wahlrechte ausgeschlossen. Erst die Konstitution von 1793 gibt allen Franzosen das Wahlrecht.

Aber auch diese politisch so weitgehende Verfassung hat die ökonomische Gleichheit in keiner Weise verwirklichen wollen. Im Gegenteil, sie erkannte ausdrücklich in den droits de l'homme (Art. 2) das Eigentum als eines der natürlichen und unverjährbaren Menschenrechte an. Der Artikel 16 bestimmt das Recht des Eigentums als das „jedem Bürger zustehende Recht, sein Vermögen nach seinem Ermessen genießen und darüber verfügen zu können" und die Konstitution gewährt ferner jedem die Unverletzlichkeit dieses Eigentums. In der Konstitution von 1795, welche an Stelle der alsbald suspendierten Konstitution von 1793 trat, wurde auch das Wahlrecht wieder an einen gewissen Besitz geknüpft.

Die zur Zeit der großen französischen Revolution errichteten Nationalwerkstätten sollten nicht zur Durchführung eines verfassungsmäßig garantierten Rechts auf Arbeit dienen; sie waren reine Wohltätigkeitsanstalten. Ein Recht auf Arbeit wurde damals nicht anerkannt. — Zwar wurde im Jahre 1789 in der Nationalversammlung von Malouet und Target der Versuch gemacht, dieses Recht in die Verfassung aufzunehmen, aber beide Male wurde dieser Antrag abgelehnt.

Die französische Revolution war eine bürgerliche Revolution, keine proletarische; sie war unternommen im Interesse der Bourgeoisie, also gerade derjenigen Klasse, die der Sozialismus bekämpft. Es galt durch die Beseitigung der zünftlerischen Schranken und der Privilegienwirtschaft des ancien régime die Bahn freizumachen für die Ausbildung des kapitalistischen

Wirtschaftssystems, welches erst ein Proletariat in großem Maßstabe hervorbrachte.

Eine einheitliche Arbeiterklasse mit gleichen Interessen gab es damals in Frankreich noch nicht. Wir dürfen nicht vergessen, daß in Landwirtschaft und Gewerbe der Kleinbetrieb vorherrschte, daß Handwerker und Bauern die ausschlaggebenden wirtschaftlichen Klassen waren. Die Arbeiter dieser Klassen hofften, einmal selbständig zu werden, hatten keine ihren Arbeitgebern direkt entgegengesetzte Interessen, kämpften vielmehr gemeinsam mit den Arbeitgebern gegen die Privilegienwirtschaft. In den zünftigen Gewerben war allerdings ein gewisser Gegensatz vorhanden. Hier hatten alle Gesellen, die unter der Zunftordnung keine Aussicht hatten, selbständig zu werden, andere Interessen als ihre zünftigen Meister. Sie kämpften aber wiederum gemeinsam mit den nichtzünftigen Meistern für die Aufhebung der Zunftschranken. Die nicht-zünftigen Arbeiter in der Manufaktur und Industrie waren schon numerisch nicht bedeutend genug, um in der Bewegung eine Rolle zu spielen. Der großen Mehrzahl unter ihnen lagen sozial-revolutionäre Ziele völlig fern. Bei der gedrückten Lage, in der sie sich infolge des Darniederliegens der Geschäfte in jener Zeit befanden, war ihr Interesse darauf konzentriert, Arbeit und auskömmlichen Lohn zu erhalten. — Für Pläne einer neuen Gesellschaftsorganisation interessierten sie sich nicht.

Eugene Tarle hat auf Grund eingehender Quellenstudien eine anschauliche Darstellung der Zustände der Arbeiterklassen während der Revolution in den großen sogenannten nationalen, bis zum Jahre 1792 sogenannten königlichen Manufakturen gegeben. Er erklärt, daß diese Schilderungen in vieler Hinsicht auch für die übrige Masse der Arbeiter zutreffen. — Was finden wir immer wiederkehrend in allen Petitionen und Beschwerden der Arbeiter: es ist die drückende Sorge um das tägliche Brot, die sie um Beschäftigung und Lohn bitten läßt. Politische Rechte zu fordern, lag ihnen ebenso fern wie die Forderung wirtschaftlicher Rechte. — Es bildete eine Ausnahme, wenn z. B. die Arbeiter der Sèvres Manufaktur eine wichtige Rolle in dem lokalen revolutionären Komitee von Sèvres spielten.

War auch der Grundcharakter der französischen Revolution kein sozialistischer, so fehlte es nicht an sozialistischen und kommunistischen Strömungen in jener Zeit, die besonders in der Periode des Terrorismus hervortraten: aber sie haben immer nur eine Episode, eine Unterströmung gebildet, sie machten nicht das Wesen dieser großen Bewegung aus. —

Schon lange vor dem Ausbruch der großen französischen Revolution waren französische Schriftsteller aufgetreten, die in origineller Weise das Privateigentum einer einschneidenden Kritik unterwarfen.

Ich habe in der ersten Vorlesung bereits darauf hingewiesen, daß als Auswuchs der ursprünglichen politischen Gleichheitstheorie sich eine ökonomische Egalitätstheorie ausgebildet hat. Nachdem durch Rousseau die politische Doktrin begründet worden war, daß, entsprechend der natürlichen Gleichheit der Menschen alle Bürger gleiche politische Rechte haben müßten, fehlte es nicht an Bestrebungen, welche die Lehre von der poli-

tischen Gleichheit auf das ökonomische Gebiet übertrugen. Aber schon lange vor dem Auftreten Rousseaus waren aus der natürlichen Gleichheit der Menschen Konsequenzen für die ökonomische Gleichheit gezogen worden.

Ich nenne hier zunächst die Schrift des im Jahre 1729 verstorbenen Landpfarrers Jean Meslier. Er hatte eine Schrift hinterlassen: le Testament de Jean Meslier, worin sich heftige Angriffe gegen das Christentum fanden, vor allem aber auch gegen den absoluten Staat, das ancien régime und die auf dem Prinzip des Priavteigentums aufgebaute Rechtsordnung. Er geht aus von einem natürlichen Recht aller Menschen auf Existenz: „Alle Menschen", meint er, „haben gleichermaßen das Recht zu leben und auf Erden zu wandeln, ihre natürliche Freiheit zu genießen und an den Gütern der Erde teilzuhaben, indem sie alle fleißig arbeiten, um sich die für das Leben nützlichen und notwendigen Dinge zu verschaffen". Als der letzte Grund der wirtschaftlichen Ungleichheit erscheint ihm das Privateigentum, „die Besitznahme der Güter und Reichtümer der Erde durch Einzelne". Er bezeichnet das Eigentum kurzweg als einen Mißbrauch, der freilich leider fast überall gutgeheißen werde. Infolge dieser Situation sei die äußere Natur statt allen Menschen gleich zugänglich zu sein, der ausschließlichen Beherrschung einzelner weniger unterworfen. Durch die Konkurrenz werde die Gleichheit vernichtet und die Ungleichheit begründet: die fundamentale Scheidung der Menschen in zwei große Klassen, der Besitzenden und Nichtbesitzenden. Er spricht bereits von dem arbeitslosen Einkommen der Reichen: „denn sie alle leben und bestehen nur von der Arbeit anderer und fallen der Gesamtheit zur Last". Seine Schlußfolgerungen aus der Kritik der bestehenden Wirtschaftsordnung laufen auf Ersetzung des Privateigentums durch den Kommunismus hinaus als der einzigen Ordnung der Dinge, die der natürlichen Gleichheit und Gerechtigkeit entspräche. Nur wenn allen die natürlichen Existenzbedingungen, die Güter und Reichtümer der Erde bei gemeinsamer Arbeit gleich zugänglich wären, wäre ein glücklicher Zustand der Gesellschaft und der Individuen möglich, denn die Erde, meint er, bringt fast immer zur Genüge und sogar im Überfluß die Mittel zum friedlichen Leben hervor, und niemand würde daher, wenn Gütergemeinschaft bestünde, des Notwendigen entbehren. Mesliers Schrift war fast verschollen, als sie wieder durch einen von Voltaire 1762 veröffentlichten Auszug, den dieser unentgeltlich verteilen ließ, weiteren Kreisen zugänglich gemacht wurde. Weitere Auszüge erschienen 1792 von Baron d' Holbach und 1789 von Sylvain Maréchal.

Von Einfluß auf die sozialistisch-kommunistischen Strömungen zur Zeit der großen französischen Revolution waren ferner die Schriften von Morelly, Mably, Brissot und Boissel. Morelly, der Verfasser der 1753 erschienenen Utopie: „Naufrage des î les flottantes" war wegen dieser Schrift heftig angegriffen worden. Er antwortete mit einer 1755 erschienenen neuen Schrift „Code de la Nature", die längere Zeit für ein Werk Diderots gehalten wurde. Dieses Werk stellt den denkbar heftigsten Angriff gegen das Privateigentum dar: alles Unglück der Welt rühre vom Privateigentum her, denn das Eigentum rufe die avarice.

das heißt das désir d'avoir pour soi, die Sucht, für sich selbst zu haben, hervor. Das Privateigentum habe den natürlichen Menschen unterdrückt, habe ihn verderbt. „Es ist fast mathematisch erwiesen, daß jede Teilung der Güter, sei sie gleich oder ungleich, jeder besondere Besitz dieser Teile in jeder Gesellschaft das ist, was Horaz den Stoff des größten Übels nennt. Alle politischen oder moralischen Erscheinungen sind Wirkungen dieser verderblichen Ursache; durch sie kann man alle Theorien oder Probleme über den Ursprung und die Fortschritte, die Verkettung, die Verwandtschaft, der Tugenden und Laster, der Unordnungen und Verkehrtheiten, über die wahren Gründe der guten und bösen Handlungen, über alle Bestimmungen und Unklarheiten des menschlichen Willens, über die Verderbnis der Leidenschaften, über die Unwirksamkeit und Ohnmacht der Lehren und Gesetze, die sie im Zaume halten sollen, sogar über die technischen Mängel dieser Lehren, kurz über alle ungeheuerlichen Produkte der Verirrungen des Geistes und des Herzens, erklären und lösen. Der Grund aller Wirkungen dieser sage ich, kann in der allgemeinen Hartnäckigkeit der Gesetzgeber gesehen werden, mit der sie das erste Band aller Gesellschaftlichkeit brachen oder brechen ließen, indem sie zugaben, daß aus dem Fonds, der ungeteilt der ganzen Menschheit gehören sollte, einzelne Besitzungen usurpiert werden." (Grün, S. 272.)

Die Grundzüge der „wahren" Organisation sind nach Morelly folgende:

Die unteilbare Einheit des Bodens und der geneimschaftlichen Wohnung muß festgehalten werden. Die gemeinschaftliche Benutzung der Mittel zur Arbeit und zur Produktion wird eingeführt. Die Erziehung wird allen zugänglich gemacht. Die Arbeit verteilt sich nach den Kräften, die Produkte nach den Bedürfnissen.

Man vereinigt wenigstens tausend Personen, damit, wenn jeder nach seinen Kräften und Fähigkeiten arbeitet und seinem Bedürfnis und Geschmack gemäß verzehrt, sich auf eine hinreichende Anzahl von Personen eine Durchschnittssumme des Verbrauchs ergäbe, welche die gemeinschaftlichen Hilfsquellen nicht übersteige, und eine Summe von Arbeit, welche immer hinreichend geleistet werden kann.

Dem Talent wird kein Privilegium verstattet, als das, die Arbeiten im gemeinsamen Interesse zu lenken, und bei der Verteilung wird nicht auf die Fähigkeit, sondern einzig auf die Bedürfnisse Rücksicht genommen, welche jeder Fähigkeit vorausgehen und sie überleben.

Mably preist in seinem Werk „De la Législation ou Principes de la Loi" die Vorzüge der Gütergemeinschaft. Auf den Einwand, daß das persönliche Interesse als Triebfeder zu emsiger wirtschaftlicher Tätigkeit notwendig sei, antwortet er mit der Lehre von dem dem Menschen angeborenen Trieb zur Arbeit.

Der bekannte Girondist Brissot hatte bereits 60 Jahre vor Proudhon in seinem 1780 erschienenen Werke: „sur la Propriété et le Vol" das Eigentum als Diebstahl bezeichnet. Das Maß unserer Bedürfnisse, erklärte Brissot, müsse das Maß unseres Vermögens sein, und wenn 40 Taler hinreichend seien, unsere Existenz zu erhalten, so sei der Besitz

von 200 Talern ein reiner Diebstahl, eine Ungerechtigkeit. La propriété exclusive est un délit contre la nature „Der Dieb im Naturzustand ist der Reiche, ist derjenige, welcher Überfluß hat. In der Gesellschaft wird aber derjenige Dieb genannt, welcher diesen Reichen bestiehlt. Welche Umkehrung der Ideen!" Brissot beurteilt das Eigentumsrecht nach der Analogie des Tier- und Pflanzenreiches. Die Tiere und Pflanzen seien auch Eigentümer, insofern sie Stoffe zur Verfügung hätten, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Auch der Mensch müsse, wie die übrigen Geschöpfe die Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse haben. Wenn aber einige Menschen zuviel besäßen, andere nicht soviel, um ihre natürlichen Bedürfnisse zu befriedigen, so sei das Eigentum der ersteren ein Diebstahl.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 4. November 1789 denunzierte der Bischof von Clermont ein kurz vorher erschienenes Buch von Boissel, Le catéchisme du genre humain, welches zweifellos auf die kommunistische Bewegung der französischen Revolution von Einfluß war. Der Verfasser hatte selbst tätigen Anteil an der französischen Revolution genommen und war ein rühriges Mitglied des Jakobinerklubs. Er vertrat dort die radikalsten politischen Anschauungen und Forderungen und erklärte einmal im April 1794 bei Beratung des Entwurfs der Menschenrechte folgendes: „Robespierre hat Euch gestern einen Entwurf der Menschenrechte vorgelesen. Ich will Euch heute einen Entwurf der Rechte der Sansculotten vorlegen. Die Sans culotten der französischen Republik erkennen an, daß alle Rechte in der Natur ihren Ursprung haben, und daß alle Gesetze, welche mit dieser im Widerspruche stehen, unverbindlich seien. Die Rechte der Sans culotten bestehen in der Freiheit und Möglichkeit sich fortzupflanzen, sich zu kleiden und sich zu ernähren; in dem Nutzgenuß der Güter der Erde, unserer gemeinsamen Mutter; im Widerstand gegen Unterdrückung; im festen Entschlusse, keine andere Abhängigkeit als die von der Natur und dem höchsten Wesen anzuerkennen."

Die erwähnte Schrift selbst enthält die heftigsten Anklagen gegen Religion, Staat, Eigentum, und Familie. Sie geht von dem gleichen Rechte aller Menschen auf Existenz aus und folgert: da niemand in der Natur mehr berechtigt ist als alle andern, so sind alle gleichberechtigt. So haben also alle das gleiche Recht auf die zur Bedürfnisbefriedigung geeigneten und notwendigen Gegenstände. Jeder nach dem Maß seiner Bedürfnisse. Jeder aber auch nur auf Grund von Arbeit. Das Eigentum, meint Boissel, widerspreche dem Recht aller auf Existenz, es sei gar kein Recht, sondern bloß eine durch Gewalt geschaffene Tatsache, die wieder nur in derselben Weise aufrecht erhalten werden könne. In der Tat gründe es sich durchaus auf keine göttlichen oder menschlichen Rechte, sondern bloß auf die unersättlichen Begierden, den Hochmut, die Vergewaltigung und die Heuchelei der Menschen. Er wendet sich gegen die Einseitigkeit der Gesellschaftstheorie von Rousseau. Hätte Rousseau, meint er, reiflicher nachgedacht, so wäre er auch zu der Überzeugung von der Verderblichkeit der gegenwärtigen Ordnung der Dinge gekommen; er hätte jedoch andererseits die Notwendigkeit eines geordneten, auf wirklich vernünftigen Grundlagen beruhenden gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen

eingesehen. Eine solche vernünftige Ordnung kann nach Boissel nur bestehen in der Abschaffung aller Einrichtungen, die irgendwie einen individualistischen Charakter tragen. Das Eigentumsrecht, die Familie und ihre Grundlage, die Ehe und die Religion müßten abgeschafft werden. Alle Güter müßten der Gemeinschaft gehören und würden unter deren Mitglieder nach dem Maßstab des Bedürfnisses eines jeden verteilt. Die Grundlage der neuen Ordnung wäre die Gleichheit und das gleiche Recht aller Gesellschaftsmitglieder auf Existenz. Für ein Übergangsstadium, für welches noch der freie Arbeitsvertrag gelten soll, verlangt er die Anerkennung des Rechts auf Arbeit als der logischen Ergänzung des Rechts auf Existenz. Er beantragt die Errichtung von Nationalwerkstätten in jeder Gemeinde, in denen die Arbeitslosen Beschäftigung finden sollen.

Boissel hat so wenig wie die vorhin erwähnten Schriftsteller einen direkten Einfluß auf die kommunistische Epoche der französischen Revolution gehabt, wohl aber hat sein Werk, ebenso wie die anderen erwähnten Schriften auf Babeuf und seine Anhänger großen Einfluß gewonnen. Erst durch Babeuf ist die kommunistische Theorie in die Praxis übergeführt worden. Er hat zuerst einen Versuch gemacht, eine neue Gesellschaftsordnung zu entwerfen, die auf der Basis der Gütergemeinschaft errichtet werden sollte. Von einer kommunistischen Epoche in der französischen Revolution können wir erst sprechen in der Zeit nach dem Sturz Robespierres und der ihm folgenden Reaktionsperiode. Zwar waren gewisse kommunistische Ideen schon zur Zeit der Herrschaft von Robespierre, bei Danton und Marat hervorgetreten, aber diese waren nirgends über Halbheiten hinausgekommen. Erst Babeuf hat mit ungewöhnlicher Zähigkeit und Energie die Egalitätstheorie zu ihrer äußersten Konsequenz getrieben und hat alle radikalen Elemente um seine revolutionär-kommunistische Fahne gesammelt. Er war kühn genug, sagt Stein (S. 170), die letzte Konsequenz des Egalitätsprinzips, den Grundsatz einer vollkommenen Gleichheit des Besitzes und der Aufhebung alles persönlichen Eigentums öffentlich anzuerkennen und auszusprechen; und damit stand er in der Mitte der Ideen, die den Pöbel bewegten. So war er mit unermüdlicher Tätigkeit, mit blindem Glauben an die Richtigkeit seiner Grundsätze und zugleich mit einer siegenden Beredsamkeit ausgerüstet, der Mann, um den sich die fremdartigen Elemente vereinigen konnten. Ein origineller Kopf war Babeuf keineswegs. Die Grundgedanken seiner kommunistischen Theorie waren bereits in den genannten Schriften von Meslier, Morelly, Brissot ausgesprochen worden. Neu war nur sein detaillierter Plan einer praktischen Durchführung der kommunistischen Gesellschaft, für den er eifrig Propaganda machte. Es gelang Babeuf Ende des Jahres 1795 eine Vereinigung der eigentlichen Kommunisten oder Egalitärs und der reinen Republikaner, der Trümmer der Montagnards herbeizuführen. Die Republikaner mit ungefähr 60 Mitgliedern in ihrem Nationalkonvente traten mit 90 kommunistischen Repräsentanten zusammen. Das Ziel der Babeufschen Partei war:

1. die Verfassung von 1793 wieder herzustellen und
2. die wahre Gleichheit vorzubereiten.

Die wahre Gleichheit erforderte aber nach Babeuf die Aufhebung alles Eigentums und die distribution égale des richesses: „la propriété de tous les biens est une et elle appartient au peuple“, aber zugleich müsse das bonheur commun als Endziel festgehalten werden, und daher solle das Recht aller auf eine glückliche Existenz garantiert werden. — Aus dem Manifeste des Egaux, welches einer der Anhänger Babeufs, Sylvain Marèchal, ausgearbeitet hatte, möchte ich eine Stelle hervorheben, die den Gleichheitsfanatismus jener Bewegung klar zum Ausdruck bringt. Es heißt darin: „Gleichheit, erster Wunsch der Natur, erstes Bedürfnis des Menschen, erste Grundlage der gesetzlichen Gesellschaft! — Immer und allenthalben hat man die Menschen eingewiegt in schönen Redensarten — seit undenklicher Zeit wiederholt man uns heuchlerisch: Die Menschen sind gleich! — Nun wohl, wir wollen künftig leben und sterben als Gleiche, wie wir geboren sind; — wir wollen die wirkliche Gleichheit oder den Tod; das ist es, dessen wir bedürfen..

Und wir werden sie haben, die wirkliche Gleichheit, gleichviel um welchen Preis. Wehe denen, die wir zwischen ihr und uns finden! Wehe denen, die einem so ausgesprochenen Gelübde sich widersetzen!

Die französische Revolution ist nur die Vorläuferin einer viel größeren, viel ernsteren Revolution, die die letzte sein wird. — Wir wollen nicht allein die Gleichheit, die in der „Erklärung der Menschenrechte“ niedergeschrieben ist; wir wollen sie in unserer Mitte, unter dem Dache unseres Hauses. Wir geben uns ihr ganz hin; wir wollen alles Gegebene vernichten und verneinen (faire table rase), um uns ganz an sie zu halten.

Kein individuelles Eigentum des Bodens mehr; der Boden gehört niemandem. Wir fordern, wir wollen den gemeinsamen Genuß der Früchte der Erde; die Früchte gehören allen.

Lange genug, zu lange eignete sich eine Million Individuen dasjenige an, was mehr als zwanzig Millionen ihrer Mitmenschen ihres Gleichen gehört. — Verschwindet, ihr empörenden Unterschiede von Reichen und Armen, von Herrschern und Beherrschten. Der Augenblick ist gekommen, eine Republik der Gleichen zu gründen, dieses große gastliche Haus (Hospice), das allen geöffnet ist. Kommt herbei, ihr leidenden Familien, und setzt Euch an den Tisch, den die Natur allen ihren Kindern gedeckt hat! Volk Frankreichs, öffne die Augen der Fülle Deines Glückes, erkenne und verkünde mit uns die Republik der Gleichen.“

Den Plan der kommunistischen Gesellschaftsordnung, den Babeuf entworfen hatte, habe ich bereits in der zweiten Vorlesung mitgeteilt, dort auch berichtet, wie die Babeufsche Verschwörung verraten und unterdrückt wurde. Mit dem Sturze der Babeufschen Verschwörung war für lange Zeit jede sozialistisch-revolutionäre Bewegung in Frankreich verschwunden. Erst über 50 Jahre später, in der Februar-Revolution, tritt eine eigentliche soziale Revolution hervor, deren Wesen zu schildern die Aufgabe der nächsten Vorlesung sein wird.

XI. Vorlesung

Der Sozialismus in Frankreich.

II. Von der großen Revolution bis zum Ausbruch der Februar-Revolution.

Im Gegensatz zu der großen französischen Revolution hat die Februarrevolution einen sozialistischen Charakter. Wie ist dieser Umschwung zu erklären? Aus zwei Ursachen: einmal hat die sozialistische Theorie in dieser Zeit große Fortschritte zu verzeichnen. — In die Periode von 1790 bis 1848 fällt die Ausbildung zahlreicher, gründlich durchgearbeiteter sozialistischer Systeme. Was Saint-Simon, Fourier, Louis Blanc, Cabet u. a. leisteten, ging weit über das hinaus, was wir von den Vorläufern dieser Autoren in der vorigen Vorlesung kennen gelernt haben, denn diese Männer wie Mably, Brissot, Morelly u. a. waren im wesentlichen Sozialisten aus einem gewissen Gefühl der Gerechtigkeit, des Mitleids, der Sympathie mit den gedrückten Schichten des Volkes heraus. — Jede tiefere nationalökonomische Begründung oder Beweisführung fehlte ihnen. — Ganz anders die erwähnten Schöpfer großer neuer sozialistischer Systeme. Sie waren wissenschaftliche Sozialisten in dem Sinne, daß sie ihre Theorie auf einer Kritik der volkswirtschaftlichen Theorie der liberalen Nationalökonomie, der Physiokraten, von Adam Smith und anderer Vertreter der klassischen Volkswirtschaftslehre aufbauten. Keines der sozialistischen Systeme bis zur neuesten Zeit, mit Ausnahme desjenigen von Karl Marx, hat, sowohl was die sozialistische Theorie, als was die praktischen Vorschläge zur Umgestaltung der herrschenden Wirtschaftsordnung anlangt, erheblich Neues zu dem hinzugefügt, was von den Sozialisten aus jener Periode bereits geleistet wurde.

Und dazu kommt ein zweites; erst in dieser Epoche bildet sich in Frankreich eine Großindustrie und ein zahlreicher Lohnarbeiterstand aus. Damit waren die Vorbedingungen für eine soziale Revolution gegeben. Kam aus irgendwelchem Grunde ein äußerer Anstoß zu einer großen sozialistischen Umwälzung, so war jetzt die Möglichkeit für die großen Massen geboten, diese Bewegung zur Verwirklichung ihrer sozialistischen Programme zu benutzen.

Unter den sozialistischen Autoren ist zuerst Saint-Simon zu erwähnen, dessen Lehren von seinen Schülern, den Saint-Simonisten in radikaler Richtung verändert wurden. — Henri Saint-Simon

war 1760 als Sohn des Grafen von Saint-Simon und als Enkel des berühmten Grafen von Saint-Simon, der am Hofe Ludwigs XIV. eine so große Rolle spielte, geboren. Seine ökonomischen Hauptwerke sind: „Du Systéme Industriel“ (1821), „Catéchisme des Industriels“ (1823) und das in seinem Todesjahr 1825 erschienene Werk „Le Nouveau Christianisme“. Es ist die Frage, ob St. Simon selbst als Sozialist bezeichnet werden kann, denn er war kein unbedingter Gegner des Privateigentums; er strebte eine neue Organisation der Gesellschaft an, die im Gegensatz zum liberalen Wirtschaftssystem eine einheitliche zentralistische Leitung haben sollte. In dieser Organisation sollte das Privateigentum der Unternehmer nicht beseitigt sein, erst seine Schüler haben die letzte Konsequenz seiner Kritik der liberalen Ökonomie gezogen und das Privateigentum verworfen. Unter diesem Vorbehalt, daß erst seine Schüler gewisse sozialistische Konsequenzen aus seinen Lehren gezogen haben, kann man den St. Simonismus als System des religiösen Staatssozialismus bezeichnen.

St. Simon will wie Comte, mit dem er viele Berührungspunkte hat, die Politik als strenge Wissenschaft auffassen: aus der richtigen Erfassung des bisherigen Entwicklungsganges der Geschichte könne man auch die richtigen Gesichtspunkte für die künftige Gestaltung der Gesellschaft entnehmen. Ist aber der Ablauf der Geschichte aus einem ihr zugrunde liegenden Prinzip zu erklären, so ist, wie Muckle mit Recht betont, für St. Simon „das eigenste Bereich der Geschichte das menschliche Geistesleben, speziell das intellektuelle Wissen, das mit fortzeugender Macht den Artgehalt und die Entwicklungstendenz der übrigen Kulturarten, der Religion, Moral und Politik bestimmt.“ Sind sonach die geschichtlichen Ereignisse bedingt durch die Veränderung der fundamentalen geistigen Strömungen, so kommt St. Simon bei Beurteilung der großen französischen Revolution zum Ergebnis, daß bei der richtigen Wertung des geistigen Inhaltes dieser Bewegung ein viel zu großes Gewicht auf die politische Umwandlung gelegt wurde, die damals vor sich ging. Um richtig zu verstehen, was der Untergrund dieser Revolution war, und warum sie der großen Masse des Volkes so wenig Vorteile gebracht habe, müsse man vor allen Dingen die wirtschaftliche Veränderung betrachten, die sich in dieser Epoche vollzogen habe. Man habe auf die Form der Regierung viel zu viel Gewicht gelegt, die wirtschaftliche Reform zu gering geachtet. Nach St. Simon ist die politische Organisation nur ein sekundäres Gebilde, nicht die Basis der sozialen Organisation. Die Grundlage aller sozialen Organisation sei vielmehr die Gestaltung des Eigentums. Die Eigentumsverhältnisse bilden also nach St. Simon das Zentrale im ganzen Gesellschaftsleben. — Die neue Gestaltung in der Gesellschaft wird nach St. Simon nicht nur durch neue geistige Ideen bedingt, sondern auch durch die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung. Vor allem ist es die Gestaltung des Eigentums, die wieder von einem bestimmten Stand des technischen ökonomischen Könnens abhängt. — Welche Art von Eigentum aber, oder welche ökonomische Macht ist es, die jener Zeit ihren Stempel aufdrückte? Nach St. Simon ist es die Industrie und das industrielle Eigentum, die zum alles beherrschenden Faktor geworden waren. Dem-

gegenüber sieht er den Zwiespalt seiner Epoche darin, daß die äußere politisch-soziale Verfassung in keiner Weise dieser wichtigen Stellung in der Industrie entspricht. Trotz der gewaltigen Fortschritte der Industrie sei das Gesellschaftsleben noch beherrscht durch die Übermacht der feudalen und militärischen Interessen. Die politische Macht ruhe beim Klerus, beim Militär, beim Adel, während die Industrie zur Ohnmacht verurteilt sei, trotzdem sie der wichtigste Stand im ganzen Lande sei. — Der Industrie zu ihrer wahren Stellung in der Gesamtorganisation der Gesellschaft zu verhelfen, betrachtete St. Simon als seine Lebensaufgabe.

Unter „Industrie" verstand St. Simon keineswegs den industriellen Arbeiterstand. Die „Industrie" umfaßte Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, überhaupt alle, die Arbeit leisteten, im Gegensatz zu den sogenannten unproduktiven Klassen. Am klarsten geht diese seine Auffassung aus einem Aufsatz hervor, den er im „Organisateur" (1819) veröffentlicht hat und der unter dem Namen „Parabole de St. Simon" bekannt geworden ist. — Er nimmt in dieser Parabel zunächst an, daß Frankreich plötzlich seine hervorragenden Gelehrten, Künstler, Landwirte, Fabrikanten, Kaufleute, und Bankiers verliere. Die Folge würde sein, daß Frankreich sich sofort in eine seelenlose Masse verwandeln und in einem minderwertigen Zustand verharren würde, bis wieder neue hervorragende Kräfte auf diesen Gebieten herangewachsen wären. — St. Simon nimmt andererseits an, daß in Frankreich plötzlich die königliche Familie, die höchsten Hof- und Staatsbeamten, alle hohen Geistlichen und die zehntausend reichsten Besitzer sterben würden. Er meint, daß dieser Verlust für Frankreich von gar keinen nachteiligen Folgen begleitet wäre, da sich genug Leute finden würden, um die leer gewordenen Plätze ebensogut wie die früheren Inhaber auszufüllen. — „Ich schreibe", so variiert er diesen Gedanken einmal in seinem „Système des Industriels", „für die Industrie gegen die Höflinge und Adligen, das heißt ich schreibe für die Bienen und gegen die Hummeln." — Die Stärkung der Macht der Industrie wünscht St. Simon in Verbindung mit dem Königtum durchzusetzen. Sein Ideal war eine „grande alliance entre la royauté et l'industrie".

Für die Organisation der Industrie könne aber nicht das Programm der liberalen Nationalökonomie, die Politik des „laisser faire" und „laisser passer" maßgebend sein; sie führe nicht zur Organisation, sondern zur Desorganisation. Nicht die Zersplitterung der Kräfte, sondern ihr fester Zusammenschluß zum Zweck der Bewältigung aller gesellschaftlich nützlichen Aufgaben könne ihre Aufgabe sein. St. Simon will nicht Aufhebung des Privateigentums, wohl aber eine Regelung des Eigentumsrechts so, daß es allen, nicht einzelnen, zugute komme. Über die Art der Organisation der Gesellschaft im einzelnen hat sich St. Simon nicht näher ausgesprochen; er deutet nur an, daß die künftige Gesellschaft eine große industrielle Assoziation darstellen solle. — Wenn auch die Unternehmer in erster Linie berufen sein sollen, die Führer und Leiter in dieser Assoziation zu sein und überhaupt die eigentlichen Herrscher in der neuen industriellen Welt zu werden, so müßten sie doch stets die Besserung der sozialen Lage der Lohnarbeiter im Auge haben. — Es könnte nach dem Dargelegten erscheinen,

als ob St. Simon bereits vor Karl Marx die materialistische Geschichtsphilosophie vertreten hätte. Sein Gedanke der allmählichen Entwicklung der Gesellschaft auf Grundlage der ökonomischen Faktoren, seine Theorie der Klassenbildung usw. weisen viel Ähnlichkeit mit Marx schen Gedankengängen auf, aber dennoch ist der fundamentale Unterschied beider wohl zu beachten. — St. Simon ist Dualist, da er, wie wir sahen, auch dem intellektuellen Faktor eine ausschlaggebende Rolle in der Geschichte zuweist, und vor allem meinte, was ganz unmarxistisch ist, daß die Neugestaltung der Gesellschaftsordnung durch eine religiöse Erneuerung zustande kommen solle. Seinem Schüler Olinde Rodriques hat er einmal erklärt: „indem man das religiöse System des Mittelalters angriff, hat man in Wahrheit nur eines bewiesen: daß es nicht mehr im Verhältnis steht zum Fortschritt der positiven Wissenschaften. Aber man hat Unrecht, daraus zu schließen, daß das religiöse System ganz verschwinden müsse; es soll sich dasselbe nur in Harmonie setzen mit dem Fortschritt der Wissenschaften." Wie St. Simon diese Harmonie auffaßt, zeigt er in seinem letzten Werk, im „Nouveau Christianisme"' Das wahre Christentum müsse eine soziale Religion werden, und für dieses Christentum stellt er den Satz auf: im neuen Christentum wird alle Moral unmittelbar von dem Prinzip abgeleitet sein: die Menschen sollen sich gegenseitig als Brüder betrachten. — Dieses Prinzip, dem primitiven Christentum angehörig, wird eine Verklärung erhalten und in seiner Wiedergeburt sich als den Grundsatz darstellen: die Religion muß die Gesellschaft dem großen Zweck der schnellsten Verbesserung des Loses der ärmsten Klassen entgegenführen." — Die Schüler St. Simons, besonders Bazard und Enfantin gingen weit über ihren Meister hinaus. Sowohl in der Kritik der bestehenden Wirtschaftsordnung als in dem Plan zur Neubildung einer Gesellschaft haben sie erst die entscheidenden sozialistischen Sätze dem System hinzugefügt. Enfantin hatte in seinen im „Producteur" 1825 veröffentlichten Aufsätzen die Theorie vertreten, daß Zins und Rente Prämien seien, die der Eigentümer vom Arbeiter erhebe, oder eine Steuer, die der Arbeiter dem müßigen Grund- und Kapitaleigentümer dafür bezahlen müsse, daß dieser ihm die Produktionsmittel überlasse. Wie soll dieses arbeitslose Einkommen beseitigt werden? — Bazard hat in seiner 1828/29 erschienenen Schrift, „Doctrine de St. Simon" die Antwort gegeben, daß nur durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel dieses Ziel zu erreichen sei. Die Herrschaft der Konkurrenz bedeute einen Krieg aller gegen alle, der mit der Vernichtung der meisten ende. — Die Revolution habe den tiefsten Widerspruch der Gesellschaft, die „exploitation de l'homme par l'homme" nicht beseitigt. Aus dem „esclave" und „serf" sei der „ouvrier" geworden, das Gesetz habe ihm nominelle Freiheit gegeben, aber er sei dennoch ein Sklave seines Elends, seiner Armut, die er ebensowenig beseitigen könne wie der Leibeigene: „il y a toujours l'exploitation de l'homme par l'homme" und der Grundsatz, dem alle huldigten, sei das egoistische irreligiöse Wort: „Chacun pour soi, Dieu pour personne." — Erst durch sozialistische Organisation der Produktion kämen die Arbeiter zu ihrem Recht. Dazu gebe es aber nur ein Mittel, eine neue Verteilung des Eigentums.

In der neuen Gesellschaft sollte jeder nach seinen Fähigkeiten verwandt und nach seinen Leistungen bezahlt werden. Das private Erbrecht müsse beseitigt und durch das Erbrecht des Staates ersetzt werden. Nicht das Eigentum überhaupt, nur das ererbte Eigentum solle fortfallen. Nicht das Eigentumsrecht, sondern das Geburtsrecht wird negiert. „Nur das erworbene Eigentum", sagt Bazard, „ist wahres Eigentum, la capacité est le nouveau droit substitué à celui du plus fort et au privilège de la naissance. Durch dieses Eigentumsrecht wird der Staat, der das Erbrecht allein besitzt, zum Herrn aller Mittel, um die Association des travailleurs zu bilden: le seul droit à la richesse, c'est à dire à la disposition des instruments du travail sera la capacité de les mettre en oeuvre." — Eine allgemeine Assoziation aller Menschen auf der Erde soll angestrebt werden; trotzdem sollten die einzelnen Staaten bestehen bleiben und diese sollten die Regelung der Gesamtproduktion und Konsumtion in die Hand nehmen, erst dann werde die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen ein Ende haben. — Eine Zentralbank soll die Verfügung über allen Boden und über alles Kapital haben. Diese Bank soll alle gewerblichen und kaufmännischen Arbeiten verteilen und beaufsichtigen und soll dafür sorgen, daß die Produktionsmittel an diejenigen übertragen werden, die sie am besten verwenden können. Sie habe den Bedarf in allen Produktionszweigen zu ermitteln und darnach die Produktion einzurichten. Dies würde zur Folge haben: eine genauere Klassifikation der Arbeit, eine verständigere Verteilung der Produktionsmittel, eine richtigere Bewertung der Arbeit und eine richtigere Entlohnung der Arbeit. — Ferner habe die Bank die Aufgabe, bei Todesfall oder Rücktritt eines Produzenten den geeigneten Nachfolger zu finden, da in der neuen Gesellschaft eine individuelle Besitzübertragung nicht erlaubt sei.

Im Jahre 1831 bekannten sich bereits 40 000 Personen zur St. Simonistischen Religion, und wenn auch bald darauf die St. Simonistische Gemeinde aufgelöst wurde, so hatten die Gedanken, die der ganzen Richtung zugrunde liegen, doch großen Einfluß auf weite Volkskreise ausgeübt.

Neben St. Simon war Fourier von größter Bedeutung für die Verbreitung sozialistischer Gedankengänge. Im Gegensatz zu dem religiösen Staatssozialismus der St. Simonisten kann man Fouriers System als freiheitlichen Genossenschaftssozialismus bezeichnen. — Fourier, der als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns im Jahre 1782 in Besançon geboren war und zeitlebens dem Kaufmannsstande angehört hat, hat die ersten Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung schon bei seiner Tätigkeit im elterlichen Geschäft erhalten. Gewisse geschäftliche Praktiken, die er beobachtete, erfüllten ihn mit Zweifeln an der Gerechtigkeit aller Handelsgeschäfte und bei tieferem Nachdenken über die ökonomischen Zustände wurde er zu einem der schärfsten Kritiker des Privateigentums. Schon in seinem 1808 erschienenen Erftlingswerk: „Théorie des quatres mouvements" sind die Grundanschauungen seines Systems klar vorgezeichnet. Dort finden wir bereits eine bis an Wahnsinn grenzenden Bizarrerien, ebenso aber auch seine tief

gründliche Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wie seine originellen Ideen über den Aufbau der neuen sozialen Welt. Dieser „Christoph Columbus der neuen sozialen Welt“, wie ihn seine Anhänger nannten, hatte ein System erdacht, um alle Menschen glücklich und frei zu machen. Er wandte sich an arm und reich, hoch und niedrig, um sie für seine harmonische Gesellschaftsordnung zu begeistern, und war von so naivem Optimismus erfüllt, daß er zehn Jahre lang täglich um 12 Uhr mittags nach Hause ging, zu einer Stunde, die er in seinen Werken zu einem Zusammentreffen für einen reichen Mann bestimmt hatte, der ihm die Mittel anvertrauen sollte, die er zur Durchführung seines Reformplanes brauchte. Neben der bereits erwähnten Schrift sind die Hauptwerke Fouriers sein 1822 erschienenes Werk „Traité de l'Association domestique agricole“ und „le Nouveau Monde industriel et sociétaire“ (1829).

Die ganze Zivilisation scheint Fourier durch die fehlerhafte privatwirtschaftliche Organisation von Grund aus verkehrt zu sein. Er weist auf die zahllosen unproduktiven Gesellschaftsglieder hin, die statt Reichtum durch Arbeit zu erwerben, in unproduktiver Weise ihre Kräfte vergeudeten. — Dazu rechnet er z. B. alle Soldaten. Er weist auf den Handel hin, der statt eine Vermittlung zwischen Produktion und Konsumtion zu sein, nur ein schmarotzerhaftes verteuerndes Zwischenglied darstelle. Da der Handel private Vorteile und nicht das allgemeine Wohl anstrebe, könnten auch alle kommerziellen Beziehungen nur auf List, Betrug und Ausbeutung beruhen. — Ähnlich sei es in der Industrie und Landwirtschaft. Hier sei die Arbeit statt des Vergnügens nur eine Plage. In freudloser Eintönigkeit müsse die große Majorität der Menschen ihr Leben hinschleppen. — Arbeitslosigkeit der Arbeiter, Bankerotte der Unternehmer seien die Folgen der Widersprüche der heutigen „Zivilisation“. Dies alles könne nur durch eine von Grund aus geänderte Gesellschaftsorganisation gebessert werden. Wenn das Glück das Endziel sei, zu dem alle Menschen hinstrebten und hinstreben müßten, so sei die Frage: wie ist dieses Glück für alle zu erreichen? Fourier meint: dann, wenn alle Triebe der Menschen harmonisch befriedigt würden. Die Triebe der Menschen könnten, wenn sie richtig gelenkt und in ein richtiges System gebracht würden, zum größten Glück aller und zum größten Reichtum der Gesellschaft ausgenutzt werden. Dazu gehöre vor allem, daß durch eine gewisse Abwechslung in der Tätigkeit die Menschen mit Freude ihre Arbeit verrichten.

Victor Considérant führt in dem Werke „Destinée sociale“, welches dieser geistvolle Schüler Fouriers zu dem Zwecke verfaßt hatte, eine klare und übersichtliche Darstellung der Lehre seines Meisters zu geben, aus, daß, da alle Objekte, auf die der Mensch seine Tätigkeit erstrecke, nach Reihen geordnet und klassifiziert seien, der Mensch auch diese Reihenfolge für die Ordnung seiner Arbeit anwenden müsse, widrigenfalls er gegen die natürliche Ordnung verstoße. Jeder einzelne Industriezweig müsse nach den verschiedenen Spezialitäten, die er aufweise, in Gruppen zerteilt und die Arbeiter müßten nach ihrer Neigung den einzelnen Gruppen zugeordnet werden. Er führt als Beispiel die reihenmäßige Industrie der Birnbaumzucht an, so wie sie Fourier in seiner 1808 erschienenen

Théorie des quatres mouvements geschildert hatte: „Ich will eine Masse von ungefähr 600 Personen annehmen, zur Hälfte Männer und zur Hälfte Frauen, die sich alle für denselben Industriezweig, z. B. die Pflege von Blumen und Früchten interessieren. Angenommen, es sei die Serie der Birnbaumzucht; man wird diese 600 Personen in Gruppen einteilen, die sich dem Anbau einer oder zweier Arten von Birnen widmen. So wird man eine Gruppe von Anhängern der Butterbirne, eine von Anhängern der Zuckerbirne usw. haben; sobald jeder in die Gruppe seiner Lieblingsbirne eingetragen ist (man kann auch Mitglied mehrer Gruppen sein), so werden sich etwa 30 Gruppen bilden, die sich durch besondere Farben und Abzeichen von einander unterscheiden und sich in drei, oder fünf, oder sieben Abteilungen trennen lassen." — Nach Fourier ist es gleichgültig, ob die Serie aus Männern oder aus Frauen oder aus Kindern zusammengesetzt ist, aber die Reihe muß ungefähr die angegebene Verteilung haben, was die Zahl der Gruppen und was die Verteilung der Arbeiter betrifft. Je mehr sie sich dieser Regelmäßigkeit in der Abstufung nähere, desto mehr sei sie harmonisch und zur Arbeit anspornend; die Gemeinde liefere das beste Produkt, welche die am besten abgestufte Reihe besäße.

Diese Vorteile der „anziehenden Gruppenarbeit" sollten in großem Maßstabe durch die sogenannten Phalangen erreicht werden. Durch diese Phalangen sollte eine bestimmte Organisation der landwirtschaftlichen Arbeit, die im Vordergrund stehen sollte, und zu der nur in zweiter Linie auch einige Manufakturen treten sollten, eine Neuordnung des Besitzes und der Arbeit eingerichtet werden. Die Phalangen sollten 1800—2000 Personen aus allen wirtschaftlichen Tätigkeiten, die zu einem glücklichen und harmonischen Leben nötig seien, umfassen. Sie sollten einen Landstrich von etwa einer Quadratmeile bedecken, wo ein großes gemeinschaftliches Gebäude, das sogenannte Phalansterium errichtet werden sollte, in dem alle Angehörigen der Phalangen wohnen. Durch diese landwirtschaftlich-gewerbliche Genossenschaftsorganisation sollte es ermöglicht werden, daß alle Arbeit eine Freude würde, weil jeder nur die Arbeit verrichte, die ihm angenehm sei, weil jeder in einer Gruppe arbeite, die alle durch dieselben Triebe zusammenhalten würde und endlich dadurch, daß sie in der Arbeit abwechseln. Die Arbeit sollte aber auch viel ergiebiger werden; denn trotzdem dann die Menschen dreimal soviel essen wie heute, sei doch alles im Überfluß vorhanden. Geld sei nicht nötig, die Produkte würden in Magazinen aufbewahrt und die Mitglieder könnten sich diese gegen Papierscheine entnehmen, deren Wert in geleisteter Arbeit oder in Vermögensbesitz fundamentiert sei.

Hierbei komme ich auf eine Eigentümlichkeit des Fourierschen Gesellschaftsplanes im Gegensatz zu anderen sozialistischen Systemen zu sprechen. — Kapital- und Vermögensbesitz sollen nicht gänzlich ausgeschaltet sein. Die Grundbesitzer, die ihre Grundstücke an die Phalangen abtreten, sollten dafür durch eine Kapitalsumme entschädigt werden, die ihnen in Form einer Anweisung bezahlt werden soll, für die sie hohe Zinsen erhalten. Die Verteilung der Überschüsse soll so vor sich gehen, daß das Kapital $^{3}/_{12}$, die Arbeit $^{5}/_{12}$, das Talent $^{4}/_{12}$ erhalte. — Die Arbeit wird verschieden entlohnt. Auf die angenehme Arbeit entfällt der geringste Anteil, weil sie

durch sich selbst lohnt, die nützlichen Arbeiten erhalten mehr, die notwendigen Arbeiten am meisten Anteile, damit das Widerstrebende durch das Angenehme des hohen Lohnes ausgeglichen wird.

Von größerem Einfluß auf die soziale Bewegung als diese phantastischen Pläne einer neuen Gesellschaftsordnung, deren von einzelnen begeisterten Schülern Fouriers versuchte Durchführung kläglich scheiterte, war die Fouriersche Theorie vom Recht auf Arbeit. — Das Schlagwort: „Recht auf Arbeit" hatte, wie wir schon sahen, früher, z. B. zur Zeit der großen französischen Revolution, eine Rolle gespielt. Fourier war der erste französische Sozialist, der diese Forderung in tieferer Weise nationalökonomisch und sozialphilosophisch begründet hat. In seinem Werke: „Théorie des quatres mouvements" erklärt er dieses Recht als ein natürliches Recht aller Menschen. Der Wilde, meint er, habe das Recht auf Früchtesammeln, Weiden, Fischfang, Jagd; der Mensch im geselligen Zustand müsse aber mindestens das gleiche Maß von Glück haben. Daher müsse die moderne Gesellschaft, in der man nur durch Arbeit seinen Lebensunterhalt gewinnen könne, auch Garantien geben, daß jeder zu allen Zeiten Arbeit finden könne: „Wir haben Jahrhunderte über die Menschenrechte gefaselt, ohne daran zu denken, das Allerwesentlichste anzuerkennen, das Recht auf Arbeit, ohne das die andern nichts sind." Während Fourier meinte, daß erst nach Einrichtung der von ihm vorgeschlagenen neuen Gesellschaftsordnung an eine Verwirklichung dieses Rechtes auf Arbeit gedacht werden könne, hielt sein Schüler Victor Considérant diese Forderung schon in der kapitalistischen Gesellschaft für durchführbar. In seiner zuerst 1839 erschienenen Broschüre „Théorie du droit de la propriété et du droit de travail" erklärte er, daß dem Proletarier, der dieses Recht ausübe, als Entgelt für seine Arbeit wenigstens so viel Existenzmittel gewährt werden müßten, als er im Naturzustande sich bei Ausübung der vier ökonomischen Urrechte, nämlich Jagen, Fischen, Früchtesammeln und Vieh auf die Weide treiben hätte verschaffen können. —

Im Gegensatz zu Fourier, der eine aus der freien Initiative des Volkes hervorgehende Bildung der Genossenschaften anstrebte, wollte Louis Blanc die soziale Umgestaltung mit Hilfe des Staates durchführen. Er machte schon 25 Jahre vor Lassalle eifrig Propaganda für Arbeiterproduktivgenossenschaften mit Staatskredit. Man kann die ganze Richtung als System des staatlichen Genossenschaftssozialismus bezeichnen.

Louis Blanc, dessen erste und wichtigste Schrift: „Organisation du travail" 1839 erschienen ist, erblickte in der freien Konkurrenz die Ursache aller sozialen Übelstände, weil hierdurch der Arbeiter vom Arbeitgeber ausgebeutet würde: „Gegen diese Gesellschaftsordnung", so sagte er einmal am Schlusse einer Arbeiterversammlung, „die eine so große Zahl meiner Brüder unglücklich macht, habe ich den Schwur des Hannibal getan." Die Konkurrenz ist nach seiner Meinung für das Volk ein System der Verfolgung, für die Bourgeoisie eine Ursache des Verderbens. Sie ist der Grund alles Übels. Wie soll die Konkurrenz ausgerottet werden? Durch eine Organisation der Arbeit. Diese Organisation soll bewirken, daß die Tren-

nung, die heute zwischen der Arbeit und dem Besitz an Produktionsmitteln besteht, derart beseitigt wird, daß die Arbeiter selbst in den Besitz der Produktionsmittel gelangen. Das Mittel hierzu soll die Bildung von Arbeiterproduktivgenossenschaften sein. Um diese bilden zu können, müsse der Staat zu Hilfe kommen. Louis Blanc meint, daß diese Staatshilfe durchaus nicht dem Freiheitsstreben des Volkes entgegengesetzt sei, der Staat sei selbst die Freiheit: „der Staat unter einer demokratischen Herrschaft ist die Macht des ganzen Volkes . . . . ist die Herrschaft der Freiheit. . . . der Staat ist dann nichts anderes als die Gesellschaft selbst, die als Gesellschaft handelt, um die Unterdrückung zu verhindern und die Freiheit aufrecht zu erhalten."

Scharf wendet er sich gegen die freiheitlichen, anarchistischen Gedanken vieler anderer Sozialisten: „Die Unterdrückung des Staates verlangen, heißt also verlangen, daß die Gesellschaft sich auflöse, insoweit sie Gesellschaft ist, heißt bewirken, daß es immer Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, Reiche und Arme, heißt die Tyrannei inmitten der allgemeinen Verwirrung vernichten, heißt nicht nur aus den Wegen des Sozialismus heraustreten, sondern den Individualismus predigen, und geradezu auf die Vernichtung der Freiheit hinarbeiten . . . wir bewundern den Staat, insoweit er edle und lebende Teile der Menschen darstellt, wir verabscheuen ihn, wenn er den leichenhaften (cadavéreuse) Teil darstellt. Wir erheben uns gegen das was an Frechheit, Gewaltanmaßung und Räuberei in dem Begriff Staat—Herr (l'état—maître) enthalten ist und wir klatschen Beifall dem Rührenden, Edlen und Tiefen, was in dem Begriff Staat—Diener (l'état—serviteur) liegt."

Die praktische Durchführung seiner Reformideen wollte Louis Blanc durch folgende Maßregeln ermöglicht sehen. Es sollte ein Ministerium des Fortschritts gebidet werden, welches zunächst die Verstaatlichung verschiedener Betriebe vorzunehmen hätte, nämlich der Eisenbahnen, der Bergwerke und des Verkehrswesens, und welche Bazare für den kleinen Handel, Entrepots für den Großhandel zu errichten hätten. Diese Entrepots sollten auf Grund der deponierten Waren eine Art Warengeld ausgeben. Aus dem Gewinn dieser staatlichen Unternehmungen solle ein Budget für die Arbeiter gebildet werden, und dieses Budget wiederum dem Hauptplan von Blanc dienen, der Unterstützung von Arbeiterproduktivgenossenschaften. Der Staat solle mit Hilfe dieser Fonds die Fürsorge für die erste Einrichtung und Kreditgewährung der Arbeiterassoziationen übernehmen. Die Assoziationen sollten den Staatskredit mit 3% verzinsen. Der Gewinn der Assoziationen sollte folgendermaßen verteilt werden: $^1/_4$ wird zugunsten des Staates erhoben zur Gründung neuer Assoziationen; $^1/_4$ ist bestimmt für den Unterstützungsfonds für Greise, Kranke usw.; ein anderes Viertel zu einem Reservefonds zur Unterstützung notleidender Assoziationen. Nur das letzte Viertel wird unter die Genossen verteilt. Um die Krisen innerhalb der einzelnen Industriebranchen zu vermeiden, schlug Blanc eine zentralistische Leitung der einzelnen Genossenschaften desselben Berufes durch eine Zentralbetriebsstätte vor. Dadurch sollte auch eine einheitliche Preisfestsetzung für alle Betriebsstätten erzielt werden.

An der Spitze sämtlicher landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiterassoziationen sollte ein oberster Rat stehen, dem auch die Verwaltung der Reservefonds obliegt.

Hinsichtlich des Arbeitslohnes verlangte Blanc die Gleichheit der Löhne, jedoch sollte dies nur eine Übergangsmaßregel sein; später sollte ein proportionales Lohnsystem eingeführt werden, so daß jeder nach seinen Fähigkeiten produzieren und nach seinen Bedürfnissen konsumieren solle. Er bezeichnet als sein Ideal einen Gesellschaftszustand, bei dem jeder die Macht hätte, frei alle seine Fähigkeiten zu entfalten und zu gleicher Zeit die Macht, vollkommen alle seine Bedürfnisse zu befriedigen, nach der Formel: de chacun selon les facultés par l'association des forces et des aptitudes et à chacun selon ses besoins au moyen de la participation de tous aux produits.

Die Assoziation soll ferner ihren Mitgliedern unentgeltlichen Kredit gewähren und Blanc betont Proudhon gegenüber, daß er schon vor ihm, nämlich in der 1. Auflage seiner Schrift 1839 das Prinzip des crédit gratuit aufgestellt habe. Zwischen der Auffassung des unentgeltlichen Kredits bei Blanc und Proudhon ist ein prinzipieller Unterschied. Louis Blanc behauptet zweierlei: 1. daß der Kapitalzins im Prinzip nicht gerecht (legitim) sei, 2. daß unter der Herrschaft des Individualismus und der freien Konkurrenz die Unentgeltlichkeit des Kredits für alle und die demokratische Einrichtung des Kredits eine reine Chimäre sei und daß die Unentgeltlichkeit des Kredits für alle nur durch die Assoziation zu verwirklichen, als Übergangsstadium aber der Staatskredit zu betrachten sei.

Zu diesen Richtungen von St. Simon, Fourier und Louis Blanc traten noch eine ganze Reihe anderer hinzu, die ich aber nicht näher charakterisieren will, da ich sie bereits in früheren Vorlesungen erklärt habe. Ich nenne z. B. den religiösen Sozialismus eines Pierre Leroux, den Kommunismus von Cabet, den Mutualismus von Proudhon, den revolutionären Sozialismus von Blanqui.— Von anderen berühmten Sozialisten jener Zeit nenne ich noch Vidal, Pecqeur, Raspail, Thoré, Buchez, Guepin.

So gab es sozialistische Parteien und Pläne in Hülle und Fülle. Um aber zu Wirksamkeit zu gelangen, mußten sie auf Massen rechnen können, die an der Durchführung solcher Pläne Interesse hatten. Diese Massen lieferte die in Frankreich aufkommende Großindustrie. Das Proletariat, das sich damals erst in größerer Zahl in Frankreich zu entwickeln begann, bildete zusammen mit den zahlreichen Unzufriedenen aus allen anderen Klassen der Bevölkerung die Anhängerschaft der verschiedenen sozialistischen Richtungen.

Die Entwicklung der Industrie war durch die lange Friedensepoche und die moderne Maschinentechnik sehr begünstigt worden. Dieselbe Umwälzung der Industrie, wie sie bereits früher in England durch die Erfindungen der Spinnmaschine, des mechanischen Webstuhls, der Ausnutzung der Dampfkraft usw. hervorgerufen wurde, trat damals in Frankreich ein.

Unter dem Empire hatte man kaum 15 Etablissements mit Dampfmaschinen gezählt, im Jahre 1830 gab es deren bereits 625. — Gerade aber wie in England mit dem Aufkommen der Maschinenindustrie große Mißstände namentlich hinsichtlich der Arbeit von Frauen und Kindern in Fabriken verbunden waren und dort schon seit 1802 zum Erlasse von Arbeiterschutzgesetzen geführt hatten, so zeigten sich in Frankreich ähnliche, wenn auch nicht so schwere Kalamitäten.

Wie Levasseur in seiner „Geschichte der arbeitenden Klassen in Frankreich" berichtet, konnte man namentlich in den Baumwollspinnereien Kinder von 5 und 6 Jahren sehen, die 14—15 Stunden täglich fortwährend beschäftigt waren, die Fäden anzuknüpfen und dann erschöpft niedersanken. — Graf Tascher teilte in der Pairskammer Fälle mit, daß Arbeitgeber durch Mißhandlungen die Fabrikkinder zur Arbeit anhielten. Viele Industrielle beklagten selbst diese Mißstände, waren aber vereinzelt wegen der Konkurrenz zu schwach, dagegen anzukämpfen. Seit dem Jahre 1827 hatte ein Spinnereibesitzer die Aufmerksamkeit der industriellen Gesellschaft zu Mülhausen auf diese Frage gelenkt, und zehn Jahre lang hatte diese Gesellschaft nicht aufgehört, auf die Übel hinzuweisen und vermittels Petitionen an die Kammer Abhilfe zu verlangen. Die Akademie der politischen und moralischen Wissenschaften hatte eins ihrer Mitglieder, Villermé, beauftragt, die Fabriken zu besuchen und einen Bericht über den Zustand der arbeitenden Klassen auszuarbeiten. Dieser Bericht, wie viele andere, die übrigens durchaus nicht von sozialistischen Ideen erfüllt sind, bestätigte die schlimmen Zustände betreffs der Ausnutzung der Kinder und der weiblichen Arbeitskräfte. Besonders Villermés Bericht enthüllte eine Fülle erschreckender Tatsachen und ließ baldige Abhilfe als dringend notwendig erscheinen.

Der Nationalökonom Adolf Blanqui, ein Bruder des bekannten Revolutionärs, der im Auftrage der Académie des sciences morales et politiques im Jahre 1848 die Industriebezirke Frankreichs bereiste, um die Arbeiterverhältnisse zu studieren, berichtet, daß er in der Mehrzahl der Spinnereien eine 14—15stündige Arbeitszeit gefunden habe, die der Gesundheit und der Sittlichkeit, namentlich der jugendlichen Arbeiter, sehr schädlich gewesen sei.

Die Julireglerung verhielt sich all diesen Zuständen gegenüber völlig passiv. Sie war auch in diesem Punkte ihrem allgemeinen Prinzipe getreu, nur die Interessen der Bourgeoisie zu vertreten. Wohl nie und in keinem Lande hat es eine Regierung gegeben, die so einseitig wie die des Bürgerkönigs die Interessen des Kapitals vertreten hat. Den herben Beinamen „roi des agioteurs" hat Louis Philippe nicht unverdienterweise geführt. Infolge des hohen Wahlzensus von 200 Frs. Steuerleistung wurde die Regierung tatsächlich im Sinne der 200 000 reichsten Bürger, die nur wahlberechtigt waren, geführt. Mit einer Handelsgesellschaft vergleicht treffend Tocqueville die Julireglerung. Die einzelnen Regierungsakte werden aus dem Gesichtspunkte betrachtet, wie viel Profit die herrschende Klasse daraus ziehen könnte. Treitschke, der von den „goldenen Tagen der Bourgeoisie" spricht, macht Louis Philippe mit Recht den Vorwurf, daß er bei aller Sanftmut die schönste Tugend des Monarchen, sich der Be-

drängten anzunehmen, nicht geübt habe. Ähnlich urteilt auch John Stuart Mill: „De même que Napoléon avait cultivé l'amour de la gloire militaire comme son grand moyen d'action sur la multitude, de même Louis Philippe chercha à absorber la France dans le culte des Intérêts matériels, dans la rélicion de la Banque et du Grand-Livre." Es war der Typus einer Klassenherrschaft: die Bourgeoisie benutzte die Gelegenheit, als sie wie nie zuvor und nie wieder nachher die Macht hatte, die Regierung zu beeinflussen. Viel mehr als auf das Wohl des Ganzen oder auf die Größe der Nation waren die Volksvertreter bei jeder Gesetzesvorlage auf ihr persönliches Interesse bedacht.

Auch in der Arbeiterfrage verleugnete die Julireqierung ihren plutokratischen Charakter nicht. Trotz der erheblichen Mißstände, namentlich bei der Kinder- und Frauenarbeit, und trotz der immerwährenden Klagen auch aus den Kreisen der Fabrikanten selbst, wurde in den ersten 10 Jahren der Regierung Louis Philippes überhaupt kein Arbeiterschutzgesetz erlassen. Endlich legte die Regierung im Januar 1840 der Pairskammer einen Arbeiterschutzgesetzentwurf vor, der aber im Grunde nichts enthielt als eine Ermächtigung für die Regierung, die Arbeitszeit der Arbeiter unter 16 Jahren angemessen zu regeln. Im Laufe der parlamentarischen Verhandlungen wurde das Gesetz gründlich umgestaltet. Aber das Resultat, das Arbeiterschutzgesetz vom 22. März 1841, brachte schließlich nur die Bestimmung, daß Kinder unter 8 Jahren nicht in Fabriken beschäftigt werden durften, 8—12jährige nicht mehr als 8 Stunden, 12—16jährige höchstens 12 Stunden täglich. Dies war das ganze Ergebnis und diese so geringfügigen Bestimmungen wurden nicht einmal strenge gehandhabt. So wenig unter der Juliregierung zum Schutze der Arbeiter getan wurde, so viele Maßregeln wurden getroffen zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und des Koalitionsrechtes.

In Daniel Sterns Geschichte der Februarrevolution werden nicht weniger als 10 solcher repressiver Gesetze aufgezählt, die seit 1830 mit großer Majorität vom Parlament angenommen wurden.

Infolge der großen Unzufriedenheit weitester Bevölkerungskreise mit den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen konnte nunmehr die Anhängerschaft der sozialistischen Sekten, die ich charakterisiert habe, immer mehr anwachsen. — Aus der Literatur der Epoche von 1830—1848 geht hervor, welche weite Verbreitung damals die sozialistischen Ideen gefunden hatten. —

Eugène Sue und George Sand vertraten in vielen ihrer weitverbreiteten Romane die Interessen der besitzlosen Volksklassen, Béranger und Victor Hugo schlugen in ihren Liedern vielfach Töne an, die ihre Sympathie mit den proletarischen Forderungen bekundeten; so wenn Victor Hugo in seinem Gedichte la Charité singt:

„Songez-vous. qu'il est là, sous le givre et la neige
Ce père sans travail que la famine assiége
Et qu'il se dit tout bas: Pour un seul, que de biens!
A son large festin, que d'amis se recrient!
Ce riche est bien heureux, ses enfants lui sourient!
Rien que dans leurs jouets, que de pain pour les miens!

Viele, die scharf die Zustände in Frankreich beobachteten, sagten voraus, daß dort eine große soziale Umwälzung bevorstände. Wie Malon berichtet, hat Bakunin ihm einmal über seine Eindrücke in Paris vor Ausbruch der Revolution erzählt: „Wir hatten fest geglaubt, daß wir den letzten Tagen der alten Zivilisation beiwohnen würden, und daß bald das Reich der Gleichheit beginnen werde. Sehr wenige leisteten dem sozialrevolutionären Milieu von Paris Widerstand; im allgemeinen genügten zwei Monate Boulevardleben, um einen Liberalen in einen Sozialisten zu verwandeln." — Und Mazzini meinte: „Die individualistische Welt hat ihre Zeit gehabt; die sozialistische Welt beginnt. Überall in Europa erhebt sich ein Ruf nach neuen Dingen, nach neuen Leidenschaften, nach neuen Elementen, die das Jahrhundert hervorgebracht hat. Der große soziale Gedanke, der heute in Europa gärt, läßt sich so definieren: Beseitigung des Proletariats, Befreiung der Arbeiter von der Herrschaft des bei wenigen Menschen konzentrierten Kapitals, Verteilung der Produkte nach der geleisteten Arbeit."

Mit deutlicher Sprache sagte Alexis de Tocqueville in der Sitzung der Deputiertenkammer vom 29. Januar 1848 die kommende Revolution voraus: „Sehen Sie, was bei den arbeitenden Klassen vorgeht, die heute noch, wie ich zugebe, ruhig sind. Es ist richtig, daß sie nicht im selben Grade wie früher durch eigentlich politische Leidenschaften erhitzt sind; aber sehen Sie nicht, daß ihre Leidenschaften aus politischen soziale geworden sind? Sehen Sie nicht, wie sich bei ihnen Ansichten und Ideen verbreiten, die nicht auf die Beseitigung eines Gesetzes, eines Ministeriums oder selbst dieser Regierung hinauslaufen, sondern vielmehr auf die Erschütterung der Grundlage unserer Gesellschaftsordnung? . . . Hören Sie nicht, daß man in Arbeiterkreisen ohne Unterlaß wiederholt, daß alles, was über ihnen ist, unfähig und unwürdig sei, sie zu regieren; daß die Verteilung der Güter bis zum heutigen Tage ungerecht sei, daß das Eigentum nicht auf gerechter Grundlage beruhe? Und glauben Sie nicht, daß, wenn solche Meinungen Wurzeln fassen, wenn sie sich ganz allgemein verbreiten, wenn sie tief in die Massen dringen, daß sie früh oder spät, ich weiß nicht wann oder wie, aber daß sie sicher früh oder spät die schrecklichsten Revolutionen herbeiführen müssen?"

Die Befürchtungen waren nicht übertrieben. Wo soviel Unzufriedenheit vorhanden war, bedurfte es nur eines Anstoßes, um in einer Revolution die ganze herrschende Mißstimmung zutage treten zu lassen. Brach die Revolution aus, so konnte darüber kein Zweifel sein, daß sie einen sozialpolitischen Charakter an sich trug.

XII. Vorlesung.

Der Sozialismus in Frankreich.

III. Die Februar-Revolution.

Am 24. Februar 1848 war der Sieg des revolutionären Proletariats in Frankreich entschieden. Die Revolution war zwar zunächst von der dynastischen Linken der Abgeordnetenkammer, an der Spitze Odilon Barrot, ausgegangen, kam aber dann während des Straßenkampfes in die Hände der Sozialisten, die die Oberhand behielten. Die nach dem Sturz des Königtums eingesetzte provisorische Regierung, bestand fast vollständig aus Sozialisten. Jetzt mußte die Regierung, von Arbeitern berufen, auch Maßregeln zugunsten des Arbeiterstandes treffen.

Nachdem schon den ganzen Vormittag des 25. Februar hindurch große Menschenmassen unter Lärmen und Schreien das Stadthaus umlagert hatten, trat mittags ein Arbeiterführer, Marche, in das Stadthaus ein, wo die provisorische Regierung tagte. Indem er mit drohender Gebärde auf die unten befindliche Volksmenge wies, verlangte er, die Flinte in der Hand, die Berücksichtigung der Wünsche der Arbeiter: „Bürger, die Organisation der Arbeit — das Recht auf Arbeit in einer Stunde! Das Volk will es! es wartet!" — Mit Mühe wurde ihm begreiflich gemacht, daß man in einer Stunde nicht die Organisation der Arbeit durchführen könnte; die Mitglieder der Regierung berieten sich kurze Zeit, um dann tatsächlich das „Recht auf Arbeit" zu gewähren. Es war zum erstenmal, daß dieses folgenschwere Recht gesetzlich garantiert war.

Wörtlich lautet die Proklamation, durch welche dieses ökonomische Grundrecht anerkannt wurde, folgendermaßen:

> „Die provisorische Regierung der französischen Republik verpflichtet sich, die Existenz des Arbeiters durch Arbeit zu garantieren.
>
> Sie verpflichtet sich, allen Bürgern Arbeit zu gewähren.
>
> Sie erkennt es an, daß sich die Arbeiter miteinander verbinden müssen, um den rechtmäßigen Ertrag ihrer Arbeit zu genießen.
>
> Die provisorische Regierung gibt die aus der Zivilliste fällige Million den Arbeitern, welchen sie gehört."

Nichts läßt deutlicher als diese Proklamation erkennen, daß der Grundcharakter der Februarrevolution ein sozialer war. Als das Königtum gestürzt war, zeigte es sich deutlich, daß der Preis, um den viele Hunderte hinter den Barrikaden ihr Blut vergossen und den Tod gefunden hatten,

nicht in einer einfachen Veränderung der Regierungsform, nicht in einem politischen Systemwechsel bestehen könne, sondern daß eine neue Wirtschaftsordnung angestrebt wurde.

Jetzt war die Zeit gekommen, um den Sozialismus aus dem Reiche der Gedanken in die praktische Wirklichkeit überzuführen; es war die Zeit sozialistischer Experimente. Lorenz v. Stein schildert in seinem unter dem unmittelbaren Eindruck dieser Ereignisse Anfang des Jahres 1848 abgefaßten „Brief über Frankreich" treffend, wie sich dieser Übergang von der Theorie zur Praxis vollzog: „Vor der Revolution hatte die theoretische Seite wenig mit dem Proletariat zu tun; ja sie bekämpften sich sogar gegenseitig. Beide waren hoffnungslos. Der Theorie lag ihre Zukunft so unendlich fern, daß sie an praktische Vorschläge nicht dachte; das Proletariat fühlte sich dem vereinigten Königtum und Bürgerstand gegenüber ohnmächtig. Das änderte der Februar. Er zeigte, daß der Bürgerstand ohne Halt und daß die Staatsgewalt vermöge der demokratischen Formen in den Händen der Zahl sei. Jetzt trafen sich die reinen Sozialisten und das Proletariat plötzlich auf demselben Wege. Man muß die eigentümliche Staatsidee der Franzosen vor Augen haben, um dies Zusammentreffen zu verstehen. Der Franzose ist gewohnt, seine Nation und seinen Staat als das Höchste und Allgewaltige zu betrachten. Er ist eigentlich nur stark und tatkräftig als lebendiges Glied des Staates. Er weiß ihm alles hinzugeben, was er ist und hat; aber er verlangt dafür auch von diesem Staat alles, was er selber nicht erreichen kann. Unter dem Königtum war die Gewalt dieses Staates außerhalb des Volkes hingestellt; die Revolution gab sie ihm in die Hände. Eben das Proletariat hatte die Revolution gemacht; das Proletariat war dadurch einen Augenblick lang der Herrscher in Frankreich. Die Ideen, welche im Proletariat seit 15 Jahren genährt waren, kannte man. Es fühlte, daß es aus sich selber heraus nicht fähig sei, sie mit einem Schlag zu verwirklichen. Die Blicke desselben wandten sich daher ganz natürlich dem Staat zu, und mit der demokratischen Republik entstand sonach die soziale Forderung, daß die Staatsgewalt zu ihrer eigentlichen Aufgabe die Verbesserung des Loses der nichtbesitzenden Klassen machen müsse" (Stein, Anhang S. 15). Die sozialistischen Demokraten kämpften einen harten Kampf gegen die „Nur-Demokraten", welche zwar die demokratische Reform, nicht aber die sozialistische Reform wollten. „Oh que l'avenir est menaçant" rief damals Pierre Leroux aus, „il y a dès aujourd'hui deux républiques en présence".

Hatten die Massen zuerst unter dem Schlagwort „Es lebe die Wahlreform" gekämpft, so wandelte sich dieses zunächst in das neue um „Es lebe die Republik" und dieses wieder in das entscheidende und klare „Es lebe die demokratische und soziale Republik". — Allerdings ermangelte die soziale Bewegung der Februarrevolution jedes einheitlichen Grundtons: alle die verschiedenen sozialistischen Richtungen, die ich Ihnen kurz charakterisiert habe, traten hervor und suchten die revolutionäre Strömung für sich zu gewinnen. Neben den radikalen Revolutionären à la Blanqui die sozialreformatorisch Gesinnten, die darauf bedacht waren, bei dieser Gelegenheit ihre Weltverbesserungspläne zur Durchführung zu

bringen. Auch war die damalige Bewegung keineswegs eine reine Arbeiterbewegung; dem Proletariat war die Idee des Klassenkampfes, die in neuerer Zeit eine so große Rolle spielt, noch fremd. Vielmehr glaubten viele der Sozialisten, die damals eine führende Rolle spielten, daß ihre Reformpläne auch der Bourgeoisie zum Vorteil gereichten: nicht um Befreiung des Arbeiterstandes, sondern um die Beglückung der ganzen Menschheit war es ihnen zu tun. Damit hängt es zusammen, daß auch zahlreiche Kleinbürger und Angehörige der verschiedensten Stände, ideologische Schwärmer aus allen Bevölkerungsschichten sich an der Bewegung beteiligten. — Und während die moderne Arbeiterbewegung namentlich in Deutschland in unversöhnlichem Gegensatze zum Staate steht, von dem sie für ihre Zwecke nichts erhofft, fanden damals die sozialen Parteien die zahlreichsten Anhänger, die mit Staatshilfe die soziale Reform durchzuführen gedachten; speziell der Staatssozialist Louis Blanc hatte großen Anhang im Volke.

Sehr zum Schrecken der liberalen Opposition des Julikönigtums zeigte es sich, daß die Barrikadenkämpfer nicht gewillt waren, die „gemäßigte und honnette Republik" als Kampfpreis anzunehmen: für sie war jetzt die Gelegenheit gekommen, wo sie mit Energie verlangten, daß diese Revolution vor allem das Verlangen des Proletariats und seiner Anhänger nach einer Organisation der Arbeit zu erfüllen hätte. Bei keiner der bisherigen Revolutionen hatte das Proletariat so sehr den ausschlaggebenden Faktor gespielt, wie bei dieser; den ausschlaggebenden durch Zahl und Stärke, wenn auch nicht den einzigen, da, wie ich bereits sagte, dem Arbeiterstande kleinbürgerliche Elemente zugesellt waren. Der Konvent hatte aus Angehörigen der Bourgeoisie und der gebildeten Stände bestanden. Die Kämpfe zwischen Bergpartei und Gironde wurden auf beiden Seiten von Vertretern der Mittelklasse geführt. In der Julirevolution kämpfte allerdings die Bourgeoisie gemeinsam mit dem Proletariat gegen Karl X., dessen wirkliche Eingriffe in das Wahlrecht das liberale Bürgertum gegen ihn aufgebracht hatten: aber nach dem Sturz seines Thrones wurde nur ein politischer Wechsel vorgenommen. Es trat ein neues Königtum an Stelle des alten; das Proletariat hatte seine Mitwirkung an den Kämpfen nicht durch irgendwelche Änderung in der sozialen Gesetzgebung belohnt gesehen.

Anders in der Februar-Revolution, wo die Bourgeoisie, die bisher die Kämpfe geleitet hatte, die Führung an die Arbeiterpartei verlor, die auch den Sieg in ihrem Interesse ausbeuten wollte. Nicht um den Kampf zwischen Republik und Monarchie, sondern zwischen Kapital und Arbeit handelte es sich zuletzt und das Volk drang darauf, daß, nachdem es bei allen bisherigen Revolutionen nur Opfer gebracht hatte, endlich durch volkstümliche und arbeiterfreundliche Reformen die neu einzusetzende Regierung ihre Existenzberechtigung beweise. Die Republik sollte nicht das Ziel der Revolution sein, sondern sie sollte nur das Mittel sein, um die soziale Umgestaltung zu bewirken. Die Art der Einsetzung der Regierung, die ersten Handlungen der provisorischen Regierung bewiesen, mit welchem Nachdruck das Proletariat diese Forderungen aufgestellt hatte.

In unzähligen Zeitungen, Broschüren und Plakaten wurde dieser ökonomische Charakter der Februarrevolution betont. In einer unter dem Titel „Les Journaux Rouges" herausgegebenen Sammlung sind etwa 150 sozialistische Zeitungen mit Textauszügen angeführt; schon die Titel einzelner dieser Blätter, wie z. B.: „Association fraternelle et industrielle des travailleurs", „Avenir des travailleurs", „Organisation du travail", zeigen deutlich ihren sozialpolitischen Charakter. Manche dieser Zeitungen hatten die alten Titel der Journale aus der Zeit der großen Revolution angenommen, so z. B. Le Père Duchène, Le Robespierre usw. In fast allen diesen Zeitungen aber wird der Gegensatz der Februarrevolution zur ersten Revolution scharf hervorgehoben: so z. B. in der 1. Nummer des „Tocsin des travailleurs": „De puis près de 60 ans que la France rompt avec le passé, la seule révolution faite, ouvertement, en vertu des droits du travail, est celle du février 1848." In demselben Sinne sind die meisten sozialistischen Plakate abgefaßt, von denen ebenfalls über 200 in einer Broschüre zusammengestellt sind.

Betrachten wir jetzt die einzelnen damals zur Durchführung gelangten oder versuchten sozialen Reformprojekte etwas näher und beginnen wir mit dem bereits erwähnten Recht auf Arbeit.

1. Die Durchführung des Rechts auf Arbeit.

Nachdem das Dekret vom 25. Februar erlassen war, wonach sich die provisorische Regierung verpflichtete, allen Bürgern Arbeit zu gewähren, folgte das Dekret vom 27. Februar, das die Errichtung von Nationalwerkstätten anordnete. Dadurch, daß sie ausdrücklich zur Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf Arbeit bestimmt waren, unterschieden sie sich wesentlich von den zur Zeit der großen und der der Julirevolution errichteten Nationalwerkstätten, die reine Wohltätigkeitsanstalten gewesen waren.

Solange die Zahl der brotlosen Arbeiter 6—7000 nicht überstieg, konnten diese in den Werkstätten beschäftigt werden, als aber die Zahl immer mehr anschwoll, als sie am 30. März schon auf 40 000, und am 19. Mai auf 90 000 gestiegen war, als die Kosten der Einrichtung innerhalb von 13 Tagen $2^1/_2$ Millionen Frs. betragen hatten, zeigte sich, welch unerfüllbares Versprechen die Regierung gegeben hatte. Da nicht Arbeit genug für alle vorhanden war, gab man den beschäftigten Leuten 2 Frs., denen, für die keine Beschäftigung vorhanden war, $1^1/_2$ Frs. täglich. Viele Leute beschwerten sich, daß sie durch die Erdarbeiten, die von der Regierung amtlich angeordnet wurden, für ihre Berufsarbeit untauglich wurden; manche faule und liederliche Arbeiter liefen ihren Arbeitgebern weg, um vom Staate Arbeit bzw. Arbeitslohn zu verlangen.

Es wird häufig in geschichtlichen Darstellungen aus jener Zeit behauptet, die Nationalwerkstätten seien von der Regierung nicht ernst gemeint gewesen, die ganze Einrichtung sei absichtlich lässig und energielos betrieben worden, damit dadurch gezeigt werde, wie töricht die Ansprüche der Arbeiter seien. Hiergegen ist einzuwenden, daß selbst, wenn dies zuträfe, für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des „Rechts auf Arbeit" noch nichts bewiesen ist. Selbst angenommen, es sei bei einzelnen Mitgliedern der provis-

sorischen Regierung böser Wille vorhanden gewesen, so war dieser auf der Seite der sozialistisch gesinnten Regierungsmitglieder ebenfalls vorhanden. Louis Blanc betont ausdrücklich in seiner Geschichte der Februar-Revolution, daß er ganz genau vorher gewußt habe, daß die Regierung mit dem „Recht auf Arbeit" sich zu etwas verpflichtete, was ein individualistischer Staat nie durchführen könne. — „Während ich dieses Dekret (das heißt das Recht auf Arbeit) verfaßte," schreibt Louis Blanc, „wußte ich nicht, bis zu welchem Grade es die Regierung verpflichtete; das wußte ich aber sehr gut, daß es nur auf eine soziale Reform hinführen könne, welche die Assoziation zum Grundsatz und die Abschaffung des Proletariats zum Zwecke hatte. Aber in meinen Augen lag gerade darin der Wert des Dekrets." Hier ist also deutlich von dem Hauptförderer des Dekrets, durch welches das Recht auf Arbeit gewährt wurde, zugegeben, daß ein Staat mit individualistischer Wirtschaftsordnung diese Forderung nicht erfüllen könne. Er wußte, daß die Regierung damit scheitern mußte und hoffte, daß dann die Zeit reif sei für seine Pläne. Diese Pläne zielten auf Ersetzung der privatwirtschaftlichen Produktionsweise durch die sozialistische ab.

Der ganze Streit, ob die Nationalwerkstätten mit oder ohne Energie durchgeführt waren, wird daran nichts ändern, daß es ein Widersinn ist, von einem Staate, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln einzelnen überläßt und die freie Konkurrenz duldet, zu verlangen, daß er allen Bürgern Arbeit garantiere. Dies muß auch denen gegenüber festgehalten werden, die in neuester Zeit wieder für Deutschland die Einführung des Rechts auf Arbeit verlangen. Und zwar ist dies unmöglich in den beiden Formen, wie das Recht auf Arbeit aufgefaßt wird, sowohl als Recht auf Berufsarbeit, wie als Recht auf gewöhnliche Tagelöhnerarbeit.

Leicht einzusehen ist, daß ein Staat nicht allen unbeschäftigten Schuhmachern, Schneidern, Tischlern, Schlossern, und in weiterer Linie auch den Ärzten, Rechtsanwälten, Schauspielern usw. in ihrem Berufe Arbeit gewähren kann, wenn er die Schlosserarbeit, Schusterarbeit usw. nicht selbst staatlich organisiert. Es würde eine Verstaatlichung aller dieser Berufsstände dazu erforderlich sein. — Aber auch die mildere Fassung, daß der Staat gewöhnliche Tagelöhnerarbeit zu gewöhnlichem Tagelohne — also namentlich Erdarbeiten — gewähren soll, ist unerfüllbar, denn abgesehen von der großen Kapital- und Arbeitsverschwendung, die durch solche Beschäftigung qualifizierter Arbeitskräfte getrieben würde, übernimmt auch hier der Staat Pflichten, durch die er sich weit über die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit hinaus engagiert.

Auch der Staat verfügt nur über begrenzte Mittel und wie soll er damit allen Ansprüchen gerecht werden, die an ihn gestellt werden können? Die vielen Tausende, die heute aus Mangel an lohnender Arbeitsgelegenheit auswandern, würden dann alle im Inlande Beschäftigung verlangen. Das Recht auf Arbeit wird aber nicht nur der lebenden Generation gewährt, sondern soll auch Geltung haben für die kommenden; bei jeder noch so starken Volksvermehrung muß der Rechtsanspruch auf Arbeit erfüllt werden. Besonders im Hinblick hierauf ist die bedenkliche Wirkung

dieser Bestimmung auf das Rechts- und Pflichtbewußtsein der einzelnen beachtenswert. In einem Staat, der jedem einzelnen völlige Freiheit gewährt in bezug auf Berufswahl, Heirat, Kindererzeugung usw,. soll jeder Bürger, wenn es ihm schlecht geht, an den Staat mit dem Rechtsanspruch herantreten dürfen, mindestens gewöhnliche Tagelöhnerarbeit zu gewöhnlichem Tagelohne zu beanspruchen. Und mag der einzelne vielleicht durch Leichtsinn oder grobes Verschulden seine Arbeit verloren haben, der Staat muß ihm Arbeit verschaffen. Ein Recht auf Arbeit würde die Pflicht zur Arbeit zum Korrelat haben; der Staat müßte dann das Recht haben, in weitgehendem Maße die Tätigkeit des einzelnen zu überwachen und zu kontrollieren; die freie Verfügung des einzelnen über seine Arbeitskraft wäre dann nicht mehr aufrecht zu erhalten; die letzte Konsequenz: die staatliche Organisation der Arbeit, könnte dann nicht ausbleiben. —

Trotz aller Enttäuschungen wurde von seiten der französischen Regierung mit großer Zähigkeit an dem einmal bestehenden „Recht auf Arbeit" festgehalten. Noch am 18. Mai hielt Trélat eine Rede in der Kammer, worin er die Ateliers nationaux für ein Übel, aber für ein notwendiges erklärte, worin er offiziell angab, daß man gar keine nützliche Arbeit für die Arbeiter habe, und man für das Wenige, was sie wirklich produzierten, durchaus keinen Absatz finde, daß aber dennoch die Ateliers eine vorübergehende Notwendigkeit seien, und daß die Kammer noch einmal 3 Millionen für dieselben bewilligen möge. Es entstand ein heftiger Sturm in der Kammer, aber man bewilligte sie und im Juni betrug die Zahl der Arbeiter, die das Recht auf Arbeit verlangten, 117 000. Schließlich, als die Regierung einsah, daß es unmöglich war, allen Anforderungen zu genügen, löste sie die Nationalwerkstätten auf. Die Unzufriedenheit darüber führte schließlich zum Juni-Aufstand.

Sehr mit Unrecht wird die Schuld am Juni-Aufstand den sozial-revolutionären Parteien zugeschoben. Sie waren gewiß hervorragend beteiligt, aber der Konflikt hatte tiefere Ursachen. Nachdem einmal die Regierung das Recht auf Arbeit gewährt hatte, und dann außerstande war, diesen Rechtsausspruch dem Volke zu erfüllen, mußte Unzufriedenheit und Mißmut bei den zahlreichen Arbeitslosen entstehen, die zu einer gewaltsamen Lösung des Konfliktes drängten. Die große Mehrzahl der Junikämpfer bestand aus Arbeitern, die in den Nationalwerkstätten beschäftigt waren, oder dort Beschäftigung gesucht hatten. Es ist ein lehrreiches Exempel, das hier die Geschichte liefert, zu welchen Folgen es führen muß, wenn ein Staatswesen soziale Rechte dekretiert, die mit der wirtschaftlichen Gesamtverfassung in Widerspruch stehen. Nur ein sozialistisches Gemeinwesen könnte ein Recht auf Arbeit garantieren — dann aber ist es nicht mehr nötig, da der Grundcharakter der sozialistischen Organisation die Arbeitsgemeinschaft mit gleicher Arbeitspflicht ist. Wo aber keine Pflicht zur Arbeit besteht kann auch kein Recht auf Arbeit beansprucht werden. Bei so weitgehender wirtschaftlicher Freiheit, wie sie im Prinzip des privatwirtschaftlichen Systems enthalten ist, kann ein Rechtsanspruch für den, der im Kampf ums Dasein unterliegt, nicht zugebilligt werden. In dem neuen Verfassungsentwurf, der am 29. August 1848 dem Parlament vorgelegt wurde, war nicht mehr das Recht auf Arbeit,

sondern nur noch das Recht auf Unterstützung anerkannt. Ein Antrag von Mathieu, in welchem ausdrücklich das Recht aller Staatsbürger auf Unterricht, auf Arbeit und auf Unterstützung gewährleistet wurde, wurde abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag von Felix Pyat bei der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs am 2. November 1848.

2. Die Einrichtung von Arbeiter-Produktiv-Genossenschaften mit Staatskredit.

Außer dem „Recht auf Arbeit" gewährte die provisorische Regierung unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse die Einsetzung einer Regierungskommission, die den Zweck haben sollte, über alle die Arbeiter angehenden Interessen zu beraten. Diese Kommission wurde durch Dekret vom 28. Februar 1848 eingesetzt und Louis Blanc war ihr Präsident. Die Beratungen, die am 30. März im Palais Luxemburg begannen, hatten die „Organisation der Arbeit" zum Gegenstand. Louis Blanc nahm die Gelegenheit wahr, seine Ansichten dort vor einem größeren Kreise von Delegierten aus den Arbeiter- und Arbeitgeberkreisen vorzutragen und zur Debatte zu stellen. Seine Pläne stießen auf vielen Widerspruch, besonders wurde betont, daß ohne den Stachel der Konkurrenz die Arbeitslust erlahmen werde. Darauf erwiderte L. Blanc: „Ja, gewiß, Wetteifer ist nötig, aber auf persönliches Interesse gegründeter Wetteifer ist Individualismus; daß dies ein energisches Reizmittel ist, leugne ich nicht, aber es ist zugleich ein verderbliches Reizmittel. Nun denn, was erzeugt denn der Wetteifer des Individualismus? Ruinen. Solchen Wetteifer wollen wir nicht. Unser System tötet den Wetteifer nicht, sondern verändert nur seinen Charakter. Durch Wetteifer wollen wir erweisen, daß das, was der eine gewinnt, der andere nicht zu verlieren braucht, ein Ruin soll nicht ein Ersatz für einen Erfolg sein." Sein Anhänger Vidal fügte hinzu: „Um frei zu sein, genügt es nicht, das Recht zu haben, seine Fähigkeiten zu entwickeln, sondern man muß auch die Mittel und Macht dazu besitzen. Der Staat soll nun gerade den Arbeitern die Mittel zu Gebote stellen, wahrhaft und vollkommen frei zu werden." — Wie in seiner erwähnten Schrift betont auch hier Blanc, daß der Staat ein Mittel sei, allen zur Freiheit zu verhelfen: „Damit nun aber die Freiheit aller begründet und gesichert werde, muß sich der Staat ins Mittel legen. Und welches Mittel muß er anwenden, um die Freiheit zu sichern? Die Assoziation. Für alle durch gemeinsame Erziehung die Mittel geistiger Entwicklung, für alle durch brüderliche Vereinigung der Kräfte und Hilfsquellen die Werkzeuge der Arbeit! Das ist es, was die Assoziation erzeugt, das ist es, was die wahre Freiheit ausmacht!

Das System der Produktiv-Genossenschaften sollte nach Blancs Meinung nicht generell und zwangsweise für alle Betriebe eingeführt werden: „Es ist nicht davon die Rede, jedem Gewalt anzutun. Der Staat würde sein Modell geben, und daneben könnten die Privatassoziationen, das gegenwärtige ökonomische System, vegetieren. Allein wir glauben an eine so elastische Kraft unseres Systems, daß es sich, nach unserer festen Überzeugung, binnen kurzem über die ganze Gesellschaft verbreiten und durch seine unwiderstehliche Anziehungskraft die rivalisierenden Systeme

in seinen Schoß ziehen wird." — Am 8. Mai hob L. Blanc die Verhandlungen in Luxemburg, die ziemlich unfruchtbar verlaufen waren, auf; am 9. Mai stattete er in der Nationalversammlung Bericht über diese Kommission ab und verlangte am Schlusse die Errichtung eines Ministeriums, das sich wesentlich mit der Beratung der Frage zu beschäftigen hätte, wie die Lage der arbeitenden Klassen zu bessern sei — dieser Antrag wurde abgelehnt; es wurde nur eine Commision permanente für das Interesse der Arbeiter ernannt. Waren auch die Verhandlungen im Luxemburg über die Arbeiterfrage ohne Einigung über irgendeinen Punkt verlaufen, so entschloß sich doch die Nationalversammlung, die Pläne Louis Blancs zu unterstützen.

Seinen Wünschen entsprechend, wurde durch ein Dekret der konstituierenden Versammlung im Juli 1848 ein Betrag von 3 Millionen Frs. zur Unterstützung von Arbeiterproduktivgenossenschaften bereitgestellt. Nach genauer Prüfung der zahlreichen Genossenschaften, die sich gemeldet hatten, erhielten 56 Assoziationen Kredit, z. B. die Buchdruckergenossenschaft 65000 Frs., die Kunsttischlergenossenschaft 75 000 Frs., die Assoziation der Wollspinner in Reims 250 000 Frs. usf. Die Kredite unter 25 000 Frs. waren mit 3%, die im höheren Betrag mit 5% zu verzinsen.

Die Erfahrungen, die man mit diesen Produktivgenossenschaften gemacht hat, waren dort ebenso ungünstige wie bei den aus eigenen Mitteln der Arbeiter errichteten englischen Produktivgenossenschaften. Dies gibt auch ein eifriger Anhänger des Genossenschaftswesens — Engländer — in seiner Geschichte der französischen Arbeiterassoziationen zu. Der Bericht, der am 5. Februar 1850 der Nationalversammlung vorgelegt wurde, fiel so ungünstig aus, daß keine weiteren Kredite gegeben wurden. Gegen 20 Genossenschaften mußte gerichtlich wegen schlechter Wirtschaftsführung vorgegangen werden, von den übrigen 36 Genossenschaften bestanden 1853 noch 9.

Auch die Schicksale der später gegründeten Produktivgenossenschaften in Frankreich zeigen, wie selten derartige Unternehmungen lebensfähig zu gestalten sind.

Als der im Jahre 1879 verstorbene Philantrop Rampal sein bedeutendes Vermögen der Stadt Paris vermacht hatte, damit daraus Kredite an Produktivgenossenschaften gewährt werden sollten, wurden 49 Genossenschaften subventioniert; von diesen waren bereits 1889 19 in Konkurs geraten, 18 in Liquidation befindlich, 3 mit den Rückzahlungen im Rückstand.

3. Proudhons Geld- und Kredit-Reformpläne.

Den damaligen Zeitpunkt hielt auch Proudhon für angemessen, seine sozialen Reformpläne zur praktischen Durchführung zu bringen. Gerade wegen des Fiaskos, welches die Louis Blancschen Projekte erlitten hatten, hoffte er um so mehr auf einen Erfolg für seine Bestrebungen, die denen Louis Blancs in gewisser Hinsicht direkt entgegengesetzt waren. Denn im Gegensatz zu den Ideen Louis Blancs, der eine

Organisation der Arbeit anstrebte, meinte er durch eine Reform des Geld- und Kreditwesens die sozialen Übelstände beseitigen zu können. — Gerade der Ausgang der Februar-Revolution schien Proudhon ein Beweis für seine Behauptung zu sein, daß die Staatsgewalt stets an das Kapital gefesselt und gegen das Proletariat gerichtet sei. Keine politische Reform könne diesen Widerspruch auflösen, weil eine solche Reform nur darauf hinausliefe, der Staatsgewalt mehr Energie und Ausdehnung zu geben, und weil, ohne die Hierarchie umzustoßen und die Gesellschaft aufzulösen, die Staatsgewalt nicht imstande wäre, die Prärogative des Monopols anzugreifen. Das Problem bestünde also für die arbeitenden Klassen nicht darin, Staatsgewalt und Monopol an sich zu reißen, sondern darin, beide zu besiegen, das heißt aus dem Innern des Volks, aus den Tiefen der Arbeit, eine größere Tätigkeit, eine mächtigere Tat hervorgehen zu lassen, welche das Kapital und den Staat in sich enthielte und sie unterwerfe. Weil man hartnäckig die Revolution durch die Staatsgewalt, die soziale Reform durch die politische gewollt habe, darum sei in der Februar-Revolution die Sache des Proletariats verloren gegangen.

„Juni-Kämpfer", ruft Proudhon aus, „der Quell eurer Niederlagen liegt in dem Dekret vom 25. Februar. Diejenigen haben euch mißbraucht, die euch im Namen der Staatsgewalt ein Versprechen gegeben haben, das diese unfähig war, zu halten. Die Staatsgewalt besiegen, das heißt sie unter die Macht des Volkes durch die Auflösung der politischen und sozialen Funktionen zu stellen, das Kapital besiegen durch die gegenseitige Garantie der Zirkulation und des Kredits: das mußte die Politik der Demokratie sein. — Im März, April, Mai lieft ihr, statt euch für die Arbeit und Freiheit zu organisieren und die politischen Vorteile zu benutzen, welche euch der Februar-Sieg gab, zur Regierung; ihr fordertet von ihr, was ihr selbst euch allein geben konntet und bewirktet, daß die Revolution drei Stationen zurückschritt. Euer Irrtum bestand darin, daß ihr von der Staatsgewalt die Erfüllung eines Versprechens fordertet, welches sie nicht halten konnte; euer Unrecht war, daß ihr euch gegen die Volksvertreter und gegen die Regierung der Republik empörtet."

Proudhon, der bei den Juni-Nachwahlen für das Seine-Departement in die Nationalversammlung gewählt worden war, versuchte zuerst im Parlament seine Ideen zu verwirklichen. Dabei handelte er im Widerspruch zu seinem eben ausgeführten Programm, wie er selbst auch zugestand, indem er sich in gewisser Hinsicht an die Staatsgewalt wandte. Er stellte nämlich am 11. Juli 1848 seinen berühmten Finanzantrag in der Nationalversammlung, der darauf hinauslief, daß drei Jahre lang eine Steuer auf alle Einkommen in der Höhe von $^1/_3$ derselben erhoben werden sollte. Dieser Antrag, „damit der Besitz seine Schuld an die Revolution abtrage", erinnert an den ähnlichen Antrag Mirabeaus zur Zeit der ersten französischen Revolution auf Abgabe eines Viertels von jedem Einkommen. — Die aus dieser Steuer gewonnenen Summen sollte die Regierung dazu benutzen, durch Errichtung von Banken den Verkehr zu beleben und den Zins zu ermäßigen. Auf diese Weise wollte er seine Lieblingsidee, die Unentgeltlichkeit des Kredits, zur Durchführung bringen; denn nicht die Produktion der

Güter, sondern die Zirkulation derselben war seiner Ansicht nach mangelhaft und müsse geändert werden.

Die Rede Proudhons rief eine große Erregung und einen Sturm der Entrüstung in der Kammer hervor. Sein Antrag wurde mit 691 gegen 2 Stimmen abgelehnt und erklärt: „daß sein Vorschlag ein verwerflicher Angriff auf die Grundsätze der öffentlichen Moral, daß er eine offenbare Verletzung des Eigentumsrechts, dieser Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung sei, daß er zur Angeberei aufmuntere und die schlimmsten Leidenschaften hervorrufe".

Von neuem hatte Proudhon Gelegenheit, auf seine Pläne zurückzukommen, als der oben erwähnte Antrag Mathieu verhandelt wurde, in den neuen Verfassungsentwurf wieder das „Recht auf Arbeit" aufzunehmen. — Eine Rede, die Proudhon bei dieser Gelegenheit halten wollte, hat er im Druck veröffentlicht. Sein Grundgedanke ist, daß nicht das Recht auf Arbeit, sondern das Recht auf Absatz und Kredit gewährleistet werden müsse. Er schlug ein Amendement vor: „Die Gesellschaft sichert und erhält die Teilung des Eigentums durch Organisation des Tausches." —

Das Recht auf Arbeit führt nach Proudhon zum Untergang des Eigentums. Um das Eigentum zu retten, will er den Kredit organisieren.— Proudhon tritt hier getreu seiner anarchistischen Tendenz als Beschützer des Eigentums gegenüber den eigentumsfeindlichen Tendenzen auf. Vor allem sollte aber diese Bankorganisation eine freiheitliche sein. Aus der freien Initiative des Volkes sollte sie hervorgehen. — Mit großer Energie macht jetzt Proudhon Propaganda für seine Kreditreform, die er unter dem Namen Tauschbank oder Volksbank verwirklichen wollte. —

Ich kann an dieser Stelle nicht ausführlich die Geld- und Kredittheorien darlegen, auf denen die angestrebte Tauschbank oder Volksbank beruhen sollte. Indem ich für alles Nähere auf den zweiten Band meines Werkes über Proudhon verweise, bemerke ich nur, daß durch diese Bankeinrichtung zweierlei erreicht werden sollte. Einmal sollte das Geld abgeschafft und zweitens der Zins beseitigt werden. Proudhon hoffte dies durch ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Bankunternehmen erreichen zu können, dessen Mitglieder das Recht haben sollten, ihre Produkte und Waren der Bank gegen Tauschbons einzuliefern. Für diese Tauschbons sollten die Mitglieder nach ihrem Belieben Waren aus der Bank entnehmen. Durch dieses Papier sollte die Bank ferner den Mitgliedern unentgeltlichen Kredit gewähren.

Es sollte sich eine Handelsgesellschaft unter dem Namen „Société nationale de la Banque d'échange" bilden. Der Zweck der Gesellschaft sollte sein, jedem Mitgliede ohne Mithilfe des baren Geldes alle Produkte, Lebensmittel, Dienste oder Arbeiten zu verschaffen und ferner die Reorganisation der landwirtschaftlichen und industriellen Arbeit zu bewerkstelligen. Alle Bürger konnten ohne Geldeinlage durch einfachen Beitritt zu den Statuten an ihr teilnehmen, sie mußten sich nur verpflichten, das Kreditpapier der Tauschbank für jede Zahlung anzunehmen. Die Tauschbank ist nie zustande gekommen, ihre Statuten sind nie verwirklicht worden. Die Aufnahme

des Planes war eine sehr kühle und blieb weit hinter den Erwartungen Proudhons zurück. — Was Proudhon vor allem zur Errichtung der Tauschbank fehlte, war Geld. Eine Million verlangte er, um die soziale Frage zu lösen, aber es war niemand da, der ihm die Million geben wollte. Durch den geringen Erfolg des Planes der Tauschbank ließ er sich nicht entmutigen. Um seine Kreditpläne zur Verwirklichung zu bringen, entschloß er sich anfangs des Jahres 1849 eine Bank auf Grund seiner Prinzipien auf eigene Hand, unter eigenem Namen und eigener Verantwortung zu gründen, unter dem Namen Volksbank und öffentlich zur Beteiligung aufzufordern.

Am 31. Januar 1849 erschien Proudhon bei zwei Notaren, um die Statuten der Volksbank unterzeichnen zu lassen. — Es sollte eine Handelsgesellschaft unter dem Namen „Gesellschaft der Volksbank" gegründet werden zwischen dem Bürger Proudhon und den Personen, die sich den Statuten unterwerfen, indem sie Aktien erwerben. Proudhon war der einzige Geschäftsverwalter und die Firma hieß P. J. Proudhon u. Co.

Als Prinzip und letzten Zweck bezeichnet Proudhon die vollkommene Unentgeltlichkeit des Kredits, den sich die Mitglieder der Bank untereinander gegenseitig leisten sollten.

Die Aufnahme des neuen Plans Proudhons war eine weit günstigere, als die der Tauschbank; hier, wo es sich nicht wie bei der Tauschbank um einen in allgemeinen Grundzügen gehaltenen Plan handelte, sondern bestimmte, gleich zu verwirklichende Grundsätze festgestellt waren, war auch das Interesse ein weit größeres. Von befreundeter wie gegnerischer Seite wurde der Plan lebhaft besprochen und kommentiert. —

„Ganz Frankreich" — so berichtet der deutsche Herausgeber der Statuten der Volksbank — „richtet seine Aufmerksamkeit auf dieses Institut. Die Organe der französischen Bourgeoisie widmeten ihm fast täglich ihre Premierprais. Wie leicht begreiflich, nahm die Börsenweisheit des Constitutionnel, des Journal des Débats und des altrepublikanischen National Partei gegen Proudhon; allein schon der Umstand, daß sie das Institut fortwährend kritisierten, zeugt von dem Interesse, welches es erregt hatte. Auf der andern Seite wurde die Volksbank die Hoffnung der sozialdemokratischen Partei, deren bisherige abstrakte Formeln zur Lösung der sozialen Frage in ihr eine bestimmte Gestalt gewannen."

Kurz nach Veröffentlichung des Planes schrieb Proudhons Zeitschrift „le Peuple": „Die Idee einer Volksbank für den direkten und unentgeltlichen Austausch der Dienste gegen Dienste ist in der verschiedenartigsten Weise vom Publikum aufgenommen worden. — Die Finanzbarone und die Ökonomen des fait accompli haben Utopie geschrien und unserm Treiben mit Achselzucken zugesehen; die halb revolutionären Demokraten die glaubten, daß das Geld durch Papier ersetzt werden könne, aber sich noch nicht vom Eigentumsvorurteile frei gemacht haben, werfen uns vor, daß wir nicht genügend die Rechte des Kapitals gewahrt haben: die Regierungsleute raten uns, den Versuch hinauszuschieben; die Arbeiter endlich werden nicht müde, uns zuzurufen: die Theorie ist genügend entwickelt, wann werdet

ihr endlich zur Praxis übergehen?" — Am 19. Dezember wurde eine Sitzung des Club Montesquieu abgehalten, in der der Entwurf der Volksbank in Gegenwart von etwa 3000 Personen besprochen und kritisiert wurde.

Am 16. Januar 1849 fand eine Generalversammlung der Ex-Delegierten vom Luxemburg und der Delegierten aller Arbeiter-Assoziationen statt, in welcher die Kommission der Ex-Delegierten vom Luxemburg über ihre Arbeiten berichtete. Das Hauptinteresse des Abends nahm der Bericht von Chipron über die Volksbank ein; Chipron gab eine genaue Analyse des ganzen Plans, den er warm empfahl, und endete mit den Worten: „Unsere Väter haben die Bastille zerstört, die Festung, die wir zerstören müssen, ist die Bank von Frankreich. So mächtig sie sein mag, wir haben die feste Überzeugung, daß wir zu unserem Ziele gelangen, nämlich zur Befreiung der Arbeit." Diese Erklärung wurde mit einer dreifachen Beifallssalve beantwortet.

Am 11. Februar 1849 wurde die Volksbank im Hause Faubourg St. Denis, welches vom Eigentümer desselben für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurde, eröffnet.

Schon am Tage der Eröffnung war die Zahl der Meldungen beträchtlich: Adhärenten 303, Zahl der gezeichneten Aktien 642 (es war gestattet, statt des vollen Betrages von 5 Fr. für eine Aktie Teilbeträge bis 50 Centimes einzuzahlen): Die eingezahlte Geldsumme 1792 Frs. Fünf Tage nach der Eröffnung bereits, am 16. Februar, betrug die für Aktien gezahlte Summe 15 172 Frs., darunter sind 1004 Beiträge von Arbeitern und Arbeiterinnen à 50 Centimes, 2107 vollbezahlte Aktien. Die Zahl der Adhärenten betrug 1275. — Unter diesen waren alle Gewerbe und Klassen vertreten, Maurer, Schneider, Gärtner, Goldschmiede, Kutscher, Weinhändler, Bäcker, Spezereihändler usw., aber auch Privatleute und Rentiers. Unter den Anhängern befand sich auch das Haupt der Fourieristischen Schule Victor Considérant. Die Presse war teilweise gegen die Volksbank, z. B. der Siècle, der Constitutionnel, die Opinion publique u. a., einige sozialistische Journale dagegen traten für die Volksbank ein.

Eine Zusammenstellung der Adhärenten der Volksbank in Paris weist von den verschiedenen Gewerben 1613 Meister (patrons) und 8699 Arbeiter auf; mehr als 30 Arbeiterassoziationen waren Kolletkiv-Adhärenten geworden. —

Bereits war die Zahl der Adhärenten auf über 12 000 gestiegen, bereits belief sich der gezeichnete Aktienbetrag auf etwa 36 000 Frs.; schon wurde mit dem Drucke der Zirkulationsbons begonnen, und in den nächsten Tagen sollte die Bank ihre Geschäfte aufnehmen, als eine Verurteilung zu einer längeren Freiheitsstrafe Proudhon zwang, von der Leitung der Volksbank zurückzutreten und diese ganz aufzulösen. — So kam es, daß die Volksbank, wenn sie auch zwei Monate bestanden hatte, doch nicht ein einziges Geschäft abgeschlossen, sondern sich nur mit vorbereitenden und einleitenden Maßregeln befaßt hat.

Aber wenn auch Proudhon nicht verhindert worden wäre, seinen Plan weiterzuführen, so wäre er doch zweifellos binnen kurzer Zeit gescheitert. Aus welchen Gründen, werde ich später noch zeigen, wenn ich die auf ähn

lichen Prinzipien beruhende Tauschbank von Owen schildere, die in England einige Zeit bestanden hat, dann aber zugrunde ging.

Proudhon selbst blieb immer davon überzeugt, daß sein Projekt nur durch die Ungunst der Zeiten Schiffbruch gelitten hätte; in seinen „Bekenntnissen eines Revolutionärs" sagt er: „Die drei Monate, Januar, Februar, März 1849, in denen das Prinzip des unentgeltlichen Kredits, wenn auch nicht angewendet und entwickelt, so doch wenigstens durch die Volksbank formuliert, konkret gemacht und in das öffentliche Bewußtsein gebracht wurde, sind die schönste Zeit meines Lebens gewesen. Ich werde sie immer, was auch der Himmel über mich verhängen wird, als meinen glorreichsten Feldzug betrachten. Mit der Volksbank als dem Zentrum der Operationen, organisierte sich eine zahllose Armee auf dem friedlichen Boden der Geschäfte außerhalb der Sphäre der politischen Intriguen und Agitationen. Es war in der Tat eine neue Welt, die verheißene Gesellschaft, welche auf die alte geimpft wurde, und sie dadurch allmählich umgestaltete, mit Hilfe des bis dahin unbekannten Prinzips, welches sie ihr gewährte."

4. Die revolutionären Pläne der Blanquisten.

Während die Proudhonisten auf friedlichem und freiheitlichem Wege die Sozialreform zu erreichen suchten, während Louis Blanc und seine Anhänger mit Hilfe des Staates die Organisation der Arbeit durchführen wollten, benutzte Blanqui mit seinen Freunden die Gunst der damaligen Lage, um seine auf der Anwendung von Gewalt beruhenden Pläne zu verwirklichen. Die Blanquisten waren in geheimen Gesellschaften organisiert. Die geheimen Gesellschaften hatten seit den 20er Jahren bestanden und waren bei der Julirevolution schon hervorgetreten, ohne daß sie damals mächtig genug waren, um die Bewegung in ihrem Sinne lenken zu können. Seitdem war die Bewegung immer mehr angewachsen und in der Zeit von 1830—1848 hatten sich diese revolutionären Geheimbünde wie ein Netz über Frankreich ausgebreitet. Durch gewaltsamen Umsturz der Gesellschaftsordnung wollten sie ihre Ziele erreichen.

Für diese terroristische, jakobinistische Richtung war die Zerstörung des Bestehenden, die Zertrümmerung alles Besitzes die ausschließliche Parole. An Buonarottis, des Genossen der Babeufschen Verschwörung, Schrift „Histoire de la conjuration de Babeuf" begeisterten sich die Führer dieser Bewegung, deren rücksichtslosester und einflußreichster Blanqui war, der unermüdlich in diesen Geheimbünden den Grundsatz vertrat: daß aller Aristokratie des Besitzes der Krieg bis aufs Messer erklärt werden müßte. In diesen geheimen Gesellschaften war proklamiert, daß nur die soziale, nicht die politische Umwälzung die Aufgabe der kommenden Revolution sei. In einer Verhandlung gegen die geheime Gesellschaft „Société des droits de l'homme et du citoyen" sagt ein Mitglied: „Les plus grandes Révolutions ne sont pas des révolutions politiques; quand elles ne sont pas accocompagnées de révolutions sociales, il n'en resulte rien ou presque rien." Mehrere von diesen Gesellschaften unternommene Aufstände waren mit Hilfe der Polizei und des Militärs unterdrückt worden, z. B. im Juni 1832

in Paris, 1834 in Lyon, wo 2000 Verschwörer verhaftet wurden, und namentlich der Aufstand der Blanquisten zu Paris im Mai 1839.

Man nennt die ganze Bewegung Babouvismus, weil die alten kommunistischen Ideen Babeufs hier in neuer Form wieder auflebten. In ihrem Organ „Moniteur républicain", einer im November 1837 gegründeten Zeitschrift, wird der fanatische Haß gegen die herrschenden Gewalten gepredigt: „Die erste Aufgabe", heißt es in der ersten Nummer, „ist, Louis Philipp anzugreifen, die Personen seines Gefolges kommen nachher." In diesem Sinne geht es fort: „der König, der Hof, die Minister, die Liberalen, die Besitzer, alle sollen ermordet werden. Niemand hat Rechenschaft von dem zu fordern, was die Gleichheit bietet." In einer Nummer des Journals „L'homme libre", das später an Stelle des „Moniteur républicain" trat, wird erklärt: „Wir fordern die Gütergemeinschaft so oder fast so, wie sie Babeuf begriffen hat, und wie er werden wir nicht aufhören, an der Verbreitung unserer Grundsätze zu arbeiten, müßten wir selbst als Opfer des ungerechten Königtums fallen. Wir erfüllen eine Pflicht, indem wir von Grund und Boden aus den gesellschaftlichen Zustand vernichten, um ihn nachher auf neuen Grundlagen wieder aufzubauen."

Am 12. Mai 1839 führten die Babouvisten ihren revolutionären Anschlag aus. Es gelang ihnen, das Hotel de Ville einzunehmen, die Posten wurden niedergeschlagen, Barrikaden errichtet und schon dachte man daran, auf die Tuilerien zu marschieren. Nach kurzer Zeit wurde der Anschlag von den Truppen der Munizipalgarde unterdrückt und die Anführer gefangen genommen. Damit hatte der Babouvismus vorläufig sein Ende gefunden. — Bei der Untersuchung des Komplottes war die Absicht der Anhänger klar festgestellt worden. Sie wünschten eine „soziale und radikale Revolution" und forderten, daß „das Volk, die nützlichen Arbeiter, die alles hervorbringen, auch ein Recht auf alles haben sollten."

Im Geheimen hatten die Babouvisten auch nach dem Aufstande von 1839 ihre Agitation weiter betrieben. Alle zerstreuten Elemente der aufgelösten Gesellschaft fanden sich wieder in der „Société des travailleurs égalitaires" zusammen. Neue Mitglieder dieser Gesellschaft wurden mit den Worten aufgenommen: „Bürger, ihr müßt eingesehen haben, daß wir sehr schlecht regiert sind; daß nur Tyrannen die Zügel des Staates halten; daß nur die Polizei und die Advokaten Geld verdienen; ein König, dem wir jährlich 24 Millionen geben; eine große Menge von Menschen, die wie er, mit Nichtstun Geld verdienen; denn ihr seht, daß die Bauern, die weniger aufgeklärt sind als wir, schon Vernunft genug haben, sich zu Revolutionären zu machen, und wir, die wir mehr oder weniger zivilisierte Arbeiter sind, wir müssen anerkennen, daß diese Tyrannen uns unterdrücken; und zu diesem Zweck sind wir hier. — Wir sind Ouvriers égalitaires, welches Wort ich euch in kurzem erklären will. Es heißt, daß wir, nachdem wir den Thron umgestoßen haben, nationale Werkstätten gründen werden, wechselseitige Schulen und andere ähnliche Einrichtungen. Von diesen nationalen Werkstätten wird es eine in jedem Departement geben; der Arbeiter braucht sich nicht um Arbeit zu beunruhigen; er wird bezahlt werden, nach einer gesetzlichen Taxe, die viel höher sein wird als die, für welche wir jetzt arbeiten, und er wird nur

acht Stunden am Tage arbeiten. Meine Mitbürger, was denkt ihr davon?" und ferner: „Bürger, was die Schulen betrifft, so versteht wohl die Art, wie sie eingerichtet sein werden. Es wird ein Lehrer sein, der vom Gouvernement bezahlt wird, und der von den Hausvätern nichts zu fordern hat, und der ebensoviel Sorge tragen wird, für die Kinder des Proletariers wie heute für die eines Prinzen. — Stoßt also den Thron um, und ihr werdet sehen, daß alles fertig ist; es ist nicht schwerer sie an die Stelle setzen, als wenn man sagt: „Der König ist tot; es lebe der König!"

Diese Babouvistische oder Blanquistische Richtung fand in der Februarrevolution ihre Wiederauferstehung. Massenhaft entstanden Klubs, die diese Ideen propagierten. So gab es z. B. den Club du salut du peuple, de la régénération sociale, des Prévoyants, des Indépendants usw. Der wichtigste war der Club des droits de l'homme et des citoyens. — Dieser Klub erklärte als seinen Zweck:

1. Die Rechte des Volkes zu verleihen, in deren Ausübung die Februarrevolution es wieder eingesetzt hat;

2. aus dieser Revolution alle sozialen Folgerungen zu ziehen.

Wie er diese Aufgabe aufgefaßt hat, geht aus der weiteren Erklärung hervor: Als Ausgangspunkt nimmt der Klub die im Jahre 1793 von Robespierre aufgestellte Erklärung der Menschenrechte an.

„Jeden Abend", so berichtet Stein, „wurden wütende Reden gehalten; die Menge drängte sich massenhaft hinzu; die Ideen, welche im Luxemburg sich rein auf dem Gebiete der Frage nach Arbeit und Kapital im Gebiete der gewerblichen Unternehmungen bewegten, taten hier den gewaltsamen Sprung in die Frage nach dem Besitz und dem Recht desselben überhaupt; die alte Wut gegen die Besitzenden fand hier neuen Boden, und die Zeit schien gekommen, wo die wahnsinnigen Ideen Babeufs offen durch das ganze Volk mit legitimem Rechte sich geltend machen sollten. Die Zeit von 1790 bis 1796 schien hier in wenig Wochen zusammengepreßt; die Elemente der alten Revolution stellten sich gleichzeitig mit klarem Bewußtsein und mit gewaltigen Waffen nebeneinander hin; das Gewitter trat in den Horizont auch des Kurzsichtigsten."

Im „Club des Clubs", der eine Versammlung von Mitgliedern aller dieser Klubs darstellte, stand an der Spitze Sobrier. Von diesem Klub ging der Aufstand vom 15. Mai 1848 aus, wobei die Aufrührer in die Kammer drangen, die Volksvertreter aus dem Saal vertrieben und dann nach dem Hotel de Ville zogen, um eine neue Regierung zu proklamieren. Der Aufstand wurde unterdrückt und die Anführer, darunter Blanqui, Barbès und Sobrier gefangen genommen.

Von welchem Geist die Blanquistische Richtung erfüllt war, geht aus einigen Schriftstücken hervor, die bei Sobrier gefunden wurden. Diese Schriftstücke waren betitelt „Dekrete des Wohlfahrtsausschusses". Es war darin beschlossen worden, daß die provisorische Regierung in der nächsten Versammlung aufgelöst werden und ein Wohlfahrtsausschuß an die Spitze der Verwaltung treten sollte. — Als eine der ersten Maßnahmen dieses Wohlfahrtsausschusses sollte eine hohe Besteuerung der reichen Leute zu-

gunsten der Arbeiter angeordnet werden. Es heißt im vierten Dekret:

Art. 1. Die dem Munizipalausschuß als solche bekannten Kapitalisten sollen binnen fünf Tagen auf die deshalb an sie zu erlassende Aufforderung die Summe zahlen von 200 Franken für 1000 Franken notorisch bekannter Rente; 250 Franken für 1500 bis zu 3500 Franken Rente, 300 Franken von 3500 Franken an bis an 5000 Franken, und in dieser Progression weiter bis zur Hälfte ihrer Einkünfte.

Art. 3 lautet: Die Kapitalisten und Grundbesitzer, welche sich weigern, dem gegenwärtigen Dekret in der festgesetzten Zeit nachzukommen, haben zu gewärtigen, daß ihre Grundstücke als Gemeineigentum erklärt und ihr Geld zugunsten der Bedürftigen konfisziert wird. Die Arbeitermacht ist in dem letzteren Falle autorisiert, Nachforschungen anzustellen; wenn diese fruchtlos bleiben, werden die Bürger, welche die brüderliche Steuer verweigert haben, außer dem Gesetz erklärt.

Art. 5. Es wird unverzüglich von den zuerst eingezahlten Geldern eine Verteilung an die Bedürftigen bewirkt, nach dem Verhältnisse von drei Franken für eine Familie von drei Personen, und von acht Franken für eine Familie von mehr als sechs Personen.

Art. 6. Die Arbeitermacht ist mit Aufrechthaltung der Ordnung beauftragt.

Das siebente Dekret lautet: Die Organisation der Arbeit auf einer gegenwärtig möglichen Grundlage wird in drei Wochen promulgiert werden. Sie wird ganz im Interesse der Arbeiter sein und dabei soviel als möglich die begründeten Rechte des Arbeitgebers schützen.

Nachdem wir so die verschiedenen sozialistischen Tendenzen, Richtungen und Reformen charakterisiert haben, die zur Zeit der Februarrevolution in die Erscheinung traten, fragen wir jetzt, wie sich Marx zu dieser ganzen Bewegung gestellt hat. Aus dem früher über die Marxschen Klassenkampftheorien Gesagten geht schon hervor, daß er mit den Tendenzen dieser Revolution nicht übereinstimmen konnte. Da sie keine Klassenkampfbewegung war, mußte er sich auch ablehnend ihr gegenüber verhalten.

Marx selbst hat sich sehr ausführlich über die hier geschilderten Ereignisse ausgesprochen und zwar in mehreren 1850 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" erschienenen Artikeln und in seiner Broschüre „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte". Auch in der von der Kommune handelnden Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation finden sich einige Bemerkungen über die Februar-Revolution.

Nicht nur hat Marx in keiner Weise zum Ausbruch dieser Revolution direkt beigetragen, er hat diese Revolution ihrem Verlaufe und ihrem ganzen Wesen nach gemißbilligt. Nach Marx kann, wie wir früher gesehen haben, nur eine Form der Revolution zum Ziele führen: die Erhebung der Arbeiterklasse gegen alle übrigen Klassen der Gesellschaft. Da die Februarrevolution diesen rein proletarischen Charakter nicht hatte, da vielfach Kleinbürger und Angehörige des Mittelstandes, namentlich zu Beginn, gemeinsam mit den Arbeitern kämpften, da einflußreiche Führer eine Versöhnung der

proletarischen und kleinbürgerlichen Interessen durch die Revolution bezweckten, war sie in den Augen von Marx gerichtet.

Diese Beurteilung der Februar-Revolution ist um so interessanter, weil hier Marx zum ersten Male versuchte, ein Stück Zeitgeschichte vermittelst seiner materialistischen Geschichtsauffassung aus der ökonomischen Lage zu erklären. Nicht durch die Pläne ideologischer Weltverbesserer, nicht durch energische, politische Tätigkeit mächtiger Parteien wurde die Februarrevolution hervorgerufen; nach Marx müssen es bestimmte ökonomische Voraussetzungen sein, welche die Revolution unvermeidlich im Gefolge haben. Die Voraussetzung war nach Marx gegeben durch die Welthandelskrise von 1847; diese Krise von 1847 sei die eigentliche Mutter der Februar- und Märzrevolution gewesen, und die seit Mitte 1848 allmählich wieder eingetretene, 1849 und 50 zur vollen Blüte gekommene industrielle Prosperität sei die belebende Kraft der neuerstarkten europäischen Reaktion gewesen. Marx nennt Lamartine den Typus der Februarrevolution und charakterisiert ihn folgendermaßen: „Lamartine, das war zunächst kein wirkliches Interesse, keine bestimmte Klasse, das war die Februarrevolution selbst, die gemeinsame Erhebung mit ihren Illusionen, ihrer Poesie, ihrem eingebildeten Inhalte, und ihren Phrasen."

„So (d. h. als soziale Republik) wurde der allgemeine Inhalt der modernen Revolution angedeutet, der in sonderbarstem Widerspruch stand zu allem, was mit dem vorliegenden Material, unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen zunächst unmittelbar ins Werk gesetzt werden konnte. . . . In keiner Periode finden wir daher ein bunteres Gemisch von überfliegender Phrase und tatsächlicher Unsicherheit und Unbeholfenheit, von enthusiastischerem Neuerungsstreben und von gründlicherer Herrschaft der alten Routine, von mehr scheinbarer Harmonie der ganzen Gesellschaft und von tieferer Entfremdung ihrer Elemente."

Das Arbeiterparlament im Luxembourg wird von Marx bezeichnet als „die sozialistische Synagoge, deren Hohepriester Louis Blanc und Albert die Aufgabe hatten, das gelobte Land zu entdecken, das neue Evangelium zu verkünden und das Pariser Proletariat zu beschäftigen." Das Recht auf Arbeit nennt Marx „die erste unbeholfene Formel, worin sich die revolutionären Ansprüche des Proletariats zusammenfassen." „Das Recht auf Arbeit" — fährt er fort — „ist im bürgerlichen Sinne ein Widersinn, ein edler, frommer Wunsch; aber hinter dem Rechte auf Arbeit steht die Gewalt über das Kapital, hinter der Gewalt über das Kapital die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit, des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses. Hinter dem „„Recht auf Arbeit"" stand die Juni-Revolution.

Gegen die Verquickung der verschiedenen Klasseninteressen ist namentlich der folgende Passus gerichtet: „Die französischen Arbeiter konnten keinen Schritt vorwärts tun, kein Haar der bürgerlichen Ordnung krümmen, bevor der Gang der Revolution die zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie stehende Masse der Nation, Bauern und Kleinbürger, nicht gegen diese Ordnung, gegen die Herrschaft des Kapitals empört, sie gezwungen hatte,

sich den Proletariern als ihren Vorkämpfern anzuschließen. . . Die Phrase, welche dieser eingebildeten Aufhebung der Klassenverhältnisse entsprach, war die Fraternité, die allgemeine Verbrüderung und Brüderschaft. Diese gemütliche Abstraktion von den Klassengegensätzen, diese sentimentale Ausgleichung der sich widersprechenden Klasseninteressen, diese schwärmerische Erhebung über den Klassenkampf, die Fraternité, sie war das eigentliche Stichwort der Februar-Revolution."

Auch die früher geschilderten Tauschbank- und Volksbank-Projekte Proudhons wurden von Marx energisch abgelehnt. In seiner Broschüre „Der 18. Brumaire" sagt er darüber: „Zum Teil wirft sich das Proletariat auf doktrinäre Experimente, Tauschbanken der Arbeiter und Assoziationen, also in eine Bewegung, worin es darauf verzichtet, die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesamtmitteln umzuwälzen, vielmehr hinter dem Rücken der Gesellschaft, auf Privatweise, innerhalb seiner beschränkten Existenzbedingungen, seine Erlösung zu vollbringen sucht, also notwendig scheitert."

XIII. Vorlesung.

Der Sozialismus in Frankreich.

IV. Von der Kommune bis zum Jahre 1893.

Nachdem in der Junischlacht dem französischen Proletariat durch den General Cavaignac eine schwere und entscheidende Niederlage beigebracht war, traten sozialistische und kommunistische Bestrebungen in Frankreich in den Hintergrund. Erst im Kommuneaufstand 1870/71 trat von neuem eine sozialrevolutionäre Bewegung hervor, die zeigte, daß die alten sozialistischen Parteien keineswegs ihre Bedeutung eingebüßt hatten, sondern noch immer über eine große Anhängerschaft verfügten.

Auch der Pariser Kommuneaufstand, der so häufig als eine von Marx und dem internationalen Sozialismus angezettelte Verschwörung dargestellt wird, ist umgekehrt eine speziell französische sozialrevolutionäre Bewegung und zeigt Ihnen deutlich, wie viele Nuancen der Sozialismus in Frankreich aufzuweisen hat.

Ebensowenig wie von der Londoner Zentrale, ging die Pariser Revolution von den französischen Proudhonisten aus. Der Kommune mangelt vielmehr wie der Februarrevolution jede einheitliche Idee, Organisation und Endrichtung. Unter dem zweiten Kaiserreiche hatten sich ebenso wie unter der Juliregierung Unzufriedene und radikale Neuerer aller möglichen Richtungen in Gruppen und Sekten vereinigt: sobald der politische Systemwechsel infolge der kriegerischen Ereignisse in Frankreich eintrat, glaubten alle diese unzufriedenen Elemente den Augenblick gekommen, wo sie ihre Pläne rasch und mit Gewalt zur Durchführung bringen könnten.

Die Kommune, die am 28. März 1871 vor einer Menge von über 200 000 Menschen feierlich proklamiert wurde, war keine einheitlich organisierte Regierung mit festem Programm. Die Mitglieder des Zentralkomitees gehörten den allerverschiedensten Parteischattierungen an; die kompromißartigen Regierungshandlungen der Kommune trugen dieser vielfältigen Zusammensetzung Rechnung.

Fünferlei Richtungen lassen sich unterscheiden, die ihre Vertreter unter den 86 Mitgliedern des Kommunerats hatten.

1. Die kommunalistische (föderalistische) Richtung. Die Anhänger derselben erstrebten im wesentlichen eine politische Reform im Sinne größerer kommunaler Freiheiten. Sie wollten Protest gegen die seit dem ersten Napoleon immer mehr gesteigerte Zen-

tralisation einlegen, gegen die Ernennung der Maires durch die Staatsregierung und ähnliche Verkümmerungen des kommunalen self-government. War diese Richtung schon durch Proudhons Lehre stark beeinflußt, so stand eine andere völlig auf dem Boden dieser Doktrin, die daher nach ihm bezeichnet werden kann.

2. Die Proudhonistische (mutualistische) Richtung. Für sie sollte die Kommune nicht nur Erfüllung der föderalen Forderungen bringen, sondern auch sozialreformatorische Maßregeln im Sinne des Mutualismus; noch einmal sollte die Verwirklichung der Ideen der Tauschbank und des unentgeltlichen Kredits versucht werden.

3. Die anarchistische Richtung (im Sinne des kommunistischen Anarchismus). Auch diese unter Bakunins Führung stehende Sekte wollte die Gelegenheit zur Durchführung ihrer radikalen Ideen benutzen. Sie lieferte ein blutiges Vorspiel zur Pariser Kommune durch die Lyoner Kommune (Sept. 1870).

4. Die Blanquistische Richtung. Es war ebenso wie die zuletzterwähnte Gruppe eine Partei der radikalen sozialen Revolution, und ebenfalls zahlreich unter den Kommunards vertreten. Sie folgte blindlings der Fahne des alten Verschwörers Blanqui, dessen Taktik einmal von Engels treffend so charakterisiert wird: „In seiner politischen Tätigkeit war er wesentlich ‚Mann der Tat‘, des Glaubens, daß eine kleine wohlorganisierte Minderzahl, die im richtigen Moment einen revolutionären Handstreich versucht, durch ein paar echte Erfolge die Volksmasse mit sich fortreißen und so eine siegreiche Revolution machen kann.“

5. Die Marxistische Richtung. — Von dieser Seite ist dem Kommuneaufstand nur geringe Förderung zuteil geworden, und nicht von vornherein, sondern erst, nachdem die Bewegung nicht mehr zu hemmen war und bereits einen gewissen Höhepunkt erreicht hatte, hat die Internationale offiziell daran Anteil genommen.

Übrigens gehörten von den 86 Mitgliedern der Kommuneregierung nur 17 der Internationale an und unter diesen waren nur einige Marxisten, andere, wie z. B. Beslay, Proudhonisten. Am 7. September 1870 hatte der korrespondierende Sekretär der Internationale für Frankreich, Dupont, eine Order erlassen, worin aufgefordert wird, nicht durch Aufstände die Befestigung der Bourgeoisie zu fördern, sondern die Freiheiten, welche die Umstände darboten, zu benützen, um alle Kräfte der Arbeiterklasse zu organisieren.

Von seiten der Internationalen wurde zuerst sogar offiziell vor einer revolutionären Erhebung gewarnt. In der zweiten Adresse des Generalrats über den deutsch-französischen Krieg vom 9. September 1870/71 sagt Marx: „Jeder Versuch, die neue Regierung zu stürzen, wo der Feind fast schon an die Tore von Paris pocht, wäre eine verzweifelte Torheit. Die französischen Arbeiter müssen ihre Pflicht als Bürger tun; aber sie dürfen sich nicht beherrschen lassen durch die nationalen Erinnerungen von 1792, wie die französischen Bauern sich trügen ließen durch die nationalen Erinnerungen des ersten Kaiserreichs. — Sie haben nicht die Vergangenheit zu wiederholen, sondern die Zukunft aufzubauen. Mögen sie

ruhig und entschlossen die Mittel ausnutzen, die ihnen die republikanische Freiheit gibt, um die Organisation ihrer eigenen Klasse gründlich durchzuführen."

Nur widerwillig und erst am 23. März hat sich die Internationale für die Kommune ausgesprochen, getreu der Losung des kommunistischen Manifestes von 1848, „überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände zu unterstützen." Erst an diesem Tage erschien der von dem Föderalrat der Pariser Sektion der Internationale unterzeichnete Aufruf an die Arbeiter, worin sie zum Anschlusse an die Kommune aufgefordert werden; auch diese Proklamation läßt den Einfluß der Proudhonistischen Ideen erkennen: „c'est à la liberté" — heißt es dort z. B. — „à l'égalité, à la solidarité qu'il faut demander d'assurer l'ordre sur de nouvelles bases, de réorganiser le travail qui est sa condition première . . . l'indépendance de la commune est le gage d'un contrat dont les clauses librement débattues feront cesser l'antagonisme des classes et assureront l'egalité sociale".

Die in gemäßigtem, friedlichem Tone gehaltenen offiziellen Erlasse der Kommune ebenso wie die politischen und wirtschaftlichen Regierungsmaßnahmen lassen deutlich erkennen, wie man ängstlich bemüht war, die Bewegung nicht im einseitigen Klasseninteresse der Arbeiter zu leiten, sondern auch dem kleinbürgerlichen Standpunkte gerecht zu werden.

In seiner Eröffnungsrede, die deutlich den maßgebenden Einfluß Proudhonscher Ideen zeigt, sagte der Alterspräsident Beslay:

„Durch die vollständige Freiheit der Kommune wird die Republik sich bei uns einwurzeln. Die Republik ist heutzutage nicht mehr das, was sie in den Tagen unserer großen Revolution war. Die Republik von 1793 war ein Soldat, der, um im Inlande und Auslande zu kämpfen, alle Kräfte des Vaterlandes gebraucht, um den Frieden fruchtbar zu machen. Friede und Arbeit, das ist unsere Zukunft, das ist die Gewißheit unserer Revanche und unserer sozialen Wiedergeburt, und so aufgefaßt, kann die Republik aus Frankreich noch die Stütze der Schwachen, die Beschützerin der Arbeiter, die Hoffnung der Unterdrückten in der Welt und den Grundstein der universellen Republik machen. Die Freiheit der Kommune ist also die Freiheit der Republik selbst. Jede soziale Gruppe wird ihre vollständige Unabhängigkeit und die vollständige Handelsfreiheit wiederfinden; die Kommune wird sich mit dem beschäftigen, was lokal ist, das Departement mit dem, was regional ist, die Regierung mit dem, was national ist."

Dieselbe föderalistische Tendenz zeigen auch die Proklamationen der Kommune an die Franzosen der Provinz, worin diese zu einer freien Föderation aller französischen Kommunen mit Paris aufgefordert werden.

In einer Deklaration der Kommune an das französische Volk vom 19. April 1871 wird als Ziel der weiteren politischen Aktion hingestellt: „l'autonomie absolue de la Commune étendue à toutes les localités de la France, et assurant à chacun l'intégralité de ses droits, et à tout Francais le plein exercice de ses facultés et de ses aptitudes, comme homme, citoyen et travailleur . . . la garantie absolue de la liberté individuelle, de la liberté de conscience et la liberté du travail . . ."

Über vorzunehmende ökonomische Reformen heißt es dort: „Paris se réserve . . . de créer des institutions propres à propager l'instruction, la production, l'échange et le crédit.“

Auch darin folgte die Kommune Proudhon, daß sie für die Beibehaltung des Privateigentums eintrat; in der Proklamation an die Landarbeiter heißt es ausdrücklich: „Paris veut enfin — écoute bien ceci, — travailleur des campagnes, pauvre journalier, petit propriétaire que ronge l'usure, bordier, métayer, fermier, vous tous qui semez, qui récoltez suez, pour, que le plus clair de vos produits aille à quelqu'un qui ne fait rien; ce que Paris veut, en fin de compte, c'est la terre au paysan, l'outil à l'ouvrier, la travail pour tous'“

Von weiteren sozialpolitischen Maßnahmen, die den Einfluß Proudhonistischer Ideen zeigten, sei erwähnt, daß unter den Ausschüssen, die von der Kommune ernannt wurden, auch einer sich befand für die Arbeit, die Industrie und den Austausch. — Durch ein Dekret der Kommune wurden die Pfandhäuser aufgehoben, die eine Privatausbeutung der Arbeiter seien und im Widerspruch ständen mit dem Recht der Arbeiter auf ihre Arbeitswerkzeuge und auf Kredit.

Namentlich wurde aber der Respekt vor dem Privateigentum, den Proudhon gepredigt hatte, von Beslay bei seinem Verhalten gegenüber der Bank von Frankreich beherzigt.

Er begnügte sich damit, sich einen Kredit von 1 Million Frs. geben zu lassen, im übrigen stellte er die Bank unter seinen Schutz; die Bank anzugreifen, wäre Torheit, denn „die Bank sei doch das Vermögen des Landes, ohne sie gebe es keinen Handel, keinen Wohlstand.“ Für die Marxisten aber ist ein solches Vorgehen ein unbegreiflicher Fehler. „Am schwersten begreiflich“, sagt Engels, „ist der heilige Respekt, womit man vor den Toren der Bank von Frankreich ehrerbietig stehen blieb. Das war ein schwerer politischer Fehler. Die Bank von Frankreich in den Händen der Kommune — das war mehr wert, als 10 000 Geiseln.“

Ähnlich urteilt der französische Marxist Lafargue: „Die Federierten von 1871, welche Herren von Paris geworden waren, zeichneten sich aus durch ihren tiefen Respekt vor dem kapitalistischen Eigentum. Die Kommune hätte sich der Bank von Frankreich bemächtigen sollen, statt dessen stellte sie Schildwachen vor ihr Tor, damit die Schätze der Herren Kapitalisten unangetastet blieben.“

An anderer Stelle spricht er der Kommune geradezu den sozialistischen Charakter ab: „Die Kommune wurde durch den Generalrat der Internationale, in dem Marx und Engels maßgebend waren, verteidigt; dadurch erhielt sie einen sozialistischen Charakter, den sie während ihrer kurzen Existenz nie besessen. Die Flüchtlinge der Kommune hielten sich nun wirklich für die Vertreter des Sozialismus, von dem sie absolut nichts verstanden.“

Auch Marx hebt hervor, wieviel fremde Elemente den „Klassencharakter“ der Kommune gestört hätten. In der Adresse des Generalrats über die Kommune sagt er:

„In jeder Revolution drängen sich, neben ihren wirklichen Vertretern, Leute anderen Gepräges vor. Einige sind die Überlebenden früherer Revo-

lutionen, mit denen sie verwachsen sind; ohne Einsicht in die gegenwärtige Bewegung, aber noch im Besitz großen Einflusses auf das Volk durch ihren bekannten Mut und Charakter, oder auch durch bloße Tradition. Andre sind bloß Schreier, die, jahrelang dieselben ständigen Deklamationen gegen die Regierung des Tages wiederholend, sich in den Ruf von Revolutionären des reinsten Wassers eingeschlichen haben. Auch nach dem 18. März kamen solche Leute zum Vorschein und spielten sogar in einigen Fällen eine hervorragende Rolle. Soweit ihre Macht ging, hemmten sie die wirkliche Aktion der Arbeiterklasse, wie sie die volle Entwicklung jeder früheren Revolution gehemmt haben. Sie sind ein unvermeidliches Übel; mit der Zeit schüttelt man sie ab; aber gerade diese Zeit wurde der Kommune nicht gelassen."

Ein anderes sozialpolitisches Dekret der Kommune ist allerdings nicht im Sinne der Proudhonschen Doktrin, ebensowenig allerdings im Sinne des Marxismus. Es sollte eine Statistik aller von ihren Eigentümern im Stich gelassenen Werkstätten und Fabriken und ein genaues Inventar derselben aufgenommen werden; diese Fabriken sollten durch Kooperativgenossenschaften der Arbeiter, die darin beschäftigt waren, wieder in Betrieb gesetzt werden. Eine von der Regierung eingesetzte schiedsrichterliche Jury sollte die Entschädigungen für die Fabrikbesitzer festsetzen.

Dieser Plan der Bildung von Arbeiterproduktivgenossenschaften mit Staatsunterstützung entsprach gewiß nicht Proudhons sozialreformerischen Idealen, aber Engels überschätzt die Bedeutung dieser Maßregel, wenn er meint, die Ironie der Geschichte hätte es gewollt, daß trotzdem die Proudhonisten für die ökonomischen Dekrete der Kommune verantwortlich seien, sie eine Organisation vorgeschlagen hätten, die gerade auf das Gegenteil der Proudhonschen hinauslaufen mußte.

Nach Engels' Darstellung sind nur zwei Elemente in der Kommune von Wichtigkeit, die Proudhonisten und die Blanquisten; erstere werden für die ökonomischen, letztere für die politischen Maßregeln der Kommune verantwortlich gemacht. Die Proudhonisten hätten also, ohne es zu wissen, etwas der Lehre ihres Meisters gerade Entgegengesetztes eingerichtet. — Tatsächlich sind aber neben den Proudhonisten und Blanquisten noch eine ganze Anzahl anderer Elemente vertreten gewesen, die ebenfalls auf den Erlaß der Dekrete von Einfluß waren: und, wie einige der Maßnahmen in Rücksicht auf die Proudhonisten, so wurden andere, wie z. B. die auf die Produktivgenossenschaften bezügliche, im Sinne anderer Gruppen erlassen.

Es wird von Marxistischer Seite gelegentlich behauptet, die Kommune sei die letzte Gelegenheit gewesen, bei der die Proudhonschen Ideen in bemerkenswerter Weise hervorgetreten seien; Engels nennt die Kommune geradezu „das Grab der Proudhonschen Schule des Sozialismus" und fährt dann fort: „Diese Schule ist heute aus den französischen Arbeiterkreisen verschwunden; hier herrscht jetzt unbestritten, bei Possibilisten nicht minder als bei Marxisten, die Marxsche Theorie." Und ähnlich meint Lafargue, die Kommune habe dem Proudhonistischen Mutualismus ebenso den Gnadenstoß gegeben, wie die Juni-Insurrektion den utopistischen Sozialismus begraben hätte.

Ein kurzer Überblick über die Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung wird zeigen, daß von einem siegreichen Vordringen des Marxismus derart, daß dieser jetzt — wie etwa in Deutschland — die herrschende Rolle spielte, in keiner Weise die Rede sein kann. Die französische Arbeiterbewegung ist nicht wie die deutsche Sozialdemokratie marxistisch, sondern zerfällt in eine Menge von Spaltungen; nur eine Gruppe des französischen Sozialismus unter Führung von Guesde und Lafargue ist marxistisch gesinnt. Die anderen Gruppen folgen anderen Führern, und zwar Führern, die prinzipiell auf anderem Boden als dem der marxistischen Lehre stehen. — Wenn auch in Deutschland Meinungsverschiedenheiten in der sozialistischen Partei vorkommen, wie z. B. die abweichende Stellung v. Vollmars, so handelt es sich hierbei doch nur um Fragen der Taktik, um einzelne Programmfragen usw. — Aber auch die in solchen Einzelfragen dissentierenden Mitglieder sind in den Grundfragen einig; sie sind alle Marxisten, und stehen auf dem Boden des kommunistischen Manifestes. Anders in Frankreich, wo gänzlich verschiedene Grundrichtungen in der Arbeiterbewegung noch heute zu konstatieren sind.

Unter den sozialistischen Gruppen, die neben der kollektivistischen (marxistischen) Richtung von Bedeutung sind, ist keine eigentlich proudhonistisch zu nennen. Der Einfluß Proudhons zeigt sich vielmehr darin, daß seine Kritik des Kommunismus das Eindringen des radikalen Sozialismus erschwert, und daß ferner einzelne seiner Ideen von den verschiedenen heute noch existierenden Sekten angenommen werden.

Eine solche indirekte Einwirkung Proudhonscher Lehren wird auch von Klara Zetkin festgestellt: „Am tiefgehendsten und weitverbreitetsten wirkt noch Proudhons Einfluß nach, dessen kleinbürgerliche Utopien der kleinbürgerlichen Produktionsweise und dem kleinbürgerlich-radikalen Geist am meisten zusagen."

Namentlich sind es folgende Punkte, hinsichtlich deren eine dem Marxismus gänzlich entgegengesetzte Meinung in den dissentierenden Gruppen vertreten wird: 1. In der Sozialphilosophie wird an Stelle der materialistischen Geschichtsauffassung der ideologische Standpunkt festgehalten, der die sozialistischen Forderungen von Gerechtigkeits wegen aufstellt, 2. hinsichtlich der ökonomischen Endziele werden anstatt des Kollektivismus an den Produktionsmitteln Reformen vorgeschlagen, die dem „individuellen Freiheitsdrange" besser gerecht werden, 3. in bezug auf die politische Taktik wird nicht der Klassenkampf vertreten, sondern ein Zusammengehen der Arbeiterklasse mit anderen Klassen für möglich gehalten.

Wenn ich Ihnen jetzt die weitere Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung bis zur Gegenwart schildere, so werden Sie daraus ersehen, in wie geringem Maße dort im Gegensatz zu Deutschland der Marxismus an Boden gewonnen hat.

Im Jahre 1872 ist die erste neue Lebensregung in der Arbeiterbewegung nach der Kommune zu verzeichnen: der Zusammenschluß mehrerer Arbeitergewerkvereine, der zuerst in der Form eines Bundes unter dem Namen Cercle de l'union syndicale ouvrière am 28. Mai 1872 versucht wurde. Der Bund hatte zum Zweck „une entente commune reglant

les intérets divers des employeurs et des employés". Als die Regierung diesen Verein verbot, schlossen sich die Arbeitervereine in der Form zusammen, daß sie eine auf Gegenseitigkeit beruhende Kreditgesellschaft für Syndikalkammern und Kooperativgenossenschaften gründeten. Der Standpunkt dieses Verbandes war von vornherein mutualistisch, da er keinen Zins nahm und keine Dividende gewährte.

Die erste größere öffentliche Kundgebung der Arbeitervereine war der Arbeiterkongreß zu Paris vom 2. bis 10. Oktober 1876. Es war ein reiner Arbeiterkongreß mit Ausschluß von Politikern und Theoretikern. Mit Ausnahme der Publizisten Barberet und Desmoulins nahmen an dem Kongreß nur Arbeiterdelegierte teil. 360 Abgeordnete von den Syndikatskammern und anderen Arbeitervereinen, die 1 100 000 Arbeiter vertraten, beteiligten sich an dem Kongreß. Als wichtigstes Heilmittel für die sozialen Notstände wurden die Arbeiterproduktivgenossenschaften empfohlen. Trotz des Widerspruchs von Finance, der sich in seiner Kritik vielfach an Proudhon anlehnte und erklärte, daß die Genossenschaften aus den besten der Arbeiter nur Bourgeois machten und nur auf ihren Gewinn bedacht seien, wurde eine Resolution zugunsten der Genossenschaften vom Kongreß angenommen.

Ein zweiter derartiger Kongreß fand in Lyon vom 28. Januar bis 8. Februar 1878 statt. War auch die Grundstimmung und die Grundtendenz dieses Kongresses dieselbe wie die des ersten Kongresses, so trat doch in bemerkenswerter Weise eine kollektivistische Minorität hervor, welche die nur genossenschaftliche Betätigung der Arbeiter zurückwies. Ihr Wortführer Dupire erklärte als einziges Heilmittel, daß die Arbeitsinstrumente und der Boden: „les propriétés collectives et inaliénables de la masse" würden, und ein anderer Delegierter, Chabert, meinte: „le collectivisme c'est l'avenir". Die Majorität blieb den alten Beschlüssen des ersten Kongresses treu. Wiederum sprach man sich gegen Staatshilfe und gegen den Kollektivismus aus.

War diese kollektivistische Richtung in Lyon noch in der Minorität geblieben, so war sie auf dem folgenden Kongreß in Marseille 1879 entschieden in der Majorität. Dieser Kongreß war nicht mehr ausschließlich ein Arbeiterkongreß, sondern ein sozialistischer, an dem auch viele Nichtarbeiter teilnahmen. Starken Einfluß auf diese veränderte Ideenrichtung gewann besonders Jules Guesde, der im Jahre 1877 die Zeitschrift „L'Egalité" begründete. Er stand ebenso wie Brousse und Lafargue unter dem Einfluß Marxistischer Ideen. In London hatten sie von Marx starke Anregung erhalten. So hielt nach der Kommune von neuem eine Marxistische Strömung ihren Eingang in die französische Arbeiterbewegung und ihr großer Einfluß zeigte sich deutlich bei den Verhandlungen des Marseiller Kongresses.

Hier vollzog sich der völlige Übergang von der älteren genossenschaftlichen zur radikalen sozialistischen Richtung. Der Kongreß nannte sich Congrès ouvrier socialiste de France und nahm mit 73 gegen 27 Stimmen folgende Resolution an; „In Erwägung, daß die soziale Frage erst gelöst werden kann, wenn jedes menschliche Wesen die volle Befriedignng seiner

Bedürfnisse und die volle Entwicklung seiner Fähigkeiten erlangt hat, erklärt der Kongreß, daß das Privateigentum die Ursache der materiellen und geistigen Ungleichheit dieser Befriedigung ist und diese Entwicklung nicht gewähren kann, und fordert die Kollektivierung des Bodens, der Bergwerke, der Maschinen, der Transportmittel, der Gebäude und des Kapitalvermögens zugunsten der menschlichen Gesellschaft." Der Kongreß beschloß ferner, daß die Arbeiter sich als politische Klasse konstituieren sollten als „parti ouvrier", welcher Name auch offiziell angenommen wurde. — Ausdrücklich wurde analog der sozialistischen Parteibildung in Deutschland jeder Kompromiß mit anderen Parteien oder Klassen abgelehnt. Die neue Partei erhielt ihr offzielles Programm erst im folgenden Jahre 1880 auf dem regionalen Kongreß zu Paris. Dieses Programm ist unter Mitwirkung von Marx zustande gekommen. Engels nennt es „ein Meisterwerk packender Argumentation, in wenigen Worten der Masse verständlich." Der Einfluß von Marx ist deutlich erkennbar aus den Eingangsworten des Programms: „In Erwägung, daß die gesellschaftliche Aneignung nur von der revolutionären Aktion der Arbeiterklasse oder des Proletariats ausgehen kann, die als besondere politische Klasse organisiert ist, und daß eine derartige Organisation mit allen Mitteln, worüber das Proletariat verfügt, einschließlich des allgemeinen Stimmrechtes betrieben werden muß, das so aus einem Werkzeug der Betrügerei, welches es bisher war, zu einem Instrument der Befreiung umgewandelt wird, haben die französischen sozialistischen Arbeiter beschlossen, indem sie als Ziel ihrer Bestrebungen die politische und wirtschaftliche Expropriation der Kapitalistenklasse und die Kollektivierung aller Produktionsmittel betrachten, als Mittel der Organisation und des Kampfes folgende Forderungen für die Wahlen zu erheben." Es folgt hierauf ein politisches Programm, das namentlich die Beseitigung aller Beschränkungen der Vereinsfreiheit und die volle kommunale Autonomie fordert und ein wirtschaftliches Programm, aus dessen 10 Artikeln die Forderung des achtstündigen Arbeitstages für Erwachsene, des gesetzlichen Minimallohnes und der Abschaffung aller indirekten Steuern hervorzuheben sind. In echt Marxistischem Sinne war die Erklärung gehalten, welche diese Partei auf dem Kongreß zu Roubaix 1884 über ihre Stellung zur Revolution abgab: „la révolution sociale ne peut pas etre décrétée; elle ne sera pas un phénomène spontané; elle ne dépend pas de la plus ou moins vive impatience des intéressés; elle sera la conséquence fatale des mouvements généraux qu'élabore la société moderne" und darum wird als Aufgabe für die Partei gefordert: „instruire la masse, recruter une armée capable de profiter de la situation révolutionnaire qui ne peut manquer de se produire."

Wie weit entfernt diese neugeschaffene Parti ouvrier davon war, eine einheitliche politische Vertretung des französischen Proletariats zu sein, zeigte sich schon kurz nach Gründung der Partei. Das erste Schisma trat bereits auf dem 1880 in Havre abgehaltenen Kongreß hervor. Die Mitglieder der Parti ouvrier, die zur älteren genossenschaftlichen Richtung gehörten und von vornherein dem radikalen sozialistischen Programm der Partei gegnerisch gegenüberstanden, trennten sich von der Partei, hielten einen eigenen kooperativistischen Kongreß in Havre ab, während

die Majorität der Partei ihren besonderen Kongreß in einem anderen Lokale abhielt. Die erstgenannte kooperativistische Partei hielt noch unter der Führung von Lyonnais und Barberet einen Kongreß 1881 in Paris und 1882 in Bordeaux ab und verlor dann jede Bedeutung. —

Außer dieser genossenschaftlichen Gruppe waren noch andere Richtungen der französischen Arbeiterbewegung vorhanden, die im Gegensatz zur Parti ouvrier standen. Zunächst die Anarchisten. Nur das revolutionäre Programm der Parti ouvrier war die Ursache, warum eine Anzahl Anarchisten zuerst an der Gründung dieser Partei teilnahm und die Trennung von den Kooperativisten mitmachte. Im übrigen war der innere Gegensatz zwischen den Anarchisten und Marxisten ein viel zu großer, als daß auf die Dauer ein Zusammenarbeiten möglich gewesen wäre. Heftig bekämpften die Anarchisten, wie Emile Gautier, Carlo Caffiero und Malatesta die politische Betätigung der Parti ouvrier, welche sie als reaktionär bezeichneten. Ihrerseits erhoben Guesde und seine Anhänger schwere Anklagen gegen die Sterilität des Dynamits, des Petroleums und der Bomben. Infolge dieser Gegensätze zogen sich die Anarchisten allmählich ganz von der Parti ouvrier zurück. — Eine andere gegnerische Gruppe wurde von einem Teil der infolge der Amnestie vom Jahre 1880 zurückgekehrten Kommuneflüchtlingen gebildet. Während einige derselben sich der Parti ouvrier anschlossen, wie z. B. Malon, Joffrin und Allemanne, hielten andere gemäßigtere das Vorgehen der Parti ouvrier für zu radikal. Zu ihnen gehörten Longuet, Jourde und andere. Sie gründeten die Alliance socialiste républicaine, deren Programm am 26. Oktober 1880 erschien: „Man muß“, erklärten sie, „an alle Menschen mit gutem Willen appellieren, welche sich vereinigen wollen, um praktische Reformen durchzuführen. Es handelt sich um das Jahr 1881, nicht um das Jahr 2000“. Als anzustrebendes Ziel bezeichnete die Alliance — und darin zeigt sich deutlich der Gegensatz zu der marxistischen Richtung — den Triumph der sozialen Gerechtigkeit durch die Freiheit mit der Wissenschaft als Grundlage und der Vernunft als Führerin. Bei den Wahlen von 1881 kämpften die Kanditaten der Alliance und der Parti ouvrier in einzelnen Wahlkreisen gegeneinander. Bald darauf löste sich die Alliance auf; ihre Mitglieder gingen teils zur Parti ouvrier, teils zu den sogenannten Radikalen über.

Eine weitere Gruppe, die im Gegensatz zur Parti ouvrier stand, waren die Blanquisten. Die einflußreichsten derselben waren nach der Kommune nach London geflüchtet und hatten dort die Gruppe „La Commune révolutionnaire“ gegründet. Sie hielten nach wie vor an ihrer gewaltrevolutionären Taktik fest und kritisierten von diesem Standpunkt aus die Internationale ebenso wie das gemäßigte Vorgehen des französischen Proletariats. — Während der Marxist Guesde der ersten gemäßigten genossenschaftlichen Arbeiterbewegung in Frankreich nach der Kommune seine Sympathie nicht versagte, richteten die Blanquisten heftige Angriffe gegen dieses „reaktionäre“ Vorgehen. In einer 1876 erschienenen Broschüre „Les Syndicaux et leur Congrès“ wandten sie sich besonders gegen den ersten Arbeiterkongreß in Paris von 1876. In dieser von Vaillant und seinen

Freunden verfaßten Schrift heißt es von den Mitgliedern dieses Kongresses: „Was sie charakterisiert, ist ihr Haß gegen die Revolution, und was auch die Differenzen ihrer Interessen sein mögen, dieser gemeinsame Haß hält sie unlöslich zusammen; was sie auch zu den bürgerlichen Parteien sagen mögen, sie sind in der Arbeiterwelt die Hilfstruppen, die Stützen der Bourgeoisie." — Am 24. Juni 1881 konstituierten sich in Paris die Blanquisten unter Vaillant, Barbier, Sylvain u. a. als Partei unter dem Namen „Comité révolutionnaire central". Seit dem Jahre 1898 führt sie den Namen „Parti socialiste révolutionnaire".

Wenn auch Anarchisten und Blanquisten in ihrer revolutionären Taktik übereinstimmten, so standen sie sich im übrigen doch feindlich gegenüber wegen der prinzipiellen Gegensätze, die sie trennten. Vor allem: die Blanquisten waren Sozialisten, und so konnten sie das Endziel der Anarchisten, welches wir oben kennen gelernt haben, das föderalistisch-dezentralistische Wirtschaftssystem, nicht anerkennen. Aber auch die Attentatstaktik der Anarchisten war nicht blanquistisch. Ein Blanquist, Chaumière, hat einmal treffend den Gegensatz so charakterisiert: „Wir lieben die vom Volk am hellen Tage ausgeführte Revolution, einen 14. Juli, einen 10. August, wir hassen aber den heimlichen Despotismus, der die Bombe schleudert, wie den offenen Despotismus, der auf uns seine Agenten, Soldaten und Gendarmen schleudert."

Im Blanquismus ist eine Wandlung eingetreten, die namentlich seit dem Tode Blanquis, 1881, zu bemerken ist und immer deutlicher hervortrat, je mehr die Führung dieser Partei an Edouard Vaillant kam. Zwar wird die alte revolutionäre Taktik nach wie vor empfohlen, aber aus einer einseitig politisch-revolutionären Partei wird immer mehr eine ökonomisch-revolutionäre. Je mehr sich die Blanquisten dem Studium der wirtschaftlichen Probleme zuwandten, um so mehr näherten sie sich dem Marxismus, ohne sich jedoch völlig mit den Marxisten zu identifizieren. Die Blanquisten bewahrten vielmehr eine gewisse neutrale Haltung sowohl den Marxisten als den anderen sozialistischen Gruppen gegenüber. Sie waren sehr tolerant gegen alle sozialistischen Sekten, insoweit sie an den revolutionären Prinzipien festhielten und nicht reformistisch waren. Sie traten für eine reinliche Scheidung der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung ein, jede sollte in ihrer Weise zur Erreichung sozialistischer Ziele mitarbeiten. So bildete sich allmählich ein jüngerer Blanquismus heraus, der gegenüber dem nur politisch-revolutionären Programm der alten Blanquisten auch für die wirtschaftlichen Endziele des neueren Sozialismus eintrat. Zur Charakteristik dieses neuen Blanquismus und seines Führers Vaillant führe ich einige Sätze aus der kurzen Geschichte seiner Partei an, die er selbst Seilhac für sein Buch „Le monde socialiste" zur Verfügung gestellt hat: „Indem wir die politische Aktion immer noch als die erste Aufgabe der sozialistischen Partei anerkennen, schließen wir keine einzige dieser Parteien aus, und weil wir die Organisation als die wichtigste Bedingung der Aktion ansehen, fordern wir vom Proletariat, seine Syndikate für eine ausschließlich wirtschaftliche Tätigkeit umzugestalten und zu vereinigen, während wir zu gleicher Zeit von der sozialistischen Partei fordern, daß sie sich unab-

hängig von jeder ökonomischen Organisation für eine rein politische Tätigkeit konstituiere". — Der Einfluß von Marx tritt deutlich hervor in seiner Auffassung des revolutionären Prinzips: „Ich verstehe kaum mehr diejenigen, welche anzunehmen scheinen, daß eine Revolution wie nach freiem Willen gemacht werden könne . . . Revolutionen sind nur die politischen und sozialen Krisen, welche die veralteten Elemente der sozialen Ordnung ausscheiden und welche durch eine neue Evolution die durch den Fortschritt der Dinge und der Sitten angesammelten Elemente in Wirksamkeit setzen . . . sicherlich, je weiter wir fortschreiten, um so mehr werden der Wille der Menschen und die organisierte Macht der sozialistischen Partei eine Rolle bei den letzten Entscheidungen spielen, aber unter der Voraussetzung, daß diese genau in Übereinstimmung sich befinden mit der historischen Entwicklung, mit der sozialen Evolution, welche man leicht beschleunigen, aber unmöglich verhindern oder abändern kann".

Die Parti ouvrier hatte nicht nur gegnerische Gruppen zu verzeichnen, die außerhalb der Partei standen; auch innerhalb der Partei zeigten sich bald die größten Gegensätze. Der für die Sozialisten ungünstige Ausfall der Wahl von 1881 — es entfielen im ganzen 50 000 Stimmen auf die Sozialisten — wurde von einzelnen Führern der Parti ouvrier auf das zu doktrinäre dogmatisch-marxistische Programm der Partei zurückgeführt. Man verlangte ein mehr opportunistisches realpolitisches Verhalten und legte das Hauptgewicht auf sofort durchführbare soziale Reformen, die dem Arbeiter einleuchtende Vorteile brächten. Die Hauptwortführer dieser Richtung waren Malon und Brousse. Malon erklärte in der „Revue socialiste": „Wir haben uns genug mit Phraseologie und ohnmächtigem Dogmatismus erfüllt, wir müssen in das Innere der Situation eindringen und die Dinge sehen, nicht wie wir wünschten, daß sie wären, sondern wie sie sind", und von dem früheren Anarchisten Brousse stammen die Worte, die dann als programmatisch für die neue Richtung angesehen werden können und woher der Name Possibilisten stammt und die ich der Zeitschrift „Prolétaire" vom 19. November 1881 entnehme: „Nous préferons abandonner le tout à fois pratiqué jusqu' ici et qui généralement aboutit au rien de tout, fractionner le but idéal en plusieurs étapes sérieuses, immédiatiser en quelque sorte, quelques-unes de nos revendications pour les rendre enfin possibles au lieu de nous fatiguer sur place à marquer le pas, ou, comme dans le conte de Barbe-Bleue de rester perchés sur tous les tours de l'Utopie et de ne jamais rien voir venir de concret et de palpable, c'est la politique de possibilité". Dazu kommen Differenzen in bezug auf die Taktik der Partei. — Während Guesde getreu den marxistischen Prinzipien eine streng zentrale absolutistische Gestaltung der Partei und des Parteiprogramms verlangte, vertraten die Possibilisten die Forderung größerer Autonomie der Sektionen in den verschiedenen Landesteilen. Je nach den lokalen Verhältnissen sollte das sozialistische Programm im einzelnen seine spezielle Ausgestaltung erhalten. Diese Gegensätze traten schon auf dem Kongreß zu Rennes 1881 hervor, wurden dort aber noch überbrückt. Dagegen kam es auf dem Kongreß zu Etienne 1882 zum offenen Bruch. Die Guesdisten trennten sich von den Possibilisten und hielten einen

besonderen Kongreß in Roanne ab: „nous avons brisé“, erklärten sie, „les possibilistes du congrès pour sauver le programme d'expropriation donné au Parti ouvrier par les congrès de Marseille et de Havre“. Die neue Partei nannte sich zuerst „Parti ouvrier socialiste révolutionaire“, dann seit 1883 „Fédération des travailleurs socialistes“. Sie hielten an den Grundzügen des Programms der Internationale fest, überließen aber die Ausgestaltung des speziellen Programms den einzelnen Wahlkreisen. — Brousse war der Meinung, daß die Kollektivierung der Produktionsmittel am besten zu erreichen sei durch eine allmähliche immer weiter gehende Verstaatlichung und Kommunalisierung wichtiger Betriebe. Diese Ideen legte er ausführlich in einer Schrift dar: „la propriété collective et le service public“ (1883). Danach komme es vor allem darauf an, durch kommunale Sozialpolitik allmählich den Boden für sozialistische Einrichtungen zu ebnen. Guesde verwarf diese Taktik in einer Gegenschrift: „Services publics et socialisme“ (1883), worin er behauptete, daß diese Verstaatlichungspolitik nur zur Stärkung der Staatsgewalt und der Bourgeoisie führt.

Die Kluft, die zwischen den verschiedenen sozialistischen Parteien bestand, sollte wenigstens bei den internationalen Arbeiterkongressen überbrückt werden; doch gelang dies schon bei dem Kongresse zu Paris 1889 nicht. Trotzdem lange über die Modalitäten beraten wurde, wie sich die Possibilisten an dem Kongresse beteiligen könnten, kam eine Einigung nicht zustande. Ein Redner aus Deutschland erklärte: „Die Trade Unions und die Gewerkschaften sind nicht sozialistisch und so gut wie wir uns von den unsozialistischen Vereinen à la Schulze-Delitzsch haben trennen müssen, müssen wir auch den anderen, den Franzosen, die Freiheit lassen, eine analoge Scheidung vorzunehmen“. Tatsächlich fanden infolgedessen zwei Kongresse statt. Der eine von Marxisten und Blanquisten, der andere von Possibilisten und Gewerkvereinlern beschickt. „Welch großartiges Schauspiel“, schrieb Malon in der Revue socialiste vom 15. August 1889, „wenn bei dieser feierlichen Gelegenheit die feindlichen Parteien, die den französischen Sozialismus trennen, ihre Empfindlichkeiten und Rivalitäten hätten vergessen können.“

Doch auch innerhalb der Possibilistenpartei kam es zu einer Spaltung. Die Gegensätze werden bezeichnet durch die Namen Brousse und Allemanne. — Allemanne war der Meinung, daß Brousse in seinem Paktieren mit der Bourgeoisie zu weit ginge, zu wenig eine eigentlich proletarische Politik verfolge. Er warf den possibilistischen Abgeordneten vor: „Anstatt die revolutionäre Propaganda von der moralischen Autorität profitieren zu lassen, hielten es die Abgeordneten für wirksamer, sich mit den Fraktionen der Bourgeoisie zu verständigen. Sie hörten nicht die immer schärferen Beschwerden gewisser mächtiger Gruppen, die weniger Macht in der gemeinsamen Wohnung und mehr Sorge um die proletarischen Forderungen wünschen.“ Mit einem Worte, es wurde den Possibilisten vorgeworfen, daß sie zu wenig Arbeiterpartei waren. Allemanne betrachtete als wichtigstes Kampfmittel den Generalstreik. Auf dem Kongreß zu Chatellerault kam es zum Bruche. Allemanne, Clement und Fail

let wurden von der Partei ausgeschlossen und gründeten eine neue Gruppe, die sich Parti ouvrier socialiste révolutionnaire nannte. In der Regel aber werden die beiden Gruppen, in welche jetzt die Possibilistenpartei zerfiel, als Broussisten und Allemanisten bezeichnet.

Aber auch unter den Allemanisten kam es zu Zerwürfnissen. Faillet und einige Gesinnungsgenossen, die mit der Taktik Allemannes nicht einverstanden waren, trennten sich von der Partei und vereinigten sich 1897 mit den Blanquisten zur Alliance communiste révolutionaire. In dem Statut dieser Alliance wird erklärt: „Einigen wir uns, um die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Organisation des Proletariats wirksam zu unterstützen und um seine politische Aktion zu beschleunigen; entschlossen das Volk auf den revolutionären Weg zu führen, der am schnellsten die Eroberung seiner Freiheit und Rechte durch die Einführung der direkten Regierung an Stelle der Regierung durch Abgeordnete sichern muß, entschlossen den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Herbeiführung der sozialistischen Republik zu beschleunigen, werden wir von jetzt ab unsere Bemühungen gemeinsam fortsetzen." Zu all diesen Gruppen kommt noch eine weitere, numerisch sogar recht bedeutende hinzu, die Gruppe der sogenannten unabhängigen Sozialisten. Sie wurde gebildet von solchen Politikern, die zwar den Sozialismus in irgendeiner Nuance vertreten, aber sich keiner Parteischablone fügen wollten. Zu dieser Gruppe gehörten z. B. Jaurès und Millerand. Ihr Organ war die „Petite République".

Wenn ich vorher die Parti ouvrier français als marxistische bezeichnet habe, so ist dieser Name nicht im streng wörtlichen Sinne zu nehmen. Eine marxistische Partei nach Art der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gruppe keineswegs; im Gegenteil hat diese Partei, wenn sie auch im marxistischen Sinne begründet war, doch mehr und mehr im Hinblick auf die speziellen ökonomischen und politischen Verhältnisse Frankreichs eine Taktik verfolgt, die nicht mit den marxistischen Prinzipien vereinbar ist. Das, was diese sogenannten Marxisten den Possibilisten zum Vorwurf machen, ihre opportunistische Haltung, ihre Unterstützung sozial-reformerischer Bestrebungen, ihre Neigung zu Konzessionen und Kompromissen mit bürgerlichen Parteien, all dieses hat auch in der Parti ouvrier in wachsendem Maße Eingang gefunden. Dies wird vor allem durch die wiederholten Ergänzungen zum ursprünglichen Programm bewiesen, namentlich durch die Hinzufügungen des programme municipal, maritime et agricole. Das Munizipalprogramm (auf dem Kongreß zu Lyon 1891 angenommen) fordert die Einrichtungen kommunaler Schulkantinen zur Verteilung von Nahrungsmitteln und Kleidern an arme Schulkinder, Minimallohn und Achtstundentag für die städtischen Arbeiter, städtische Arbeitsbörsen usw. — Das maritime Programm (vom Kongreß zu Romilly 1895 angenommen) fordert Minimallohn, Maximalarbeitstag für die Schiffsarbeiter, Errichtung von Fachschulen für Fischerei usw. — Vor allem aber ist bedeutsam das Agrarprogramm, weil dieses in zweifellosem Widerspruch zur marxistischen Theorie steht. Dieses Agrarprogramm war auf dem Kongreß zu Marseille 1892 ausgearbeitet und auf dem Kongreß zu Nantes 1894 vervollständigt worden. In dem grund-

legenden Programm der Parti ouvrier wird die Notwendigkeit des Unterganges des kleinen Eigentums sowohl für die Landwirtschaft als für die Industrie in echt marxistischem Sinne erklärt. In den von Guesde und Lafargue verfaßten Erläuterungen zu diesem Programm (6. éd. 1902, S. 14) heißt es: „Mit der landwirtschaftlichen Maschinerie ist nur noch Platz für die großen Ländereien vorhanden, die von vielen zusammengelegten ehemals kleinen Grundstücken gebildet werden. Es vollzieht sich eine Konzentration des Grundbesitzes, welche die soziale Aneignung des Bodens ermöglicht und fordert, ganz abgesehen davon, daß in den Händen der Erwerbsgesellschaften das Grundeigentum immer mehr ein gemeinsames, ungeteiltes Eigentum wird". Und dann heißt es weiter: „Diese Konzentration, welche das Gesetz des Handels wie der Industrie und der Landwirtschaft ist, und die Art des kollektiven Aktionärbesitzes, welche sie befördert, sind die materiellen Elemente der kollektiven Form des Eigentums, die gebildet werden durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst". Trotzdem hier und an anderen Stellen in diesen Erläuterungen deutlich und klar die Meinung ausgesprochen ist, daß der Kleinbetrieb auch in der Landwirtschaft unrettbar dem Untergang geweiht sei, und infolge der technischen Entwicklung dem Großbetrieb Platz machen müsse, werden in dem Agrarprogramm eine Anzahl Forderungen aufgestellt, welche die Erhaltung des kleinen bäuerlichen Grundeigentums bezwecken. Zu diesen Forderungen gehören: Artikel 4: Verteilung von Grundstücken durch die Gemeinde an nichtbesitzende Familien mit dem Verbot, Arbeiter zu benutzen. Artikel 8: Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen seitens der Gemeinden mit Staatshilfe, die den kleinen Besitzern umsonst zur Verfügung gestellt werden sollen. — Paul Lafargue gibt in seinem Kommentar zum Agrarprogramm eine Erklärung für diese Bestimmungen. Er weist darauf hin, daß tatsächlich in Frankreich im Gegensatz zur Industrie die Landwirtschaft noch im großen Umfang von selbstwirtschaftenden Besitzern betrieben werde. Wenn auch dieser Zustand allmählich verschwinden müsse, so hätte doch der Sozialismus nicht die Aufgabe, dieses Verschwinden zu beschleunigen, seine Aufgabe sei es vielmehr, die selbstwirtschaftenden Eigentümer im Besitz ihrer Fetzen Land (lopins) gegenüber dem Fiskus, den Wucherern und den großen Grundherren zu erhalten. Er erklärte auf dem Kongreß zu Nantes: „Die sozialistische Partei, weit davon entfernt, dem bäuerlichen Eigentümer den ruhigen Besitz seines Stückchen Landes, welches er in seinem Schweiß bearbeitet, zu hindern, wird die Steuern, die auf ihm lasten, unterdrücken, ihn von den Wucherern befreien, die ihn verschlingen, indem sie die Hypothekenschulden beseitigt und ihn in seiner Arbeit unterstützt, indem sie ihm Kredit, Maschinen, Saatgut und Futtermittel liefert und ihm gestattet, seine Schulden in Naturalien zu bezahlen." Jaurès versuchte in dem Almanach der Parti ouvrier français 1894 den Widerspruch zwischen diesem Agrarprogramm und der marxistischen Doktrin folgendermaßen zu erklären: „Sie vergessen (das heißt diejenigen welche einen Widerspruch finden wollen), daß, wenn wir dem Volke das ganze Produktionskapital wiedergeben wollen, es geschieht, um immer und endgültig den tatsächlichen Besitz des Arbeitsproduktes denen zu sichern, die arbeiten. Der bäuerliche Eigentümer lebt

aber tatsächlich von seiner Arbeit, ohne Ausbeuter oder Ausgebeuteter zu sein. Das kleine bäuerliche Eigentum wird daher seinen Platz in einem System sozialistischer Organisation behalten, wo die Früchte der Arbeit denen gehören, die arbeiten". — Mit dieser Erklärung von Jaurès ist der Widerspruch keineswegs aus der Welt geschafft; denn wie sind diese Sätze zu vereinbaren mit der ausdrücklichen Erklärung von Marx (Kapital 3, Bd. II, S. 341): „Das Parzelleneigentum schließt seiner Natur nach aus: Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, gesellschaftliche Form der Arbeit, gesellschaftliche Konzentration des Kapitals, Viehzucht auf großem Maßstabe, progressive Anwendung der Wissenschaft. Wucher und Steuersystem müssen es überall verelenden. Die Auslage des Kapitals im Bodenpreis entzieht dies Kapital der Kultur. Unendliche Zersplitterung der Produktionsmittel und Vereinzelung der Produzenten selbst. Ungeheuere Verschwendung von Menschenkraft. Progressive Verschlechterung der Produktionsbedingungen und Verteuerung der Produktionsmittel, ein notwendiges Gesetz des Parzelleneigentums." — Das Agrarprogramm der Parti ouvrier läßt sich so erklären: Ganz abgesehen davon, daß die Großbetriebstendenz in der Landwirtschaft nirgends in dem Maße besteht, wie es Marx behauptet, ist die tatsächliche Entwicklung im Lande der petite culture, in Frankreich, so sehr im Widerspruch mit dieser angeblichen Tendenz, daß nur zweierlei möglich ist: entweder mußte die marxistische Partei von vornherein auf politische Erfolge in einem großen Teile Frankreichs völlig Verzicht leisten, oder sie mußte das marxistische Programm den speziellen französischen Verhältnissen anpassen. Indem die Partei letzteres tat, hat sie jedenfalls zu den größeren Wahlerfolgen beigetragen. Dies zeigten die Kammerwahlen vom Jahr 1893, bei denen 6 Abgeordnete der Parti ouvrier gewählt wurden. Im ganzen wurden 50 Sozialisten gewählt, die übrigen verteilten sich auf die Fédération des travailleurs socialistes de France, auf das Comité révolutionnaire central, auf die Parti ouvrier socialiste révolutionnaire und auf die Indépendants. — Nachdem die Zahl der Sozialisten so stark angewachsen war, fehlte es nicht an Bestrebungen, diese so disparaten Elemente zu einer gewissen Einigung zu bringen. Über diese Einigungsversuche werde ich in der nächsten Vorlesung berichten.

XIV. Vorlesung.

Der Sozialismus in Frankreich.
V. Vom Jahre 1893 bis zum Weltkriege.

Die erste Einigungsbestrebung im französischen Sozialismus zeigte sich gleich nach den Wahlen von 1893. Die sozialistischen Abgeordneten schlossen sich zu der „groupe socialiste“ in der Kammer zusammen. Aber diese parlamentarische Gruppe stellte in keiner Weise eine einheitliche parlamentarische Fraktion dar. Im Gegenteil, die Selbständigkeit der einzelnen Parteien wurde vollständig gewahrt, nur eine äußerliche Zusammenfassung war damit geschaffen, ohne jede sachliche Bedeutung. Wie wenig von einer wirklichen Geschlossenheit der Partei die Rede sein konnte, ergibt sich daraus, daß nicht nur die einzelnen sozialistischen Parteien, die sich zu dieser Gruppe vereinigten, so heterogen waren, wie wir dies gesehen haben. Von dieser Gruppe schlossen sich auch einzelne direkt aus, z. B. Lavy von der Fédération des travailleurs socialistes de France und alle Allemannisten, weil sie sich von einer derartigen Vereinigung ohne klares Programm nichts versprachen. Andererseits traten noch Abgeordnete hinzu, die gar keine Sozialisten waren, wie z. B. einige alte Boulangisten und einige sogenannte Radikalsozialisten, deren ganzer Sozialismus in einer gewissen Opposition gegen die haute finance bestand. Wie weit diese sogenannten Radikalsozialisten vom „Sozialismus“ entfernt sind, geht aus einer Erklärung hervor, welche auf dem Kongreß zu Paris 1901 die vereinigten Radikalen und Radikalsozialisten abgaben: „Man müsse gewisse Monopole und öffentliche Dienste in die Hände des Staates übergehen lassen in dem Maße, als es die Interessen der nationalen Verteidigung sowie der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion fordern. . . . Was uns in dieser Hinsicht aber von den kollektivistischen Sozialisten trennt, ist unsere leidenschaftliche Hingebung an das Prinzip des Privateigentums, dessen Unterdrückung wir weder beginnen noch vorbereiten wollen.“

Das Programm, das der geeinigten parlamentarischen Gruppe noch fehlte, sollte später durch Millerand geliefert werden. Es sollte ein Kompromißprogramm sein, auf welches sich alle auch sonst auseinandergehenden Richtungen vereinigen konnten. Als im Jahre 1896 die Munizipalwahlen eine große Vermehrung der sozialistischen Abgeordneten brachten, wurde dieses Ereignis durch ein Bankett am 30. Mai 1896 gefeiert. Hierbei entwickelte der zur Gruppe der Unabhängigen gehörende Millerand in Gegenwart von Sozialisten fast aller Parteischattierungen sein Programm, das unter dem Namen „Programme de St. Mandé“ bekannt geworden ist.

In geschickter Weise verband er marxistische mit sozialreformerischen und staatssozialistischen Gedanken und faßte in 3 Punkten das Wesentliche des sozialistischen Programms zusammen: „Intervention des Staates, um die Produktions- und Tauschmittel in dem Maße als sie dazu reif sind, aus kapitalistischem Eigentum zum Nationaleigentum zu machen; Eroberung der politischen Macht durch das allgemeine Stimmrecht; internationale Verständigung der Arbeiter". Das Programm schließt mit den Worten: „Um unbesiegbar zu sein, genügt es, daß die sozialistische Partei geeinigt ist". — Wie weit der französische Sozialismus von dieser Einigkeit entfernt war, und heute noch ist, zeigt der weitere Verlauf der französischen sozialistischen Bewegung, die immer neue Konflikte und Spaltungen zeitigte.

Die Dreyfuß-Affäre gab den Anlaß zu neuen Zwistigkeiten und zu neuen Einigungsversuchen. Die Meinungen innerhalb der sozialistischen Parteien gingen darüber auseinander, ob man diesen ganzen Streit von Parteiwegen als eine bürgerliche Angelegenheit ignorieren solle, oder ob dazu Stellung genommen werden müsse.. Von seiten der Parti ouvrier français war den andern sozialistischen Gruppen der Vorschlag gemacht worden, ein Comité de vigilance zu gründen, dazu bestimmt, wie Guesde sagte, „dem Lande den Eindruck einer einigen sozialistischen Partei zu geben, entschlossen, jeder Eventualität entgegenzutreten". Dieses im Oktober 1898 geschaffene Komitee erklärte, daß es der militaristischen Verschwörung nicht erlauben würde, an die republikanischen Freiheiten zu tasten und daß der Reaktion nicht die Straße überlassen werde. Dieses Comité de viligance wurde wenige Wochen später aufgelöst und durch das Comité d'entente socialiste ersetzt. An diesem Komitee, welches nur eine äußerliche Repräsentation der sozialistischen Parteien darstellte ,,une répresentation permanente des organisations socialistes nationalement constituées" waren die Blanquisten, Guesdisten, Allemannisten, Broussisten und die Unabhängigen beteiligt. Außer diesen 5 Gruppen konnten noch die Syndikate und Genossenschaften aufgenommen werden, welche sich auf die Grundlinien der Entente verpflichteten, nämlich: „internationale Verständigung der Arbeiter, politische und ökonomische Organisation der Arbeiter als Klassenpartei zur Eroberung der Macht und Sozialisierung der Produktions- und Tauschmittel". Die erste Frage, die dieses Einigungskomitee beschäftigte, war diejenige, die noch für lange Zeit den Zankapfel für die sozialistischen Parteien bilden sollte, — der Fall Millerand. In das Ministerium Waldeck-Rousseau war der zu den Unabhängigen gehörige Sozialist Millerand als Handelsminister berufen worden. Der Fall wurde noch dadurch erschwert, daß in demselben Ministerium auch Galliffet, der berühmte Bekämpfer der Communards saß. Über die Möglichkeit des Eintritts eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium entspann sich ein heftiger Streit, der auch in dem Comité d'entente nicht geschlichtet werden konnte. Mit 818 gegen 634 Stimmen nahm das Komitee einen Antrag Guesde an: „daß der Klassenkampf den Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium verbietet." Zur Majorität gehörten die Guesdisten, Blanquisten und Allemannisten; zur Minorität die Broussisten, die Unabhängigen und die Vertreter autonomer Föderationen. In der Frage der Einigung

der Sozialisten wurde beschlossen, jedes Jahr einen allgemeinen Kongreß abzuhalten und ein Generalkomitee einzusetzen, in welchem jede Fraktion durch eine ihrer Stärke entsprechende Zahl von Delegierten vertreten sein sollte. Das Komitee sollte eine gewisse Kontrolle über die Presse und die Abgeordneten der Partei ausüben. Im übrigen aber sollte die Selbständigkeit jeder Partei gewahrt werden. Mit großer Begeisterung wurde der Kongreß unter den Klängen der Marseillaise geschlossen. Aber bereits wenige Wochen nachher brachen die heftigsten Zwistigkeiten von neuem aus; wieder handelte es sich um die Stellung der Sozialistien zur ministeriellen Frage. Die beiden gegnerischen Gruppen wurden jetzt als ministerielle und antiministerielle bezeichnet. Aus der Mitte der sozialistischen Parteien heraus wurden heftige Anklagen gegen die Politik Millerands gerichtet und namentlich die Guesdisten wurden nicht müde, auf die den Interessen des Proletariats feindliche Haltung der Regierung hinzuweisen. Der Fall Millerand stand im Mittelpunkt der Verhandlungen sowohl des internationalen Sozialistenkongresses 1900 in Paris, als des zweiten Kongresses des Generalkomitees der französischen sozialistischen Organisation. Auf dem internationalen Kongreß traten die Gegensätze in dieser Frage namentlich bei den Franzosen klar hervor, und vor allem war es Guesde, der den antiministeriellen Standpunkt vertrat und erklärte: „mit einem italienischen Millerand, einem deutschen Millerand, einem englischen Millerand würde keine Internationale mehr möglich sein.“ Schließlich einigte man sich auf den Kompromißantrag Kautsky: „daß der Eintritt eines Sozialisten in eine bürgerliche Regierung nur als ein expédient forcé transitoire et exceptionel angesehen werden könne.

Während auf dem internationalen Kongreß durch diese dehnbare Resolution die Gegensätze einigermaßen ausgeglichen wurden, traten sie auf dem zweiten nationalen französischen Kongreß in solcher Schärfe hervor, daß die Guesdisten ihren Austritt erklärten. Auch der dritte nationale Kongreß der französischen Sozialisten in Lyon 1901 beschäftigte sich mit dem Fall Millerand. Aber wenn der Bürgermeister von Lyon in seiner Eröffnungsrede die Hoffnung aussprach, daß der Kongreß alle einig über das Ziel und das Ideal sehen wollte, so bewies der Verlauf des Kongresses das Gegenteil dieser Einigkeit. Die Guesdisten hatten ihre Beteiligung von vornherein abgelehnt; die eine Gruppe des Kongresses verlangte den Ausschluß Millerands aus der Partei, die andere, daß er zwar in der Partei bleiben könnte, aber ihrer direkten Kontrolle nicht mehr unterstünde. Da die scharfe Resolution, die den Ausschluß forderte, abgelehnt wurde, verließen die Blanquisten, die Mitglieder der Alliance communiste und einige autonome Föderationen den Saal und vereinigten sich mit den Guesdisten zu einem Gegenkongreß. Damit war die neue Trennung der französischen sozialistischen Partei herbeigeführt. Auf der einen Seite schlossen sich die Parti ouvrier français (Guesdisten), die Parti socialiste révolutionnaire (Blanquisten), die Alliance communiste (Failletisten) und einige autonome Föderationen zu der Parti socialiste de France zusammen. Auf der anderen Seite vereinigten sich die Fédération des travailleurs socialistes (Broussisten), die Parti ouvrier socialiste révolutionnaire (Allemannisten), die Unabhän

gigen und einige autonome Föderationen zu der Parti socialiste française. Beide Parteien marschierten jetzt wieder getrennt, hatten ihr eigenes Programm und stellten auch getrennt ihre Kandidaten bei den Wahlen auf. Die Hauptführer der Parti socialiste français waren Jaurès und Briand. Ihr Programm wurde 1902 auf dem Kongreß zu Tours festgesetzt. Es ist charakteristisch für den sozialreformerischen, staatssozialistischen, opportunistischen Charakter dieser regierungsfähigen Sozialistenpartei.

Der Sozialismus geht hiernach aus der Bewegung der Demokratie hervor, er soll die Vollendung der Demokratie nach der ökonomischen Seite sein. Zwar sei das Endziel das kollektivistische Eigentum, aber die Arbeiterklasse müsse durch Ausnutzung aller durch die republikanischen Freiheiten gewährten Möglichkeiten und durch fortgesetzte Reformen sich diesem Ziele annähern. Ausdrücklich wird der Sozialismus als etwas Republikanisches erklärt und der Schutz der Republik als Aufgabe der sozialistischen Partei bezeichnet. Die Republik müsse allmählich die Arbeiterschaft so erziehen, daß sie für ihre große soziale Zukunft reif werde. Im deutlichen Gegensatz zu den Guesdisten und Blanquisten wird ausgesprochen: „es wäre verhängnisvoll, im Vertrauen auf das Wort „„Revolution““ die großen Kräfte der gesetzlichen Aktion zu vernachlässigen, worüber das organisierte Proletariat in der Demokratie verfügt." Der Generalstreik wird als Kampfmittel empfohlen, jedoch sei eine solche Taktik nur wertvoll unter der Voraussetzung des Fortschrittes in der Erziehung der Arbeiterklasse. — Das für die Wahlen 1902 aufgestellte Wahlprogramm enthielt zahlreiche Forderungen im Sinne der von den Broussisten gewünschten Verstaatlichung der services publics. Die Parti socialiste de France, die unter der Führung von Guesde und Vaillant stand, formulierte ihr Programm in Ivry 1901. Es enthielt in aller Kürze die marxistischen Grundgedanken und richtete sich gegen die „bürgerliche" Politik der anderen Partei. Auf den Vorwurf des Utopismus antwortet Guesde: „Nein, Utopie ist es, zu warten, daß der Pflaumenbaum Birnen bringt, daß die Bourgeoisie sich unter den Händen derer, die von ihr Vorteile haben, umwandeln werde."

Bei den Wahlen von 1902 kamen auf die beiden sozialistischen Parteien zusammen 50 gewählte Abgeordnete, und zwar wurden 38 Abgeordnete der Parti socialiste français und 12 Abgeordnete der Parti socialiste de France gewählt. — Eine neue Einigung der beiden Parteien wurde unter dem Druck der auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam 1904 beschlossenen Einigungsresolution vollzogen. Sie lautete: „Um der Arbeiterklasse ihre volle Kraft in dem Kampf gegen den Kapitalismus zu verleihen, ist es unerläßlich, daß es in jedem Lande gegenüber den bürgerlichen Parteien nur eine sozialistische Partei gibt, wie es nur ein Proletariat gibt. Darum haben alle Genossen und alle sozialistischen Organisationen die gebieterische Pflicht, sich mit aller Kraft zu bemühen, diese Einheitlichkeit der Partei auf Grund der von den internationalen Kongressen bestimmten Prinzipien herbeizuführen, diese Einheitlichkeit, die notwendig ist im Interesse des Proletariats, demgegenüber sie für die verhängnisvollen Folgen der Fortdauer der Spaltungen verantwortlich sind." — Auch Jaurès hatte diese Resolution mit der Erklärung angenommen: „Ich stimme für

diese Resolution, wir haben stets für die Einigung gearbeitet. Die jetzige Mißstimmung zwischen uns und dem internationalen Sozialismus ist nur vorübergehend. Die Einigung kann sich in Frankreich vollziehen, ohne daß die Arbeiterklasse auf die Taktik verzichten muß, die ihr durch die politischen und historischen Bedingungen ihres Landes vorgeschrieben ist. Unsere Gedanken und unsere Taktik bleiben ihren Prinzipien angemessen." Auf Grund dieses Abschlusses kam es Ostern 1905 zu einer Einigung zwischen der Parti socialiste français und der Parti socialiste de France. In der Erklärung, welche diese vereinigten Parteien im Juni 1905 annahmen, wurde betont, daß die sozialistische Partei eine Klassenpartei sei; „qui'il n'est pas un parti de réforme mais un parti de lutte de classe et de révolution." Ferner, daß die ins Parlament gewählten Parteimitglieder eine einzige Gruppe gegenüber allen bürgerlichen Parteien bilden sollten. Diese sozialistische Gruppe sollte der Regierung alle Mittel verweigern, welche die Aufrechterhaltung der Bourgeoisie sichern sollten. Daher dürften keine Gelder für militärische Zwecke, oder für koloniale Erwerbungen bewilligt werden, ebenso müsse das Budget abgelehnt werden. — Bei der definitiven Parteigründung, Ostern 1905, nahm die Partei den Namen an: Parti socialiste, section française de l'internationale ouvriere. Einem jährlich stattfindenden Kongreß sollte die Parteileitung zustehen und die laufenden Geschäfte durch einen Conseil national der Partei erledigt werden. Es sollte freie Diskussion in der Parteipresse über alle Fragen der Doktrin und der Methode stattfinden. Aber in allen Fragen der Parteiaktion ist die Presse der Kontrolle der gesamten Partei unterworfen. Eine Anzahl von Mitgliedern der Parti socialiste français wollte diese Einigung nicht mitmachen. Sie bildeten eine besondere Gruppe, die sogenannten unabhängigen Sozialisten.

Bei den Wahlen von 1906 wurden 53 Mitglieder der Parti unifié und 22 unabhängige Sozialisten gewählt. Im Jahre 1910 = 76 geeinigte Sozialisten und 21 unabhängige. Es wäre jedoch irrig, anzunehmen, daß dieses äußerlich betrachtet große Wachstum des sozialistischen Elements im Parlamente auch eine große innere Stärkung der Partei und ihres Einflusses im Sinne einer einheitlichen, zielbewußten Klassenkampfpartei bedeutete. Das Gegenteil ist der Fall. Unter diesen 76 Abgeordneten der Parti unifié sind nur 20, also nur ein Viertel Marxisten oder richtiger gesagt Guesdisten. Wie ich aber schon bei Betrachtung ihres Programms zeigte, ist diese sogenannte marxistische Partei weit davon entfernt, im Sinne der deutschen Sozialdemokratie zu wirken. Sie sind zu fortwährenden Kompromissen und Konzessionen gezwungen und müssen wohl oder übel opportunistische Politik treiben. Diese Politik ist für die übrige Majorität der französischen Sozialisten geradezu charakteristisch. Das reformfreundliche Programm, welches Jaurès und seine Anhänger vertreten, macht solche Taktik zur Notwendigkeit. Ob überhaupt auf die Dauer die außerordentlich lose Vereinigung der Ministeriellen und Antiministeriellen, der Reformisten und der Revolutionäre in der Parti unifié haltbar ist, ist sehr zweifelhaft. Wie wenig die Einigungspartei ihre stolze Erklärung, daß sie allen Parteien der Bourgeoisie gegenüber einheitlich auftreten wolle, selbst innegehalten hat, zeigen gerade die

Vorgänge bei den Wahlen 1910. Sozialisten aller Schattierungen haben Wahlbündnisse nicht nur mit den sogenannten Radikalsozialisten, mit denen sie wenigstens durch gewisse Punkte des Programms verbunden sind, geschlossen, sondern zahlreiche sozialistische Wahlen sind nur durch Bündnisse mit den Reaktionären zustande gekommen, wie Breton sagt (Sozialistische Monatshefte 1910, 11. Heft): „durch skandalöse Bündnisse mit mit der Reaktion."

Das Bild der Zerrissenheit und Verworrenheit, welches somit der französische Sozialismus auch heute noch trotz der sogenannten Einigung darstellt, wird noch dadurch verstärkt, daß in neuerer Zeit außerhalb der parlamentarisch-politischen sozialistischen Parteien ein großer Teil der Arbeiterbewegung sich in bewußter Absicht von dieser politisch-parlamentarischen Betätigung völlig fern hält und abseits davon seine eigenen Ziele und Tendenzen verfolgt. — Von dieser sogenannten syndikalistischen Bewegung will ich Ihnen jetzt berichten.

Im revolutionären Syndikalismus ist in neuerer Zeit eine eigentümliche sozialistische Richtung erstanden, die man vielleicht am besten durch den Namen „reiner Arbeitersozialismus" charakterisiert. Die Bewegung ist in Frankreich entstanden und hat auch in Italien eine gewisse Anhängerschaft gefunden; in den übrigen Ländern hat sie eine geringere Bedeutung gewonnen. In Frankreich aber hat der revolutionäre Syndikalismus sich in kurzer Zeit zu einem bedeutenden Machtfaktor in der Arbeiterbewegung entwickelt und hat zweifellos den politisch-parlamentarischen sozialistischen Bewegungen großen Abbruch getan. Eine systematische Theorie, die als Grundlage der ganzen Bewegung dienen und die ich Ihnen zur Erklärung ihres Wesens auseinandersetzen könnte, gibt es nicht. Auch ist nicht zu vergessen, daß es sich um eine ganz junge Bewegung handelt, wo vieles noch in Gärung und in der Entwicklung, alles noch unfertig ist. Es handelt sich im wesentlichen bei dieser Richtung um eine neue Form gewerkschaftlicher Taktik, um ein praktisches Vorgehen der Arbeiterverbände, nicht so sehr um eine neue Doktrin oder eine neue Weltanschauung. Im Gegenteil, gerade die Anhänger der syndikalistischen Bewegung betonen, daß sie jedem Dogma, jeder Parteidoktrin abhold seien, daß die Art ihres Vorgehens von zeitlichen und örtlichen Umständen abhängig sei und daß allgemeine Regeln nicht aufgestellt werden könnten. — Immerhin gibt es doch einzelne theoretische Vertreter des Syndikalismus, Schriftsteller und Gewerkschaftsführer, die literarisch die neuen Ideen propagieren. Meist sind es frühere Marxisten, Blanquisten oder Anarchisten, die sich von ihrer alten Partei getrennt haben. Ich nenne Ihnen als einzelne Vertreter des revolutionären Syndikalismus von Franzosen: Lagardelle, Sorel, Berth, Griffuelhes; von Italienern: Labriola; von Russen: Kritschewsky; von Deutschen: Robert Michels. Um Ihnen einen Begriff vom Wesen des revolutionären Syndikalismus zu geben, will ich zunächst versuchen, in einem kurzen Resümee die Grundgedanken dieser Richtung zu erklären, dann Ihnen einige charakteristische Zitate aus syndikalistischen Schriften wiedergeben und zum Schluß

in einer Skizze der französischen Gewerkschaftsbewegung zeigen, wie aus dieser heraus der revolutionäre Syndikalismus entstanden ist.

Der revolutionäre Syndikalismus tritt vor allem in scharfe Opposition gegen jede Art von politisch-parlamentarischer Betätigung. Sobald der Sozialismus, so wird argumentiert, sich mit Hilfe des Stimmzettels durchzusetzen suche, komme er notwendigerweise zur Verflachung und zur Verbürgerlichung. Die parlamentarische Aktion führe immer zu Konzessionen und Kompromissen mit Parteien und Klassen, die an der Erhaltung der bestehenden Ordnung interessiert seien. Die politisch-parlamentarische Arbeit führe immer zu einer Stärkung des Staatsgedankens, denn auch angenommen, die politische Macht der sozialistischen Partei wäre so stark, um die Macht für sich zu haben, so müsse doch wieder ein Staat, wenn auch ein sozialistischer, eingerichtet werden. Es träte nur eine neue Staatsform an Stelle der alten. Es sei aber sehr zu bezweifeln, ob überhaupt auf dem Wege parlamentarischer Betätigung ein Sieg der Sozialisten je möglich wäre, denn wenn auch mit Hilfe des Stimmzettels schließlich eine Majorität der sozialistischen Partei erlangt sei, so wäre damit noch in keiner Weise eine solche ökonomische und geistige Kraft der Arbeiterschaft erreicht, um den Sozialismus zu verwirklichen. Mit Hilfe von Politikern, selbst wenn sie den Klassenkampf auf ihre Fahnen schrieben, sei die Emanzipation des Proletariats nicht zu erreichen. Der Sozialismus erfasse den Proletarier immer als Bürger, nicht als Produzenten. Es sei kein Zufall, wenn in Frankreich mehrere Minister aus den Reihen der Sozialisten hervorgegangen seien. Jede parlamentarisch-politische Betätigung der Sozialisten führe schließlich zu ihrer Ministerfähigkeit, damit aber zur Verquickung mit der Bourgeoisie und zur Erhaltung der bestehenden Klassenherrschaft. — Wo aber der Sozialismus, wie in Deutschland, sich von solchen Kompromissen mit der Bourgeoisie fernzuhalten suche, sei er zur völligen Ohnmacht verurteilt.

Der revolutionäre Syndikalismus fordert an Stelle dieser indirekten Aktion durch Politiker die direkte Aktion der Arbeiter selbst. Es ist charakteristisch für diese Richtung, daß die von ihr begründete Broschürensammlung, die zuerst den Namen Bibliothèque du mouvement socialiste führte, neuerdings den Namen: Bibliothèque du mouvement prolétarien angenommen hat. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß sie alle Parteischablonen abgestreift habe, daß sie nur eine proletarische Bewegung sein will. Durch rein gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiterschaft könne allein der Grundsatz der Internationale verwirklicht werden, daß die Emanzipation der Arbeiter nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein könne. — Diese neue Art der gewerkschaftlichen Taktik soll nichts zu tun haben mit der Praxis der deutschen Gewerkvereine, welche nur ein Anhängsel einer politischen Partei bilden, auch nichts mit der Taktik der englischen Gewerkvereine, welche Neutralität den politischen Parteien gegenüber bewahren, sondern die Taktik soll darin bestehen, daß, unabhängig von jeder bestehenden politischen Partei, eine Politik auf eigene Faust getrieben wird. Auf eigene Faust im wörtlichen Sinne genommen, denn der revolutionäre Syndikalismus will vor allen Dingen

revolutionäre Politik betreiben. Nicht revolutionär im Sinne fatalistischen Abwartens auf eine kommende Umwälzung, auch nicht revolutionär nach der Methode von Attentaten und Putschen, sondern revolutionär im Sinne fortdauernder Belästigung, Schädigung und Schikanierung der Arbeitgeber und der herrschenden Staatsgewalt. Als solches Mittel empfiehlt der revolutionäre Syndikalismus vor allem: Boykott, Sabotage (Zerstörung von Maschinen und Werkzeugen), Cacanny-Politik (absichtliches Langsamarbeiten), partielle Kampfstreiks und endlich als Hauptmittel, das im Mittelpunkt der ganzen syndikalistischen Politik steht, den Generalstreik. Das völlige Niederlegen aller Arbeit an allen Stellen des Landes solle das wirtschaftliche Leben des ganzen Landes lahmlegen und müsse so zum Ruin der bürgerlichen Ordnung führen. Da aber der Generalstreik von der militärischen Macht bekämpft wird, tritt noch als weiteres Kampfmittel hinzu: die antimilitaristische Propaganda. „Direkte Aktion" soll also heißen: Verlegung des Schwerpunktes der sozialistischen Aktion aus dem Parlament in die Werkstatt des Arbeiters. Nicht Anteil an der gesetzgebenden Gewalt sollen die Arbeiter erstreben, dies führe doch nur wieder zur Bevormundung, bestenfalls zu einem Staatssozialismus in irgendwelcher Form, sondern eigene Befreiung der Arbeiter mit Hilfe der eigenen durch ihren Beruf gelieferten Mittel. Dafür ein Beispiel: Gilt es den Achtstundentag durchzusetzen, so soll man nicht warten, bis auf dem Wege der langsamen parlamentarischen Tätigkeit schließlich ein gesetzlicher Achtstundentag erreicht werde, sondern die Arbeiter sollen einfach, wenn sie 8 Stunden gearbeitet haben, ihre Arbeitsstätte verlassen. Dieser Werkstättensozialismus führe durch selbständiges Vorgehen der Arbeiter, durch ihre Unabhängigkeit von Politikern aller Art, auch allein zu der nötigen Reife und Erziehung der Arbeiterschaft, die nötig sei für die Rolle, die sie einst in der sozialistischen Gesellschaft spielen müsse. — Wie man sieht, findet sich hier eine seltsame Mischung von marxistischen, blanquistischen und anarchistischen Gedanken vereinigt, und doch kann der revolutionäre Syndikalismus keiner dieser Richtungen zugezählt werden. — Sehr häufig wird die Richtung als anarchistisch bezeichnet. Dies ist ein Irrtum, und die Anarchisten selbst bekämpfen auch von ihrem Standpunkte durchaus konsequent diese neue Partei, denn wenn auch die Gegnerschaft gegen den Staat, wenn auch die Ablehnung parlamentarischer Betätigung echt anarchistische Gedanken sind, wie wir früher in der Vorlesung über Anarchismus gesehen haben, so sind doch die großen Unterschiede vom Anarchismus nicht zu übersehen. Vor allem, der Anarchismus will aus allgemein humanitären Erwägungen die ganze Menschheit befreien, der Syndikalismus dagegen vertritt bewußtermaßen den Klassenkampf der Arbeiter. Ferner aber unterscheidet sich der Syndikalismus vom Anarchismus durch das wirtschaftliche Programm. Die kleinbürgerliche Vorliebe der Anarchisten für den kleinen selbstwirtschaftenden Eigentümer, ihre Sympathie für dezentralistische, föderalistische Wirtschaftsform, dies alles ist dem Syndikalismus fremd. In bezug auf die wirtschaftliche künftige Gestaltung weist er vielmehr große Ähnlichkeit mit dem Marxismus auf. Die künftige wirtschaftliche Ordnung solle direkt an die kapitalistische Organisation anschließen, die

technischen Vorzüge des Großbetriebes werden von dieser Richtung durchaus anerkannt. Wenn so eine gewisse Beziehung zwischen Marxismus und Syndikalismus besteht, so hat anderseits diese Partei auch viel anti-marxistisches, namentlich insofern, als die Idee des Klassenkampfes bei Marx, wie wir gesehen haben, gerade auf dem Weg durchgeführt werden soll, welcher vom revolutionären Syndikalismus abgelehnt wird, nämlich auf dem Weg der politischen Organisation der Arbeiterklasse. Auch die Auffassung der revolutionären Taktik von seiten der Marxisten ist entgegengesetzt der revolutionären Taktik des Syndikalismus mit ihrer direkten Aktion und dem Generalstreik. In dem Unterstreichen der revolutionären Betätigung berühren sich die Syndikalisten stark mit den Blanquisten, von denen sie sich aber unterscheiden durch die Bevorzugung der gewerkschaftlichen Aktion vor der reinen Attentatstaktik des älteren Blanquismus.

Hören wir einige Vertreter des revolutionären Syndikalismus:

Lagardelle (die syndikalistische Bewegung in Frankreich, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1908, S. 137) sagt über den Gegensatz des Arbeiters als Produzent und Bürger folgendes: „Der Bürger kann mit Sachen der Politik nicht ganz vertraut sein; die den Wähler beschäftigenden Fragen liegen außerhalb seines täglichen Lebens; der regelmäßige Ablauf seines Daseins bereitet ihn keineswegs dazu vor, die fernliegenden Probleme der Parlamente und die Taten der Staatsmänner zu beurteilen. Nur ausnahmsweise beschäftigt er sich damit alle vier Jahre bei den Wahlen. Dies macht die mühelose Herrschaft der Berufspolitiker verständlich, welche durch verführerischen Schein, durch die Luftgebilde der Beredsamkeit der Masse imponieren, die unfähig ist, sie in der Hand zu behalten.

Das Gegenteil hat man in der ökonomischen Gesellschaft. Ihre Organe sind nicht außerhalb, sondern innerhalb ihres Bereichs, sind mit ihr verwachsen, sind ihr eigenes Werk. Das Syndikat erinnert in nichts an den politischen Staat, mit seinen übertragenen Befugnissen, seiner Befehls- und Zwangsgewalt. Es erhebt sich nicht über der Arbeiterklasse als ein mißgestalteter Auswuchs, sondern es ist ein Teil, eben der organisierte Teil der Arbeiterklasse selbst. Zwischen den erprobten Arbeitern des Syndikats und der nichtsyndizierten Arbeitermasse besteht keine Trennung, sondern tägliche Berührung in der Arbeitsstätte und im Leben. Die vom Syndikat erörterten Fragen sind gerade die des Gewerbes, und es übt moralische Gewalt nur da aus, wo es innerhalb seines Bereichs die Arbeiterinteressen vertritt. Der Produzent ist aktiv, der Staatsbürger passiv." Derselbe erklärte auf dem Sozialistenkongreß zu Nancy 1907 (Le parti socialiste et la Confédération du travail, Paris 1908, S. 31): „Wie die indirekte parlamentarische und gesetzgeberische Aktion die Tätigkeit lähmt, den Willen einschläfert und die niedrigsten Instinkte der menschlichen Natur aufrührt, so regt die direkte Aktion des Syndikalismus die latenten Kräfte des Individuums an, unterdrückt seine schlechten Neigungen zur Untätigkeit und läßt jene Fähigkeiten des Enthusiasmus, jene Kampflust, jene Eroberungssucht erwachen, welche ihn begeistern und auf die Höhe führen."

Das Antidogmatische des revolutionären Syndikalismus tritt gut her

vor in der Abhandlung von Labriola (Syndicalisme et Socialisme Paris 1908, S. 18): „Im Syndikalismus ist kein Raum für die byzantinischen Streitigkeiten über die Frage der Konzentration des Eigentums, des Wachstums und des Elends, der Krisen usw. Wir beschränken uns darauf zu sagen, daß dort, wo eine kapitalistische Fabrik ist, auch die Möglichkeit von Werkstätten des Syndikalismus vorhanden ist und die Möglichkeit von Werkstätten ohne Herren, aber wir fügen hinzu, daß dieses Ideal nur erreicht werden kann, wenn die Arbeiterklasse moralisch und geistig stark genug ist, um die Funktion zu übernehmen, die bisher von der Klasse der Bourgeoisie ausgeführt wurde, und materiell mächtig genug, jene Organisation der Gewalt umzustürzen, welche die kapitalistische Fabrik beschützt und die sich Staat nennt."

Über den Gegensatz von reformerischem und revolutionärem Syndikalismus bemerkt Griffuelhes (L'Action syndicaliste, Paris 1908, S. 12): „Die Arbeiterfrage wird für uns revolutionäre Syndikalisten folgendermaßen aufgefaßt: Es gilt gegen das Unternehmertum zu kämpfen, um von ihm aus zu seinem Nachteil immer mehr Verbesserungen zu erlangen, indem wir uns auf diese Weise der Aufhebung der Ausbeutung nähern. Für die reformerischen Syndikalisten dagegen, zu denen wir im Gegensatz stehen, stellt sich die Arbeiterfrage so: Es gilt sich zu vereinigen, um eine Verständigung mit dem Unternehmertum herbeizuführen mit dem Ziel, ihm die Notwendigkeit zu zeigen, uns einige Erleichterungen zu gewähren, aber indem wir in keiner Weise das Privileg des Unternehmertums antasten wollen. Diese letztere Art des Vorgehens führt uns weit vom Ziele ab, welches wir erreichen wollen."

Edouard Berth (Les nouveaux Aspcets du Socialisme, Paris 1908, S. 4) lehnt mit folgenden Worten jede Bevormundung von seiten einer Partei oder des Staates ab: „Der revolutionäre Syndikalismus ist der radikale Bruch mit der ganzen bürgerlichen Ideologie, von der der Guesdismus und Anarchismus, beide in gleicher Weise mit Wissenschaft angefüllt, nur eine letzte Ausgestaltung auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung darstellen. Mit dem Syndikalismus schafft sich die Arbeiterklasse ihre eigene Ideologie. Ihr Ehrgeiz ist es nicht, es zu machen wie die Bourgeoisie, welche, indem sie sich an die Stelle der alten Aristokratie setzte, nichts anderes zu tun wußte, als ihr nachzuäffen. Ihr Ideal ist es nicht, eine neue Salonkultur zu eröffnen, sondern eine Kultur der Produzenten. Ihr Ruf ist nicht zuerst der Staat oder soviel Staat als möglich, sondern im Gegenteil, so wenig Staat als möglich, und ebenso wie es der Krieg und die kriegerischen Tugenden waren, welche die Macht und die Größe des alten Adels vor seiner Unterwerfung durch das Königtum gewesen waren, so ist es die Arbeit, welche an Stelle des Krieges tritt, und sind es die Arbeitertugenden, welche ebenso erhaben sind wie die kriegerischen Tugenden, woraus die neue soziale Elite ihre Macht und Größe schöpfen wird. Und der Staat wird endlich eine Macht finden, vor welcher er zusammenbrechen wird, und zwar nicht durch eine chimärische Wiederaufrichtung des Vergangenen, sondern durch einen glänzenden Ausbruch der neuen sozialen Energie, die durch die moderne Großindustrie selbst zur Entwicklung gekommen ist."

Wir wollen jetzt sehen, wie diese Ideen des revolutionären Syndikalismus in die französische Gewerkschaftsbewegung Eingang gefunden haben. Wir haben bereits gezeigt, wie nach der Kommune die gewerkschaftliche Bewegung zunächst eine reine fachvereinliche ohne politisches Programm war, nur zur Vertretung der eigentlichen gewerkschaftlichen Interessen begründet und mit gemäßigten wirtschaftlichen Forderungen hervortretend. Wir haben auch gesehen, wie diese „gemäßigten" Fachvereine in der Zeit von 1872—1879 die Arbeiterbewegung beherrschten, daß sie dann allmählich die Führung verloren haben, und wie seit 1879 eine politische und radikale Richtung die Oberhand gewann. — Als im Jahre 1879 auf dem Arbeiterkongreß zu Marseille ein sozialistisches Programm angenommen wurde, trennten sich die „gemäßigten" Syndikate von der sozialistischen Richtung, hielten noch zwei Kongresse in Paris 1881 und Bordeaux 1882 ab und verloren dann alle Bedeutung. Nachdem die sozialistische Partei die Oberhand gewonnen hatte, suchte sie die gewerkschaftliche Bewegung ihren Zwecken dienstbar zumachen. Die Gewerkschaften sollten nur ein Anhängsel der sozialistischen Partei sein. Die gewerkschaftliche Bewegung selbst nahm einen neuen Aufschwung, als durch das Gesetz von 1884 die Assoziationsverbote aufgehoben wurden und die Gewerkschaften die Möglichkeit gewannen, das Recht der juristischen Persönlichkeit zu erlangen. Auf dem Kongreß zu Lyon 1886 wurde ein nationaler Syndikatsverband gegründet, um den neugegründeten Berufsvereinen einen Mittelpunkt zu geben. Dieser Verband kam, wie schon auf seinen ersten beiden Kongressen hervortrat, gänzlich in die Abhängigkeit von der guesdistischen Partei. Die Kongresse des Syndikatsverbandes, oder, wie der offizielle Name lautete, der Fédération nationale des syndicats ouvriers de la France, tagte in der Regel zur selben Zeit und in derselben Stadt wie die Kongresse der Arbeiterpartei, und in allen Punkten zeigte sich die völlige Übereinstimmung mit den Ideen der Guesdisten. Entsprechend diesen Beziehungen zwischen den Gewerkvereinen und der Parti ouvrier lautete eine von der französischen Arbeiterpartei auf dem Kongreß zu Lille 1890 angenommene Resolution: „Der Kongreß erwartet von allen Parteimitgliedern, daß sie sich in die Gewerkschaftsorganisation ihres Verbandes aufnehmen lassen und dort die sozialen Ideen zu verbreiten suchen, um für Programm und Politik der Partei Anhänger zu erwerben." Bemerkenswert ist die Resolution der Fédération nationale auf dem Kongreß zu Bordeaux 1888 zugunsten des Generalstreiks: „Der Kongreß erklärt, daß nur der Generalstreik, d. h. das völlige Aufhören aller Arbeit, oder die Revolution die Arbeiter zu ihrer Emanzipation führen kann." Gerade diese Frage sollte später den Anlaß zu den heftigsten Zwistigkeiten zwischen der politischen (Guesdisten-) Partei und der Gewerkschaftspartei werden. Auf dem Kongreß der Fédération nationale in Marseille 1892 hielt **Briand**, der spätere Ministerpräsident, eine große Rede zugunsten des Generalstreiks, worin er sagte: „Die Parti ouvrier ist nicht genügend organisiert, um die Anwendung dieses Prinzips zu versuchen; es kann erst nach einer Befragung aller Syndikate in die Praxis umgesetzt werden." Der Kongreß nahm eine Resolution zugunsten des Generalstreiks an und forderte die Föderation der Syndikate und der Arbeitsbörsen

auf, für dieses Prinzip in den Arbeitermassen Propaganda zu machen. — Was die eben erwähnten Arbeitsbörsen anlangt, so handelt es sich um lokale Vereinigungen der am gleichen Orte befindlichen Gewerkvereine. Diese Börsen, die in vielen französischen Städten gegründet wurden, waren der Mittelpunkt der Syndikatsbewegung an den betreffenden Orten geworden. Seit 1887, wo die erste Börse in Paris gegründet wurde, hat ihre Zahl sehr zugenommen; im Jahre 1908 gab es 142, die etwa 450 000 Arbeiter umfaßten. Diese Arbeitsbörsen, welche ein wichtiges gewerkschaftliches Agitationszentrum in allen Städten bildeten, waren nicht geneigt, den Weg der Föderationen, nämlich den Anschluß an die Guesdistenpartei, zu beschreiten. Die 14 Arbeitsbörsen, die 1892 existierten, gründeten in diesem Jahre auf dem Kongreß zu Etienne einen Bund unter dem Namen „Fédération des bourses du travail“. Ausdrücklich wurde bei der Konstituierung die Unabhängigkeit des Bundes der Arbeitsbörsen von der Regierung und den städtischen Obrigkeiten proklamiert. Im Juli 1893 fand ein vereinigter Kongreß des Bundes der Arbeitsbörsen und des Bundes der Gewerkvereine statt. Dieser Kongreß stand unter dem Eindruck der Schließung der Pariser Arbeitsbörsen von seiten der Regierung. Es wurde ein Protest gegen diese Maßregel beschlossen und die Anbahnung einer Einigung zwischen den beiden Verbänden im Prinzip angenommen. Die Guesdisten wollten von einer solchen Vereinigung nichts wissen, weil sie mit Recht davon eine Schwächung ihres Einflusses auf die Gewerkschaftsbewegung fürchteten. Sie sprachen sich daher auf ihrem Kongreß zu Nantes 1894 gegen den Generalstreik aus. Auf dem Kongreß der vereinigten Syndikate zu Nantes im selben Jahre führte die Frage des Generalstreiks schließlich die Spaltung herbei. Wiederum wurde von guesdistischer Seite der Generalstreik heftig bekämpft; wer für den Generalstreik sei, so wurde behauptet, handle so klug wie jemand, der eine Reise unternehme, ohne vorher an das Ziel der Reise zu denken; es sei kein Damoklesschwert für die Bourgeoisie, sondern ein Advokatenschwert (Anspielung auf den Advokaten Briand), worüber die Bourgeoisie lache. — Da die Majorität des Kongresses die Idee des Generalstreiks akzeptierte, zog sich die guesdistische Minorität zurück. Von jetzt ab war die Einigung aufgegeben und die beiden Föderationen marschierten wieder getrennt. Im Jahre 1895 versammelte sich die Minorität in Troyes und nahm eine Resolution an, die den Generalstreik zurückwies. Dies war ihre letzte Betätigung. Dann verschmolz sie völlig mit der Parti ouvrier. Jetzt wird der Bund der Arbeitsbörsen das Zentrum aller Syndikate, welche der Idee des Generalstreiks huldigen, und namentlich hat Pelloutier agitatorisch für die Idee des Generalstreiks gewirkt und überhaupt für die Ideen des revolutionären Syndikalismus außerordentlich geschickte Propaganda getrieben. Auf dem Kongreß zu Limoges 1895 gaben sich die Gewerkschaften, die dem Generalstreik anhingen, eine neue Gesamtorganisation, die Confédération générale du travail. Dieser allgemeine Arbeitsbund sollte alle Gewerkvereine umfassen, sowohl die Arbeitsbörsen als die isolierten Syndikate und die Syndikatsverbände. Artikel 1 der Statuten des allgemeinen Arbeitsbundes bestimmt, daß die zum Bund gehörigen Elemente sich außerhalb aller poli-

tischen Schulen zu halten hätten und Artikel 2 gibt als Ziel an: „die im Kampf um ihre gänzliche Befreiung stehenden Arbeiter auf ökonomischem Boden in enger Solidarität zu vereinigen.“ Es sollte also eine politisch neutrale und politisch unabhängige Zusammenfassung aller lokalen Gewerkschaftskartelle und nationalen Gewerkschaftsverbände darstellen. — Die Wirksamkeit der Confédération générale du travail war in den ersten Jahren ihres Bestehens eine nur sehr bescheidene, weil zunächst der Bund der Arbeitsbörsen in allen gewerkschaftlichen Fragen die Führung behielt. Dies dauerte bis zum Jahre 1901, in welchem Jahre der tatkräftige Führer der Arbeitsbörsen, Pelloutier, starb. Von dieser Zeit ab trat der allgemeine Arbeitsbund immer mehr in den Vordergrund; während er bis dahin im wesentlichen die vom Bund der Arbeitsbörsen befolgte Politik und Taktik nachahmte, nahm er seit 1901 und 1902 eine viel selbständigere und tatkräftigere Haltung an. Besonders durch seinen energischen Kampf gegen die Regierung und speziell gegen die Sozialpolitik des Ministeriums Waldeck-Rousseau erwarb er sich große Sympathien in der Arbeiterschaft. Wirksam wurde der allgemeine Arbeitsbund dabei unterstützt durch ein von ihm geschaffenes syndikalistisches Zentralorgan „La Voix du Peuple“. Dort wurde gleich zu Beginn die programmatische Erklärung abgegeben: Die Arbeitersyndikate werden sich immer mehr der vorherrschenden Rolle bewußt, die sie in den sozialen Kämpfen zu spielen haben. Sie wissen, daß neben der Sicherung des täglichen Brotes ihre Aufgabe darin besteht, die Zukunft vorzubereiten. Sie wissen, daß der körperschaftliche Organismus der Mutterschoß für die Welt von morgen ist. Sie wissen, daß eine normale, im Gleichgewicht befindliche Gesellschaft, in der sich alle Individualitäten in gegenseitiger Harmonie entwickeln, nicht anders als auf der Grundlage der körperschaftlichen Vereinigung denkbar ist. Diese Weite der Auffassung hat den Syndikaten Leben eingehaucht und ihren Wirkungskreis ausgedehnt; sie gewöhnen sich daher, in allen Fragen Stellung zu nehmen, keine wirksame Agitation aus dem Auge zu lassen, und bald wird die Behauptung, daß sie die ganze soziale Bewegung darstellen, nicht mehr anmaßend sein.“

Mit der Stärkung des allgemeinen Arbeitsbundes nahmen auch die Bestrebungen zu, zu einer Einigung mit dem Bunde der Arbeitsbörsen, und damit zu einer einheitlichen, machtvollen syndikalistischen Bewegung zu kommen. Nach langwierigen Verhandlungen und Versuchen kam die Einigung endlich auf dem Kongreß zu Montpellier 1902 zustande. Hier wurde die endgültige Fusion des Bundes der Arbeitsbörsen und des allgemeinen Arbeitsbundes beschlossen. Als unmittelbarer Zweck des Bundes gibt Art. 1 der Satzungen an: die Vereinigung der Lohnarbeiter zur Verteidigung ihrer moralischen und materiellen Interessen. — Das Endziel war sozialistisch: Verschwinden des Lohnarbeitertums und Unternehmertums. Der Bund sollte außerhalb jeder politischen Schule stehen.

Das Wesen dieses jetzt geeinigten syndikalistischen Sozialismus kennzeichnet Lagardelle so: „Wir wollen kein dogmatisches Programm, das sich mit mehr oder weniger anfechtbaren Postulaten abquält und dessen

strenge Form jeden lebendigen Geist töten würde. Eine allgemeine Darlegung genügt, um zugleich das Ziel und die Mittel zu kennzeichnen. In diesen elastischen Grenzen wird die Tat das übrige tun. Sie wird im Anschluß an die Praxis die besondere Taktik bei den konkreten Fragen des Lebens bestimmen. Die Erfahrung ist die einzige Schule, durch die der Syndikalismus gehen will, von der er sich belehren läßt. Der Kampf wird die Arbeiterklasse über ihre eigenen Kräfte, über die Widerstandsfähigkeit und die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, über die Wirksamkeit der verschiedenen Methoden belehren. Die Theorie entspringt der Praxis, die Tat schafft den Gedanken." (a. a. O., S. 129.)

Die Organisation des allgemeinen Arbeitsbundes ist eine föderalistische; die Basis bildet das Syndikat. Darüber erheben sich die Syndikatsverbände und zwar einmal der nationale Berufsverband, der die Syndikate gleichen Berufes von ganz Frankreich vereinigt und zweitens der Lokalverband und die Arbeitsbörsen: sie vereinigen die Syndikate verschiedener Berufe am selben Ort. Alle diese vereinigt jetzt der Verband der Verbände, das heißt der Allgemeine Arbeitsbund. Er besteht aus zwei Sektionen, nämlich des Bundes der Arbeitsbörsen und der Sektion der Industrie- und Gewerbeverbände.

Auf dem Kongreß zu Bourges 1904 zeigt sich deutlich, daß innerhalb der syndikalistischen Bewegung die Richtung des sogenannten revolutionären Syndikalismus über den reformistischen Syndikalismus den Sieg davon getragen hatte. Beide Richtungen sind bis zur Gegenwart noch in großer Stärke vorhanden und trotz der tatsächlichen Übermacht der revolutionären Syndikalisten bei den Abstimmungen und Resolutionen ist die Bedeutung der reformerischen Gruppe nicht zu unterschätzen. — Die reformerischen Syndikalisten stehen auf dem Standpunkte, daß durch friedliche Verständigung mit den Unternehmern, durch Tarifverträge, Arbeitsausschüsse, Unterstützungskassen usw. am meisten den Arbeiterinteressen gedient sei. Auch sind sie keineswegs eine staats- oder kommunalsozialistische Politik. Sie weisen manche Ähnlichkeit mit den englischen Trade Unions auf. — Charakteristisch für ihre politische und ökonomische Auffassung sind die Worte von Fournier (Geht die französische Sozialdemokratie einer Krise entgegen? Sozialistische Monatshefte 1907, S. 606): „Die Demokratie ist der Rahmen Eurer politischen Befreiung; seid Demokraten der Vorhut, um die Massen nachzuziehen und nicht um Euch gegen sie zu wenden. Führt diese Masse den ökonomischen Lösungen entgegen, die Euch nicht die vollständige Souveränität verschaffen, aber Euch helfen werden, sie selbst zu erwerben, zeigt ihr als Aufgabe die Verwandlung des Staates in eine Demokratie und die seiner Autoritäts- und hierarchischen Funktionen in Funktionen des öffentlichen Dienstes und der Arbeitsteilung! Wir haben die Pflicht, den Arbeiter aufzuklären, ihn die von jeder politischen Vormundschaft freie Gewerkschaft schätzen, die Konsumgenossenschaften benützen zu lehren, um eine kontrollierende Macht über die Preise und die Qualität der fürs Leben notwendigen Dinge zu bilden; wir müssen die Versicherungseinrichtungen mit unserem Hauch beleben und dürfen sie nicht als bürgerliche Erfindungen darstellen, um den Arbeiter vom Sozialismus

abzuwenden. Wir müssen die Arbeiter einer Branche auffordern, die Gewerkschaft dazu zu benutzen, Kollektivverträge mit den Unternehmern abzuschließen. Mit einem Worte, wir müssen uns dem Leben widmen und nicht Dogmen zu formulieren trachten." — Zu dieser reformerischen Gruppe gehören besonders die Eisenbahner, die Buchdrucker, die Mechaniker, die Textilarbeiter usw. Diese reformerischen Gewerkschaften haben 1909 ein Comité d'Union syndicaliste gegründet mit der Absicht, den anarchistischen Elementen in der Gewerkschaftsbewegung entgegenzutreten.

Die entgegengesetzte Taktik wird von den revolutionären Syndikalisten verfolgt, sie vertreten die direkte und revolutionäre Aktion. In ihrem Sinne hatte der Kongreß zu Bourges 1904 die Resolution angenommen: „In Erwägung, daß die Arbeiter zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nur auf ihre eigenen Kräfte zu rechnen haben; in Erwägung, daß eine Agitation für den Achtstundentag das endgültige Werk der vollständigen Befreiung fördert, beauftragt der Kongreß den Allgemeinen Arbeitsbund, eine intensive und wachsende Agitation ins Werk zu setzen, die bewirken soll, daß die Arbeiter am 1. Mai 1906 von selbst aufhören, mehr als 8 Stunden zu arbeiten. Der Kongreß zu Amiens 1906 hatte in einer Resolution erklärt: „In dem täglichen Kampf erstrebt der Syndikalismus die Zusammenfassung der Bestrebungen der Arbeiterschaft, die Erhöhung ihrer Lebenshaltung durch die Realisierung sofortiger Verbesserungen, wie die Verminderung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne usw. Aber diese Aufgabe stellt nur die eine Seite des syndikalistischen Programms dar: er bereitet die vollständige Befreiung des Arbeitsbundes vor, die nur auf dem Wege der Expropriation des Kapitalismus zu realisieren ist. Als Mittel hierzu verkündet er den Generalstreik und er ist der Ansicht, daß das Syndikat, das heute eine Verteidigungsstellung einnimmt, in Zukunft als Träger der Produktion und der Verteilung die Basis der sozialen Reorganisation bilden wird."

Zur Ergänzung der Propaganda für den Generalstreik tritt die antimilitaristische Agitation hinzu. Die syndikalistische Partei hat ein in mehr als hunderttausend Exemplaren verbreitetes Handbuch für Soldaten herausgegeben, worin die Soldaten aufgefordert werden, schon in Friedenszeiten zu desertieren.

Wenn auch die Abstimmungen der meisten Kongresse ergeben, daß die revolutionäre Richtung im Syndikalismus die Oberhand hat, so darf doch nicht übersehen werden, daß auf dieses Resultat der Abstimmungsmodus von Einfluß ist. Es wird nämlich so abgestimmt, daß jeder Verein ohne Rücksicht auf die Zahl der Mitglieder eine Stimme hat. Die Gewerkschaft der Apothekerlehrlinge, die 40 Mitglieder zählt, hat das Recht auf einen Delegierten und eine Stimme, genau so, wie der Eisenbahnerverband mit 50 000 Mitgliedern. Da die reformerischen Gewerkschaften sehr große Mitgliedschaften haben, kommen sie bei den Abstimmungen zu kurz. —

Trotz aller äußerlichen „Einigungen" der syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung sind die tiefen Gegensätze zwischen der revolutionären und der reformerischen Richtung keineswegs verschwunden. Die französische

Arbeiterpresse ist angefüllt von fortwährenden Streitigkeiten zwischen diesen beiden Gruppen. Die Confédération générale du travail umfaßt nach der Statistik von 1906 = 64 nationale Industrieverbände und 135 Arbeitsbörsen; die Zahl der um diese zentrale Organisation gruppierten Arbeiter beträgt ungefähr 500 000. Zahlreiche Kampfstreiks haben bewiesen, daß die Agiation des revolutionären Syndikalismus auf fruchtbaren Boden gefallen ist, wie die Tatsache, daß auch Beamte und Lehrer Anschluß an diese Bewegung gesucht haben, die Ausdehnung und den Einfluß dieser Richtung beweist.

Die französische sozialistische Partei hat es nicht an Anstrengungen fehlen lassen, diese auch numerisch sehr mächtige syndikalistische Bewegung — es gab 1. Januar 1909 = 5354 Syndikate mit 944 761 Mitgliedern — für sich zu gewinnen und es fanden bis in die jüngste Zeit hinein Annäherungs- und Einigungsversuche von seiten der Parti ouvrier statt. — Der Textilarbeiterverband in Lille, der unter guesdistischem Einfluß steht, brachte auf dem syndikalistischen Kongreß zu Amiens 1906 den Antrag ein: „Der Kongreß möge beschließen, das föderalistische Komitee solle jedesmal, wenn die Umstände es verlangen, veranlassen, daß sich die ständigen oder jeweiligen Delegierten mit der Leitung der sozialistischen Partei ins Benehmen setzen, um die hauptsächlichen gesetzlichen Arbeitsreformen leichter durchzuführen." Dieser Antrag wurde abgelehnt, und es wurde erklärt, „daß der Syndikalismus, um seine höchste Wirkung zu erreichen, den wirtschaftlichen Kampf direkt gegen die Unternehmerschaft richten müsse. Die vereinigten Organisationen in ihrer Eigenschaft als syndikalistische Gruppen haben sich nicht um die Parteien und Sekten zu kümmern, die neben und parallel mit ihnen in voller Freiheit die soziale Umgestaltung anstreben können". Mit dem Worte „Parteien" sollen hier die parlamentarischen Sozialisten gemeint sein, mit dem Worte „Sekten" die Anarchisten. — Auf dem sozialistischen Kongreß zu Limoges 1906 wurde der entsprechende Antrag: „Es muß Sorge dafür getragen werden, daß je nach den Umständen die syndikalistische Aktion und die politische Aktion der Arbeiter sich verständigen und sich kombinieren können", ebenfalls abgelehnt und ein Antrag von Jaurès, der der syndikalistischen Bewegung ihre Freiheit gewährt, angenommen. — Von neuem wurde die Einigung auf dem sozialistischen Kongreß zu Nancy 1907 gewünscht; namentlich Guesde trat mit Wärme für ein Zusammengehen beider Organisationen ein. Aber auch hier wurde die Einigung abgelehnt.

Am Schlusse meiner Darstellung der sozialen Bewegung in Frankreich angelangt, kann ich auch zu der Frage Stellung nehmen, ob die französische Bewegung sich gemäß dem sozialistischen Programm von Marx entwickelt hat. Ich glaube, jede objektive Betrachtung muß das Gegenteil feststellen. Zunächst ist rein numerisch die Schwäche der französischen sozialistischen Partei gegenüber der deutschen Sozialdemokratie auffallend: die Zahl der beitragenden Mitglieder bezifferte sich 1909 auf 51 000! Wir haben ferner gesehen, wie zerklüftet die französische sozialistische Bewegung

ist und wie entfernt davon eine einheitlich geschlossene Klassenkampfpartei in marxistischem Sinne zu sein. Wir finden auch keine Annäherung an diese Gestaltung, vielmehr ist trotz der äußerlichen Einigung der verschiedenen sozialistischen Parteien in Frankreich in der Parti unifié die innere Uneinigkeit in mindestens ebenso starkem Maße vorhanden wie früher. Der tiefe Gegensatz zwischen den Reformisten und Revolutionären besteht nach wie vor, und, wie wir zuletzt gesehen haben, hat sich außerhalb der sozialistischen politischen Parteibewegung noch eine antiparlamentarische Bewegung herausgebildet im bewußten Gegensatze zu der politischen Parteivertretung. Innerhalb der politischen Sozialistenpartei bleibt die marxistische Gruppe an Bedeutung, Zahl und Einfluß hinter den antimarxistischen Strömungen zurück. — Es gilt eine Erklärung für die Tatsache zu geben, daß der französische Sozialismus so gespalten ist und daß der Marxismus keine ausschlaggebende Rolle spielt. Wenn die marxistischen Lehren in Frankreich so geringen Einfluß gewonnen haben, so liegt dies zweifellos zum großen Teil an der ökonomischen Struktur Frankreichs. Ich will Ihnen ein paar Ziffern geben, um zu zeigen, in welch großem Maße in Frankreich der Kleinbetrieb noch heute immer vorherrscht. Zunächst ist Frankreich in viel größerem Maße als England und Deutschland ein agrarisches Land: Die ländliche Bevölkerung Frankreichs machte 1901 noch 60,2% der Gesamtbevölkerung aus; von 5 703 000 landwirtschaftlichen Betrieben im ganzen gehörten 4 843 000 zur Größenklasse bis zu 10 ha, also zu den Kleinbetrieben; auf 100 in der Landwirtschaft tätigen Personen kamen 54,1 Selbständige. Es ist nicht zu verwundern, daß in einem Lande, wo in solchem Umfange kleine selbständige Eigentümer und kleine selbständige Betriebe bestehen, eine Lehre keine große Anhängerschaft gewinnen kann, die behauptet, daß die kleinen und mittleren Betriebe rettungslos dem Untergange geweiht seien. So hat die marxistische Richtung in Frankreich auch, wie wir gesehen haben, allerlei Kompromisse an die Handwerker, Bauern usw. machen müssen, ohne jedoch damit den gewünschten Erfolg zu erzielen. — Aber es sind nicht allein diese objektiven wirtschaftlichen Verhältnisse, die das Eindringen des Marxismus erschweren; die ganze geschichtliche Tradition wirkt ebenfalls dem Aufkommen des Marxismus entgegen. Das französische Volk ist viel zu sehr beherrscht von den Erinnerungen an die Revolutionen und von den Ideen, von welchen sie getragen worden sind, als daß es der nüchternen evolutionären Katastrophentheorie Geschmack abgewinnen könnte. Es fehlt dem Marxismus irgendeine Idee, für die man sich begeistern könnte. Es fehlt ihm der Elan, den gerade der Franzose ungern vermißt. Alle die zahlreichen Sekten, und Richtungen, die sich seit der großen französischen Revolution entwickelten, haben bis heute noch ihre Spuren hinterlassen. Die starke Neigung des Franzosen zum Politisieren fördert diese Sekten- und Parteibildung sehr. So ist es nicht zu erstaunen, daß eine so zahlreiche Menge von Fraktionen und Fraktiönchen sich gebildet hat und bis zum heutigen Tage immer noch neu bildet. Nicht zu vergessen ist auch, daß ein stark freiheitlicher Zug, der in Frankreich weit verbreitet ist, sich dem autoritären Wesen des modernen Sozialismus gegenüber ablehnend verhält und charakteristisch dafür sind die Worte, die Fi

nance auf dem Kongreß zu Marseille 1879 sprach: „Nie werde sich der freiheitsliebende Franzose den kollektivistischen Systemen mit ihrer absoluten Aufhebung der persönlichen Unabhängigkeit und der tyrannischen Herrschaft der Mehrheit unterwerfen". — Aus der eingewurzelten liberal-individualistischen Grundstimmung heraus haben die sozialen Systeme, welche der Selbstbestimmung des Individuums großen Spielraum lassen, so viele Anhänger bis zum heutigen Tage gefunden. Daher die heute noch sehr starke anarchistische und halbanarchistische Bewegung in Frankreich und die Versuche, vermittelst sogenannter mutualistischer oder anderer genossenschaftlicher Gründungen die „soziale Frage" lösen zu wollen. Umgekehrt ist aber auch die entgegengesetzte Strömung in Frankreich weit verbreitet, nämlich die, welche alles Heil vom Staate und von der Staatshilfe verlangt. Man meint, der Staat wäre in der Lage, durch gewisse staatssozialistische Einrichtungen aller Not ein Ende zu bereiten; daher auch eine gewisse Hinneigung zu den Ideen und Systemen à la Louis Blanc und anderer Sozialisten, die wir früher kennen gelernt haben. Aber einerlei, ob mehr zur freiheitlichen oder mehr zur staatssozialistischen Richtung gehörig, allen gemeinsam ist die schwärmerische Hingebung an die Republik und die nicht auszurottende Idee, daß die Republik, so wie sie politische Freiheiten dem Volke gewährt habe, auch große soziale Reformen durchzuführen imstande wäre. So glauben die Sozialisten trotz der verschiedenen Spaltungen in dem Punkte einig sein zu müssen, daß es vor allen Dingen gelte, die Republik gegen alle Gefahren, die etwa von klerikaler oder monarchistischer Seite drohen, aufrecht zu erhalten. — Diese Gedanken sind wiederum antimarxistisch, denn der Marxist betrachtet die Staatsreform als etwas Nebensächliches, weil es nur auf die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ankomme und weil diese sich unter allen möglichen Staatsformen finde. Die Sozialisten, welche glauben, vor allem die Republik aufrecht erhalten zu müssen, sind geneigt, mit anderen politischen Gruppen zusammenzugehen, wenn diese nur ebenfalls den Schutz der republikanischen Freiheiten zu garantieren suchen. — Aus diesem ganzen Gedankengang heraus ergibt sich die weitverbreitete Neigung der französischen Sozialisten zu demokratischer Reformpolitik statt zur Klassenkampfpolitik, wie sie der Marxismus fordert. Damit hängt auch ein stark nationaler Zug zusammen, den wir beim französischen Sozialismus finden, der sich wiederum schlecht mit den internationalen Ideen des Marxismus verträgt.

Die von Guesde und Lafargue nach Frankreich importierten marxistischen Ideen sind daher bis zum heutigen Tage in Frankreich ein fremdes Gewächs geblieben. — Umgekehrt ist ein Mann wie Jaurès mit seiner glühenden Beredsamkeit, mit seinem Appell an gewisse Ideale der Humanität und Menschenwürde von viel stärkerem Einfluß auf die französische Bewegung geworden. Er und nicht Guesde war der eigentliche Führer der Majorität der heutigen französischen Sozialisten. Seine Neigung zu demokratischer Reformpolitik und zu Kompromissen und Konzessionen an die Bourgeoisie läßt es erklärlich erscheinen, daß der französische Sozialismus in seiner überwiegenden Majorität so fern von der intran-

sigenten, intoleranten Haltung der deutschen Sozialdemokratie ist. Die Tatsache, daß mehrere französische Minister aus den Reihen der Sozialisten hervorgegangen sind, ist für den Kenner der französischen sozialistischen Bewegung nichts Überraschendes. Es liegt diese Neigung zum Anschluß an die positive demokratische Politik im Wesen der gemäßigten französischen sozialistischen Bewegung. Daß die reformistische Auffassung auch in der außerparlamentarischen Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, habe ich Ihnen ausführlich gezeigt, und es ist kaum anzunehmen, daß auf die Dauer die revolutionäre und radikale Richtung in diesem Syndikalismus die Oberherrschaft behalten wird.

Es wird zum Verständnis der Grundverschiedenheit des deutschen und des französischen Sozialismus beitragen, wenn ich jetzt einige Stellen von Jaurès selbst zitiere, die Ihnen diesen populärsten französischen Sozialistenführer näher bringen sollen In einem Aufsatz über Privateigentum weist Jaurès auf die Idee der Gerechtigkeit hin, welche allen sozialen Bestrebungen zugrunde liegen müsse. Er sagt dort: „Zum erstenmal seit dem Beginn der Geschichte fordert der Mensch sein Menschenrecht, sein ganzes Recht. Der Arbeiter, der Proletarier, der Nichtbesitzende, er fühlt sich als Persönlichkeit. Er verlangt alles, was ihm als Menschen gebührt: das Recht auf Leben, das Recht auf Arbeit, das Recht auf die allseitige Entwickelung seiner Fähigkeiten, auf die beständige Betätigung seines freien Willens und seiner Vernunft. Unter der doppelten Wirkung des demokratischen Lebens, das in ihm das Gefühl seiner Menschenwürde erweckt und gestärkt hat, und der Großindustrie, die den organisierten Proletariern das Bewußtsein ihrer Macht verlieh, wird der Arbeiter zu einer Persönlichkeit und will immer und überall als solche behandelt werden. Nun wohl, die Gesellschaft kann nur dann dem Proletarier das Recht auf Arbeit, das Recht auf Leben gewährleisten, erst dann ihn aus dem passiven Lohnsystem zur genossenschaftlichen Autonomie erheben, wenn sie selbst Hand an das bestehende Eigentumssystem legt. Das soziale Eigentumsrecht muß ins Leben gerufen werden, um das wahre Privateigentum zu garantieren, das Eigentumsrecht, das jedes menschliche Individuum an sich selbst hat und haben soll" (S. 184).

Am Ende seiner großen elfbändigen Histoire socialiste, die Jaurès mit mehreren Mitarbeitern herausgegeben hat, gibt er ein Resumé seiner ganzen Auffassung in dem Schlußwort „Le bilan social du XIX. siècle". Dort sagt er über die künftige Entwicklung des Sozialismus: „Der Sozialismus selbst wird sich alsdann in der Vertretung der sozialen Idee des Eigentums an die Stelle des Radikalismus setzen und wird sie bis zu den nötigen Konsequenzen führen. Die Bresche ist offen, wodurch er gehen wird. Es ist die extremste, logischste, demokratischste Formel der französischen Revolution, welche nach einem Jahrhundert ohnmächtigen Herumtappens, Träumens, nach halb verfehlten Revolutionen endlich in die Welt der Tatsachen eingetreten ist. Was das revolutionäre Genie in dem Fieber und der Aufregung des Kampfes vorausgesehen und versucht hatte, ist normale und solide Auffassung geworden. Man könnte ihn einen vulkanischen Gipfel nennen, der aus einer Reihe von Zusammenbrüchen und Wiedererhebungen

sich endlich auf seinem höchsten Niveau festgesetzt hat. Er ist jetzt gefestigt, zu einem breiten Plateau erweitert, welches die große neue Stadt tragen kann. Alle die, welche gekämpft, gelitten und gehofft haben, haben seit einem Jahrhundert sich nicht vergebens bemüht. Ihr Opfer war nicht umsonst, ihr Hoffen hat sie nicht getäuscht, und wenn das Proletariat sich dieses Sieges der revolutionären Demokratie freuen kann, so ist es nicht nur, weil er ihm erlaubt, zu hoffen und einen noch entscheidenderen Sieg vorzubereiten, sondern weil es dieses heute noch immer schwache Proletariat ist, welches diesen Triumph der Revolution gesichert hat. Das Proletariat ist es gewesen, welches die Bourgeoisie gezwungen hatte, mit den wieder aufkommenden Prätentionen des ancien régime zu brechen, das Proletariat ist es gewesen, welches der Bourgeoisie sein Privileg entrissen hat, um endlich eine große politische Demokratie zu schaffen, welche eine soziale Demokratie schaffen wird. — Was hätten die Republikaner während des ganzen Jahrhunderts ohne die Arbeiter geleistet? In allen Stadien des Kampfes, welchen die politische Demokratie vorbereitet oder verwirklicht hat, ist die Demokratie sichtbar, und es wird, wie ich glaube, eines der Verdienste des historischen Werkes sein, dessen Schluß ich gerade schreibe, diese Linien aufgezeichnet zu haben." Er schließt das Werk mit den Worten: „Créer la démocratie en la dépassant a été durant un grand siécle tourmenté et fécond, l'oeuvre de la classe ouvrière. Diriger la démocratie en la dépassant et l'obliger enfin à se hausser au socialisme, ce sera sa grande oeuvre de demain". — So findet auch Jaurès Worte für die Bedeutung der Nation und des nationalen Momentes in der sozialistischen Bewegung, wenn er z. B. sagt: „Man wundere sich nicht, daß wir, nachdem wir zuerst die Freiheit der menschlichen Person verlangt haben, die nationale Gemeinschaft intervenieren lassen. Nur die Nation kann alle einzelnen befreien. Nur die Nation kann allen die Mittel zur freien Entwicklung bieten. Die einzelnen, kleinen, vorübergehenden Organisationen vermögen nur zeitweise kleine Gruppen von Individuen zu beschützen. Aber es gibt nur eine allgemeine und beständige Organisation, die die Rechte aller Individuen ohne Ausnahme, und nicht nur der lebenden, sondern der noch kommenden Generationen zu sichern imstande ist.

Und diese allgemeine unvergängliche Organisation, die auf einem bestimmten Teil des Planeten alle Individuen umfaßt und die ihr Werk und ihre Gedanken auf die nachfolgenden Generationen erstreckt, ist die Nation. Wenn wir uns auf die Nation berufen, so deshalb, um die Totalität und Universalität des individuellen Rechts sicher zu stellen. Kein menschliches Wesen darf in irgendeinem Augenblick außerhalb der Rechtssphäre stehen. Niemand darf der Gefahr ausgesetzt sein, der Raub oder das Instrument eines anderen Menschen zu werden. Niemand darf der positiven Mittel beraubt sein, frei, ohne knechtische Abhängigkeit, von wem auch immer es sei, zu arbeiten. Bei der Nation findet das Recht aller Individuen heute, morgen und alle Tage seine Gewährleistung. Und wenn wir der nationalen Gemeinschaft das übertragen, was das Eigentum der kapitalistischen Klasse war, so geschieht es nicht, um aus der Nation ein Idol zu machen, um ihr die Freiheit der Individuen zu opfern. Im Gegenteil, nur damit sie die

Basis für alle individuellen Betätigungen wie für alle individuellen Rechte abgeben soll. Das soziale, das nationale Recht ist für uns nur die Totalität, der Inbegriff der Rechte aller Individuen. Das soziale Eigentum ist nur das Mittel, das allen zur Verfügung steht." (S. 161/62.)

Wieweit seine Anschauungen von den marxistischen Dogmen abweichen, geht klar aus seinen eingehenden Ausführungen bei der Debatte über den Zukunftsstaat im französischen Parlament hervor, woraus ich Ihnen zum Schluß noch eine Stelle anführen will: „. . . Womit wir den Sozialismus begründen, das ist nicht allein oder nicht etwa besonders der Zweck, daß er den Gedanken der höheren Gerechtigkeit verwirklichen soll, sondern das ist die Tatsache, daß er die Entwicklung und Vollendung aller früheren Kulturarbeit der Menschheit ist. Gerade weil die Menschen, und besonders die Menschen der neuesten Zeit ein wenig Licht und ein wenig Freiheit sich errungen haben, streben sie durch dieses Licht und durch diese Freiheit empor zu einer *höheren Gerechtigkeit*. Weil Wissenschaft und Technik große mechanische Vorrichtungen geschaffen haben, welche die Kraft der Menschheit zusammenfassen und vereinigen, deshalb haben die Arbeiter die Möglichkeit einer Gesellschaftsordnung begriffen, in der die Menschheit friedlich zusammenarbeitet. Weil die Menschenrechte, an die der Herr Minister des Innern erinnert hat, verkündigt und bestätigt und in der Verfassung sichergestellt sind, deshalb haben die Proletarier die Hoffnung bewahrt, jene Menschenrechte auch in wirtschaftlicher Beziehung zu verwirklichen und die Arbeitsbienen aus der Sklaverei zu befreien, die schon durch die Gesetze welche die große französische Revolution proklamierte, überwunden sein sollte. Während wir also uns gerade den menschlichen Fortschritt und zwar nur im Sinne der Entwicklung denken können, werfen Sie uns vor, daß wir den Fortschritt leugneten. Nein, weil wir jetzt sagen: die Früchte sind nun reif und die Stunde der Ernte ist gekommen, deshalb verachten wir nicht die Blüte und zerstören wir nicht die Wurzel des Baumes der Menschheit; Sie, Herr Minister, Sie als Mann der Wissenschaft, sind merkwürdig wenig vertraut mit der Idee der Entwicklung. Ich kenne keine Geschichtsphilosophie die der Idee der Entwicklung fremder wäre, als diejenige, die Sie hier vorgetragen haben, um uns zu bekämpfen. Nach Ihnen wäre das Christentum völlig bankerott geworden und hätte nur unter anderen Formen die ganze Brutalität des Altertums erneuern helfen. Die Idealisten von 1848, die Sie alle in demselben spöttischen Ton genannt haben, *Leroux*, *Louis Blanc*, *Proudhon* und *Fourier*, hätten keine Spur in der Geschichte und in der Wirklichkeit zurückgelassen.

Dabei beherrschen ihre Lehren *heute noch unsere Gedanken*, unsere Leidenschaften, unsere Auseinandersetzungen."

XV. Vorlesung.

Der Sozialismus in England.
Die Anfänge des englischen Sozialismus.

Früher als in Frankreich waren in England die Vorbedingungen zur Bildung einer proletarischen Bewegung gegeben: denn von England aus sind die großen Erfindungen, die das industrielle Leben umwälzten, ausgegangen und dort sind sie zuerst in großem Maßstab zur Anwendung gelangt.

Sie wissen, wie durch die Erfindungen der modernen Industriemaschinen (1764—75 Spinnmaschine; 1780 Puddleverfahren; 1785 bis 1790 mechanischer Webstuhl; 1790 Dampfmaschine; 1799 Papiermaschine) eine völlige Umwälzung in der Produktionsweise eingetreten war. An Stelle der früheren selbständigen Handwerksmeister und Hausindustriellen traten große Massen von besitzlosen Arbeitern einerseits und wenige große Arbeitgeber anderseits.

Hand in Hand damit ging eine gewaltige Ausdehnung des industriellen und kaufmännischen Lebens. In den Jahren 1780—1800 hat sich die Baumwolleinfuhr in England verzehnfacht, die Ausfuhr von Baumwollwaren verfünfzehnfacht. Ein Kind konnte je zwei Webstühle bedienen und in gleicher Zeit 2- bis 3mal soviel weben, wie früher die besten Handweber. Die Jenny-Spinnmaschine lieferte — von einem Arbeiter getrieben — wenigstens das sechsfache von dem, was das Spinnrad in gleicher Zeit liefern konnte.

Die Arbeiter waren in keiner Weise durch die Gesetzgebung vor Ausbeutung geschützt. Das Lehrlingsgesetz vom Jahre 1562 war im Jahre 1814 aufgehoben worden. Durch das Gesetz von 1562 war die Arbeitszeit auf eine bestimmte Stundenzahl beschränkt, Nachtarbeit war verboten, die Löhne wurden durch Friedensrichter und die städtische Obrigkeit festgesetzt, die Anzahl der Lehrlinge war beschränkt usw. Alle diese gesetzlichen Einschränkungen ließ man fallen, getreu dem damals herrschenden Dogma, daß die Arbeit das einzige Eigentum des armen Mannes sei, und daß eine Einmischung in dieselbe, um ihren Verkauf durch gesetzliche Maßnahmen zu beschränken, ein gesetzlicher Eingriff in die Rechte des armen Mannes wären. Die üblen Folgen, welche diese Freiheit des Arbeitsvertrages für die Arbeiter mit sich brachte, gehen deutlich aus den zahlreichen und gründlichen Untersuchungen hervor, die in England schon sehr frühzeitig von der Regierung und vom Parlament angestellt wurden.

Um nur einige Daten hervorzuheben: Die parlamentarische Untersuchungskommission von 1831 erklärte, daß durch die Zeugenaussagen, die gemacht worden waren, sich ergeben habe, daß die Kinder, die in den wichtigsten Fabrikzweigen beschäftigt waren, dieselbe Anzahl von Stunden arbeiten, wie die Erwachsenen. Viele seien unter 7, noch mehr unter 8 Jahren, die größte Anzahl aber unter 9.

Sie können aus den beiden großen Werken, die speziell die soziale Entwicklung in England schildern, nämlich von Schulze-Gävernitz „Zum sozialen Frieden" und von Nostitz „Die Entwicklung des Arbeiterstandes in England", sehen, welche Zustände namentlich in bezug auf Arbeit der Frauen und Mädchen, auf Nachtarbeit, übermäßige Arbeitszeit der Erwachsenen usw. herrschten.

Nur auf ein Problem möchte ich Sie hinweisen, das damals in besonders großem Maße die Öffentlichkeit beschäftigte und das zu schweren Konflikten führte, nämlich die in weitgehendem Maße erfolgende Ersetzung der Handarbeit durch Maschinenarbeit. Der Übergang von der Handarbeit zur Maschinenarbeit, der sich damals in vielen Gewerben vollzog, bedeutete für die Mehrzahl der beschäftigten Arbeiter eine Verschlechterung ihrer Lage. Nicht nur, weil infolge der Einführung der Maschinen weniger Arbeitskräfte nötig waren, als vorher; vielfach konnten auch jugendliche, ungelernte Arbeiter an die Stelle erwachsener, gelernter Arbeiter treten. So wurde z. B. in der Kattundruckerei eine Maschine eingeführt, mit der Wirkung, daß die Arbeit gelernter Arbeiter fast ganz entbehrlich wurde. Die Arbeit von Knaben trat in weitem Umfange an die Stelle von Männerarbeit. Dazu kam noch ein weiteres: Der Übergang zur Fabrikarbeit bedeutete für zahlreiche Arbeiter den Verlust des Rückhaltes, den sie vorher an der eigenen kleinen Wirtschaft hatten. Während früher zu der gewerblichen Tätigkeit die landwirtschaftliche hinzukam, so hörte dies jetzt auf, und bei jeder Schwankung der Konjunktur war der Arbeiter der Gefahr der Arbeitslosigkeit ausgesetzt.

In dem 1839 erschienen Bericht über die Lage der Weber (Reports from Assistant Hand-Loom Weaverss Commissioners, Accounts and Papers 1839) wird dieser Umstand speziell als Grund hervorgehoben, warum die Lage der Weber auf dem Kontinent günstiger war als in England: „Die günstige Lage der Weber auf dem Kontinent kontrastiert auffallend mit dem Elend der Arbeiter in England. In Österreich und der Schweiz wurde die Arbeit verrichtet, wie es früher in England der Fall war, durch die Landbevölkerung. Weben war eine Nebenbeschäftigung. Obwohl die Löhne niedrig waren, konnten die Leute auskömmlich leben, da sie eine doppelte Stütze für den Haushalt hatten. Die englischen Weber dagegen waren allen Schwankungen in den Umständen ausgesetzt, die von den Änderungen auf den fremden Märkten oder von Kreditschwierigkeiten herrührten. Wenn die Zeiten schlecht waren, litten sie viel ernster, als der ländliche Weber auf dem Kontinent, der sein Landgut als Rückhalt hatte und obgleich sie höhere Löhne hatten, als sie jemals träumten, waren sie nicht imstande, sich für die Verluste in schlechten Zeiten schadlos zu halten."

Daß der Übergang von der Handarbeit zur Fabrikarbeit eine sehr bedrängte Lage der Arbeiter zur Wirkung hatte, berichtet auch Adolf Held: „In der Weberei entstand eine langdauernde und schwere Krisis durch das allmähliche Eindringen der Fabrikindustrie . . . In der Tat war der mechanische Webstuhl der Hauptgrund oder doch die entschiedene Veranlassung des Elends. Die Konkurrenz ausländischer Weber wirkte freilich auch mit und der nächste Grund des Elends war natürlich die Überfüllung der Handweberbranche mit Arbeitskräften. Diese Überfüllung ihrerseits aber war die Folge davon, daß sich in der Handweberei alle durch die Fabriken brotlos Gewordenen und alle Arbeitskräfte, die nicht in Fabriken arbeiten mochten, zusammendrängten. Alle durch die allmähliche Ausbreitung der Maschinen entstandenen Verschiebungen der Arbeitsmarktverhältnisse drängten sich gleichsam in ihren Wirkungen schließlich in der Handweberei zusammen, in der sich die Massen der ärmsten, elendesten Existenzen befanden, die von den neuen Fortschritten nichts zu profitieren vermochten" (S. 597).

Die Arbeiter, die ohne jedes Arbeiterschutzgesetz sich hilflos dem Elend preisgegeben sahen, suchten mit allen möglichen Mitteln die Einführung der Maschinen zu bekämpfen. Auch die Entstehung der englischen Gewerkvereine, mit denen wir uns noch zu beschäftigen haben werden, hängt mit der Einführung der Maschinenarbeit zusammen. So berichtet Brentano in seiner Geschichte der englischen Gewerkvereine über die Entstehung des Gewerkvereins der Wollkämmer folgendes:

„Die erste Nachricht von einem solchen dauernden Gewerkverein findet sich aus der Zeit, da die Anwendung von Maschinen im Wollgewerbe überhand zu nehmen begann, in einem Bericht eines Parlamentsausschusses von 1794. Danach hatten die Arbeitgeber, bevor sie die Maschinen einführten, eine Menge von Wollkämmern von anderen Orten zu sich herangezogen. Mit der Einführung der Maschinen wurden diese nun plötzlich an die Luft gesetzt. Möglicherweise wurden sie auch damals schon, wie so oft später bei demselben Anlaß, bei anderen Gewerben durch Lehrlinge ersetzt; denn gleichzeitig beklagen sich die Wollkämmer in einer Petition an das Unterhaus über den Gebrauch von Maschinen und über Verletzungen des Lehrlingsgesetzes.

Der Bericht des Ausschusses über diese Petition zeigte nun, daß diese Wollkämmer einen Klub unter sich gebildet hatten . . . Der Klub scheint mir unzweifelhaft ein Gewerkverein gewesen zu sein mit dem Zweck, die Arbeiter gegen die ihnen aus der Einführung der Maschine erwachsenden Nachteile zu schützen." (I, S. 94.)

In den Maschinen aller Art erblickten die Arbeiter den Feind und es ist charakteristisch, das noch im Jahre 1844 ein einflußreicher Führer des Gewerkvereins der Töpfer über die Ursachen der Notlage der Fabrikarbeiter schreiben konnte: „Die Maschinen sind schuld daran, die Maschinen haben sie in Keller gepfercht, sie in Gefängnisse gesperrt, die schlimmer sind als die Pariser Bastille. Sie haben sie aus ihrer Heimat gejagt, um in fremden Ländern das Brot zu suchen, das jene ihnen weigert. In meinen Augen sind alle Verbesserungen, welche die Tendenz haben, die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft zu verkleinern, der tödlichste Fluch, der die arbei-

tende Klasse treffen kann, und ich halte es für die heiligste Pflicht aller Töpfer, der Einführung dieses Gastes in irgendeinem Zweig ihres Gewerbes mit allen gesetzlichen Mitteln Hindernisse in den Weg zu legen."

Sir Robert Peel sagte über die Folgen der Einführung der Maschinen: „So wird jene große Leistung britischen Erfindungsgeistes wodurch die Maschinen unserer Fabriken zu solcher Vollendung gelangten, statt zu einer Wohltat für die Nation, zu deren bitterstem Fluch."

Die Stimmung des Volkes gegenüber der Dampfmaschine kommt in einem Gedicht von Edward P. Mead in Burningham, welches Engels mitteilt, gut zum Ausdruck. (S. 227.)

„Ein König lebt, ein zorniger Fürst,
Nicht des Dichters geträumtes Königsbild,
Ein Tyrann, den der weiße Sklave kennt,
Und der Dampf ist der König wild.

Er hat einen Arm, einen eisernen Arm,
Und obgleich er nur einen trägt;
In dem Arm schafft eine Zauberkraft
Die Millionen schlägt."

In vielen Petitionen an das Parlament baten die Arbeiterverbände um Wiedereinführung der „alten" Gewerbeordnung. In diesen Petitionen trat der Widerstand gegen die neuen technischen Errungenschaften deutlich hervor. Aber viel häufiger noch als durch derartige Resolutionen und Petitionen suchten die Arbeiterverbände durch gewaltsame Angriffe auf Maschinen und Fabriken ihrem Groll gegen dieses System Luft zu machen, sei es, daß sie die Fabriken oder Maschinen demolierten, sei es, daß sie die Arbeiter, die an Maschinen überhaupt oder unter gewissen Lohnsätzen arbeiteten, tätlich angriffen.

Wenn gerade in jener Zeit gewalttätige Angriffe der Gewerkvereine so häufig vorkamen, so hängt das mit dem Umstand zusammen, daß die Gewerkvereine verboten waren. Sie existierten meist als Geheimbünde, die ihrer Natur nach zu Gewaltmaßregeln neigen.

Nachdem 1776 Wollspinner und Weber aus Sommerset um ein Verbot der Jenny-Spinnmaschine petitioniert hatten, zerbrachen 1779 die Arbeiter alle Jennies, die mehr als 20 Spindeln enthielten.

Schon 1710 revoltierten die Strumpfwirker gegen die Strumpfwirkrahmen und zerstörten ungefähr 100 Strumpfwirkerrahmen, warfen sie aus den Fenstern und prügelten die widersprechenden Arbeitgeber und ihre Lehrlinge. Als 1779 ein Gesetzentwurf beim Parlament zur Regelung der Verhältnisse der Strumpfwirker eingebracht und dieser Entwurf abgelehnt wurde, zogen die Arbeiter in Scharen nach Nottingham, zerschlugen die Rahmen des Fabrikanten, durch dessen Einfluß hauptsächlich die Bill gefallen war, sowie der anderen Fabrikanten, warfen die Rahmen aus den Fenstern, brannten ein Haus nieder und zerstörten viel Eigentum der Arbeitgeber. Mehr wie 300 Rahmen wurden dabei zerschlagen.

Die ärgsten Unruhen jedoch fanden in der Wollindustrie statt. Englands Wolldistrikte — Westyorkshire, Nottingham und Leicester mit Umgebungen

und einigen Gegenden von Derbyshire — wurden, wie Steffen (I, S. 289) berichtet, zwischen 1711—1815 Schauplätze einer langen Reihe sehr heftiger Arbeiteragitationen und Zusammenrottungen, die gegen die Anwendung der neuen Arbeitsmaschinen seitens der Kapitalisten gerichtet waren. Die Unruhen begannen 1811 in Nottingham, weil eine Produktionssteigerung mit nachfolgender Arbeitslosigkeit und Not mit der Einführung arbeitsparender Maschinen in der umfangreichen Strumpfwollenfabrikation der Stadt zusammenfiel. Gleichzeitig befand sich die zweite Hauptindustrie der Stadt und des Distriktes — die Spitzenfabrikation — die ebenfalls und zwar ganz kürzlich durch Anwendung von Maschinentechnik umgestaltet war — in einem kritischen Zustande. Schließlich kam diese Verzweiflung in Gestalt einer Epidemie von Maschinenzerstörungswut zum Ausbruch. Scharen von Arbeitern rotteten sich nachts zusammen, brachen in die Fabriken ein und zertrümmerten alle Maschinen, die sie antrafen.

In Nottingham nannte man diese Gewalttäter nach einem angeblichen oder wirklichen Anführer, Ned Ludd, Ludditen, und die ganze maschinenfeindliche Bewegung unter der Arbeiterbevölkerung zwischen 1811 und 1814 erhielt den Namen Luddit-Aufstand. In Nottingham konnte die verstärkte Polizei und die Bürgerwehr ihn nicht unterdrücken; und die Ruhe wurde dem Äußeren nach erst dann wieder hergestellt, als 7 Regimenter Soldaten in die Stadt gelegt wurden. In den umliegenden Grafschaften, besonders im Südwesten Yorkshires, dauerte die Empörung der Arbeiter gegen die Maschinen bis 1815, ja, noch ein paar Jahre länger fort."

Man suchte durch strenge Gesetze gegen die Zerstörung der Maschinen diese Aufstände zu bekämpfen. Schon im Jahre 1727 war ein Gesetz erlassen worden, welches das Zerschlagen von Strumpfwirkerrahmen mit dem Tode bedrohte.

1782 kam ein allgemeines Gesetz gegen die Zerstörung von Produkten oder Werkzeugen der Textilindustrie hinzu.

1811 wurde ein Gesetz eingeführt, welches diejenigen, die mechanische Strumpfwebstühle zerschlugen, mit Deportation auf 14 Jahre bestrafte. Gleich zu Anfang des folgenden Jahres wurde ein Gesetz erlassen, welches die Todesstrafe über diejenigen verhängte, die irgendwelche zur Strumpfwarenindustrie gehörende Maschinen, Materialien und Erzeugnisse böswillig zerstörten.

Doch alle diese Gesetze waren wirkungslos; die Zerstörungswut der Arbeiter gegen die Maschinen führte noch zu schlimmeren Exzessen.

Anfang der 20er Jahre richtete sich der Kampf gegen die Dampfwebstühle. Im Jahre 1822 wurde ein solcher im geheimen von Mr. Warbrick erbaut, aber die Weber hörten davon, umzingelten die Fabrik und drohten sie zu stürmen und die verhaßten Maschinen zu zerstören; so wurden sie heruntergebracht und fortgeschafft, aber der Mob überfiel sie unterwegs und schlug sie in Stücke. Der Widerstand legte sich auch nicht während mehrerer Jahre. 1825 wurde ein Gewerkverein gegründet und ein Streik brach aus, der 22 Wochen währte. Zu dieser Zeit waren 20 000 Weber im Distrikt, die wöchentlich 10—12 sh verdienten. Die Arbeitgeber blieben aber ebenso fest und im Jahre 1826 kamen die Dinge zur Krisis.

Im April 1826 brach in den Webereien von Blackburn ein ernsthafter Ausstand aus, der sich nach Manchester ausdehnte und erst nach der Zerstörung von über 1000 Dampfwebstühlen durch Truppen unterdrückt wurde.

„Es war ein trauriger Schauplatz in Lancashire in jener Aprilwoche", berichtet Martineau (Bd. II, S. 25). „Die Volkshaufen gingen von Stadt zu Stadt, von Fabrik zu Fabrik. Sie stahlen Lebensmittel aus den Bäckerläden und den Gasthäusern, warfen Steine nach den Soldaten und ließen sich lieber niederschießen, als daß sie ihr Spiel aufgaben, weil sie aufrichtig glaubten, daß ihr Leben, daß ihre Existenz davon abhing, diese Webstühle zu zerstören. Sie sprangen aus den Fenstern, um den Soldaten zu entfliehen, nachdem sie jedes Gewebe zerschnitten hatten."

Von Montag morgen bis Samstag abend wurden 1000 Webstühle zerstört, deren Geldwert sich auf 30 000 £ belief.

Bei der parlamentarischen Untersuchung im Jahre 1824 über die Wirkung des Gesetzes, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Maschinen und das Verbot der Gewerkvereine, wurde auch eine Anzahl gerichtlicher Urteile über Verurteilung von Arbeiterverbänden mitgeteilt, welche Gewalttätigkeiten gegen Maschinen verübten.

In auffallenden Kontrast zu dem Pessimismus, mit welchem die Arbeiter und die Arbeiterverbände die kapitalistische Ära in der Industrie betrachteten, stand die optimistische Auffassung dieser Entwicklung von seiten der herrschenden nationalökonomischen Schule. Es war ein von der klassischen Nationalökonomie immer wieder gelehrter Satz, daß mit dem Wachsen des Kapitals in der Volkswirtschaft unter der Herrschaft freier Konkurrenz und liberaler Wirtschaftsgesetzgebung auch eine Hebung des allgemeinen Wohlstandes verbunden sein müsse.

Ricardo erkannte zwar an und sprach es ausdrücklich in der dritten Auflage seiner Principles aus, daß mit der Einführung der Maschinen Schädigungen für die Arbeiterklasse verknüpft sein könnten. Aber er erklärte diese Nachteile als vorübergehende; auf die Dauer würde auch die Einführung der Maschinen für die Arbeiterklasse von segensreichen Folgen begleitet sein.

Wenn die klassische Nationalökonomie von Adam Smith bis David Ricardo für freiheitliche Wirtschaftspolitik eintrat, so wollte sie damit in keiner Weise eine mammonistische Politik, im einseitigen Interesse des Großkapitals und des Unternehmertums, vertreten. Vielmehr glaubte sie, daß diese Wirtschaftspolitik gerade auch den arbeitenden Klassen zugute käme. Durch die Niederwerfung der alten zünftigen und feudalen Fesseln sollte den Arbeitern erst die Möglichkeit gegeben werden, an den Errungenschaften der Kultur teilzunehmen. Keineswegs fehlte Smith und Ricardo jede „ethische" Auffassung der Volkswirtschaft, sondern umgekehrt waren sie gerade auf Grundlage ihrer ethischen Anschauungen zur Empfehlung liberaler Wirtschaftspolitik gekommen. Speziell Ricardo war in seiner sozial-philosophischen Anschauung ganz abhängig von Bentham. Wie für Bentham ist auch für ihn das größte Glück der

größten Zahl von Menschen das wahre und richtige Ziel jeder Regierung. Ausgehend von der psychologischen Tatsache, daß jeder einzelne am meisten seinen Vorteil suche, meint Bentham, müßte es auch das Ziel der Gesetzgebung sein, dies Streben nach eigener Lust möglichst zu fördern. Auf die Frage, die sich uns hier aufdrängt, ob nicht, wenn jeder seinen eignen Vorteil sucht, das Wohl der anderen geschädigt wird, antwortet Bentham mit dem Hinweis auf die menschliche Einsicht. Jeder Mensch fühle, daß die beste Sicherheit für sein Glück darin bestünde, Rücksicht auf das Glück seiner Nachbarn zu nehmen. Es müsse also Aufgabe der Politiker und Moralisten sein, immer mehr das Verständins für rechte Moral, d. h. für eine Abmessung des eigenen Vorteils zu verbreiten, die durch weise Beschränkung immer gleichzeitig mit dem eigenen Wohl auch das Wohl der Allgemeinheit fördere. Darum soll der Gesetzgeber die einzelnen möglichst frei und unbehindert lassen; denn jeder wisse selbst am besten, was ihm nütze. Auf den naheliegenden Einwand, daß die Einsicht in die Nützlichkeit der Handlungen durchaus nicht jedermann gegeben sei, antwortet Bentham: „Mag sein, aber ist es sicher, daß der Gesetzgeber besser Bescheid weiß?"

Also nicht im Interesse des Kapitals und der Kapitalisten hat Ricardo die freie Konkurrenz verlangt, sondern weil er von der optimistischen Ansicht ausging, daß der unbeschränkte Wettbewerb allen zum größten Vorteil gereiche. „Wo freie Konkurrenz besteht", sagt Ricardo im Sinne dieser volkswirtschaftlichen Naturlehre, „da sind die Interessen des einzelnen und der Gesamtheit nie im Widerspruch." Und wenn er ein anderes Mal sagt, daß die Verfolgung des eigenen Vorteils in wunderbarer Harmonie mit dem Vorteil der ganzen Gesellschaft stünde, so ist das nur eine neue Formulierung des Benthamschen Grundsatzes: so much liberty lost, so much happiness destroyed!

Wenn die klassische Nationalökonomie für die Freiheit des Arbeitsvertrages eintrat, so geschah dies nicht, um sie schutzlos dem Interesse der Kapitalistenklasse auszuliefern, sondern weil sie den Arbeitern durch Forträumung der alten einengenden Schranken den Weg zu größerem Wohlstand ebnen wollte. Aus diesem Grunde war Adam Smith für Aufhebung des Lehrlingsgesetzes eingetreten, weil es die Freizügigkeit der Arbeiter hemmte. Ihre Arbeiterfreundlichkeit bewiesen Smith und Ricardo durch ihr energisches Eintreten für Aufhebung der Koalitionsverbote. Ebenso ging Ricardo bei seiner parlamentarischen Bekämpfung der alten Lohnregulierungsgesetze von dem Standpunkte aus, den auch Smith eingenommen hatte, daß diese amtlichen Lohnfestsetzungen gerade für die Interessen der Arbeiter schädlich seien. Er meinte, daß unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage die Arbeiter günstigere Lohnbedingungen erreichen könnten. Ebenso wie die Freiheit des Arbeitsvertrages vom Standpunkte der klassischen Nationalökonomie ein arbeiterfreundliches Postulat war, so war auch ihre Forderung der vollen Durchführung des freien Konkurrenzsystems aus der Theorie hervorgegangen, daß diese Wirtschaftsordnung den Interessen aller Volksklassen förderlich sei. Nach der Ricardoschen Theorie der Einkommensverteilung sollte bei freiheitlicher Wirtschaftspolitik jede Arbeit ihren gerechten Lohn finden.

War Ricardo ein Hauptvertreter der Lehre, daß der Wert der Güter auf der zur Herstellung derselben verwendeten Arbeit beruhe, so hielt er doch das Kapitaleigentum und die freie Konkurrenz für die dauernden Pfeiler jeder Wirtschaftsordnung, und zwar argumentierte er so: Wenn auch der Wert aller Waren in letzter Linie auf der Arbeit derer, die die Waren erzeugt haben, beruhe, so seien doch Kapitalzins und Unternehmergewinn unentbehrliche Einkommensbezüge, weil ohne das Interesse, welches der Kapitalist an dem Bezug von Zins und Gewinn hätte, er seine unentbehrliche Tätigkeit niemals ausführen würde. Als eigentliches arbeitsloses Einkommen bezeichnet er nur die Grundrente. Die Grundrente sah er aber nicht als allgemeines Einkommen aller Grundbesitzer an, sondern nur als ein Extraeinkommen, welches besonderen, durch Fruchtbarkeit und Lage bevorzugten Grundstücken zuflösse.

Wenn durch möglichst freiheitliche Handelspolitik dafür gesorgt wäre, daß infolge freier Einfuhr billigen Brotgetreides das Monopol der bevorzugten Grundbesitzer auf Rentenbezug möglichst eingeschränkt würde, so würden dadurch alle Nachteile, die etwa aus dem privaten Grund- und Kapitaleigentum fließen könnten, vermieden. Auch die Lage der Arbeiter könnte eine bessere werden, denn das eherne Lohngesetz, welches Ricardo aufstellte — wonach nämlich die Arbeiter im Durchschnitt auf einen Lohn angewiesen wären, der nur das zum Leben Notwendige liefere — war keineswegs als unübersteigliche Schranke gedacht. Vielmehr hätten es die Arbeiter selbst durch vorsichtige Gewohnheiten in bezug auf Eheschließung und Kinderzeugung in der Hand, ihre Lage zu verbessern. So lautete also die Lösung der liberalen Ökonomie: durch möglichste Freiheit zum Glück und Wohlstand der Bevölkerung und zu gerechter Entlohnung der Arbeit. —

Im Gegensatz zu dieser liberal-individualistischen Lehre traten bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts einige sozialistische Schriftsteller in England hervor, wie Hall, Gray, Bray, Thompson, Hodgskin, Owen u. A., die bestritten, daß die Freiheit des Arbeitsvertrages das Wohlergehen der Arbeiterklasse verbürge und daß die Einkommensverteilung unter der Herrschaft der freien Konkurrenz und des Privateigentums eine gerechte sei. Sie lehrten im Gegenteil, daß Zins, Rente und Gewinn arbeitslose Einkommen seien, die auf ungerechten Abzügen am Arbeitsertrag der Arbeiter beruhten. Diese Abzüge wurden als unverdienter Mehrwert bezeichnet. — Findet sich hier bereits lange vor Marx die Theorie ausgebildet, daß Rente, Zins und Gewinn einen Mehrwert darstellten, der auf unbezahlter Arbeit beruhe, so ist es doch zu weit gegangen, diese Lehren als Vorläufer der Marxschen Mehrwerttheorie zu bezeichnen. Anton Menger sagt in seinem Werk „Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag": „Marx steht vollständig unter dem Einfluß des älteren englischen Sozialismus, insbesondere William Thompsons. Sieht man von den zahlreichen mathematischen Formeln ab, die Marx in die Darstellung einmischt, und welche die Sache mehr verdunkeln als aufklären, so ist die ganze Mehrwerttheorie: der Begriff des Mehrwerts, seine Bezeichnung und die Ansichten über die Höhe desselben im wesentlichen den

Schriften Thompsons entnommen." — Ähnlich sagt er von der Schrift von Hall, daß sie auf die heutige sozialistische Bewegung von großem Einfluß gewesen ist. In diesen und ähnlichen Äußerungen Mengers liegt eine Überschätzung der Bedeutung der Sozialisten jener Epoche und ein Mißverständnis:

1. Die Marxsche Mehrwerttheorie ist sachlich grundverschieden von der Thompsons und seiner englischen Genossen. Thompson führt die Ricardosche Werttheorie weiter, indem er aus ihr einen egalitären Schluß zieht. Da die Arbeiter allein den Mehrwert geschaffen hätten, seien Zins und Rente unverdiente Gewinne, ungerechte Abzüge am Arbeitsertrag, und es müsse ein neues System der Gesellschaftsorganisation geschaffen werden, welches dem Arbeiter den vollen Arbeitsertrag garantiere. Umgekehrt geht Marx vor! In Anknüpfung an die Ricardosche Werttheorie sucht er lediglich den objektiven Nachweis zu führen, daß Rente, Zins und Gewinn ihren Ursprung aus unbezahlter Arbeit nehmen. Irgendwelche Nutzanwendung aber daraus vom Standpunkt einer rationalen Sozialphilosophie zieht er nicht, wie ihm auch der Gedanke, daß eine neue Gesellschaftsordnung von irgendwelchem Gerechtigkeitsstandpunkt aus zu fordern sei, gänzlich fernliegt.

2. Was Thompson und die anderen englischen Sozialisten über die Mehrwerttheorie gebracht haben, ist nationalökonomisch nicht tief durchdacht und nicht eingehend ausgeführt. — Gerade durch die wissenschaftlich-nationalökonomische Fundamentierung der Mehrwerttheorie geht Marx soweit über seine Vorgänger hinaus, daß es unmöglich ist, ihn als Plagiator von Thompson und anderen englischen Schriftstellern hinzustellen. Was bei den genannten englischen Sozialisten aus einem unklaren Gerechtigkeitsgefühl herausfließt, ist bei Marx eine auf sorgsamsten nationalökonomischen Studien beruhende Theorie.

Wenn wir uns jetzt einer Betrachtung der genannten englischen Sozialisten zuwenden, so wollen wir bei dem weitaus einflußreichsten und bedeutendsten derselben, bei Robert Owen, länger verweilen, dagegen die übrigen englischen Autoren nur in aller Kürze skizzieren.

Der englische Arzt Georges Hall (1745—1825) liefert in seinem 1805 erschienenen Werk „Die Wirkungen der Zivilisation auf die Massen" eine scharfe Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Arbeiter produzierten alles, was die Unternehmer verzehrten, erhielten aber nur ihren Arbeitslohn, nur etwa ein Achtel des wirklich von ihnen geschaffenen Ertrags. Den tatsächlichen Zustand der Dinge in den zivilisierten Staaten schildert Hall so: „Einige wenige vom ganzen Menschengeschlecht werden in den Stand gesetzt, alle denkbaren Genüsse, sowohl körperliche wie geistige, für die ihre Natur empfänglich ist, zu erreichen, aber auf Kosten der Hauptmassen des Menschengeschlechts; diese werden dadurch der Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten des Lebens beraubt, ein großer Teil von ihnen vernichtet und der Überrest sowohl körperlich wie geistig weit unter die meisten wilden und barbarischen menschlichen Zustände herabgedrückt" (S. 48). — Die praktischen Vorschläge Halls laufen auf Verstaatlichung des Bodens,

ferner auf Abschaffung der Primogenitur, Beseitigung aller Luxusindustrien hinaus, weil „die Arbeit der Armen fortan nur zur Erzeugung der notwendigen Gebrauchsgegenstände verwendet werde."

Auch Hodgskin ist hier zu erwähnen, denn wenn er auch seinem Gesellschaftsideal nach den Anarchisten zuzuzählen ist, da er von einem, von jedem gesetzlichen Zwang befreiten Zusammenleben der Menschen das Heil der Zukunft erwartet, so finden wir doch in seiner Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung manche Sätze, die später im wissenschaftlichen Sozialismus eine tiefere Ausführung erhielten. Es kommt namentlich sein 1825 erschienenes Werk „Labour defended against the claims of capital" in Betracht. Er bezeichnet in Anknüpfung an die Ricardosche Wertlehre Rente und Zins als Mehrwert; wie Ricardo meint auch er, daß nur die Arbeit Wert schaffe. Das Kapital sei unproduktiv; das zirkulierende Kapital sei nur Arbeit, das Nebeneinander der verschiedenen gesellschaftlichen Arbeiten. — Da also das Kapital unproduktiv sei, habe der Kapitaleigentümer von der Ausnutzung der Arbeiter Vorteil, ohne persönliches Verdienst zöge er Gewinn aus der Arbeit anderer. Er erklärt: „Seiner Beherrschung der Arbeit einiger Leute, aber nicht seinem Besitz eines Vorrats von Waren verdankt der Kapitalist das Vermögen, andere Arbeiter zu erhalten und daher zu beschäftigen . . ." „Das einzige Ding, von dem man sagen kann, es werde aufgespeichert oder vorher bereit gemacht, ist die Kunstfertigkeit der Arbeiter." Durch das kapitalistische Eigentum würden also alle Vorteile, welche die Geschicklichkeit der Arbeiter hervorbringt, dem Arbeiter genommen und dem Kapitalisten unverdienterweise zugeführt. So sagt er in seiner „Popular Political Economy" (1827): „In dem gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft, wo die Arbeiter in keinem Fall Kapital besitzen, vermehrt jede Akkumulation die Masse Profit, die von ihnen gefordert wird, und beseitigt alle jene Arbeit, die bloß dem Arbeiter eine bequeme Existenz verschaffte . . . Gibt man zu, daß die Arbeit alles produziert, auch das Kapital, dann ist es ein Unsinn, den Werkzeugen, die die Arbeit machten und gebrauchten, Produktivkraft zuzuschreiben . . . Unter den Bestandteilen des Kapitals zählt man auch den Arbeitslohn oder die Lebensmittel des Arbeiters auf. Aber der Arbeitslohn fördert nicht in der Weise, wie Werkzeuge, die Arbeit . . . Arbeit, nicht Kapital, zahlt jeden Arbeitslohn."

Von größerer Bedeutung für die Geschichte der sozialistischen Theorien als die beiden genannten Autoren ist William Thompson, ein durch seine philanthropische Tätigkeit ausgezeichneter Gutsbesitzer (1783 bis 1833), dessen Hauptwerk unter dem Titel „Untersuchung über die Grundsätze der Verteilung des Reichtums zu besonderer Beförderung menschlichen Glücks" 1824 erschienen ist. Auch Thompson geht von der Ricardoschen Werttheorie aus: „Ohne Arbeit gibt es keinen Reichtum. Die Arbeit ist sein Merkzeichen, wodurch er sich von allen anderen Dingen unterscheidet. Die Wirksamkeit der Natur macht nichts zu einem Gegenstand des Reichtums. Ihre Kräfte werden ganz gleich und allgemein ausgeübt bei der Erzeugung aller Mittel des Genusses oder des Verlangens, mögen sie nun Gegenstände des Reichtums sein oder nicht. Die Arbeit ist

die alleinige Mutter des Reichtums" (S. 31). Die Arbeit sei auch der relativ beste Wertmaßstab: „Somit ist die Arbeit, obwohl sie unter den wechselnden Verhältnissen der menschlichen Gesellschaft nicht ein genaues Maß für den verhältnismäßigen Wert der Gegenstände des Reichtums ist, doch die beste Annäherung an einen solchen Maßstab, nach dem wir beurteilen können, ob ein Objekt des Verlangens ein Gegenstand des Reichtums ist oder nicht . . ." (S. 48).

Unter der Herrschaft des Privateigentums werde dem Arbeiter ein Teil des von ihm geschaffenen Wertes entzogen. Dies legt Thompson in seiner Mehrwerttheorie dar: „Der einzige Gegenstand aber", so erklärt er (S. 281), „den der Arbeiter für die Anschaffung der Vorbedingungen seiner Produktion, also für Land, Wohnung, Kleider, Werkzeuge, Nahrung, Rohstoffe, zu bieten hat, ist wieder ein Teil seiner Arbeit. Aber so groß ist gewöhnlich der Bruchteil seiner Arbeit, der für den Vorschuß jener die Produktion vorbereitenden Gegenstände von ihren Besitzern, den sogenannten Kapitalisten, verlangt wird, daß bei weitem der größere Teil der Produkte seiner Arbeit seiner Verfügung entzogen und von denen verzehrt wird, welche an der Produktion nur insofern Anteil genommen haben, als sie jene Gegenstände angehäuft und dem wirklich tätigen Produzenten geliehen haben. Der untätige Besitzer dieser Produktionsmittel erlangt durch sie nicht nur ebensoviel Genuß wie der fleißigste und geschickteste der wirklichen Produzenten, sondern, je nach der Größe seiner Anhäufungen, auf welche Weise diese auch immer erworben sein mögen, sichert er sich von den durch die Arbeit hervorgebrachten Gegenständen des Reichtums zehn-, hundert-, ja tausendmal soviel, als die wirklichen Produzenten sich durch die angestrengteste Arbeit verschaffen können."

Auf diese Weise bildeten sich Klassengegensätze heraus zwischen der Unternehmer- und der Arbeiterklasse. „So lange die heutige auf Gewalt gestützte Ordnung der Dinge andauert", — sagt Thompson — „derzufolge eine Klasse von Menschen allein die produktiven Kräfte besitzt, während eine andere die physischen Mittel hat, diese produktiven Kräfte in Tätigkeit zu setzen, solange werden die Kapitalisten die in ihren Händen befindlichen Mittel dazu benutzen, die Arbeit und das Glück aller Arbeiter ihrem eigenen größten Vorteile dienstbar zu machen, solange wird das Glück des ganzen Menschengeschlechts seitens der Kapitalisten jedem noch so kleinen Mehrgewinn geopfert werden. Solange man zwei feindliche Interessen in der Gesellschaft bestehen läßt, nämlich auf der einen Seite die Besitzer der Arbeit und auf der anderen die Besitzer der Mittel zur Arbeit, solange als diese unnatürliche Teilung mit Gewalt aufrecht erhalten wird, solange wird vielleicht $^9/_{10}$ der erreichbaren menschlichen Produktion niemals das Licht der Welt erblicken und solange werden auch 99 Prozent des erreichbaren menschlichen Glücks geopfert werden."

Sind in den bisherigen Ausführungen gewisse Ansätze zu der Mehrwerttheorie vorhanden, die später Marx in vertiefterer Weise vorgetragen hat, so zeigt Thompsons Stellung zur Frage der künftigen Gesellschaftsordnung seine Grundverschiedenheit von Marx.

Thompson will einen glücklichen Zustand der Menschheit herbeiführen durch ein rationelles Wirtschaftssystem, das dem Arbeiter den vollen Arbeitsertrag gewährt. Es soll ein gerechter Zustand geschaffen und dadurch das Glück der großen Volksmasse garantiert werden. Drei Fundamentalsätze stellt Thompson (S. 305) für diese neue Gesellschaftsordnung auf:

1. Alle Arbeit soll hinsichtlich ihrer Richtung und Dauer frei und freiwillig sein.

2. Alle Produkte der Arbeit sollen ihren Erzeugern gesichert sein.

3. Aller Austausch dieser Produkte soll frei und freiwillig sein.

Dadurch sollen die natürlichen Gesetze der Verteilung an Stelle der unnatülichen der kapitalistischen Ordnung erfüllt werden. — Zur praktischen Verwirklichung dieser Idee schlägt Thompson eine kommunistische Gesellschaftsorganisation nach Form der früher von mir schon erwähnten Owenschen Gemeinde vor. Den Widerspruch, der darin liegt, daß Thompson, der immer die Freiheit und Freiwilligkeit betont, eine kommunistische Organisation anstrebt, sucht er so zu lösen, daß der Eintritt und Austritt in diese Gemeinde freiwillig sein soll; niemand sei zum Eintritt gezwungen.

John Gray ist hier von Interesse, weil er ähnlich wie Proudhon und Owen durch ein neues Geldsystem die sozialen Mißstände zu bekämpfen suchte. Das von ihm ausgearbeitete Bankprojekt hat eine gewisse Ähnlichkeit mit Owens Arbeitstauschbank, die ich später noch erklären werde. Bei Abfassung seines Werkes hatte Gray von Owens Plänen keine Kenntnis. Sein erstes Werk „Vom menschlichen Glück", erschienen 1825, ist wesentlich kritischer Natur. Er weist darin auf die vielen Schäden des kapitalistischen Systems hin. Gray bezeichnet als einzig gerechte Grundlage für alles Eigentum die Arbeit. Die sogenannten Eigentümer oder Besitzer lebten nur von der Arbeit anderer. Die meisten Leute bezögen ihr Einkommen aus Grundrente oder Geldzins, dies seien aber arbeitslose Einkommen, auf Kosten der Arbeiter bezogen. „Da alle Not daher stammt, daß die produktiven Klassen nicht das Produkt ihrer Arbeit erhalten, so muß eine neue soziale Ordnung geschaffen werden, worin jeder soviel Eigentum erwirbt, als seiner Arbeitsleistung entspricht. „Der nützliche Arbeiter muß in den Stand gesetzt werden, das Eigentum, das er schafft, selbst zu gebrauchen, und den Teil seines Arbeitsprodukts, den er nicht für sich braucht, gegen irgend etwas von gleichem Werte auszutauschen — und davon darf nur der Teil abgezogen werden, der notwendig ist, um die Kosten der Regierung, Leitung, Oberaufsicht und Verteilung zu decken." Und wie Zins und Profit, so müßte auch die Bodenrente wegfallen, indem der Boden als Eigentum aller betrachtet wird, und sein Anbau jeder andern Arbeit gleichgeachtet wird. Und da fortwährende Konkurrenz alle Preise drückt und eine regelmäßige Produktion nicht gestattet, so muß auch sie aufgehoben werden, — ohne daß freilich der Kommunismus eingeführt werden darf. Die positive Lösung gibt Gray erst in seinem „Social System" (1831). In diesem Werke bezeichnet Gray das bestehende Tauschsystem

als das Hauptübel der Gesellschaft, ein mangelhaftes Tauschsystem sei nicht eines unter vielen Übeln von gleicher Wichtigkeit; es sei das Übel, die Krankheit, der Stein des Anstoßes der ganzen Gesellschaft; Geldmünzen seien unpraktisch, weil sie selbst einen Wert repräsentierten; Geld müßte so billig, so gewöhnlich und so leicht erhältlich sein für alle, die etwas auszutauschen hätten, wie eine Wage, oder ein Pfundgewicht.

Das Problem sei, jedermann jederzeit zu befähigen, jeden Artikel von festem Wert für einen gleichen Wert irgendwelcher marktgängigen Ware, den er dafür gibt, mit dem kleinsten Aufwand an Zeit und Mühe zu erhalten. Geld sollte nur eine Quittung sein dafür, daß jemand einen bestimmten Wert dem nationalen Wohlstand hinzugefügt habe: „Money should be merely a receipt, an evidence that the holder of it has either contributed a certain value to the national stock of wealth, or that he has acquired a right to the said value from some one who has contributed it. The use of the receipt should enable the holder of it to re-obtain the value that was given for it, whenever he pleases and whatever shape he may require.“

Um dieses neue Geld kreieren zu können, schlug Gray eine Zentralhandels-Assoziation vor, vermittelst deren die Produktion, die Zirkulation und die Verteilung der Güter vollkommen einheitlich organisiert werden sollten.

Alle Eigentümer von Land oder Kapital sollten Mitglieder der commercial association werden; die Nichtbesitzer sollten sich so schnell als möglich anschließen. Die Handelsassoziation leitet den gesamten Ackerbau, den Handels- und Gewerbebetrieb; alle hergestellten Waren werden in nationalen Warenhäusern untergebracht, die ihrerseits zahlreiche über das Land zerstreute shops mit Waren versorgen. Sobald sich eine Ware in zu großer Menge in den nationalen Warenhäusern aufhäuft, soll ein Teil des darauf verwandten Kapitals zur Produktion eines andern Artikels benutzt werden.

Die Handelsassoziation, die also die gesamte Warenproduktion nach Art und Zahl leiten sollte, richtet eine Nationalbank ein, die ein Papiergeld für ihre Mitglieder ausgibt; jedes Mitglied hat in der Nationalbank ein Konto; die Preise der Waren, welche die Mitglieder herstellen, werden von den Assoziationen festgesetzt auf Grund der Kosten und der nötigen Zuschläge für Verwaltungsspesen, Löhne, Verlust usw.; das Papiergeld der Bank stellt Anweisungen auf beliebige Waren aus dem nationalen Warenhaus dar.

J. F. Bray hat schon vor Proudhon den Gewinn des Kapitalisten als Diebstahl am Lohne des Arbeiters bezeichnet und zwar in seinem 1839 erschienenen Werk: „Labour's wrong and labour's remedy„: „Die Güter, die der Kapitalist scheinbar im Austausche gegen die Arbeit des Arbeiters gibt, waren weder durch die Arbeit noch durch den Reichtum des Kapitalisten hervorgebracht, sondern ursprünglich durch die Arbeit der Arbeiter erlangt; und sie werden noch täglich ihm durch ein betrügerisches System des ungleichen Austauschs abgenommen. Das ganze Verhältnis zwischen dem Arbeiter und den Kapitalisten ist eine offenbare Täuschung . . ., es ist in der Tat in Tausenden von Fällen

nichts anderes als eine schamlose, wenn auch gesetzlich erlaubte Räuberei, durch welche die Kapitalisten und Eigentümer darauf ausgehen, die produktiven Klassen auszusaugen."

Wie Proudhon spricht auch Bray von einem Arbeitstage, den der Kapitalist vorwegnimmt: „Unter dem gegenwärtigen System gibt jeder Arbeiter einem Arbeitgeber mindestens sechs Tage Arbeit für ein Äquivalent, das vier bis fünf Tagen Arbeit entspricht."

An anderer Stelle erklärt Bray: „Arbeit allein schafft Wert, denn Arbeit ist das Kaufgeld, welches für alles bezahlt wird, was wir essen und trinken oder tragen. Jedermann hat zweifellos Recht auf alles, was seine ehrliche Arbeit ihm bringen kann. Wenn er also die Früchte seiner Arbeit sich aneignet, begeht er gegen niemanden ein Unrecht . . . aber wenn jemand das Feld sich aneignen will, worauf alle Arbeit ausgeführt wird, wenn jemand Anspruch macht auf einen Teil des Bodens, — dann begeht er eine Ungerechtigkeit und handelt im Gegensatz zur allgemeinen Gleichheit der Rechte." „Es gibt keinen Grundsatz der Vernunft oder Gerechtigkeit, der einem Manne erlauben könnte, die Früchte der Arbeit Hunderter einzuheimsen. Und dennoch wurde dieses System der Aneignung gehandhabt und geduldet . . . seit der Schöpfung bis auf den heutigen Tag. So ist das Verfahren des gegenwärtigen sozialen Systems — auf Betrug und gesetzlich erlaubter Räuberei beruht alle seine Macht, sein Wohlstand und sein Ruhm" . . . „Bei der Gleichheit des Tausches dagegen ist es unmöglich, daß eine Klasse sich das Arbeitsprodukt der anderen Klasse aneignet, wie die Kapitalisten sich jetzt den Reichtum aneignen, den die tägliche Anstrengung der arbeitenden Klasse hervorbringt. Es ist die Ungleichheit im Tausche, die einer Klasse erlaubt, in Luxus und Faulheit zu leben, und die andere zu unaufhörlicher Arbeit zwingt." — Er tritt für kommunistische Gesellschaftsordnung ein.

Während die genannten englischen Sozialisten nur Bedeutung für die Geschichte und Theorie des Sozialismus haben, aber keinen praktischen Einfluß auf die soziale Bewegung ausgeübt haben, ist Owen derjenige Sozialist, der nicht nur als Theoretiker, sondern auch als praktischer Reformer die größte und einflußreichste Wirksamkeit ausgeübt hat. Seine Bedeutung zu schildern, soll Aufgabe der nächsten Vorlesung sein.

XVI. Vorlesung.

Der Sozialismus in England.

II. Robert Owen, der Chartismus und die englische Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung.

Kein englischer Sozialist hat annähernd eine so tiefe Wirkung hervorgebracht wie Owen. Auch einzelne der von mir in der letzten Vorlesung erwähnten Schriftsteller sind stark von Owen beeinflußt, namentlich Thompson und Gray. Owen hat das, was er theoretisch lehrte, und was andere vor ihm gelehrt hatten, durch praktische Experimente in die Wirklichkeit überzuführen gesucht. Bereits früher haben wir ihn in den Kapiteln über den kommunistischen Staat als den Begründer von kommunistischen Gemeinden kennen gelernt. Zeitlebens hat Owen an der Ansicht festgehalten, daß nur durch eine kommunistische Gesellschaftsorganisation das Wohl der Menschheit garantiert sei. Es wäre aber falsch, Owen in einseitiger Weise als Vertreter des Kommunismus zu bezeichnen. Man kann sagen: alle großen Reformideen, welche in England während des 19. Jahrhunderts entstanden sind, gehen direkt oder indirekt auf Owens Anregung zurück. Die Arbeiterschutzgesetzgebung, das Genossenschaftswesen, das Gewerkschaftswesen usw. haben in ihm den eifrigsten Förderer gefunden, und auch die große sozialistische Bewegung Englands, der Chartismus, stand in mancher Hinsicht unter dem Einfluß Owens.

Eine seltene und sehr anziehende Persönlichkeit haben wir in Robert Owen vor uns. Eine wunderbare Mischung von nüchtern praktischem Geschäftsgeiste und träumerisch-utopischer Phantasie. Robert Owen war ein self-made man im besten Sinne des Wortes. Als Sohn eines kleinen Krämers und Posthalters in einem englischen Landstädtchen geboren (1771), mußte er schon als zehnjähriger Knabe sein Brot in einem kaufmännischen Geschäft verdienen, um aber dann in seiner praktischen Laufbahn immer höher kommend, schließlich so hoch zu steigen, daß er einer der ersten und angesehensten Großindustriellen Englands und der Besitzer eines großen, nach Millionen zählenden Vermögens wurde. Es ist eine sehr beachtenswerte Erscheinung, daß einer der ersten und tatkräftigsten Förderer des Sozialismus ein eminent erfolgreicher Arbeitgeber war. Große Verdienste erwarb er sich als Inhaber einer Baumwollspinnerei in New Lanark, wo er eine nach 2500 Köpfen zählende Arbeiterbevölkerung durch zweckmäßige Arbeitsordnung und humane Einrichtungen aller Art aus dem Zustande tiefster Ver-

wahrlosung auf eine hohe Stufe sittlicher und geistiger Vervollkommnung brachte. Fürsten und Staatsmänner aus allen Teilen Europas besichtigten mit Vorliebe das Musteretablissement in New Lanark und so galt Owen bereits im Jahre 1825 als einer der verdientesten und berühmtesten Fabrikanten in England.

Die Vielseitigkeit der sozialpolitischen Wirksamkeit Owens ist in dem ausgezeichneten Werke von Helene Simon eingehend geschildert. Dort finden Sie näheres über Owen als warmen Befürworter der Arbeiterschutzgesetzgebung. Sie können dort lesen, wie er als Arbeitgeber in einer Versammlung von Glasgower Fabrikanten im Jahre 1815 sich für eine solche Gesetzgebung ausgesprochen hat: „Denn so tiefgehend auch mein Interesse an der Baumwollindustrie ist, so hoch ich die Erweiterung der politischen Macht meines Vaterlandes schätze, so zögere ich nicht mit meiner auf langjähriger Erfahrung beruhenden Kenntnis des Elends, das dies Gewerbe in seiner jetzigen Gestalt den Arbeitern zugefügt, zu sagen: möge die Baumwollindustrie, ja selbst die politische Überlegenheit unseres Landes (wenn sie davon abhängt) zugrunde gehen, lieber als daß sie sich erhalte durch die Opfer aller Lebenswerte derjenigen, die ihre Träger sind: Hier, fährt er fort, gibt es nur ein Mittel der Abhilfe: ein Parlamentsgesetz müsse die Beschäftigung der Kinder unter 12 Jahren verbieten, einen Arbeitstag von 12 Stunden mit $1^{1}/_{2}$ Stunden Pause an Stelle der herrschenden Praxis 14stündiger Arbeit mit nur einer Stunde Unterbrechung vorschreiben. Es müsse ferner bestimmen, daß nach Ablauf einer gewissen Frist kein Kind mehr in eine Fabrik dürfe, bis es lesen, ordentlich schreiben und rechnen könne und kein Mädchen, bis es außerdem nähen gelernt habe. Dieser Unterricht solle den Arbeiterkindern von dem Lande erteilt werden, in dem sie geboren seien und dem ihre spätere Tätigkeit zugute komme. — Er halte in seinen Händen die Umrisse eines entsprechenden Gesetzentwurfs, dessen Annahme den Interessen des Baumwollgewerbes, dem Lande und der Sache der Menschheit dienen werde." (S. 92/93.) — Dort finden Sie auch näheres über seine Wirksamkeit für das Genossenschaftswesen und über seinen 1828 im „Economist" erschienenen Aufsatz über die Erklärung der Ursachen der Not. Er will den Profitzuschlag der Zwischenhändler durch die Konsumentenorganisation ersetzen, und Beatrice Potter nennt ihn in ihrer Geschichte des Genossenschaftswesens den „geistigen Vater der Konsumvereine". Auch auf die Gewerkvereine übte er großen Einfluß aus und suchte sie für seine sozialistischen Ideen zu gewinnen.

Vor allem möchte ich Ihnen näheres über die Owensche Tauschbank berichten, weil hier ein praktischer Versuch gemacht wurde, die sozialistische Theorie, daß die Arbeit allein Wert schaffe, zu der praktischen Konsequenz zu führen, die Arbeit auch zum Wertmaßstab, d. h. zum Geld zu machen.

Die theoretischen Grundsätze, von denen Owen bei Errichtung seiner Bank geleitet war, sind in Kürze die folgenden:

Jeder Mensch hat Arbeitskraft und den Wunsch, Güter zu verlangen. Die Märkte sind angefüllt mit Gütern aller Art, aber trotzdem herrscht die

größte Armut, weil den Menschen das Geld fehlt, sich die Güter zu verschaffen. Durch das Geld ist von der Gesellschaft ein künstliches Tauschsystem eingeführt worden, das bewirkt, daß die eine Klasse der Menschen sich bereichert und die andere in Armut gerät, und daß die Arbeiter zu einem Lohnsystem gezwungen werden, das sie von den Schwankungen des Marktes abhängig macht und in seinen Wirkungen grausamer ist, als irgendeine Form der Sklaverei. Das Geld ist nicht der richtige Maßstab des Werts und kann auch nie dieser Maßstab sein; um die Armut zu beseitigen, um den Wohlstand im Lande sich frei entfalten zu lassen (to let prosperity loose on the country) muß eine Änderung des Wertmaßstabes vorgenommen werden.

Die Arbeit ist die wahre Quelle alles Wohlstands und des nationalen Reichtums. Daher ist auch der natürliche Maßstab alles Werts (the natural standard of value) im Prinzip die menschliche Arbeit, und heute ist es geradezu eine Notwendigkeit, dieses Prinzip in der Praxis zur Durchführung zu bringen. Es muß daher die Menge von Arbeit, die in jeder Ware steckt, als Maßstab ihres Werts und zur Vergleichung der Werte aller anderen Waren dienen.

Als wichtigster und einzig gerechter Grundsatz muß gelten: That which can create new wealth is of course worth the wealth which it creates. Die menschliche Arbeit ist imstande, vielfach (many times) die Menge von Gütern herzustellen, die nötig ist, um jedes Individuum in Wohlstand zu erhalten. Der Arbeiter ist berechtigt, von diesem von ihm geschaffenen Reichtum seinen gebührenden Anteil zu haben; und die besten Interessen jeder Gemeinschaft verlangen dies geradezu. Dieser Anteil kann aber auf keine andere Art bestimmt werden, als dadurch, daß Bestimmungen getroffen werden, durch die der natural standard of value (nämlich: die Arbeit) auch der practical standard of value sein wird.

Um diese theoretischen Grundsätze in die Wirklichkeit zu übertragen, um die Arbeit zum wirklichen Wertmaßstab zu machen, errichtete Owen eine Arbeitstauschbank. Im September 1832 wurde die Labour Exchange Bank in London, Bray's Inn Road eröffnet.

Über den Geschäftsbetrieb und die Schicksale der Arbeitstauschbank unterrichtet am besten Owens Zeitschrift „The Crisis", die von der Nummer vom 27. April 1833 des II. Bandes an den Titelzusatz hat: and National-Cooperative Trades Union and Equitable Labour Exchange Gazette.

Robert Dale Owen, der Sohn von Robert Owen, gibt in einer Nummer der „Crisis" kurz den Zweck der Labour Bank an. Der Plan ist folgender: „Ein Depot ist eröffnet für die Verteilung des Reichtums; ein Platz, wo der Tausch aller Produkte ausgeführt werden kann. Aber wie ist das auszuführen? Auf die einfachste Weise. — Der Produzent deponiert das, was er abzugeben wünscht, der Konsument wählt sich das, was er zu erlangen wünscht; der gerechte Preis für beide wird von einem uninteressierten Ausschuß von Taxatoren festgesetzt. Der Produzent erhält sofort einen Schein (representative) für seine Arbeit und für diesen Schein erhält er einen gleichen Wert aus allen anderen Vorräten der Bank. —"

Wir wollen den Mechanismus der Bank etwas näher an einem Beispiel erläutern: Ein Schuhmacher hat ein Paar Stiefel angefertigt; das Rohmaterial hat 2 sh gekostet und er hat 10 Stunden Arbeit darauf verwandt. Mit diesem Paar Stiefel geht er auf die Bank und macht die Angabe, wieviel Auslagen und wieviel Arbeit er gehabt; dann werden ihm für das Paar Stiefel Noten ausgehändigt, auf Arbeitsstunden lautend, und zwar in diesem Falle 10 Noten à 1 Stunde für die von ihm geleistete Arbeit, und das Rohmaterial wird ihm so vergütet, daß 6 d = 1 Arbeitsstunde sind, also 2 sh = 4 Arbeitsstunden gerechnet werden, so daß er im ganzen 14 Noten à 1 Stunde zu erhalten hätte. Jedoch ist hierbei noch eine sehr wichtige Einschränkung. Die Bank hat Taxatoren angestellt, welche die Waren und die Angaben der Produzenten zu prüfen haben; finden die Taxatoren, daß das Produkt nicht einer Leistung von 10 Arbeitsstunden gleichzusetzen ist, dann können sie einen niedrigeren Preis für die Ware bieten. — Hat der Schuster seine 14 Noten erhalten, dann kann er aus den Vorräten der Bank sich wählen, was er benötigt, z. B. einen Hut oder einen Schirm, oder Lebensmittel usw., so daß nach der Idee Owens auf diese Weise alle Produzenten und Konsumenten ohne Vermittlung des Geldes und ohne Zwischenhändler ihre Waren verkaufen resp. kaufen konnten. Für den Dienst der Bank ist 1 d für den Schilling zu bezahlen, d. h. $8^1/_3$ %

Der Erfolg der Bank war anfangs ein sehr ansehnlicher. Das Publikum zeigte großes Interesse für das Institut, und nach einem Berichte in der „Crisis" waren schon in den ersten 4 Monaten der Eröffnung, d. h. vom 3. September bis 29. Dezember Waren im Betrage von 445 501 Arbeitsstunden deponiert und im Betrage von 376 166 Arbeitsstunden eingetauscht. — Nicht weniger als 300 Geschäfte machten bekannt, daß sie die Arbeitsmarken wie bares Geld annähmen, und sogar mehrere Londoner Theater nahmen an ihren Kassen die labour notes an Zahlungsstatt an. Ja, selbst eine große moralische Wirkung auf die nicht-produzierenden Klassen glaubte Booth konstatieren zu können. „Wir sind informiert", schreibt Booth, „daß eine schreckliche Furcht unter den nicht-arbeitenden Klassen Platz gegriffen hat. Manche Personen, die bis dahin nutzlose Glieder der Gesellschaft waren, haben sich entschlossen, eine produktive Beschäftigung zu suchen." Dale Owen selbst teilt mit, daß er in einer Woche ein Paar Schuhe gemacht habe und daß zwei seiner Brüder eine ähnliche Gewandtheit erlangt hätten; ein Herr gab seiner Freude großen Ausdruck, die er empfunden hätte, als er das edle Schneiderhandwerk erlernt und sich dadurch zum ersten Male als ein Mitglied der nützlichen Klasse gefühlt hätte.

Der große Erfolg der Bank währte nicht lange; schon bald nach der Eröffnung ließ das Interesse des Publikums, das teilweise wohl auch aus Neugierde einzelne Geschäfte mit der Bank abgeschlossen hatte, nach. Die Zahl der deponierten und noch mehr die der eingetauschten Waren wurde immer kleiner und vielfache Klagen wurden von den Kunden der Bank erhoben. Die Produzenten klagten, daß die Taxatoren bei Abschätzung der durchschnittlichen Arbeitszeit, die auf die Waren zu verwenden sei, ungerecht verführen. — Die Inhaber der Tauschbons fanden häufig unter den Vorräten der Bank nicht das, was sie benötigten. Dies ist der Hauptübelstand

jeder Tauschbank: nutzlose Gegenstände häufen sich in der Bank an und die nützlichen sind sehr schnell vergriffen. Die Leute brachten Ofenschirme, Bilderrahmen, Feuerzangen und andere derartige Dinge und nahmen dafür Kleidungsstücke, Fleischwaren und Ähnliches. Wollte aber die Tauschbank so vorsichtig mit der Aufnahme sein, daß sie nur Gegenstände letzterer Art annahm, so verfehlte sie ihren wichtigsten sozial-ökonomischen Zweck, nämlich den erschwerten Absatz zu erleichtern. Nicht nur absolut unbrauchbare Gegenstände belasteteten die Bank, sondern auch solche, die wegen des veränderten Geschmacks oder der Mode des Publikums nicht mehr beliebt waren. Dieser in der Natur der Tauschbank liegende Mißstand wurde noch durch das Gebaren der Produzenten, die Kunden der Tauschbank waren, gesteigert: diese richteten sich in ihrer Produktion nicht mehr nach den Wünschen des Publikums, sondern hatten nur das Bestreben, möglichst großen Nutzen aus der Tauschbank zu ziehen; besonders suchten sie Gegenstände zu produzieren, auf die sie bei verhältnismäßig geringer Auslage an Rohmaterial sehr viel Arbeit verwenden konnten. Ein Schneider z. B., der ein Stück Tuch gekauft hatte, das hinreichte entweder für ein Paar Beinkleider oder für vier Westen, zog es vor, vier Westen daraus zu machen, da er hierfür bei gleicher Auslage an Rohmaterial einen größeren Betrag an Arbeitsnoten erhielt, als wenn er ein Paar Beinkleider angefertigt hätte.

Es ist von großem Interesse, zu verfolgen, wie allmählich die Bank genötigt wird, sich wieder des Geldes, wenigstens teilweise, zu bedienen, um dem oben erwähnten Mißstand abzuhelfen, und da es an Rohstoffen unter den Vorräten der Bank sehr mangelte, wurde eine neue Bestimmung getroffen, der zufolge die Bank eine Subskription eröffnete, um eine größere Geldsumme zu erlangen. Für dieses Geld sollten Rohstoffe bester Qualität gekauft und an geeignete Mitglieder abgegeben werden, die daraus Waren unter der Bedingung herstellen sollten, die fertigen Waren an die Bank abzuliefern; ihre auf die Waren verwandte Arbeit wurde ihnen in Arbeitsnoten vergütet. Die Bank gab aber die hergestellten Waren nur so ab, daß der darin enthaltene Rohstoff gegen bar, die darauf verwandte Arbeit in Arbeitsnoten zu bezahlen war.

Damit war schon das Prinzip der Tauschbank, den Verkauf zwischen Produzenten und Konsumenten ohne Geld zu bewerkstelligen, durchbrochen. Trotz dieser und ähnlicher Maßregeln konnte sich die Bank nicht aufrecht erhalten: im Verkehr wurde die Arbeitsnote nur noch zu $4^1/_2$ d genommen, statt ihres Nominalwertes von 6 d. Trotz der größten Anstrengungen, die gemacht wurden, nahm die Zahl der Kunden immer mehr ab, und in der Nummer vom 31. Mai 1834 der „Crisis" wird bekannt gemacht, daß keine Noten mehr ausgegeben würden und daß die Noteninhaber sich aus den Vorräten der Bank bezahlt machen sollten.

So scheiterte dieser Versuch eines Mannes, der seine großen Erfahrungen und Kenntnisse im gewerblichen Leben, große Geldsummen, seine ganze Tatkraft und einen unermüdlichen Fleiß dafür eingesetzt hatte, ein Versuch, der bestimmt war, wie Booth es ausdrückt, den Spruch des Paulus zu verwirklichen: „Wofern ihr nichts arbeitet, sollt ihr auch nichts essen."

Die praktischen Mißerfolge der Owenschen Tauschbank haben noch ein weiteres allgemeines theoretisches Interesse. Die Irrigkeit der sozialistischen Arbeitswerttheorie, namentlich in ihrer ersten naiven Fassung und des darauf gegründeten Arbeitsgeldes wird hier klar ad oculus demonstriert.

Man könnte vielleicht einen Modus finden, wie man in einer sozialistisch organisierten Gesellschaft die Arbeit zum Wertmaß machen kann. In einer Gesellschaftsordnung, wo von Gemeinschafts wegen für die Gemeinschaft Bedarfsgegenstände gearbeitet und den einzelnen Genossen zugeteilt werden, könnte man mit einer allerdings ziemlich schwierigen Berechnungsweise feststellen, wie viele Arbeitsstunden in jedem Produkte enthalten sind und könnte diese Arbeitsstunden als Wertmaß betrachten.

Schlechterdings ausgeschlossen ist aber diese Wertbestimmung in einer individualistischen Wirtschaftsordnung. Wenn die Produktion von einzelnen Privatunternehmern ausgeht, die Waren für Konsumenten herstellen, die nach freiem Gutdünken Waren kaufen, ist für den Wert der Waren niemals die objektive Menge der auf die Waren verwendeten Kosten maßgebend, sondern die Nützlichkeit und Brauchbarkeit der Waren oder der Gebrauchswert. Auf die Güte, die Beliebtheit, die Tauglichkeit der Waren wird es in erster Linie immer ankommen.

Wenn somit Owen mit seinen kommunistischen und sozialistischen Experimenten nur Mißerfolge gehabt hat, so war sein Wirken für Englands Sozialpolitik doch von eminentem Erfolg. Seine Anregungen auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrtspflege sind zum großen Teil durchgeführt worden und haben nicht wenig dazu beigetragen, daß sehr frühzeitig in England eine energische Arbeiterschutzpolitik begonnen wurde.

England hat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur bedeutende sozialistische Theoretiker und Agitatoren aufzuweisen, sondern, wie ich vorher schon sagte, auch eine mächtige sozialrevolutionäre Bewegung in dem sogenannten Chartismus zu verzeichnen.

Wenn auch im Mittelpunkt der Chartistenbewegung das Verlangen nach einer Wahlreform stand, und zwar der Ausdehnung des Wahlrechts auf das ganze Volk, so sollte doch diese politische Reform nur die Grundlage bilden zu einer ökonomischen Umgestaltung. Politische Macht das Mittel — soziale Glückseligkeit das Ziel — so lautete die Parole der Chartisten.

Einzelne Führer der Chartistenbewegung, die im Jahre 1839 in den blutigen Aufständen in Birmingham ihren Höhepunkt hatte, hatten das sozialistische Endziel im Auge; sie wollten die Arbeiter von der Herrschaft des Kapitals befreien. So hat einer der Führer des Chartismus, Stephens, das Wesen des Chartismus einmal in einer großen Volksversammlung dahin charakterisiert: „Der Chartismus, meine Freunde, ist keine politische Frage, bei der es sich darum handelt, daß ihr das Wahlrecht erlangt, sondern der Chartismus ist eine Messer- und Gabelfrage, der Chartismus heißt: Gute Wohnung, gutes Essen und Trinken, gutes Auskommen,

kurze Arbeitszeit." Oder wie es ein anderer Führer einmal sagte: „Wir erkennen die Ungerechtigkeit, die man gegen uns ausübt, wir fühlen die Sklaverei, von welcher wir noch nicht die Kraft haben, uns zu befreien. Unsere Befreiung hängt jedoch nur von der Ausdehnung der Erkenntnis unter den arbeitenden Klassen aller Länder ab, indem sie uns unsere tatsächliche Stellung in der Gesellschaft erkennen und uns fühlen läßt, daß wir — die Hervorbringer des Reichtums — auch den ersten Anspruch auf seinen Genuß haben."

Doch waren solche Äußerungen keineswegs charakteristisch für die Chartistenbewegung im ganzen, sie sollte nur eine sehr mächtige Strömung innerhalb des Chartismus hervortreten lassen.

Ein einheitliches Programm und ein festes Endziel, fehlten dem Chartismus. Im Mittelpunkt stand die politische Forderung des allgemeinen Wahlrechts. Diese politische Errungenschaft sollte aber zur Erreichung ökonomischer Zwecke benutzt werden. In diesen ökonomischen Zielen finden wir die alten Owenschen Ideen wieder: Es sollte das Volk durch die kommunistische Gesellschaftsordnung aus der Sklaverei der Armut erlöst werden. Owen selbst hat allerdings der Chartistenbewegung nie seine volle Sympathie geschenkt; sie war ihm zu politisch, auch der Appell an die Gewalt fand nicht seinen Beifall. Nur wenn die Chartisten sein Reformprogramm auf ihre Fahne geschrieben hätten, hätte er sich von der Bewegung Erfolg versprochen. Neben den Owenisten, die eine radikale Umwälzung der Gesellschaft im kommunistischen Sinne erstrebten, forderten viele Chartisten nur die Abstellung gewisser Mißstände, und namentlich gehörte das Zehnstundengesetz und die Beseitigung des neuen Armengesetzes von 1834 zu den Forderungen, welche in den Kreisen der Chartisten erhoben wurden. — Auch haben wir keine reine Klassenbewegung vor uns: Da die Forderung des allgemeinen Wahlrechts in vielen anderen Schichten der Bevölkerung gebilligt wurde, fanden sich auch weite Kreise des Mittelstandes unter den Chartisten.

Auch über die Wahl der Mittel, welche zum Ziele führen sollten, war keineswegs Einigkeit vorhanden. Ein Teil der Chartisten, der von William Lovett geführt war, wollte durch friedliches und gesetzliches Vorgehen zum Ziele gelangen, die andere radikale Richtung, zu welcher O'Brien und O'Connor gehörten, hielt gewalttätiges Vorgehen für notwendig.

Im Jahre 1848 war die Chartistenbewegung erloschen. Der Aufstand war niedergeschlagen und das Interesse für die Ziele der Chartisten so gut wie ganz verschwunden. Einzelne der Hauptforderungen, die in der Chartistenbewegung hervortraten, waren auch erreicht: das neue Armengesetz wurde in praxi viel milder durchgeführt, als es dem Wortlaut des Gesetzes entsprochen hätte — der Kampf um das Zehnstundengesetz war 1848 zugunsten der Arbeiter beendet, als Robert Peel seine Factory Act durchsetzte —. So hatte die Chartistenbewegung eine Menge von Anhängern — nämlich alle die, welche gerade diese Wünsche und Ziele im Auge hatten, verloren.

Aber nicht nur die Chartistenbewegung war erloschen — für lange Zeit war das Interesse für den Sozialismus überhaupt im englischen Volke so gut wie gänzlich verschwunden. Die englische Arbeiterschaft folgte neuen Zielen und Ideen.

In der kleinen Stadt Rochdale (Lancaster) hatte die Straßenjugend an einem Dezemberabend des Jahres 1844 einige vergnügte Stunden: spottend, ulkend und lachend sahen sie zu, wie in einer kleinen Gasse, in einem kleinen ärmlichen Lädchen winzige Quantitäten von Butter, Zucker, Mehl usf. ausgelegt wurden.

Und doch war dieser kleine, unscheinbare Vorgang der Beginn des heute so mächtig dastehenden englischen Arbeitergenossenschaftswesens!

Arme, alte Weber gründeten damals zur Verbesserung ihrer Lage den ersten Konsumverein. Aber wie primitiv war dieser Anfang! 28 Mitglieder zählte der Verein, der Laden wurde überhaupt nur Sonnabends und Montags in den Abendstunden geöffnet. Ein Vereinsmitglied diente als Verkäufer, ein anderes als Buchführer, während ein drittes, das den stolzen Titel Schatzmeister führte, über ein angesammeltes Kapital von 28 £ zu wachen hatte.

Streng genommen kann man nicht sagen, daß dieser Konsumverein von Rochdale der erste war. Es gab schon früher vereinzelte Konsumvereine in England; aber sie verfuhren nach dem Prinzip, daß der Gewinn unter die Mitglieder nach Geschäftsanteilen verteilt wurde. Die wesentlichste Neuerung der Pioniere von Rochdale — wie sie genannt wurden —, war, daß sie nicht wie die Konsumvereine in der ersten Periode den Reingewinn nach Geschäftsanteilen verteilten, sondern nach den Einkäufen, und hiermit wirkten sie bahnbrechend für die spätere Entwicklung der Konsumgenossenschaften. Der Verkauf geschah zu Marktpreisen und die Mitglieder wurden, weil die Gewinne nach der Höhe ihrer Verkaufssumme an sie verteilt wurden, dauernd an den Konsumverein gefesselt. Aus diesen unscheinbaren Anfängen heraus ist das heutige, blühende Genossenschaftswesen entstanden, durch welches Ende des 19. Jahrhunderts über zwei Millionen englischer Arbeiter zu Besitzern eines Kapitals von mehr als 600 Millionen Mark, zu Eigentümern riesiger Warenhäuser, großer Fabriken, Müllereien usw. gemacht wurden.

Wenn ich früher konstatierte, daß die politische Arbeiterbewegung in England eine verschwindend geringe ist, so ist die wirtschaftliche Arbeiterbewegung, das heißt diejenige, welche sich die Erreichung eng begrenzter wirtschaftlicher Ziele zur Aufgabe stellt, um so kräftiger entwickelt.

Auf zwei Wegen namentlich können die Arbeiter ihre materielle Lage verbessern: einmal, indem sie ihre Ausgabewirtschaft verbilligen und zweitens, indem sie ihre Einnahmen erhöhen.

Dem ersten Zwecke dient vornehmlich das Genossenschaftswesen, dem zweiten das Gewerkschaftswesen. In den Konsumvereinen ist nur der Grundstock des englischen Arbeitergenossen

schaftswesens gegeben. Über ihm und auf seiner Grundlage erheben sich noch eine Reihe weiterer, sehr erfolgreicher und nützlicher Vereinsbildungen.

Aus den Konsumvereinen heraus sind die sogenannten Großhandelsgenossenschaften entstanden. Gerade so wie die Konsumvereine den Arbeitern die kleinen Detaillisten ersetzen sollen, so wollen die Großhandelsgenossenschaften die Konsumvereine von den großen Zwischenhändlern befreien. Die Großhandelsgenossenschaft soll die Konsumvereine in den Stand setzen, auch den Großhandel in die eigene Hand zu nehmen. Vereinzelt sind die Konsumvereine gezwungen, ihre Bezüge von einem in ihrem Bezirk wohnenden Händler zu nehmen. Zu einer Großhandelsgenossenschaft vereinigt, sind sie in die Lage gesetzt, die Waren entweder vom Produzenten direkt oder von den größten Handelsfirmen zu beziehen. Dadurch haben sie die Möglichkeit, alle Vorteile des Großbezuges auch den kleinsten Konsumvereinen zugänglich zu machen und preiswerte, unverfälschte Waren zu möglichst billigen Preisen zu beziehen.

Es gibt zwei derartige Großhandelsgenossenschaften: eine englische und eine schottische, 900 Genossenschaften sind hierin vereinigt mit 800 000 Mitgliedern. Sie besitzen fünf Dampfer, die den überseeischen Verkehr vermitteln und haben Niederlassungen zu Einkaufszwecken in Hamburg, Kopenhagen und New-York. In Manchester sind große Warenhäuser, wo die Konsumvereine Proben von allen möglichen Waren finden und Bestellungen machen können. In London besitzen sie eine Teeniederlage mit einem Umsatz von 7 Millionen Mark.

Die nächste Stufe des Genossenschaftswesens bilden die sogenannten Konsumentenproduktivgenossenschaften. Darunter ist folgendes zu verstehen: Unter Arbeiterproduktivgenossenschaften im engeren Sinne versteht man Genossenschaften von Arbeitern, die den Zweck haben, eine Unternehmung auf eigene Rechnung und eigenes Risiko zu betreiben. Die eigentliche Arbeiterproduktivgenossenschaft will sich von der Herrschaft des kapitalistischen Unternehmers dadurch befreien, daß sie selbst das zur Unternehmung nötige Kapital beschaffen, auf eigene Rechnung produzieren und den Gewinn unter sich verteilen.

Im Gegensatz zu diesen eigentlichen oder reinen Produktivgenossenschaften gibt es auch solche, bei denen sich die Arbeiter als Konsumenten zu produktiven Zwecken vereinigen. Wenn nämlich die Arbeiter in ihren Konsumvereinen regelmäßig einen bestimmten Absatz an Mehl, Brot, Kleidern usw. haben, so liegt es nahe, daß diese Konsumvereine sich zusammenschließen und produktive Abteilungen begründen, durch welche diese Produktion von Vereins wegen besorgt wird.

Der große Unterschied dieser Konsumentenproduktivgenossenschaften von den eigentlichen Produktivgenossenschaften liegt also darin, daß hier nur für einen genau bekannten Absatz produziert wird.

Auf alljährlichen Versammlungen werden die Direktoren der großen Konsumvereine, welche die Bedürfnisse ihrer Kunden genau kennen, in engere Beziehungen zu den Direktoren und Leitern der Fabrikabteilungen der Konsumvereine gebracht. Die englischen Konsumvereine haben zahlreiche produktive Abteilungen dieser Art, so z. B. eine Stiefelfabrik in Lei-

cester, eine Biskuitfabrik in der Nähe von Manchester, eine Wollspinnerei in Yorkshire und Seidenfabriken in Durham. 20% des Mehlverbrauchs der Konsumvereine wird in solchen produktiven Abteilungen hergestellt.

Das Schmerzenskind alles Genossenschaftswesens ist in England, wie überall, die eigentliche oder reine Produktivgenossenschaft. So glänzend und erfolgreich das Genossenschaftswesen im allgemeinen sich entwickelt hat, so kümmerlich ist der Erfolg der eigentlichen oder reinen Produktivgenossenschaften in dem Sinne, den ich eben erwähnt habe.

Sie dürfen die Statistiken über englische Produktivgenossenschaften nur mit großer Vorsicht und Kritik betrachten. Als Produktivgenossenschaften werden auch häufig alle möglichen anderen Vereinigungen, z. B. namentlich die erwähnten Konsumentenproduktivgenossenschaften aufgezählt; dadurch kommt man aber zu einer ganz falschen Vorstellung.

Wenn Sie einmal das Buch Beatrice Potters „Das englische Genossenschaftswesen" lesen, welches eine ausgezeichnete Darstellung dieser Bewegung gibt, so finden Sie dort eine klare Trennung der eigentlichen Produktivgenossenschaften von allen möglichen anderen Bildungen dieser Art. Sie finden dort, daß nicht, wie bei der Statistik des Genossenschaftsverbandes, man von 106 Produktivgenossenschaften reden darf, sondern daß von diesen 106 ein großer Teil Genossenschaften kleiner Meister mit Lohnarbeitern sind. Es treten ein paar kleine Unternehmer zusammen, um aus der Arbeit von Nichtgenossen nach Möglichkeit Profit herauszuschlagen. Von dieser Art soll etwa die Hälfte aller in der Genossenschaftsstatistik aufgeführten Produktivgenossenschaften sein. Dann gibt es wieder zahlreiche Produktivgenossenschaften, die tatsächlich kapitalistische Genossenschaften sind, welche die Arbeiter nur am Gewinn beteiligt haben usw.

Kurz, scheidet man alle diese — streng genommen — nicht dazu gehörenden Genossenschaften aus, so bleiben auch in England kaum über ein Dutzend wirkliche Produktivgenossenschaften übrig.

Zahllose Produktivgenossenschaften wurden begründet und sind nach kurzer Zeit wieder eingegangen. So waren namentlich in den 40er und 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts unter dem Einfluß sozialdemokratischer, owenistischer, chartistischer und christlich-sozialer Ideen zahlreiche Produktivgenossenschaften begründet worden. Binnen weniger Jahre hatten sich sämtliche in London und den südlichen Landstrichen Englands befindliche Genossenschaften, die von den christlichen Sozialisten gegründet oder unterstützt worden waren, entweder spurlos aufgelöst oder sie waren zu profitmachenden Unternehmungen kleiner Meister herabgesunken. Drei Schuhmachereigenossenschaften, die im Jahre 1852 gegründet waren, waren schon in den ersten Monaten zugrunde gegangen und auch mehrere von den Maschinenbau-, Eisen- und Kohlenarbeitern in Northumberland, Durham usw. unternommene Ankäufe von Eisenwerken, Maschinenfabriken und ähnlichen Unternehmungen haben mit den größten Verlusten geendet und daher in den Arbeitervereinen ein großes Mißtrauen gegen Versuche dieser Art hervorgerufen.

Die Gründe des Scheiterns der Produktivgenossenschaften sind folgende:

Wenn es schon Privatunternehmungen in der individualistischen Wirtschaftsordnung schwer fällt, zur Blüte zu kommen und sich längere Zeit zu erhalten, so müssen vollends Arbeiterproduktivgenossenschaften mit besonderen Schwierigkeiten kämpfen. Abgesehen davon, daß selten Arbeiter die genügenden Kenntnisse und nötige kommerzielle Bildung haben, um derartige Unternehmungen zu leiten, so kommt dazu, daß die Mitglieder solcher Vereinigungen fast immer in Zank und Streitigkeiten aller Art geraten und durch die Uneinigkeit unter sich das Gedeihen ihres Unternehmens hindern.

Abgesehen von den Produktivgenossenschaften hat das englische Arbeitergenossenschaftswesen die größten Erfolge aufzuweisen. Es sind nicht allein die wirtschaftlichen Erfolge, wie sie in den Ziffern der Ersparnis- und Gewinnanteile der Mitglieder und in den Vorteilen, die die Arbeiter durch billigere und bessere Warenbezüge haben, hervortreten. Über den von mir erwähnten Kreis von Tätigkeiten hinaus haben die Genossenschaften viele, der Arbeiterschaft nützliche Einrichtungen getroffen. So werden z. B. $2^1/_2$% des Reingewinnes der Konsumvereine für Bildungszwecke ausgegeben. Die Pioniere von Rochdale errichteten 1849 eine Bibliothek, 1867 wurde von den Genossenschaften eine Feuer- und Lebensversicherung begründet.

Welche Ausdehnung das englische Genossenschaftswesen genommen hat, mögen einige statistische Angaben zeigen:

1908 betrug die Zahl der Genossenschaften 1560 mit 2 516 000 Mitgliedern, das Anteilkapital betrug 33 Millionen £, der Umsatz 108 Millionen £, der Reinüberschuß 11 Millionen £. — Die wirtschaftliche Zentrale der britischen Genossenschaftsbewegung, die beiden Großhandelsgesellschaften in England und Schottland, hatten folgende Ausdehnung:

1414 Vereine sind ihr angeschlossen, das Anteilkapital beträgt 2 Millionen £, die Zahl der beschäftigten Personen 25 000, davon 20 000 in der Eigenproduktion. Der Umsatz der beiden Großeinkaufsgenossenschaften betrug 1908 = 32 Millionen £, der Reinüberschuß 731 000 £.

Arbeitsgenossenschaften (Produktivgenossenschaften) gab es 1908 in England 120 mit 31 000 Mitgliedern, 3 Millionen £ Umsatz und 164 000 £ Reinüberschuß Was die genossenschaftliche Eigenproduktion anlangt, so war ihr Gesamtwert 1908 gleich 456 Millionen Mark; die Hälfte davon, 222 Millionen, kommt auf die Konsumgenossenschaften; mit mehr als einem Drittel, nämlich mit 169 Millionen sind die zwei Großhandelsgesellschaften an der genossenschaftlichen Eigenproduktion beteiligt. Endlich kommen als reine Konsumenten-Organisationen die Genossenschaftsmühlen mit produzierten Waren im Wert von 21 Millionen Mark in Betracht. Konsumgenossenschaften, Großeinkaufsgesellschaften und Genossenschaftsmühlen, also alles Formen der von mir erklärten Konsumentengenossenschaften umfassen rund 90% der englischen genossenschaftlichen Eigenproduktion. Für Arbeits- (Produktivgenossenschaften) und sonstige Genossenschaften bleiben nur 10% oder 44 Millionen Mark übrig. Aber auch von diesen Produktivgenossenschaften ist wiederum ein Teil Eigentum der Konsumvereine, oder die Konsumvereine bilden in ihnen das ausschlaggebende Moment.

Was den Häuserbau durch die britischen Konsumvereine anlangt, so hatten bis zum Jahre 1907 413 Konsumvereine rund 200 Millionen Mark für Häuserbau aufgewendet. Es wurden 8350 Häuser gebaut, wovon 5577 an die Insassen verkauft wurden. Außerdem wurden 32 600 Häuser von Mitgliedern der Konsumvereine gebaut mit Hilfe von Kapitalien, die sie von den Genossenschaften entliehen hatten.

Es ist klar, daß die Anteilnahme von Arbeitern an der Verwaltung aller solcher Vereine zur intellektuellen und sittlichen Hebung des Arbeiterstandes außerordentlich viel beiträgt.

Wenn der Hauptzweck der Genossenschaften ist, die Ausgabenwirtschaft zu verbessern, so bezwecken die Gewerkvereine eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse.

Die Gewerkvereine sind wirtschaftliche Interessenverbände von Arbeitern, die Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit und andere Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lage erstreben. In keinem Lande der Welt haben sich diese Gewerkvereine so mächtig und erfolgreich entwickelt wie in England. In ihnen kulminiert die Arbeiterbewegung Englands, in ihnen sind die fortgeschrittensten und höchststehenden Elemente der englischen Arbeiterschaft vereinigt. Erst nach langen Kämpfen haben sich die Gewerkvereine zu ihrer heutigen einflußreichen und angesehenen Stellung emporgearbeitet.

In den ersten Anfängen waren die Gewerkvereine geheime, ungesetzliche Verbindungen der Arbeiter gegenüber den Unternehmern, denn durch ein strenges Gesetz vom Jahre 1800 waren alle Verabredungen, Versammlungen und Vereine von Lohnarbeitern, welche bezweckten, eine Lohnaufbesserung herbeizuführen, verboten, und die Übertretung des Verbotes mit Zuchthausstrafe bedroht.

Da man diese Arbeiterverbände mit dem äußersten Mißtrauen ansah, waren sie ihrerseits auch von Haß gegen die Arbeitgeber erfüllt. 1824 erfolgte die Aufhebung des Koalitionsverbotes. Nur die Anwendung von Gewalt gegen Personen oder Eigentum, von Drohungen und Einschüchterungen, um die Arbeiter zur Beteiligung an Lohnbewegungen zu gewinnen, wurde mit Gefängnis bestraft. 1825 wurde das Gesetz modifiziert. Die Koalitionsfreiheit wurde zwar ausdrücklich aufrecht erhalten, aber die früheren scharfen Bestimmungen gegen Verschwörungen wurden wieder in Kraft gesetzt; ausdrücklich war das Zusammenkommen von Arbeitern, um über Lohn und Arbeitszeit zu beraten, erlaubt.

In der folgenden Periode, die etwa von 1829—1842 reichte, gewannen die sozialistischen Ideen Owens u. a. Einfluß auf die Gewerkvereine. Die Sozialisten waren von der Hoffnung erfüllt, vermittels dieser Vereine das Ideal des Sozialismus zu verwirklichen, das heißt in den Besitz der Produktionsmittel zu gelangen. Die Chartistenbewegung erhielt aus den Kreisen der Gewerkvereine viel Unterstützung. Heftige Streiks, die teils zu Aufständen ausarteten, waren an der Tagesordnung.

Als Anfang der 40er Jahre die revolutionäre Chartistenbewegung ihren Höhepunkt überschritten hatte und die zahlreichen sozialistischen Er-

perimente Owens und seiner Anhänger gescheitert waren, wurde auch das Verhalten der Trade Unions nüchterner und realpolitischer. An die Stelle des revolutionären, erbitterten Kampfes gegenüber der Unternehmerklasse traten die Versuche, die Gewerkvereine zu friedlicher, wenn auch machtvoller Betätigung der Interessen der Arbeiterklasse zu benutzen. An Stelle der agressiven Politik gegen die Unternehmer trat das Bestreben, durch friedliche Verhandlung mit ihnen Vorteile in bezug auf Arbeitszeit und Arbeitslohn zu erzielen.

Damals wurde das sogenannte „neue Muster" der Gewerkvereine begründet und zwar wurde diese neue Organisation zuerst von dem amalgamierten Vereine der Maschinenbauer durchgeführt.

Nach dieser neuen Verfassung sollten die Gewerkvereine möglichst nur die in einem Gewerbe tätigen Arbeiter umfassen. Also die Mitglieder sollen in ihren wirtschaftlichen Interessen möglichst gleichartig sein, aber womöglich innerhalb dieses Gewerbes alle Arbeiter an allen Orten des Landes einbeziehen. An jedem Orte des Landes, wo das betreffende Gewerbe betrieben wird, und an welchem Mitglieder wohnen, werden Zweigvereine begründet. Der Ort des Landes, wo das Gewerbe seinen Hauptsitz hat, ist der Sitz des sogenannten Exekutivausschusses des Gewerkvereins.

Das Vorgehen bei Streiks ist dann in der Regel folgendermaßen:

Ist der Zweigverein der Meinung, daß die allgemeine Lage des Gewerbes eine Lohnerhöhung oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen rechtfertigt, so muß der Zweig an den Exekutivausschuß berichten. Billigt dieser das Vorhaben des Zweigvereins nicht, so erhält dieser keine Unterstützung, falls es zu einer Arbeitseinstellung kommt, stimmt dagegen der Exekutivausschuß seinem Beginnen zu, so entsenden die Arbeiter an den Ort des betreffenden Zweiges eine Deputation an die Arbeitgeber, um ihre Beschwerden vorzutragen. Die Sache wird dann hin und her beprochen und oft kommt ein Ausgleich zustande. Ist aber eine solche friedliche Lösung nicht möglich, dann legen die Arbeiter die Arbeit nieder und erhalten für die Dauer des Streiks vom Exekutivausschuß das sogenannte Geschenk (die Streikunterstützung).

Die großen Geldmittel, welche eine derartige, alle Arbeiter des Gewerbes umfassende Organisation zur Verfügung hat, geben ihr eine sehr große Macht in diesen Lohnkämpfen. Aber das Wirken der Gewerkvereine geht weit über diese Organisation von Lohnkämpfen hinaus. Sie haben eine ganze Reihe von Kasseneinrichtungen geschaffen, durch welche die Arbeiter sich auf dem Wege der Selbsthilfe fast alle die Vorteile errungen haben, welche die deutschen Arbeiter durch die Zwangsarbeiterversicherung erhalten haben. Ja noch über dies hinausgehend, haben sie einen Zweig der Arbeiterfürsorge, der bis jetzt in Deutschland noch gar nicht gesetzlich geregelt ist, ausgebildet, nämlich die Arbeitslosen-Fürsorge.

Um welche großen Unterstützungen es sich hierbei handelt, will ich Ihnen am Beispiel des vorhin erwähnten Gewerkvereins der vereinigten Maschinenbauer zeigen. Im Falle der Arbeitslosigkeit erhalten die Mitglieder 14 Wochen lang 10 sh. pro Woche, während der folgenden 30 Wochen 7 sh. und jede Woche darüber hinaus 6 sh. pro Woche. In Krankheitsfällen

erhalten sie 26 Wochen lang 10 sh. pro Woche und jede Woche darüber hinaus 5 sh. Bei einem Unfall, der dauernde Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat, bekommen sie 100 £; auch eine Altersversorgung ist insofern eingeführt, als jedes Mitglied, welches das 50. Lebensjahr erreicht hat und nicht mehr den früheren Lohnsatz verdienen kann, 7 sh. pro Woche erhält. Stirbt ein Mitglied, so erhalten die Hinterbliebenen eine Unterstützung von 15 £. Auch für die Arbeitsvermittlung sind die Gewerkvereine tätig, sie führen eine genaue Arbeitsstatistik, so daß sie jederzeit über die Zahl der arbeitslosen Mitglieder und ebenso über die unbesetzten Arbeitsstellen informiert sind.

In ihrer rechtlichen Stellung haben die Gewerkvereine den großen Erfolg errungen, daß sie durch ein Gesetz von 1871 die volle gesetzliche Anerkennung und Rechtsfähigkeit erlangt haben. Die Gewerkvereine, welche ihre Statuten registrieren lassen, haben Korporationsrechte.

Nach einer Statistik vom Ende des Jahres 1907 gibt es in England 1173 Trade Unions mit 2 406 746 Mitgliedern. Das Labour Departement des Board of Trade berichtet über die 100 wichtigsten und größten Gewerkvereine. Diese haben eine Mitgliederzahl von 1 457 856, eine jährliche Einnahme von 2 493 282 £, eine Ausgabe von 2 054 157 £ und ein angesammeltes Vermögen von 5 637 661 £, also ein Vermögen von mehr als 100 Millionen Mark! Diese 100 Gewerkvereine gaben im Jahre 1907 ihren Mitgliedern an Streikunterstützung 133 363 £, an Arbeitslosenunterstützung 465 668 £, an Kranken- und Unfallunterstützung 431 559 £.

Es ist hier nicht meine Aufgabe, die sozialpolitische Bedeutung der Gewerkvereine in extenso zu behandeln; ich hätte Ihnen sonst zu berichten, daß die Meinungen über die Wirkung dieser Gewerkvereine sehr geteilt sind. Von der einen Seite werden sie als eminent segensreiche Institutionen gepriesen, die das beste Mittel zum „sozialen Frieden" wären und die möglichste Übertragung dieser Einrichtungen nach Deutschland wird dringend empfohlen. Von der anderen Seite wird von den Gewerkvereinen behauptet, daß sie durch den Terrorismus, den sie gegenüber den Unternehmern ausübten, immer mehr die Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie gegenüber dem Auslande hemmten.

Man wird gut tun, sich hier nach beiden Seiten vor Übertreibungen zu hüten. Vor allen Dingen darf man nicht vergessen, daß in den Gewerkvereinen nur ein kleiner Teil der englischen Arbeiterschaft, nämlich nur etwa $^1/_5$ vereinigt ist, daß also die große Majorität der Arbeiter nicht organisiert ist. Aber das $^1/_5$, welches in diesen Verbänden organisiert ist, stellt allerdings eine sehr bedeutende Macht dar. Daß diese Organisation durchaus nicht den „sozialen Frieden" verbürgt, können Sie daraus ersehen, daß trotz der Gewerkvereine gerade England der Schauplatz der schwersten Streiks in den letzten Jahrzehnten war. Man kann es daher den englischen Fabrikanten durchaus glauben, wenn sie versichern, daß ihnen die Art und Weise der deutschen Arbeiterbewegung viel angenehmer wäre, als die Zustände, die dort herrschen. Denn, während bei uns in Deutschland die Arbeiter ihre Zeit, Kraft und Geldmittel auf die politische Betätigung im Wahlkampf und überhaupt auf die Erkämpfung ihres Endziels legten, würden die Arbeitgeber dort fortwährend durch immer neue

Forderungen der Gewerkvereine behelligt. Müssen doch manche Arbeitgeber, ehe sie zur Einführung neuer Maschinen schreiten, erst die Zustimmung der Gewerkvereine einholen, oder ihnen bei der Einführung der Maschinen gewisse Konzessionen machen.

Die völlige Änderung in der Politik und Taktik der Gewerkvereine in dieser zweiten Periode zeigt sich auch in der veränderten Haltung der Gewerkvereine gegenüber den Maschinen. Eine direkt feindselige Opposition gegenüber den Maschinen kommt nur noch vereinzelt und in Ausnahmefällen vor. Wie überhaupt die ganze Taktik der Gewerkvereine, seitdem sie gesetzliche Anerkennung gefunden hatten, eine realpolitischere, weniger agressive ist, so ist auch ihr Verhalten in der Maschinenfrage ein weniger radikales geworden. Es handelt sich jetzt für die Gewerkvereine nicht mehr darum, daß Maschinen in den einzelnen Gewerben eingeführt werden, sondern unter welchen Bedingungen dies geschehen soll. Sie suchen für ihre Mitglieder die Einführung der Maschinen möglichst wenig nachteilig zu gestalten. Daher suchen sie von den Unternehmern gewisse Bedingungen betreffend Arbeitszeit, Fernhaltung von ungelernten Arbeitern, Vermeidung von Lohnreduktion usw. zu erzwingen. Zweifellos ist dies Paktieren oft erfolgreich gewesen, in anderen Fällen aber hat sich keine Einigung erzielen lassen und die Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie hat häufig unter diesem Vorgehen der Gewerkvereine gelitten.

Daß auch noch in dieser Periode des Gewerkvereinswesens eine direkte Opposition der Gewerkvereine gegen die Maschinen stattgefunden hat, beweist das Verhalten der Schuhmacher in den Jahren 1857—59 in Northamptonshire. Dort führte die Einführung der Nähmaschinen zu einer Reihe heftiger Konflikte; doch scheint dieser Streik bei den anderen Gewerkvereinen sogar desselben Gewerbes keine Sympathie gefunden zu haben.

Nach dem Berichte der Webbs in ihrem Werke über die englischen Gewerkvereine (1898) widersetzen sich zwei oder drei alte Gewerkvereine noch immer den neuen Maschinen, die in großer Ausdehnung in ihrem Gewerbe angewendet und daher von einer neuen besonderen Klasse von Arbeitern bedient werden. Doch ist diese feindliche Haltung, wie bereits bemerkt, eine Ausnahme. Häufiger sind Schwierigkeiten, die bei Einführung der Maschinen von Gewerkvereinen dadurch gemacht wurden, daß sie durch Einschränkung ihrer Arbeitsintensität die Wirkungskraft der Maschinen herabsetzen wollten. Das ist eine Folge des sogenannten Ca'canny-Prinzips. Was heißt Ca'canny?

Wenn zwei Schotten spazieren gehen und der eine geht dem andern zu schnell, so sagt dieser: ca'canny, ca'canny, das heißt etwa — nur immer hübsch langsam.

In diesem Sinne verlangen die Gewerkvereine, daß die Mitglieder langsam arbeiten, damit nicht infolge der Einführung der Maschinen ein zu großes Quantum erzeugt werde; sie gehen dabei von einer merkwürdigen Theorie aus, die man vielleicht, analog der Lohnfondstheorie, die Arbeitsfondstheorie nennen könnte. Sie behaupten, daß zu einer bestimmten Zeit, in einem bestimmten Gewerbe, immer nur eine bestimmte Nachfrage nach den betreffenden Produkten vorhanden sei. Würde mit Hilfe

der Maschinen schneller produziert, so wären weniger Arbeiter zu der betreffenden Arbeitsleistung nötig und damit nicht Arbeiter brotlos würden, müßte die frühere Arbeitsleistung herabgesetzt werden, um einen Ausgleich herbeizuführen.

Allgemein bekannt ist, wie sehr die englische Glasindustrie und besonders die Flascheninindustrie durch den Widerstand der Gewerkvereine bei Einführung der Maschinen geschädigt worden ist und wie dieser Widerstand besonders auch die Arbeiter selbst getroffen hat.

Die zuletzt von mir dargelegten Bewegungen, die Genossenschafts- und Gewerkvereinsbewegung, sind nicht sozialistisch ihrem Grundcharakter nach. Ich mußte sie aber wegen der großen Bedeutung, die sie für die englische Arbeiterbewegung haben, etwas ausführlicher schildern. Wie die sozialistische Bewegung in neuester Zeit sich entwickelt hat, soll in der nächsten Vorlesung gezeigt werden.

XVII. Vorlesung.

Der Sozialismus in England.

III. Die neueste Entwicklung der sozialistischen Bewegung.

Heute haben wir im englischen Parlament eine Arbeiterpartei, die wesentlich auch in Gewerkschaftskreisen ihre Anhängerschaft hat, und die 42 Abgeordnete zählt. Bedeutet dies einen Umschwung im englischen Gewerkschaftswesen von der wirtschaftlichen zur politischen Betätigung? Stellt dies ein gewaltiges Vordringen des Sozialismus in England dar? Um diese Frage beurteilen zu können, müssen wir einen Blick auf die heute in England bestehenden sozialistischen Organisationen und die sogenannte Labour Party werfen.

A. Die sozialistischen Organisationen.

1. Die Fabian Society.

Die Gesellschaft der Fabier wurde im Jahre 1884 gegründet. Sie ist hervorgegangen aus der „Kameradschaft des neuen Lebens", einer Studiengesellschaft, die seit 1892 bestand. Sie hatte zum Zweck, alle die Männer zusammenzuführen, welche die Frage der sozialen Reform studieren wollten. Sie verfolgt sozialistische Tendenzen und hat in ihrem Programm ihr Endziel dahin angegeben: „Sie erstrebt die Umwandlung der Gesellschaft durch die Überführung des Bodens und des industriellen Kapitals aus Individualbesitz in Gemeinschaftsbesitz". Zu den Gründern der Gesellschaft gehörten Bernhard Shaw und Sidney Webb. Außerdem sind von ihren Hauptvertretern noch zu nennen: Headlam, Pease und Macrosty. Diese Organisation ist keine politische Partei im Sinne der deutschen Sozialdemokratie. Man kann sie eher als eine wissenschaftliche Studiengesellschaft bezeichnen. Sie dient der Erforschung und der Ausbreitung sozialistischer Ideen; ihre Mitglieder rekrutieren sich aus allen Schichten der Bevölkerung. Die Fabier wollen keine Partei für sich bilden, wohl aber alle Parteien mit Sozialismus infizieren. Statt eigene Parteiorgane zu gründen, ziehen sie es vor, die Zeitungen aller Richtungen mit sozialistischen Ideen zu versorgen. Durch Vorträge, Broschüren und anderweitige Propagandatätigkeit wollen sie das Verständnis für sozialistische Probleme in immer weitere Kreise bringen.

Der Sozialismus, den die Fabier vertreten, ist weit entfernt von dem radikalen Endziel der völligen Beseitigung des Privateigentums. Sie erläutern den eben genannten ersten Satz ihres Programms dahin, daß sie für die Kollektivierung solchen industriellen Kapitals eintreten, welches passenderweise sozialistisch betrieben werden könne. (capital as can conveniently be managed socially). Die kollektivistischen Betriebe sollen namentlich für die Sicherstellung aller Lebensnotwendigkeiten des Volkes, für die Urproduktion und die Verkehrsmittel Platz greifen. Daher treiben die Fabier eine rege Agitation für Staats- und Munizipalsozialismus und treten besonders für staatliche bzw. städtische Brot-, Milch-, Gas-, Wasser- und Kohlenversorgung ein, ferner für Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung der Eisenbahnen und anderer Kommunikationsmittel. Sie agitieren für energische Arbeiterschutzpolitik, für den Achtstundentag, für Festsetzung von Minimallöhnen seitens der städtischen Obrigkeiten usw. Ihre Hauptpolitik und -Taktik weist manche Ähnlichkeit mit den französischen Possibilisten auf, mit denen sie auch einig sind in der Ablehnung jeder Klassenkampfpolitik und in der Befürwortung schrittweisen allmählichen Vorgehens auf dem Wege der Sozialreform. Daher stammt auch der Name Fabier. Ihr Motto lautet: „Auf den richtigen Augenblick muß man warten, geduldig wie Fabius tat, als er gegen Hannibal kämpfte allem Tadel über seine Saumseligkeit zum Trotz; aber wenn die Zeit kommt, muß man ordentlich losschlagen, wie auch Fabius tat oder man wird vergebens und fruchtlos gewartet haben".

Aus dem Berichte, den die Fabier dem internationalen Sozialistenkongreß 1896 vorgelegt haben, geht klar ihr Kompromißcharakter, ihre auf Versöhnung von Individualismus und Sozialismus gerichtete Politik hervor. Dort wird als Mission der Fabier angegeben, die englische Verfassung ganz demokratisch zu gestalten und die Industrie soweit zu sozialisieren, daß die Lebensmittelversorgung des Volkes vom privaten Kapitalismus unabhängig wird. Ausdrücklich wird der Vorteil des privatwirtschaftlichen Betriebes für bestimmte Industriezweige anerkannt. In dem Abschnitt Fabian Individualism heißt es: „die Freiheit der Individuen, den sozialen Wert neuer Erfindungen zu prüfen, verbesserte Produktionsmethoden einzuführen, den öffentlichen Unternehmungen voranzugehen, indem sie für neue gesellschaftliche Bedürfnisse sorgt, alle Kräfte und Fertigkeiten unabhängig auszuüben, kurz Ergänzung der sozialen Organisation durch Hinzufügung der Quellen produktiver Tätigkeit und privater Initiative zu dem der öffentlichen Betriebe wird von der Fabier-Gesellschaft ebenso hoch geschätzt wie die Freiheit der Rede, der Presse oder irgendein anderer Artikel in der Reihe der Volksfreiheiten".

Ausdrücklich wird der antidogmatische Charakter der Fabier erklärt: „Sie halten an der Notwendigkeit einer kritischen Haltung Marx und Lassalle gegenüber fest, deren Anschauungen heute teilweise als Irrtum oder veraltet angesehen werden müssen, ebenso wie diese berühmten Sozialisten ihrerseits die Meinungen ihrer Vorläufer wie St. Simon und Owen kritisierten."

Da der Schwerpunkt der Fabier-Gesellschaft, die jetzt etwa 2000 Mit-

glieder zählt, nicht auf praktisch-politischem Gebiete liegt, sondern auf dem der wissenschaftlichen Aufklärung, so ist ihr direkter Einfluß auf die soziale Bewegung gering; aber ein großer indirekter Einfluß ist unbestreitbar. Der Umschwung in der öffentlichen Meinung in England von der manchesterlichen Auffassung zu größerer Betonung der Notwendigkeit der Sozialreform ist zum großen Teil auf die Bemühungen der Fabier zurückzuführen.

2. Die Social-Democratic Federation.

Im strikten Gegensatze zu der Fabiergesellschaft ist die sozialdemokratische Föderation eine ausgesprochene Klassenkampfpartei im Sinne des Marxismus.

1881 war von einigen radikalen Klubs in London die Democratic Federation gegründet worden, 1883 wurde sie umgestaltet zur Social-Democratic Federation. Ihr Führer ist Hyndman, der die Absicht hatte, mit dieser Partei die Arbeiterbewegung für den Marxismus zu gewinnen. Sie tritt für entschiedene politische und sozialistische Betätigung ein und hält die gewerkschaftliche Taktik für verfehlt. Das Programm ist streng marxistisch. Im Hauptteil wird die Vergesellschaftung der Produktions- und Tauschmittel und die vollständige Befreiung der Arbeiter von der Herrschaft der Kapitalisten- und Grundeigentümerklasse als Endziel bezeichnet und zwar wird ebenfalls wieder ganz marxistisch der Sozialismus als die notwendige Folge der kapitalistischen Entwicklung und der Klassenkampf zwischen Unternehmer- und Arbeiterklasse als weitere Folge dieser Entwicklung erklärt. Während die von der Arbeiterklasse allein durchzuführende Expropriation der Kapitalisten als letztes Mittel zur Befreiung angegeben wird, zählt ein Gegenwartsprogramm eine Reihe von Forderungen auf, welche von der Partei bereits innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft durchgeführt werden sollen, z. B. Aufhebung aller indirekten Steuern, unentgeltliche Staatserziehung aller Kinder unter 16 Jahren, gesetzlicher Achtstundentag und gesetzliche Minimallöhne, Abschaffung der Monarchie und der stehenden Heere. Eine von Hyndman im Jahre 1904 in London gehaltene Rede, „Social Democracy" enthält im wesentlichen einen Auszug aus dem kommunistischen Manifest. Der Sozialismus wird als ein notwendiges Produkt der ökonomischen Entwicklung bezeichnet:

„Socialism is a growth necessarily coming . . . . ." „Prior to that there may have been ideals of co-operation of a few bodies of men sequestering themselves from the rest of the world; but an ideal of a socialist society where all shall be for each and each for all growing out of a competitive system, could not have arisen in the primitive communist period. We contend, therefore, that there is an inevitable fatalism running through the development of humanity and that what we have to do is to appreciate what is occurring, and, having appreciated, to influence; not to imagine we can influence before we have appreciated or understood." Die Hoffnung Hyndmans, durch seine Partei eine große englische Arbeiterbewegung nach dem Muster der deutschen Sozialdemokratie ins Leben rufen zu können, hat sich in keiner Weise verwirklicht. Die

Partei ist fast ohne Einfluß auf die englische sozialistische Bewegung geblieben. Ihre praktisch-politische Wirksamkeit ist verschwindend gering. Sie zählt im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts etwa 12 000 Mitglieder. Im Jahre 1906 stellte sie 8 Kandidaten zu den Parlamentswahlen auf, aber kein Kandidat wurde gewählt.

Neben Hyndman tritt Quelch als Führer der Partei hervor. Ihr Organ heißt „Justice". — Viele englische Arbeiterführer und Sozialisten haben eine Zeitlang der sozialdemokratischen Föderation angehört. — Entweder wegen prinzipiell abweichenden Standpunktes oder weil sie die Taktik der Partei als verfehlt für englische Verhältnisse ansahen, traten sie aus.

William Morris, der mit Hyndman zu den Gründern der Föderation gehörte, schied 1885 aus und gründete die Socialist League. Er steht dem kommunistischen Anarchismus näher als dem Marxismus. Im Jahre 1890 trennte er sich auch von der Socialist League aus, die dann bald gänzlich einging. — Auch die beiden einflußreichen Gewerkschaftsführer Burns und Mann hatten zuerst der Social-Democratic Federation angehört, traten aber ebenfalls aus. Burns hat sich immer mehr der liberalen Partei genähert, mit deren Unterstützung er 1892 ins Unterhaus gewählt wurde, und 1905 trat er als Minister in das liberale Kabinett Campbell-Bannerman ein. — Viel größeren Einfluß auf die englische Arbeiterbewegung als die eben genannte Partei gewann

3. Die Independant Labour Party.

Der geringe Erfolg, den die Social-Democratic Federation bei der Gewinnung der Arbeitermassen hatte, gab Anlaß zur Gründung eine neuen Partei, die von vornherein darauf bedacht war, die Mitglieder nicht auf eine bestimmte Theorie festzulegen, sondern die den Anhängern der verschiedensten Richtungen die Möglichkeit zum Beitritt gab. Es galt vor allem auch, die Gewerkschaften zu gewinnen, die im Parlament entweder der liberalen oder der konservativen Partei Gefolgschaft leisteten, ohne eine eigene Arbeiterpolitik zu treiben.

Keir Hardie, der schon 1889 in seiner Heimat Schottland eine kleine unabhängige Arbeiterpartei organisiert hatte, war besonders eifrig bei der Gründung der neuen Partei beteiligt.

Auf dem Gewerkschaftskongreß von 1891 und 1892 wurde der Plan zur Erhebung eines allgemeinen, von den einzelnen Gewerkschaften zu erhebenden Beitrages zwecks Beschaffung der zur Gründung und Unterhaltung einer Arbeiterpartei nötigen Mittel zum ersten Male in eingehender Weise erörtert. Im Jahr 1893 kam es zur Gründung der Independant labour Party (J. L. P.), die von bestimmendem Einfluß auf die Arbeiterpolitik wurde. Man gab absichtlich der Partei den Namen „Unabhängige Arbeiterpartei", um nicht die Gewerkschaften vom Eintritt abzuschrecken. Stets hat sie den Klassenkampf abgewiesen und ist für eine versöhnliche Politik eingetreten. Daher vereinigt sie auch zahlreiche bürgerliche Elemente in ihren Reihen. Die J. L. P. bezeichnet sich ausdrücklich in ihrem Programm als sozialistische Partei, zu der alle Sozialisten Zutritt haben

sollten, welche die Prinzipien und Politik der Partei unterstützen und weder zur konservativen noch zur liberalen Partei gehören.

Als Ziel der Partei wird angegeben: den sozialistischen Staat einzurichten, in welchem Boden und Kapital der Gesellschaft gehören sollen und zugunsten der Gemeinschaft ausgenützt werden, und wo auch der Austausch von Gemeinschaftswegen eingerichtet wird, so daß jedem Individuum der bestmögliche Lebensunterhalt garantiert ist. Als Mittel zur Annäherung an dieses Ziel führt das Programm u. a. auf: einen gesetzlichen Achtstundentag, Errichtung von städtischen und staatlichen Betrieben zur Beschäftigung von Arbeitslosen, Staatspension für alle Personen über 50 Jahre, Kommunalisierung der Schankgewerbe usw. — Ihr Schwergewicht hat die J. L. P. mehr auf die sozialreformerische Tätigkeit als auf das sozialistische Endziel gelegt. Zu dieser opportunistischen Haltung wurde sie durch ihre engen Beziehungen zu den Gewerkschaften genötigt. Sie suchte sich immer den spezifisch englischen Verhältnissen anzupassen, und weil die genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegungen bisher die größten Erfolge erzielt hatten, bestrebte sie sich, in Verbindung mit den Genossenschaften und Gewerkschaften praktische Gegenwartspolitik zu treiben. Der Führer der J L. P., Keit Hardie, sagt einmal über diese Politik folgendes: „Vor zwanzig Jahren nahm der Sozialismus in England zum erstenmal eine organisierte Form an, als die Social-Democratic Federation gegründet wurde. Ihre Gründer machten indessen den Fehler — einen sehr natürlichen Fehler übrigens —, nicht nur den Sozialismus selbst aus dem Kontinent und speziell aus Deutschland importieren zu wollen, sondern auch die besonderen Dogmen, Doktrinen und Propagandamethoden, die den politischen Verhältnissen Deutschlands angemessen und in der Tat in diesem Lande unentbehrlich sind, die aber infolge der gänzlich verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in England absolut unangebracht waren. Die Folge war, daß die Bewegung sehr wenig Fortschritte machte, bis im Jahre 1893 die Independant Labour Party gegründet wurde. Von Anfang an versuchte diese Partei, in engster Verbindung mit den Gewerkschaften zu arbeiten. Statt die Gewerkschafts-, die Genossenschafts- und Temperenzbewegung herabzusetzen und zu verspotten, nahm sie ihnen gegenüber eine sympathische Stellung ein, dabei gleichwohl auf ihre Unzulänglichkeit als Methoden zur Lösung der sozialen Frage hinweisend." (Soz. Monatshefte, 11. 1905, I. S. 529.)

In einem Aufsatz der North American Review, August 1903: „Federated labour as a new factor in british Politics" sagt derselbe Führer: „Die Zahl der beitragenden Mitglieder ist jetzt 13 000, worunter sich eine große Zahl Anhänger der gebildeten und wohlhabenden Klassen befinden, die im Sozialismus die einzige Hoffnung erblicken, das soziale Problem zu lösen". Dort hat sich Keir Hardie gegen den Klassenkampf ausgesprochen. Noch energischer tut er dies in einem Artikel des Labour Leader unter dem Titel: „Ein Wort wider den Klassenkampf": „Die Arbeiterklasse ist keine Klasse, sie ist die Nation selbst. Im Angesicht dieser Tatsache ist es eine Degradierung der sozialistischen Bewegung, sie auf das Niveau eines bloßen Kampfes zweier Parteien um die Herrschaft herab-

zuziehen. Wir brauchen keine *klassenbewußten* Sozialisten; wir brauchen *bewußte Sozialisten*. Männer und Frauen, die sich dessen bewußt sind, was ihr Sozialismus ist und warum sie Sozialisten sind . . . Der Sozialismus erklärt einem System, nicht einer Klasse den Krieg; um ihn erfolgreich zu fördern, brauchen wir die Einreihung aller bewußten Sozialisten ohne Unterschied der Klasse. Ich bin ferner entschieden der Ansicht, daß das Bestehen von Klassenkampf und Klassenbewußtsein für die sozialistische Bewegung von Nachteil ist. Diese Ausdrücke mögen für die Gewerkschaftsbewegung passen, welche die Fortdauer von Arbeitgebern und Arbeitern als zwei unterschiedenen Klassen mit abweichenden Interessen voraussetzt; da aber der Sozialismus danach strebt, die Klassen in eine menschliche Familie aufzulösen, sollten solche Schlagworte als Teil des sozialistischen Bekenntnisses nur dann gebraucht werden, wenn es sich darum handelt, die Anwendung der Prinzipien des Sozialismus auf die moderne Industrie zu beleuchten". (Soz. Monatshefte, 10, 1904. II. S. 892.) — In demselben Artikel bekennt er sich als Anhänger schrittweiser Sozialreform im Gegensatz zum revolutionären Dogma des Marxismus: „Der Hauptgedanke, der der Klassenkampftheorie zugrunde liegt, ist der, daß der Sozialismus revolutionär ist und nur durch eine Revolution verwirklicht werden kann. Der *gewaltsame Sturz* der Bourgeoisie durch das Mittel *offenen Krieges* ist das stets im Auge gehaltene Ziel. Demgemäß sind die von den Regierungen vorgeschlagenen Reformen nur darauf berechnet, die wahre Natur des Klassenkampfes zu bemänteln und den Fortbestand der Bourgeoisgesellschaft zu sichern. Auch diesen beiden Sätzen stimme ich nicht zu. Daß der Sozialismus revolutionär ist, ist unbestritten, aber daß er nur durch einen gewaltsamen Ausbruch zum Sieg gelangen kann, ist in keiner Weise wahr. Auch gebe ich nicht zu, daß Reformen (nur) aus so schmutzigen Motiven gemacht werden. Es gibt ein wachsendes soziales Gewissen, das bei diesen Reformen eine große Rolle spielt. Man nehme die Kinderarbeit; hier sehen wir die *Bourgeois* tatsächlich Gesetze machen, die über das, was das *Proletariat* will, hinausgehen, obwohl das letztere von der Änderung Gewinn und die ersteren Nachteil zu erwarten haben. Ich kann mir vorstellen, wie eine Reform nach der andern erkämpft wird, bis schließlich der Sozialismus keine größere Erregung verursacht, als voriges Jahr die Beseitigung der Landlords in Irland. Keine Revolution kann Erfolg haben, die nicht die öffentliche Meinung hinter sich hat, und wenn diese Meinung heranreift, so durchbricht sie, wie wir gesehen haben, selbst die Mauern des Selbstinteresses. — Tatsächlich ist die ganze Voraussetzung, auf Grund deren der Klassenkampf formuliert wurde, heute veraltet und überlebt." (a. a. O., S. 893.)

In der von ihm verfaßten Propagandaschrift der J. L. P. „All about it" erklärt er: „Um Mißverständnisse zu vermeiden, will ich hinzufügen, daß die J. L. P., wenn sie auch an dem hohen Ideal des Sozialismus festhält, weiß, daß das industrielle System mit seinem großen Reichtum und seinen Hilfsquellen nicht auf einen Trompetenstoß fällt. Die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft auf einer sozialistischen Basis muß nach einer evolutionären Methode vor sich gehen, nach welcher die heute bestehende

Ordnung geschaffen worden ist. So kommt es, daß nicht nur im Hause der Gemeinen, sondern auch in städtischen Körperschaften die Agitatoren der J. L. P. fortdauernd am Werke sind, alle Aufmerksamkeit auf die praktischen Reformen zu lenken. Die Beschaffung von Mahlzeiten für arme Schulkinder, von Arbeit für Arbeitslose, von staatlichen Alterspensionen sind Beispiele für dieses Vorgehen".

Über die weitere Wirksamkeit der J. L. P. möchte ich im Zusammenhang mit der Labour Party berichten, an deren Gründung Keir Hardie besonders großen Anteil hatte, denn eine Vereinigung aller sozialistischen Organisationen mit den Gewerkschaften zu einem politischen Gesamtorganismus hat diesem Führer der J. L. P. stets als Ideal vorgeschwebt.

B. Die Labour Party.

Die Gründung der Labour party ist aus dem Bestreben hervorgegangen, die parlamentarischen Wahlen der von den Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen aufgestellten Kandidaten zu organisieren. Arbeitervertreter hat es schon seit 1874 im englischen Parlament gegeben. Damals wurden Mac Donald und Burt als sogenannte Arbeitervertreter ins Parlament gewählt. Diese Arbeitervertreter waren Mitglieder der liberalen Partei und man bezeichnete als Arbeitervertreter diejenigen Abgeordneten, deren Wahlkosten und Diäten ganz oder zum Teil von einer Arbeiterorganisation getragen werden. Diese Arbeitervertreter waren gewöhnlich dort zu finden, wo irgendeine gut organisierte Industrie lokal konzentriert war. Da es gelegentlich vorkam, daß die Gewerkschaften einen Kandidaten aufstellten, die Sozialisten einen andern und die zu Wahlzwecken auftauchenden Komitees einen dritten, so erschien es wünschenswert, eine gemeinsame Wahlorganisation zu schaffen. Als 1899, in welchem Jahre bereits 15 Arbeitervertreter im Parlament saßen, Neuwahlen in Aussicht standen, wurde auf dem Gewerkschaftskongresse eine Resolution beschlossen, wonach ihr parlamentarisches Komitee beauftragt wurde, einen Kongreß der Gewerkvereine und sozialistischen Gesellschaften einzuberufen, um die politische Vertretung der Arbeiter zu organisieren. Im Februar 1900 fand die konstituierende Versammlung in London statt, an welcher 129 Vertreter teilnahmen. Diese vertraten 67 Gewerkschaften mit etwa 500 000 Mitgliedern und die 3 sozialistischen Vereine mit etwa 23 000 Mitgliedern. Es wurde beschlossen, ein Komitee unter dem Namen Labour Representation Committee zu bilden. Die Gewerkvereine sollten 7, die J. L. P. und S. D. F. je 2 und die Fabian Society 1 der Mitglieder wählen. Dabei sollte aber die Selbständigkeit jeder Gruppe nicht angetastet werden, nur die Aufstellung gegeneinander rivalisierender Kandidaten sollte ausgeschlossen sein. Nach wie vor sollte es den Gewerkschaften offen stehen, ihre liberalen Beamten als Kandidaten aufzustellen, ebenso wie es den sozialistischen Vereinen erlaubt war, ihre Mitglieder aufzustellen. Diese neutrale und politisch farblose Haltung des L. R. C. fand nicht die Billigung der S. D. F., die vielmehr von vornherein versuchte, diese Vereinigung zu einer marxistischen Klassenkampforganisation umzugestalten. Nachdem zweimal von seiten dieser Föderation ein Antrag gestellt war, dem L. R. C. ein

sozialistisches Programm zu geben und dieser Antrag zweimal abgelehnt wurde, trat sie 1902 aus dem Komitee aus. Es wäre aber ganz unmöglich gewesen, diesen Antrag anzunehmen, da der Zweck der Vereinigung war, Gewerkschaften und sozialistische Vereine, aber beide unabhängig voneinander, zusammenzubringen. Das L. R. C. setzte sich aus 353 000 Gewerkschaftlern und 23 000 Sozialisten zusammen. Bei den Wahlen von 1900 wurden nur zwei von dem L. R. C. aufgestellte Kandidaten gewählt und zwar Richard Bell, der Generalsekretär des Gewerkvereins der Eisenbahnangestellten, der mit Hilfe der Liberalen gewählt wurde, und Keir Hardie. Bei den Nachwahlen in den Jahren 1902/03 wurden noch weitere 3 Kandidaten gewählt. Seit 1903 hat die Partei eine neue Organisation erhalten. Es wurde jetzt streng der Grundsatz angenommen, daß alle Kandidaten und Beamten des Komitees davon absehen sollten, sich irgendwie mit der liberalen oder konservativen Partei zu identifizieren oder deren Interesse zu fördern. Ferner sollen alle Kandidaten das Wort Labour als Parteinamen führen. Auf dieser Grundlage wurde das L. R. C. in die Labour Party umgewandelt. — Nach dem neuen Parteiprogramm sollte die Labour Party eine Vereinigung sein, bestehend aus Trades Unions, sozialistischen Vereinen und lokalen Arbeiterparteien. Der wichtigste Punkt der Statuten ist folgender: „Der Zweck der Partei ist, die Wahl von Kandidaten zu fördern, die von den angeschlossenen Organisationen aufgestellt sind und sich verpflichten, eine besondere Gruppe im Parlament zu bilden, eigene Führer und eine eigene Politik in Arbeiterfragen zu haben, sich der Vereinigung mit der liberalen oder konservativen Partei und deren Interessen strengstens zu enthalten und keinem von der Partei aufgestellten Kandidaten entgegenzutreten. Alle diese Kandidaten müssen das Versprechen abgeben, die Parteistatuten zur Richtschnur zu nehmen, sich den Entscheidungen der parlamentarischen Arbeiterfraktion zu unterwerfen und vor den Wählern nur als Arbeiterkandidaten zu erscheinen."

Ein bestimmtes Programm hat die Labour Party absichtlich nicht aufgestellt. Vor allen Dingen will sie in keiner Weise eine sozialistische Partei sein. Daher ist auch im ganzen Programm von Sozialismus keine Rede. — Die Labour Party will vielmehr gänzlich neutral sein und nur den Zweck haben, die Wahl von Kandidaten zu fördern, welche Arbeiterinteressen vertreten. Einige ihrer parlamentarischen Mitglieder haben ausdrücklich erklärt, daß sie keine Sozialisten seien. Daran ändert es auch nichts, daß auf der Parteikonferenz zu Hull im Jahr 1908 mit ganz schwacher Majorität die Resolution angenommen wurde: „Die Konferenz ist der Meinung, daß die Zeit gekommen ist, wo die Arbeiterpartei als ihr Endziel anerkennen sollte: die Vergesellschaftung der Mittel der Produktion, der Verteilung und des Tausches und ihre Verwendung in einem demokratischen Staate zu Nutzen der Gesamtheit; ferner die vollständige Befreiung der Arbeiter von der Herrschaft der Kapitalisten und Landlords und die Durchführung der sozialen und wirtschaftlichen Gleichstellung beider Geschlechter." Es handelt sich hierbei auch keineswegs etwa um „Sozialismus" im marxistischen Sinne; der bedeutendste theoretische Kopf der L. P. Mac Donald, hat vielmehr in seinen Schriften sich energisch gegen die marxistischen Dogmen,

gegen die materialistische Geschichtsauffassung, gegen die Katastrophen-Theorie ausgesprochen. Mac Donald ist ein Anhänger der darwinistisch-evolutionistischen Auffassung. Er sagte einmal: „Der Sozialismus bedeutet nichts anderes als Darwinismus auf ökonomischem Gebiete, Darwinismus angewandt auf die Entwicklungsbedingungen der menschlichen Gesellschaft und verdichtet zu einer politischen Theorie." Das Lösungswort der Sozialisten soll nicht mehr „Klassenbewußtsein" sein, sondern „Gemeinschaftsbewußtsein". Nicht Kampf und Streit soll der Sozialismus bringen, er müsse die „Gesetze der gegenseitigen Hilfe" zur Entwicklung bringen. Somit habe die L. P. eine „sozialisierende", keine „sozialistische" Partei zu sein. Ihre Aufgabe sei, den Sozialismus vorzubereiten, die Gesellschaft ihm näher und näher zu bringen durch energische Fortführung der sozialen Reformarbeit, durch Vermehrung des Anteils der Arbeiter am nationalen Produktionsertrage, durch die allmähliche Durchführung der politischen und industriellen Demokratie, durch die langsame, schrittweise Überführung der bestehenden wirtschaftlichen Organisation in das Eigentum und unter die Kontrolle der Gesamtheit. Die Labour Party ist keine Vereinigung einzelner Mitglieder, sondern ein Bund von Organisationen; nur genossenschaftliche, gewerkschaftliche und sozialistische Organisationen dürfen dem Bund beitreten. — Ein großer Teil der englischen Gewerkvereine hat sich dem Bund angeschlossen; einige sehr bedeutende Gewerkvereine aber, wie z. B. die Bergarbeiterorganisation, die bereits 6 Vertreter im Parlament hatte, hatten sich zunächst nicht angeschlossen. Mac Donald hat die Situation der Labour Party im Jahre 1907 in folgender Weise dargestellt: (Soz. Monatshefte 1907. 13. II. S. 830.)

Arbeiterpartei				
Gewerkschaften	Independant Labour Party	Fabian Society	Social Demokratic Federation	Socialist Labour Party etc.
(1700000)	(40000)	(1200)	(7000)	(200?)
	Sozialismus			

Bei den Wahlen 1906 wurden 29 Mitglieder der Labour Party gewählt, darunter 16 Sozialisten, die übrigen waren Gewerkschafter. Dazu kamen noch 12 Vertreter der Bergarbeiter, die sich später der Labour Party angeschlossen haben. Rothstein sagt über das Wahlergebnis folgendes: „Wir können also das Ergebnis der Wahlen als das Zustandekommen einer Gewerkschaftspartei bezeichnen, die die professionellen Interessen der Arbeiter mit politischen Mitteln fördert und diese Mittel ohne Rücksicht auf irgendwelche bürgerliche Partei wählt. Daß dies ein großer Fortschritt gegenüber dem Zustand der trade-unionistischen Bewegung am Ende des vorigen Jahrhunderts ist, braucht hier nicht weiter auseinandergesetzt zu werden; es wäre aber höchst töricht, die Augen zu verschließen und die Tatsache ignorieren zu wollen, daß es doch bloß eine trade-unionistische, aber noch keine sozialistische Bewegung ist." (Neue Zeit 1905/06, s. S. 791.) Ähnlich äußert sich der Sozialist Blatchford im „Clarion": „ . . . Wenn wir die Wahlergebnisse als Arbeiterpolitiker betrachten, so haben wir allen

Grund zum Frohlocken; aber als Sozialisten müssen wir schon für weniges dankbar sein. Einige Sozialisten haben zwar gesiegt, aber einige sind durchgefallen. Und die Mißerfolge sind besonders unangenehm für einen Sozialisten. Hyndman, Hartley, Quelch und Hobson — alle traten sie offen und ehrlich als Sozialisten auf, und alle wurden sie geschlagen . . . Es ist klar, und es wäre ein Verbrechen, die Tatsache zu verhüllen, daß es noch Jahre der härtesten Arbeit kosten wird, um die Massen zum Verständnis des Sozialismus zu bringen. Ebenso ist es mir klar, daß die vornehmste Pflicht des wirklichen Sozialisten darin besteht, die liberale Partei zu bekämpfen. Es kann keinen Sozialismus geben, solange auch nur der Schein einer Allianz oder Freundschaft zwischen der liberalen Partei und den Sozialisten vorhanden ist." (a. a. O., S. 668.)

Bei den Wahlen von 1910 wurden 40 Mitglieder der Labour Party gewählt, wovon 26 Sozialisten waren; aber alle sozialdemokratischen Kandidaten von der Richtung der Social Democratic Federation und alle unabhängigen Kandidaten waren durchgefallen. Auch dieser Wahlausfall beweist den Sieg der Ideen der Labour Party, denn sie ist nicht sozialistisch im Sinne von Marx, sondern eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Partei. — Das enge Zusammengehen der J. L. P. mit den Liberalen zeigt, wie wenig von einer zielbewußten sozialistischen Vertretung oder auch nur einer entschiedenen Vertretung der Arbeiterinteressen im englischen Parlament geredet werden kann. Die „Neue Zeit" brachte eingehende Berichte über die englischen Wahlen von 1910; ich möchte Ihnen einiges aus diesen Berichten mitteilen, woraus Sie ersehen können, wie von seiten dieser sozialistischen Zeitschrift die Wahlen der sogenannten Arbeiterpartei beurteilt werden: „Untersucht man die Bedingungen, unter denen die Arbeiterkandidaten Erfolg oder Mißerfolg hatten, so findet man, daß sie nur in jenen Wahlkreisen gesiegt haben, wo gegen sie nur ein einziger gegnerischer Kandidat aufgestellt war, und zwar ein Konservativer (gegen Liberale allein wurden Arbeiterkandidaturen überhaupt nicht aufgestellt). Wo sie dagegen zwei bürgerliche Kandidaten gegen sich hatten, einen liberalen und einen konservativen, dort unterlagen sie, und zwar in 24 unter den gesamten 28 Fällen zugunsten des liberalen Gegners. Das gilt von den Wahlkreisen, die nur ein Mitglied ins Parlament entsenden, ebenso wie von jenen, die deren zwei wählen. Zieht man in Betracht, daß die Arbeiterkandidaturen bei den vorigen Wahlen und bei Ersatzwahlen mehrfach auch in solchen dreieckigen Kämpfen erfolgreich gewesen waren, so kann man nicht umhin, zu schließen, daß sie dieses Mal hauptsächlich, wenn nicht gar ausschließlich, mit der Hilfe der Liberalen ihre 40 Sitze zu behaupten imstande waren. Die Wähler — auch die Arbeiterwähler — stimmten für sie meistens als Liberale, und wo eine solche Vertauschung wegen der Anwesenheit eines offiziellen liberalen Kandidaten unmöglich war, ließen die Wähler sie im Stich . . .

. . . Hat sich das Verhalten der Arbeiterkandidaten während der Wahlen so sehr viel von dem der Liberalen unterschieden? Als Sozialisten haben sich mehrere unter ihnen bezeichnet, aber ihr praktisches Programm war in allen Einzelheiten wie ein Ei dem zweiten, dem liberalen Programm

ähnlich. Überall wurde hauptsächlich die Wichtigkeit des Budgets und des Freihandels betont, und in der Behandlung der Lordsfrage ging man auch nicht weit ... Die Führer der Arbeiterpartei hatten die Parole ausgegeben, überall, wo kein Kandidat der Arbeiterpartei aufgestellt war — also auch dort, wo ein Sozialdemokrat oder unabhängiger Sozialist im Kampfe stand — den Liberalen gegen den konservativen Erbfeind zu unterstützen. Damit jagten sie ihrer Gefolgschaft eine solche Furcht vor den Lordsmännern ein, daß sie auch dort für den Liberalen stimmte, wo er gegen einen Arbeiterkandidaten aufgestellt war. Auf diese Weise hat die Arbeiterschaft die Liberalen vor gänzlichem Untergang gerettet, der Arbeiterpartei aber einen Schlag versetzt ... Geistig steht die überwiegende Mehrheit der Fraktion durchaus in der Gefangenschaft der Liberalen und Radikalen, und die sozialistische Minderheit schleppt sich ihr opportunistisch nach. Das hat die parlamentarische Geschichte der vier verflossenen Jahre ganz deutlich bewiesen. Gilt es eine Demonstration zu machen, so wird ein Keir Hardie beauftragt, eine sozialistische Rede zu halten; kommt es aber aufs Handeln an, so marschiert man zusammen mit den Liberalen, und die Sozialisten machen es auch mit. Zu dieser geistigen Gefangenschaft aber gesellt sich jetzt schon eine materielle, die daraus entspringt, daß sämtliche Arbeitermandate nur, wie wir gesehen haben, mit der Hilfe der Liberalen oder überhaupt als liberale gewonnen sind. Das bedeutet, daß den Arbeiterparteilern der Verlust aller ihrer Sitze droht, wenn sie sich einmal dazu aufschwingen, gegen die Liberalen ernsthaft Opposition zu machen." (Neue Zeit, 1910, S. 806, 807 und 810.)

Einer der Führer der Arbeiterpartei, Snowden, hat in einem Artikel der Daily News über seine Partei folgendes erklärt: „Die Arbeiterpartei hegt keinen Wunsch, die Regierung in eine Verlegenheit zu versetzen oder die neue Lage im Parteiinteresse zum Schaden der fortschrittlichen Reformen auszunutzen. Die Arbeiterpartei ist ein Werkzeug zur Reform, und sie anerkennt, daß die Sache der Reform größer als die Partei ist ... Die Lage ist eine schwierige und heikle, und nicht geeignet zur Ausübung eines energischen Druckes (hard bargaining). Die Regierung kann unmöglich irgendwelchen extremen Forderungen nachgeben, selbst wenn die Arbeiterpartei geneigt wäre, solche Forderungen zu stellen ... Die Arbeiterpartei aber ist nicht unvernünftig und anerkennt die Schwierigkeiten und Beschränkungen der Position der Regierung ... Wir haben also vor uns das Dilemma: ist es besser, einen Teil der Unabhängigkeit zu opfern, dafür aber das unmittelbar Mögliche zu bekommen, oder sich darauf zu verlassen, was die durch eine unabhängige Aktion verursachte Furcht vor den Konsequenzen der Regierung entreißen kann? Ich persönlich stehe nicht an, zu erklären, welche Taktik mir als die bessere erscheint ... Ich werde eine tüchtige Dosis der Freiheit, propagandistische Resolutionen einzubringen, gern opfern, wenn ich dadurch gewisse notwendige Reformen erzielen kann. Die Regierung", schließt der wackere Arbeiterführer, „hat einen praktischen wissenschaftlichen und staatsmännischen Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgearbeitet (gemeint ist die versprochene Vorlage der Arbeitslosenversicherung) ... und die Arbeiterpartei ist bereit, der Regierung eine all-

gemeine Unterstützung zu erteilen als Preis für einen anständigen (reasonable) und ernsten Versuch, alles, was praktisch möglich ist, aufzubieten, um manche der wichtigsten Probleme der Armut durch wissenschaftliche Behandlung zu mildern." (a. a. O., S. 811.) Die „Neue Zeit" sagt zu dieser Rede folgendes: „So sprach einer der hervorragendsten Führer der Arbeiterpartei, und man kann schon aus diesen knappen Worten sehen, wie wenig die Regierung die Arbeiterfraktion zu fürchten hat." (S. 811.)

Die infolge der Auflösung des Parlaments 1910 stattgehabte Neuwahl hatte an diesem Ergebnis nichts geändert. Die Zahl der Abgeordneten der Labour party hatte sich von 40 auf 42 erhöht — wiederum unterstützten sich vielfach Liberale und Arbeiterpartei gegenseitig. Der einzige offizielle Kandidat der S. D. P. Hyndman, der sich durch eifrige Flottenagitation bemerkbar gemacht hatte, war wieder unterlegen und hatte noch weniger Stimmen als im Januar erhalten.

Nichts wäre so falsch, als anzunehmen, daß durch die Gründung der Labour Party eine wesentliche Änderung gegenüber der früheren englischen Arbeiterpolitik eingetreten sei. Nach wie vor ist die gewerkschaftliche Bewegung der ausschlaggebende Faktor in der Arbeiterbewegung, und gerade wie früher treiben die Gewerkschaftler im wesentlichen praktische Gegenwartspolitik und bleiben in enger Gefolgschaft der liberalen Partei. Was sich geändert hat, ist vielmehr die Haltung der liberalen Partei zur Arbeiterfrage. Die Liberalen haben in neuerer Zeit immer mehr den alten Manchesterstandpunkt verlassen und treten jetzt mehr für sozialreformerische Politik ein.

Überblickt man die bisherige Aktion der Labour Party im Parlament, so sieht man, daß es ausschließlich sozialreformerische und staatssozialistische Forderungen sind, die sie gestellt hat. Es sind alles Forderungen, die auch von zahlreichen bürgerlichen Politikern vertreten werden. Immer noch überwiegt das gewerkschaftliche Element in der Labour Party. 1910 setzt sich die Partei zusammen aus 1 475 000 Gewerkschaftlern und 31 000 Sozialisten. Keir Hardie sagt über die Labour Party in einem Artikel in den sozialistischen Monatsheften 1910: „Die Politik der Partei war von Anfang an das, was man auf dem Festlande revisionistisch nennt und es ist auch nicht abzusehen, daß sie sich darin ändert." Er zählt dort auch ihre gesetzgeberischen Leistungen im einzelnen auf. Es ist im wesentlichen folgendes: Ein Antrag der Labour Party, der auch angenommen wurde, die Schulspeisung für 250 000 Schulkinder auf öffentliche Kosten einzurichten; dann ein weiterer Antrag, der ebenfalls Gesetz wurde: Lohnbehörden bei den Schwitzindustrien einzurichten; weiter: die Beteiligung der Partei bei den Gesetzen über Alterspension, Unfallversicherung und die Bemühungen der Partei um Arbeitsbeschaffung an Arbeitslose aus Staatsmitteln. Wie man sieht, alles keine sozialistischen Forderungen, und wegen dieser Haltung der Partei hat auch die S. D. F. die Arbeiterpartei immer als antisozialistisch bezeichnet. Bei jeder Jahresversammlung der S. D. F. werden die heftigsten Anklagen gegen die I. L. P. und gegen die durch sie beeinflußte Taktik der Labour Party erhoben. So erklärte ein Mitglied auf der Konferenz 1908: „Wir würden unseren eigenen Prinzipien widersprechen, wenn wir der

Labour Party beitreten würden"; ein anderes Mitglied meinte, die Partei hätte statt eines Programmes deren 32, und Hyndman veröffentlicht 1909 in der International Socialism Review einen Artikel „Socialism and Labourism" in England, worin es heißt: „Die Labour Party in England ist heute das größte Hindernis für sozialistischen Fortschritt bei uns."

Kann somit die Labour Party nicht als eine sozialistische Partei angesehen werden, so ist damit auch implicite gesagt, daß die englischen Gewerkschaften nur um deswillen, weil sie sich größtenteils der Labour Party angeschlossen haben, noch keineswegs ins sozialistische Lager übergegangen sind. Aber auch aus der inneren Gewerkschaftspolitik bis in die neueste Zeit läßt sich dieser Schluß in keiner Weise ziehen. Allerdings treiben die Gewerkvereine heute nicht mehr gewerkschaftliche Politik in dem Sinne, daß sie nur ihre Fachvereinsinteressen vertreten, sie suchen vielmehr in neuerer Zeit mehr und mehr auch die sozialreformerische Politik zu beeinflussen, dies ist aber nichts Sozialistisches, hängt vielmehr, wie ich oben schon sagte, mit der größeren sozialen Betätigung zusammen, die auch bis in die Kreise der Liberalen herein zu finden ist. Nach wie vor halten die Gewerkvereine an dem Standpunkte fest, daß sie als solche keine Politik treiben wollen; soweit sie es aber tun, gehen sie nicht selbständig vor, sondern im engsten Zusammenhang mit den Liberalen, die allerdings in neuerer Zeit mehr für arbeiterfreundliche und sozialreformerische Politik eintreten. So wird man richtiger von einem gewissen Sozialliberalismus reden und wir finden diesen Sozialliberalismus sowohl bei den Gewerkschaften als bei einem großen Teil der Liberalen. Als Sozialliberalismus und in keiner Weise, wie Sombart meint, als Kommunismus ist es zu bezeichnen, wenn die gewerkschaftlichen Vereine sich für den gesetzlichen Achtstundentag, für staatliche Altersversorgung und ähnliche Gesetze aussprechen.

Gerade wie in früherer Zeit werden jetzt noch die Kongresse der Trades Unions alljährlich mit einer Ansprache eines Geistlichen oder Bischofs und einer Begrüßung seitens der Behörden eröffnet. Die Verhandlungen dieser Kongresse weisen auch in den letzten Jahren keine Spur von sozialistischen Tendenzen auf. Der Kongreß von 1909 in Ipswich wurde vom Bürgermeister mit einer Rede eröffnet, worin er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Beratungen zum Nutzen der Unternehmer und der Arbeiter dienen sollen, und ein anderer Redner, der unter großem Beifall die Versammlung begrüßte, meinte, die Trades Unions hätten den Wunsch, daß Unternehmer und Arbeiter sich die Hand reichen, sich aber nicht befehden sollten. — Bei einer Besprechung der Arbeitslosenfrage auf diesem Kongresse wurde der Regierung volles Vertrauen für ihre Haltung in dieser Frage ausgesprochen und der Präsident dieser Versammlung, Shakleton, sagte darüber: „Die Regierung tut hier den ersten praktischen Schritt, um das größte Übel der modernen Gesellschaft zu bekämpfen. Wir werden diesen Vorschlägen unsere ernste und sympathische Beachtung schenken und der Kongreß kann versichert sein, daß die Position der organisierten Arbeiter dieses Landes völlig gewahrt bleibt, sonst würden wir unsere Zustimmung zu diesen Plänen nicht geben. Es muß daran erinnert werden, daß die Regierung, indem sie diese Aktion einleitet, ein Blatt aus dem Buche der Trades Unions nimmt."

Auf dem Kongreß zu Nottingham 1908 wurde die Frage des staatlichen Altersversicherungsgesetzes beraten, welches seit 1909 in Kraft getreten ist. Auch diese staatliche Gesetzgebung wurde mit der größten Freude begrüßt und der Präsident des Kongresses sagte, daß vom ersten Augenblick ab das Komitee der Gewerkschaften für diese große Maßnahme sozialer Reform seine Sympathie gezeigt habe. Auch auf dem Kongreß 1910 in Sheffield wurde erklärt, daß selten, wenn überhaupt jemals, die Arbeiterfrage größere Aufmerksamkeit gefunden habe, als bei den jetzigen Mitgliedern der Regierung.

Wenn die Gewerkvereine in neuerer Zeit zu größerer politischer Tätigkeit übergegangen sind, so hängt dies auch mit einigen Vorkommnissen aus der inneren Gewerkschaftspolitik zusammen, von denen ich Ihnen noch kurz berichten will.

Zuerst der Taff Vale-Fall. Im Juli 1901 fällte das Oberhaus eine Entscheidung in Sachen der Taff Vale-Eisenbahn gegen die Eisenbahnergewerkschaft, welche die Nichthaftbarkeit der Gewerkschaften und das ganze Streikrecht gefährdete. Das Streikpostenstehen wurde für ungesetzlich und deshalb dem gerichtlichen Einspruch unterworfen erklärt; die Verabredung zweier oder mehrerer Arbeiter zur Boykottierung eines Unternehmens wurde als Verschwörung bezeichnet und die Trades Unions wurden zivilrechtlich als Korporationen für ungesetzliches Vorgehen ihrer Beamten verantwortlich und gerichtlich für Schadensersatz belangbar erklärt. Dieses Urteil hat jedenfalls dahin geführt, zahlreiche Gewerkschafter der Labour Party zuzuführen in der Hoffnung, dadurch einen größeren Druck auf die Beseitigung dieser Rechtslage auszuüben. Tatsächlich wurde auch in der Session von 1903 die erste Trades Disputes Bill seitens der Arbeiterpartei eingebracht, und durch das Gesetz von 1906 wurde auch das Ziel, nämlich die Beseitigung des früheren Rechtszustandes erreicht. —

Dann kam das Osborne-Urteil. — Hier handelte es sich um folgendes: Nachdem die Gewerkschaften bereits jahrelang einen Teil ihrer Mittel zu politischen Zwecken, nämlich zur Unterstützung einer bestimmten Politik, verwendet hatten, wurde ihnen das Recht dazu abgesprochen. Osborne, der Sekretär einer Ortsgruppe des Eisenbahnerverbandes, verklagte die Leiter seiner Gewerkschaft, weil sie gemäß dem Statut der Arbeiterpartei von ihren Mitgliedern einen Shilling jährlich für parlamentarische Zwecke einforderten. Die Gerichte entschieden gemäß dem Antrage des Klägers. In letzter Instanz war es das Oberhaus in seiner gerichtlichen Eigenschaft, das sich gegen die Gewerkschaften erklärte. Die Gewerkschaften sowohl als die Labour Party sind dadurch in eine sehr üble Lage gekommen, denn entweder die Gewerkschaften treiben weiter Politik im engen Zusammenschluß mit der Arbeiterpartei, dann dürfen sie die gewählten Abgeordneten nicht mehr mit Diäten unterstützen und keine besonderen Kosten für die Wahl erheben. Sie würden dann genötigt sein, alle Kosten von der liberalen Partei tragen zu lassen, wodurch sie noch mehr in Abhängigkeit von dieser kommen, oder aber sie müßten ganz auf politische Betätigung verzichten und wie früher wieder politisch gänzlich neutral sein. Nun hat die Leitung der Arbeiterpartei neuerdings einen Ausweg gesucht. Es soll

in Zukunft den Mitgliedern der Labour Party im Unterhaus nicht mehr die Pflicht auferlegt werden, sich den Beschlüssen des Parteivorstandes zu fügen. Damit würden dann die Vertreter der Arbeiter ihre individuelle Freiheit zurückerhalten, und die Arbeiterpartei würde sich wieder in eine relativ lose Gruppe verwandeln. Man hofft auf diese Weise die Zustimmung der Regierung zu einem Gesetz zu finden, welches den Gewerkschaften die Diätenzahlung an freie, nicht durch eine Garantie auf Parteigehorsam verpflichtete Abgeordnete gestattet. Wie aber auch die Entscheidung gefällt werden möge, es geht aus der ganzen bisherigen Entwicklung der Arbeiterpartei hervor, daß die Hoffnung, die manche hegten, es würde sich hier eine geschlossene sozialistische Partei herausbilden, welche dann ihrerseits die Politik der Gewerkvereine entschieden beeinflußte, illusorisch ist. — Wie der bisherige Verlauf gelehrt hat, wird sich an dem Zustand, daß die Gewerkvereine im allgemeinen ihren unpolitischen Charakter beibehalten, nicht viel ändern; soweit sie jedoch Politik treiben, dies nicht in Form einer politischen Klassenkampfpartei tun, sondern im engen Anschluß an die liberale Partei.

Fragen wir hier zum Schluß ebenso, wie wir es bei der Darstellung der französischen Bewegung getan haben, ob in England eine Tendenz zur Einheit der sozialistischen Bewegung sich zeigt oder mit anderen Worten, ob die englische Bewegung immer mehr in das marxistische Fahrwasser komme, so wird man bei objektiver Beurteilung zweifellos noch zu einer entschiedeneren Verneinung kommen müssen als bei der französischen Bewegung. Nichts ist so unenglisch wie die Marx sche Doktrin, die zweifellos auf englischem Boden niemals Wurzel fassen wird. Die Arbeiterbewegung in England hat sich gerade wie in Frankreich den spezifisch nationalen Bedingungen des Landes angepaßt. Der englische Arbeiter will vor allen Dingen nüchterne Realpolitik treiben und läßt sich nur für erreichbare Ziele gewinnen. Bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit, das sind die Punkte, die im Vordergrund seines Interesses stehen. Aus diesem Grunde hat die englische Gewerkschaftsbewegung eine so bedeutende Entwicklung angenommen und die eigentliche sozialistische Bewegung so gut wie gar keine Bedeutung gewonnen. Nur dadurch haben die Independant Labour Party und die neuerdings gebildete Labour Party einen gewissen Erfolg erzielen können, daß sie unter Preisgabe der eigentlichen sozialistischen Prinzipien die Durchführung erreichbarer Gegenwartsforderungen, namentlich auf dem Gebiete der Sozialreform, betreiben.

XVIII. Vorlesung.

Der Sozialismus in Deutschland.

I. Ferdinand Lassalle.

Am 19. Juli 1841 fand im Leipziger Stadttheater eine Aufführung des Fiesko statt. Unter den Zuhörern befand sich ein 16jähriger Schüler der Leipziger Handelsschule, der mit Begeisterung der Vorstellung beiwohnte und, nach Hause gekommen, folgendes niederschrieb: „Ich weiß nicht, trotzdem ich jetzt revolutionär-demokratisch-republikanische Gesinnungen habe, wie einer, so fühle ich doch, daß ich an der Stelle des Grafen Lavagna ebenso gehandelt und mich nicht damit begnügt hätte, Genuas erster Bürger zu sein, sondern nach dem Diadem meine Hand ausgestreckt hätte. Daraus ergibt sich dann, wenn ich die Sache bei Licht betrachte, daß ich bloß Egoist bin. Wäre ich als Prinz oder Fürst geboren, ich würde mit Leib und Leben Aristokrat sein. So aber, da ich bloß ein schlichter Bürgerssohn bin, werde ich zu seiner Zeit Demokrat sein."

Es war Ferdinand Lassalle, der diese Zeilen in sein Tagebuch schrieb. Sie sind außerordentlich bezeichnend für den Charakter und die Sinnesart dieses Mannes, der an die Spitze der ersten sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland stand.

Das Tagebuch, von dem ich Ihnen sprach, führte er als Sekundaner des Magdalenengymnasiums in Breslau und dann als Handelsschüler in Leipzig; es wurde im Jahre 1891 von Paul Lindau herausgegeben. Ich empfehle es Ihnen zur Lektüre, wenn Sie in das psychologische Verständnis dieses eigenartigen Mannes eindringen wollen.

Immer wieder findet man Widersprüche in dem Lebenswerke dieses geistvollen Agitators. Er, der sein ganzes Leben hindurch den Kampf für die Emanzipation des Proletariats führte, hatte in seinem äußeren Auftreten wenig gemein mit der Klasse, für deren Befreiung er sich einsetzte.

Derselbe Lassalle, der abends vor Tausenden von Arbeitern seine hinreißenden sozialdemokratischen Reden hielt, wählte mit Vorliebe den Umgang mit den „Spitzen" der Gesellschaft und suchte immer mit diesen Kreisen in Fühlung zu bleiben. In politischen und persönlichen Angelegenheiten erbat er sich immer wieder Unterstützung von einflußreichen Persönlichkeiten der „höheren Stände", und die aristokratische Art, wie er aus dem Leben schied — er starb infolge eines Duells mit Herrn von Rackowitza —, stimmt wenig überein mit den demokratischen Überzeugungen, die er in seinen Volksreden aussprach.

Das Rätsel erklärt sich leicht, wenn man seine Persönlichkeit ins Auge faßt: er war von früher Jugend an von brennendem Ehrgeiz und maßloser Eitelkeit erfüllt. Nie konnte er ganz die Sache von der Person trennen, und da er um jeden Preis eine führende Rolle spielen und noch zu Lebzeiten sich selbst an der Spitze einer sozialen Umwälzung sehen wollte, kam es ihm nicht darauf an, zu allen möglichen Mitteln zu greifen, wenn diese ihm einigermaßen Erfolg für seine ehrgeizigen Pläne zu versprechen schienen.

Seine jüdische Abkunft ist zweifellos für seine ganze Charakterbildung von maßgebendstem Einfluß gewesen. Die Unterdrückung, unter der in seiner Jugendzeit die Juden in Deutschland lebten, empörte ihn aufs tiefste, und so wollte er gleichzeitig der Erretter des Judentums aus seiner politischen und sozialen Sonderstellung und des vierten Standes aus seiner ökonomischen Bedrängnis werden. Schon als 15jähriger schrieb er in sein Tagebuch: „O, wenn ich meinen künftigen Träumen nachhänge, so ist es mir immer eine Lieblingsidee, an der Spitze der Juden mit den Waffen in der Hand, sie selbständig zu machen."

Welch glühender Ehrgeiz spricht daraus, wenn er einmal einer Geliebten vorschwärmt, daß er einst mit ihr als volkserwählter Präsident der Republik, von sechs Schimmeln gezogen, in Berlin seinen Einzug halten werde, und welche Eitelkeit spricht aus dem Bericht, den er einer anderen Geliebten über eine Rede, die er in Barmen (1863) gehalten hatte, gibt: „Nichts kann Ihnen auch nur annähernd eine Vorstellung machen von dem elektrischen Eindruck, den ich hervorbrachte; die ganze Stadt, die Bevölkerung der ganzen Provinz schwamm sozusagen auf den Wogen des Enthusiasmus."

Bismarck hat ihn nach seinen Vorzügen und Schwächen außerordentlich gut charakterisiert, als er im Reichstag 1878 über Lassalle einmal bemerkte: „Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: Er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war. Er war durchaus nicht Republikaner, er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil und ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch."

Wenn Lassalle auch der erste war, der durch hinreißende Beredsamkeit und äußerst geschickte Agitation in Deutschland eine sozialistische Bewegung von nennenswerter Bedeutung hervorgerufen hat, so dürfen Sie nicht meinen, daß man vor seinem Auftreten in Deutschland überhaupt noch nichts vom Sozialismus gewußt hätte. Aber soweit von Sozialismus vor dem Auftreten Lassalles geredet werden kann, war er entweder nur theoretischer Natur — es handelte sich um einzelne hervorragende sozialistische Theoretiker — oder wenn sozialistische Bewegung damit verknüpft waren, waren sie zu unbedeutend, um irgendwie größeren Eindruck zu hinterlassen.

Es handelte sich hierbei um die Agitation, die namentlich durch Wilhelm Weitling in den 40er Jahren betrieben wurde. Neben Weitling kommen Heß und Grün in Betracht. Die Ideen, die sie zu verbreiten suchten, waren jedoch im wesentlichen von auswärts importiert. Sie suchten namentlich im Sinne der französischen Sozialisten und Kommunisten zu wirken. Bei der geringen Rolle, die damals die Großindustrie und die Arbeiterklasse noch spielte, war es mehr ein „Handwerksburschen-Sozialismus", es fehlte vollkommen die breite Masse einer Arbeiterklasse, auf die sich die Agitation hätte stützen können.

Die großen deutschen sozialistischen Theoretiker, von denen ich sprach, sind Johann Gottlieb Fichte und Johann Karl Rodbertus.

Fichte trat in seinem 1800 erschienenen Werke „Der geschlossene Handelsstaat" für das energischste Eingreifen des Staates in die wirtschaftliche Ordnung ein. Seine praktischen Vorschläge gehen darauf hinaus, daß die Staatsgewalt zum Betriebe von Industrie und Handel nur so viele Personen zulassen soll, daß die vorhandenen Ackerbauer sie ernähren können. Anderseits hätten die Ackerbauer, die Industriellen und Handelsleute ein ausschließliches Recht auf den Betrieb ihres Berufszweiges. Überdies hätte die Staatsgewalt die Preise aller Dinge zu bestimmen und zwar wären diese in unentbehrlichen Lebensmitteln (Roggen, Weizen) auszudrücken.

Wie Fichte, vertritt auch Rodbertus den Staatssozialismus. Auch er war kein sozialistischer Agitator, auch er hat in die Arbeiterbewegung nicht praktisch eingegriffen, er war Gelehrter und hat sein sozialistisches System in wissenschaftlichen Werken, namentlich in seinen sozialen Briefen an von Kirchmann (1850 und 1851) niedergelegt.

Rodbertus findet die gemeinsame Ursache des Pauperismus und der Handelskrisen in der Erscheinung, daß die Arbeiter nicht den vollen Wert ihrer Arbeit erhalten, sondern nur eine kleine Quote. Infolge des Grund- und Kapitaleigentums könnten die Arbeiter von dem gesamten Nationaleinkommen nicht mehr erhalten als den notwendigen Unterhalt, während den Grund- und Kapitalbesitzern der ganze Rest in der Form von Grundrente und Kapitalgewinn zufiele. Die Konsequenz dieses geringen Lohnes seien auch die Handelskrisen, denn während infolge der neuen technischen Verbesserungen die Produktionsmengen immer stiegen, bliebe die Kaufkraft der großen Masse der Arbeiter immer gleich gering, so daß viele Produkte unverkauft bleiben müßten.

Rodbertus meint nicht, daß sofort an Stelle dieser Rechtsordnung, das gemeinsame Eigentum an Boden und Kapital treten solle. Er glaubte vielmehr, daß erst in später Zukunft, etwa in 500 Jahren, der Zeitpunkt für eine kommunistische Gesellschaftsordnung gekommen sei. Vorläufig könne es sich nur um ein Kompromiß zwischen der bestehenden Rechtsordnung und dem Sozialismus handeln. Der wesentliche Inhalt der sofort ins Werk zu setzenden Vorschläge ist folgender: Der Staat hätte die Bestimmung des Preises der Lohnarbeit und der Waren nicht mehr dem freien Verkehr zu überlassen, sondern sie durch ein umfangreiches Taxsystem selbst in die Hand zu nehmen. Die Preise wären nicht, wie gegenwärtig, in ma-

teriellem Geld, sondern in Arbeitsgeld zu bestimmen. Zu diesem Zwecke müsse in jedem Gewerbe der Normalzeitarbeitstag und das normale Arbeitswerk eines solchen Zeitarbeitstages festgesetzt werden; in diesen normalen Arbeitsstunden oder Tagen werde auch der Preis aller Waren und Dienstleistungen festgesetzt. Bei Waren ist nicht nur die unmittelbar verwendete Arbeit, sondern auch der Wert der Werkzeuge nach dem Verhältnis der Abnutzung anzurechnen. Da die Produktivität der Arbeit Veränderungen unterworfen ist, folglich dasselbe Maß normaler Arbeit zu verschiedenen Zeiten mehr oder weniger Produkte erzeugt, so müsse der Staat periodische Revisionen seiner Preislisten vornehmen.

Um die Zirkulation des Arbeitsgeldes in Gang zu bringen, hätte der Staat sich die Emission desselben vorzubehalten, den Arbeitgebern billigen Kredit in diesen Geldzeichen zu gewähren und Staatsmagazine anzulegen, in denen die Waren aufbewahrt und gegen Arbeitsgeld eingetauscht werden. Der Vorteil, welcher aus diesen Maßregeln für die arbeitenden Klassen entspringen soll, besteht nach der Ansicht Rodbertus' hauptsächlich darin, daß ihnen eine feste Quote des gesamten nationalen Einkommens (z. B. $^3/_{10}$) gesichert wäre. Während gegenwärtig das Einkommen der arbeitenden Klassen, auch bei steigender Produktivität der Arbeit, immer auf dem Niveau des notwendigen Unterhaltes zurückgehalten werde, würde dasselbe in Zukunft in gleichem Maße wie Kapital, Gewinn und Grundrente steigen.

So bedeutsam die Werke von Fichte und Rodbertus für die Geschichte der sozialistischen Ideen sein mögen, auf die sozialistische Bewegung haben sie so gut wie gar keinen Einfluß gehabt, um so mehr dagegen die Ideen Lassalles.

Auch Lassalle hat erst verhältnismäßig spät in die Bewegung eingegriffen. Erst seit dem Jahre 1863, der Begründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins datiert seine praktische politische Propaganda für den Sozialismus und diese hat noch nicht einmal 2 Jahre gedauert, denn bereits im Jahre 1864 starb Lassalle infolge des erwähnten Duells.

Bevor ich die Eigenart des Lassalleschen Sozialismus auseinandersetze, will ich Ihnen in kurzen Zügen seinen Lebenslauf schildern.

Lassalle wurde am 11. April 1825 in Breslau geboren; er entstammt einer dortigen jüdischen Kaufmannsfamilie. Er besuchte zuerst das Gymnasium seiner Vaterstadt, dann von seinem 15. Lebensjahre ab die Handelsschule in Leipzig. Diese Übersiedlung fand jedoch nicht — wie meist angenommen wird — statt, weil er gegen den eigenen Wunsch von seinen Eltern zum Kaufmannsstande bestimmt ward, sondern weil ihm wegen böser Schulstreiche der Aufenthalt in Breslau verleidet war. In Leipzig entschloß sich Lassalle, sein Leben dem wissenschaftlichen Studium zu widmen. Vom Jahre 1842 ab studierte er in Breslau und Berlin zuerst Philologie, dann Philosophie und plante die Ausarbeitung eines größeren Werkes über den Philosophen Heraklit. Im Jahre 1844 ging er auf Reisen und hielt sich dann längere Zeit in Paris auf; nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1846 lernte er die Gräfin Hatzfeld kennen,

die er in ihrem jahrelang geführten Ehescheidungsprozesse mit seinem Rate unterstützte. — Zur Zeit der revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 lebte Lassalle in Düsseldorf, wohin er die Gräfin Hatzfeld begleitet hatte; hier schloß er sich der demokratischen Partei an und arbeitete an der von Karl Marx herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung" mit. Da Lassalle zur Organisierung des bewaffneten Widerstandes gegen die Steuererhebung aufgefordert hatte, wurde er wegen Aufreizung gegen die öffentliche Gewalt angeklagt: die Geschworenen sprachen ihn aber frei. Für diese Verhandlung hatte Lassalle eine Verteidigungsrede ausgearbeitet, die dann unter dem Titel „Assisenrede" im Druck erschienen ist; gehalten wurde diese Rede indes nicht, weil Lassalle wegen des Beschlusses des Gerichtshofes, die Öffentlichkeit auszuschließen, auf jede Verteidigung verzichtete. — In einer zweiten Anklage, die gegen Lassalle erhoben wurde, zum Widerstande gegen Regierungsbeamte aufgefordert zu haben, wurde er vom Zuchtpolizeigericht zu 6 Monaten verurteilt. Bis zum Jahre 1857 blieb er in Düsseldorf; dann siedelte er nach Berlin über, nachdem er durch Vermittlung Alexander von Humboldts vom König von Preußen die Erlaubnis erhalten hatte, dort seinen Wohnsitz nehmen zu dürfen. Hier vollendete Lassalle sein Werk über die „Philosophie Heraklits"; diesem Buche ließ er das historische Drama „Franz v. Sickingen" folgen.

Nach einer kleinen Schrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens" (1859) erschien im Jahre 1861 das große rechtsphilosophische Werk „Das System der erworbenen Rechte. Eine Versöhnung des positiven Rechts und der Rechtsphilosophie".

In der nun folgenden letzten Periode seines Lebens, in den Jahren 1863 und 1864, beschäftigte er sich fast ausschließlich mit der Agitation für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein.

Lassalle war ein Anhänger der Hegelschen Philosophie und hat während seines ganzen Lebens im Geiste dieser philosophischen Anschauungen gewirkt. Er führt die geschichtlichen Erscheinungen auf die Entwicklung und Bewegung von Ideen zurück. Die Rechtsinstitutionen sind für ihn Realisationen historischer Geistesbegriffe. Seine idealistische Anschauung hatte er sich besonders durch die Beschäftigung mit der klassischen und der antiken Philosophie gebildet. Er verstand es meisterhaft, die Hegelsche dialektische Methode in den Dienst seiner wirtschaftspolitischen Bestrebungen zu stellen. Ganz im Sinne Hegels ist ihm die Philosophie Gedankenbewegung (Dialektik), ein System von Begriffen, deren jeder in den folgenden übergeht, ihn aus sich hervortreibt, wie er selbst aus dem vorhergegangenen erzeugt wurde.

Zur Verwirklichung der sozialen Ideale hielt er den Staat für berufen und er hat einen förmlichen Staatskultus getrieben. So war der Grundzug seiner Reden und Schriften ein idealistischer, und immer wieder erklärte er den Staat für das berufene Organ, die von ihm gewünschten Reformen durchzuführen.

Dies alles sage ich Ihnen jedoch nur mit einer sehr wichtigen Einschränkung. Allen diesen Ideen hat er nur Ausdruck verliehen, sobald er in

Reden und Schriften an die Öffentlichkeit trat. In den Briefwechseln mit seinen Freunden, namentlich mit Marx und Engels, zeigt er sich von ganz anderer Gesinnung erfüllt. Aus diesen Briefen gewinnt man den Eindruck, als ob er innerlich der materialistischen Weltanschauung von Marx näher stünde und als ob er auch die Marxsche Taktik — nämlich den internationalen Klassenkampf — ebenfalls vorziehen möchte, wenn er es nur für möglich hielte, daß auf diesem radikalen und revolutionären Wege schneller das Ziel zu erreichen sei. Sie müssen mit dieser Doppelzüngigkeit Lassalles rechnen, wenn Sie ihn richtig beurteilen wollen und wenn Sie manche Widersprüche, die sich bei ihm finden, verstehen wollen. Er selbst macht in den Briefen an seine Freunde kein Hehl daraus, daß man in der politischen Agitation manches verhüllen oder verschleiern müsse und nicht immer mit seiner wirklichen Meinung hervortreten dürfe.

Als typisches Beispiel dieser seiner Eigentümlichkeiten möchte ich Ihnen die Art und Weise vorführen, wie er sich zu dem italienischen Kriege von 1859 stellte. In der darüber von ihm verfaßten Broschüre hat er kurz das Programm dahin entworfen, es müsse vor allen Dingen diese Gelegenheit benützt werden, um die deutsche Einheit zu erringen. Die deutsche Einheit sei aber unmöglich, solange Österreich eine selbständige Weltstellung habe, daher meint er, Österreich müsse zertrümmert werden und er erklärt, der Augenblick sei jetzt für Preußen gekommen, durch die Befreiung Schleswig-Holsteins diese nationale Aufgabe zu übernehmen. Am Schlusse der Broschüre schreibt er: „In diesem Kriege, der ebensosehr ein Lebensinteresse des deutschen Volkes als Preußens ist, würde die deutsche Demokratie selbst Preußens Banner tragen und alle Hindernisse vor ihm zu Boden werfen mit einer Expansivkraft, wie ihrer nur der berauschende Ausbruch einer nationalen Leidenschaft fähig ist, welche seit 50 Jahren komprimiert im Herzen eines großen Volkes zuckt und zittert."

Ein gutgläubiger Leser dieser Broschüre muß den Eindruck gewinnen, als ob Lassalle wirklich ganz durchdrungen von der national-deutschen Aufgabe gewesen sei, durch Vernichtung der Habsburgischen Hausmacht die deutsche Einheit zu erringen, daß er also im wesentlichen die Bahnen der Bismarckschen Politik befürwortet hätte, nur mit dem Unterschied, daß er dabei an die deutsche Demokratie appelliert hätte.

Wie verhält es sich mit seiner wirklichen Meinung, wenn wir zugrunde legen, was er über diese Broschüre an Marx schreibt? Aus diesen Briefen geht hervor, daß er bei seiner Empfehlung vorausgesetzt hat, daß dieser Weg von der Regierung nicht beschritten würde. Er hoffte, daß dies nicht der Fall sei, damit er dann ad oculus demonstrieren könne, daß die Regierung diesen einzigen populären Weg nicht zu gehen gewillt sei. Durch diese Bloßstellung der preußischen Regierung hoffte er die revolutionäre Strömung zu stärken: er gab der Regierung einen nationalen und populären Weg an, den sie in abstracto ganz gut gehen könnte, in concreto aber durchaus nicht gehen werde. Und weil er überzeugt war, daß Preußen diesen Weg nicht einschlagen werde, hoffte er, darin das Mittel gefunden zu haben, die Regierung gründlich unpopulär zu machen.

Also um Mißtrauen zwischen Fürsten und Volk zu säen, bekämpft er die Idee des Krieges gegen Frankreich! Aus diesem Grunde schwärmte er auch für Sickingen, dessen „realistische Überlegenheit“ gegenüber Hutten er einmal in einem Brief an Marx schildert in einer Stelle, die zugleich seine Manier der diplomatischen Verhüllung des Endziels zu erklären vermag: „Unter diesen Umständen scheint es ein Triumph übergreifender realistischer Klugheit seitens der Revolutionsführer, mit den gegebenen endlichen Mitteln zu rechnen, die wahren und letzten Zwecke der Bewegung anderen (und beiläufig eben dadurch häufig sogar sich selbst) geheim zu halten nur durch diese beabsichtigte Täuschung die herrschenden Klassen, ja durch die Benutzung dieser die Möglichkeit zur Organisation der neuen Kräfte zu gewinnen, um so durch dieses klug erlangte Stück Wirklichkeit, die Wirklichkeit selbst dann zu besiegen.“

Wiederholt sucht Lassalle in seinen Briefen an Marx diesen seiner „revolutionären“ Gesinnung zu versichern: „Schriftliche Dokumente und Aufsätze von mir beweisen, daß ich seit 1840 Revolutionär, seit 1843 entschiedener Sozialist bin.“

Angenommen, Lassalle hätte sein wahres Wesen in den Briefen an Marx und Engels enthüllt und wirklich mit der Empfehlung des von ihm gezeigten Weges nur die Revolution stärken wollen, so bleibt immerhin der bedeutende Unterschied gegenüber Marx, daß Lassalle an eine national-deutsche revolutionäre Erhebung dachte, während Marx den Standpunkt der internationalen Revolution vertrat.

Aber ich habe hier nicht die Aufgabe, Lassalle nach seiner innersten Meinung auf Herz und Nieren zu prüfen, sondern ich habe die Frage aufzuwerfen: wie hat Lassalle durch seine öffentliche Tätigkeit auf die Massen gewirkt? Darauf kann die Antwort nur lauten, daß er im diametralen Gegensatz zu Marx in seiner Agitation stets den idealistischen, staatssozialistischen, sozialreformerischen Standpunkt im Gegensatz zu dem materialistischen, antistaatlichen und revolutionären Programm von Karl Marx, vertreten hat.

In seiner Agitation und in den Reden und Broschüren, die er zu agitatorischen Zwecken veröffentlicht hat, kehren gewisse Grundgedanken immer wieder, die schon in seinen wissenschaftlichen Werken niedergelegt waren.

Diese Werke sind nicht nationalökonomischen Inhalts. Lassalle war kein originaler nationalökonomischer Denker. Sein einziges volkswirtschaftliches Werk — Bastiat-Schultze oder der ökonomische Julian — erschien erst kurz vor seinem Tode und zeigt, daß Lassalle auf ökonomischem Gebiete durchaus Eklektiker war. Namentlich durch Marx, Engels, Rodbertus einerseits, die französischen Sozialisten andererseits beeinflußt, geben seine Theorien über Zins, Lohn, Rente, Wert usw. Gedanken wieder, die vorher schon in besserer und ausgereifterer Weise von anderen ausgesprochen wurden.

Die bahnbrechenden Leistungen Lassalles liegen auf dem Gebiete der Philosophie und der Rechtswissenschaft. In bei

den Wissenschaften hat er — nach dem Urteil der kompetentesten Fachmänner — originale Leistungen von dauerndem Werte geschaffen. Es sind dies namentlich seine „Philosophie des Herakleitos des Dunkeln von Ephesos" (Berlin 1857), und sein rechtsphilosophisches Werk „System der erworbenen Rechte" (Leipzig 1861). In diesem rechtsphilosophischen Werke finden Sie auch schon einige seiner grundlegenden philosophischen Anschauungen angedeutet, die für seine sozialistischen Theorien maßgebend waren.

Lassalle geht dort von dem Gedanken aus, daß ein gründliches Studium des Rechts dahin führen müsse, daß mit den allgemeinen Kategorien von Eigentum, Erbrecht, Vertrag, Familie usw. nichts getan sei, daß der römische Familienbegriff ein anderer als der germanische sei, usw., kurz, daß die Rechtsphilosophie, als in das Recht des historischen Geistes gehörend, es nicht mit logischen ewigen Kategorien zu tun habe, sondern daß die Rechtsinstitute nur Realisationen historischer Geistesbegriffe, nur der Ausdruck des geistigen Inhalts der verschiedenen historischen Volksgeister und Zeitperioden und daher nur als solche zu begreifen seien.

Was die Frage der sogenannten wohlerworbenen Rechte betrifft, so meint Lassalle, daß das Individuum durch seine Handlungen, durch einseitigen oder zweiseitigen Vertrag, sich oder anderen Personen nur Rechte sichern könne, wenn und soweit die bestehenden Gesetze diesen Rechtsinhalt als einen erlaubten ansähen. Denn da die alleinige Quelle des Rechts das gemeinsame Bewußtsein des ganzen Volkes, der allgemeine Geist sei, so könne, wenn infolge der Änderung dieses allgemeinen Bewußtseins ein bestehendes Rechtsinstitut, wie z. B. Leibeigenschaft, Dienste, Abgaben, fideikommissarische Erbfolge usw., abgeschafft würden, dabei von irgendwelcher Kränkung erworbener Rechte nicht die Rede sein. Ebensowenig sei auch ein Recht auf Entschädigung anzuerkennen. Ein Individuum könne sich nicht selbstherrlich für alle Zeiten und gegen alle künftigen, zwingenden und prohibitiven Gesetze erklären, und nichts anderes als diese verlangte Selbstsouveränität läge in der Forderung, daß ein erworbenes Recht auch für solche Zeiten fortdauern solle, wo prohibitive Gesetze seine Zulässigkeit ausschlössen.

Lassalle wendet dann seine Rechtsanschauung auf das Erbrecht an. Das römische Erbrecht sei der Unsterblichkeitsidee des römischen Volksgeistes entsprungen, das altgermanische wurzele in der Idee, daß die Familie, nicht der augenblickliche Inhaber der Eigentümer des Vermögens sei. In unserer Zeit seien diese alten Auffassungen nicht mehr vorhanden, daher müsse das Erbrecht umgestaltet werden. Das heutige Erbrecht beruhe auf der „Familie als Staatsinstitution", auf „dem die Vermögenshinterlassenschaften regelnden allgemeinen Willen des Staates". Heute sei nicht Intestaterbrecht noch Testamentrecht, sondern „Regelung der Hinterlassenschaft von Sozietäts wegen" Naturrecht. —

In diesem Werke finden Sie auch eine Stelle, die bereits die sozialistische Tendenz des Verfassers klar erkennen läßt. Lassalle erklärt dort den kulturhistorischen Gang aller Rechtsgeschichte dahin, daß immer mehr die Eigentumssphäre des Privatindividuums beschränkt werde, daß immer mehr Objekte außerhalb des Privateigentums gesetzt wür-

den. Zuerst seien die sacra der Privatwillkür entzogen worden, aber noch lange die M e n s c h e n selbst Eigentumsgegenstände anderer Menschen gewesen. Die Gesetze über Pflichtteile seien ebensoviele Beschränkungen und Aufhebungen von Eigentumsrechten gewesen. Diesen Gedanken weiter fortführend, kommt er zu dem Schlusse: „In sozialer Beziehung steht die Welt vor der Frage, ob heute, wo es kein Eigentum an der unmittelbaren Benutzbarkeit eines anderen Menschen mehr gibt, ein solches auf seine m i t t e l b a r e Ausbeutung existieren solle, d. h. gründlich: ob die freie Betätigung und Entwicklung der eigenen Arbeitskraft ausschließliches Privateigentum des Besitzers von Arbeitssubstrat und Arbeitsvorschuß (Kapital) sein und ob folgeweise dem Unternehmer a l s s o l c h e m u n d a b g e s e h e n v o n d e r R e m u n e r a t i o n s e i n e r g e i s t i g e n A r b e i t , e i n E i g e n t u m a n f r e m d e m A r b e i t s w e r t e (Kapitalprämie, Kapitalprofit), der sich bildet durch die D i f f e r e n z zwischen dem V e r k a u f s p r e i s e des Produkts und der Summe der Löhne und Vergütungen sämtlicher, auch g e i s t i g e r A r b e i t e n , die in irgendwelcher Weise zum Zustandekommen der Produkte beigetragen haben, zustehen solle."

In einem 1862 im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt gehaltenen Vortrag „Arbeiterprogramm. Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes" unterscheidet L a s s a l l e die verschiedenen Perioden der Weltgeschichte nach dem S t a n d e , welcher in einer Epoche herrschend war. Zuerst sei es die Idee des Adels oder der Grundbesitz gewesen, welche das herrschende Prinzip des Mittelalters gebildet und alle seine Institutionen durchdrungen hätte.

Diese Periode, die mit der großen französischen Revolution abgelaufen wäre, habe der neuen Epoche Platz gemacht, welche den g r o ß e n b ü r g e r l i c h e n B e s i t z oder das K a p i t a l zu ihrem Prinzip habe und diesen als das Privilegium gestalte, welches alle gesellschaftlichen Einrichtungen durchdringe und die Teilnahme an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes bedinge.

Am 24. Februar 1848 sei die Morgenröte einer neuen Geschichtsperiode angebrochen, welche das Prinzip des vierten Standes zum herrschenden Prinzip der Gesellschaft erhoben habe und alle ihre Einrichtungen mit demselben durchdringen wolle.

„Aber", fährt L a s s a l l e fort, „bei der Herrschaft des vierten Standes findet sofort der immense Unterschied statt, daß der vierte Stand der letzte und äußerste, der enterbte Stand der Gesellschaft ist, welcher k e i n e ausschließende Bedingung, weder rechtlicher noch tatsächlicher Art, weder Adel noch Grundbesitz, noch Kapitalbesitz mehr aufstellt und aufstellen kann, die er als ein neues Privilegium gestalten und durch die Einrichtungen der Gesellschaft hindurchführen könnte."

Und in rhetorischem Schwunge ruft er den Arbeitern zu: „Dieser vierte Stand, in dessen Herzfalten daher k e i n Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der g e s a m t e n M e n s c h h e i t. Seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst. Seine Herrschaft ist die Herrschaft Aller.

Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft in dem Sinne, wie ich Ihnen dies entwickelt, der stößt nicht einen, die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus, der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt".

In dieser Rede weist er auch bereits dem Staate die Aufgabe zu, diese Bestimmung des Arbeiterstandes zur Durchführung zu bringen. „Dies ist die eigentlich sittliche Natur des Staates, seine wahre höhere Aufgabe . . . Der Arbeiterstand aber, die unteren Klassen der Gesellschaft überhaupt haben schon durch die hilflose Lage, in welcher sich ihre Mitglieder befinden, den tiefen Instinkt, daß eben dies die Bestimmung des Staates sei und sein müsse, dem einzelnen durch die Vereinigung aller zu einer solchen Entwicklung zu verhelfen, zu der er als einzelner nicht befähigt wäre."

Dieser Vortrag, den Lassalle drucken ließ, wurde von der Berliner Polizei konfisziert, und der Autor wurde wegen „Aufreizung der besitzlosen Klassen zu Haß und Verachtung gegen die Besitzenden" angeklagt. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis; doch wurde diese Strafe vom Kammergericht, an das Lassalle appellierte, in eine Geldstrafe umgewandelt.

Die sehr geschickten Verteidigungsreden Lassalles erschienen als Broschüren und zwar die in der ersten Instanz gehaltene unter dem Titel „Die Wissenschaft und die Arbeiter", die zweite unter dem Titel „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen". In dieser zweiten Rede, von der übrigens nur ein Teil vor Gericht verlesen wurde, führte Lassalle das, was er in seinem Vortrage über die Belastung der unteren Klassen durch die indirekten Steuern gesagt hatte, noch weiter aus und belegte es durch zahlreiche Aussprüche nationalökonomischer Gelehrter und durch statistisches Material. Lassalle sucht den Nachweis zu führen, nicht nur daß der Betrag aller indirekten Steuern, statt die Individuen nach Verhältnis ihres Kapitals und Einkommens zu treffen, seinem bei weitem größten Teil nach von den Unbemittelten gezahlt werde, sondern auch, daß diese Steuer geradezu ein Institut sei, durch welches die Bourgeoisie das Privilegium der Steuerfreiheit für das große Kapital verwirkliche und die Last des Staatswesens den ärmeren Klassen der Gesellschaft aufbürde.

Die Gelegenheit, seinen theoretischen Gedanken praktisch-politische Gestaltung zu geben, bot sich Lassalle, als am 11. Februar 1863 das Leipziger „Zentralkomitee zur Berufung eines deutschen Arbeiterkongresses" das Ersuchen an ihn stellte, in irgendeiner ihm passend erscheinenden Form seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und besonders über den Wert der Schulze-Delitzschschen Genossenschaften für die unbemittelten Volksklassen auszusprechen.

Er veröffentlichte daraufhin das „Offene Antwortschreiben", worin er seine Grundsätze klarlegte. Dieses Programm bildete die Grundlage des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, welcher die erste Organisation der sozialdemokratischen Partei in Deutschland darstellt.

Lassalle beginnt sein „Offenes Antwortschreiben" mit dem Appell an den deutschen Arbeiterstand, sich als selbständige politische Partei zu konstituieren, eine deutsche Arbeiterpartei gegenüber

der Fortschrittspartei zu gründen. Nur durch die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands könnten seine politischen Interessen befriedigt werden.

Was die soziale Frage beträfe, so seien die Schultze-Delitzschschen Assoziationen, die Kredit-, Vorschuß-, Rohstoff- und Konsumvereine nur Palliativmittel, aber nicht geeignet, die Lage der arbeitenden Klassen endgültig zu verbessern. Wer dies wolle, müsse zunächst ein ökonomisches Gesetz beseitigen, welches heute unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage herrsche. Dies Gesetz sei das Lohngesetz.

Lassalle entwickelte ausführlich das sogenannte eherne Lohngesetz, das vor ihm bereits von Turgot und Ricardo ähnlich formuliert war, das aber hier zur Grundlage eines sozialistischen Programms gemacht wurde. Dieses eherne Lohngesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen den Arbeitslohn bestimme, sei dieses: Der durchschnittliche Arbeitslohn bliebe immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich sei. Dies sei der Punkt, um welchen der wirkliche Tagelohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitiere, ohne sich jemals weder über denselben erheben noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er könne sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben, denn sonst entstünde durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welches den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Standpunkt herabdrücken würde. Der Arbeitslohn könne auch nicht tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstünden Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden wieder verringere und den Arbeitslohn auf den früheren Stand zurückbringe. —

Eine Folge dieses Gesetzes sei, daß die Arbeiter von der durch die Fortschritte der Zivilisation gesteigerten Produktivität, d. h. von dem gesteigerten Arbeitsertrage notwendig ausgeschlossen seien. Aus dieser elenden Lage könne sich der deutsche Arbeiterstand nur befreien, wenn er sein eigener Unternehmer würde, wenn die Arbeiter selbst in den Besitz von Kapital gelangten, indem sie sich vom Unternehmertume emanzipierten. Lassalle schlägt daher vor, nicht als Lösung der sozialen Frage, sondern als Übergangsmaßregel, welche die Lösung vorbereiten sollte, daß die Arbeiter sich freiwillig zu Produktivassoziationen vereinigen sollten, denen vom Staate durch Gewährung von Kredit Unterstützung zuteil werden sollte.

Um den Staat zu einer solchen Intervention zwingen zu können, müsse zuerst das allgemeine direkte Wahlrecht erkämpft werden, und die Erreichung dieses Ziels bezeichnet Lassalle als die wichtigste politische Aufgabe der deutschen Arbeiter.

Es wurde Lassalle vorgeworfen, daß er mit seinem Plane nur die Idee der Pariser Nationalwerkstätten aus dem Jahre 1848 aufgewärmt habe.

Dieser Vorwurf ist unbegründet. Denn mit diesen Werkstätten, die, wie wir gesehen haben, zur Durchführung des Rechts auf Arbeit bestimmt waren, hat Lassalles Vorschlag nichts gemein. Wohl aber ist eine gewisse Ähnlichkeit vorhanden zwischen Lassalles Projekt und Louis Blancs Arbeiterassoziationen mit Staatskredit aus der Zeit der Februarrevolution, die von mir früher besprochen wurden. Doch ging Louis Blanc viel weiter als Lassalle. Die Blancschen Assoziationen bildeten nur einen Teil eines großen sozialen Reformplanes. Ferner sollten die Assoziationen Blancs von einer Zentralbetriebsstätte abhängig sein, während Lassalle nur freie, individuelle Assoziationen vorschlug.

In der folgenden letzten Periode seines Lebens, in den Jahren 1863 und 1864 beschäftigte sich Lassalle fast ausschließlich mit seiner Agitation für den allgemeinen deutschen Arbeiterverein.

In diese Zeit fallen auch die wiederholten Besprechungen, die Lassalle mit Bismarck hatte.

Einen gemeinsamen Berührungspunkt hatten beide in der Gegnerschaft gegen die Fortschrittspartei und Bismarck suchte Lassalle für seine gegen die liberale Opposition gerichtete Politik zu benutzen.

Die Beprechungen beider drehten sich wesentlich um die zwei Hauptprogrammpunkte Lassalles: das allgemeine Wahlrecht und die Produktivgenossenschaften.

Wenn Bismarck das allgemeine Wahlrecht oktroyierte und auch mit den Produktivgenossenschaften einen kleinen Versuch machte, so wandelte er dabei keineswegs in Lassalles Bahnen.

Nicht um die Emanzipation der Arbeiterklasse in die Wege zu leiten, hat Bismarck das allgemeine Wahlrecht eingeführt, sondern weil er es zu Festigung des nationalen Gedankens benutzen wollte. Wie er einmal im Gespräch mit Henry Villard äußerte, hielt er das allgemeine Wahlrecht für unumgänglich nötig als „Zement bei der Erbauung des Reichsgebäudes und als Mittel zur Unterdrückung der traditionell-zentrifugalen Tendenzen einiger unserer kleinen Potentaten und Staaten."

Wenn Bismarck dem König Wilhelm Anfang 1864 empfahl, den schlesischen Webern 6—7000 Taler zur versuchsweisen Begründung einer Produktivgenossenschaft zu geben, so lag hier nur eine Wohltätigkeitsaktion vor, die mit den weitgehenden sozialreformerischen Zielen, die sich Lasalle mit seiner Produktivgenossenschaft steckte, nicht das geringste zu tun hatte.

Eine große Enttäuschung war für Lassalle die Entwicklung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins: Er, der gehofft hatte, daß dieser Verein in kürzester Frist 100 000 Mitglieder zählte, mußte erleben, daß trotz aller rührigen Agitation nicht mehr als 4—5000 Mitglieder sich um die Fahne des Vereins scharten.

Nach Lassalles Tode wurde der Allgemeine deutsche Arbeiterverein durch heftige Streitigkeiten zwischen den Parteiführern geschwächt: wenn auch die Mitgliederzahl sich hob — bei den Wahlen des Jahres 1867 ver-

sammelte der Verein 40 000 Stimmen auf seine Kandidaten — eine kräftige, einheitliche, blühende Vereinsagitation war nicht mehr vorhanden.

Alles war auf Lassalles Person zugeschnitten. Weder Becker, noch Schweitzer, noch Fritzsche vermochten der Lasselleschen Vereinsgründung dauernden Bestand zu gewähren.

Sehr bald sollten mächtigere Einflüsse zur Geltung kommen, die zu einer völligen Preisgabe der Lassalleschen Ideen in der deutschen Arbeiterbewegung führten.

So ist Lassalle mit allen seinen Ideen und Plänen gescheitert: seine wichtigste nationalökonomische Grundlehre — das eherne Lohngesetz — ebenso wie sein praktischer Vorschlag — die Produktivgenossenschaften mit Staatskredit — sind heute innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie völlig aufgegeben. Sein Verein hat anderen Parteibestrebungen weichen müssen. Das einzige, was er gefordert hatte und was erreicht wurde, das allgemeine Wahlrecht, ist aus anderen Motiven zur Durchführung gelangt, als aus denen, die ihm vorschwebten.

So hat Lassalle selbst das tragische Schicksal gehabt, das er Balthasar dem Franz von Sickingen prophezeien läßt:

„Nicht daß ihr stürzet, ist das Schrecklichste,
Daß wenn ihr stürzet, ihr hinsinkt in der Blüte
Der unbesiegten ungebrauchten Kraft.
— Das ist es, was ein Held am schwersten trägt" —

Trotz aller dieser Mißerfolge ist die Bedeutung, die Lassalles Wirken nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für unser ganzes öffentliches Leben gehabt hat, eine ganz außerordentlich große.

In der Zeit, in der Lassalle wirkte, den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, hatte man in allen Schichten des Volkes bis hinauf zu den höchstgebildeten Kreisen für Nationalökonomie sehr wenig Interesse und Verständnis. Entweder beschäftigte man sich mit diesen Dingen überhaupt nicht, oder man huldigte dem Manchestertum, so wie es von England und Frankreich aus importiert war. Durch Lassalles Auftreten wurde die große Menge der Gebildeten erst auf die Bedeutung der sozialen Probleme aufmerksam gemacht und weite Kreise wurden mit der Anschauung erfüllt, daß es Pflicht des Staates sei, zugunsten der Arbeiter gesetzliche Maßnahmen zu treffen.

Mag auch die neuere deutsche sozialpolitische Gesetzgebung in ihrer praktischen Durchführung noch so weit von Lassalles Plänen entfernt sein, indirekt geht sie in vielen Punkten auf Anregungen zurück, die von ihm ausgingen: vor allem in dem Grundgedanken, daß ohne staatliche Intervention gegenüber dem „freien Arbeitsvertrag" eine kulturelle Hebung der Arbeiterklasse unmöglich sei.

Die Arbeiter haben Lassalle bis zum heutigen Tage — trotzdem seine Ideen bei der politischen Arbeiterpartei nicht mehr die maßgebenden

sind — ein dankbares Andenken bewahrt: immer noch schmücken sie die Grabstätte des ersten Organisators der Arbeiterbewegung auf dem Breslauer Friedhofe, die von dem Altertumsforscher Böckh mit der Inschrift versehen ist:

„Hier ruhet, was sterblich ist, von Ferdinand Lassalle,
dem Denker und dem Kämpfer."

XIX. Vorlesung.

Der Sozialismus in Deutschland.
II. Karl Marx und der Revisionismus.

In demselben Jahre, in welchem der Allgemeine deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, 1863, wurde in Leipzig der Arbeiterbund konstituiert. Dieser Bund war von der Fortschrittspartei ins Leben gerufen; nach liberal-individualistischer Auffassung wurden auch die Arbeiterfragen behandelt.

Eines der tätigsten Mitglieder dieses Arbeiterbundes war August Bebel. Er lenkte allmählich den Verein immer mehr in das sozialistische Fahrwasser, bis der Verein im Jahre 1868 sich offen zu den Grundsätzen der Internationale bekannte. Der Arbeiterbund konstituierte sich 1869 in Gemeinschaft mit früheren Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei".

So trat zu der ersten sozialistischen Organisation auf Grund Lassallescher Ideen noch eine zweite sozialistische Organisation hinzu.

Von wesentlichem Einflusse auf die Meinungsänderung Bebels war Wilhelm Liebknecht. Er war ein begeisterter Anhänger von Karl Marx, mit dem er schon Ende der 40er Jahre im Kommunistenbund im Sinne des internationalen Sozialismus tätig war.

Der Marxsche Geist zog jetzt in die deutsche Arbeiterbewegung ein und es ist den Marxisten gelungen, nicht nur den Einfluß der Lassalleschen Ideen vollkommen zurückzudrängen, sondern auch eine bis zum heutigen Tage geschlossen auftretende einheitliche politische Arbeiterpartei nach den Grundsätzen von Karl Marx in Deutschland zu begründen und aufrecht zu erhalten.

Kaum läßt sich ein größerer Gegensatz denken, als zwischen Lassalle und Marx, wenn man ihre Persönlichkeiten ins Auge faßt.

Gegenüber der leidenschaftlichen, unruhigen, ehrgeizigen Natur Lassalles tritt uns die viel ruhigere, zähe und geduldig auf ein bestimmtes Endziel gerichtete Art von Marx entgegen.

Während Lassalle nie die Person von der Sache trennen konnte, tritt Marx so gut wie gar nicht mit seiner Person hervor. Er suchte nur durch unermüdliche geistige Arbeit die Waffen zu schmieden, die seiner Meinung nach zum Befreiungskampfe des Proletariats notwendig waren.

Während Lassalle sich persönlich förmlich aufrieb in seiner agitatorischen Tätigkeit, lebte Marx still und zurückgezogen seiner wissen-

schaftlichen Arbeit und hatte doch dabei die Fäden der gesamten internationalen Arbeiterbewegung in der Hand, verfolgte und leitete den Gang ihrer Entwicklung bis in die kleinsten Details.

Während Lassalle sich in seinen wissenschaftlichen Arbeiten sehr zersplitterte und mehrere Wissenschaften durch originale Leistung bereichert hat — „Ich verfolge malheureusement nicht eine, sondern vier bis fünf Wissenschaften in produzierender Absicht" — schrieb er einmal an Marx — hatte dieser zwar Kenntnisse auf allen möglichen Gebieten menschlichen Wissens, sich produktiv aber immer nur einer Wissenschaft, der politischen Ökonomie, zugewandt.

Während Lassalle — wie ich Ihnen gezeigt habe — auf nationalökonomischem Gebiete, Eklektiker war, hat gerade hier Marx, der in der „Ökonomie" die treibenden Kräfte aller gesellschaftlichen Entwicklung sah, seine eigensten, tiefgründlichen Forschungen gemacht.

Das Werk „Das Kapital", das jetzt in 3 Bänden vorliegt, ist eines der großen Meisterwerke unserer Wissenschaft, was auch derjenige zugeben muß, der mit den Grundgedanken desselben nicht einverstanden ist.

Ich glaube sogar, daß es sehr wenige Menschen gibt, die die Marxsche Wertlehre, die sich wie ein roter Faden durch das ganze Werk zieht, als eine richtige theoretische Fundamentierung der Nationalökonomie ansehen. Die Widersprüche zwischen dem 1. und 3. Bande in diesem Punkte sind so große, daß selbst viele frühere Anhänger der Marxschen Werttheorie enttäuscht sind und zum Teil diese Widersprüche dadurch zu lösen suchen, daß sie die ganze Wertlehre nur als ein „Gedankenbild" auffassen, durch welches keine realen Tatsachen des Wirtschaftslebens erklärt werden sollen.

Aber gleichgültig, ob man der Wertlehre zustimmt oder nicht: das „Kapital" enthält eine solche Fülle wirtschaftstheoretischer, wirtschaftsgeschichtlicher und wirtschaftspolitischer Ideen, stellt eine solche Fundgrube nationalökonomischen Wissens dar, daß jeder, auch wenn er die einseitigen Gesichtspunkte, aus denen heraus das ganze Material verarbeitet und gesichtet ist, sich nicht zu eigen macht, die reichste Anregung und Belehrung aus diesem Werke erhält.

Und überall schöpfte Marx aus den Quellen — mit den ökonomischen Schriftstellern der klassischen und vorklassischen Periode war er ebenso vertraut, wie mit den kleinsten Details aus allen umfangreichen Blaubüchern, die in England über die sozialen Zustände herausgekommen waren.

Daß es ganz unmöglich war, auf die Dauer die Lassalleschen und die Marxschen Grundsätze in der Arbeiterbewegung zu vereinigen, daß daher entweder die Ideen von Lassalle oder die von Marx zum Durchbruch kommen mußten, wird Ihnen als etwas Unvermeidliches erscheinen, wenn Sie an die grundverschiedenen Weltanschauungen denken, welche die beiden genannten Sozialisten vertraten.

Lassalle, der bis zu seinem Lebensende Hegelianer war, konnte nicht zusammengeschmiedet werden mit Marx, der auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stand.

Hatte Lassalle gemeint, daß die Arbeiterbewegung sich nach bestimmten „Ideen" vollziehen müsse, die der Ausdruck des „geistigen Inhalts des Volksgeistes" bestimmter Epochen seien, so meinte Marx umgekehrt,

daß „das Ideelle“ nur ein Reflex ökonomischer Zustände sei. Daher könne nicht davon die Rede sein, daß die „Idee“ des Arbeiterstandes oder irgendeine andere „Idee“ als das treibende Motiv in der sozialen Bewegung anzusehen wäre, sondern aus der realen Entwicklung der Produktionsverhältnisse heraus müsse man die Tendenzen und Kräfte erkennen, die mit Naturgewalt und ganz unabhängig von menschlichen Ideen zu neuen Organisationsformen hinstrebten.

Um einen Einblick in die Grundverschiedenheit der sozialphilosophischen und sozialökonomischen Auffassung von Marx und Lassalle zu gewinnen, ist nichts so lehrreich, als der Brief, den Marx im Jahre 1875 an den deutschen Sozialisten Bracke gerichtet hat. Damals sollte eine Einigung zwischen den Lassalleanern und den Marxisten zu einer einheitlichen Partei auf der Grundlage eines Kompromisses zwischen den leitenden Grundsätzen beider Parteien vollzogen werden. Marx hat in diesem Briefe in scharfer und schroffer Weise gegen diese Verschmelzung Stellung genommen. Unter dem Titel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramm“ ist dieser Brief im Jahrgang 1891 der „Neuen Zeit“ abgedruckt.

Hören Sie zuerst, was Marx gegen den Kernpunkt der Lassalleschen nationalökonomischen Theorie — das eherne Lohngesetz — sagte.

Marx wendet sich in den schärfsten Worten gegen das eherne Lohngesetz und behauptet, daß Lassalles Begründung nichts anderes sei als die Malthussche Bevölkerungstheorie, „ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz nicht aufheben und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern jedes Gesellschaftssystem beherrscht. Gerade hierauf fußend, haben seit 50 Jahren und länger die Ökonomisten bewiesen, daß der Sozialismus das naturbegründete Elend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne!“

Er nannte die Lassallesche Fassung des Gesetzes einen empörenden Rückschritt und bei der Revision des sozialdemokratischen Programms im Jahre 1890 wurde endgültig das eherne Lohngesetz, welches in dem Kompromißprogramm von 1875 noch Aufnahme gefunden hatte, gestrichen.

Man hat diese Bekämpfung des ehernen Lohngesetzes durch Marx und die Marxisten als einen Beweis dafür angesehen, daß man in der Sozialdemokratie zu einer milderen und optimistischeren Beurteilung unserer sozialen Zustände gelangt wäre. Man hat gemeint, darin läge das Anerkenntnis, daß die Sozialisten die Möglichkeit zugäben, daß auch unter der herrschenden Gesellschaftsordnung eine Besserung der Lage der Arbeiter erzielt werden könnte. Kurz, man hat gemeint, die Preisgabe des ehernen Lohngesetzes bedeute den Sieg einer reformfreundlichen Strömung in der Sozialdemokratie gegenüber der früher herrschenden radikalen Strömung. Gerade das Gegenteil davon ist richtig. Die Preisgabe des ehernen Lohngesetzes bedeutet den Sieg der radikaleren Richtung in der Sozialdemokratie.

Zunächst ist hervorzuheben, daß Marx und Engels zuerst selbst eine Lohntheorie vertreten haben, die inhaltlich mit dem sogenannten ehernen Lohngesetz fast identisch ist. So hatte schon Engels im Jahre 1844 in den „Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie" den Satz aufgestellt, daß der „natürliche", das heißt normale Preis der Arbeitskraft zusammenfiele mit dem Minimum des Lohnes oder mit dem Wertäquivalent der zum Leben und zur Fortpflanzung des Arbeiters absolut notwendigen Lebensmittel. Auch in dem kommuninischen Manifest ist an dem ehernen Lohngesetz festgehalten. Es heißt dort über die Lohnarbeit: „Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, das heißt die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen."

Zu einer veränderten Ansicht gelangte Marx nicht, weil er sich zu einer optimistischeren Auffassung über die Lohnverhältnisse der Arbeiter bekannte, sondern weil er zu neuen theoretischen Erkenntnissen kam, als er einen systematischen Ausbau seiner Theorie im „Kapital" vornahm. Hier hat er eine neue Lohntheorie aufgestellt, die vom ehernen Lohngesetz durchaus abweicht.

Ich habe Ihnen oben in der IX. Vorlesung, wo ich die wichtigsten Marxschen Theorien dargelegt habe, entwickelt, wie die Marxsche Wert- und Mehrwerttheorie nicht etwa implicite ein ehernes Lohngesetz enthält, sondern wie auf der Grundlage dieser Lehre Marx das Gesetz der industriellen Reservearmee aufstellt. — Aus den früheren Darlegungen haben Sie schon ersehen, daß es Marx für nebensächlich hält, ob die Lohnhöhe eine aufsteigende, absteigende oder gleichbleibende Tendenz aufweist, da es sich bei der Lohnbildung nur um eine sekundäre Tatsache des Wirtschaftslebens handelt. Die Hauptsache ist für ihn vielmehr das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst und zwar gleichgültig, ob es mit höherem oder niederem Lohn verknüpft ist. Man dürfe um deswillen ein Lohngesetz nicht in den Vordergrund stellen, weil, selbst angenommen, die Löhne gingen in die Höhe, doch alle übrigen Tatsachen der kapitalistischen Ausbeutung bestehen blieben, und deswegen schreibt Marx in dem erwähnten Brief: „daß das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei sei, und zwar einer Sklaverei, die im selben Maße hart werde, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickelten, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfange" und er fährt fort: „und nachdem diese Einsicht unter unserer Partei sich mehr und mehr Bahn gebrochen, kehrt man zu Lassalles Dogmen zurück, obgleich man wissen mußte, was Lassalle nicht wußte, was der Arbeitslohn war, sondern im Gefolg der bürgerlichen Ökonomen den Schein für das Wesen der Sache nahm."

„Es ist, als ob unter Sklaven, die endlich hinter das Geheimnis der Sklaverei gekommen und in Rebellion ausgebrochen, ein in veralteten Vorstellungen befangener Sklave auf das Programm der Rebellion schriebe: „Die Sklaverei muß abgeschafft werden, weil die Beköstigung der Sklaven im System der Sklaverei ein gewisses niedriges Maximum nicht überschreiten kann!"

Bevor ich in der Darstellung des Einflusses der Marx schen Theorie auf die deutsche Sozialdemokratie fortfahre, möchte ich eine kurze kritische Bemerkung über die Marx sche Wert- und Mehrwerttheorie einflechten.

Das Fehlerhafte dieser Arbeitswerttheorie scheint mir darin zu liegen, daß man zum Wertmaß die sogenannte „Arbeit" macht, obwohl noch niemand hat angeben können, wie es möglich wäre, die verschiedene menschliche Arbeit auf eine Durchschnittsarbeit zu reduzieren. Ferner aber, angenommen, es wäre dies möglich, und man könnte auch alle aufgewendeten Produktionskosten auf Arbeitsmengen reduzieren, so würde diese Theorie doch um deswillen falsch sein, weil für den Wert der Waren niemals in letzter Instanz die auf die Herstellung der Waren aufgewendete Menge an Arbeit entscheidend ist oder der sonstige Kostenaufwand, sondern weil der Wert der Waren zuletzt bestimmt wird durch den Markt, das heißt durch die Nachfrage der Konsumenten, durch die Begehrungen seitens derer, welche die Waren kaufen wollen. In letzter Linie ist immer der Gebrauchswert der Waren entscheidend.

Vollends irrtümlich ist die auf dieser Werttheorie aufgebaute Mehrwerttheorie; denn nur in sehr gekünstelter Weise kommt Marx dazu, die Arbeitskraft als Ware hinzustellen. Die Arbeitskraft ist keine Ware; ihr Wert kann daher nicht auf Arbeitskosten reduziert werden. Selbst wenn dies aber auch möglich wäre, so würde auch hier der entscheidende Irrtum darin gelegen sein, daß Marx annimmt, der Wert der Waren werde in einer bestimmten Menge von Arbeitsstunden hergestellt, die nur zum Teil vom Unternehmer bezahlt würden. Das, was die Arbeiter leisten und wofür sie ihren Arbeitslohn erhalten, ist immer nur eine gewisse Mitarbeit bei der Herstellung von Gütern. Ob und wieweit diese Güter Wert erlangen, richtet sich nach den Verhältnissen des Marktes, nach dem Verhältnis von Begehr und Angebot, nach der Brauchbarkeit der Waren usw. Es hängt von der geschickten und glücklichen Spekulation des Unternehmers, der die Produktion leitet, ab, ob und wieweit der Ertrag, den er aus dem Verkauf der Produkte erzielt, die Produktionskosten deckt, dieselben übertrifft oder hinter ihnen zurückbleibt. Es ist also eine ganz falsche Vorstellung, daß die Arbeiter den Wert der fertigen Waren durch ihre Arbeit erzeugten.

Aber diese ganze Werttheorie ist überhaupt nicht entscheidend für das Marx sche sozialistische System oder mit anderen Worten: Sie mag falsch oder richtig sein, für die Richtigkeit oder Irrigkeit der entscheidenden Gedanken des Marx schen Sozialismus beweist sie gar nichts.

Es gibt auch zahlreiche Sozialisten, die umgekehrt gerade auf dem Boden der subjektiven Wertlehre stehen, nach der also der Wert durch die Nützlichkeit der Waren bestimmt ist. Dazu gehören z. B. die von mir erwähnten Fabier in England. In der Tat ist nicht einzusehen, warum man nicht auch vom Standpunkte der Nutzwerttheorie zu sozialistischen Konsequenzen kommen sollte: also, daß man z. B. gerade mit dem Hinweis darauf, daß der Erfolg aller wirtschaftlichen Tätigkeit von der Laune der Käufer, von den zufälligen Konjunkturen des Marktes abhängt, für eine planmäßige Organisation des Wirtschaftslebens

plädiert. Umgekehrt könnte man sehr wohl die Marxsche Mehrwerttheorie für richtig halten, ohne sich zum Sozialismus zu bekennen. Wer meint, daß die Mehrarbeit, die der Kapitalist auf Kosten der Arbeiter sich aneignet, zur Erhaltung des Kulturlebens notwendig sei, kann trotz der Zustimmung zur Mehrwerttheorie Individualist sein.

Die für die sozialistische Auffassung von Marx maßgebenden Theorien sind hauptsächlich die früher von mir dargelegten drei: Die Konzentrationstheorie, die Verelendungstheorie und die Krisentheorie. Alle drei haben in dem Erfurter Programm von 1891 Aufnahme gefunden: Die Konzentrationstheorie ist in folgenden Sätzen des Erfurter Programms enthalten: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes . . . Die Produktionsmittel werden das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern; Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung, die Zersplitterung kleiner Betriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit."

Die Verelendungstheorie findet sich in folgenden Sätzen des Erfurter Programms: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier . . . Alle Vorteile der Umwandlung der kleinen Betriebe in Großbetriebe werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert; für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elendes, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung."

Über die Krisen enthält das Programm folgenden Passus: „Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechenden Anwendungen und voller Entwicklung."

Sie können sich leicht denken, wie Marx von diesem Standpunkt aus zu dem Lassalleschen Vorschlag der Produktivgenossenschaften mit Staatskredit stehen mußte. Auch in diesem Punkte ist Marx viel radikaler. Nie hätte es ihm in den Sinn kommen können, eine Umwandlung der Gesellschaft vorzuschlagen mit Mitteln und Organen dieser Gesellschaft selbst, denn die Produktivgenossenschaften sollten mitten in einer Gesellschaft mit freier Konkurrenz eingerichtet werden, während nach Marx erst die Beseitigung des freien Konkurrenzsystems die Grundlage für das neue Produktionssystem bilden könnte. Ferner sollten diese Genossenschaften mit Hilfe des Staates errichtet werden, der nach

Marxistischer Auffassung nur eine Vertretung der herrschenden Klassen der Gesellschaft ist. Daher die schroffen Bemerkungen, die Marx in dem erwähnten Programmbrief gegen Lassalle macht: „Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft ‚entsteht' die sozialistische Organisation der gesamten Arbeit aus ‚der Staatshilfe', die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die er, nicht der Arbeiter ‚ins Leben ruft'. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanleihen ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann, wie eine neue Eisenbahn!"

Und weiter heißt es dort:

„Doch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet, oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr es ist ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten von dem Sozialismus gleich fernen Wunderglauben."

Ebenso wie gegen die Staatsidee von Lasalle kämpft er auch gegen den nationalen Standpunkt, von dem aus Lassalle die Arbeiterbewegung leitete. Von vornherein hatte Marx den Sozialismus als eine internationale Bewegung aufgefaßt.

Bei dieser grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit zwischen Lassalleanern und Marxisten mußte es zu einer klaren Scheidung beider Parteien oder zum Siege einer der beiden kommen.

Das Gothaer Programm von 1875 war ein Kompromißprogramm, zu dem sich beide Parteien vereinigten und zwar unter dem Namen „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands". In diesem Programm finden Sie daher unter anderem das eherne Lohngesetz und die Produktivgenossenschaften mit Staatskredit.

Immer mehr aber traten die Lassalleschen Ideen in den Hintergrund: immer mehr gewannen die Ideen von Marx in der Partei die Überhand — es war nur eine notwendige Konsequenz dieser Tatsache, daß das neue Erfurter Programm der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" in allen Punkten die Marxschen Anschauungen akzeptierte.

Da Marx immer den politischen Klassenkampf der Arbeiterschaft gefordert hatte, hat die Sozialdemokratie auch allen, von den Einzelstaaten und dem Deutschen Reiche ausgehenden sozialpolitischen Bestrebungen gegenüber sich passiv oder direkt gegnerisch verhalten. Aus diesem Grunde hat auch die Sozialdemokratie den deutschen Arbeiterversicherungsgesetzen nicht zugestimmt, trotz der materiellen Verbesserungen, welche diese Gesetze für die Lage der Arbeiterklassen herbeigeführt haben. Einmal weil sie meint, daß das alles nur kleine Palliativmittelchen seien, die gar nicht an die Wurzel des Übels herankämen und dann, weil sie glaubt, daß durch die hier geschaffenen verschiedenen Kassen und anderen Organisationen der Staat und die Unternehmer eine zu große Macht gegenüber der Arbeiterschaft errängen. Wenn im Gegensatz hierzu die Sozialdemokratie sich eifrig an der parlamentarischen Durchberatung der Arbeiterschutzgesetze beteiligt und hierbei auch viele Initiativanträge gestellt hat, so hat sie dies nicht in der Meinung getan, daß durch diese sozialpolitische

Gesetzgebung die wirtschaftlichen Mißstände beseitigt werden könnten, sondern nur in der Absicht, mitzuwirken, daß die Arbeiterschaft für den Zeitpunkt, in welchem sie ihre Emanzipation erlangt, eine möglichst gesunde und nicht durch übermäßige Fabrikarbeit degenerierte Klasse darstellen soll.

Nicht nur in dieser Frage, sondern in allen politischen Fragen, welche die deutsche Sozialdemokratie seit dem Erlöschen des Lassalleschen Einflusses beschäftigt haben, ist die Partei den marxistischen Dogmen treu gefolgt. Es würde zu weit führen, dies im einzelnen nachzuweisen. Worin die Eigentümlichkeiten der Marxschen Lehre beruhen, habe ich im Laufe dieser Vorlesung wiederholt ausgeführt, und ich kann hier nur darauf verweisen. Deutschland ist jedenfalls das einzige Land, in welchem die Marxsche Lehre in einer einheitlich geschlossenen Arbeiterbewegung ihren Niederschlag gefunden hat. Dies schließt natürlich nicht aus, daß vielfach Konflikte, Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten im einzelnen vorgekommen sind; aber aus all diesen Kämpfen im einzelnen ist die große Partei immer wieder nach außen hin einheitlich und geschlossen als Gesamtpartei hervorgegangen. Auch der größte und heftigste Angriff, der gegen die Grundsätze der Partei geführt worden ist, der von den sogenannten Revisionisten ausgegangen ist, hat die Einigkeit der Partei äußerlich bisher nicht zu erschüttern vermocht.

Was versteht man unter dem sogenannten Revisionismus? Das Wort wurde zum erstenmal angewandt in einer Schrift eines sozialdemokratischen Schriftstellers, Dr. Alfred Nossig „Die Revision des Sozialismus", worin die Grundlagen der sozialistischen, das heißt der marxistischen Theorie einer Kritik unterworfen worden sind. Die ganze Bewegung des Revisionismus knüpft jedoch nicht an diese wenig beachtete Schrift an, sondern an einige Arbeiten von Eduard Bernstein. Er veröffentlichte zuerst in den Jahren 1896/97 in der offiziellen wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, der „Neuen Zeit" unter dem Titel „Probleme des Sozialismus" einige Aufsätze, die an einer ganzen Reihe von Anschauungen, die in der Sozialdemokratie verbreitet sind, Kritik übten. Diese Ansichten hat Bernstein in erweiterter Form in seiner 1899 erschienenen Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" eingehend dargelegt.

Wenn Sie diese Schrift lesen, werden Sie dort fast alle die Einwendungen, die von deutschen national-ökonomischen Gelehrten gegen die Marxistische Theorie in den letzten Jahrzehnten erhoben worden sind, finden und zwar von einem Manne ausgesprochen, der seit Jahrzehnten in der sozialdemokratischen Partei eine führende Rolle spielt, der einer der hervorragendsten wissenschaftlichen Vertreter des Sozialismus ist, der aber gerade durch seine wissenschaftlichen Forschungen immer mehr Lücken, Mängel und schwere Irrtümer in der Marxistischen Lehre aufgedeckt hat. Wenn ich betone, daß Bernstein in vielen einzelnen Punkten zu einer ähnlichen ablehnenden Stellung kommt, wie die sogenannten „bürgerlichen" Nationalökonomen, so will ich damit nicht sagen, daß ihm die Originalität mangele, oder daß er einfach ohne weiteres die bürgerliche Kritik des Sozialismus übernommen habe. Vielmehr sind seine Einwände durchaus originell und

beruhen auf eigenen Forschungen, aber im Ergebnis kommt seine Kritik vielfach auf dasselbe hinaus, wie die der bürgerlichen Nationalökonomie und zweifellos haben auch die Forschungen der unparteiischen wissenschaftlichen Kritiker ihn zu einer Änderung seiner früheren Anschauungen bewogen.

Schon vor dem Erscheinen der Bernsteinschen Schrift waren aus der Mitte der sozialdemokratischen Partei heraus wichtige Einwände gegen einzelne Marxistische Dogmen erhoben worden, so z. B. erklärte Schönlank im Jahre 1897: „Die durch unsere Partei gelaufene, auch im ersten Teile des Erfurter Programms noch aufbewahrte Ansicht von der sich stetig verschärfenden Verelendung ist nicht mehr zu halten . . . Das Niveau der Volksmasse hat sich in der modernen Entwicklung etwas gehoben; auch die deutsche Einkommenstatistik läßt darüber keinen Zweifel aufkommen".

Aber durch solche und ähnliche Erklärungen einzelner Parteiführer wurde doch höchstens eine einzelne Lehre oder ein Bestandteil des Marxistischen Systems angegriffen. In dem Bernsteinschen Buche dagegen handelt es sich darum, daß die Marxistische Lehre in ihrem Fundament angegriffen wird und daß außerdem fast alle einzelnen Behauptungen einer scharfen Kritik unterworfen werden. Vor allen Dingen wird auch die sozialphilosophische Grundlage des ganzen Systems von Bernstein kritisiert. Er wendet sich gegen den leitenden Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung, daß die ökonomische Entwicklung kraft immanenter Gesetze vor sich gehe — eine idealistische Grundstimmung ist in seinem Buche deutlich erkennbar. Es ist nur ein Ausdruck dieser Stimmung, wenn Bernstein am Schlusse seines Buches erklärt, daß der Sozialdemokratie „ein Kant nottut, der einmal mit der überkommenen Lehrmeinung mit voller Schärfe kritisch sichtend ins Gericht geht, der aufzeigt, wo ihr scheinbarer Materialismus die höchste und darum am leichtesten irreführende Ideologie ist, daß die Verachtung des Ideals, die Erhebung der materiellen Faktoren zu den omnipotenten Mächten der Entwicklung Selbsttäuschung ist, die von denen, die sie verkünden, durch die Tat bei jeder Gelegenheit selbst als solche aufgedeckt ward und wird".

Wer aber den Ruf „Zurück auf Kant" erhebt, oder, wie Bernstein ihn modifiziert „Zurück auf Lange", kann unmöglich dem Marxismus zugehören, und somit ist Bernstein weit über das hinausgegangen, was einzelne Parteigenossen vor ihm in der Kritik von Marx geleistet haben. Wenn Bernstein öfters auf gedruckte und briefliche Äußerungen von Engels hinweist, wo dieser auch das starre Prinzip der materialistischen Geschichtsauffassung dadurch gemildert hätte, daß er auf die Wichtigkeit ideologischer und politischer Faktoren neben den ökonomischen Potenzen hingewiesen hätte, und daraus den Schluß zieht: was Engels recht ist, ist mir billig; es müsse auch ihm gestattet sein, gewisse Einseitigkeiten und Übertreibungen Marx' auf ihr richtiges Maß zurückzuführen, so ist doch ein großer Unterschied zwischen beiden vorhanden. Wenn Engels an den betreffenden Stellen solche Einschränkungen vornimmt, so geschieht dies in Zurückweisung übereifriger Marxkritiker, die in ihrem Widerspruch

zur materialistischen Geschichtstheorie gelegentlich so weit gingen, zu behaupten, Marx habe die Bedeutung idealer Faktoren überhaupt verkannt: da galt es, die sekundäre Mitwirkung derselben hervorzuheben, ohne aber die „in letzter Instanz“ entscheidende Bedeutung der ökonomischen Faktoren zu leugnen. Bernstein geht bedeutend weiter: seine Ausführungen sind so stark ideologisch, daß sie in der Tat auf eine völlige Preisgabe der Marxschen Grundprinzipien hinauslaufen. Wenn Bernstein eine Verschmelzung materialistischer und idealistischer Begründung des Sozialismus versucht, so ist damit der für Marx entscheidende Standpunkt aufgegeben. Jedenfalls hätte Engels niemals einen Satz ausgesprochen, wie Bernstein: „Die Gesellschaft steht so der ökonomischen Triebkraft theoretisch freier als je gegenüber, und nur der Gegensatz der Interessen zwischen ihren Elementen — die Macht der Privat- und Gruppeninteressen — erfordert die volle Übersetzung dieser theoretischen in praktische Freiheit. Indes gewinnt auch hier das Allgemeininteresse und in dem Grade, wie dies der Fall, und auf allen Gebieten, wo dies der Fall, hört das elementarische Wollen der ökonomischen Mächte auf.“

Auch mit der Marxschen Werttheorie setzt sich Bernstein kritisch auseinander. Da dieselbe mit offensichtlichen Tatsachen des Wirtschaftslebens nicht in Übereinstimmung stünde, will er sie nur als ein „Gedankenbild“, wie das beseelte Atom, oder als „gedankliche Konstruktion“ gelten lassen. Er erklärt sie für einseitig und hält die Grenznutzentheorie für eine notwendige Ergänzung derselben. Wiederholt weist er darauf hin, daß „der gesellschaftliche Bedarf“ für die Werttheorie von Wichtigkeit sei. Er erwähnt die Bemerkung von Marx: „Die Bedingung bleibt der Gebrauchswert . . ., das gesellschaftliche Bedürfnis, das heißt der Gebrauchswert auf gesellschaftlicher Potenz erscheint hier bestimmend für die Quote der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit, die den verschiedenen besonderen Produktionssphären anheimfallen“ und sagt dann: „Dieser Satz allein macht es unmöglich, sich über die Gossen-Böhmsche Theorie mit einigen überlegenen Redensarten hinwegzusetzen“.

Weil Marx selbst seinen Sozialismus nicht auf die Werttheorie gründet, sondern auf den „notwendig sich vor unseren Augen täglich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise“, geht Bernstein viel ausführlicher auf die Tatsachen des Wirtschaftslebens ein, auf die Marx seine Zukunftsprophezeiungen stützt. Hier bringt er, gestützt auf die wirklichen Vorgänge im Wirtschaftsleben, mit authentischen Belegen aus Statistik und Geschichte die Beweise für die Unrichtigkeit der Marx-Engelsschen Behauptungen. In diesen Abschnitten ist deutlich der starke Einfluß zu bemerken, den die neuere Entwicklung der wissenschaftlichen Nationalökonomie, speziell des sogenannten Kathedersozialismus, auf Bernstein gewonnen hat. Bezeichnend ist auch, daß gegen diese Ausführungen Bernsteins aus dem sozialistischen Lager fast gar keine Einwendungen gemacht worden sind, so zahlreich sonst Angriffe gegen Bernstein von dieser Seite her erhoben wurden: es handelt sich hier um bestimmte Tatsachen, die überhaupt unwiderleglich sind. Auch alles, was Kautsky in seiner Schrift „Bernstein und das

sozialdemokratische Programm" hiergegen vorgebracht hat, vermag die Einwände Bernsteins nicht zu widerlegen. Gegenüber der in der Sozialdemokratie herrschenden Vorstellung, daß der Konzentration der industriellen Unternehmungen eine Konzentration des Vermögens parallel laufe, bemerkt Bernstein, daß dies keineswegs der Fall sei, und verweist z. B. auf die Form der Aktiengesellschaft, die durch Dezentralisation des Vermögensbesitzes der Tendenz zur Zentralisation der Betriebe, in sehr großem Maße entgegenwirke. „Es ist also durchaus falsch", sagt Bernstein, „anzunehmen, daß die gegenwärtige Entwicklung eine relative oder gar absolute Verminderung der Besitzenden aufweist. Nicht ‚mehr oder minder', sondern schlechtweg mehr, das heißt absolut und relativ wächst die Zahl der Besitzenden". „Wäre die Gesellschaft so konstituiert oder hätte sie sich so entwickelt, wie die sozialistische Doktrin es bisher unterstellte, dann würde allerdings der ökonomische Zusammenbruch nur die Frage einer kurzen Spanne Zeit sein können. Aber das ist eben, wie wir sehen, nicht der Fall. Weit entfernt, daß die Gliederung der Gesellschaft sich gegen früher vereinfacht hätte, hat sie sich vielmehr, sowohl was die Einkommenshöhe, als was die Berufstätigkeiten anbetrifft, in hohem Grade abgestuft und differenziert."

Daß die Betriebskonzentration keineswegs in dem Maße vor sich geht, wie der Marxismus annimmt, weist Bernstein eingehend auf Grund englischer, deutscher, französischer, amerikanischer und belgischer Statistiken nach und kommt auf Grund dieser zu dem Resultate: „Wenn der unablässige Fortschritt der Technik und Zentralisation der Betriebe in einer zunehmenden Zahl von Industriezweigen eine Wahrheit ist, deren Bedeutung sich heute kaum noch verbohrte Reaktionäre verschweigen, so ist es eine nicht minder feststehende Wahrheit, daß in einer ganzen Reihe von Gewerbszweigen kleinere und Mittelbetriebe sich neben Großbetrieben durchaus lebensfähig erweisen." „Wenn der Zusammenbruch der modernen Gesellschaft vom Schwinden der Mittelglieder zwischen der Spitze und dem Boden der sozialen Pyramide abhängt, wenn er bedingt ist durch die Aufsaugung dieser Mitglieder von den Extremen über und unter ihnen, dann ist er in England, Deutschland, Frankreich heute seiner Verwirklichung nicht näher wie zu irgendeiner früheren Epoche im 19. Jahrhundert."

Aber wie steht es mit den Krisen? Sind diese nicht ein deutliches Zeichen, daß das Fundament unserer Gesellschaftsordnung immer mehr ins Wanken kommt und schließlich diesen fortwährenden Erschütterungen nicht mehr standhalten kann? Auch hier steht Bernstein auf einem durchaus von Marx abweichenden Standpunkt. Gegenüber der Theorie von den notwendig sich immer mehr verschärfenden Krisen weist Bernstein auf die vielen Momente hin, die gerade in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung auf eine Abschwächung der Krisen hinwirken. Er zählt zu diesen abschwächenden Faktoren auch die Kartelle, die er gänzlich anders beurteilt als Marx und Engels. Während diese die Kartelle einerseits als unfähig zur Linderung der Produktionsanarchie, anderseits als Vorstufe zukünftiger planmäßiger, gesellschaftlicher Produktion auffassen, ist nach Bernstein der kartellierte Industrieverband ein besseres Gegen

mittel gegen Überproduktion als alle bisher dagewesenen. „Mit viel weniger Gefahr, als der Privatunternehmer kann er in Zeiten der Überfüllung des Marktes zur zeitweisen Einschränkung der Produktion übergehen. Besser als dieser ist er in der Lage, der Schleuderkonkurrenz des Auslandes zu begegnen. Dies leugnen, heißt die Vorzüge der Organisation vor anarchischer Konkurrenz leugnen. Das tut man aber, wenn man prinzipiell in Abrede stellt, daß die Kartelle auf die Natur und Häufigkeit der Krisen modifizierend einwirken können."

Bernstein bespricht hierauf die politischen und ökonomischen Vorbedingungen des Sozialismus und gibt eine neue Definition des Sozialismus. Er meint, die genaueste Bezeichnung des Sozialismus werde jedenfalls diejenige sein, die an den Gedanken der Genossenschaftlichkeit anknüpfe, weil damit zugleich ein wirtschaftliches, wie ein rechtliches Verhältnis ausgedrückt werde; dem entspräche die Bezeichnung des Sozialismus als „Bewegung zu oder als Zustand der genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung". Was die Aussicht der Verwirklichung des Sozialismus anlangt, so meint Bernstein, daß von einer sofortigen Übernahme der gesamten Herstellung und Zustellung der Produkte durch den Staat ganz und gar keine Rede sein könne. Der Staat könne nicht einmal die Masse der Mittel- und Großbetriebe übernehmen. Aber auch die Gemeinden könnten wenig aushelfen. Sie könnten allenfalls diejenigen Geschäfte kommunalisieren, die am Orte für den Ort produzieren, und sie würden damit schon recht hübsch zu tun bekommen. „Aber", fährt Bernstein fort, „bildet man sich ein, daß diejenigen Unternehmungen, die bisher für den großen Markt arbeiteten, plötzlich so insgesamt kommunalisiert werden könnten? Nehmen wir nur eine mittelgroße Industriestadt, sage Augsburg, Barmen, Dortmund, Hanau, Mannheim usw., so wird wohl kein Mensch so töricht sein, anzunehmen, die dortigen Kommunen könnten in einer politischen Krisis oder auch zu sonstiger Zeit alle die verschiedenartigen Fabrik- und Handelsgeschäfte jener Plätze in Eigenbetrieb übernehmen und mit Erfolg leiten. Sie würden sie entweder in den Händen der bisherigen Inhaber belassen oder aber, wenn sie diese unbedingt expropriieren wollen, die Geschäfte an Arbeitergenossenschaften zu irgendwelchen Pachtbedingungen übergeben müssen. So löst sich die Frage in allen derartigen Fällen praktisch in die Frage der ökonomischen Potenz der Genossenschaften auf".

Aus alledem ergibt sich, daß für Bernstein die Frage der Verwirklichung des Sozialismus gleichbedeutend ist mit der Frage nach der Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsgenossenschaften und darum geht er ausführlich auf die bisherigen Erfolge des Genossenschaftswesens ein. Da die Produktivgenossenschaften erfahrungsgemäß nur sehr allmählich Boden gewännen, bedürfe es langer gewerkschaftlich-genossenschaftlicher Arbeit, um diese Organe für die zukünftige, sozialistische Gesellschaft reif zu machen.

Wie Sie schon aus den bisherigen kritischen Ausführungen Bernsteins sehen, weicht seine Auffassung von den positiven Aufgaben der Sozialdemokratie weit von der offiziellen Parteischablone ab. In dem Kapitel, das „den nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie" gewidmet ist, vertritt Bernstein vor allem im Gegensatz zu dem internationalen

Standpunkt der Marxisten die Notwendigkeit verschiedener politischer Aktion, je nach den nationalen Eigentümlichkeiten des betreffenden Landes. Mit vollem Rechte sagt Bernstein hierüber: „Selbst wo sozialistische Parteien ursprünglich die gleichen Voraussetzungen zum Ausgangspunkt ihres Wirkens genommen haben, sind sie im Laufe der Zeit genötigt worden, ihre Tätigkeit den speziellen Verhältnissen ihres Landes anzupassen. In einem gegebenen Momente kann man daher wohl allgemeine Grundsätze der Politik der Sozialdemokratie mit dem Anspruch auf Gleichgültigkeit für alle Länder aufstellen, aber kein für alle Länder in gleicher Weise gültiges Aktionsprogramm". — Da er nicht wie die Marxisten einen baldigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung für wahrscheinlich hält, tritt er für eine Politik demokratischer Reformen zugunsten der „kleinen Leute" ein, z. B. in der Agrarfrage. Er verlangt vor allem demokratische Verwaltung in der Gemeinde, sowie Schutz und Entlastung der Arbeiter und der Bauern, ferner weitere Ausdehnung des Genossenschaftswesens, von dessen Förderung er sich besonders viel verspricht. „Wo die kleine Bauernwirtschaft vorherrscht, ist die gewerkschaftliche oder sonstige Organisation der Landarbeiter aus allen möglichen Gründen eine Chimäre. Nur durch Erweiterung der Genossenschaftsform kann dort deren Erhebung aus dem Lohnverhältnisse herbeigeführt werden". „Daß die Genossenschaften im Verein mit der Verbilligung des Zinsfußes, die die steigende Kapitalakkumulation mit sich bringt, in der Tat mit dazu beitragen können, bäuerliche Wirtschaften gegenüber dem Großbetrieb konkurrenzfähig zu erhalten, halte ich für unwiderlegt." — Ähnlich den französischen Possibilisten fordert er energische kommunale Sozialpolitik, die lange Zeit das „Stiefkind" der sozialdemokratischen Bewegung gewesen sei. Diese munizipale Sozialpolitik soll ein Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung dessen sein, was Bernstein „demokratisches Arbeiterrecht" nennt.

Kurz, Bernstein kommt in nuce immer wieder auf das sozialpolitische Programm zurück, das er bereits in seinen Aufsätzen „Probleme des Sozialismus" in der „Neuen Zeit" einmal dahin formulierte, daß es vor allem gelte, „die Arbeiterklasse politisch zu organisieren und zur Demokratie auszubilden, und für alle Reformen im Staate zu kämpfen, welche geeignet sind, die Arbeiterklasse zu heben und das Staatswesen im Sinne der Demokratie umzugestalten".

Bernstein ist Ideologe und hierdurch wird er wie durch eine Kluft von der Marxistischen Richtung getrennt; und es ist auch keine Brücke vorhanden, die von der einen Weltanschauung zur anderen herüberführen könnte. Bernsteins idealistische Sozialphilosophie tritt klar an vielen Stellen seines Buches hervor, so z. B. dort, wo er an seinen Nachweis, daß die Verelendungstheorie falsch sei, die Bemerkung knüpft, daß darum die Aussichten des Sozialismus nicht geringer zu sein brauchten: „Ihr Bestreben nach gerechterer Verteilung oder nach einer Organisation die eine gerechtere Verteilung einschließt, braucht darum nicht minder berechtigt und notwendig zu sein." — Hier wird also der Sozialismus direkt auf die Bestrebung nach „gerechter" Volkswirtschaft begründet, was dem

Marxismus gänzlich widerspricht. Bernstein ist demokratischer Sozialreformer und auch damit tritt er in diametralen Gegensatz zum Marxismus. Er möchte, daß die Sozialdemokratie den Mut fände, sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt sei, und das scheinen zu wollen, was sie wirklich sei: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei. Dies wird wohl vorläufig noch ein frommer Wunsch bleiben, solange Bernstein noch so isoliert dasteht wie heute, und bevor er nicht eine stattliche Anzahl von Anhängern um sich versammelt. Heute hat er aber schon erreicht, daß einige der „wissenschaftlichen" Grundlagen, die in der offiziellen Partei als unbedingt feststehend angesehen wurden, einen argen Stoß erlitten haben. Sollte sich die Überzeugung von der Richtigkeit der Bernsteinschen Ausführungen in der Partei weiter verbreiten, so könnte in späterer Zukunft wohl eine Sezession von der Sozialdemokratie abschwenken. Für Bernstein ist innerhalb der deutschen Sozialdemokratie kein Platz mehr. In England könnte er bei den Fabiern, in Frankreich bei den Possibilisten Aufnahme finden; in Deutschland ist keine Partei vorhanden, in deren Rahmen seine Doktrin paßt. Am meisten Berührungspunkte weist er mit der süddeutschen Demokratie auf.

Alles in allem ist Bernsteins Buch eine hocherfreuliche Erscheinung: in streng wissenschaftlicher Weise wird eine ganze Reihe von Lehren, die bisher von dem sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus für richtig angenommen wurden, widerlegt. Daß diese Zurückweisung von einem Manne herrührt, der selbst jahrzehntelang im Banne dieser Auffassung gestanden hat, ist ein ehrenvolles Zeugnis für die Vorurteilslosigkeit und Voraussetzungslosigkeit, womit der Verfasser an seine Forschung herangetreten ist. Und diese sind die Kriterien wissenschaftlicher Arbeit.

Die von Bernstein vertretene Auffassung hat bei einzelnen Führern der sozialdemokratischen Partei Anklang gefunden, und so ist die sogenannte revisionistische Richtung heute durch eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Schriftsteller vertreten. Sie haben ihr Organ in der von Dr. Bloch redigierten Zeitschrift „Sozialistische Monatshefte". —

Von den bekannten Revisionisten der sozialdemokratischen Partei nenne ich Ihnen noch David, dessen Werk „Der Sozialismus und die Landwirtschaft" gegen die marxistische Theorie der agrarischen Entwicklung gerichtet ist, ferner Richard Calwer, der inzwischen aus der Partei ausgeschieden ist, Paul Kampffmeyer, Heinrich Peus, Edmund Fischer, Adolf von Elm und Arthur Schulz. Aus der Schrift von Arthur Schulz „Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland" möchte ich Ihnen einiges zitieren, um Ihnen zu zeigen, wie weit dieser Revisionist von den marxistischen Dogmen abweicht. Er hält im Gegensatz zu Marx den Kleinbetrieb in der Landwirtschaft für durchaus lebensfähig: „In wirtschaftlicher Hinsicht garantiert der Kleinbetrieb die höchstmögliche Entfaltung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit und in sozialer Hinsicht schließt er die Möglichkeit der Ausbeutung besitzloser Menschen in Gestalt von Lohnarbeitern und Pächtern aus. Entscheidend aber ist, daß der landwirtschaftliche Klein-

betrieb und Kleinbesitz diejenige Wirtschaftsform ist, der die Entwicklung mit Macht zudrängt.“ (S. 37.)

Wie früher bereits Schippel, tritt auch er für agrarische Zölle ein und zwar besonders für Vieh- und Fleischzölle, während er bei den Getreidezöllen eine allmähliche Herabsetzung empfiehlt. Durchaus ist er gegen eine völlige Freihandelspolitik: „Der kolonisatorischen Wiedereroberung des Ostens durch den Bauernstand und durch einen beständig in ihn übergehenden Stand grundbesitzender Arbeiter ist am besten durch eine ruhige Weiterentwicklung der Verhältnisse in bisheriger Richtung gedient. Eine plötzliche vollständige Aufhebung der Getreidezölle ist weder zu erwarten, noch zu erstreben; denn sie würde nicht nur den Ruin des deutschen Getreidebaues, eine kaum jemals wieder gutzumachende Vernichtung wertvollster Produktivgüter und kolossale Vermögensverluste überaus zahlreicher Familien herbeiführen, sondern auch jene Folgen haben, die besonders Schippel so oft ausgemalt hat: Plötzliches Sinken der landwirtschaftlichen Arbeiterlöhne, rapid steigende Landflucht, Umwerfen der Industriearbeiterlöhne durch die auf den städtischen Arbeitsmarkt hindrängenden Landarbeiter . . . Wie auch immer das Schicksal der Getreidezölle sich entscheiden mag, soviel ist gewiß, daß eine Aufhebung oder Erniedrigung der Vieh- und Fleischzölle am Widerstande der gesamten ländlichen Bevölkerung einschließlich der Landarbeiter und aller derer scheitern muß, die es als eine der wichtigsten Aufgaben deutscher Wirtschaftspolitik ansehen, das Bauerntum zu erhalten und seine Ausbreitung in der Großgüter-Reichshälfte zu fördern, sei es durch direkte Bauernkolonisation, sei es auf dem Umwege über entwicklungsfähige Landarbeiteransiedlungen.“ (S. 39, 40/41.) Ebenso ist er Anhänger der Förderung der inneren Kolonisationstätigkeit.

Literarisch ist also ein ziemlich starker Einfluß des sogenannten Revisionismus bemerkbar; im Gegensatz zu der theoretischen Stagnation, die bei den Vertretern des orthodoxen Marxismus herrscht, ist lebhafteres wissenschaftliches Interesse auf seiten des Revisionismus bemerkbar. Äußerlich aber hat der Revisionismus auf die Parteigestaltung noch keinen nennenswerten Einfluß ausgeübt, vor allem ist das alte marxistische Programm noch unverändert erhalten geblieben. Bemerkenswert ist, daß ein energischer Versuch, es an einem wichtigen Punkt prinzipiell abzuändern, gescheitert ist. Als die Revisionisten einige Bestimmungen zugunsten der Bauern in das sozialdemokratische Programm bringen wollten, wurde dieser Versuch von der Majorität der Partei abgelehnt. Auf dem Parteitage in Breslau (1895) wurden die Vorschläge der Agrarkommission eingehend behandelt, aber schließlich fand ein Antrag Kautsky Annahme, welcher lautete: „Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf

des Agrarprogramms dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat." (Protokoll S. 204.)

Die Revisionisten selbst sind trotz ihrer prinzipiellen Abweichung von einigen Grundsätzen der marxistischen Lehre bisher der Partei treu geblieben. So heftig auch die Kämpfe wegen des „Falles Bernstein" waren, so endeten sie bisher immer mit Kompromissen. — Auf dem Parteitag in Lübeck (1901) wurde Bernstein offiziell ein Tadel erteilt: „Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Notwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwicklung unserer Partei an, aber die durchaus einseitige Art, wie Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb unter Außerachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern hat ihn in eine zweideutige Position gebracht und die Mißstimmung eines großen Teiles der Parteigenossen erregt." — Auf dem Dresdener Parteitage (1903) wurde eine scharfe Resolution gegen den Revisionismus angenommen und zwar mit 258 gegen 11 Stimmen: „Der Parteitag verurteilt aufs entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt."

Mag auch offiziell der Revisionismus von der Majorität der Partei eine gewisse Verurteilung erfahren, sein großer Einfluß auf die Stärkung gewisser Unterströmungen in der Partei ist unverkennbar. Schon früher war ein Unterschied vorhanden zwischen den norddeutschen und den süddeutschen Mitgliedern. Die süddeutschen Mitglieder waren eher zu Kompromissen mit anderen Parteien bereit, wiederholt hatten sie entgegen der offiziellen Parteiparole das Budget in Einzellandtagen angenommen, so 1910 die badischen Sozialdemokraten. Es ist klar, daß diese Position der süddeutschen Parteimitglieder durch den Revisionismus eine gewisse Stärkung erfährt. Da ferner der Revisionismus, wie wir gesehen haben, der praktischen Gegenwartsarbeit eine große Bedeutung beilegt im Gegensatz zur Betonung des politischen Endzieles, so mußten auch diejenigen Strömungen in der Arbeiterschaft, die gerade diese Gegenwartsarbeit eifrig betreiben, nämlich die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegungen von seiten des Revisionismus eine besondere Stärkung erfahren.

Im Gegensatz zu den englischen sind die deutschen Gewerkschaften nicht politisch neutral, sondern haben bestimmte politische Tendenzen. Wie die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine auf das liberale Programm, so sind die sogenannten freien Gewerkschaften auf das sozialdemokratische Programm eingeschworen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands umfaßt alle diese sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben sich in letzter Zeit außerordentlich kräftig entwickelt; sie zählten im Jahre 1908 1 831 731 Mitglieder und hatten einen Vermögensbestand von rund 40 Millionen Mark, während die Partei

nur etwa ½ Million Mitglieder zählt. Mit der starken gewerkschaftlichen Bewegung ist auch der alte Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft immer mehr hervorgetreten. Die Partei befürchtet nämlich, daß die Mitglieder der Gewerkschaft sich zu sehr von der politischen Bewegung entfernen, wenn sie durch die gewerkschaftlichen Bestrebungen, die auf Erhöhung des Arbeitslohnes, Abkürzung der Arbeitszeit usw. gerichtet sind, abgelenkt werden. So war immer das Bemühen der Partei darauf gerichtet, die eigentliche gewerkschaftliche Tätigkeit gegenüber der parteipolitischen nicht zu stark werden zu lassen. Durch die revisionistische Auffassung, daß es auf die Erreichung praktischer Einzelerfolge ankomme, ist der Gewerkschaftsbewegung eine große Unterstützung zuteil geworden. Wie sehr die Gewerkschaften in neuerer Zeit bestrebt sind, die parteipolitische Betätigung zugunsten der gewerkschaftlichen zurücktreten zu lassen, zeigen z. B. die Äußerungen des Gewerkschaftsführers von Elm in einem Aufsatz: „Partei und Gewerkschaft" (Sozialistische Monatshefte 1905, II. Bd., S. 735): „Die Gewerkschaften brauchen zur wirksamen Durchführung ihrer wirtschaftlichen Aktionen die Beteiligung aller Berufsgenossen und werden in ihrer weiteren Entwicklung immer mehr dazu gedrängt werden, parteipolitische und religiöse Streitfragen aus den Diskussionen in ihren Versammlungen auszuscheiden. Wer nicht mit völliger Blindheit geschlagen ist, wer den Gang der Entwicklung aufmerksam verfolgt, muß zu der Erkenntnis kommen, daß die Zeit sozialdemokratischer Parteigewerkschaften vorüber ist.

Es ist ja erklärlich, daß einige Genossen an dieser ihrer Lieblingsidee noch immer festhalten und gar nicht begreifen können oder wollen, daß die Gewerkschaften einen anderen Zweck haben, als den, Rekrutenschulen der Sozialdemokratie zu sein. Die Gewerkschaften stärken die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse und fördern dadurch indirekt die Verwirklichung des Sozialismus; als Sozialisten sind wir doch einig darüber, daß wir die Emanzipation des Proletariats nicht von seiner wachsenden Verkommenheit, sondern von seiner wachsenden Kraft erwarten. Wer die Gewerkschaften zu Parteiinstitutionen stempeln will, hindert deren Entwicklung und damit gleichzeitig auch die schnelle Verwirklichung unserer idealen Ziele."

Von der Dissonanz zwischen der Gewerkschafts- und der Parteibewegung legen namentlich einige Ereignisse des Jahres 1905 Zeugnis ab. Als in dieser Zeit unter dem Eindruck der russischen Revolution innerhalb der Partei eine starke Strömung für politischen Massenstreik vorhanden war, faßte der in Köln tagende Gewerkschaftskongreß einen Beschluß, der direkt eine Ablehnung derartiger Bestrebungen bedeutete, nämlich: „Der Kongreß hält daher auch alle Versuche, die durch Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen wollen, für verwerflich, er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten. Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongreß für undiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisationen abhalten zu lassen."

Solchen Sonderbestrebungen der Gewerkschaften gegenüber faßte der Parteitag in Mannheim (1907) einen Beschluß, der sie an ihre strenge Zugehörigkeit zu der Partei erinnern sollte: „Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des politischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken."

Ebenso wie die gewerkschaftliche Bewegung hat auch die genossenschaftliche Bewegung zweifellos von den Fortschritten des Revisionismus Vorteile gezogen. Zwar haben die deutschen Arbeitergenossenschaften niemals in so nahen Beziehungen zu der Partei gestanden wie die Gewerkschaften, aber tatsächlich sind die Mitglieder der Konsumvereine, die früher hauptsächlich aus den kleinbürgerlichen Kreisen sich rekrutierten, heute in der großen Majorität Arbeiter, und unter diesen viele Sozialdemokraten. Dies hat zu gewissen Gegensätzen innerhalb der deutschen Konsumvereine geführt, die sich auf der Tagung in Kreuznach im Jahre 1902 zeigten und dort zu einer Spaltung führten. Da ein Konsumverein in seine Statuten die Bestimmung aufgenommen hatte: „Bei dem Bezug von Waren berücksichtigt der Verein in erster Linie die Unternehmungen, in denen das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkannt wird und die gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen zur Geltung gelangt sind", so wurde ihm von der Verbandsleitung die Aufnahme verweigert. Diejenigen Konsumvereine, deren Mitglieder besonders Arbeiter waren, traten aus dem allgemeinen Verband aus und vereinigten sich zum Zentralverband deutscher Konsumvereine, der, wenn er auch nicht sozialdemokratisch ist, doch in der Hauptsache Arbeiterkonsumvereine umfaßt. Dieser Zentralverband deutscher Konsumvereine weist einen außerordentlich großen Fortschritt in seiner Entwicklung auf und hat, wenn auch nicht in dem Maße wie in England, so doch immerhin bemerkenswerte Erfolge erzielt. Im Jahre 1909 zählte der Zentralverband 1 058 142 Mitglieder; er hatte einen Umsatz von 382 Millionen und verfügte über ein Kapital (eigenes und fremdes zusammen) von 100 Millionen. — Ein großer Erfolg war die im Jahre 1910 vollendete Gründung der von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine errichteten Seifenfabrik in Gröba-Riesa. In dem Werk, welches Dr. August Müller über die Entstehung dieser Fabrikgründung geschrieben hat, sagt er: „Das breite sichere Fundament, auf dem das Unternehmen ruht, ist die organisierte Konsumkraft von über einer Million Mitgliedern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Diese Grundlage ist es, die der Seifenfabrik Gröba-Riesa ihren besonderen Charakter verleiht. Die technischen Vorzüge, die sie aufweist, können von jedermann, der die nötigen Mittel und Fähigkeiten besitzt, nachgeahmt werden. Ihre Eigenart: Die Verankerung in einer großen sozialen Bewegung vermag ihr aber niemand streitig zu machen." (S. 240.)

Es ist klar, daß, je mehr sich große Teile der Arbeiterschaft in der Kleinarbeit der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Tätigkeit bemühen, ihrer parteipolitischen Tätigkeit Abbruch geschieht. — Ob es der revisionistischen

Theorie gelingen wird, die orthodoxen marxistischen Dogmen der Partei zu verdrängen, ob die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Bewegung ebenso ihrerseits die alte einseitige Klassenkampfpolitik der Partei überwinden wird, ob es zu einer endgültigen Trennung zwischen den Revisionisten und Marxisten kommen wird, das alles wird die spätere Zeit lehren. Es hätte gar keinen Zweck, hierüber irgendwelche Vermutungen anzustellen, denn es wird zum Teil von politischen Gestaltungen der Zukunft abhängen, die wir nicht voraussehen können.

Woher kommt es, daß die deutsche Sozialdemokratie im Gegensatz zu der französischen und englischen Bewegung die einheitliche Geschlossenheit und trotz aller revisionistischen Bestrebungen den einheitlichen proletarischen Charakter aufweist und daß sie überhaupt zu solcher Stärke sich entfalten konnte? Waren es doch über 3 Millionen Stimmen, welche die Partei bei der letzten Wahl auf sich vereinigte! Zweifellos hängt auch dies mit gewissen nationalen Eigentümlichkeiten zusammen. Verhältnismäßig spät hat sich in Deutschland eine Großindustrie und ein industrielles Proletariat entwickelt, und dieses Proletariat wurde aufs mächtigste durch die Persönlichkeit Lassalles fasziniert, der es durch seine glänzende Agitationskraft verstanden hat, die Arbeiterschaft auf ein großes Ziel, die Erringung politischer Macht zum Zwecke der Erreichung ökonomischer Vorteile zu begeistern. Was Lassalle begonnen hat, führten dann Marx und seine Anhänger fort. Auch sie kamen mit ihren philosophischen Doktrinen dem den Deutschen eigentümlichen doktrinären Hang entgegen. Große Massen wurden so für die marxistischen Lehren gewonnen. Die Eigenart des Deutschen, sich einem einheitlichen Ganzen einzufügen, hat ebenfalls zur Geschlossenheit der Parteibildung beigetragen. Dazu kommt noch ein weiteres, warum speziell der Marxismus immer größere Anhängerschaft in Deutschland gewinnen konnte. — Das war die Haltung der Behörden und Regierungen gegenüber der Arbeiterbewegung. In keinem Lande der Welt wurde der aufkommenden Arbeiterbewegung, in welcher Form sie sich auch immer zeigte, so viel Mißtrauen und so viel Verständnislosigkeit entgegengebracht, wie in Deutschland. Die kleinlichen Polizeischikanen, denen auch die kleinste Arbeitervereinsbildung begegnete, mußten die Arbeiterschaft zu Anhängern des marxistischen Dogmas machen, daß der Staat, die Regierung und die herrschenden Klassen in unversöhnlichem Gegensatz zur Arbeiterklasse stünden.

Am allermeisten hat in dieser Hinsicht das Sozialistengesetz von 1878 bis 1890 gewirkt. Unter der Herrschaft dieses Gesetzes, durch welches „die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" unter Ausnahmebestimmungen gestellt wurden, hat die Arbeiterpartei eine besonders starke Zunahme erfahren. Eine Erneuerung dieser Gesetzgebungspolitik in der Gegenwart würde zweifellos nur denselben Mißerfolg haben. Gerade in der Zeit in der innerhalb der Sozialdemokratie unter Führung Bernsteins einerseits, einzelner Gewerkschaftsführer andererseits eine auf gewerkschaftlich-genossenschaftlicher Selbsthilfe der Arbeiterschaft gerichtete Strömung in der Entwicklung begriffen ist, würde ein neues Ausnahmegesetz die Arbeiterbewegung wieder wie mit eisernen Klammern zu einer geschlossenen marxistischen Klassenkampfpartei zusammenschmieden.

Weil innerhalb Deutschlands es der Sozialdemokratie gelungen ist, bis zur Gegenwart eine einheitliche geschlossene Partei aufrecht zu erhalten, sind auch die deutschen Sozialdemokraten immer diejenigen gewesen, welche die Bildung einer einheitlichen internationalen sozialistischen Bewegung im marxistischen Sinne gefördert haben. — Ob diese Einheitlichkeit wirklich in der internationalen Arbeiterbewegung vorhanden ist oder ob die Möglichkeit zu ihrer Entwicklung gegeben ist, diese Frage soll uns in der letzten Vorlesung beschäftigen.

XX. Vorlesung.

Die Internationale.

Es würde zu weit führen, wollte ich in derselben Weise wie ich bisher die französische, englische und deutsche sozialistische Bewegung geschildert habe, Ihnen auch die sozialistischen Bewegungen der übrigen Länder darlegen. Ich würde im übrigen nur das Bild zu vervollständigen haben, das ich Ihnen gezeichnet habe. Zu den verschiedenen Nuancierungen, die wir kennen gelernt haben, kämen noch einige neue hinzu, aber wir würden damit keine neuen Haupttypen der Bewegung beobachten, vielmehr weisen die sozialistischen Bewegungen der übrigen Länder alle mehr oder minder verwandte Züge mit den bereits erörterten Typen auf. So hat, um nur ein Beispiel zu erwähnen, die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika große Ähnlichkeit mit der englischen. In Amerika, wo der Kapitalismus seine rapideste und größte Entfaltung gewonnen hat, ist eine sozialistische Arbeiterbewegung in nennenswertem Umfange überhaupt nicht vorhanden. Auch dort überwiegt die gewerkschaftliche auf Gegenwartsarbeit gerichtete Aktion der Arbeiterklasse. Wir wollen aber zum Schlusse noch einen Blick auf die internationale sozialistische Bewegung werfen.

Schon im kommunistischen Manifest (1848) hatte Marx die Arbeiterbewegung als eine internationale aufgefaßt, die einheitlichen Charakter habe und daher auch nur im internationalen Zusammenschluß gefördert werden könne. An dieser Auffassung hat Marx zeitlebens festgehalten. Tatsächlich hat auch bis zur Gegenwart eine internationale sozialistische Bewegung in den verschiedensten Formen neben den nationalen Bewegungen bestanden. Welches Resultat hat sie gezeitigt? Ist es ihr gelungen, die nationalen Gegensätze, die wir kennen gelernt haben, zu überbrücken und zugunsten einheitlicher Aktion zurückzudrängen, und ist auf diesem Wege in Zukunft eine Vereinheitlichung zu erwarten? Wir haben also jetzt auf die Frage zu antworten, die wir in der achten Vorlesung aufgeworfen haben. Ist die Tendenz zur Einheit der sozialistischen Bewegungen, die wir in den nationalen Bewegungen nicht zu finden vermochten, in der internationalen Bewegung anzutreffen?

Wir müssen zwei Perioden unterscheiden:

1. Die Periode der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 bis 1876 und

2. Die Periode der internationalen Sozialistenkongresse von 1889 bis zur Gegenwart.

In der ersten Periode sollte die Internationale das Schlußwort des kommunistischen Manifestes zur Wahrheit machen: Proletarier aller Länder vereinigt euch. Eine internationale einheitliche Aktion des Proletariats sollte herbeigeführt werden. Die Internationale sollte eine zentralistisch geleitete Partei mit einheitlichen Grundsätzen darstellen. Trotzdem englische Gewerkschaftler, französische Anarchisten und deutsche Lassalleaner und Marxisten vereinigt waren, glaubte man doch zu einer einheitlichen Parteibildung auf internationaler Basis kommen zu können. Als bei dem Meeting am 28. September 1864 in St. Martinshall in London Arbeiter aus allen Ländern der Erde die internationale Arbeiterassoziation gründeten, hoffte man für die Arbeiterbewegungen der verschiedenen Länder ein gemeinsames Organ geschaffen zu haben. Die Versammlung ernannte einen Ausschuß von 50 Mitgliedern mit dem Auftrag, die Statuten und die Adresse einer internationalen Arbeiterassoziation zu redigieren. Die von Marx abgefaßte Adresse und die Statuten wurden angenommen und später auf dem Genfer Kongreß 1866 genehmigt. In der Adresse wird auf das Elend der Arbeiterklasse hingewiesen, das trotz der größten Vervollkommnung der technischen Hilfsmittel aller Art sich nicht verminderte, sondern nur vermehrt habe. Nur dadurch, daß die Produktionsmittel in das Eigentum der Gesamtheit übergeführt würden, könne endgültige Abhilfe geschaffen werden. Inzwischen habe aber die Arbeiterklasse schon gezeigt, daß sie auf diesem Wege große Erfolge in der Bekämpfung der Herrschaft der Bourgeoisie erringen könne; dies beweise die englische Zehnstundenbill und die Arbeiter-Kooperativbewegung. Erst wenn die Arbeiter die politische Macht erobert hätten, könnten sie auf diesem Wege zu endgültigen Erfolgen kommen, aber nur durch ein internationales Bündnis aller Arbeiter könne dieses Ziel erreicht werden, und darum schließt die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation mit denselben Worten, wie das kommunistische Manifest: Proletarier aller Länder vereinigt euch! — Zugleich mit der Inauguraladresse legte Marx die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation vor, die ebenfalls mit geringen Änderungen auf dem Genfer Kongreß 1866 angenommen wurden.

Nach Artikel 1 der Statuten sollte die Internationale begründet sein zur Herstellung eines Mittelpunktes der Verbindung und des planmäßigen Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse.

(Art. 5.) Ein Generalrat soll gebildet werden aus Arbeitern der verschiedenen, in der internationalen Assoziation vertretenen Länder.

(Art. 6.) Der Generalrat soll wirken als internationale Agentur zwischen den verschiedenen nationalen und lokalen Gruppen der Assoziation, so daß die Arbeiter eines Landes fortwährend unterrichtet bleiben über die Bewegungen ihrer Klasse in allen anderen Ländern; daß eine Untersuchung über den sozialen Zustand der verschiedenen Länder Europas gleichzeitig und unter gemeinsamer Leitung stattfindet, daß Fragen von allge-

meinem Interesse, angeregt von einer Gesellschaft, von allen anderen aufgenommen werden und daß, im Falle der Notwendigkeit sofortiger praktischer Schritte — wie z. B. bei internationalen Zwisten — die verbündeten Gesellschaften sich gleichzeitig und gleichförmig betätigen können.

War wirklich hiermit, wie es in den Statuten heißt, ein „ewiger Bund brüderlichen Zusammenwirkens" geschaffen? Im Widerspruch zu diesen Worten steht die faktische Entwicklung der Internationale, deren Geschichte eine fortlaufende Reihe von Streitigkeiten und tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten aufweist. Gerade das Gegenteil einer einheitlich organisierten Arbeiterbewegung ist trotz des Wirkens der Internationale zu konstatieren und je nach den wirtschaftlichen und politischen Besonderheiten, und nach der Sozialtheorie einflußreicher Führer hat die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern einen ganz verschiedenen Charakter angenommen. So ist auch die farblose und verschwommene Ausdrucksweise in den Manifesten und programmatischen Äußerungen, die vom Generalrate der Internationale ausgingen, zu erklären: nur so konnten die dissentierenden Gruppen wenigstens durch ein loses Band zusammengehalten werden.

Die Gegensätze traten namentlich infolge der grundverschiedenen Prinzipien der Engländer, Franzosen und Deutschen hervor. Die englischen Vertreter wollten vor allem ihre gewerkschaftliche Politik stärken, in ihrem Kampf für bessere Lohnbedingungen die Unterstützung der Internationale haben, konnten aber von ihrem Standpunkt aus die revolutionären Klassenkampfpolitik der Marxisten nicht mitmachen. Sie zogen sich von der Internationale zurück, als diese für die Kommune Partei ergriff. Noch weit schärfer als zwischen den englischen Gewerkschaftlern und den Marxisten waren die Gegensätze zwischen den französischen Proudhonisten und den Marxisten. Ich meine hier nicht Proudhonisten in dem engeren Sinne der eigentlichen Anhänger der Proudhonschen Theorie, sondern ich möchte darunter alle die zahlreichen Mitglieder der Internationale aus den romanischen Ländern begreifen, die infolge ihrer dezentralistischen oder anarchistischen Grundanschauung, kurz wegen ihrer mehr liberalen Doktrin zu den autoritären Anschauungen von Marx im diametralen Gegensatz standen. Die Franzosen selbst waren allerdings zum großen Teile Anhänger Proudhons. Der Ziseleur Tolain war einer der begabtesten Schüler Proudhons, ebenso waren andere bekannte französische Mitglieder wie Héligon, Fribourg, Limousin, Beslay, Chaudey Proudhonisten.

Die Beschlüsse der Internationale in den ersten Jahren ihres Bestehens lassen deutlich den Einfluß der Proudhonisten erkennen. „Die innere Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation", sagt Plechanow mit Recht[1]): „ist die Geschichte des Kampfes zwischen dem Proudhonismus und dem von Marx entwickelten modernen Sozialismus". Die Geschichtsschreiber der Internationale bezeichnen daher die erste Periode der Bewegung als die période mutuelliste (1865—1867).

---

[1]) Anarchismus und Sozialismus. Berlin 1894. S. 43.

So sagt Fribourg[1]): „Pendant ce temps l'association est mutuelliste, c'est à dire ne demandant à la collectivité que la garantie d'execution des contrats librement discutés, librement consentis".

Auch Malon[2]) nennt die erste Periode: „période mutuelliste; elle se caractérise par l'influence théorique de Proudhon".

Der tiefgreifende Unterschied zwischen der Marxschen und Proudhonschen Sozialtheorie machte sich auch in der praktischen Agitation geltend: Die Marxisten wollten die Internationale als ein Organ für den Klassenkampf des Proletariats konstituieren, die Proudhonisten wollten daraus eine Studiengesellschaft machen, die über die besten Mittel und Wege der sozialen Reform beraten sollte[3]). Die letzteren erstreben in erster Linie die Bildung freiwilliger Tausch- und Kreditgenossenschaften, während die Anhänger von Marx die Kollektivierung der Produktionsmittel fordern.

Der Pariser Zweig der Internationale betrachtet es im Sinne Proudhons vor allem als seine Aufgabe, vor Streiks zu warnen und mit Befriedigung berichtet Fribourg, daß es ihrer Tätigkeit gelungen sei, viele Streiks verhütet zu haben: „c'est à l'Internationale que revient la gloire d'avoir fait avorter toute tentative de gréve du batiment pendant les trois années 1865, 1866et 1867"[4]). — Die Frage, die am eifrigsten bei den Zusammenkünften der Pariser Mitglieder der Internationale behandelt wurde, war die Gründung von Kooperativgenossenschaften, namentlich für gegenseitigen Kredit.

Auch die Herausgabe einer eigenen Zeitung, die zur Ausbreitung dieser Ideen dienen sollte, war von Fribourg und Chemalé unternommen worden[5]): Sie hieß „le Féderaliste" und das Programm dieses Journals, das bei Fribourg abgedruckt ist, ist durchaus im Sinne Proudhons gehalten: es heißt dort z. B.[6]): „convaincu que l'empirisme a fait son temps, et que la société doit reposer sur une série de lois immuables, dont la Justice soit à la fois le sommet et la base, c'est à l'étude, à la Science que le Prolétariat demande désormais la solution des problèmes desquels dépend son émancipation . . . Le peuple croit que le pacte social, contrat essentiellement synallagmatique et commutatif, gardien de la liberté et de la dignité des citoyens, est contenu en germe dans l'idée mutuelliste ou fédérative". In der Frage der Zulassung der Frauen zur Mitgliedschaft bei der Internationale, deren Entscheidung jeder Sektion überlassen war, hatte die Pariser Sektion unter dem Einflusse Proudhonistischer Ideen sich gegen die Zulassung erklärt, weil der Platz für die Frau der häusliche Herd und nicht das Forum sei[7]). Vom Pariser Bureau erging ein Aufruf an alle Arbeitervereine, ganz

[1]) L'association internationale des travailleurs. Paris 1873. S. 2.
[2]) Historie du Socialisme. Bd. II, S. 12.
[3]) „Nous voulons fonder une association qui, par l'étude, améne progressivement l'émancipation du travail." (Fribourg S. 26.)
[4]) Fribourg, S. 35.
[5]) Fribourg, S. 156.
[6]) l. c., S. 157.
[7]) l. c., S. 45.

gleichgültig welcher Richtung, und an Männer aller Parteirichtungen, ganz gleichgültig, ob Sozialisten, Kommunisten, Phalansterianer, Positivisten oder Demokraten, sich der Internationale anzuschließen, die eine große Enquête über den Zustand der arbeitenden Klassen anstellen wolle, und wo jeder willkommen sei, welches soziale Heilmittel er auch vorschlagen möge[1]).

Dem ersten Kongresse der Internationale, der 1866 in Genf abgehalten wurde, überreichten die französischen Delegierten ein Memoire, das ihre Stellung zur Arbeiterfrage ausführlich schildert; es ist mit zahlreichen Zitaten aus Proudhon versehen und durchaus in dessen Geiste abgefaßt: „Ce qu'on peut affirmer sans utopie" — so lautet eine Stelle daraus[2]) — „c'est une nation de travailleurs échangeant entre eux et pratiquant la réciprocité et la Justice". Gegenüber der Marxistischen Auffassung der Ehe wird unbedingt an der Monogamie und dem Familienleben festgehalten: „la famille est une de ces institutions naturelles . . qui s'imposent à l'humanité, comme condition première, indispensable au développement de l'être"[3]). — Sehr ausführlich handelt das Memoire auch vom Unterschiede zwischen association und coopération. Die Assoziation, wobei besonders an die Assoziationen nach Louis Blancs Vorschlägen gedacht wurde, wird entsprechend der Proudhonschen Kritik zurückgewiesen, da sie staatlich subventionierte und geordnete Zwangsorganisationen seien; weil die Mitglieder der Assoziation in bezug auf Produktion und Konsumtion abhängig würden von der Zentralgewalt; die coopération soll vielmehr eine freiwillige genossenschaftliche Vereinigung darstellen, die ihren Mitgliedern volle Freiheit und Selbständigkeit läßt, besonders auch hinsichtlich ihrer Produktion und Konsumtion, die nur durch einzelne Einrichtungen auf Gegenseitigkeit ihre wirtschaftliche Kraft verstärken, namentlich durch Tausch und Krediteinrichtungen: „Tandis que l'association englobe des individus qui, cessant d'etre des personnes, deviennent des unités; la coopération, au contraire, groupe les hommes pour exalter les forces et l'initiative de chacun"[4]).

Bitter klagt Blanqui über derartige gemäßigte Beschlüsse[5]): „cette coopération est une étrange créature, un être hybride, moitié Malthus, ou plutôt Malthus en chair et en os, coiffé de quelques semblants de loques Proudhoniennes"..

Sehr charakteristisch für den Standpunkt der Pariser Delegierten ist auch ihre Stellungnahme zur Frage des Maximalarbeitstages. Als die Engländer für eine Erklärung zugunsten des Maximalarbeitstages seitens der Internationale eintraten, waren die französischen Mitglieder dagegen und motivierten ihre ablehnende Stellung in folgender manchesterlichen Weise: „au nom de la liberté des contrats et des contractants, l'Assemblée internationale n'avait pas à intervenir dans les rapports particuliers de pa-

---

1) l. c., S. 159.
2) l. c., S. 57.
3) Fribourg, S. 63.
4) l. c., S. 74.
5) Blanqui, Critique sociale t. II. Fragments et Notes. Paris 1885. S. 147.

trons à ouvriers autrement que par des conseils s'il lui en était demandé"[1]).

Auf dem Kongresse zu Lausanne 1867 wurde die Frage der Verstaatlichung des Grund und Bodens verhandelt. Doch als der Belgier de Paepe, der wie viele der belgischen Delegierten selbst Proudhonist war, den Vorschlag machte, diese Frage zu studieren, wurde er von Chemalé, einem Proudhonisten strenger Observanz der Ketzerei beschuldigt[2]).

Trotzdem eine große Anzahl der Mitglieder für die Verstaatlichung eintraten, wurde die Frage von der Tagesordnung abgesetzt unter dem Einflusse der entschieden gegnerischen französischen Delegierten, die „en dehors de la propriété individuelle, ne voient plus qu'une marche fatale vers le communisme autoritaire et absolu."

Proudhonistisch wie diese Erklärung zugunsten des Privateigentums war auch die Resolution über die Frage des Kredits und der Kooperation, dahin lautend, daß die soziale Umgestaltung sich nur definitiv und radikal vollziehen lasse durch Mittel, die auf die ganze Gesellschaft wirken und der Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit konform sind[3]).

Seit dem Jahre 1867 beginnen die heftigen Verfolgungen der Mitglieder der Internationale seitens der französischen Regierung und seitdem ist auch eine radikalere Strömung in der Pariser Gruppe zu bemerken.

Auf dem Kongresse zu Brüssel 1868 war die kommunistische Richtung so stark vorherrschend, daß in bezug auf das Grundeigentum folgendes beschlossen wurde:

„Der Kongreß ist der Meinung, daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen wird, Grund und Boden in gemeinschaftliches, gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln[4]).

Die französischen Proudhonisten setzten ihrerseits nur eine zu nichts verpflichtende Resolution zugunsten von Tauschbanken durch: „in Erwägung, daß es nicht möglch ist, über den praktischen Wert einer so komplizierten Frage, wie die einer Tauschbank, zu entscheiden, verlangt der Kongreß, indem er an der theoretischen Empfehlung gegenseitigen Kredits festhält, daß der von der Brüsseler Sektion vorgelegte Statutenentwurf an alle Sektionen zu schicken sei, um dort Gegenstand einer gründlichen Diskussion und beschlußreif für den nächsten Kongreß zu werden".

Auf dem Baseler Kongresse 1869 wurde der Beschluß über das Grundeigentum aufrecht erhalten und noch verschärft, die betreffenden Beschlüsse, die mit großer Mehrheit gefaßt wurden, lauteten: „Der Kongreß erklärt, daß die Gesellschaft das Recht hat, das individuelle Eigentum am Grund und Boden abzuschaffen und den Grund und Boden in Gemeineigentum zu verwandeln.

---

[1]) Fribourg, S. 88.

[2]) cf. Die Landfrage auf den Kongressen der Internationale. Neue Zeit. 1894/95. I. Band. S. 353.

[3]) Fribourg, S. 112, Malon, S. 28.

[4]) Fribourg, S. 123, Malon, S. 32.

Der Kongreß erklärt, daß es im Interesse der Gesellschaft notwendig ist, den Grund und Boden in Gemeineigentum zu verwandeln"[1]).

Mit Recht meint Liebknecht: daß die gegnerische Meinung der französischen Minorität nur teilweise durch das Mißtrauen der französischen Bauern gegen den Sozialismus zu erklären sei, vielmehr seien die proudhonistisch-kleinbürgerlichen Ideen hinzugekommen[2]). — Die Pariser mutualistischen Delegierten gaben ihre Sache innerhalb der Internationale nach dem Ausgange des Baseler Kongresses verloren; sie erklärten sich für besiegt durch den deutschen Kommunismus; für die Pariser hätte es sich jetzt nur noch darum handeln können, den mutualistischen Sozialismus aus diesem allgemeinen Schiffbruche zu erretten[3]).

Außer den französischen und belgischen Mutualisten waren es namentlich auch die sogenannten kommunistischen Anarchisten unter Bakunins Leitung, die zu heftigen Streitigkeiten innerhalb der Internationale Anlaß gaben. Nachdem Bakunin mit den Mitgliedern der 1868 von ihm gegründeten Internationalen Allianz der sozialistischen Demokratie in die Internationale Arbeiter-Assoziation aufgenommen war, stellte sich bald die Unmöglichkeit eines Zusammenwirkens der anarchistischen und marxistischen Richtung heraus und auf dem Haager Kongreß 1872 erfolgte die Ausstoßung Bakunins.

Von der Internationale schieden sich ferner die Blanquisten, da, wie sie in einem Manifest ausführten, die Internationale nicht, wie sie sein sollte, „der gewaltige Hebel der Revolution" geworden sei. Von New-York aus, wohin der Generalrat der Internationale verlegt wurde, wurden die Fédération jurassienne, die belgische und spanische Föderation ausgeschlossen, die italienische Föderation nicht als solche anerkannt. Treu blieben der Internationale nur England, Deutschland und Amerika. Sie hielten noch einen letzten Kongreß 1873 in Genf ab, dann erfolgte die vollkommene Auflösung zu Philadelphia im Juli 1876.

Seitdem beginnt die zweite Periode der Internationale. Von jetzt ab finden nur noch internationale Sozialistenkongresse statt, die nicht wie die alte Internationale ein zentralistisches Organ für die Arbeiterbewegung darstellen sollen, sondern Zusammenkünfte der Vertreter der sozialistischen Parteien aller Länder zur Beratung und Beschlußfassung über wichtige Fragen der Arbeiterbewegung. Nach einigen kleinen Kongressen von geringer Bedeutung fand der erste größere internationale Sozialistenkongreß im Jahre 1889 in Paris statt. Die Delegierten zu diesem Kongreß, wie zu den folgenden, sollten also nicht als „Vertreter der Internationale" auftreten, sondern als Vertreter ihrer sozialistischen Parteien, die durch ihren Zusammentritt dem Bedürfnis nach internationalem Zusammenschluß und Einheitlichkeit der politischen Aktion Ausdruck geben sollten. Man wollte gemeinsame Ziele und Wege für die politische Aktion beraten. — Zeigen die Beratungen dieser neuen Internationale größere Einigkeit und Einheitlichkeit als die der alten Internationale? Wenn man objektiv die Proto-

[1]) Liebknecht: Zur Grund- und Bodenfrage. 2. Aufl. Leipzig, 1876. S. 25.
[2]) A. a. O. S. 189.
[3]) Fribourg, S. 140.

kolle der internationalen Sozialistenkongresse liest, muß man den Eindruck gewinnen: die Zerrissenheit, die das Schicksal der alten Internationale herbeigeführt hat, ist auch heute noch ungemindert vorhanden. Sollte der Satz: „Proletarier aller Länder vereinigt" verwirklicht werden, so hätten zunächst einmal die Proletarier der einzelnen Länder unter sich einig sein müssen. Die Kongreßprotokolle lehren, daß oft die heftigsten Streitigkeiten zwischen den Gruppen einzelner Länder auftraten. Gerade der Pariser Kongreß, auf den man so große Hoffnungen gesetzt hatte, zeigte die Uneinigkeit auf das deutlichste. Trotzdem lange über die Modalitäten beraten wurde, wie sich die Possibilisten an dem Kongreß beteiligen könnten, kam eine Einigung nicht zustande. Es fanden infolgedessen tatsächlich zwei Kongresse statt, der eine von Marxisten und Blanquisten, der andere von Possibilisten und englischen Gewerkvereinlern besucht. Dies geschah im selben Jahre, für welches der englische Sozialist Hyndman folgende Prophezeiung verkündet hatte: „Laßt es unsere Mission sein, dazu beizutragen, daß die Arbeiter aller Länder sich zu einem gemeinsamen großen Klassenkampf gegen die Ausbeuter verbinden. Keine bessere Zeit könnte gewählt werden für die Festsetzung einer solchen internationalen Aktion auf gemeinsamer Basis, als das Jahr 1889, dem die herrschenden Klassen mit Zittern, die Massen mit Hoffnung entgegensehen."

Die reinliche Scheidung, die in Paris 1889 von den englischen Gewerkschaftern und den Anarchisten vorgenommen wurde, sollte ein für allemal durchgeführt werden. Damit sollten alle Streitigkeiten über die Zulassung zu den Sozialistenkongressen vermieden werden. Es wurden mehrere Beschlüsse über die Zulassung zu diesen Kongressen gefaßt, und zwar sollten nach den Bestimmungen des Pariser (1889), des Brüsseler (1891) und des Züricher (1893) Kongresses in die Internationale aufgenommen werden, „alle Gewerkschaften und sozialistischen Parteien, die die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation und der politischen Aktion anerkennen". Auf den Kongressen in London (1896) und Paris (1900) wurden die Zulassungsbestimmungen noch genauer festgesetzt. Es sollten nunmehr zugelassen werden:

1. Alle Organisationen, die die Hauptprinzipien des Sozialismus anerkennen: Die Sozialisierung der Produktions- und Tauschmittel, die internationale Einigkeit und Aktion des Proletariats und die Erkämpfung der politischen Macht durch das Proletariat;

2. alle Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die Notwendigkeit der politischen Aktion anerkennen.

Soweit die formale Zulassung; auf Grund derselben war die materielle Zusammensetzung der Kongresse folgendermaßen:

1. Was die Anarchisten anlangt, so war mit diesen Beschlüssen nach vielen Streitigkeiten auf fast allen internationalen Kongressen so viel erreicht, daß die Anarchisten sans phrase, also im Sinne der Bakunisten ausgeschlossen waren, andererseits mußten aber z. B. die französischen Gewerkschaften, die in ihren sozialen Anschauungen viele Berührungspunkte mit den Anarchisten haben, zugelassen werden. Dies gab wiederholt zu Differenzen Anlaß, auf die ich gleich zu sprechen komme.

2. Die englischen Gewerkschafter, soweit sie überhaupt politisch tätig sind, werden zugelassen, aber ihrer ganzen Politik und Taktik nach sind sie so grundverschieden nicht nur von den deutschen Marxisten, sondern auch von den Sozialisten vieler anderer Länder, daß auch hieraus vielfach Spaltungen entstanden.

So sah man auf allen folgenden Kongressen zweierlei, was deutlich die Uneinigkeit beweist, einmal die ewigen Streitereien zwischen den französischen, englischen und deutschen Delegierten und zweitens eine so außerordentlich vorsichtige Fassung der Beschlüsse, daß die verschiedensten Richtungen zustimmen konnten. Dies bestätigte der Verlauf des Brüsseler internationalen Kongresses (1891); die Possibilisten und englischen Gewerkvereine erhoben die bittersten Vorwürfe gegen die belgische Arbeiterpartei, weil diese neben dem ihr von dem Pariser Possibilistenkongresse 1889 gegebenen Auftrage, den nächsten internationalen Kongreß zu organisieren, sich heimlich eine gleichartige Vollmacht von den Marxisten hatte geben lassen. Nur mit Widerstreben beschickten sie den, wesentlich von den deutschen Sozialdemokraten beherrschten Kongreß. Brousse selbst blieb ihm fern. Allemanisten und Marxisten erstatteten getrennte Berichte über die französische Bewegung.

Ähnliches ließe sich von den Kongressen in Zürich (1893) und London (1896) berichten. Daß die Anarchisten zu Störungen Anlaß gaben, soll hier nicht besonders betont werden, denn wie ich Ihnen gezeigt habe, ist ihr politisches und ökonomisches Programm so grundverschieden von den sozialistischen Anschauungen, daß ein Zusammenarbeiten gar nicht denkbar ist. Aber es herrschte auch keine Eintracht, nachdem die Anarchisten ausgeschlossen waren. In London erklärten die Franzosen, nur in zwei Gruppen getrennt am Kongresse teilnehmen zu können; die 47 Delegierten der einen Sektion erklärten, sie müßten sich von den übrigen französischen Delegierten trennen, die von den Gewerkschaften deputiert seien, die nichts wesentlich Verschiedenes anstrebten, als die Anarchisten. Millerand gab namens dieser Minorität die Erklärung ab[1]): Man müsse sich mit denen auseinandersetzen, die unter dem Deckmantel der Gewerkschaften als Anarchisten hier sich eingefunden hätten und im Widerspruch mit der Züricher Resolution hier erschienen seien. Diese Anarchisten seien hierher gekommen, um die Sozialisten mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ihr Zweck sei nicht, im Interesse der Gewerkschaften zu wirken, sondern wie der anständigste unter ihnen offen zugestanden habe, nur den Kongreß zu benutzen, um für ihre anarchistischen Ideen Propaganda zu machen. Nach Frankreich zurückgekehrt, würden sie sich dort ihres Triumphes brüsten und die Sozialisten wieder aufs ärgste verleumden. Mit solchen Leuten sei keine gemeinsame Sache zu machen und darum hätten er und seine Genossen sich von den Anarchisten getrennt und verlangten von dem Kongreß, daß er sie als eine besondere Delegation anerkenne. — Vaillant gab namens der anderen Gruppe von 52 Franzosen die Erklärung ab, daß die französische Delegationsmehrheit gar keine anarchistische sei; sie lehne nur ab, die einzelnen Delegierten auf ihre persönliche politische Überzeugung zu kontrollieren. Wenn die Anarchisten sich als Anarchisten bekennen würden, würden sie ausgeschlossen werden. „Als Vertreter von Gewerkschaften müssen wir mit ihnen tagen,

[1]) Londoner Protokoll 1896, S. 12.

wir arbeiten mit ihnen, gerade um ihren Einfluß in den Gewerkschaften zu bekämpfen und zu brechen[1])."

Zu ähnlichen Zwistigkeiten kam es auf dem Internationalen Kongreß zu Stuttgart (1907) wegen der englischen Labour Party. — Die Independant Labour Party hatte den Antrag gestellt, daß das Reglement des internationalen Kongresses in der Weise amendiert werde, daß eine Gewerkschaftsvereinigung bona fide zur Teilnahme an dem Kongreß zugelassen werden soll. Dieser Antrag war offenbar zugunsten der neuen englischen Gewerkschaftspartei, der Labour Party gestellt worden. Dagegen wendet sich der Vertreter der Social Demokratic Federation Quelch[2]): „Wir haben nichts gegen die Zulassung der Gewerkschaften, die nach dem Statut zum Internationalen Kongreß ebenso zugelassen werden müssen, wie die politischen Organisationen. Nur eines müssen sich die Trade-Unions klar machen: wenn sie hierher kommen, kommen sie zu einem sozialistischen Kongreß. Und wenn sie sich an einem sozialistischen Kongreß beteiligen, so verknüpfen sie sich unauflöslich mit den Ideen und mit den Prinzipien des Sozialismus. Sie übernehmen die Verpflichtung, wenn sie nach England zurückkehren, für den Sozialismus zu arbeiten und zu wirken. Wir haben nun in England die Labour Party gefragt, ob sie sozialistisch sei, sie hat aber nicht geantwortet (Hört! Hört!). Warum legt sie denn überhaupt Wert darauf, auf dem Sozialistenkongreß vertreten zu sein? Man kann nicht in Stuttgart einem Sozialistenkongreß beiwohnen und in England in Wahlmanifesten sagen, daß es keinen Klassenkampf gibt (Sehr gut). Die Labour Party hat sich direkt geweigert, die sozialistischen Prinzipien anzuerkennen. Sie lehnt sogar die Reformen ab, die zu dem Ziele des Sozialismus, der vollkommenen Befreiung der Arbeiterklassen vor jeder Ausbeutung, hinführen (Hört! Hört!). Die Labour Party hat überhaupt kein Programm, wir kennen es jedenfalls nicht. Die Labour Party hat nur eine Basis, den Kampf für Palliativmittelchen. Sie ist eine ausgezeichnete Arbeiterpartei, aber keine sozialistische Partei. Wir wollen niemand exkommunizieren, wir nehmen von jedem Delegierten an, daß er bona fide Sozialdemokrat ist, aber wir können nicht zugunsten einer Gruppe, die unter falscher Flagge segelt, die Statuten der Internationale ändern (Sehr richtig). Wir verlangen die volle und unverkürzte Aufrechterhaltung der Zulassungsbestimmungen als Grundsatz aller internationalen Kongresse." (Lebhafter Beifall.)

Ebenso meinte ein anderer Vertreter dieser Partei, Irving, daß der Kongreß zu einer Abweisung der Labour Party kommen müsse. Das Resultat aller dieser Kämpfe war schließlich, daß der Kongreß in seiner liberalen Auslegung seiner Zulassungsbedingungen auch solche Richtungen wie die englischen und französischen Gewerkschafter zuließ. Da somit die internationalen Sozialistenkongresse tatsächlich sehr heterogene Elemente in sich zusammenfaßten, ergibt sich der Charakter ihrer Verhandlungen von selbst. Entweder wurden wirklich einheitliche Beschlüsse gefaßt, dann handelte es sich stets um Gegenstände, wie z. B. Abschaffung der stehenden Heere und Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung oder Durch-

[1]) Londoner Protokoll 1896, S. 13.

[2]) Protokoll des Internationalen Sozialisten-Kongresses, Stuttgart 1907, S. 21.

führung wirksamer Arbeiterschutzgesetzgebung, oder Kindererziehung, also mit einem Wort, Fragen, die gar nichts Sozialistisches betreffen, sondern Gegenstände, die in derselben Weise auf Kongressen für Sozialreform, ethische Kultur oder auf Friedenskongressen zu erledigen wären. Oder aber es handelte sich um sozialistische Prinzipienfragen, wie z. B. die Frage des Generalstreiks oder die Stellung der Partei zum Gewerkschafts- oder zum Genossenschaftswesen. Dann traten sogleich die Gegensätze so scharf hervor, daß entweder überhaupt keine Resolution gefaßt wurde oder in so vager und allgemeiner Form, daß die verschiedensten Standpunkte miteinander versöhnt werden konnten. Als z. B. in London die Agrarfrage behandelt wurde, lautete eine Resolution folgendermaßen: „Die Grundeigentumsverhältnisse und die Scheidung der Klassen der Landbevölkerung in den einzelnen Ländern sind jedoch zu verschieden, als daß es möglich wäre, eine für die Arbeiterpartei aller Länder bindende Regel aufzustellen in bezug auf die Mittel, die zum Ziele führen (nämlich der Kollektivierung des Grundeigentums) und in bezug auf die Klassen der Landbevölkerung, die dafür zu interessieren sind." Schönlank sagte mit Recht (S. 16): „die Resolution mußte, um die Stimmen aller sozialistischen Parteien zu vereinigen, sich auf die allgemeinen Grundsätze beschränken."

Besonders trat die innere Uneinigkeit hervor, als in Amsterdam (1904) eine Resolution über die Einheit der Partei beraten wurde — In den Kommissionsberatungen fand eine Resolution Annahme, die ganz vag und nichtssagend war: „Um der Arbeiterklasse ihre volle Kraft in dem Kampf gegen den Kapitalismus zu verleihen, ist es unerläßlich, daß es in jedem Lande gegenüber den bürgerlichen Parteien nur eine sozialistische Partei gebe, wie es nur ein Proletariat gibt. Darum haben alle Genossen und alle sozialistischen Organisationen die gebieterische Pflicht, sich mit aller Kraft zu bemühen, diese Einheitlichkeit der Partei auf Grund der von den internationalen Kongressen bestimmten Prinzipien herbeizuführen Diese Einheitlichkeit, die notwendig ist im Interesse des Proletariats, demgegenüber sie für die verhängnisvollen Folgen der Fortdauer von Spaltungen verantwortlich sind" (S. 32). Dagegen lautete die scharf und klar gegen die Revisionisten gerichtete andere Resolution, die früher bereits auf dem Dresdener Parteitag angenommen worden war, folgendermaßen: „Der Kongreß verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinn zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt." Sie vereinigte 27 Stimmen auf sich gegen 3 Stimmen mit 10 Stimmenenthaltungen. Bei den Verhandlungen im Plenum fand zwar die scharfe Dresdener Resolution Annahme, aber nur mit 25 Stimmen gegen 5 Stimmen und 12 Stimmenthaltungen Die Gegensätzlichkeit der Meinung trat sowohl in den Kommissions- als in den Plenarverhandlungen sehr scharf hervor und kam oft in erregter und stürmischer Weise zum Ausdruck, vor allem in dem Wortgefecht zwischen Jaurès und Guesde.

Jaurès erklärte in der Kommission: „Und ich halte meine Behauptung aufrecht: in dem Maße, wie sich das soziale Leben in jedem Lande

entwickelt, in dem Maße vermischt es sich enger mit dem Leben des Landes selbst; in einem gewissen Umfange nimmt es selbst den Charakter dieses Landes an, und während es leicht ist, allgemeine Regeln der sozialistischen Politik aufzustellen, wird es immer schwieriger, die Haltung der sozialistischen Parteien in dem Wirrwarr komplizierter und wechselnder Fragen der Entwicklung eines einzelnen Landes zu kontrollieren. Ein internationaler sozialistischer Kongreß muß daher notwendig vorsichtig mit der Aufstellung von Regeln sein." Er betont dann alles, was seine Partei für die Republik getan hätte: „Zunächst haben wir geholfen, die republikanische Verfassung in Frankreich zu retten, in jenen Tagen, als ein reaktionärer Staatsstreich jeden Augenblick zu gewärtigen war. Ferner haben wir die Verweltlichung der Schulen gefördert, die Sicherung der Geistesfreiheit, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Organisation des Proletariats; und endlich haben wir der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa große Dienste geleistet, indem wir die inneren Zustände Frankreichs konsolidierten. Ich weiß wohl, daß Republik und soziale Gerechtigkeit nicht gleichbedeutend sind; sie genügen allein nicht, um den Fortschritt zu garantieren. Aber in Frankreich ist die Republik eine notwendige Voraussetzung des Fortschritts, und darum muß hier das Proletariat in seinem ureigensten Klasseninteresse die Republik verteidigen. Die Monarchie ist lediglich aus egoistischen Gründen sozial. Der Umsturz der Republik in Frankreich würde der Reaktion in ganz Europa neue Kraft geben; darum haben wir dem gesamten internationalen Proletariat einen Dienst erwiesen, als wir ihren Bestand in Frankreich sicherten".

Hierauf erwiderte Guesde: „Sie haben gar nicht das Gefühl des Klassenkampfes, von dem Sie sprechen, Sie haben ihn niemals praktisch geführt. Man sieht das sehr gut an der Art Ihrer Rettung der Republik. Wohl ist die Republik für uns wie für Marx das ideale Terrain der Revolution, aber warum? Weil sie die Klassengegensätze unmittelbar und deutlich zutage treten läßt, ohne daß sie durch dynastische Berechnungen verfälscht werden. Diese Überlegenheit des republikanischen Regimes verschwände aber, sobald, wie es Jaurès will, das Proletariat, um die Republik zu retten, wenn sie in Gefahr ist, jedesmal seine Forderungen aufgeben müßte. Dann würde die Republik die schlimmste der Regierungsformen . . . Ihr Irrtum ist ein fundamentaler. Sie betrachten den Sozialismus als Ausfluß der bürgerlichen Revolution des 18. Jahrhunderts. Wir dagegen sagen, daß der Sozialismus das Resultat des Klassenkampfes sei, der aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht und überall die gleichen Erscheinungen und trotz der Verschiedenheiten der Staatsformen die gleiche proletarische Taktik zeitigt. Deshalb aber bringen wir diese Frage vor das Proletariat aller Länder. Aber Ihr habt so wenig sozialistisches Verständnis, daß Ihr annehmt, es gäbe in dem historischen Ursprung und in der Augenblicks-Situation begründete Unterschiede, die dem Gedanken widersprechen, daß es eine einheitliche sozialistische Praxis, eine gleichmäßige internationale Aktion des Sozialismus gäbe. Sie führen dadurch den Nationalismus in die Internationale ein, für uns gilt aber noch das Wort Liebknechts, daß es für uns nur noch zwei Nationen gibt, die der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten."

Auf dem Kongreß wurde eine Resolution für den Generalstreik abgelehnt, nachdem französische, russische und schweizerische Redner sich dafür ausgesprochen hatten. — Als auf dem Kongreß in Paris (1900) der dritte Punkt der Tagesordnung: die notwendigen Bedingungen für die Befreiung der Arbeit diskutiert wurde, kam in der Kommission auch die Frage der Produktivgenossenschaften zur Besprechung. Die Meinungen gingen so weit auseinander, daß es abgelehnt wurde, dieses Problem überhaupt zu diskutieren, vielmehr einstimmig beschlossen wurde, diese Frage den einzelnen Ländern zur Entscheidung zu überlassen nach Maßgabe ihrer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Auf demselben Kongreß entstanden heftige Streitigkeiten über den Fall Millerand und die Prinzipienfrage, ob ein Sozialist Mitglied eines bürgerlichen Ministeriums werden könne. Singer erklärte damals, daß auf dem Kongreß nur die „großen Gesichtspunkte" behandelt werden könnten, man es aber den einzelnen Ländern überlassen müsse, Einzelfragen zu behandeln (S. 22). Über die gefaßte Resolution sagt Bernstein mit Recht: „Die Taktikresolution Kautsky trägt die Züge des Kompromisses so deutlich zur Schau, daß jeder Nachweis ihrer inneren Widersprüche überflüssig erscheint"[1]). — Auch der internationale Kongreß in Kopenhagen (1910) wies dieselben Erscheinungen auf, und in einer Besprechung in der sozialistischen Zeitschrift „Neue Zeit" 1910 (16. September) heißt es darüber: „Doch ist es ein recht platonischer Beschluß, wenn der Kongreß den engherzigen englischen Gewerkschaften den Rat erteilt, aus ihren Statuten die Satzungen zu entfernen, die es verhindern, daß die Leitung der Gewerkschaft über die Gelder zur Unterstützung der Kämpfe im Ausland verfügt (unter Berufung auf diese Satzungen wurde nämlich die Unterstützung verweigert). Worauf es ankommt, das ist nicht nur das Bestehen solcher Bestimmungen, sondern die traurige Tatsache, daß die englischen und amerikanischen Gewerkschaften nicht von dem Geiste des proletarischen Klassenkampfes durchdrungen sind. Wo dieser Geist fehlt, kann auch das Gefühl der internationalen Solidarität sich nicht betätigen.

Aber man muß eingestehen, daß bei dieser Resolution „über die internationale Solidarität" der Kongreß wie die Katze um den heißen Brei herumgegangen ist. Er hat es vermieden, die Frage, die hier am brennendsten ist, auch nur zu berühren, nämlich die Frage der Abschließung vieler Gewerkschaften in England, Australien und Amerika gegen die Ausländer"[2]). Sehr scharf wurde die Haltung der englischen Sozialisten getadelt. Hierüber sagt der Bericht: „Nicht darauf kommt es an, ob die englischen Arbeitervertreter formal die Summen für die Panzerschiffe bewilligen oder nicht, sondern darauf, ob sie die bourgeoise Regierung im allgemeinen unterstützen oder nicht. Und so ist die Frage gestellt, ist doch wohl die Antwort nur in einem Sinne möglich: Eine Arbeiterpartei, die mit der Regierungspartei durch dick und dünn geht, sowohl bei den Wahlen als in der parlamentarischen Praxis, macht sich für das gesamte Gebaren

[1]) S. 901.
[2]) Sozialistische Monatshefte 1910, II, S. 1904.

dieser Regierungspartei mit verantwortlich, auch für die Politik der Rüstungen einer solchen Partei"[1]) — Auch der Beschluß über Genossenschaftswesen ist vag und zweideutig abgefaßt: „Die Genossenschaften sollten helfen, die Demokratisierung und Sozialisierung der Produkion und des Austausches vorzubereiten."

Auch andere Interessenvertretungen in der internationalen Arbeiterbewegung zeigen dieselbe Uneinigkeit und Zerrissenheit. Dies gilt zunächst von der sogenannten gewerkschaftlichen Internationale Wir begegnen auf den internationalen Gewerkschaftskonferenzen denselben grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten wie bei den Sozialistenkongressen. Die internationalen Gewerkschaftskonferenzen der neueren Zeit beweisen, daß Legien mit seiner Behauptung recht hat: daß die gewerkschaftliche Internationale gegenwärtig nur eine lose Verbindung der Gewerkschaften aller Länder darstellen kann, und daß eine internationale Vereinigung der Gewerkschaften aller Länder zur Voraussetzung habe, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in jedem einzelnen Lande eine geschlossene Einheit bilden, daß diese Voraussetzung aber heute noch nicht erfüllt sei[2]). — Man hat die Einrichtung internationaler Gewerkschaftskongresse für unzweckmäßig gehalten; es sollte aber auf internationalen Konferenzen der Vertreter der Landeszentralen der einzelnen Länder eine gewisse Verständigung herbeigeführt werden Die erste derartige Konferenz fand 1902 in Stuttgart statt. Es wurde ein internationales Sekretariat eingerichtet, und zwar wurde die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als internationale Zentralstelle bestimmt Über die Bedeutung einer Informationsstelle geht diese Zentrale nicht hinaus Gleich zu Beginn der Konferenz kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den französischen und den übrigen Gewerkschaften. Es wurde nämlich beschlossen, daß die gewerkschaftliche Konferenz sich nur mit rein gewerkschaftlichen Fragen beschäftigen sollte. Damit war aber die französische Landeszentrale nicht einverstanden und als auf der Konferenz in Amsterdam (1905) erklärt wurde, daß von der Beratung alle theoretischen Fragen und solche, die die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen, ausgeschlossen sein sollten, blieb die französische Landeszentrale, welche diesen Entscheid nicht für richtig hielt, der nächsten Konferenz in Christiania (1907) fern. Ebenso fehlten die Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften. Nur wenn in den Fragen des inneren Ausbaues und der Taktik den Organisationen eines jeden Landes völlig freie Hand gelassen wird, hält es Legien überhaupt für möglich, daß ein innigeres Verhältnis zwischen den Gewerkschaften einzelner Länder entsteht.

Nicht anders verhält es sich mit den internationalen Genossenschaftskongressen, deren erster im August 1905 in London stattfand Auch hier sollten die verschiedensten Auffassungen vereinigt werden: „Und nicht genug damit", sagt Hans Müller, einer der Hauptführer der deutschen Genossenschaftsbewegung[3]), „daß man die

[1]) S. 904.
[2]) Sozialistische Monatshefte 1910, S. 413.
[3] Sozialistische Monatshefte 1910, S. 481.

heterogensten und auf entgegengesetzten sozialen und wirtschaftlichen Prinzipien aufgebauten Genossenschaften zu fördern und zu verbreiten sich vorsetzte, sollte der Bund auch die Gewinnbeteiligung propagieren. Kurz, Programm und Organisation waren das Resultat eines Kompromisses zwischen zwei ganz unverträglichen Anschauungen und konnten deshalb auch von keiner Dauer sein." Auch die folgenden Kongresse 1896, 1897 und 1900 boten dasselbe Bild. „Die internationalen Genossenschaftskongresse lieferten durch ihren Verlauf den deutlichen Beweis, daß sich auf der Grundlage der Idee, die die produktivgenossenschaftliche Richtung dem gesamten übrigen Genossenschaftswesen aufzuoktroyieren strebte, keine kräftige und entwicklungsfähige internationale Genossenschaftsorganisation aufbauen ließe."

Auf dem internationalen Genossenschaftskongreß 1910 in Hamburg erklärte Hans Müller in seinem Referat über die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Gegenwart und Zukunft, daß strikte Neutralität der Konsumvereine in politischen Angelegenheiten ein dringendes Erfordernis für ihr Gedeihen sei.

Auch von sozialistischer Seite wird öfters das Urteil über internationale Bestrebungen im Proletariat gefällt, daß sie, sobald sie im Sinne von Marx zu einer wirklich einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse werden sollten, immer versagt hätten. So sagt Bernstein[1]): „Bei so großer Verschiedenheit der sozialen und politischen Entwicklung, sowie der Parteistärke und Parteikonstellationen, wie sie zwischen den Ländern bestehen, deren Sozialisten auf den internationalen Kongressen Sitz und Stimme haben, sind auch sehr weitgehende Unterschiede in den Urteilen nicht nur über die Zweckmäßigkeit taktischer Maßnahmen, sondern auch über die Grenzen von Prinzip und Taktik ganz unvermeidlich. Kleine, schwache oder durch rückständige Gesetze des ihnen zukommenden Einflusses auf die Regierung ihres Landes beraubte Parteien werden geradezu unvermeidlich dazu getrieben, Maßnahmen für grundsätzlich unzulässig zu erklären, deren möglichen Rückwirkungen sie sich infolge jener Umstände nicht gewachsen fühlen. Aber was für sie unter ihren besonderen Verhältnissen ein berechtigter Grundsatz sein kann, ist es darum noch nicht für diejenigen, die über jenes Entwicklungsstadium hinaus sind. Genau wie dem jugendlichen Menschenkind manches grundsätzlich nicht zugestanden werden kann, was dem Erwachsenen zu verbieten keinen Sinn hat. Auch erhalten politische Funktionen und Posten je nach den Verfassungszuständen einen ganz anderen Begriff und Inhalt."

Mac Donald, der Führer der englischen Independant Labour Party, sagte 1907, im Jahre des Stuttgarter Kongresses: „Die Hoffnung, daß der internationale Sozialismus in einige einfache, die politische und ökonomische Entwicklung ausdrückende Formen gepreßt werden könne, ist jetzt wesentlich schwächer als vor 3 Jahren, unendlich schwächer als sie vor einem Dutzend Jahren war, und wird immer schwächer." Er machte die sehr zutreffende Bemerkung, daß die Sozialisten mit ihren kosmopolitischen

[1]) Sozialistische Monatshefte 1910, S. 1003.

Ideen einen ähnlichen Irrtum begingen, wie früher die Liberalen: „Diese Irrtümer der liberalen Epoche sind bleibende Warnungen für Sozialisten, deren Internationalismus von derselben metaphysischen und utopischen Art ist, wie der des früheren Liberalismus. Dieser Punkt kann nicht genug betont werden, wenn die internationalen Kongresse einen Fortschritt und nicht ein Hemmnis bedeuten sollen Was für eine Absurdität ist es z. B., zu verlangen, daß Deutschland, die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich über eine gemeinsame sozialistische Politik einigen und darüber beschließen sollen, und sei es auch nur über einen gemeinsamen Ausdruck des sozialistischen Dogmas"[1]).

So glaube ich, Ihnen gezeigt zu haben, daß eine Tendenz zur Einheit in der internationalen sozialistischen Bewegung nicht vorhanden ist. Vielmehr beweisen die großen Verschiedenheiten, welche wir in den sozialistischen Bewegungen der verschiedenen Länder kennen gelernt haben, daß es sich um große kulturelle Vorgänge handelt, die mit der geschichtlichen Entwicklung und den nationalen Eigentümlichkeiten der einzelnen Völker aufs engste zusammenhängen. Von einer Evolution im marxistischen Sinne, daß gemäß dem Fortschreiten des Kapitalismus sich auch immer analog eine sozialistische Klassenkampfbewegung herausbilden müsse, kann gar keine Rede sein. Es steht hiermit nicht im Widerspruch, daß unbeschadet der Parteiprogramme im einzelnen doch im großen und ganzen bei den meisten Arbeiterparteien sich ein sozialistisches Endziel irgendwelcher Art findet. Es ist eine allgemeine Erscheinung bei allen Interessentenvereinigungen, daß sie sich ein Endziel aufstellen, welches ihren speziellen wirtschaftlichen Interessen am meisten angepaßt ist. — Wenn die Handwerker eine starke Besteuerung der Maschinen von der Gesetzgebung fordern, wenn die Landwirte von der Gesetzgebung fordern, daß alles auswärtige Getreide vom Staat aufgekauft wird, damit es ihnen keine Konkurrenz bereite, was ist es anders, als wenn die Arbeiter als höchstes Endziel einen Zustand erträumen, wobei ihnen die Produktionsmittel gehören? Das sind die „Sonntagsideen", wie sie Brentano einmal treffend genannt hat. Wichtiger ist die praktische tägliche Gegenwartsarbeit. Diese ist nur in Deutschland und auch hier in neuerer Zeit nicht unbestritten von dem klassenkämpferischen Geiste erfüllt, den Karl Marx predigte. In anderen Ländern finden wir meist ein realpolitisches Verhalten der Arbeiterschaft, welches mehr auf Erringung kleiner Vorteile in der Gegenwart bedacht ist.

Was die Frage anbelangt, ob wir im Sozialismus die Gesellschaftsordnung erblicken können, der wir uns annähern müssen oder sollen, so ist dies überhaupt kein Problem, das objektiv wissenschaftlich behandelt werden kann. Ich zeigte Ihnen früher schon, warum in absehbarer Zeit aller Wahrscheinlichkeit nach nicht daran zu denken ist, daß die privatkapitalistische Ordnung der sozialistischen weichen wird.

[1]) Sozialistische Monatshefte 1907, II, S. 951.

Freilich wird man nur sagen dürfen „in absehbarer Zeit". Nicht dürfen wir, wie Bastiat in seinen „Volkswirtschaftlichen Harmonien", behaupten, daß „Freiheit und Eigentum" die „ewigen Grundpfeiler" alles wirtschaftlichen Lebens seien. Die Nationalökonomie kann keine „ewigen Wahrheiten" aufstellen: wir können nicht wissen, was für wirtschaftliche Vorkommnisse noch eintreten, die künftige Generationen vielleicht zu einer Gesellschaftsordnung führen, die auf gänzlich anderer Basis als der unserigen beruht. Aber wir wollen dies künftigen Generationen überlassen: die realpolitischen Schwierigkeiten, die vielen Bedenken, die einer sozialistischen Ordnung für unsere nächste Zukunft entgegenstehen, habe ich Ihnen in der Vorlesung über den „sozialistischen Staat" bereits angedeutet.

Aber selbstverständlich ist in dieser Frage — gerade so wie in der Ansicht, die wir über die Zweckmäßigkeit der sozialistischen Wirtschaftsordnung haben, der subjektiven Meinung großer Spielraum gegeben. Mir kam es in erster Linie darauf an, Sie über das das objektive Wesen des Sozialismus und seiner wichtigsten Richtungen zu informieren, und Sie auf mancherlei irrige Anschauungen hinzuweisen, die hierüber verbreitet sind.

Nichts könnte mir aber ferner liegen, gerade vom Standpunkte der wissenschaftlichen Nationalökonomie aus, als Ihnen irgendein „ewiges" Gesetz zu nennen, kraft dessen der Sozialismus eine „Unmöglichkeit" für alle Zeiten wäre — ich würde sonst die der Wissenschaft gesteckten Grenzen überschreiten und die Mahnung Kants unberücksichtigt lassen:

„Der größte und vielleicht einzige Nutzen aller Philosophie der reinen Vernunft ist also wohl nur negativ, da sie nämlich nicht als Organon zur Erweiterung, sondern als Disziplin zur Grenzbestimmung dient, und anstatt Wahrheit zu entdecken, nur das stille Verdienst hat, Irrtümer zu verhüten."

Dritte Abteilung: Vorlesungen XXI—XXV.

Der Sozialismus seit dem Weltkriege.

XXI. Vorlesung.

Der Sozialismus in Rußland. I.

A. Entstehung und Bedeutung des Bolschewismus.

Wenn ich in den folgenden Vorlesungen die neueste Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Deutschland, Frankreich und England schildern will, muß ich die Darstellung der russischen sozialistischen Bewegung, das heißt insbesondere des Bolschewismus vorausschicken; denn ohne gewisse Einflüsse, die von der bolschewistischen Bewegung ausgehen, ist die Neu- und Umbildung der sozialistischen Parteien in den übrigen Ländern nicht zu verstehen.

I. Kurzer Überblick über die Entwicklung der sozialistischen Parteien in Rußland.

Bei der Betrachtung der sozialistischen Bewegung in Rußland darf nicht übersehen werden, daß sich dort die sozialistische Parteibildung in ganz anderer Weise vollzogen hat als in Deutschland. Während sich bei uns seit dem Aufhören der Lassalleschen Bewegung eine einzige geschlossene sozialdemokratische Partei auf dem Boden des marxistischen Programms herausgebildet hatte, war in Rußland von vornherein die sozialistische Bewegung in mehrere Gruppen gespalten. Auch mußte sich die sozialistische Bewegung in Rußland wegen der erschwerten politischen Betätigung bis zum Jahre 1905 in Form von Geheimbünden vollziehen. Die hauptsächlichsten sozialistischen Parteien in Rußland waren folgende:

1. Die sozialrevolutionäre Partei. Diese steht nicht auf dem Boden der Lehre von Karl Marx, sondern stellt eine spezifisch russische Partei dar. Die Sozialrevolutionäre bestreiten im Gegensatz zum Marxismus, daß erst bei einer bestimmten Entwicklung der Produktivkräfte und des Kapitalismus der Übergang zum Sozialismus möglich sei. Sie meinen, daß selbst in einem agrarischen Land wie Rußland die Durchführung des Sozialismus möglich wäre. Nach ihrer Ansicht ist Rußland gerade durch seinen agrarischen und genossenschaftlichen Charakter der Landgemeinden zum Sozialismus berufen. Sie stützen sich daher besonders auf das Bauerntum.

2. Die marxistische Partei. 1898 wurde die russische sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Plechanow und Axelrod gegründet, die auf marxistischem Boden stand, nachdem schon 1883 Ple-

chanow die sozialdemokratische Partei gegründet hatte, die sich „russische Gruppe der Befreiung der Arbeit" nannte, aber im wesentlichen nur im geheimen gewirkt hatte. Diese sozialdemokratische Partei war in sich gespalten. Ein Teil der Partei vertrat eine gemäßigte Taktik. Sie traten für ein Zusammengehen der Partei mit jeder gegen die Regierung gerichteten Bewegung und für eine Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung ein. Die radikalere Richtung verwarf jedes Zusammengehen mit nichtsozialistischen Parteien, stand auch der gewerkschaftlichen Bewegung ablehnend gegenüber. Bei dem Londoner Kongreß von 1903 trat dieser Zwiespalt offen zutage. Die von Lenin geführte Majorität wünschte in Organisationsfragen eine streng durchgeführte Zentralisation, während die Minorität unter der Führung von Martow hierin eine Hemmung der Aktionsfreiheit der Partei erblickte. Die radikalere, in der Mehrheit befindliche, Richtung nannte sich seitdem „Mehrheitler", das heißt Bolschewiki, im Gegensatz zu den Vertretern der Minderheit, den Menschewiki. Während die Menschewiki für eine allmähliche Erziehung und Sammlung des Proletariats eintraten, forderten die Bolschewiki unter der Führung Lenins die Vorbereitung auf die bald bevorstehende Revolution. Die Gegensätze traten auch in der Beurteilung der russischen Revolution von 1905 hervor. Diese Revolution war eine politische, keine soziale. Ihr Endziel war auf die Erlangung einer Verfassung und des allgemeinen Wahlrechts gerichtet. Sie war eine bürgerliche und keine proletarische Revolution und wurde gemeinsam mit Bauern und bürgerlichen Elementen durchgeführt. Die Menschewiki, der gemäßigtere Flügel der Sozialisten, folgerte aus diesem bürgerlichen Charakter der Revolution, daß auch das Proletariat nicht weiter gehen dürfe, als dies für die Bourgeoisie annehmbar sei; es müsse ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien geschlossen werden. Gegen diese Auffassung wandten sich die Bolschewisten entschieden. Da die Bourgeoisie die staatliche Umwälzung nur auf legalem Wege vornehmen wolle, müsse das Proletariat die Revolution restlos und gewalttätig durchführen. Weil die Bauern im allgemeinen kleine auf dem Boden der Warenproduktion stehende Produzenten seien, müsse das Bauerntum neutralisiert und die Bourgeoisie gestürzt werden. Das Proletariat unter Hinzuziehung der ärmsten Bauern müsse geschlossen die Revolution weiter führen und darin bestünden die Kriterien einer sozialistischen Revolution im Gegensatz zu der bürgerlichen Revolution.

Diese radikale, revolutionäre Taktik wurde von den Bolschewisten in verstärktem Maße in der revolutionären Periode von 1917 weitergeführt. Während in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905 das Proletariat zusammen mit dem Bauerntum gegen die Monarchie und die Großgrundbesitzer gekämpft hatte, wollten jetzt die Bolschewisten den Klassenkampf des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaft führen. Es sollte eine rein sozialistische Revolution werden. Sie verschmolzen daher die ärmeren Bauern mit dem eigentlichen Proletariat zu einer radikalen revolutionären Klasse. Die nach dem Sturz des Zarismus eingesetzte provisorische Regierung, sowie die folgenden zwei Regierungen waren Koalitionsregierungen. Obwohl eine ganze Anzahl Ministerposten an Sozialisten,

darunter auch Kerenski, übertragen waren, war doch ein Zusammenschluß mit den bürgerlichen Parteien zustande gekommen, und zwar bestanden die Koalitionsregierungen aus Vertretern der Bürgerschaft, des Kleinbürgertums, der Menschewiki und der sozialistischen Revolutionäre. Sobald die Bolschewisten die genügende Macht errungen hatten, vertrieben sie die Regierung und jagten die Konstituante auseinander. Die neue Zentralregierung, die in Form der Sowjets der Volkskommissäre begründet wurde, war nur aus Bolschewisten zusammengesetzt. Als Gegner aller Kompromisse und Konzessionen an die bürgerlichen Parteien, wollten sie den kommunistischen Staat einrichten und erklärten zu diesem Zweck die Diktatur des Proletariats: Die Regierungsgewalt den Sowjets! In der vorhergehenden Periode bedeutete das, in die Parteisprache übertragen, die Macht der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki, im Gegensatz zur Koalition mit der liberalen Bourgeoisie. Jetzt aber im Oktober 1917 bedeutete diese selbe Parole die Übergabe der ganzen Gewalt an das revolutionäre Proletariat, an dessen Spitze zu dieser Zeit die Partei der Bolschewiki stand. Es handelte sich also um die Diktatur der Arbeiterklasse, die hinter sich die viele Millionen starken Massen der ärmsten Bauernschaft führte, oder richtiger zu führen imstande war. Darin bestand der historische Sinn des „Oktober-Aufstandes" (Trotzki, Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag, Berlin 1918, S. 39). In dem Radiotelegramm, welches Trotzki am 31. Oktober 1917 im Namen der Sowjets der Volkskommissäre absandte, welches aber von der deutschen Radio-Telegraphenstation nicht aufgenommen wurde, heißt es: „Die große Idee der Diktatur der Arbeiter- und Bauerndemokratie hat die Reihen der Armee festgefügt und ihren Willen gestärkt. Das ganze Land wird von heute an überzeugt sein müssen, daß die Sowjetregierung keine vorübergehende Erscheinung, sondern die unvergängliche Tatsache der Herrschaft der Arbeiter, Soldaten und Bauern bedeute."

Was bedeutet die Diktatur der Arbeiterklasse nach der Auffassung der Bolschewisten?

„Das Programm unserer Partei", sagt der Bolschewist Bucharin, „ist das Programm der D. P." (N. Bucharin, Das Programm der Kommunisten, Berlin 1918, S. 20.) Wie dieses Programm beschaffen ist, geht am klarsten aus dem 2. Abschnitt des Gesetzentwurfes der russischen Sowjet-Föderativ-Republik hervor, wo die allgemeinen Grundsätze der Verfassung angegeben sind. Es heißt dort: „Die Hauptfrage der auf die gegenwärtige Übergangszeit berechneten Verfassung der russischen Sozialistischen Föderativ-Sowjet-Republik besteht in der Aufrichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmsten Bauernschaft in der Gestalt einer machtvollen Allrussischen Rätegewalt: zwecks vollständiger Unterdrückung der Bourgeoisie, der Vernichtung der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen und der Herstellung des Sozialismus, unter dem weder eine Klassenteilung, noch eine Staatsgewalt sein wird." (Quellen und Studien, 2. Heft, Leipzig u. Berlin 1920, S. 73.)

Wie man sieht, hat die Diktatur des Proletariats eine doppelte Seite, eine politische und eine wirtschaftliche. In politischer Hinsicht soll durch

die D. P. eine gänzlich neue Regierungsform geschaffen werden, das sogenannte Rätesystem. In wirtschaftlicher Hinsicht soll zuerst der Sozialismus, dann der Kommunismus verwirklicht werden.

II. **Die politische Bedeutung der Diktatur des Proletariats: Das Rätesystem.**

Die von den Bolschewisten vertretene Auffassung der D. P. hängt eng mit ihrer Theorie des Klassenkampfes zusammen. Sie vertreten die Anschauung, daß die russische Revolution den Sieg der Arbeiterklasse über die Kapitalistenklasse bedeute, daß damit die politische und wirtschaftliche Macht der sogenannten bürgerlichen Klassen ihr Ende erreicht habe, und daß mit dem siegreichen Ausgang der Revolution die Herrschaft der Arbeiterklasse beginne. Diese jetzt zur Herrschaft gelangte Arbeiterklasse müsse auch die alleinige politische Macht ausüben. Ohne durch Gesetze gebunden zu sein, müsse das Proletariat die Gewaltherrschaft über alle nichtproletarischen Elemente ausüben. Lenin definiert: „Die Diktatur ist eine unmittelbar auf Gewalt begründete Herrschaft, die an keinerlei Gesetze gebunden ist. Die revolutionäre D. P. ist eine vom Proletariat erkämpfte und auf der Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie begründete Herrschaft, die an keinerlei Gesetze gebunden ist." (Lenin, Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Karl Kautsky, Leipzig 1919, S. 5.) „Ohne durch Gesetze gebunden zu sein", soll nicht einen Zustand der Gesetzlosigkeit oder Aufhebung jeder Zwangsgewalt im Sinne des Anarchismus bedeuten.

„Ungebunden durch Gesetze" soll heißen, daß die Bolschewisten sich nicht an die alten überlieferten Gesetze halten wollen und ferner, daß, soweit noch keine Gesetze vorhanden sind, die Gewalt an die Stelle treten soll. Aber nicht Willkürherrschaft, sondern eine sehr straff geregelte Zwangsorganisation ist in der D. P. verwirklicht. So haben die Bolschewisten eine ganze Fülle von Gesetzen mit sehr detaillierten Einzelbestimmungen erlassen. Allein in dem Zeitraum von Ende Oktober 1917 bis August 1918 sind 685 Gesetzgebungsakte auf allen Gebieten des öffentlichen und Privatrechts ergangen.

Die Bolschewisten schließen sich an die in der sozialpolitischen Literatur übliche Auffassung an, wonach unter Proletariat die gewerbliche und landwirtschaftliche Lohnarbeiterklasse verstanden wird. Diese Klasse steht im Gegensatz zu den Angehörigen der liberalen Berufe und den Beamten einerseits, und den Kapital- und Grundbesitzern andererseits. Jedoch haben die Bolschewisten eine sehr bemerkenswerte Erweiterung und Modifikation vorgenommen. Da es nämlich in Rußland gewerbliche Lohnarbeiter nur in verschwindend geringer Zahl gibt, wohl aber eine große Masse sehr armer Bauern, so haben sie den Begriff Proletariat dahin erweitert, daß sie erklären: Die Klasse der Arbeiter und der „ärmsten" oder der „armen Bauern". Eine nähere Abgrenzung dieses Begriffes der ärmsten oder der armen Bauern fehlt in der bolschewistischen Literatur. Aus den verschiedenen Programmen geht hervor, daß sie darunter die Bauern verstehen, welche so wenig Land

besitzen, daß sie nur ihre eigenen Existenzmittel produzieren können. Im Gesetz über die Komitees der armen Bauern vom 14. Juni 1918 werden alle solche Bauern ausgeschlossen, welche Getreideüberschüsse besitzen, Handel treiben oder bezahlte Knechte beschäftigen. Die Klasse der ärmsten und der armen Bauern soll im Gegensatz stehen zu den Großgrundbesitzern und der gesamten sogenannten Dorfbourgeoisie.

Indem diese Klasse des Proletariats und der ärmsten Bauern zur ausschließlichen politischen Macht berufen wird, werden zugleich alle übrigen Klassen sämtlicher politischer Rechte beraubt. Die D. P. ist bewußt antidemokratisch. Die Gesetze sollen nicht nach dem alten Ideal der Demokratie im Sinne Rousseaus der Ausdruck des allgemeinen Willens sein (der Volonté générale), sondern der Ausdruck des Willens einer einzigen Klasse. Nur der allgemeine Wille kann nach Rousseau die Kräfte des Staates gemäß dem Staatszwecke, der das gemeinsam beste ist, leiten. An Stelle der Volkssouveränität im Sinne Rousseaus tritt bei den Bolschewisten die Klassensouveränität des Proletariats. Hierbei ist zu beachten, daß die Bolschewisten, welche diese Klassenherrschaft errichtet haben, keineswegs in der Konstituante die Majorität bildeten, sie waren vielmehr selbst innerhalb der sozialistischen Richtung in der Minorität gegenüber den Sozialrevolutionären und den Menschewiki. „Wir wußten aber", sagt Trotzki, „daß wir nur einen einzigen Ausweg auf die große Straße der historischen Entwicklung haben, und dieser Ausweg führt durch die Diktatur der Arbeiterklasse".

Die Form, in der die D. P. unter der Bolschewistenherrschaft ausgeübt wird, ist das sogenannte Rätesystem. Nicht als ob das Rätesystem die einzige politische Form wäre in welcher die D. P. ausgeübt werden könnte Es ist aber die spezifisch russische Form, in der diese Diktatur durchgeführt wird. Dieses Rätesystem hat nichts mit der Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte zu tun, die sich nach Ausbruch der Revolution in Rußland und Deutschland herausgebildet hatten. Diese schnell gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte waren ein vorübergehender politischer Notbehelf. Man könnte hier eher von einer Systemlosigkeit der Räte, als von einem Rätesystem sprechen. Das bolschewistische Rätesystem hat auch nichts gemein mit den Betriebsräten, die in dem neuen deutschen Reichsgesetz durchgeführt sind; denn hierbei handelt es sich um die Vertretung der Arbeiterschaft innerhalb der einzelnen Betriebe zur Kontrolle der Betriebe und zur Mitwirkung der Arbeiterschaft bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Sie sind eine Fortführung der Arbeiterausschüsse, die bereits im Frieden bestanden haben. Es handelt sich vielmehr beim Rätesystem um ein grundsätzlich neues Regierungs- und Staatsgebilde, das im Gegensatz zu allen früheren Regierungsformen steht. „Das Wesen des Rätesystems besteht darin, daß die Massenorganisation der Arbeiterklasse die Stütze und einzige Grundlage der ganzen Staatsmacht und des ganzen Staatsapparates ist." (Lenin, Richtlinien der kommunistischen Internationale, S. 20.) „Denn die Sowjetmacht", sagt Lenin, „ist nichts anderes als die Organisationsform der D. P., der Diktatur der vorgeschrittenen Klasse, die zum neuen Demokratismus,

zur selbständigen Anteilnahme an der Staatsverwaltung Millionen und abermals Millionen von Arbeitenden und Ausgebeuteten erhebt, die durch ihre Erfahrung lernen, in der disziplinierten und zielbewußten Avantgarde des Proletariats ihre zuverlässigsten Führer zu sehen." (Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht, S. 39.) Das Rätesystem bildet den denkbar größten Gegensatz zu den parlamentarischen Systemen, wie sie sich in den verschiedenen Ländern herausgebildet haben. Während sonst die Parlamente aus Wahlen hervorgehen, die nach geographisch und territorial abgegrenzten Bezirken vorgenommen werden, sollen hier die politischen Körperschaften aus berufsständischen Wahlen hervorgehen. Aber — und das ist das charakteristische für die D. P. — nur die Angehörigen einer einzigen Volksklasse, der Arbeiterklasse in dem weiteren bolschewistischen Sinne, sollen das aktive und passive Wahlrecht haben Alle übrigen Bürger sind vom Wahlrecht ausgeschlossen Ferner werden wichtige demokratische Volksrechte, wie das freie Vereins-, Versammlungs- und Presserecht allen Volksgenossen entzogen und nur der Arbeiterklasse vorbehalten Während sonst die parlamentarischen Vertreter für einen längeren Zeitraum gewählt werden, z. B. auf 2, 3 oder 5 Jahre, sollen bei diesem System die gewählten Vertreter von ihren Wählern jederzeit wieder abberufen werden können. Zu allen Vertretungskörperschaften von der Gemeindevertretung hinauf bis zur höchsten Reichsvertretung sollen die Arbeiter ihre Vertreter entsenden, aus ihrer Fabrik, aus ihrer Werkstätte, aus ihrer Dorfbauernschaft. Auf diese Weise soll das ganze Reich mit einem Netzwerk von Vertretungskörperschaften bedeckt werden, deren Vertreter von wirtschaftlichen Institutionen gewählt werden. Auch die oberste Vertretung, der Zentralrat, wenn er auch wie bei dem Parlament nach Wahlkreisen gewählt ist, soll aus Vertretern bestehen, die wieder von den wirtschaftlichen Gruppen entsandt werden.

Eine weitere Eigentümlichkeit des Rätesystems, wodurch es sich von allen sonstigen Verfassungen unterscheidet, ist die Vereinigung von gesetzgebender und verwaltender Macht. Im Gegensatze zu dem alten Montesqieu schen Grundsatze der Trennung der gesetzgebenden, verwaltenden und richterlichen Gewalt, sollen hier alle diese Gewalten vereinigt werden Die Räte sollen zugleich gesetzgebende und verwaltende Körperschaften sein Nicht nur die staatliche Gesetzgebung, sondern auch ein großer Teil der Staatsverwaltung ist den Räten übertragen. Die meisten Funktionen, die in allen Ländern der kommunalen und staatlichen Bureaukratie übertragen sind, werden von den Räten übernommen, und außerdem soll jeder Volksgenosse einen Teil der Beamtenfunktionen übernehmen Die Mitglieder der Räte sollen weder Parlamentarier noch Bureaukraten sein. Das soll dadurch vermieden werden, daß sämtliche Mitglieder herangezogen werden Die Sektionen der Räte sollen sich in Organe der Staatsverwaltung umwandeln. Der ehrenamtliche Typus des Beamtentums soll in größtem Maßstabe in die Erscheinung treten Als Ziel erscheint den Bolschewisten die unentgeltliche Erfüllung der Staatspflichten seitens jedes einzelnen Arbeiters. Wenn der Arbeiter seine acht Stunden Produktionsarbeit geleistet hat, soll er sich noch einige Stunden der Beamtentätigkeit widmen. Nach der neuesten bolschewistischen

Gesetzgebung ist sogar eine Art politische Arbeitspflicht eingeführt: alle Mitglieder der Räte müssen täglich 2 Stunden irgend eine Art von Beamtentätigkeit ausüben: „1. Ein jedes Ratsmitglied ist verpflichtet, eine bestimmte Arbeit innerhalb der Staatsverwaltung auszuführen. 2. In deren Arbeiten selbst muß ein fortwährender Wechsel eintreten, der sich allmählich auf alle Gebiete der Verwaltung erstreckt. 3. Die ganze arbeitende Klasse der Bevölkerung muß allmählich Kopf für Kopf zur Arbeit innerhalb der Staatsverwaltung herangezogen werden."

Würden diese Maßregeln überall und ohne Einschränkung durchgeführt, und gelänge es so, die Verwaltungsfunktionen bei einer gleichzeitigen Erhöhung des kulturellen Niveaus der Arbeitenden zu festigen, so müsse letzten Endes die Staatsgewalt sich selbst aufheben. Die Bureaukratie soll nach einem Wort Lenins aufhören, wenn alle Menschen Bureaukraten geworden seien. Diesem Grundsatz entsprechend werden auch sämtliche Gerichte aufgehoben und durch Volksgerichte ersetzt, deren Mitglieder aus Wahlen hervorgehen. Nur Arbeiter dürfen zu Richtern gewählt werden und das Recht soll in Einklang mit den Tendenzen der siegreichen Revolution gesprochen werden. Die Arbeiter sollen als Teile der Räteregierung an der Verwaltung der Industrie teilhaben, die Dorf- und Bauernräte als Organe der Arbeiterregierung die Agrarangelegenheiten verwalten. Alle Arbeiter und ärmsten Bauern sollen an der Staatsverwaltung teilhaben. Erst das Rätesystem, wobei die wirklich ausschlaggebende Macht der Arbeiterklasse in die Erscheinung trete, könne bewirken, daß der Wille der großen Majorität zum Ausdruck komme.

Die D. P. soll nur eine vorübergehende Regierungsform sein. Sie soll das notwendige Übergangsstadium zwischen dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft und der Errichtung der kommunistischen Gesellschaft bilden. Um die kommunistische Gesellschaft errichten und die kommunistischen Gesellschaftsformen durchführen zu können, müsse erst die ganze Macht der Bourgeoisie, der Kapitalisten- und Grundbesitzerklasse gebrochen werden. Zu diesem Zweck müsse eine Zeitlang eine diktatorische Herrschaft derjenigen Klasse übertragen werden, welche neu zur Macht berufen wird, und nur wenn dieser zur Herrschaft berufenen Klasse wichtige und energische Zwangsmittel zur Verfügung stehen, könnte die Macht der alten Herrschaft gebrochen werden.

Diese organisierte Staatsgewalt der Arbeiterklasse soll zugleich die letzte Form des Staates überhaupt sein. Der Staat würde absterben, wenn keine Funktionen der Staatsgewalt mehr notwendig seien. Das sei dann der Fall, wenn durch Unterwerfung der bürgerlichen Klassen der Zustand erreicht sei, daß alle Volksgenossen Arbeiter geworden wären. Gibt es dann nur noch eine einheitliche Volksgenossenschaft von Arbeitern, dann ist die höchste Stufe der Demokratie erreicht, und es ist keine Staatsgewalt mehr notwendig, die mit Zwangsmitteln gegenüber gewissen Klassen des Volkes auftreten muß. Alle Klassenunterschiede sind dann beseitigt, es gibt keinen Staat mehr, sondern nur noch eine sich selbst verwaltende Arbeitergemeinschaft.

Zur D. P. gehört auch eine Heeresmacht. Nach bolschewistischer Auffassung ist eine Staatsgewalt ohne Heeresmacht undenkbar, und da die von ihnen eingerichtete Verfassung eine neue Staatsgewalt, wenn auch die letzte konstituieren soll, haben sie von Anfang an auch die Schaffung einer großen Armee für notwendig erachtet.

Charakteristisch weiterhin für die D. P. im bolschewistischen Sinne ist ihre terroristische Taktik. Freiwillig und gutwillig werde die Bourgeoisie ihre Macht nicht aus der Hand geben, sie müsse durch Gewaltakte dazu gezwungen werden. Die bürgerliche Macht müsse gewaltsam zerstört werden, und auf ihren Trümmern die neue Macht des Proletariats errichtet werden. In den Richtlinien der (bolschewistischen) kommunistischen Internationale, die vom Kongreß der kommunistischen Internationale vom 2. bis 6. März 1919 angenommen wurde, heißt es darüber: „Die revolutionäre Epoche fordert vom Proletariate die Anwendung solcher Kampfmittel, die seine ganze Energie konzentrieren, nämlich der Methode der Massenaktionen und als ihre logische Folge — direkte Zusammenstöße mit der bürgerlichen Staatsmaschine in offenem Kampfe. Diesem Ziele müssen alle anderen Methoden, z. B. revolutionäre Ausnützung des bürgerlichen Parlamentarismus untergeordnet sein."

Das Rätesystem ist in der Verfassung im einzelnen so durchgeführt, daß außer einer zentralen Gewalt der Räte zahlreiche örtliche Rätegewalten eingerichtet werden. Was die örtlichen Räte anbelangt, so gibt es Gebiets-, Gouvernements-, Kreis- und Amtsbezirksräte, außerdem Deputiertenräte. Allen diesen Räten liegt die Ausführung aller Beschlüsse der höheren Organe der zentralen Gewalt und die Entscheidung über alle Fragen ob, die rein örtliche Bedeutung haben. Die Räteversammlungen der Gebiete setzen sich aus Vertretern der städtischen Räte und der Kreisversammlungen der Räte zusammen, und zwar so, daß der städtischen Bevölkerung ein Vorzug eingeräumt wird. Auch hier sehen wir eine antidemokratische Bestimmung, indem nicht das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt wird, sondern von den Städten wird je ein Deputierter auf 5000 Wähler entsandt, vom Lande ein Deputierter auf 25 000 Wähler. Die Räte der Bezirke (Gouvernements) bestehen aus Vertretern der städtischen Räte und der Amtsbezirksräteversammlungen. Auch hier werden die städtischen Elemente bevorzugt, denn von den Städten kommt ein Deputierter auf 2000 Wähler, vom Lande ein Deputierter auf 10 000 Einwohner. Die Räte der Kreise werden aus Vertretern der Dorfräte gewählt, je ein Deputierter auf 1000 Einwohner; die der Amtsbezirke aus Vertretern der Dorfräte des Amtsbezirks, je ein Deputierter auf 10 Mitglieder des Rates. Die Zentralgewalt wird von der allrussischen Räteversammlung ausgeübt, welche die höchste Gewalt der R. S. F. R. darstellt, sie setzt sich aus den Vertretern der städtischen Räte zusammen, und zwar so, daß auf je 25 000 Wähler ein Deputierter entfällt, und aus Vertretern der Gouvernementsräteversammlungen, wobei auf je 125 000 Einwohner ein Deputierter gewählt wird. Die allrussische Räteversammlung wählt das allrussische Exekutivkomitee der Räte in der Zahl von höchstens 200 Personen. Dieses Komitee kann jederzeit die Beschlüsse oder Gesetze der Regierung aufheben, abändern oder die Ausführung der-

selben einstellen. Es hat die Volkskommissare zu wählen, welche an Stelle der früheren Minister treten. Diese Volkskommissare sind in ihrer Gesamtheit Träger der Regierung und gesetzgebenden Gewalt. Seine Legitimation zur Ausübung der höchsten Rechte entnimmt der Rat der Volkskommissare dem Beschlusse der 2. allrussischen Versammlung der Räte der Arbeiter, Soldaten und Bauern Deputierten. Diese Versammlung und ihr Zentralexekutivkomitee stellt auch die übergeordnete Instanz über dem Rat der Volkskommissare dar, dessen Tätigkeit er kontrolliert und dessen Mitglieder er absetzen und durch andere ersetzen kann. Der Rat der Volkskommissare führt die allgemeinen Geschäfte der R. S. F. R. Im ganzen wurden 17 Volkskommissariate gebildet. Besonders charakteristisch für die bolschewistische Verfassung ist die Einrichtung des Wahlrechts. Der 4. Abschnitt der Verfassung, der vom aktiven und passiven Wahlrecht handelt, zeigt am besten, wie konsequent der Gedanke der D. P. durchgeführt ist. Das Recht, in die Räte zu wählen und gewählt zu werden haben nur folgende Personen, soweit sie das Alter von 18 Jahren erreicht haben:

a) Alle, welche ihren Lebensunterhalt durch produktive und gemeinnützige Arbeit erlangen, ebenso Personen, die häusliche Wirtschaft verrichten, die den ersteren die Möglichkeit produktiver Arbeit schaffen, wie: Arbeiter und Angestellte aller Arten und Kategorien, die in Gewerbe-, Handels- und Landwirtschaftsbetrieben usw. beschäftigt sind, Bauern, Ackerbau treibende Kosaken, die keine Lohnarbeiter zum Zwecke der Erzielung von Gewinn beschäftigen;

b) die Soldaten der Rätearmee und Flotte;

c) die zur Kategorie unter a und b dieses Artikels gehörigen Bürger, die in gewissem Grade ihre Arbeitsfähigkeit verloren haben.

Ausdrücklich ausgenommen vom Wahlrecht sind folgende Kategorien von Personen:

a) Personen, die Lohnarbeiter zum Zwecke der Gewinnerzielung beschäftigen;

b) Personen, die nicht von den Einkünften ihrer Arbeit leben, wie: von Kapitalzinsen, Einkünften von Unternehmen, Vermögen u. dergl.;

c) private Handelsleute, Handels- und Kaufmännische Vermittler;

d) Mönche und geistliche Diener von Kirchen und Religionskulten;

e) Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des besonderen Gendarmeriekorps und der Schutzabteilungen, sowie die Mitglieder des früher in Rußland regierenden Hauses;

f) Personen, die in vorgeschriebenem Verfahren für geisteskrank oder wahnsinnig erklärt sind, ebenso Personen, die unter Vormundschaft stehen;

g) Personen, die wegen gewinnsüchtiger und bemakelnder Straftaten verurteilt sind, für die durch Gesetz oder Urteil bestimmte Dauer.

III. Die wirtschaftliche Bedeutung der D. P. Der Kommunismus als Endziel.

„Durch die D. P. zum Kommunismus! Das ist die Losung unserer Partei", erklärt der Bolschewist Bucharin. Die Rätepublik soll ihre politische Macht dazu benutzen, um auf wirtschaftlichem Gebiet das Endziel, die kommunistische Gesellschaftsform, allmählich zu erreichen. Die Lehre vom Klassenkampf wird, wie auf das politische Gebiet, so auch auf das wirtschaftliche Gebiet angewendet. Die russische Revolution hat nach bolschewistischer Ansicht die Auflösung der kapitalistischen Ordnung und der kapitalistischen Arbeitsdisziplin bewiesen. Jetzt sei die Arbeiterklasse imstande und auch reif genug, die Produktionsmittel in Besitz zu nehmen und die Produktion zu organisieren: „Um die Produktivkräfte der Wirtschaft zu heben, um den Widerstand der Bourgeoisie, die die Agonie der alten Gesellschaft verlängert und damit zur Gefahr der vollständigen Ruinierung des Wirtschaftslebens führt, möglichst sofort zu brechen, muß die proletarische Diktatur die Enteignung der Großbourgeoisie und des Junkertums durchführen und die Mittel der Produktion und des Verkehrs in gemeinsames Eigentum des proletarischen Staates verwandeln." Keineswegs bedeutet die D. P., daß die vorhandenen Produktionsmittel an die Arbeiter aufgeteilt werden sollen, oder daß die einzelnen Fabriken den dort beschäftigten Arbeitern zu Eigentum übertragen werden sollen. Vielmehr sollen die vorhandenen Produktivkräfte möglichst zentralisiert werden. Daher müßten vor allen Dingen in die Verfügungsgewalt der Arbeiter übergeführt werden: der ganze Apparat der Großbanken, alle Gemeindeunternehmungen, die Produktionszweige, die bereits kartelliert sind, und alle industriellen Großbetriebe. Die landwirtschaftlichen Güter sollen sozialisiert und in gesellschaftlich geleitete Betriebe verwandelt werden. Die kleinen gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe sollen allmählich zu Großbetrieben vereinigt werden. Zunächst sollen die kleinen Eigentümer nicht expropriiert werden und alle Eigentümer, die keine Lohnarbeiter beschäftigen, sollen keinen Gewaltmaßregeln ausgesetzt sein. Ganz allmählich sollen sie durch das Beispiel der sozialisierten Großbetriebe auch in die sozialistische Großproduktion eingezogen werden. Je mehr und je besser es dem Proletariat gelinge, zentralisierte Verwaltungsorgane der Produktion zu schaffen und die Arbeiterverwaltung zu verwirklichen, um so besser und schneller würden die Aufgaben der proletarischen Diktatur gelöst.

Ein weiterer Programmpunkt, der mit der D. P. zusammenhängt, ist die Einführung der Arbeitspflicht für die Reichen. Damit nicht der Arbeiterklasse dadurch Schaden zugefügt werde, daß reiche Leute müßig gehen, soll für die Reichen die Arbeitspflicht eingeführt werden und zwar so, daß jede Person, die über 500 bis 600 Rubel monatlich einnimmt, jede Person, die Arbeiter beschäftigt oder Dienstboten hält, ein Konsumarbeitsbüchlein erhält. Nur auf Grund eines solchen Büchleins, worin die Arbeit, die der Betreffende leistet, notiert ist, kann der Reiche Unterhaltungsmittel, aber in bedeutend geringerem Ausmaße als die Lohnarbeiterklasse, erhalten.

Die Arbeitspflicht der Reichen soll den Übergang zur allgemeinen Arbeitspflicht bilden. „Mit der Einführung der Arbeitspflicht sollten wir unverzüglich beginnen, aber sie mit großer Allmählichkeit und Bedachtsamkeit durchführen, indem wir jeden Schritt durch praktische Erfahrung überprüfen und selbstverständlich als ersten Schritt die Einführung der Arbeitspflicht für die Reichen tun. Die Einführung eines Arbeits- und Konsum-Budgetbuches für jeden Bourgeois, darunter auch den bäuerlichen, wäre ein erster Schritt vorwärts zur völligen „Einkreisung" des Feindes und zur Schaffung einer tatsächlich allgemeinen Rechnungslegung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Erzeugnisse." (Lenin.)

„Unser nächstes Ziel ist, die ganze Volkswirtschaft nach dem Vorbilde der Post zu organisieren und zwar so, daß alle unter der Kontrolle und Leitung des organisierten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie alle beamteten Personen ein den Arbeiterlohn nicht übersteigendes Gehalt beziehen." (Lenin.) Auf diese Weise soll durch die D. P. erreicht werden, daß die Arbeiterklasse nicht nur zur tatsächlichen Herrschaft in der Verwaltung der Armee, des Gerichts, der Schulen und anderer Behörden wird, sondern auch in der Verwaltung der Produkte. Zur Durchführung der D. P. soll ferner eine Arbeiterkontrolle eingerichtet werden und durch diese sollen die Kapitalisten — soweit man ihrer noch bedarf — unter die Kontrolle der Arbeiter und Angestellten gestellt werden. — Als Organe der Arbeiterkontrolle werden Betriebsräte eingeführt für alle wirtschaftlichen Unternehmungen, sowohl für die sozialisierten als die nichtsozialisierten. Die Rechte und Befugnisse der Arbeiter in diesen Betriebsräten gehen weit über die entsprechenden Bestimmungen in dem deutschen Betriebsrätegesetz hinaus. Während nach dem deutschen Betriebsrätegesetz die Arbeiter nur ein Mitbestimmungsrecht und gewisse Kontrollbefugnisse neben den Unternehmern haben, soll durch die russischen Betriebsräte die Oberherrschaft der Arbeiterklasse über die Unternehmer und höheren Angestellten statuiert werden. Diese Betriebsräte sollen nicht nur die ganze Produktion beaufsichtigen, das Mindestmaß für die Arbeitsleistung des Betriebes festsetzen, sondern sie haben auch das wichtige Recht, den ganzen geschäftlichen Briefwechsel zu kontrollieren. Während nach dem deutschen Reichsgesetz (§ 71) der Betriebsrat nur das Recht hat, vom Arbeitgeber zu verlangen, daß er über die Betriebsvorgänge Aufschluß gibt, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, ist in dem russischen Gesetz ausdrücklich das Geschäftsgeheimnis aufgehoben. Die höchste Instanz für alle mit der Arbeiterkontrolle verbundenen Arbeitsangelegenheiten ist der allrussische Rat der Arbeiterkontrolle, der allgemeine Pläne für die Kontrolle, Instruktionen usw. ausarbeiten muß.

Durch die hier geschilderten Maßregeln soll aber nur die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, die sozialistische Gesellschaft durchgeführt werden. Es handelt sich zunächst um die sozialistische Gesellschaftsform, weil vorläufig allein die Produktionsmittel, also Fabriken, Maschinen usw., in den Besitz der Gemeinschaft übergeführt

werden sollen. In dieser Gesellschaftsordnung sind die Verbrauchsgegenstände, die Lebensmittel usw. noch Privatbesitz, das heißt jeder kauft mit dem für die geleistete Arbeit erhaltenen Lohn die Bedarfsgegenstände, die er haben will. Damit ist aber noch nicht die völlige Gleichheit erreicht; denn die einzelnen Arbeiter sind nicht gleich. Der eine ist stärker, der andere schwächer, der eine verheiratet, der andere nicht, der eine hat mehr, der andere weniger Kinder. Wenn jeder Arbeiter auf Grund seiner geleisteten Arbeit einen bestimmten Anteil am gesellschaftlichen Gesamtertrag erhält, gibt es doch wieder solche, die wohlhabender sind als andere. Gleichheit wird erst erreicht in der kommunistischen Gesellschaft, wo die Verteilung der Produkte nicht nach der individuellen Arbeitsleistung, sondern nach den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Einzelnen erfolgt. Die Bedürfnisse sind aber tatsächlich ungleich, z. B. je nach der Familiengröße. Es wird eben erst dann Gleichheit erreicht, wenn auf Grund dieser tatsächlichen Bedürfnisse der einzelnen die Verteilung stattfindet. Wenn erst einmal eine so hohe Entwicklung der Produktivkräfte erreicht sei, daß alle Lebensbedürfnisse im größten Maße befriedigt werden könnten, dann dürften auch die einzelnen Volksgenossen nach ihren Fähigkeiten freiwillig arbeiten und sollen dann auf Grund dieser Fähigkeiten und ihrer Bedürfnisse Anteil am Gesellschaftsertrage erhalten. Die erste Phase mit ihrer Disziplin, mit ihrer scharfen Kontrolle und Regelung der Arbeit ist also keineswegs das Ideal der Bolschewisten, das erst erreicht ist, wenn alle Volksgenossen in freiwilliger Tätigkeit durch ihre Arbeit ihren Anteil zur Gesamtarbeit der Gesellschaft leisten: „Dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase und somit auch der Weg zum völligen Absterben des Staates offen stehen.“ (Lenin.)

Diese D. P., die also zunächst im nationalen Rahmen des russischen Staates durchgeführt wird, soll aber weiter geführt werden zu einer internationalen D. P. Die russische Revolution soll der Auftakt zu dieser Weltrevolution sein.

Die Bolschewisten betonen immer wieder in ihren Schriften und Parteiprogrammen, daß sie die D. P. keineswegs nur für Rußland errichten wollen, sondern daß sie dies für eine internationale Forderung ansehen. Nach ihrem Beispiel müßten alle anderen Völker diese Diktatur verkünden. Hierdurch erst könnte die russische D. P. Bestand, Dauer und volle Wirkungskraft erhalten.

XXII. Vorlesung.

Der Sozialismus in Rußland II.

B. Die Wurzeln des Bolschewismus.

a) Der Bolschewismus ist nicht marxistisch.

Nachdem ich so zu zeigen versucht habe, worin der politische und wirtschaftliche Sinn der D. P. besteht, und wie sie in der russischen Sowjet-Republik zu verwirklichen versucht wurde, drängt sich die Frage auf: Ist diese D. P. die Verwirklichung der Gedanken von Karl Marx? Die Lehren vom Klassenkampf und vom Absterben des Staates, die Forderung der Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse, die terroristische Taktik und der Ausblick auf die politische Weltrevolution, sind das nicht Gedanken, die dem Arsenal von Marx entnommen sind? Hat nicht dieser einflußreichste und erfolgreichste Führer der sozialistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts dieses Programm bereits aufgestellt, und führt die Linie der Entwicklung nicht vom kommunistischen Manifest, das Marx und Engels im Jahre 1848 als allgemeine Richtlinie für die sozialistische Bewegung aller Länder aufgestellt haben, über die Pariser Kommune, den ersten mißglückten Versuch einer D. P., zur neuesten Verwirklichung dieser Forderung und damit schließlich im Sinne von Marx zu einer internationalen sozialistischen Revolution?

In der Tat finden wir diese Auffassung bei allen Führern der bolschewistischen Bewegung, und so hat auch der Herausgeber der bolschewistischen Gesetzgebung Klibanski erklärt, daß in den Deklarationen der russischen Räterepublik sich die Grundgedanken des rein sozialistischen Staatsgedankens nach den unverfälschten Lehren von Marx und Engels erkennen ließen.

Richtig ist, daß Marx, wie die Bolschewisten, die Forderung der D. P. aufgestellt hat, und daß diese Forderung auch bei ihm mit seiner Lehre vom Klassenkampf zusammenhängt. In Übereinstimmung mit Marx lehnen die Bolschewisten jede sozialistische Politik ab, die durch allmähliche Sozialreform oder mit Hilfe der bestehenden Staatsgewalt durch staatliche Reformgesetzgebung das Endziel, die sozialistische Gesellschaftsform, erreichen will. Es ist echt marxistisch gedacht, wenn sie erklären, daß nur durch einen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Klasse der Kapital- und Grundbesitzer der Sozialismus durchgeführt werden könnte. Ebenso sind auch die aufgestellten Endziele: Beseitigung zuerst des Privateigentums an den Produktionsmitteln als erste Stufe (sozialistische Gesellschaftsform), dann als zweite Stufe auch Beseitigung des Eigentums an Konsumtionsmitteln (kommunistische Gesellschaftsform), marxistisch. Echt marxistisch ist

auch die Auffassung vom „Absterben des Staates", die Idee, daß mit der kommunistischen Gesellschaft jede politische Gewaltherrschaft, jede Form des Staates aufhöre, und daß an dessen Stelle eine wirtschaftliche Assoziation trete. Insoweit das bolschewistische Postulat der D. P. mit diesen beiden Marxschen Grundgedanken zusammenhängt, ist eine gewisse Übereinstimmung nicht abzuleugnen. Das sind aber auch die einzigen übereinstimmenden Gedanken. Also die Ablehnung jeder Kompromiß- oder Konzessionspolitik gegenüber anderen Gesellschaftsklassen und dem bestehenden Staat. Ferner das letzte Endziel der gesellschaftlichen Umwälzung. In allem übrigen steht dagegen die bolschewistische Auffassung der D. P. in direktem Gegensatz zu der eigentlichen Grundanschauung von Karl Marx. Die spezielle Auslegung des Begriffes D. P. bei den Bolschewisten ist grundverschieden von der Marxschen Fassung dieses Begriffs. Die ganze Art der Durchführung der sozialen Revolution, das Rätesystem, die sofortige Vollsozialisierung, die terroristische Taktik, das alles steht im schroffsten Widerspruch zu den Ideen von Karl Marx.

Stets war Marx, wie ich oben dargelegt habe, nachdem er sich von der deutschen idealistischen Philosophie und speziell vom Hegelianismus abgewandt und seine eigene neue philosophische Grundanschauung, die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung, begründet hatte, Vertreter des Gedankens der Evolution und konnte daher nicht revolutionär im Sinne des Bolschewismus sein. Sein Grundgedanke war der, daß im Laufe allmählicher Entwicklung von selbst und unabhängig vom Wünschen und Wollen der Menschen mit Notwendigkeit die sozialistische und dann die kommunistische Gesellschaftsform kommen müsse. Dies wäre dann der Fall, wenn die wirtschaftlichen Produktivkräfte sich so weit entwickelt hätten, daß die gesellschaftliche Form, in welcher diese Kräfte bisher ausgenutzt wurden, nämlich die des kapitalistischen Privateigentums, neuen gesellschaftlichen Formen Platz machen müsse. Wenn das Privateigentum nicht mehr imstande sei, diese gewaltigen Kräfte zu zügeln, könne nur durch eine neue organisatorische gesellschaftliche Leitung der Produktivkräfte das Wirtschaftsleben gedeihlich durchgeführt werden. Das Privateigentum werde dann nicht beseitigt, weil es ungerecht wäre, sondern es müsse untergehen, weil es veraltet wäre.

Es ist kein Zufall, wenn Lenin und Trotzki auf das kommunistische Manifest für ihre Behauptung, daß sie marxistische Grundgedanken vertreten, hinweisen. Denn in dieser ersten Periode seines Wirkens war Marx allerdings weit mehr als in seinen reiferen Jahren von revolutionärem Geiste und von der Hoffnung auf den Erfolg einer sozialen Revolution erfüllt.

Von dieser hoffnungsvollen Stimmung auf die Wirkung revolutionärer Bewegungen ist Marx in den 50er, 60er, 70er Jahren immer mehr abgekommen und seine evolutionären Grundanschauungen kamen zum Durchbruch. In seiner geistigen Entwicklung befestigten sich immer mehr die Grundgedanken seiner wirtschaftlichen Entwicklungslehre, die ihn mit größerer Skepsis gegenüber der Wirkungskraft revolutionärer Gewaltaktionen erfüllen mußten. Vor allem aber waren es die Erfahrungen,

die er bei den sozialrevolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts, der Chartistenbewegung, der Februar-Revolution und der Kommune machte. Auf Grund dieser Erfahrungen kam er dazu, immer wieder zu betonen, daß er seine Anschauungen in bezug auf den Erfolg revolutionärer Aktionen revidieren müsse, und daß er auf die revolutionäre Taktik nicht mehr das Gewicht lege wie früher. Je mehr demokratische Verfassungen in den verschiedenen Ländern zur Durchführung gelangten, um so mehr hielt er auch die Notwendigkeit revolutionären Vorgehens nicht für unbedingt gegeben. Er war der Meinung, daß in Ländern mit streng durchgeführter demokratischer Verfassung auch ohne Revolution auf legalem Wege das Ziel des Proletariats zu erreichen sei.

Allerdings hat Marx selbst einmal erklärt, und das ist die Stelle, die immer wieder von Lenin und den anderen Bolschewisten zitiert wird: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre D. P." Aber wie ist diese Stelle zu verstehen? Marx will an dieser Stelle sagen, daß der „Staat" sich stets den herrschenden Klassenverhältnissen anpasse, daß daher eine völlige Staatsumbildung stattfinden müsse, um zum Sozialismus zu gelangen, und — das ist sein weiterer Gedanke — selbst in einer demokratischen Republik müsse eine politische Übergangsperiode eintreten, damit sich die politische Neugestaltung entsprechend den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen durchführen lasse. Für eine solche Übergangsperiode oder, wie er es früher einmal ausgedrückt hat, als notwendigen Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, fordert er die D. P. Aber, und dadurch unterscheidet er sich wieder prinzipiell von den Bolschewisten: Mit der D. P. soll keine neue mit der Demokratie in Widerspruch stehende Regierungsform geschaffen werden, sondern nur ein kurzer vorübergehender Ausnahmezustand. Eine politische Übergangsperiode sollte es sein, aber keine politische Neugestaltung —, nicht die Staatsform während einer ganzen historischen Epoche. Allerdings betrachten die Bolschewisten die D. P. auch nur als ein Zwischenstadium zwischen der kapitalistischen und der staatlosen kommunistischen Gesellschaft, aber es soll sich doch um Jahrzehnte, um Generationen handeln. Hiervon ist bei Marx niemals die Rede. Die demokratischen Formen sollen vielmehr erhalten und nur mit anderem Inhalt erfüllt werden und nie hat Marx von neuen politischen Formen, die im Gegensatze zu den demokratischen Verfassungsformen stehen, gesprochen. Eine politische Entrechtung ganzer Volksklassen stünde im strikten Gegensatz zur Auffassung von Marx. Immer wieder bekennt sich Marx zu dem Grundsatz der Demokratie, und sein Mitarbeiter Engels sagt in einer Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs von 1891: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist die spezifische Form für die D. P." Schon im kommunistischen Manifest erklärt Marx, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Er-

hebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie sei! — Die D. P. im Sinne von Marx sollte also die Tatsache zum Ausdruck bringen, daß die Arbeiterklasse die Herrschaft erlangt habe, sie sollte aber nie das Mittel sein, um einer bestimmten Schicht des Proletariats die Herrschaft zu erobern.

Wenn die Bolschewisten die Pariser Kommune als erste Stufe auf dem Wege zur Diktatur und zum Rätesystem ansehen und Marx als begeisterten Anhänger dieser Kommune bezeichnen, so ist auch diese Behauptung nicht zutreffend und steht im Widerspruch mit dem wirklichen Wesen der Kommune, das wir oben dargelegt haben.

Das russische Rätesystem kann nicht mit der politischen Verfassung der Kommunerepublik auf dieselbe Stufe gestellt werden. Wenn auch Marx der Kommune nachrühmt, daß bei ihr gesetzgebende und vollziehende Gewalt vereinigt gewesen wären, so war dies doch nicht im Sinne des bolschewistischen Rätesystems verstanden Die Kommune hatte vor allem kommunalistischen Charakter. Sie kämpfte gegen die übermäßige Zentralisation in Paris gegenüber den Gemeinden und lokalen Behörden. Die Selbstverwaltung der Gemeinden sollte verstärkt werden, die Kommune wollte verkünden, daß jedem Landbezirk und jeder größeren Gemeinde das Recht zuteil werden solle, ihre politischen und sozialen Angelegenheiten nach eigenem Ermessen zu ordnen und nicht nach den Weisungen der Zentralbehörden. Vor allem aber ist der grundlegende Unterschied zwischen der Kommune und der Sowjetrepublik darin zu erblicken, daß in der Pariser Kommune am allgemeinen Wahlrecht festgehalten wurde. Das Zentralkomitee der Kommune betrachtete sich von vornherein nur als Provisorium und sehr bald nach dem Zusammentreten des Kommunerats wurden Wahlen auf Grund des allgemeinen Stimmrechts vorgenommen, wobei 71 Anhänger und 21 Gegner der Kommune gewählt wurden.

b) Die spezifisch russische Eigenart des Bolschewismus.

Der Bolschewismus ist demnach keineswegs mit dem Marxismus identisch, sondern er zeigt nur in Einzelheiten eine gewisse Übereinstimmung mit marxistischen Gedanken auf; die wirklichen und eigenartigen bolschewistischen Gedanken weisen vielmehr in höherem Maße auf andere Wurzeln hin. Es muß immer wieder betont werden, daß der Bolschewismus eine spezifisch russische Erscheinung ist und nur durch den russischen Volksgeist und russischen Volkscharakter zu verstehen ist. Auch die Erscheinung des Bolschewismus ist ein neuer Beweis für unsere wiederholt aufgestellte Behauptung, daß die sozialistische Bewegung der Kulturländer nicht einen einheitlichen Charakter aufweist, sondern spezifisch nationale Besonderheiten. Am besten wird man vielleicht das eigentliche Wesen und die Ursache der Ausbreitung des Bolschewismus in Rußland richtig erfassen, wenn man die Werke von russischen Autoren wie Tolstoi, Gogol und vor allem Dostojewski liest.

In den bolschewistischen Theorien und praktischen Vorschlägen finden sich Berührungspunkte mit den meisten sozialistischen Systemen und

doch schließt sich der Bolschewismus an keines derselben vollinhaltlich an. Nie darf der national-russische Boden, aus dem der Bolschewismus hervorgegangen ist, und die tiefe Kluft, welche westeuropäische und halbasiatische Kultur trennen, übersehen werden. Ein Grundzug ist es vor allem, der dem Bolschewismus sein Gepräge gibt, das ist die echt russische Idee von der Weltbeglückung und Weltbeherrschung, die von Rußland ausgehen soll. Das Allmenschentum soll durch das Allrussentum hindurchgehen. Ein religiös mystischer Zug ist dem Bolschewismus eigentümlich. Mit derselben Schwärmerei, wie die Angehörigen religiöser Sekten, glauben die Bolschewisten an die Allmacht ihrer Lehre. Der Glaube des Russen an den Erlösungsberuf seines Volkes wurzelt in der religiösen Auffassung, daß die russische Kirche die einzig rechtgläubige sei. Es ist ferner der Glaube, daß durch plötzliche soziale Umgestaltungen die ganze Welt in ein besseres Zukunftsreich verwandelt werden kann. Es fehlt vollkommen der Sinn für das Evolutionäre, für die Notwendigkeit bestimmter Entwicklungs- und Durchgangsstufen bei allen politischen und ökonomischen Reformen. Es ist „der Glaube an das System", das mit Energie und Liebe durchgeführt werden, müsse, um zum Ziel zu führen.

Auch die terroristische Taktik der Bolschewisten hat in spezifisch-russischen Verhältnissen ihre Begründung. Eine starke Arbeiterbewegung wie in den westeuropäischen Ländern mit gut organisierten und disziplinierten Gewerkvereinen fehlt dort. So glaubt man durch gewaltrevolutionäres Vorgehen mit einem Schlage dem Proletariat zum Sieg verhelfen zu können. Diese Taktik, die in keiner Weise marxistisch ist, trat schon in der russischen Revolution von 1905 hervor. Wenn es sich damals auch um eine politische Revolution handelte, um die Erringung der Demokratie, um die Niederwerfung der Autokratie, so sind doch in den sozialistischen Strömungen jener ersten revolutionären Periode gewisse Ansätze zu der neueren bolschewistischen Strömung zu entdecken. Die Trennung von der von Plechanow geführten Gruppe der Sozialdemokratie war nicht allein in taktischen Gegensätzen, auf die ich oben hingewiesen habe, begründet, sondern auch in prinzipiellen Gegensätzen zu gewissen marxistischen Anschauungen, die Plechanow vertrat. So setzte z. B. Lenin der Gewerksvereinsbildung die Forderung des Achtstundentages entgegen, er predigte den Aufstand und die Beteiligung an einer eventuellen revolutionären Regierung, lehnte alle legalen Agitationsformen ab und verlangte im Gegensatz zu den Anhängern der streng marxistischen Gruppe für die Bauern die sofortige Konfiskation alles nicht-bäuerlichen Landes. Dieses stand im strikten Gegensatz zum offiziellen Programm der Sozialdemokratie, welches für die Bauern die Zuweisung des bei der Befreiung eingenommenen Landes (ca. $^1/_3$) forderte, die Forderung der Enteignung allen Landes aber stets als Utopie verhöhnte. (Max Weber, Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 1906, Bd. 4, S. 281.) Schon in einer 1901 erschienenen Schrift von Lenin: „Was tun?", heißt es von den Marxisten (Struve usw.): „Jenes Bernsteinianertum und jene kritische Richtung, denen sich die Mehrheit der legalen Marxisten zuwandte,

prostituierten das sozialistische Bewußtsein, indem sie den Marxismus aufs tiefste herabzogen, die Theorie der Abstumpfung der sozialen Gegensätze propagierten, die Idee der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats für Unsinn erklärten, die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf bis auf den Tradeunionismus und den „realistischen" Kampf auf kleine stufenmäßige Reformen reduzierten." Besonders verhaßt sind Lenin alle, die auf Erfolge in der Gegenwart Wert legen . . . Nachdem alle Andersgesinnten abgetan sind, entwickelt der Verfasser einen Plan der Organisation der russischen Sozialdemokratie. Als sozialdemokratisches „Ideal" schwebt ihm eine so starke Organisation vor, daß sie, „um dem Absolutismus den entscheidenden Schlag zu versetzen, zum Aufstand und zu jedem anderen Angriffsmittel greifen kann". „Es wird eine mächtige und streng geheime, notwendigerweise zentralistische Organisation sein, die alle Fäden der konspirativen Tätigkeit in ihren Händen vereinigen wird." (Lenin, Was tun? Die Schmerzensfragen unserer Bewegung. Bibliographie des Sozialismus. Dokumente des Sozialismus. 1901—1902, Bd. 1.) Max Weber hat mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Hauptursache des Gegensatzes zwischen der marxistischen Sozialdemokratie und der Leninschen (bolschewistischen Gruppe) der Putschismus der letzteren sei: „Augenblicklich hat sie (die Spaltung der Plechanowschen und Leninschen Gruppe) eine sehr natürliche Quelle in dem Gegensatz, in welchen die bisher wesentlich im Ausland lebenden und von den Traditionen der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien beeinflußten Führer der Orthodoxie gegen den „Putschismus" gerieten, welcher die in Rußland selbst, jetzt, nach Eintritt der Preßfreiheit, massenhaft entstehenden Organisationen ergriffen hat. Auch Bebels Vermittlung schlug deshalb fehl: Lenin lehnte die Annahme von Ratschlägen nicht-sachverständiger Ausländer ab. Diese Putschstimmung selbst ist unzweifelhaft nicht nur Ergebnis der aus der Situation des Augenblicks geborenen stürmischen Hoffnung, daß jetzt der große Tag gekommen sei, die Selbstherrschaft endgültig politisch umzustürzen und die sofortige Verwirklichung wenigstens des „Minimalprogramms" des Sozialismus zu erzwingen. Der Revolutionarismus und die Gegnerschaft gegen die „Entwicklungsgesetze" liegt vielmehr dem spezifisch russischen Sozialismus seit seinen Vätern, Herzen und Lawrow, als Nachwirkung bestimmter Hegelscher Gedanken tief im Blut." (Max Weber, a. a. O. S. 282.)

Die Leninsche Richtung verwarf auch den Gedanken der Entwicklungslehre im marxistischen Sinne prinzipiell in einer eigenen Resolution, welche besagt, daß die Ansicht: „Die Organisation sei ein Prozeß", im Proletariat „die Elemente des revolutonären Bewußtseins zu schwächen geeignet sei".

Die terroristische Taktik trat auch in den Aufrufen und Manifesten vieler sozialistischer Parteien im Jahre 1905 hervor; so z. B. heißt es in einem offenen Briefe Gapons an die russischen Sozialisten: „Im Bewußtsein der Wichtigkeit des jetzigen historischen Augenblicks angesichts der jetzigen Lage, rufe ich, als ein Mann der Tat und vor allen Dingen als Revolutionär, das Proletariat und alle sozialistischen Parteien Rußlands auf, unverzüglich sich untereinander zu einigen und den bewaffneten Auf-

stand gegen den Zarismus anzufangen. Alle Kräfte jeder Partei müssen mobilisiert werden. Der technische Kampfplan muß für alle derselbe sein: Bomben, Dynamit, der individuelle und der Massenterror — alles das kann die Volkserhebung fördern." (Offener Brief Gapons an die russischen Sozialisten. Dokumente des Sozialismus. 1905, Bd. 5, S. 141.)

Wenn die Bolschewisten darauf hinweisen, daß sie wie Marx die soziale Revolution als eine internationale ansehen wollen, so ist auch hier ein großer Unterschied zwischen Marxismus und Bolschewismus festzustellen. Marx hat, getreu seiner materialistischen Geschichtsauffassung, die sozialistische Bewegung allerdings als eine internationale aufgefaßt, aber in dem Sinn: Da der Kapitalismus allmählich in alle Länder eindringe, müsse auch seine Folgeerscheinung, das Lohnarbeiterproletariat, in wachsendem Maß in allen Ländern in die Erscheinung treten und dadurch der Klassenkampf ein internationaler werden. Bei dieser sozialen Umwälzung müßten die Länder die Führung haben, in denen der Kapitalismus am reifsten und entwickeltsten sei, und dadurch die Gegensätze der Kapitalisten- und Arbeiterklasse sich am schroffsten zuspitzten, also vor allen Dingen die Industrieländer, England voran. Daher sagt auch Marx: „Die Lösung, sie beginnt erst in dem Augenblick, wo durch den Weltkrieg das Proletariat an die Spitze des Volkes getrieben wird, das den Weltmarkt beherrscht, an die Spitze Englands." Ganz anders die Bolschewisten. Bei ihnen sind es die chialistischen Hoffnungen auf ein kommendes neues Weltreich, das allen Menschen in der Zukunft neues Heil bringen soll. Sie wollen ihr Ideal der ganzen Menschheit predigen, wollen der ganzen Menschheit die Gleichheit bringen. Es ist der für den Russen charakteristische Zug, seine Ideen und Ideale der ganzen Welt übertragen zu wollen, wie Dostojewski in seinen „politischen Schriften" es einmal ausspricht: „Ich spreche jetzt nicht von der Herde Christi, sondern von unserem russischen ‚Sozialismus', dessen Ziel es ist, die Kirche aller Völker zu werden, soweit die Erde diese ‚Kirche' überhaupt verwirklichen kann. Ich spreche ferner von dem unstillbaren Durst nach der großen, allgemeinen, allbrüderlichen Vereinigung im Namen Christi, einer Idee, die im russischen Volke immer gegenwärtig ist. Und wenn diese Vereinigung auch erst im Wunsche und im Gebet besteht, nicht in der Tat, so treibt doch der religiöse Instinkt dieser millionenköpfigen Masse nicht zu mechanischen Formen: nicht im Kommunismus liegt der Sozialismus des russischen Volkes, sondern es glaubt sein Seelenheil in der Vereinigung aller Völker im Namen Jesu Christi zu finden. Das ist unser russischer Sozialismus."

Und in seinem „Idiot" sagt er einmal: „Zeigen Sie den Russen in der Zukunft die Erneuerung und Auferstehung der ganzen Menschheit, vielleicht einzig durch den russischen Gedanken, den russischen Gott und Christus und Sie werden sehen, welch ein mächtiger und treuer, weiser und frommer Riese vor der verwunderten Welt emporwachsen wird, vor den verwunderten und erschrockenen Völkern Europas, denn was sie von uns erwarten, ist doch nur das Schwert und die Gewalt, weil sie sich uns, da sie uns nach sich selbst beurteilen, gar nicht ohne Barbarei vorstellen können. Und das tun sie bis jetzt noch, und je länger, desto mehr!"

In diesem Wunderglauben an die Weltmission Rußlands hat der Bolschewismus auch Berührungspunkte mit Alexander Herzen, der in der allgemeinen Durchführung des russischen Gemeindebesitzes den Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage für alle Länder zu finden glaubte, und der ebenfalls meinte, daß die kapitalistische Ära übersprungen werden könne, und daß Rußland das hinfällige Europa beleben würde.

Auch der Gedanke des Rätesystems hat in spezifisch russischen Verhältnissen seine Wurzeln; ich möchte hier darauf hinweisen, daß der Rätegedanke an sich durchaus nichts Neues ist. Namentlich in allen Ländern, in denen die Arbeiterbewegung syndikalistischen Charakter trug, ist die Einrichtung von Arbeiterräten schon seit langer Zeit vertreten worden. Aber daß man gerade in Rußland zu einer Wiederholung dieses Programms kam, hängt wiederum mit den russischen Zuständen zusammen. Das Rätesystem hat seine Vorläufer in dem Petersburger Arbeiterdeputiertenrat von 1905, als nach den Metzeleien des 9. (22.) Januars 1905 die Regierung durch den Senator Schidlowski Fühlung mit den Arbeitern suchte und zu diesem Zweck zur Wahl der Deputierten aufforderte. Die Arbeiter lehnten, da ihre Bedingungen nicht akzeptiert wurden, die Verhandlungen ab, behielten aber die Vertetung zunächst zu lokalen Zwecken bei. Der Arbeiterdeputiertenrat bestand nach den Ende November 1905 angenommenen Bestimmungen aus Deputierten von jeder Fabrik mit mindestens 400 Arbeitern. Auch der Gedanke der Vereinigung der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt wurde schon vertreten. Der „Verband der Verbände", dessen Kern die freie Vereinigung liberaler Berufe bildete, und der im Laufe der ersten Monate des Jahres 1905 zum Zweck der Verfolgung in erster Linie politisch-demokratischer Ziele gegründet wurde, publizierte das Projekt einer konstituierenden Versammlung, welche in 968 Wahlkreisen des Reiches von allen über 21jährigen Bürgern beiderlei Geschlechts gewählt, die gesamte gesetzgebende, ausführende und richterliche Gewalt in sich vereinigen sollte: Die Diktatur der „Masse also und die Schaffung eines monströsen zentralen Revolutionstribunals". (Max Weber, a. a. O. S. 291.) Der Boykott der Dumawahlen wurde auf dem Anfang Mai 1905 abgehaltenen Kongreß der sozialdemokratischen Gesamtpartei Rußlands gegen den heftigen Widerstand der Bolschewiki aufgehoben. Auch der für den Bolschewismus charakteristische Zusammenschluß des eigentlichen Proletariats mit den Bauern wurde damals schon angestrebt. In einem von der russischen sozialdemokratischen Partei verbreiteten Bauernflugblatt vom März 1905 heißt es: „Wie sollen sich nun die Bauern zu unserem Kampfe verhalten? Was sollen sie tun? Wem helfen: uns oder dem Zaren? Mit wem zusammengehen: mit uns Arbeitern, die wir um die Freiheit ringen, oder mit dem Zaren, der uns eben wegen dieses Kampfes hinschlachtet? — Darauf kann es nur eine Antwort geben: mit uns Arbeitern, mit ihren Brüdern, Söhnen und Genossen! Ihr Bauern des großen russischen Landes müßt Euch unserer Bewegung anschließen! Ihr Bauern müßt im Kampfe mit dem Zaren und seiner Regierung unter die rote Fahne unserer Arbeiterpartei treten! Und vereint, mit gemeinsamen Kräften,

werden wir bald die Freiheit erringen." (Dokumente des Sozialismus. 1905, Bd. 5, S. 474.) Tatsächlich hatten sich die Vertretungen des Bauernbundes formell mit den sozialistischen Organisationen des Arbeiterdeputiertenrates und mit dem Verband der Verbände zusammengeschlossen. Soweit aber der Bolschewismus nicht in spezifisch russischen Anschauungen und Verhältnissen begründet ist, und fremdländische Ideen und Parteianschauungen von maßgebendem Einfluß waren, sind es nicht so sehr marxistische als vielmehr andere Richtungen, die besondere Bedeutung haben.

c) Der Bolschewismus eine Mischung von blanquistischen, syndikalistischen, anarchistischen und owenistischen Gedanken.

1. Blanquistisch. Es entspricht blanquistischen und nicht marxistischen Gedankengängen, wenn Lenin und Trotzki die soziale Umwälzung durch gewaltrevolutionäres Vorgehen gegen die besitzenden Klassen herbeiführen wollen. Ich verweise auf das, was ich oben über die blanquistische Taktik sagte und füge noch hinzu, daß bis auf Einzelheiten die blanquistische Politik mit der der Bolschewisten übereinstimmt. Dies ergibt sich aus den revolutionären Forderungen, die Blanqui in seiner Schrift „Kapital und Arbeit" veröffentlichte. Er verlangt da in politischer Hinsicht: Unterdrückung der Armee und des Richterstandes. Unmittelbare Aufhebung der mittleren und höheren Beamtenstellen. Provisorische Aufrechterhaltung der niederen Beamtenstellen. Austreibung der ganzen schwarzen Armee, der männlichen und der weiblichen. Vereinigung aller beweglichen und unbeweglichen Güter der Kirchen, Klostergemeinden und Brüderschaften beider Geschlechter, sowie ihrer Strohmänner mit der Staatsdomäne. Wiederholung dieser Maßregel gegen alle wirklichen Feinde der Republik vom 24. Februar 1848. Annullierung jedes Verkaufes dieser Güter oder aller auf dieselben gelegten Hypotheken von diesem Datum an.

Reorganisation des Beamtenpersonals. Aufhebung des Strafgesetzbuches und der Gerichtshöfe. Einführung von Schiedsrichtern für zivile, von Geschworenen für strafrechtliche Angelegenheiten, einer der Schuld angemessenen Bestrafung, welche immer durch die Jury bloß nach ihrem Gewissen, ohne obligatorischen Tarif festgesetzt wird, während von vornherein nur die Art der verschiedenen Strafen bestimmt ist.

Formierung einer nationalen Landwehrarmee. Allgemeine Bewaffnung der Arbeiter und der republikanischen Bevölkerung.

Keine Freiheit für den Feind.

In finanzieller Hinsicht: Unterdrückung des Hauptbuches der Staatsschuld. Kommission zur Regulierung der Sparkasse. Ersetzung aller direkten und indirekten Steuern durch eine direkte nach der Hinterlassenschaft und den Einkünften progressiven Steuer.

Als Regierungsform die Pariser Diktatur. Ein Jahr der Pariser Diktatur im Jahre 1848 hätte Frankreich und der Geschichte das Vierteljahrhundert erspart, welches seinem Ende nahe ist."

2. Syndikalistisch. Indem die Syndikalisten einerseits ihre Gegnerschaft gegen den Staat, gegen den Parlamentarismus und gegen die Demokratie betonen, andererseits die Wichtigkeit der revolutionären Betätigung der Arbeiter in ihren Betrieben und in ihrer Berufsorganisation hervorheben, besteht in diesen Punkten eine Übereinstimmung mit den Bolschewisten. Die syndikalistischen Ideen waren von größtem Einfluß auf die Ausbildung der bolschewistischen Lehre. Folgerichtig haben auch die deutschen Syndikalisten eine Entschließung für die Sowjet-Republik Rußlands angenommen, und ähnliche Beschlüsse wurden auch von den syndikalistischen Gruppen der übrigen Länder gefaßt. Aber wenn die Syndikalisten die direkte Aktion, die schaffende Tat der Massen statt des Parlamentarismus verlangen, so soll doch diese direkte Aktion die Verlegung aller Betätigung in die einzelnen lokalen Gewerkschaften bedeuten. Der Bolschewismus dagegen hat in seinem Rätesystem eine stark zentralistische Macht mit großen Machtbefugnissen der Zentralinstanz eingerichtet. Die Syndikalisten sind vollkommen antistaatlich, sie wollen nur ökonomisch, nicht politisch wirksam sein. Dennoch haben immer die Syndikalisten ihren starken Sympathien zu gewissen Grundprinzipien des Bolschewismus Ausdruck verliehen. So heißt es in einem Artikel der Zeitschrift „Der Syndikalist“: „Solange der Westen nicht sozialistisch revolutioniert sein wird, haben wir nur ein Gut dorthin zu vermitteln. Und das ist der Bolschewismus. Eine Allianz für das sozialistische Deutschland kann es nur mit der russischen Räteregierung geben.“ (Nationalversammlung und Syndikalismus. Der Syndikalist. Nr. 6. 1919.) In demselben Artikel lautet aber ein anderer Satz: „Wollen die Arbeitenden selbst regieren — und sie allein können die Regierenden in einer sozialistischen Gesellschaft sein — dann ist der Staat unmöglich. Die Arbeitenden besorgen ja dann ihre Regierungsgeschäfte selbst und brauchen keine Zentrale und keine Nationalversammlung. Die Arbeiter arbeiten dann endlich für sich und nicht für Nichtstuer, und brauchen keine militärische Macht, weder nach innen, noch nach außen.“ Dies ist ganz antibolschewistisch, denn die Syndikalisten lehnen nicht nur eine Nationalversammlung, sondern auch jede Zentrale ab, während in der russischen Räterepublik eine starke Zentralgewalt und Militärgewalt vorhanden ist. Wenn es dann ferner heißt: „Die Syndikalisten wollen die eigene Herrschaft der Arbeiter, die den Arbeiterräten zu übertragen ist“, so ist auch das im Gegensatz zum russischen Rätesystem gemeint, denn die syndikalistischen Arbeiterräte sind als autonome, lokale, gewerkschaftliche Räte gedacht. Ausdrücklich wird das Rätesystem der deutschen kommunistischen Parteien abgelehnt: „Die Syndikalisten sind Anhänger des reinen Rätegedankens, aufgebaut auf den sozial-revolutionären Gewerkschaften.“ Sie erstreben ein gewerkschaftliches Rätesystem. Auch in Rußland sollen sich die Räte aufbauen auf lokalen Organisationen, aber es sollen Vertreter der einzelnen Betriebe gewählt werden und die Räte sollen ihre Spitze in der allrussischen Räteversammlung haben. „Die Gewerkschaften“, erklären dagegen die Syndikalisten, „müssen zu Räteorganisationen ausgebaut werden.“ (Die kommunistische Partei und die

Syndikalisten. Der Syndikalist. Nr. 30, 1919.) „Die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner müssen die „Räte“ der Arbeiter werden, sie müssen mit den Arbeitern der Betriebe beraten, was in der jeweiligen Situation zu tun ist. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Betriebe und der Gewerkschaftskartelle beschließen die Aktionen nach Beratung mit ihren Vertrauensmännern, mit ihren „Räten“. So einfach ist der organisatorische Rahmen, wenn die Arbeiter syndikalistisch, natürlich, also gesund organisiert sind. Diese gesunde Organisation aber wird verhindert von den Parteien und von den Zentralverbänden.“ Ausdrücklich wendet sich diese Auffassung gegen die Räteverfassung der U. S. P. nach bolschewistischem Muster. „Die Generalversammlung der Rätevereinigung nimmt zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen Stellung. Sie entscheidet über die Notwendigkeit politischer Aktionen und führt diese Aktionen gemeinsam mit den anderen auf dem Boden des revolutionären Sozialismus stehenden Organisationen der Arbeiterschaft durch. Die Generalversammlung stellt außerdem einheitliche Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsräte auf, wie sie auch das Verhältnis der Hauptgruppen zueinander regelt.“ Diese Generalversammlungspolitik wird als Politik und Utopie zugleich erklärt. Es soll also ein Rätesystem nicht nur von unten nach oben erbaut, sondern auch mit möglichster Unabhängigkeit der Gruppen errichtet werden. Ein Gruppensystem, aber kein zentralistisch organisiertes Rätesystem. Wie genau ist dagegen das Wahlreglement im russischen Rätesystem geregelt. Das alles ist nicht Syndikalismus: „Hiernach wird es klar“, so heißt es in einer syndikalistischen Broschüre, „wie sehr sich das von uns angestrebte Rätesystem unterscheidet von allen anderen. Wir verstehen darunter nichts besonderes, neues, sondern schlechthin die Ordnung aller gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Arbeiter selbst. Die Räte sollen durch kein Wahlreglement bestimmt, keinen gesetzlichen Schranken unterworfen und von keiner Regierung abhängig sein. Sie sind die produzierenden, verwaltenden, regelnden und ausführenden Organe des Arbeitervolkes. Sie regeln alle Angelegenheiten im Wege der gegenseitigen Vereinbarung, ohne parlamentarischen Zwang, ihre Grundlage bilden und bleiben stets die Arbeiter in den Betrieben, das heißt die Gewerkschaften. Selbstverständlich können die einzelnen Kommissionen und Interessengruppen auf dem Wege der freien Vereinbarung in Meinungsaustausch mit den Kommissionen oder Gruppen anderer Bezirke, die gleiche oder ähnliche Aufgaben oder Ziele haben, treten, wie z. B. die Schulkommissionen; diese Zusammenkünfte hätten aber nur einen klärenden und wegweisenden Charakter; jeder Gruppe bleibt die Freiheit der Entwicklung vorbehalten.“ (Der kommunistische Aufbau des Syndikalismus im Gegensatz zum Partei-Kommunismus und Staatssozialismus. S. 10.)

Wie in bezug auf das Rätesystem unterscheiden sich die Syndikalisten auch in Hinsicht auf die D. P. von den Bolschewisten. Auch hier tritt der antistaatliche, dezentralistische Charakter des Syndikalismus hervor. Eine D. P. wie in Rußand, wo die Diktatur von einer Klasse ausgeübt wird, die die ganze Macht des Landes an sich reißen und einen einheitlich organisierten Willen darstellt, ist dem Syndikalismus fremd. Sie sind gegen jede politische

Diktatur und überhaupt gegen Anwendung terroristischer Maßnahmen, sie kennen nur den Streik als Kampfmittel.

3. Anarchistisch. Mit den Anarchisten haben die Bolschewisten gemeinsam, daß sie Gegner des Staates (im herkömmlichen Sinne) und Gegner der parlamentarischen Betätigung sind. Besonders eng sind die Berührungspunkte mit den sogenannten kommunistischen Anarchisten, und der von ihnen vertretenen kommunistischen Taktik. Und hier sind es wieder vor allen Dingen die russischen Anarchisten, wie Bakunin, deren Ideen große Ähnlichkeit mit denen der Bolschewisten aufweisen. Aber die Bolschewisten vertreten zugleich grundverschiedene Auffassungen gegenüber den Anarchisten. Daher ist es verständlich, daß die russische Räteregierung die Anarchisten entwaffnet hat, und daß die anarchistischen Gruppen der verschiedenen Länder immer wieder scharfe Erklärungen gegen den Bolschewismus abgeben. Die Unterschiede beruhen auf folgendem:

α) Die Anarchisten bekämpfen den „Staat" prinzipiell und grundsätzlich. Sie erstreben eine staatlose Gesellschaft. Sie lehnen jede Bevormundung des freien Einzelnen durch eine Zentralgewalt, durch Gesetz oder Obrigkeit ab. Sie erstreben freie Vereinigungen freier Menschen. „Die Grundform der sozialistischen Kultur ist der Bund der selbständig wirtschaftenden und untereinander tauschenden Gemeinden . . . Der selbständige Einzelne, dem keiner in das hineinspricht, was seine Sache allein ist; die Hausgemeinschaft der Familie, der Haus und Hof ihre Welt sind: die Ortsgemeinde, die autonom ist; das Amt oder der Gemeindeverband und so immer mehr ins Breite mit einer immer kleineren Zahl Aufgaben die umfassenderen Verbände — so sieht eine Gesellschaft aus, das allein ist der Sozialismus, für den zu wirken sich lohnt, der uns aus unserer Not erretten kann." (Landauer, Aufruf zum Sozialismus. S. 130—131.)

Die Bolschewisten sind auch Gegner des Staates, aber des kapitalistischen Staates, des Staates der Bourgeoisie, keineswegs der Staatsgewalt und einer staatlichen Ordnung überhaupt. Im Gegenteil, wir sahen oben, wie die Sowjetregierung eine Staatsgewalt mit so straffer und strenger Regelung eingeführt hat, wie sie kaum in einem kapitalistischen Staatswesen zu finden ist. Der Bolschewist Radek sagt in einer gegen die Anarchisten verfaßten Broschüre: „Das Proletariat zerstört den Staat als Apparat der Ausbeutung und der Vergewaltigung der Volksmassen, aber es behält den Staatsapparat bei, um die Kapitalistenklasse endgültig zu enteignen und niederzuhalten." (Radek, Anarchismus und Räteregierung. S. 5.) „Die Räterevolution", heißt es an anderer Stelle, „wäre durch die Kräfte der Reaktion bereits längst unterdrückt, hätte sie nicht ein zentrales Kampforgan, das heißt eine Regierung, das heißt die Staatsgewalt geschaffen, die alle Kräfte der lokalen Sowjets zusammenfaßt und leitet." (Radek, a. a. O. S. 11.) Zur Vernichtung der Bourgeoisie hält also der Bolschewismus einen eigenen Arbeiterstaat, eine eigene Arbeitergewalt für notwendig, während die Anarchisten jede Klassenherrschaft ablehnen. Ebenso spricht ein anderer Führer des Bolschewismus, Bucharin, von der unwissenschaftlichen, ja geradezu kindlichen Vorstellung vom Staat, welche

die A. hätten (Bucharin, Anarchismus und wissenschaftlicher Kommunismus. S. 8.). Auch er betont, daß das Proletariat für seinen Kampf eine Organisation braucht und eine solche Macht sei die Staatsgewalt.

β) Die Bolschewisten wollen die sozialistische Gesellschaft in Form von zentralisierten Großbetrieben, und gerade die D. P. soll ein Mittel sein, diese Vollsozialisierung durchzuführen. Im Gegensatz dazu erstreben die Anarchisten kleine lokale Wirtschaftsgruppen, sie treten für dezentralisierte Produktion ein, sie wollen den einzelnen Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftsgruppen möglichste Selbständigkeit und Unabhängigkeit gewähren und die Kleinbetriebe aufrecht erhalten. Bucharin hat treffend den Gegensatz einmal dahin charakterisiert: „Wir sind für die zentralisierte Produktion der Großbetriebe, welche die Produktivkräfte bis zum Maximum entwickelt, die Anarchisten aber für eine dezentralisierte Kleinproduktion, die das Niveau dieser Produktivkräfte nicht erhöht, sondern vermindert. (Bucharin, Anarchismus und wissenschaftlicher Kommunismus. S. 9.) Hieraus ergibt sich auch die verschiedene Stellung beider Richtungen zur D. P. Im Grunde wollen die Anarchisten überhaupt keine D. P., weil sie gegen jede Form der Herrschaftsgewalt sind. Sie treten für Gewaltaktion Einzelner oder für Gruppenaktion ein, nicht aber für planmäßig organisierte Massenorganisation. Hier also, wie auf wirtschaftlichem Gebiet, Dezentralisation, nicht Zentralisation. Das zersplitterte, von einzelnen kleinen Gruppen ausgehende terroristische Vorgehen der Anarchisten hat nichts mit der D. P. im bolschewistischen Sinne zu tun, daher betont auch Bucharin: „Die zweite wesentliche Frage, welche die Kommunisten von den Anarchisten trennt, ist die Frage der Stellung zur proletarischen Diktatur . . . Durch ihren Verzicht auf die D. P. begeben sie sich der stärksten Waffe im Kampfe; durch ihren Kampf gegen diese Diktatur desorganisieren sie die Kräfte des Proletariats, schlagen sie dem Proletariat das Gewehr aus der Hand, helfen objektiv der Bourgeoisie und den sozialverräterischen Agenten dieser Bourgeoisie." (Daselbst. S. 9 u. 11.) Auch Lenin hebt hervor, daß die Anarchisten die Ausnutzung der Staatsgewalt durch das revolutionäre Proletariat durch dessen revolutionäre Diktatur ablehnen. (Lenin, Staat und Revolution. S. 107.) An anderer Stelle sagt er: „Alle Gewohnheiten und Traditionen der Bourgeoisie und besonders der Kleinbourgeoisie gehen ebenfalls gegen die Staatskontrolle, für die Unantastbarkeit des „heiligen Privateigentums", des „heiligen" Privatunternehmens. Wir sehen jetzt besonders deutlich, bis zu welchem Grade der marxistische Satz richtig ist, daß der Anarchismus und der Anarcho-Syndikalismus bürgerliche Strömungen sind, in welch unversöhnlichem Gegensatze sie zum Sozialismus, zur proletarischen Diktatur, zum Kommunismus stehen." (Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. S. 23.)

4. Owenistisch. Mit ihrer Auffassung, daß es nur der nötigen Erziehung und Charakterbildung bedürfe, um die Arbeiter zum „Sozialismus" reif zu machen, knüpfen die Bolschewisten an ältere Ideen von Robert Owen an. Ich zeigte oben, wie dieser englische Sozialist schon in seinen zu Anfang des 19. Jahrhunderts erschienenen Schriften den Gedanken vertreten hat, daß durch eine gründliche Erziehung

die Charaktere der Menschen von Grund auf reformiert und für die sozialistische Gesellschaftsordnung reif gemacht werden könnten. Es ist derselbe Gedanke, wenn Trotzki meint, daß durch die von ihm eingeführte Arbeitsdisziplin ein Maximum an Gewissenhaftigkeit und Pflichterfüllung und Schaffensfreude erzielt werde, und daß sich dann eine neue: die kommunistische Moral entfalten werde. Es ist eine ähnliche Auffassung, wie die von Lenin vertretene, daß durch die Gewöhnung sich eine neue Moral bilden werde: „Zum Sozialismus strebend, sind wir überzeugt, daß er zum Kommunismus hinüberwachsen muß und im Zusammenhang damit jede Notwendigkeit einer Vergewaltigung der Menschen überhaupt, einer Unterordnung eines Menschen unter den anderen, eines Teiles der Bevölkerung unter den anderen, wird verschwinden müssen, denn die Menschen werden sich gewöhnen, die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Vergewaltigung und ohne Unterordnung innezuhalten." (Lenin, Staat und Revolution. S. 75.)

C. Kritische Schlußbetrachtungen über den Bolschewismus.

Die Kritik des Bolschewismus hat die bolschewistische Theorie und die bolschewistische Praxis zum Gegenstande. Was die bolschewistische Theorie anlangt, so ist diese Aufgabe um deswillen erschwert, weil eine einheitliche, geschlossene bolschewistische Theorie überhaupt nicht vorliegt. Wäre der Bolschewismus nichts anderes als Marxismus, wie die Führer des Bolschewismus immer wieder betonen, so würde man zur Kritik der bolschewistischen Theorie einfach eine Kritik des Marxismus zu geben haben. Tatsächlich ist aber der Bolschewismus, wie ich gezeigt habe, eine Mischung marxistischer, blanquistischer, syndikalistischer, anarchistischer und owenistischer Gedanken, und so müßte die Kritik, streng genommen, alle diese einzelnen Richtungen wieder kritisch behandeln; dies soll an dieser Stelle jedoch nicht geschehen. Ich verweise vielmehr auf die kritischen Bemerkungen, die ich an verschiedenen Stellen dieses Buches gegenüber den genannten Richtungen gegeben hatte.

Anders ist es mit der bolschewistischen Praxis und Politik, hier liegen nicht nur ganz klare und bestimmte Vorschläge vor, sondern die bolschewistischen Grundsätze sind zum großen Teil praktisch verwirklicht worden, oder es ist zum wenigsten die praktische Durchführung versucht. Niemals ist in der Geschichte bisher der Fall vorgekommen, daß eine große sozialrevolutionäre Bewegung so energisch durchgeführt wurde und daß die Führer dieser Bewegung so lange Zeit die Herrschaft in der Hand behalten konnten. Was wollen dem Bolschewismus gegenüber, der Chartismus, die Februarrevolution, der Kommune-Aufstand bedeuten, was die Dauer der sozialrevolutionären Maßnahmen anlangt.

Selten ist der Nationalökonom in der Lage, über kühne Reformpläne von Sozialisten und Sozialreformern der verschiedenen Schattierungen aus den praktischen Erfahrungen heraus Kritik zu üben; denn in der Regel sind diese Pläne unausgeführt geblieben, sie waren Gedankengebilde, die

niemals Fleisch und Blut gewannen. Die D. P. und das Rätesystem sind tatsächlich zur Durchführung gelangt: an ihren Früchten können wir sie erkennen.

Die Kritiker der bolschewistischen Bewegung überhaupt, wie besonders der von den Bolschewisten durchgeführten D. P. und des Rätesystems, machen häufig den Fehler, daß sie die ganze Schuld an den schweren Mißständen und Kalamitäten der heutigen russischen Volkswirtschaft den bolschewistischen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Last legen. Es ist zu bedenken, daß Rußland durch die Kriegsereignisse aufs schwerste getroffen wurde, daß wie die meisten kriegführenden Länder besonders auch Rußland durch den Krieg selbst in eine Trümmerstätte verwandelt wurde. Zum großen Teil ist die elende Lage, in der sich heute die russische Industrie und Landwirtschaft befindet, auf den Krieg und die damit zusammenhängenden Ereignisse zurückzuführen. Wenn man dies auch zugibt, muß doch der objektive Beurteiler der dortigen Zustände zum Resultat kommen, daß die bolschewistische Politik in der Hauptsache Fiasko erlitten hat, daß alle großen Hoffnungen und Erwartungen, welche die Bolschewisten an ihre Neuordnung der russischen Politik und Volkswirtschaft geknüpft haben, unerfüllt geblieben sind.

Die von den Bolschewisten durchgeführte revolutionäre Bewegung hat wieder die alte Erfahrung bestätigt, die bei allen großen sozialen Revolutionen seit den Chartisten bis zur Gegenwart gemacht worden ist, daß die politischen Ziele der Revolution leichter und nachhaltiger durchgeführt werden können als die wirtschaftlichen. Die äußere politische und verfassungsmäßige Neugestaltung ist tatsächlich zustande gekommen und hat sich bis heute erhalten. Die wirtschaftliche Umgestaltung ist dagegen gänzlich mißglückt und hat in vielen Punkten zur völligen Rückbildung zu dem älteren, kapitalistischen Wirtschaftssystem geführt. Die politische Macht des Bolschewismus ist noch nicht zusammengebrochen. Auf diesem Gebiet kann also von einem gewissen äußeren Erfolg gesprochen werden; aber dieser Erfolg ist keineswegs ein innerer. Das Buchstabenwerk einer Verfassung kann äußerlich aufrecht erhalten werden und dabei braucht dennoch von dem Geiste, von dem die Begründer der Verfassung ausgegangen sind, keine Spur enthalten zu sein. Denn daß die bolschewistische Gesetzgebung durch das Rätesystem eine vollkommenere, den wahren Volksabsichten angepaßtere geworden sei, wird niemand behaupten wollen. Wie viele der Gesetze und Verordnungen der Räterepublik mußten nach kurzem wieder aufgehoben werden, andere sind gänzlich unausgeführt geblieben.

Die Beamten sollten an Zahl bedeutend reduziert werden, weil ein großer Teil der Beamtentätigkeit vom Selbstverwaltungskörper der Räte übernommen werden sollte. Aber gerade unter der Sowjetherrschaft hat eine enorme Vermehrung des Beamtenheeres stattgefunden. Und die Beamten selbst? Sie sollten frei sein von der Willkür und der Korruption der kapitalistischen Ära. Alle Erfahrungen, die mit dem neuen Beamtentypus gemacht wurden, haben das Gegenteil erwiesen. Die neuen, von den Räten gewählten Beamten haben sich oft als gänzlich unfähig für ihre

Posten erwiesen, und das hat namentlich im Eisenbahnwesen zu den schwersten Mißständen geführt. Die „alten" Beamten mußten in großem Umfang wieder zu ihren Funktionen herangezogen werden und allgemein wird bei dem neuen Regime über Korruption und Bestechlichkeit des Beamtentums geklagt. So sagt Lenin: „Im Eisenbahnwesen, das vielleicht am anschaulichsten die wirtschaftlichen Zusammenhänge des durch den Großkapitalismus geschaffenen Organismus verkörpert, zeigt sich dieser Kampf des kleinbürgerlichen Elements der Liederlichkeit gegen die proletarische Organisiertheit besonders hervorstechend. Die „Verwaltungs"-Elemente stellen Saboteure, bestechliche Beamte in großem Überfluß, das proletarische Element kämpft in seinem besten Teile für die Disziplin, aber unter dem einen wie dem anderen Element gibt es viele schwankende, „Schwache", die nicht fähig sind, der „Verführung" von Spekulation, Bestechung des persönlichen Vorteils zu widerstehen, die um den Preis der Schädigung des ganzen Apparates, von dessen richtiger Arbeit der Sieg über Hunger und Arbeitslosigkeit abhängt, erkauft wird."

Das Rätesystem sollte bewirken, daß die Vertreter in den einzelnen Körperschaften die wirkliche Volksstimmung und die wahren wirtschaftlichen Interessen der großen Volksmasse zum Ausdruck bringen. Tatsächlich wird oft nur durch terroristische Mittel erreicht, daß die erwählten Vertreter Anhänger des Bolschewismus sind. Mitglieder anderer Parteien oder Richtungen werden systematisch ferngehalten. Die Räteverfassung soll die politische Form des Proletariats sein. Tatsächlich hat sie sich zu einer Diktatur Lenins und seiner Anhänger entwickelt. Vielfach fügen sich die Beamten und Abgeordneten den neuen Verfassungsbestimmungen, ohne innerlich irgendwie mit den bolschewistischen Tendenzen einverstanden zu sein.

Dennoch enthält das Rätesystem einen sehr berechtigten Kern: das ist die stärkere und sachgemäßere Heranziehung wirtschaftlicher Sachverständiger bei der parlamentarischen und politischen Arbeit. Der durchaus richtige Gedanke einer berufsständischen Vertretung in den Parlamenten neben den aus den allgemeinen Wahlen hervorgehenden Vertretern, ist aber in ganz unzureichender Weise zu verwirklichen versucht worden, denn nicht nur sind in ganz einseitiger Weise allein die Lohnarbeiter und die ärmsten Bauern als solche Berufsvertreter zugelassen, es ist auch das berufsständische Prinzip zur einzigen Grundlage der politischen Betätigung gemacht, nicht zu seiner Ergänzung: dies führt zu einer bedenklichen Politisierung aller wirtschaftlichen Betriebe. Darin haben aber die bolschewistischen Befürworter des bolschewistischen Rätesystems ganz recht, wenn sie verlangen, daß die sachkundigen Vertreter aus Landwirtschaft, Industrie und Verkehr mitberaten und mitverwalten sollen, daß nicht nur die reinen Politiker und solche, die diesen wirtschaftlichen Fragen fern stehen, die Gesetzgebung und Verwaltung beherrschen sollen. Nur muß dann auch mit dieser Forderung ernst gemacht werden, und es ist nicht möglich, dieses notwendige sachverständige Urteil zu erhalten, wenn das aktive und passive Wahlrecht allein auf die Lohnarbeiter und ärmsten Bauern beschränkt wird.

Gänzlich hat die D. P. versagt, soweit es sich um die Verwirklichung wirtschaftlicher Ziele handelt. Hier ist sehr bald an die Stelle der Diktatur der Arbeiterklasse die Diktatur Einzelner getreten, und zwar war diese Entwicklung eine ganz naturgemäße. Denn die Bolschewisten gingen von der Fiktion aus, als ob durch Nivellierung der Lohnsätze eine einheitliche und geschlossene Klassenbildung möglich wäre. Von einer Einheitlichkeit und Geschlossenheit kann aber im sogenannten Proletariat gar nicht die Rede sein. Abgesehen davon, daß schon die industriellen Lohnarbeiter und die ärmsten Bauern durchaus verschiedene soziale Schichten darstellen, ist auch die Lohnarbeiterklasse in sich selbst wieder stark differenziert. Je nachdem es sich um mehr oder weniger qualifizierte oder unqualifizierte Arbeitsleistungen handelt, sind die größten Verschiedenheiten vorhanden. Dazu kommt noch, daß man auch die Vertreter der dispositiven und der organisatorisch-technischen Arbeit zu der Schicht der exekutiven Arbeiter hinunternivellieren wollte und daß selbst die früheren Unternehmer, die in die Betriebe wieder hineingezogen wurden, mit dem Durchschnittslohn abgefunden werden sollen. Alle die genannten Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher, zwischen qualifizierter und unqualifizierter, zwischen dispositiver und exekutiver Arbeit machten sich in praxi in der schärfsten Weise geltend, und es war ganz unmöglich, die Schicht der einfachen Arbeiter, die nicht die nötige geistige und sittliche Reife hatten, zu Herrschern der Betriebe zu machen. Der erschreckende Rückgang in der Produktivität der Betriebe zwang Lenin dazu, immer mehr das Kollegialsystem aufzugeben und zum System der Einzeldiktatur überzugehen. Dazu zwang aber auch der Mangel an Disziplin, der dadurch hervorgerufen wurde, daß bei dem System der Klassendiktatur jede einheitliche Leitung fehlte. Hier machte man ganz dieselben Erfahrungen, die so häufig bei den Arbeiterproduktivgenossenschaften gemacht wurden. Besonders lehrreich war schon das Experiment, das in der Februarrevolution gemacht wurde, wo schon einmal eine latente D. P. bestand, und wo eine Hauptforderung der Arbeiterschaft: Bewilligung von Staatskredit an die Arbeiterproduktivgenossenschaften, angenommen wurde. Von den 56 Arbeiterproduktivgenossenschaften, die im Juli 1848 mit 3 Millionen Mark Kredit vom Staat unterstützt wurden, bestanden 1853 nur noch 9.

So hat sich Lenin selbst genötigt gesehen, immer mehr zu den kapitalstischen Lohn- und Arbeitsmethoden zurückzukehren: zur Differenzierung der Arbeitslöhne, zu Prämien für besonders tüchtige Leistungen, ja sogar zu dem schroffsten Mittel des Kapitalismus, zu dem Taylorsystem. In bemerkenswerter Offenheit haben Lenin, Trotzky und die anderen bolschewistischen Führer zugegeben, daß das Proletariat noch gar nicht die Reife, die Erziehung und die kulturelle Höhe habe, um den Anforderungen gerecht zu werden. Dies hat auch zu einer Revision des bolschewistischen Programms geführt, das durch ein neues Programm im März 1919 ersetzt wurde. In diesem Programm wird wörtlich von der Unerzogenheit der Massen gesprochen, die es zu überwinden gelte. Durch hartnäckige systematische Arbeit müsse die Grundlage einer Arbeitsdisziplin, das äußerste Verantwortungsgefühl und die strengste gegenseitige Kontrolle über die

Produktivität bei der Arbeitsleistung erzielt werden. Also dieselbe Klasse, die gleich nach der siegreichen Revolution die politische und wirtschaftliche Diktatur über alle übrigen Volksgenossen ausüben sollte, wird als „unerzogen" bezeichnet. Lenin ist dennoch optimistisch genug zu glauben, daß durch Erziehung und Gewöhnung nach einer gewissen kurzen Zeit die Arbeiterschaft auf die Höhe gebracht werden könnte, um die besser bezahlten bürgerlichen Intellektuellen entbehren zu können.

Das Fiasko, das man durch das Kollegialsystem der Betriebsräte erlebt hat, führte zu dem neuen Dekret, wodurch die Betriebsräte aufgehoben und durch die Leitung seitens einzelner Organisatoren ersetzt wurden. Lenin hofft allerdings, daß hierdurch kein Rückfall in den Kapitalismus zu befürchten sei, weil durch die Macht der Arbeiterorganisation und die Oberaufsicht der „erprobten" Kommunisten diese Herrschaftsgelüste unterdrückt werden könnten, da es sich nur um ein Übergangsstadium handle, bis die ganze Arbeiterschaft sich die nötigen Fähigkeiten angeeignet hätte. Zu diesem Zweck ist im neuesten bolschewistischen Programm vorgeschlagen, daß die Arbeiter täglich zwei Stunden ohne besondere Entschädigung auf die Theorie des Handwerks und der Produktion, sowie praktische Ausbildung in der Technik, der Staatsverwaltung und im Militärdienste zu verwenden hätten. Ferner ist durch ein neues Gesetz die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt, während sie früher nur für die Reichen durchgeführt werden sollte. Diese allgemeine Arbeitspflicht, die durch ein neues von Trotzki verfaßtes Gesetz der Sowjetrepublik eingeführt wurde, gibt in 37 Punkten die teilweise rigorosen Bestimmungen eines militärischen Zwangssystems der Arbeit. Die Arbeiter sollen von überall her, auch aus der Armee und vom Lande gesammelt und mit harten Zwangsmaßregeln zur Arbeit herangeholt werden. Um die Arbeiten festzustellen, die notwendig in erster Linie geleistet werden müssen, sollen lokale Institutionen geschaffen werden, die den Bedarf an Arbeitskräften ermitteln und die Arbeit verteilen. Schließlich wird direkt die Militarisierung der Arbeit als „unbedingte Notwendigkeit" für jede Übergangswirtschaft, die auf dem Prinzip der allgemeinen Arbeitspflicht aufgebaut ist, bezeichnet. Den militaristischen Formationen müßten die „natürlichen Führer und Organisatoren entnommen und ihnen die Arbeiter untergeordnet werden."

Der Gedanke der allgemeinen Arbeitspflicht hat wie der des Rätesystems zweifellos etwas sehr berechtigtes. Aber diese Arbeitspflicht muß eine sittliche sein, sie muß als ethisches Postulat jedem Bürger, ob reich oder arm und welcher sozialen Schicht er angehören möge, in Fleisch und Blut übergegangen sein. Aber nicht durch militärischen Drill und durch einen Zwang für die Einzelnen, bestimmte Arbeiten zu leisten, kann die Arbeitspflicht wirtschaftlich fruchtbar gemacht werden. Erzwungene Arbeit ist erfahrungsgemäß schlecht. Es ist ein merkwürdiger Widerspruch, daß Lenin, der zu der kapitalstischen Methode der Wirtschaftsführung seine Zuflucht genommen hat, hier ein Mittel versucht, das dieser Methode widerspricht, welche freie Arbeitsleistung voraussetzt.

So wenig die Arbeiter unter diesem Zwangssystem bereit sein werden, tüchtige Leistungen auszuführen, so wenig werden die Techniker, die bürgerlichen Spezialisten und Organisatoren gewillt sein, unter der Oberaufsicht von „erprobten Kommunisten" zu arbeiten; der Gedanke, daß in kurzer Zeit die einfachen Arbeiter durch Erziehung und Gewöhnung die Fertigkeiten sich aneignen könnten, um die zunächst noch den höher bezahlten Angestellten anvertrauten Leistungen auszuführen, ist utopisch. Alles sollte nach bolschewistischer Auffassung der „schöpferischen Kraft" der Massen anvertraut werden. Es fehlt vollkommen das Verständnis für die Bedeutung der Einzelpersönlichkeit, des Talentes, der schöpferischen Kraft. Solche Persönlichkeiten können sich nur entfalten, wenn ihnen die nötige Freiheit und der Spielraum zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten gegeben wird.

Ob sich einmal der Traum der Bolschewisten verwirklichen und die Menschheit in der Zukunft ein Stadium erreichen wird, wo alle freiwillig und gern ohne jeden Zwang arbeiten werden, können wir ruhig der Zukunft überlassen. Wir haben jetzt harte Gegenwartsarbeit zu leisten. Ob es sich um ein Land wie Rußland handelt, wo die reichen Naturschätze nur auf organisatorische und schöpferische Kräfte warten, um zu einer enormen Steigerung des Volkswohlstandes ausgenutzt zu werden, oder um ein Land, wie Deutschland, wo unter ungünstigen Naturbedingungen und unter den harten Bedingungen des Versailler Vertrages nur durch intensive geistige Arbeit der Volkswohlstand wieder auf die alte Höhe gebracht und vermehrt werden kann —, in beiden Ländern brauchen wir vor allem Persönlichkeiten, die, durch schöpferische Kraft und mit Wagemut ausgestattet, diese Leistungen vollbringen können. Achtung vor geistiger Arbeit und Verständnis für freie schöpferische Persönlichkeit vermissen wir bei der Art, wie die D. P. in Rußland durchzuführen versucht wurde. Sie entsprechen aber der Diktatur der Vernunft, die über alle Zeitströmungen hinaus doch zum Sieg kommen wird und zum Sieg kommen muß.

XXIII. Vorlesung.

Der Sozialismus in Deutschland. I.

1. Neuere Strömungen im wissenschaftlichen Sozialismus: Neu-Marxismus und Kriegs-Sozialismus.

Wie oben dargelegt (XIX. Vorlesung), hatte der Marxismus vor dem Kriege die unbedingte Vorherrschaft in Deutschland: nicht nur bekannte sich die deutsche Sozialdemokratie geschlossen zu den Gedankengängen von Marx, auch die Autoren, die abseits von der Parteipolitik durch ihre Schriften im Sinne des Sozialismus wirkten, waren ganz überwiegend Anhänger von Karl Marx.

Allerdings waren die Dogmen des Marxismus, die offiziell von seiten der Partei vertreten wurden, nicht unbestritten: wir sahen, wie im sogenannten Revisionismns eine Gegenströmung entstanden war, die unter der geistigen Führung Bernsteins die marxistische Lehre und ihre Nutzanwendung im Parteiprogramm in wesentlichen Punkten Änderungen unterziehen zu müssen glaubten.

Die großen politischen Ereignisse, die mit dem Weltkriege zusammenhingen, hatten eine neue Richtung gegenüber dem älteren orthodoxen Marxismus hervorgerufen. Aus der Sozialdemokratie selbst heraus traten Männer auf, wie Lensch, Renner, Cunow, Hänisch — um nur einige der wichtigsten Namen zu nennen — die in grundsätzlicher Weise an der alten marxistischen Grundauffassung der Partei Kritik übten und in entscheidenden Punkten neue Ideen und Gesichtspunkte für die Politik und Taktik der sozialdemokratischen Partei vertraten. Die von Parvus herausgegebene sozialistische Wochenschrift „Die Glocke" stellte sich in den Dienst dieser Ideen.

Mit kurzen Schlagworten kann man wohl diese neue geistige Bewegung als Neu-Marxismus oder auch als Kriegs-Sozialismus bezeichnen. Während der Revisionismus einerseits hauptsächlich seine Kritik gegen einzelne ökonomische Theorien von Karl Marx richtet, namentlich gegen seine Verelendungs- und Konzentrationstheorie, und andererseits die große Bedeutung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kleinarbeit hervorhob, legte der Neu-Marxismus besonderes Gewicht auf eine neue Auffassung vom Wesen des Staates und von der Bedeutung des nationalen Moments. Während gerade der Führer des

Revisionismus Bernstein eine international-pazifistische Richtung vertrat, wollte umgekehrt der Neu-Marxismus gegenüber der früher einseitig international gerichteten Politik der deutschen Sozialdemokratie, die Bedeutung der Nation und des nationalen Staates, auch für die sozialistische Bewegung in den Vordergrund treten lassen.

Hatte Max Adler schon vor dem Kriege eine Synthese kantischer und marxistischer Gedanken herzustellen gesucht, so wollten die Neu-Marxisten ihrerseits den Gedanken von Hegel, Fichte und Lassalle neue Geltung und Anerkennung, auch innerhalb der Sozialdemokratie verschaffen.

Die Tatsache, daß in allen Ländern die Mitglieder der sozialistischen Parteien sich rückhaltlos zur Verteidigung ihres Vaterlandes zur Verfügung stellten, gab den nationalistischen Ideen innerhalb des Sozialismus einen neuen Nährboden. Lensch bezeichnete geradezu den „Sozialismus" als Retter des „Nationalismus". Die weitgehende staatliche Organisationstätigkeit auf den wirtschaftlichen Gebieten während des Krieges zeigte die Macht des Staates auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Organisation. Lensch prägte in einem Artikel der „Frankfurter Volksstimme" das Wort, „Kriegssozialismus" und wollte damit ausdrücken, daß mit einem, durch die Brotkarte gekennzeichneten System, der bisher größte bewußte Schritt zur Durchorganisierung unseres Wirtschaftslebens getan wäre. In zwei größeren zusammenfassenden Arbeiten hat er seine Gedanken über die „Durchstaatlichung" des Wirtschaftslebens genauer dargelegt. In der 1916 erschienenen Schrift „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück" meint Paul Lensch, daß das heutige Deutschland ein geschichtlich vorgeschrittenes Gesellschaftsprinzip verträte, und daß der Weltkrieg eine neue Epoche eingeleitet hätte, in der das „soziale" Element das individualistische abzulösen sich anschicke. Starke nationale Töne wurden angeschlagen, wie man sie bislang in der deutschen Sozialdemokratie kaum gehört hatte. Wenn zum Beispiel Lensch Deutschland als den „Träger des geschichtlichen Fortschrittes" bezeichnete, und dem deutschen Reich zugleich die Pflicht auferlegte, sich seines geschichtlichen Berufes würdig zu erweisen. (S. 136.) Die „nationalisierende" Kraft des Proletariats wird hervorgehoben, und die Identität von sozialistischer und nationalistischer Arbeit wird behauptet. In seinem zwei Jahre später erschienenen Buche „Drei Jahre Weltrevolution" hat Lensch diese Gedanken noch weitergeführt. Die große völkerbefreiende Aufgabe Deutschlands wird betont, und Deutschland insofern zu England in Gegensatz gestellt, als in Deutschland der Staat niemals so sehr das willenlose Organ der Klassenherrschaft gewesen sei wie in England. (S. 216.) Als große weltgeschichtliche Aufgabe, die dem inneren Deutschland bevorstände, wird es bezeichnet, die Übereinstimmung von Staat und Volk zum ersten Male in der Geschichte durchzuführen.

In ähnlichen Gedankengängen bewegt sich Renners Buch „Marxismus, Krieg und Internationale" (Stuttgart 1918). Auch er weist auf die Notwendigkeit hin, von der staatlosen zu der durchstaatlichten Gesellschaft zu kommen, und auch er war durch den Krieg zu einer neuen Auffassung des Sozialismus gekommen. Der Marxismus habe den Sprung von der

liberalen zur sozialistischen Gesellschaft sich zu einfach vorgestellt und die Zwischenstufen einer durch den Staat bewirkten Organisation übersehen. Es handele sich um die Durchdringung der Privatwirtschaft „selbst bis in ihr Zellgewebe durch die Staatlichkeit, also nicht um Verstaatlichung einiger Betriebe, sondern um die Durchsetzung der gesamten Privatwirtschaft durch deren gewollte und bewußte Bestimmung und Leitung, also gerade durch das, was Karl Marx' System logisch und praktisch ausgeschlossen hat." (S. 12.) Er fordert von diesem Standpunkt eine „Durchstaatlichung der Ökonomie". Renner spricht von der „Verknöcherung" und „Versimpelung" der Klassenkampfidee bei den Marxisten. Nur Stufe für Stufe könne das Proletariat sich nach oben durchkämpfen.

An Stelle des „kindlichen Wunderglaubens" an die Internationale müsse der Gedanke der Pflicht des Proletariats treten, seine ganze Kraft in den Dienst der Selbsterhaltung seiner Nation und seines Staates zu setzen. „Das lebendige Deutschland", erklärte Hänisch (Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege. S. 98), „siegte über eine tote internationale Ideologie".

In ähnlicher Weise hatten sich andere Marxisten in Wort und Schrift ausgesprochen. Zu einer gründlichen Revision des sozialdemokratischen Programms haben diese neu-marxistischen Ideen bisher nicht geführt. Wohl aber sind schon Vorschläge für die Erneuerung des Parteiprogramms in einer von mehreren Mitgliedern der Partei verfaßten Broschüre „Das Programm der Sozialdemokratie" gemacht worden, worin man deutlich den Einfluß der geschilderten neu-marxistischen Gedanken bemerkt.

Die Zersetzung und Zerspaltung der deutschen sozialdemokratischen Partei ging nicht von diesem rechten Flügel, sondern von dem linksradikalen Flügel der Partei aus. Bei dieser gegen die Mehrheit der alten Partei gerichteten Opposition sind bolschewistische Ideen von maßgeblichem Einfluß gewesen. Erst im folgenden Abschnitt soll diese Parteiumgestaltung zur Darstellung kommen. An dieser Stelle aber möchte ich darauf hinweisen, daß ganz ähnliche Ideen, wie wir sie bei den Neu-Marxisten finden, auch aus Kreisen geäußert wurden, die nicht zur Sozialdemokratie gehörten, die überhaupt nicht irgendwie parteipolitisch abgestempelt waren, sondern die wissenschaftlichen Betrachtungen entsprangen, und die teilweise auch von den Vertretern der sogenannten bürgerlichen Nationalökonomie ausgesprochen wurden. Hier sind in erster Linie die verschiedenen Schriften von Plenge zu erwähnen, die seit dem Beginne des Weltkrieges erschienen waren.

Wie für Lensch so lautet auch für Plenge das Losungswort „Organisation". Er spricht von der „deutschen Revolution von 1914", und stellt die Ideen von 1789 denen von 1914 gegenüber. Er nennt die erste Revolution die der zerstörenden Befreiung im 18. Jahrhundert, und die letztere die Revolution des Aufbaues und des Zusammenschlusses aller staatlichen Kräfte im 20. Jahrhundert. (Kriegs- und Volkswirtschaft, Münster 1915.) Plenge meint, der Krieg habe für Deutschland den Übergang aus dem Zustand des Welthandelsstaates in den geschlossenen Handelsstaat

vollzogen und damit den ersten wirklichen Zukunftsstaat gebracht. Denn der geschlossene Handelsstaat sei ein echter Idealstaat: die Utopie Fichtes. Der geschlossene Handelsstaat der Kriegszeit sei die Grundlage für den kommenden deutschen Zukunftsstaat, „der in seinen wirtschaftspolitischen Verhältnissen höher stehe als vor dem Kriege". (S. 85.) In seiner Schrift „Die Revolutionierung der Revolutionäre" (Leipzig 1918) definiert er Sozialismus folgendermaßen: „Sozialismus ist Organisation, die bewußt aufs Ganze geht und dabei die Gesundheit aller ihrer Glieder vor Augen hat, aus denen sie zusammenwächst und ohne deren bereite Mitarbeit sie nicht wirken kann." „An Stelle der bisher über uns schwebenden sozialistischen Zukunftshoffnungen ist unter dem zwingenden Druck des Krieges der erste sozialistische Organisationszustand entstanden." (S. 33.) Plenge meint, der Krieg werde ausgefochten unter dem Zeichen der Ideen von 1914. (Der Krieg und die Volkswirtschaft, Münster 1915, S. 106.) Er erklärt, wenn der Krieg vorüber sein werde, werde eine andere weltgeschichtliche Periode der Volkswirtschaft ihren Anfang nehmen als die, in der wir vor dem Kriege standen. Vor dem Kriege sei die Volkswirtschaft Kapitalismus gewesen, nach dem Kriege werde sie Sozialismus sein, oder wie er sich an anderer Stelle ausdrückt, es werde das erste wirtschaftliche Zeitalter der Volksgenossenschaft kommen. (Plenge, Eine Kriegsvorlesung über die Volkswirtschaft, Berlin 1915, S. 25.) Er behauptet, die Kriegswirtschaft trage ein unverkennbar staatssozialistisches Gepräge. Jaffé spricht von der künftigen „Militarisierung unseres Wirtschaftslebens". Er erklärt, daß das alte Prinzip des Individualismus und der unbeschränkten Freiheit des wirtschaftlichen Lebens seinen Tag gehabt habe, und daß das Kommen der neuen Wirtschaftsordnung zugleich das Ende jenes kapitalistischen Wirtschaftssystems sei, das uns vor nun hundert Jahren aus England überkommen wäre. (Jaffé, Volkswirtschaft und Krieg, Tübingen 1915, S. 12.) Auch Naumann erklärt, daß der staatssozialistische Zug der Kriegswirtschaft den Krieg überdauern werde. (Friedrich Naumann, Mitteleuropa, Berlin 1915, S. 153.) Heuß meint, daß man in Fichtes geschlossenem Handelsstaat die „theoretischen Formulierungen von dem feststellen könne, was heute Verwaltungsorganisation aus Not sei." (Heuß, Kriegssozialismus. S. 14.) Sering spricht von Kriegssozialismus (Die deutsche Volkswirtschaft während des Krieges von 1914/15. Sitzungsberichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften) und meint, die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der deutschen Reichsregierung entsprächen den Fichteschen Forderungen und Vorstellungen. (S. 448.)

Eine eingehende Kritik der Ideen des Neu-Marxismus und des Kriegssozialismus soll hier nicht gegeben werden, sondern nur in Kürze zu der Frage Stellung genommen werden: Ist es berechtigt, die deutsche kriegswirtschaftliche Organisation während des Weltkrieges als Kriegssozialismus zu bezeichnen und stellt die deutsche kriegswirtschaftliche Organisation eine Parallele dar zu Fichtes geschlossenem Handelsstaat?

Der Name „Kriegssozialismus" ist irreführend, und die deutsche kriegswirtschaftliche Organisation kann nicht als sozialistische oder staatssozialistische

bezeichnet werden. Fichtes geschlossener Handelsstaat ist ein streng folgerichtiges staatssozialistisches System; es ist ein sozialistisches System, denn um den wahren Sinn dieser so oft gebrauchten, aber so selten richtig verstandenen Bezeichnung zu erklären: es liegt eine planmäßige gesellschaftliche Regelung des Wirtschaftslebens vor unter Beseitigung der freien Verfügungsgewalt der einzelnen über die Produktionsmittel. Von allem diesem war bei der Neuregelung der Wirtschaftsverhältnisse im Weltkriege nicht die Rede. Wenn man alle die Hunderte von Kriegsmaßregeln daraufhin prüft, so findet man, daß gerade das, was das Fundament der sozialistischen Ordnung ausmacht, nämlich eine geregelte Produktion, überhaupt nicht vorgenommen wurde. Die wichtigsten wirtschaftlichen Maßregeln lassen sich kurz dahin zusammenfassen: Es wurde eine teilweise staatliche Regelung des Vertriebes und der Verteilung einiger wichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel vorgenommen. Dies kann aber niemals und in keinem Sinn als sozialistische Ordnung des Wirtschaftslebens bezeichnet werden. Wie wäre es auch möglich, ein solches staatssozialistisches System, dessen unmittelbare Unausführbarkeit Fichte selbst zugab, von dem er sagte, daß es nur ein Glied aus der Kette eines allmählich auszuführenden Systems sei, mit einem Schlag durchzuführen, als der Krieg ausbrach? Es lag aber auch keine Notwendigkeit hierzu vor. Fichte wollte den geschlossenen Handelsstaat durchführen, da er von der Verwerflichkeit des freien Konkurrenzsystems überzeugt war. Wir hatten nötig, in das freie Getriebe des Wirtschaftslebens insoweit einzugreifen, weil sonst infolge der verhinderten Zufuhr vom Auslande Schwierigkeiten in der Versorgung unseres Volkes mit wichtigsten Bedarfsgegenständen entstanden wären. Alle Kriegsmaßregeln des Reiches, der Staaten und Gemeinden sind einzelne Notmaßregeln, es fehlt ihnen vollkommen das organische einer streng systematisch durchgeführten Reformaktion. Die Maßnahmen sind von Fall zu Fall getroffen, wenn gerade die Knappheit solche Eingriffe nötig machte. Vor allem ist aber nochmals zu betonen: Nicht die Produktion, sondern nur Handel und Verteilung wurden vom Staate geregelt, und auch diese nur teilweise in bezug auf gewisse Produkte, namentlich Rohstoffe und Nahrungsmittel. Gerade aus dieser in der Sache begründeten Halbheit aller Maßnahmen ergaben sich auch die großen Schwierigkeiten der Durchführung im einzelnen. Die Regierung sollte die Verwendung, den Vertrieb und die Verteilung der Produkte regeln, ohne auf die Herstellung der Produkte selbst Einfluß zu haben. Die Regierung sollte dafür sorgen, daß jeder Bürger das Notwendige an Mehl, Butter, Milch, Getreide usw. habe, aber die Erzeugung von Mehl, Butter, Milch, Getreide usw. war nach wie vor den Einzelnen frei überlassen oder nur in Einzelheiten beschränkt. — Wie ganz anders in Fichtes geschlossenem Handelsstaat, wo auf Grund einer genauen Feststellung des notwendigen Bedarfes die Produktion reguliert und auf Grund dieser regulierten Produktion der Austausch und die Verteilung der Produkte vorgenommen wird. Nur indirekt und in einzelnen Ausnahmefällen hat der Staat auch in die Produktion eingegriffen, so z. B. wenn der preußische Staat mit großen Summen den Anbau des Ödlandes förderte, oder wenn das Reich die Anbaufläche der Rüben-

kultur begrenzte, um dieses Land notwendigeren Kulturen zuzuführen. Eine Einwirkung auf die Verarbeitung bestimmter Rohstoffe hatte das Reich insofern vorgenommen, als es den Branntweinbrennereien, Bierbrauereien und anderen derartigen Betrieben ein gewisses Höchstmaß an Getreide vorschrieb, welches sie verwenden dürfen. Auch die Reichsfuttermittelstelle hatte im wesentlichen die Aufgabe, eine zweckentspechende Verteilung von Hafer, Gerste, Kleie usw. vorzunehmen. Also auch hier sehen wir: die vorhandenen Vorräte werden von Reichs wegen verteilt, nicht aber von Reichs wegen beschafft. Auch für die gewerblichen Rohstoffe wurde eine staatliche Regelung vorgenommen, aber auch hier handelte es sich lediglich um eine Verteilung vorhandener Rohstoffe und um eine Regelung der Produktion nur insoweit, als die Weiterverarbeitung der vorhandenen Rohstoffe eine gewisse Regelung erfuhr oder indem in einzelnen Fällen direkt das Reich eine Produktion förderte, wie z. B. die Errichtung von Stickstoffabriken mit Reichsunterstützung. Es war besonders der gesteigerte Heeresbedarf an einzelnen Metallen, Textilwaren, Chemikalien und insbesondere Sprengrohstoffen, die bei der Absperrung vom Auslande zu einer bedenklichen Knappheit hätte führen können. Daher wurde schon am 13. August 1914 die Kriegsrohstoffabteilung beim Kriegsministerium gegründet, welche die Aufgabe hatte, zunächst den Bedarf für die Heeresverwaltung festzustellen und zu sichern. Sie hatte direkt das Recht zur Beschlagnahme gewisser wichtiger Sprengstoffe, Textilien, Metalle. Die Kriegsrohstoffabteilung trat dann aber in enge Verbindung mit der Privatindustrie, indem die beteiligten Industrien aufgefordert wurden, sich selbst zu organisieren, damit sie unter eigener Kontrolle und unter Mitwirkung der staatlichen Behörden die Produktion so einrichten konnten, daß die Erfordernisse der Heeresverwaltung und des Privatbedarfes genau abgewogen und gemäß ihrer Wichtigkeit für das allgemeine Interesse befriedigt wurden. Die zahlreichen Gründungen, die unter dem Namen Kriegswollgesellschaft, Kriegsbaumwollgesellschaft, Kriegsledergesellschaft usw. errichtet wurden, sind nicht etwa staatliche Unternehmungen, sondern sind Privatgesellschaften, die unter gewisser staatlicher Kontrolle stehen. Man könnte sie gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen nennen, weil sie zwar privatwirtschaftlichen Interessen anvertraut sind, aber doch gemeinwirtschaftlichen Zwecken dienen sollen. Der sogenannte Kriegsausschuß der deutschen Industrie, der sich um diese Organisation so große Verdienste erworben hat, ist nicht etwa eine Reichsbehörde, sondern ist durch gemeinsames Zusammengehen des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen zustande gekommen. Wenn diese Verbände auch in engster Fühlung mit den Reichs- und Staatsbehörden standen, so ist doch im einzelnen die ganze Anpassung der verschiedenen Industriezweige an die veränderten Bedürfnisse der Volkswirtschaft durchaus auf eigenes Risiko und aus eigener Initiative der Privatinteressenten entstanden, und nicht etwa, wie es dem Wesen des Staatssozialismus entsprochen hätte, auf staatliche Leitung zurückzuführen.

Sind alle diese sogenannten Kriegsgesellschaften schon ihrer Grundstruktur nach keineswegs sozialistische Organisationen, so sind sie es auch um

deswillen nicht, weil bei ihnen der Gewinn nicht ausgeschaltet ist. Auch hier liegt die Sache in Fichtes geschossenem Handelsstaat ganz anders; dort gibt es nur Arbeitslohn, keinen Gewinn. Alle Preise sind obrigkeitlich so festgesetzt, daß die Produzenten einen entsprechenden Lohn für ihre Arbeit erhalten sollen, daß alle Bürger „ungefähr gleich angenehm leben können." Alle sollen also Arbeitslohn in Höhe des angemessenen Lebensunterhaltes beziehen. — Die obrigkeitlichen Preisfestsetzungen, die bei uns während der Kriegszeit vorgenommen worden sind, haben ganz anderen Charakter. Die Preise sollten nur nach oben ein gewisses Maximum nicht übersteigen, damit sie auf einer für den Konsumenten erträglichen Höhe gehalten werden. Von irgendwelcher Gewinnausschaltung ist bei diesen Kriegsorganisationen nicht die Rede. Auch die Erklärung, die sich in den Satzungen der meisten dieser Gesellschaften findet, daß sie gemeinnützigen Charakter hätten, darf darüber nicht täuschen. Wenn auch die Satzungen dieser Gesellschaften die Bestimmung enthalten, daß entweder überhaupt keine Dividende gezahlt werden soll, oder daß die Dividende, soweit sie 5% übersteigt, wohltätigen Zwecken zugeführt werden soll, so soll dies nur heißen, daß das von den Gesellschaften zusammengebrachte Stammkapital, das also zur ganzen Geschäftsführung, zum Ankauf der Waren usw. bestimmt ist, keinen oder nur einen begrenzten Gewinn abwerfen soll, aber die an der Gesellschaft interessierten Personen können sehr wohl als Verkäufer ihrer Waren, als Weiterverarbeiter, als Zwischenhändler usw. sogar sehr bedeutende Gewinne einheimsen. Die oft recht kleinlichen Zänkereien zwischen den verschiedenen Interessentengruppen über die auf die einzelnen entfallenden Gewinne zeigen, wie sehr hier die Kriegskonjunktur auch privatwirtschaftlich ausgenutzt werden kann, und der Egoismus, der sich in der Ausnutzung dieser Kriegskonjunktur zeigt, war dadurch keineswegs erfreulicher, daß er unter dem Schutze halbamtlicher Organisationen zur Entfaltung gelangen konnte.

Am meisten Ähnlichkeit zwischen dem geschlossenen Handelsstaat und der Kriegswirtschaftsverfassung könnte im Geldwesen gefunden werden. Fichte läßt alles Gold und Silber an den Staat abführen und setzt ein neues Landesgeld in Umlauf, das ohne inneren Wert ist. Haben wir nicht dasselbe? Sering meint, daß während des Krieges in Deutschland eine Geldverfassung bestanden hätte, welche die von Fichte im geschlossenen Handelsstaat vertretene zu bestätigen scheine. (Sering, a. a. O., S. 454.) Wurde nicht bei uns das Gold bei der Reichsbank aufgestapelt, während wir im inneren Verkehr nur Papiergeld sehen? Und dennoch liegen auch hier tiefgreifende Unterschiede vor; denn bei Fichte ist auch das Geldsystem nur ein Teil einer sozialistischen Gesamtverfassung. Das Geld kann bei Fichte ohne inneren Wert sein, weil es nur eine Anweisung ist auf bestimmte Teile der staatlich geregelten Warenzirkulation. Nach Umfang und Wert ist diese Produktenmenge vom Staate festgesetzt. Jeder freie Handelsverkehr ist aufgehoben. Bei uns dagegen, wo der freie Wirtschaftsverkehr nach wie vor weiter bestand, mußte auch ein in sich wertvolles Geld weiterbestehen; wir mußten ein Wertvergleichungsmittel haben, das selbst inneren Wert hatte. Das Gold war immer noch latent vorhanden, sozusagen in Reservestellung. Fichte würde unser Papiergeld Geld zweiter Potenz

nennen; Fichte braucht aber in seinem geschlossenen Handelsstaat weder Geld erster noch zweiter Potenz, überhaupt kein Geld in dem Sinne, „daß nur Gold und Silber das eigentliche wahre Geld sei". Unsere papierenen Geldsorten waren also nur Stellvertreter für Gold. Sering meint, daß während des Krieges in Deutschland eine Geldverfassung bestanden hätte, welche die von Fichte im geschlossenen Handelsstaat vertretene zu bestätigen scheine. Unser Papiergeld ist ein Notstandsgeld und hat, wie die Erfahrungen gezeigt haben, alle üblen Wirkungen hervorgebracht, die immer hervorgetreten sind, wenn in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung das zirkulierende Metallgeld durch Papiergeld verdrängt wurde.

Zum Abschluß möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß es prinzipiell verfehlt ist, den Begriff des Sozialismus für eine Wirtschaftsform anzuwenden, in der ein gewisses Maß von staatlicher Organisationsfähigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete sich findet. Ich habe schon in der ersten Vorlesung den Irrtum gekennzeichnet, daß man Kant wegen seines kategorischen Imperativs zum Vertreter des Sozialismus stempeln wollte. Zu ähnlichen Irrungen muß es führen, wenn man die „Organisation" als Kriterium des Sozialismus nimmt. Man kommt sonst zu solchen Begriffsformulierungen, wie sie Spengler vornimmt, der die Hohenzollern als typische Vertreter des Sozialismus bezeichnet. Er bezeichnet als Idee des Sozialismus in seiner tiefsten Bedeutung: „Wille zur Macht, Kampf um das Glück nicht des einzelnen, sondern des Ganzen. Friedrich Wilhelm und nicht Marx ist in diesem Sinne der erste bewußte Sozialist gewesen." (O. Spengler, Preußentum und Sozialismus. S. 42.) Er sagt dann ferner: „Der preußische Gedanke der Verwaltung des Wirtschaftslebens aus einem überpersönlichen Gesichtspunkt hatte den deutschen Kapitalismus seit der Schutzzollgesetzgebung von 1879 unwillkürlich in sozialistische Formen im Sinne einer Staatsordnung übergeführt." (Spengler, a. a. O., S. 49.)

II. **Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie seit dem Weltkriege.**

Vor dem Kriege wies die sozialdemokratische Parteibildung in Deutschland eine Einheitlichkeit und Geschlossenheit auf, wie in keinem anderen Lande der Welt. Wir zeigten oben, wie die deutsche Sozialdemokratie trotz mannigfacher theoretischer und taktischer Meinungsverschiedenheiten unter den Parteigenossen doch nach außen immer als geeinigte Partei auftrat. Der Krieg und die Revolution haben diese Einigkeit vollkommen zerstört. Heftige Kämpfe und Gegensätze traten hervor, die zur Folge hatten, daß heute nicht mehr eine, sondern vier sozialistische Parteien vorhanden sind, und daß in bezug auf Zerspaltung und Zersplitterung die deutsche Arbeiterbewegung jetzt ein ähnliches Bild aufweist, wie die englische und französische Arbeiterbewegung vor dem Kriege. Wir haben jetzt vier sozialistische Parteien in Deutschland zu unterscheiden: 1. die Mehrheitssozialisten, 2. die Unabhängigen, 3. die Kommunisten, 4. die Syndikalisten. Ich will die Geschichte

dieser Spaltung kurz darlegen und die prinzipiellen Gegensätze darstellen, die die einzelnen Parteirichtungen voneinander trennen.

1. Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie in Mehrheitssozialisten und Unabhängige.

Bei der ersten und zweiten Abstimmung über die Kriegskredite (4. August und 2. Dezember 1914) bewilligten die sozialdemokratischen Mitglieder einstimmig die geforderten Mittel, bei der zweiten mit einziger Ausnahme des Abgeordneten Liebknecht. Bei der Abstimmung über die dritte Kriegsanleihe (10. März 1915) stimmte außer Liebknecht noch ein weiterer Abgeordneter dagegen und dreißig Abgeordnete der Partei verließen bei der Abstimmung den Saal. Am 21. Dezember 1915 lehnten 20 Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unter Führung von Geyer die Bewilligung der Kriegskredite ab. Zu einer Fraktionsspaltung kam es infolge der Reichstagssitzung vom 24. März 1916, bei welcher Haase namens einer Anzahl von Parteigenossen gegen das Notgesetz stimmte, zu dem die sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung gegeben hatte. Dieses Verhalten wurde von der Partei als prinzipieller Bruch gebrandmarkt; daraufhin schlossen sich die gemaßregelten Parteimitglieder zu einer neuen Fraktion, der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammen. Die aus 18 Mitgliedern bestehende Opposition war aber keineswegs unter sich einig, sie bestand vielmehr aus zwei grundsätzlich verschiedenen Gruppen. Wenn man die alte sozialdemokratische Partei als „Rechte" bezeichnet, gab es in der Opposition ein „Zentrum", das in Kautsky seinen Theoretiker, in Haase seinen hauptsächlichsten parlamentarischen Vertreter, in der „Neuen Zeit" sein wissenschaftliches Organ und im „Vorwärts" seine Tageszeitung hatte. Daneben gab es eine „Linke", welcher die sogenannten „internationalen Sozialisten Deutschlands" und die Gruppe „Internationale" angehörten. Diese Linksrichtung wird auch als Zimmerwälder-Richtung bezeichnet. Sie hat ihren Namen daher, weil am 8. September 1915 in Zimmerwald bei Bern eine internationale sozialistische Konferenz der Opposition. stattgefunden hatte. Die deutsche Delegation bestand aus 10 Mitgliedern. Die Zimmerwälderkonferenz einigte sich auf ein Antikriegsmanifest, das im Namen der deutschen Delegationsmitglieder Adolf Hoffmann und Ledebour, unterzeichnet hatten. Diese Zimmerwälderlinke die unter der geistigen Leitung von Karl Radek stand, trat auch mit einem Sondermanifest an die Öffentlichkeit. Ihre Anhänger hatten sich in Deutschland zu einer Sonderorganisation zusammengetan und nannten sich „internationale Sozialisten Deutschlands". Als Organ dieser Sondergruppen innerhalb der Fraktion diente die von Julian Borchardt herausgegebene Zeitschrift „Lichtstrahlen". — Die grundsätzlichen Ideen dieser Organisation ergaben sich aus ihren Leitsätzen: „Die Proletarier haben nur ein Vaterland" — die sozialistische Internationale —, und aus ihrer Losung: Internationaler Klassenkampf gegen den Krieg, um den Frieden zu erzwingen — durch den Willen der Massen. Radek empfahl an die Spitze des Programms dieser neurevolutionären Partei das Wort zu setzen: „Wir

sind vaterlandslose Gesellen!" In der zweiten Hälfte des Jahres 1915 begann diese Richtung, Mitglieder der alten sozialdemokratischen Vereine in Sonderorganisationen zusammenzufassen.

In einer Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die vom 21. bis zum 23. September 1916 stattfand, sollte durch eine Aussprache mit den Vertretern der Opposition eine gewisse Einigung herbeigeführt werden, um die drohende Parteispaltung zu vermeiden. Diese Einigung kam aber nicht zustande und die Anhänger der Opposition veranstalteten eine eigene Reichskonferenz (7. Januar 1917), die vom Vorstande der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geleitet war. Es war außer den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft noch die sogenannte Spartakusgruppe vertreten, das heißt die Anhänger des extrem radikalen Flügels der Partei unter der Führung von Liebknecht und Rosa Luxemburg — der Name „Spartakusgruppe" kommt daher, daß Liebknecht die sogenannten Spartakusbriefe herausgegeben hatte —, außerdem noch die zu den „internationalen Sozialisten Deutschlands" zusammengeschlossenen Gruppen. Jede dieser Gruppen trat mit besonderen Resolutionen hervor. Da diese Gruppenbildung für die weitere Entwicklung der sozialistischen Parteien von Wichtigkeit ist, sei aus diesen Resolutionen das Folgende mitgeteilt:

a) Die Spartakusgruppe. Sie hatte den schärfsten Kampf gegen die alte Partei aufgenommen, sie verlangte die Beitragssperre gegenüber dem Parteivorstand, ferner systematischen Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften und forderte zu einem entschlossenen Kampf gegen die Politik der Parteiinstanzen auf. Während diese Resolution nur 24 Stimmen auf sich vereinigte, konnte

b) die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft für ihre Resolution 111 Stimmen erhalten. Sie wendet sich gegen die Sperre der Parteibeiträge und sucht überhaupt den Anschluß an die alte Partei aufrecht zu erhalten, während die Spartakusgruppe offen die Spaltung der Partei anstrebte. Die Resolution

c) der „internationalen Sozialisten Deutschlands", die nur 7 Stimmen auf sich vereinigte, wurde nicht veröffentlicht.

Der Parteiausschuß beschloß am 18. Januar 1917 die organisatorische Trennung der Mehrheit von der Minderheit. Für den Vorstand der alten sozialdemokratischen Partei gab der Verlauf der Reichskonferenz der Oppositionellen Anlaß zu einem Aufruf an die Partei vom 20. Januar 1917, der sich in schärfster Form gegen diese Sonderaktion wendete und in dem es heißt: „Es muß jetzt Farbe bekannt werden, die Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschlüssen der Reichskonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben." — Die Zerklüftung innerhalb der Partei ging immer weiter; die Streitigkeiten zwischen den Anhängern der alten Partei und der Arbeitsgemeinschaft wurden heftiger, und so mußte schließlich der Fraktionsspaltung die Parteispaltung folgen. Auf

der Gothaer Konferenz der sozialdemokratischen Opposition (9.—11. April 1917) wurde die neue Partei unter dem Namen: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, gegründet. Trotzdem auf dieser Konferenz die Vertreter der Spartakusgruppe erklärten, daß sie in vielfacher Hinsicht mit der Politik der Arbeitsgemeinschaft nicht einverstanden seien, wurde noch ein äußerlicher organisatorischer Zusammenschluß der Gruppe der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe erzielt, aber die grundsätzlichen Anschauungen beider Richtungen gingen weit auseinander. — Bevor ich die weiteren Folgen dieser Meinungsverschiedenheiten darstelle, will ich das ökonomische und politische Programm der Unabhängigen zu charakterisieren suchen.

2. Die U. S. P. D.

Am 2. März 1919 trat die U. S. P. D. zu einem Parteitag in Berlin zusammen und beschloß die Annahme einer „programmatischen Kundgebung", um die grundsätzliche Stellung der Unabhängigen zur Revolution festzustellen und ein Aktionsprogramm für die Durchführung der Revolution festzulegen. Während die Revisionisten und die Neu-Marxisten den evolutionären Charakter des Marxismus in den Vordergrund stellen, betonen die Unabhängigen den revolutionären Charakter des Marxismus und lehnen alle reformistische, staatssozialistische, überhaupt alle opportunistische Taktik ab. Im Gegensatz zu den „Rechtssozialisten" wollen sie sofortige Inangriffnahme der „Sozialisierung", welche mit der Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen zunächst auf dem Gebiete der Großindustrie und des Großgrundbesitzes zu beginnen habe.

Insoweit vertritt die neue Partei Anschauungen, die auch schon vor dem Kriege bei einem radikalen Flügel der Partei zu finden waren. Außerdem ist das Programm der U. S. P. D. in maßgebender Weise durch die Ideen der Bolschewisten und die Ereignisse der russischen Revolution beeinflußt. Es ist überhaupt eine bemerkenswerte Erscheinung in der Entwicklung des deutschen Sozialismus seit dem Weltkriege, daß neue selbständige Ideen fast gar nicht hervorgetreten sind, und niemals ist eine Revolution so wenig von großen Ideen getragen gewesen, wie die von 1918. Wie ganz anders in den sozialrevolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts! Welche Fülle und Mannigfaltigkeit von neuen Ideen, Anregungen und Projekten aller Art brachte z. B. die französische Februarrevolution hervor. Da traten, wie wir gesehen haben, die Saint-Simonisten, die Fourieristen, Blanquisten, die Staatssozialisten, die christlichen Sozialisten und alle möglichen anderen derartigen Gruppen auf den Plan, alle mit den verschiedensten grundlegenden Schriften, mit genau ausgearbeiteten Reformprojekten, mit eigenen Tageszeitungen, Broschüren usw. Ebenso war es in der Kommune von 1871, wo die Marxisten nur eine kleine, bescheidene Gruppe neben verschiedenen anderen Richtungen, die damals hervortraten, bildeten.

Als die Revolution siegreich durchgeführt, alle deutschen Dynastien gestürzt waren, die republikanische Staatsform für das deutsche Reich und die Einzelstaaten eingeführt war und Mitglieder der sozialdemokratischen Partei die wichtigsten leitenden Stellungen in Reich, Staat, und Gemeinde erlangt

hatten, erwartete man wohl, daß diese Revolution von neuen großen Ideen getragen werde. Die Wortführer der einzelnen sozialistischen Richtungen aber bemühten sich immer nur nachzuweisen, daß die Art und Weise, wie sie die Revolution auffaßten, genau dem Sinne von Karl Marx entspräche. Die neuen Gesichtspunkte waren dem Bolschewismus entnommen, und besonders traten die beiden bolschewistischen Hauptprogrammpunkte: Diktatur des Proletariats und Rätesystem, in den Vordergrund.

In ihrem ersten Aufruf vom 12. April 1917 kennzeichnete die Zentralleitung die Aufgabe der neuen Partei mit folgenden Worten: „Unabhängig gegenüber der Regierungspolitik, unabhängig gegenüber den Bestrebungen der bürgerlichen Parteien, unabhängig gegenüber den Regierungssozialisten wird die neugeschaffene Organisation zielbewußt eine selbständige sozialdemokratische Politik treiben. In einer Zeit der tiefsten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen wird sie die Massen des deutschen Proletariats sammeln im Geiste der Internationale, zur Beschleunigung des Friedens. Es gilt die Volksmassen zurückzuführen auf den Weg, den uns Marx, Engels und Lassalle gewiesen, auf dem uns August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer jahrzehntelang ruhm- und siegreich geführt haben. Ihr Werk mit Hingebung und Tatkraft nicht nur fortzuführen, sondern auch fortzubilden zur Verwirklichung der Demokratie und des Sozialismus, zur endgültigen Befreiung der Menschheit von Kriegsschrecken und Kriegsgreueln — das ist unsere Aufgabe. In dem erhebenden Bewußtsein, daß in Gotha die alte Sozialdemokratie neu erstanden ist, werden Hunderttausende begeistert den neuen unabhängigen Organisationen zuströmen, die schon bestehen oder jetzt in allen Kreisen zur Bildung gelangen werden. Alle, die den Glauben an die Sozialdemokratie verloren haben, als sie voll Schmerz sahen, wie die Partei die alten Grundsätze preisgab und zu einer national-sozialen Regierungspartei wurde, werden mit Hoffnungsfreudigkeit und Zuversicht Mitglieder der neuen Organisation werden, um den Kampf für das aufzunehmen und weiterzuführen, wofür sie früher ihre besten Kräfte eingesetzt, wofür sie gelebt haben — für die hehren Ideale des Sozialismus."

Drei Hauptprogrammpunkte sind es, die in der U. S. P. D. eine Rolle spielen. 1. Die Sozialisierung. Darüber heißt es in dem Programm: „Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort zu beginnen. Sie ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaues und der Energieerzeugung (Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, sowie anderer hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens. Großgrundbesitz und große Forsten sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen." — Auf dem ersten Parteitag erklärte sich Haase gegen die Art und Weise, wie die Rechtssozialisten die Sozialisierung auffaßten: „In unserm Programm ist festgelegt, daß wir die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit fordern. Wir haben allen Grund, das scharf herauszuheben, denn „Sozialisierung" ist jetzt ein Schlagwort und fast die ganze Welt ist dafür zu haben, auch die kapitalistische, gegen

die sich die Sozialisierung richten müßte. In dem Aufruf mit der schreienden Überschrift „Die Sozialisierung ist auf dem Marsche“ wird verkündet die Überführung gewisser Betriebe in Staatseigentum, das heißt also nicht Sozialismus, sondern Staatskapitalismus. Der Vorschlag der Regierung begnügt sich aber auch mit weniger, mit gemischtwirtschaftlichen Betrieben. Die Kapitalisten sollen also nicht ausgeschaltet werden, sie sollen vielleicht nur 49 statt 51 v. H. der Aktien bekommen, aber bei der Gerissenheit der Kapitalisten werden sie auch dann verstehen, ihren vollen Einfluß geltend zu machen; sie werden den Staat schon übers Ohr hauen. Die Regierung ist aber auch noch genügsamer. Am letzten Ende betrachtet sie als Sozialisierung schon die Kontrolle der Betriebe durch die Regierung. Die Regierungsvertreter werden vielleicht aus dem Zentrum, vielleicht sogar aus der Hochfinanz stammen. Bildet sich die Regierung wirklich ein, daß sie die Arbeiter durch solche Maßnahmen vor ihren Wagen spannen kann?“ (Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages.) — Ebenso tritt die U. S. P. D. schon in der ersten programmatischen Kundgebung auch 2. für das **Rätesystem** und 3. für die **Diktatur des Proletariats** ein. Es heißt dort: „Die geschichtliche Aufgabe der U. S. P. D. ist es, die Bannerträgerin des klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu sein. Die U. S. P. D. stellt sich auf den Boden des **Rätesystems**. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.“ Ausdrücklich wird dabei im Gegensatz zu den Bolschewisten die **terroristische Taktik** abgelehnt, und die Mithilfe der Parlamente gebilligt: „Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der **Parlamente**. Sie verwirft planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.“ In dem neuen Aktionsprogramm der U. S. P. (angenommen auf dem Leipziger Parteitag Dezember 1919) werden die beiden Forderungen der D. P. und des Rätesystems noch in schärferer Form gestellt. Während in der programmatischen Kundgebung die D. P. als Diktatur des Vertreters der großen Volksmehrheit bezeichnet wurde, ist in dem neuen Aktionsprogramm davon nicht mehr die Rede. Hier heißt es nur noch: sie führt zum Zusammenschluß der Arbeiterklasse zwecks Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft. Aber auch jetzt werden die parlamentarischen Machtmittel keineswegs gänzlich verworfen. Es heißt dort: „Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die unabhängige sozialdemokratische Partei planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel.“

Wir haben oben schon hervorgehoben, daß in der Ablehnung der terroristischen Taktik einerseits, der Benutzung parlamentarischer Machtmittel andererseits sich die U. S. P. von dem Bolschewismus unterscheidet und auch im neuen Aktionsprogramm wird ausdrücklich das gewaltsame Vorgehen einzelner mißbilligt. „Das vornehmste und entscheidende Kampf-

mittel ist die Aktion der Masse. Sie verwirft das gewaltsame Vorgehen einzelner Gruppen und Personen. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Produktionsinstrumenten, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems."

Trotz dieser Abweichung ist eine weitgehende Übereinstimmung mit gewissen Grundsätzen des Bolschewismus vorhanden. Däumig, einer der Führer der U. S. P., erklärte in der Rede, die er auf dem Parteitag der U. S. P. im März 1919 hielt, daß sie alle Ursache hätten, sehr viel aus dem zu lernen, was die russischen Genossen drüben erfahren und geleistet hätten, selbstverständlich auch dürften sie ihnen nicht alles sklavisch nachmachen. Er erklärt es für selbstverständlich: „daß die Methoden der alten Demokratie mit ihren Periodenwahlen im Rätesystem keinen Platz mehr haben könnten, sondern daß, wiederum ausgehend von dem Grundsatz, daß in einem Gemeinwesen nur der staatliche Rechte hat, der der Allgemeinheit gegenüber durch gesellschaftlich nützlich notwendige Arbeit seine Pflicht erfüllt, selbstverständlich innerhalb des Rätesystems nur der ein Wahlrecht, nur der politische Rechte haben darf, der tatsächlich als Proletarier angesprochen werden kann, das heißt, daß von vornherein auszuscheiden haben alle parasitären Existenzen, alle die, die von der Arbeit anderer leben oder durch Renten oder arbeitsloses Einkommen auf Kosten der Allgemeinheit ihr Dasein führen." Im wesentlichen werde das Rätesystem, für das er eintrete, sich in der Form darstellen, wie wir es jetzt in der Verfassung der russischen Sowjetrepublik niedergelegt fänden, natürlich mit Modifikationen, die den deutschen Verhältnissen angepaßt seien. Er gibt dann Einzelheiten über die Durchführung des Rätesystems, von den untersten Instanzen bis zu den höchsten Spitzen des Reiches: „Ich meine also, daß von dieser Grundlage aus sich das Rätesystem organisch weiter ausbaut, bis es in einem Rätekongreß, der aus dem ganzen Reich zusammengesetzt ist, seine Spitze findet. Dieser Rätekongreß ist aber im wesentlichen nur Kontrollinstanz, er kann als große Körperschaft nicht die Aufgaben erfüllen, die dem Rätesystem zufallen. Er wählt aus seiner Mitte einen Exekutivausschuß, oder einen Zentralrat oder einen Vollzugsrat — die Namen spielen keine Rolle —, der in Rußland aus 200 Personen besteht und ständig tagt, aber jährlich zweimal der Vollversammlung Rechenschaft zu geben hat und sich zweimal zur Wahl stellen muß. Dieser Zentralexekutivausschuß ist auch nicht ein Parlament, das sich innerhalb eines parlamentarischen Gebäudes zusammensetzt und bloß Reden hält, sondern seine Mitglieder sind eingeteilt in Kommissionen, in denen sie täglich Verwaltungsarbeiten zu erledigen haben und nur zu gemeinsamen Beratungen zusammentreten. Es ist also tatsächlich eine Zusammenziehung, eine Vereinigung von parlamentarischer und Verwaltungstätigkeit, von Legislative und Exekutive, die auf diesem Wege erreicht ist."

Für die ökonomische Wirksamkeit des Rätesystems sollten neben den Arbeiterräten, die politische Funktionen zu erfüllen haben, Betriebsräte gewählt werden, die alle Aufgaben zu erfüllen hätten, die sich auf die ökonomische Tätigkeit beziehen, die dafür einzutreten hätten, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse den Ansprüchen der Arbeiter entsprächen, daß der

Betrieb leistungsfähig bleibe, und die alle Schritte einleiten sollen, die zur Sozialisierung führen können. Auch Däumig wendet sich gegen die putschistische Taktik: „Ich stehe gar nicht an, zu erklären, daß mich grundsätzlich von der Forderung der kommunistischen Partei: „Alle Macht den A.- und S.-Räten!“ gar nichts trennt. Aber trotzdem unterscheide ich mich sehr viel und nicht unwesentlich von dieser Partei vor allem in taktischer Beziehung. Ich kann auf keinen Fall die putschistische Taktik mitmachen, die in der Praxis in dieser Partei Geltung hat.“ Auch er lehnt die parlamentarische Mithilfe keineswegs ab: „Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß bei vollem Festhalten des Rätesystems als Mittel und Ziel der Revolution sehr wohl durch unsere Fraktion ein klar und präzis ausgearbeiteter Gesetzentwurf der Nationalversammlung vorgelegt werden kann, der sich nicht bloß auf ökonomische Rechte beschränkt, sondern volle politische Gleichberechtigung verlangt, und daß dann selbstverständlich die Regierung sowie die bürgerlichen Parteien Farbe bekennen müssen.“ Diese parlamentarische Taktik dient jedoch hauptsächlich zur Aufrüttelung der Massen: „Wir haben den Parlamentarismus noch, das ist richtig. Aber wir können und dürfen ihn in der gegenwärtigen Epoche, in der der Sozialismus sich jetzt befindet, nur noch insoweit benutzen, als er einmal Ziel unseres Angriffes ist, und als er, soweit er noch verwendbar ist, zu revolutionären Zwecken, zur Aufrüttelung der Massen benutzt werden kann.“ Durch zähe, intensive Tätigkeit innerhalb der deutschen Arbeiterschaft müsse das Rätesystem den deutschen Arbeitern verständlich und zugänglich gemacht werden.

Bei Ausbruch der November-Revolution (1918) war die U. S. P. D. die treibende Kraft der Revolution, die besonders die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten forderte, in deren Hände die Staatsgewalt überging. Am 10. November 1918 beschloß die U. S. P. D. gemeinsam mit den Mehrheitssozialisten die Regierungsgewalt zu übernehmen. Heftige Streitigkeiten zwischen den beiden Richtungen über die Durchführung der revolutionären Politik, veranlaßten die Unabhängigen am 30. Dezember 1918 aus der Regierung auszutreten. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 erhielten die Unabhängigen 2 374 000 Stimmen und 22 Mandate. Bei dem 2. Parteitag vom 2.—6. März 1919 wurde die Mitgliederzahl auf rund 300 000 angegeben, bereits beim 3. Parteitag, 26. November bis 2. Dezember 1919, war die Mitgliederzahl auf 750 000 gestiegen. Bei den Reichstagswahlen (6. Juni 1920) erhielt die Partei rund 5 Millionen Stimmen und 81 Mandate, damit war sie zur zweitstärksten Partei geworden. Eine Aufforderung zur Teilnahme an einer Regierungskoalition, gemeinsam mit den Mehrheitssozialisten und bürgerlichen Parteien lehnte die U. S. P. D. am 11. Juni 1920 mit der Motivierung ab: „Ergibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die U. S. P. D. als Übergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.“ Die Mitgliederzahl der U. S. P. D. betrug am 1. Juli 1920 rund 1 Million.

XXIV. Vorlesung.

Der Sozialismus in Deutschland II.

3. Die K. P. D. (Spartakusbund.)

Die Sozialisten, die sich zum Spartakusbund vereinigten, waren bis dahin in der Partei der Unabhängigen organisiert. Da aber auch Haase und Kautsky, die Führer der U. S. P., sich zur Demokratie und nicht zur D. P. bekannten, ohne von ihrer Partei desavouiert zu werden, da auch sie für die Nationalversammlung eintraten, war ein längeres Verweilen in dieser Partei für die Spartakusleute unmöglich geworden. Die linksstehenden Elemente in der U. S. P. unter Führung von Ledebour und Däumig, die mit der Politik Haases und Kautskys nicht einverstanden waren, sich aber auch nicht bis zur Politik des Spartakusbundes durchringen konnten, beabsichtigten die Gründung einer allgemeinen Arbeiterpartei. Diese Politik wurde von den Spartakusleuten dadurch verhindert, daß sie sich endgültig von den übrigen Sozialisten schieden und im Dezember 1918 unter der Führung von K. Liebknecht und Rosa Luxemburg eine selbständige kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) gründeten. Ihr provisorisches Programm wurde niedergelegt in der kleinen Broschüre: „Was will der Spartakusbund?" Während die U. S. P. trotz einer gewissen Annäherung an die russischen Ideen der D. P. und des Rätesystems doch die Brücken zu der sozialdemokratischen Partei nicht ganz abbrechen wollten, vielmehr auf dem Wege allmählicher Revolutionierung der Gewerkschaften und der parlamentarischen Körperschaften vorgehen wollten, hat sich der Spartakusbund völlig der bolschewistischen Idee angeschlossen und die radikale und sofortige Durchführung der beiden genannten Forderungen proklamiert: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten", so lautet der Schlachtruf des Spartakusbundes. Gerade dieser Aufruf, den der erwähnte Führer der U. S. P., Däumig, als „hysterisch" bezeichnet, weil damit nichts erreicht werde, wird vom Spartakusbund zur Hauptprogrammforderung erhoben. Im Programm des Spartakusbundes finden sich fast wortgetreu die Forderungen der Bolschewisten wieder. Es wird z. B. als sofortige Maßnahme zur Sicherung der Revolution verlangt: Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der A.- und S.-Räte. Jeder Kompromiß mit dem Parlamentarismus wird abgelehnt. Auf dem 2. Parteitag, der sogenannten Heidelberger Tagung (20.—24. Oktober 1919), wurde erklärt, daß zwar die Partei dem Parlamentarismus als einem Mittel zur Aufhebung zur Klassenherrschaft grundsätzlich gegnerisch gegenüberstehe, daß sie aber doch unter

Umständen das Parlament als Kampfmittel für taktische Zwecke benutzen könne, und nur diese Erwägung sei für die Stellung der K. P. D. zur Frage der Anteilnahme an Wahlen und parlamentarischen Aktionen, entscheidend. Der Gegensatz zur U. S. P. wird so erklärt: „Die U. P. bedient sich des Parlamentarismus zur Einwirkung auf die herrschenden Klassen, die K. P. D. zur Einwirkung auf die Massen.“ Das Endziel soll gegen den Parlamentarismus gerichtet sein. Daher wird ferner verlangt: „Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch A.- und S.-Räte, sowie deren Ausschüsse und Organe. Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land, nach Betrieben, sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften, unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten, Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.“ Auch in der Frage der Sozialisierung gehen die Kommunisten über die Unabhängigen hinaus, außer der „Vergesellschaftung der Betriebe“ stellen sie als nächste wirtschaftliche Forderungen auf: Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, Annullierung sämtlicher Staatsschulden, Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten usw. Ferner wird auf die internationale Bedeutung der Revolution besonders Gewicht gelegt, und es wird verlangt: „Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslandes, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.“ „Der Spartakusbund“, heißt es weiter, „ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution erblickt.“ Radek erklärt in seiner Broschüre: „Die Diktatur der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei“: „Die kommunistische Partei erstrebt keine Eroberung irgendwelcher Vorrechte für irgendwelche Schicht, sondern allein die Niederringung des Kapitalismus, die Befreiung der Arbeiterklasse, die sozialistische Organisation der Gesellschaft. Um diese Ziele zu erreichen, ist in der Zeit des Kampfes, solange der Widerstand der Bourgeoisie nicht gebrochen ist, die Errichtung der proletarischen Diktatur nötig. Das heißt, solange die Bourgeoisie der siegreichen Arbeiterklasse Widerstand leistet, um sie wieder zu knechten, muß dieser Widerstand mit allen Mitteln der Gewalt gebrochen werden. Wenn die Unabhängigen, wie Ledebour und Hilferding, erklären, sie wollten die Diktatur, aber ohne Terrorismus, ohne Gewalt, so zeigen sie, daß sie eben keine Diktatur der Arbeiterklasse wollen. Diktatur ohne Bereitschaft zum Terrorismus ist ein Messer ohne Klinge. Diese Diktatur muß eine Arbeiterdiktatur sein, die Diktatur der Arbeiterklasse, wenn sie siegreich sein soll!“

In diesem Sinne hatten die Vertreter des Spartakusbundes auf dem erwähnten Rätekongreß beantragt, daß sich dieser Rätekongreß zur obersten

gesetzgebenden ausübenden Gewalt erklärt. Ihr Antrag lautete: „Das revolutionäre Proletariat, vereint mit der revolutionären Armee, warf die alten Gewalten zu Boden. Durch den siegreichen Ausgang der Erhebung fiel die oberste Gewalt den A.- und S.-Räten zu. Als Vertreter der A.- und S.-Räte von ganz Deutschland ergreift der Kongreß Besitz von der politischen Gewalt und übernimmt ihre Ausübung. Als Träger der Souveränität des Reiches hat er das Kontrollrecht, Besetzungs- und Absetzungsrecht gegenüber der Exekutive." Daß bei dieser Gründung des Spartakusbundes und bei der ganzen Agitation desselben in großem Umfange russische Einflüsse mitgewirkt haben, ist feststehend. Am 4. November traf von Moskau kommend der Kurier der Berliner diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Bei dem Heruntertragen des Gepäcks vom Bahnsteig wird eine Kiste durch Anstoßen beschädigt, so daß darin befindliche Papiere auf den Boden fallen. Diese Papiere sind, wie sich herausstellt, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zum blutigen Umsturz auffordern. Eines der Flugblätter, das von der Gruppe „International" (Spartakusgruppe) unterzeichnet ist, enthält einen Aufruf zum Revolutionskampfe, während ein anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum Meuchelmorde und Terror auffordert. Auf Ersuchen der Bahnbehörde wird das gesamte Kuriergepäck in einem geschlossenen und bewachten Raume sichergestellt und das auswärtige Amt benachrichtigt, um diesem die Untersuchung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen. (Die deutsche Revolution, Deutscher Geschichtskalender. I. Bd., S. 395.) Auf dem Gründungsparteitag der K. P. D. wurde das Mitglied der russischen Räterepublik, wie es im Bericht heißt, mit lebhaftester Freude begrüßt, seine Rede über die „schöpferische Arbeit" der russischen Revolution entfesselte einen Sturm der Begeisterung. Der Parteitag sandte folgendes Telegramm an die russische Sowjetrepublik: „Die Reichskonferenz des Spartakusbundes, die heute die kommunistische Partei Deutschlands gegründet hat, sendet die aufrichtigsten Grüße der russischen Räterepublik, den russischen Mitkämpfern gegen den gemeinsamen Feind der Unterdrückten aller Länder. Das Bewußtsein, daß bei Euch alle Herzen für uns schlagen, gibt uns in unserem Kampfe Kraft und Stärke. Es lebe der Sozialismus, es lebe die Weltrevolution!" Die K. P. D. erfuhr eine Stärkung durch einen großen Zuzug aus der U. S. P. D., und zwar infolge einer Spaltung, welche in dieser Partei eintrat.

4. Die Spaltung innerhalb der U. S. P. D.:

Verschmelzung des linken Flügels der Unabhängigen mit den Kommunisten zu der vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands. (V. K. P. D.)

Der Grund zu der Spaltung bei den Unabhängigen war die Stellungnahme der Mitglieder zu der „Moskauer bolschewistischen 3. Internationale". Bei dem 2. Kongreß dieser Internationale wurden die Grundlinien der proletarischen Politik für die Weltrevolution niedergelegt und in 21 Regeln die Bedingungen ihrer Durchführung festgelegt; nur die Parteien, die sich

diesen 21 Regeln fügten, sollten Aufnahme in die 3. Internationale finden. Der rechte Flügel der U. S. P. D. wollte auf diese Bedingungen nicht eingehen, sondern eine gewisse Selbständigkeit gegenüber dem Moskauer Diktat bewahren. Für die Aufnahme dieser Moskauer Bedingungen, also für Unterwerfung unter das bolschewistische Programm stimmten 237, dagegen 156 Mitglieder. Darauf erklärte diese Minorität, daß die Majorität damit die Zugehörigkeit zur U. S. P. D. aufgegeben hätte, und sie ihren ganzen Anschauungen gemäß zur K. P. D. gehöre. Damit war die endgültige Trennung zwischen der opportunistisch-unabhängigen Richtung der U. S. P. D. (Crispien, Dittmann, Hilferding) und der sogenannten moskowitischen Richtung erfolgt. Der Zusammenschluß des linken Flügels der U. S. P. D. vollzog sich auf dem kommunistischen Einigungskongreß, der vom 4.—7. Dezember 1920 in Berlin abgehalten wurde. Die kommunistische Partei nennt sich seitdem: Vereinigte Kommunisten. (V. K. P. D.) Durch diesen starken Zuzug hofft jetzt die V. K. P. D. im größten Maßstabe politische Aktionen treiben zu können. Die K. P. D. konnte als kleine Partei nur suchen, in die großen Arbeiterorganisationen zu gelangen, um dort den Massen die Bedeutung des Kommunismus zu demonstrieren, aber Massenaktionen konnte sie selbst nicht unternehmen, weil sie keine Massen hinter sich hatte. Die V. K. P. D. glaubt Kraft genug zu haben, jetzt auf eigene Faust in Aktion treten zu können; sie will in den Gewerkschaften, in den Betriebsräten, durch ihre Presse und ihre Aufrufe die engste Verbindung mit den Massen herstellen. „Klein, ohne Einfluß auf die breiten Arbeitermassen, hat sie für die Idee der Revolution gekämpft. Jetzt groß, sich auf breite Massen stützend, wird sie für die Revolution kämpfen. Sie kann nichts anderes tun, denn die Zeit des Sieges der Revolution naht" — so heißt es in dem Manifest an das deutsche und internationale Proletariat. (Beschlossen vom Gründungsparteitag der V. K. P. D., 4.—7. Dezember 1920 in Berlin.) Dabei wird der engste Anschluß an die Bolschewisten erstrebt, die Partei will „eine Brücke bilden zwischen Räte-Deutschland und Sowjet-Rußland". „Zieht in den Kampf unter dem Banner, das das Banner der revolutionären Arbeiterklasse der ganzen Welt ist, unter dem Banner, für das die besten des Proletariats geblutet haben, unter dem Banner des Kommunismus, der proletarischen Diktatur, der Räteherrschaft".

5. Die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands. (K. A. P. D.)

Auch innerhalb der K. P. D. war es zu einer Spaltung gekommen, und zwar schon vor der Gründung der V. K. P. D. Auf dem 2. Parteitag der K. P. D. (des Spartakusbundes) vom 20.—24. Oktober 1919, der sogenannten Heidelberger Tagung, traten die beiden Hamburger Mitglieder Laufenberg und Wolffheim mit ihrer Opposition gegen die Partei hervor. Sie vertraten die Hamburger Richtung, die auch in der Hamburger allgemeinen Arbeiterunion vertreten wurde. Die beiden erwähnten Mitglieder wurden auf diesem Parteitag aus der Partei ausgeschlossen, und am 4. April 1920 bildete diese Opposition eine neue Partei, genannt die K. A. P. D.

Der Hauptgrund ihrer Opposition ist ihre Stellung zum Parlamentarismus. Während die Kommunisten in ihrem Endziel zwar den Parlamentarismus ablehnen, aber sich doch des Parlamentarismus unter Umständen als taktischen Mittels bedienen wollen, lehnt diese Hamburger Richtung jede parlamentarische Betätigung schlechthin ab. Sie wollen keine Parteiherrschaft etabliert sehen, sondern die Klassendiktatur, für sie stellt der Betrieb die Urzelle dar, daher müsse die kommunistische Arbeit in die Betriebe verlegt werden und von den Betrieben aus müßten die kommunistischen Gedanken weiter wirken.

Nicht auf dem Boden der Parlamente und Gewerkschaften solle der Kampf geführt werden, sondern der Kampf müsse in den Betrieben und zwar vor allem gegen die gesetzlichen Betriebsräte geführt werden. Da die freien Gewerkschaften unter politischer Parteiherrschaft ständen, geht ihr Kampf auch gegen die freien Gewerkschaften und ihre Losung für die Arbeiter lautet: „Heraus aus den Gewerkschaften, herein in die Betriebsorganisationen." Der revolutionäre Kampf kann gemäß dieser Richtung nicht durch eine kommunistische Massenpartei geführt werden, sondern es müßten neue, der proletarischen Revolution angepaßte Kampfmittel zur Anwendung gelangen. Das ganze Verhalten der K. P. D. und später der V. K. P. D. sei noch zu sehr vom Opportunismus erfüllt, die proletarische Revolution verlange aber die Aufrollung einer klaren und einheitlichen Klassenkampffront. Die Frage lautet so: parlamentarisch-gewerkschaftliche legale Politik — oder: proletarisch-revolutionäre Klassenkampfpolitik. Die K. A. P. D. antwortet auf diese Frage in einer von der Partei herausgegebenen Broschüre (Der Weg des Dr. Levi — Der Weg der V. K. P. D. S. 27): Der Verlauf des gescheiterten März-Aufstandes in Mitteldeutschland (1921) beweise, daß die revolutionäre Strömung noch nicht genügend vorbereitet war, daß es die V. K. P. D. an dieser aktiv revolutionären Politik habe fehlen lassen. Nur von der revolutionären Vorhut des Proletariats seien die Kämpfe getragen gewesen; große, immer größere Massen könnten aber nur dann allmählich für eine Offensiv-Politik gewonnen werden, wenn im Vordergrund der Kämpfe zunächst wirtschaftliche Interessen der gesamten Arbeiterklassen zur Debatte stünden. Kämpfe, die ihren Ausgangspunkt in den Betrieben hätten, seien am ehesten dazu geeignet, das Proletariat aller Klassen an ihnen zu beteiligen. Erst durch diese Tätigkeit könne man die zur Entfesselung von revolutionären Massenkämpfen notwendige Atmosphäre schaffen. Dazu kommt noch ein weiterer abweichender Standpunkt der K. A. P. D. gegenüber der alten kommunistischen Partei, das ist der nationalistische Standpunkt, den sie vertreten, weshalb sie auch von den Gegnern den Namen: National-Bolschewisten erhalten haben. Trotz ihrer Hinneigung zur „Internationale" müßte doch der proletarische Kampf zunächst in den Dienst der Nation gestellt werden. Sie wollen nicht die durch spezifisch-russische Verhältnisse gebotenen taktischen Methoden ohne weiteres auf deutsche übertragen sehen. In einer programmatischen Kundgebung der genannten beiden Hamburger Vertreter, die nach dem Heidelberger Parteitag erschienen war, heißt es: „Die arbeitenden Massen des deutschen Volkes als herrschende Klasse konstituiert, das ist die freie deutsche

Nation, die dem freien Volke Rußlands die Hand reichen wird, um den Grundstein zu legen zur Föderation der Nationen zum Bund freier Völker, zur Freiheit der Welt. Dann wird die Internationale die Menschheit sein." In dem Prozeß der deutschen Revolution müsse von Anfang an auf eine mehr den deutschen Verhältnissen und dem Reifegrad der deutschen Arbeiterschaft entsprechenden Form hingearbeitet werden. Darum ist diese Partei auch nur als sympathisierendes Mitglied in die 3. Internationale aufgenommen worden und auch als sympathisierendes Mitglied hat sie neuerdings ihren Austritt aus der 3. Internationale erklärt.

Die K. A. P. D. verlangt eine doppelte Organisation, einmal die Betriebsorganisation, die Union, welche die ganzen Massen des Proletariats zu revolutionären Kämpfern ausbilden soll, außerdem eine Parteiorganisation, in welcher die Partei die besten und intelligentesten Kräfte zur Parteiarbeit heranziehen will. Diese Partei soll aber nicht parlamentarisch sein, soll auch nicht die Diktatur für sich erstreben, sondern für die ganze Arbeiterklasse. — Ein Führer dieser Richtung, Gorter, schließt seine Broschüre über „Die Klassenkampforganisation des Proletariats" mit den Worten: „Vereinigt Euch Arbeiter Deutschlands, Englands, West-Europas und Nord-Amerikas in der K. A. P. D. oder in Parteien, die wie die K. A. P. D. sind, und in Unionen, die wie die deutsche Allgemeine Arbeiter-Union sind." (S. 32.) So ist eine doppelte Organisation zu unterscheiden, einmal die revolutionäre Betriebsorganisation: die allgemeine Arbeiterunion Deutschlands, die nach dem Rätesystem aufgebaut ist, und wobei die Betriebsorganisation sich zu Ortsgruppen und Wirtschaftsgebieten vereinigt. Die gesamten Ortsgruppen und Wirtschaftsgebiete bilden die allgemeine Arbeiterunion, durch die eine „fortschreitende Zusammenschweißung des Massengedankens im sozialen Geiste" erreicht werden soll. Während die allgemeine Arbeiterunion die politische und wirtschaftliche Schulung der Proletarier übernehmen soll, ist es Sache der zweiten Organisation, der kommunistischen Arbeiterpartei, durch politische Aktion den Klassenkampfcharakter der proletarischen Bewegung zu betonen.

Weil die K. A. P. D. den Schwerpunkt der Tätigkeit in die Betriebe verlegen will, werden diese häufig als Syndikalisten bezeichnet. Wenn aber auch in diesen Punkten eine gewisse Übereinstimmung zwischen der K. A. P. D. und den Syndikalisten besteht, so sind doch auch Unterschiede aufzuweisen. Vor allem ein gewisser anarchistischer Einschlag, der bei den Syndikalisten festzustellen ist und der sich auch darin äußert, daß die Syndikalisten überhaupt jede politische Partei ablehnen, während die K. A. P. D., wie wir sahen, neben der Betriebsorganisation (der Union), auch noch die Partei bestehen lassen will.

6. Die Syndikalisten. (F. A. U. D.)

Wir haben bereits (S. 308—322) das Wesen des revolutionären Syndikalismus gekennzeichnet und als seine Haupteigentümlichkeit die Ablehnung der politisch-parlamentarischen Aktion und ihre Tendenz, ihre Tätigkeit ganz in die Betriebe zu verlegen, hervorgehoben. Wir wollen jetzt zeigen, welche Entwicklung diese syndikalistische Bewegung in Deutschland ge-

nommen hat. Die deutschen Syndikalisten sind gegenwärtig in der „freien Arbeiterunion Deutschland" (Syndikalisten) zusammengeschlossen, ihr Parteiorgan ist die Wochenschrift „Der Syndikalist". Sie sind hervorgegangen aus der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, die sich stets in einem gewissen Gegensatz zur Gewerkschaftspolitik der sozialdemokratischen Partei befunden hatten, ein Gegensatz, der schließlich zum offenen Bruch und zum Austritt der Syndikalisten aus der sozialdemokratischen Partei führte (1908). Auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1908 wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bekundet, daß sie entgegen den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse nicht wollen. Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenen Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Anlehnung an die anarcho-syndikalistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie geflissentlich bekämpft und schmäht.

Der Parteitag erklärt daher: Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen und lokalen Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind, ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie."

Welches sind die syndikalistischen Grundsätze? Die Syndikalisten betonen besonders ihre Gegnerschaft gegen den Staat, gegen den Parlamentarismus, gegen die Demokratie. Andererseits betonen sie die Wichtigkeit der revolutionären Betätigung der Arbeiter in ihren Betrieben und in ihrer Berufsorganisation. In allen diesen Punkten ist eine Übereinstimmung mit dem Bolschewismus vorhanden und gewiß sind die syndikalistischen Ideen auch von größtem Einfluß auf die Ausbildung der bolschewistischen Lehre gewesen. Bei dem 12. Kongreß der Syndikalisten, der vom 27.—30. Dezember 1919 in Berlin tagte, wurde eine Entschließung für die Sowjetrepublik Rußlands angenommen: „Der 12. Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften erklärt sich solidarisch mit dem revolutionären Proletariat der russischen Sowjetrepublik, in seinen Kämpfen gegen die konterrevolutionären Erhebungen der bürgerlichen Reaktion. Insbesondere protestiert der Kongreß auf das schärfste gegen alle Maßnahmen Deutschlands und der anderen Staaten, welche eine Einwirkung auf die inneren Verhältnisse der Sowjetrepublik bezwecken, oder deren Bekämpfung von außen zum Ziel haben. Der Kongreß fordert das deutsche und internationale Proletariat, vor allem unsere Organisationen auf, alle gegen Sowjetrußland gerichteten Aktionen energisch zu bekämpfen und jede gleichgerichtete Bewegung zu unterstützen." Die Syndikalisten wollen keine neue politische Partei bilden, sie sind Gegner aller politischen Betätigung überhaupt, sie wollen nur durch direkte wirtschaftliche Aktion wirken. Ihre Taktik besteht darin, daß sie unabhängig von jeder bestehenden politischen Partei, eine Politik auf eigene Faust treiben. Auf eigene Faust im wörtlichen Sinne genommen, denn der revolutionäre Syndikalismus will vor allen Dingen

revolutionäre Politik treiben. Nicht revolutionär im Sinne fatalistischen Abwartens auf eine kommende Umwälzung, auch nicht revolutionär durch das Mittel von Attentaten und Putschen, sondern revolutionär im Sinne fortdauernder Belästigung, Schädigung und Schikanierung der Arbeitgeber und der herrschenden Staatsgewalt. Als solches Mittel empfiehlt der revolutionäre Syndikalismus vor allem: Boykott, Sabotage (Zerstörung von Maschinen und Werkzeugen), Cacanny-Politik (absichtliches Langsamarbeiten) partielle Kampfstreiks und endlich als Hauptmittel, das im Mittelpunkt der ganzen syndikalistischen Politik steht, den Generalstreik . . . Direkte Aktion soll heißen: Verlegung des Schwerpunktes der sozialistischen Aktion aus dem Parlament in die Werkstatt des Arbeiters. Nicht Anteil an der gesetzgebenden Gewalt sollen die Arbeiter erstreben, dies führe doch nur wieder zur Bevormundung, bestenfalls zu einem Staatssozialismus in irgendwelcher Form, sondern Befreiung der Arbeiter mit Hilfe der eigenen, durch ihren Beruf gelieferten Mittel. Diese Grundsätze, wie sie von den Führern des französischen Syndikalismus vertreten werden, sind auch seit längerer Zeit von den deutschen Syndikalisten angenommen worden. Auch sie wollen rein ökonomische Organisationen, Zweckvereine, die von jeder politischen Zentralgewalt unabhängig sein sollen. Sie wollen keine auf Dekrets- oder Befehlsgewalt beruhende sozialistische Gesellschaft, sondern größere oder kleinere Zusammenschließungen von Menschen, die von freiheitlichem Geiste erfüllt sein sollen. Nur eine föderative Organisation von unten nach oben, eine dezentralisierte freiheitliche Organisation garantiere Freiheit und Fortschritt, sie allein halte das Interesse der breiten Masse dauernd wach und mache sie zum Träger des neuen Organismus. Freiwillige Solidarität, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sollen das Fundament des neuen Baues bilden. In der auf dem eben erwähnten Kongreß abgegebenen „Prinzipienerklärung" wird besonders auf die Selbständigkeit und Unabhängigkeit jeder einzelnen Gewerkschaft hingewiesen: „Alle Zentralisierung, alle Zwangsgewalt von oben wird verworfen." Die stark dezentralistisch-föderalistische Tendenz unterscheidet die Syndikalisten von allen übrigen sozialistischen Richtungen. Als Gegner jeder staatlichen Organisation verwerfen die Syndikalisten auch die Eroberung der politischen Macht und sehen vielmehr in der Beseitigung derselben die erste Vorbedingung zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Ebenso verwerfen sie prinzipiell jede Form der parlamentarischen Betätigung und jede Mitarbeit an den gesetzgebenden Körperschaften. In diesem Punkt stimmen sie ganz mit den Bolschewisten überein. „Der Syndikalismus verwirft die Beteiligung am bürgerlichen Parlamentarismus." Aber — und hierbei tritt sofort der Unterschied zum Bolschewismus hervor — es heißt in derselben Erklärung: „Statt des unnützen Redens der gewählten Führer im Parlament setzt der Syndikalismus die direkte Aktion, die schaffende Tat der Massen." Diese direkte Aktion soll die Verlegung aller Betätigung in die lokalen Gewerkschaften bedeuten, während der Bolschewismus in seinem Rätesystem eine stark zentralistische Macht mit großen Machtbefugnissen der Zentralinstanz eingerichtet hat. Das Rätesystem ist zwar auch antiparlamentarisch, aber es stellt doch eine politisch-ökonomische Organisation mit

staatlichen Charakter dar. Auf den Gegensatz zwischen Syndikalismus und Bolschewismus habe ich oben bereits hingewiesen. Dementsprechend ist auch das Verhalten der deutschen Syndikalisten. — Auf dem Syndikalistenkongreß Dezember 1919, bemerkt Rocker über die D. P. folgendes: „Wenn unter D. P. nichts anderes verstanden wird als Ergreifung der Staatsmaschine durch eine Partei, wenn man darunter nur die Etablierung eines neuen Staates versteht, dann sind die Syndikalisten geschworene Gegner einer solchen Diktatur. Wenn aber darunter verstanden werden soll, daß das Proletariat den besitzenden Klassen diktieren will, ihre Privilegien aufzugeben, also nicht mehr eine Diktatur von oben nach unten, sondern Auswirken der Revolution von unten nach oben, dann sind die Syndikalisten Anhänger und Vertreter der D. P., denn die Syndikalisten sind Gegner jeder Staatsgewalt, jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Durch Erfassung der wirtschaftlichen fällt die politische Macht. Der Staat in jeder Form ist ein Unterdrückungsinstrument und kann nie eine Institution für die Befreiung der Massen werden; die revolutionäre Aktion der Masse ist das einzige Mittel für ihre eigene Befreiung." Durch lokale Kleinkriege, nicht aber durch die Aufrichtung einer Zwangsdiktatur wollen sie wirken und schon auf einer Versammlung der Syndikalisten im Jahre 1904 wurde eine Resolution angenommen, worin es heißt: „Nicht durch eine Revolution, nicht im Wege des Blutvergießens und roher Gewalt, sondern durch ein ethisches Kampfmittel, durch die Verweigerung der Persönlichkeit, die in weitem Umfange durchgeführt, das Proletariat aus der Produktion ausschaltet und dadurch die ökonomische Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihr Instrument, den Staat, beseitigt, wollen wir unser Ziel erreichen."

Aus dieser Darstellung ergibt sich schon, daß gewisse Gegensätze zwischen den Syndikalisten und der K. A. P. D. vorhanden sein müssen. Vor allem lehnen auch die Syndikalisten die Diktatur des Proletariats ab, und auch in ihren wirtschaftlichen Endzielen weisen sie durch ihre stark dezentralistische Wirtschaftspolitik einen Gegensatz zu der kommunistischen Richtung auf. Die Syndikalisten haben in neuerer Zeit numerisch einen großen Aufschwung genommen. Während sie zu Beginn der Revolution höchstens 60 000 Mitglieder umfaßten, zählen sie jetzt etwa 160—180 000 Mitglieder.

7. Zusammenfassende Schlußbetrachtung über die Entwicklung der deutschen sozialistischen Partei seit dem Weltkriege.

Was die Stärke der einzelnen sozialistischen Richtungen und ihren Erfolg bei den Wahlen anlangt, so scheiden die Syndikalisten von vornherein aus, weil sie jede politisch-parlamentarische Betätigung ablehnen. In bezug auf das Kräfteverhältnis der übrigen drei Parteien, der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen und der Kommunisten zeigen die Ergebnisse der neuen Wahlen zu den politischen Körperschaften eine offenbare Stärkung der linksradikalen Richtungen zu Ungunsten der alten marxistischen Partei. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 stimmten 37,9% für die Unabhängigen und 1,9% für die Kommunisten. Im ganzen hat sich ein Rückgang der sozialistischen Stimmen gezeigt; denn während im Ja-

nuar 1919 insgesamt 45,5% aller Stimmen für die Sozialisten abgegeben wurden, waren es im Juni 1920 nur noch 41,9%. Der Ausgang der preußischen Landtagswahlen (20. Februar 1921) zeigt deutlich, wie stark der Abmarsch nach der linksradikalen Seite infolge der Zersplitterung der Unabhängigen war. Die Unabhängigen haben rund 2 Millionen Stimmen verloren, davon sind ungefähr eine Million den Kommunisten und etwa 300 000 den Mehrheitssozialisten zugefallen. Der Rest hat sich in Mißmut zurückgezogen und gar nicht gewählt. Trotz des Zuzuges von seiten der Unabhängigen ist die Mandatziffer der Mehrheitssozialisten von 145 auf 114 zurückgegangen. Die vereinigten Kommunisten erhielten 30, die Unabhängigen 29 Mandate. In neuester Zeit haben die Mehrheitssozialisten wieder einen Zuwachs erfahren. Von 1 012 299 Mitgliedern im Jahre 1919 wuchs die Partei 1920 auf 1 180 208 Mitglieder, das heißt um 15,6%. 1921 hatte sie wieder einen Zuwachs auf 1 221 059, also um 3,4%.

Ob die radikalste Strömung im Sozialismus, die Vereinigten Kommunisten, auch weiterhin eine so große Zunahme und Stärkung beibehalten werden oder ob die gemäßigteren Richtungen, die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, den Sieg davon tragen werden, wird wesentlich von der Entwicklung des Bolschewismus abhängen. Sollte sich der Bolschewismus noch längere Zeit behaupten und an Stärke gewinnen, so wird auch die Kommunistenpartei auf Zuzug rechnen können. Sollte aber, was das Wahrscheinliche ist, der Bolschewismus in absehbarer Zeit zusammenbrechen, so wird das auch seine Rückwirkung auf die deutschen sozialistischen Parteien nicht verfehlen und es würde dadurch der alten marxistischen Partei wieder mehr Boden gewonnen werden.

Im ganzen bedeutet die jetzt eingetretene Zersplitterung der Sozialistenparteien in verschiedene divergierende Gruppen eine große Schädigung für die Aktionskraft der Arbeitermassen. Sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik. Welche Macht könnten die Sozialisten in die Wagschale werfen mit ihren 10¾ Millionen Stimmen von insgesamt 25¾ Millionen deutscher Wähler bei der letzten Reichstagswahl! Nun aber, da die Sozialistenpartei seit dem Weltkrieg ähnlich wie die Sozialisten der anderen Länder in so viele Gruppen zerrissen ist, die sich untereinander nicht nur bekämpfen, sondern aufs Gehässigste beschimpfen, ist jede geschlossene Aktion der politisch organisierten Arbeiterklasse unmöglich. So erklärt es sich auch, daß die Sozialisten trotz ihrer numerischen Stärke und trotzdem sie seit der Revolution die wichtigsten Posten in der Verwaltung des Reiches und der Einzelstaaten bekleiden, verhältnismäßig so wenig positiven Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung im Sinne ihres Programmes und ihrer Endziele erreichen können.

Ob diese Zersplitterung wieder einer gewissen Einigung der sozialistischen Partei Platz machen wird, ist durchaus unsicher. Am ehesten ist es möglich, daß die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten sich wieder zusammenschließen werden: in beiden Parteien finden sich Bestrebungen zu dieser Einigung, und da von den Unabhängigen die radikalen Elemente zu den Kommunisten abgeschwenkt sind, ist für diese Einigung eine gewisse Wahrscheinlichkeit vorhanden.

Das neue Parteiprogramm, das auf dem Görlitzer Parteitag 1921 beschlossen wurde, ist mit seiner stark reformistischen Tendenz für den Zusammenschluß mit den radikaler gerichteten Unabhängigen nicht günstig. Das neue Programm ist ein deutliches Zeichen der theoretischen Unklarheit und Verschwommenheit, die gegenwärtig bei den Mehrheitssozialisten herrscht. Auf der einen Seite hatte man versucht, den Ideen der rechtsstehenden Mitglieder, wie Lensch, Cunow, Hänisch usw. entgegenzukommen, welche die Bedeutung des Staates viel mehr betonen, als es früher in der Partei der Fall war und ein schrittweises Vorgehen auf dem Wege allmählicher Reform anstreben. Auf der anderen Seite nahm man Rücksicht auf die älteren, auf dem orthodox-marxistischen Boden stehenden Elemente in der Partei. So stellt das Programm einen Kompromiß dar, und es mangelt ihm die eindeutige scharfe theoretische Grundlage, wie sie das Erfurter Programm aufwies. Im Gegensatz zu letzterem fehlt vor allem der klare geschichts-philosophische Ausgangspunkt vom Entwicklungsgedanken, daß die sozialistische Gesellschaft eine naturnotwendige höhere Entwicklungsstufe gegenüber der kapitalistischen sei. Vielmehr ist im allgemeinen Teil des Programms wiederholt auf den Willen des Volkes verwiesen, die Erneuerung der Gesellschaft herbeizuführen: „Die sozialdemokratische Partei kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Willens um die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialen Gemeinsinns."

Ferner wird der Klassenkampf zu einer sittlichen Forderung gemacht. Die Idee des Klassenkampfes selbst wird nicht so scharf ausgesprochen wie im Erfurter Programm. Im Programmentwurf war überhaupt von Klassenkampf keine Rede. Im definitiven Programm ist zwar das Wort „Klassenkampf" aufgenommen, aber der Gedanke selbst durchaus dadurch abgeschwächt, daß es gleich zu Beginn des allgemeinen Teiles heißt: „Die S. P. D. ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Bekenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus." Hieraus geht hervor, daß es sich hier nicht mehr um den Kampf einer bestimmten Klasse, nämlich der Lohnarbeiterklasse, handelt, sondern daß jetzt alle arbeitenden Stände zusammengefaßt werden sollen im Gegensatz zu den nicht Erwerbenden, also daß auch Handwerker, Bauern, Beamte, geistige Arbeiter aller Art hinzugerechnet werden. Auch die scharfe Forderung der Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum, die im Erfurter Programm vorhanden war, ist jetzt in sehr abgeschwächter Weise aufgenommen worden. Es ist nur noch die Rede von der Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinschaft, und darüber hinaus von der „fortschreitenden Umgestaltung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Wirtschaft, zum Wohl der Gesamtwirtschaft". Die staatssozialistischen Einflüsse in der Partei treten in dem Passus hervor, in dem es heißt, daß das Reich eine Kontrolle vor allem über die Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts usw. ausüben soll. Spezielle Be-

stimmungen zugunsten der Bauern, wie sie sich im Programmentwurf fanden, sind im definitiven Programm nicht aufgenommen, sie sollen später in einem besonderen Agrarprogramm festgesetzt werden. Alles in allem bedeutet das neue Programm eine scharfe Wendung von einer radikal-revolutionären Arbeiterklassen-Partei zu einer demokratischen Volkspartei, die möglichst breite Schichten des Volkes aus den verschiedensten Berufsklassen für allmähliche Reformen im Sinne des Sozialismus gewinnen will. Zweifellos war bei Abfassung des Programmes auch die Absicht maßgebend, die Partei zu politischer Mitarbeit mit anders gerichteten Parteien geeignet zu machen.

8. Die Stellung der deutschen sozialistischen Parteien zur Frage der sogenannten Sozialisierung.

Seit der Revolution ist das Wort „Sozialisierung" zu einem unendlich oft gebrauchtem Schlagwort geworden, dessen Sinn und Bedeutung aber meist völlig unklar bleibt, weil es in allen möglichen Varianten verstanden und aufgefaßt wird. Um zu einem klaren und festen Begriff der Sozialisierung zu kommen, *ist es unbedingt notwendig, diesen Begriff dahin zu formulieren, daß Sozialisierung immer nur den Inbegriff der Maßnahmen bedeuten kann, die das wirkliche Endziel des Sozialismus zur Durchführung bringen sollen, nämlich die Überführung der Produktionsmittel aus den Händen von Privatpersonen in die Verfügungsmacht der Gemeinschaft.* Abzulehnen sind daher alle unklar schillernden Begriffe der Sozialisierung. Sozialisierung ist *nicht* die Übernahme der einzelnen Betriebe durch die darin beschäftigten Arbeiter, das würde Arbeiterkapitalismus, aber nicht Gemeinwirtschaft sein. Auch eine auf *Verstaatlichung* der Privatbetriebe gerichtete Politik bedeutet nicht Sozialisierung; gerade die Anhänger der Sozialisierung heben die Bedenken hervor, gegen den notwendig bürokratisch schwerfälligen Apparat von Staatsbetrieben. Verstaatlichung hat es schon vor der Revolution gegeben. Würden zu der Verstaatlichung von Eisenbahnen, Bergwerken usw. noch weitere hinzukommen, so bedeutete das nur eine Vermehrung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe innerhalb der privatkapitalistischen Wirtschaft, während die Sozialisierung ein *grundsätzlich neues Wirtschaftssystem* bedeuten soll, mit völliger Ausschließung der Privatunternehmungen, die auf die ganze Volksgemeinschaft übertragen werden sollen.

Auch das, was bisher in der deutschen Reichsgesetzgebung auf diesem Gebiete durchgeführt worden ist, ist keineswegs wirkliche Sozialisierung. Das deutsche sogenannte Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 ist nur ein Rahmengesetz; es heißt darin, daß das Reich befugt sei, auf dem Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung, für eine Vergesellschaftung geeignete, wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu überführen. Diese Befugnis hatte das deutsche Reich schon vor der Revolution, und nach der Revolution hat das Reich

von dieser Befugnis noch keinen Gebrauch gemacht. Das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919 läßt den privatwirtschaftlichen Betrieb der Kohlenwirtschaft bestehen und gibt dem Reiche nur eine gewisse Aufsicht und Kontrollbefugnisse.

Vollends unmöglich sind die Begriffe der Sozialisierung, etwa in dem Sinne, daß man die Einrichtung gemischtwirtschaftlicher Betriebe, oder gar die Durchführung der Gewinnbeteiligung der Arbeiter als Sozialisierung bezeichnet; ist man doch selbst so weit gegangen, die Beteiligung der Arbeiter am Unternehmen mit Kleinaktien als Sozialisierung zu bezeichnen. (von Solf, in einem Auffatz: Ein Vorschlag zur Sozialisierung. Deutsche Zeitung, Handelsteil 15. 7. 19.) Auch bei der sogenannten „Planwirtschaft von Wissel-Möllendorf ist nicht an eine Sozialisierung im strengen Sinne des Wortes gedacht. Als der Sozialdemokrat Wissel an die Spitze des Reichswirtschaftsministeriums berufen wurde, mit dem Auftrage, die Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens einzuleiten, zog er v. Möllendorf hinzu. Mit den Namen dieser beiden Männer ist der Begriff der Planwirtschaft verknüpft. Es handelt sich bei den praktischen Plänen dieser beiden Männer um einen Kompromiß zwischen Individualismus und Sozialismus. „Wir wollen", sagt Wissel einmal, „in fachlichen Wirtschaftsorganisationen die Arbeitnehmer paritätisch mit den Arbeitgebern beteiligen, um so neben die politische Mitverantwortung die wirtschaftliche Mitverantwortung der Arbeiterschaft zu setzen." Ob einzelne Wirtschaftsbetriebe in das Eigentum des Reiches übergeführt werden sollen, sei lediglich aus finanzpolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Im übrigen soll die wirtschaftliche Rechtsordnung prinzipiell unverändert bleiben, das Privateigentum nicht angetastet werden. Nur die Verfügungsgewalt der Träger der Verantwortung wird eingeschränkt. Der wirtschaftsorganisatorische Aufbau von Wissel-Möllendorf soll sich in Selbstverwaltungskörpern vollziehen, in denen die Arbeiter gleichberechtigt neben den Unternehmern entscheiden. Die Spitze soll der Reichswirtschaftsrat bilden. Nicht der Unternehmer allein soll mehr über die Art, wie seine Wirtschaftsbetätigung vor sich geht, entscheiden, sondern eine Art Parlament, in welchem neben ihm die Arbeitnehmer und die Verbraucher, mitentscheiden. Dieses alles ist zwar kein reiner Individualismus, aber auch kein Sozialismus. Da der Plan einen Kompromiß darstellt zwischen liberaler und sozialer Wirtschaftspolitik, wird er auch von beiden Seiten, von den Individualisten wie den Sozialisten, scharf bekämpft.

Die Stellung der sozialistischen Parteien zur Sozialisierung ist durch das Grundprinzip des Sozialismus gegeben. Alle sozialistischen Parteien, die wirklich auf dem Boden des Sozialismus stehen, müssen die Sozialisierung anstreben, wenn sie ihrem Programm nicht untreu werden wollen; nur über Tempo, Ausmaß und Zeitpunkt der Sozialisierung können die Parteien auseinander gehen. Man unterscheidet Voll- und Teilsozialisierung. Die gemäßigte Richtung, die Mehrheitssozialdemokratie, tritt, wie wir an Hand des neuen Programmentwurfes gesehen haben, für ein allmähliches, schrittweises Vorgehen ein, die Unabhängigen dagegen wünschen schnelleres und radikaleres Vorgehen. Als eine „nächste Forderung"

der U. S. P. D. ist schon in der programmatischen Kundgebung vom März 1919 gesagt: „Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort zu beginnen, sie ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaues und der Energieerzeugung (Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion sowie hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens. Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen." Noch weiter geht die kommunistische Partei, die die sofortige Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, aller Banken und Bergwerke, Hütten, sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel verlangt.

Anders als die Programme der Parteien lauten die Äußerungen maßgebender Führer des Sozialismus. Nicht nur Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie, sondern auch Mitglieder der Unabhängigen warnen vor übereilter Inangriffnahme der Sozialisierung. So sagt Kautsky in seinen „Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm": „Aber gerade, weil diese Aufgabe so wichtig und weittragend ist, läßt sie sich nicht im Handumdrehen durchführen, sondern nur schrittweise, nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse und Vorbereitung der neuen Ordnung." An anderer Stelle sagt er (Der Sieger im Weltkrieg, in der „Freiheit" vom 17. November 1918): „In Bausch und Bogen alles für nationalisiert erklären und dann hinterdrein drangehen, die Bedingungen dafür zu schaffen, heißt das Pferd beim Schwanz aufzäumen, heißt ein Übergangsstadium schaffen, in dem kapitalistische Produktion nicht mehr und sozialistische noch nicht möglich ist, ein Stadium, in dem eine rationelle Produktion überhaupt nicht möglich ist. Es heißt vorübergehend die Produktion zum Stocken bringen. Eine solche Art Sozialismus gerade jetzt im Moment der Demobilisierung durchführen oder auch nur fordern, hieße Deutschland in ein Tollhaus verwandeln." Bernstein erklärt in einer Rede „Was ist Sozialismus?", gehalten am 28. Dezember 1918: „Heute, wo unsere Indüstrie stockt, wo unsere Industrie mit den größten Schwierigkeiten kämpft und wo ihr zudem Schwierigkeiten bevorstehen, deren Größe wir noch gar nicht abmessen können, weil wir gar nicht die Bedingungen kennen, die das Ausland uns Deutschen auferlegen wird, heute gehört — ja, ich will das drastische Wort aussprechen — ein Wunderglaube dazu, sich vorzustellen, daß dann, wenn wir erklären, die Industrie ist vergesellschaftet, sozialisiert, sich irgend etwas für den Arbeiter oder für die Gesamtheit im gegenwärtigen Augenblick verbessern wird." — Dagegen ist ein typischer Vertreter der radikalen Vollsozialisierung Otto Neurath, der in einem Vortrage, den er in Chemnitz über die Sozialisierung Sachsens hielt, sagte: „Bei der Sozialisierung der Wirtschaft geht es ums Ganze. Von oben an muß sozialisiert werden, nicht stückweise hier oder dort. Wir dürfen nicht fragen, ob ein einzelner Betrieb sozialisierungsreif ist, wir müssen fragen, ob die gesamte Wirtschaft sozialisierungsreif ist, und darauf lautet die Antwort: „wir können heute in Sachsen leichter sozialisieren als seit langem, und wahrscheinlich leichter als wir es in den nächsten Jahren

und Jahrzehnten können werden.“ (Die Sozialisierung Sachsens, Chemnitz 1919, S. 23.)

Meine eigene Stellungnahme zur Frage der Sozialisierung brauche ich hier nicht des Näheren darzulegen, da ich auf meine prinzipiellen Ausführungen auf Seite 52 ff. verweisen kann. Ich halte an diesem Standpunkt auch gegenüber den neuerdings eingetretenen Umwälzungen fest, ja gerade jetzt, nach den Ereignissen des Krieges und der Revolution sind meine Bedenken gegen eine Ausschaltung des privaten Unternehmungsgeistes noch schwerwiegender wie in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs vor dem Kriege. Denn heute, wo alle Kräfte angespannt werden müssen, um das darniederliegende wirtschaftliche Leben Deutschlands wieder in die Höhe zu bringen, ist nichts so wichtig als die kräftige Initiative von unternehmenden Persönlichkeiten, die durch den ganzen Apparat gemeinwirtschaftlicher Verwaltungen in ihren besten Bestrebungen unterdrückt würden. Gewiß muß schon aus finanziellen Gründen eine weitere Vermehrung gemeinwirtschaftlicher Betriebe in Reich, Staat und Gemeinden stattfinden, aber auch hier sollte man Einrichtungen treffen, etwa durch die Form des gemischtwirtschaftlichen Betriebes, die dem privaten Unternehmungsgeiste möglichst viel Spielraum gestatten.

XXV. Vorlesung.

Der Sozialismus in Frankreich und England. Die Internationale. Schlußwort.

I. Frankreich.

In meiner Darstellung der sozialistischen Bewegung in Frankreich hatte ich auf die große Zersplitterung in verschiedenen Parteien hingewiesen, die das Charakteristikum der französischen Entwicklung ist. Es kam zwar im Jahre 1905 durch die Bildung der Parti unifié zu einer Einigung der Parteien, aber diese Einigung war nur eine äußerliche, denn die inneren Parteigegensätze blieben nach wie vor latent bestehen. Außerdem stand noch eine Gruppe von reformistisch gesinnten Sozialisten abseits, die unter dem Namen der sogenannten Unabhängigen eine besondere Partei bildeten. Diese Unabhängigen, die nur einige Vertreter in der Deputiertenkammer haben, sind nicht konsequente Sozialisten, sondern bilden einen Übergang zwischen den Radikalen und den Sozialisten und erstreben Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien. Ganz getrennt von der politischen Parteibewegung sind die Syndikalisten, wie ich oben des Näheren dargelegt habe.

Die Ereignisse während des Krieges und nach dem Kriege bewirkten, daß die vor dem Kriege erreichte äußerliche Einigung nicht standhielt. Nicht nur in der sozialistischen Partei, sondern auch bei den Syndikalisten ist es zu einer Spaltung gekommen. Diese Spaltungen sind nicht durch das Auftreten neuer Theorien bewirkt worden, auch nicht durch das Auftreten neuer hervorragender Führer, sondern sie waren nur das Zeichen dafür, daß sich die früher bereits vorhandenen Gegensätze auf die Dauer nicht überbrücken ließen, sobald sie aus äußerlichen Anlässen scharf hervortraten.

Vor dem Kriege hatte die französische Sozialistenpartei (Parti unifié) sich in verschiedenen Manifesten und Erklärungen für eine energische Politik des Friedens und gegen jeden Krieg ausgesprochen. So war noch auf dem, am 14.—16. Juli 1914 abgehaltenen nationalen Kongreß der Parti nationaliste in Paris eine Resolution über die „Sicherung des Weltfriedens" angenommen worden, worin der Generalstreik als bestes Mittel empfohlen wurde, um einen Krieg zu verhindern. Am 27. Juli 1914, unmittelbar vor der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, brachte die „Bataille syndicaliste" die Aufforderung: „Peuple de Paris débout! Par ton attitude énergique empèche la guerre! Pour

ce soir sur les boulevards!“ — Die Pariser Gewerkschaftsorganisationen forderten ebenfalls zu Boulevard-Demonstrationen gegen den Krieg auf. Den Tag darauf gab die sozialistische Gruppe des Parlaments die Erkärung ab, daß sie ihr Büro beauftrage, sich mit der Regierung ins Vernehmen zu setzen, um ihr den festen Entschluß zum Frieden, von dem das Volk beseelt sei, zu übermitteln. Auch nach der Ermordung von Jaurès, der bis zuletzt für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt hatte, wurden die Bemühungen zur Erhaltung des Friedens seitens der Sozialisten fortgesetzt.

Der Umschwung von der Friedens- zur Kriegsstimmung erfolgte nach dem Einmarsch der Deutschen in Luxemburg und der Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich. Am 4. August 1914, am Tage der Beerdigung von Jaurès, erschien in der „Bataille syndicaliste“ ein Artikel „Gegen das Faustrecht“, dieser schließt „contre le droit du poing, contre le militarisme germanique, il faut sauver la tradition démocratique et révolutionnaire de la France“. Jetzt wurde immer mehr auch von der sozialistischen Partei die Parole ausgegeben: gegen den deutschen Militarismus, nicht dem deutschen Volke, sondern dem deutschen Imperialismus gelte der Krieg. In der Sitzung vom 4. August 1914 wurden die von der Regierung vorgelegten Kriegsgesetzentwürfe debattelos und einstimmig angenommen. Bei dem Begräbnis von Jaurès sagte ein Sozialist, er (Jaurès) hätte wie wir, indem er Frankreich verteidigte, die Überzeugung gehabt, das hohe Ideal unserer Partei von der menschlichen Brüderlichkeit zu verteidigen. Die Kriegsereignisse bewirkten zunächst eine noch festere Einigung aller französischen Sozialisten. Sie schlossen sich zur „heiligen Organisation“ zusammen, die alle Streitigkeiten unter den Parteien begraben sollte. In die Regierung wurden erst 2, dann 3 sozialistische Minister berufen.

Je länger der Krieg dauerte und je mehr das Verlangen nach Frieden hervortrat, um so mehr traten die prinzipiellen Gegensätze zwischen den einzelnen Gruppen und Führern zutage, und schon während des Krieges ließen sich deutlich etwa 5 Richtungen unterscheiden, die auf dem nationalen Kongreß, der vom 6.—10. Oktober 1918 stattfand, vertreten waren.

1. Die Vierzig, so genannt nach den 40 Unterzeichnern der Resolution an Branting, worin erklärt wird, daß der Nationalismus vor dem Sozialismus komme, und daß die Klassenkämpfe durch die Zusammenarbeit der Klassen ersetzt werden müssen. Diese Partei, die zu Kompromissen mit den bürgerlichen Parteien geneigt war, verfügte nur über eine ganz geringe Zahl von Mitgliedern. Führer sind: Compère, Morel und Varenne, ihr Organ ist „La France libre“.

2. Die Mehrheitler (Majoritaires). Sie heißen so, weil sie bis zum Kongreß 1918 die Mehrheiten der Partei bildeten. Führer sind: Albert Thomas und Pierre Renaudel.

3. Die Centristen. Diese 1916 gegründete Gruppe hatte den Zweck, die Spaltung der Partei zu verhindern und wollte dem Weltkapitalismus gegenüber eine einheitliche Front bilden. Die Führer sind: Sembat und Cachin.

4. Die Minderheitler bilden den Kern der Opposition, sie sind jetzt nicht mehr in der Minderheit, sondern die Mehrheit. Führer: Jean Longuet, Pressemanne und Frossard.

5. Die Kienthaler vertreten das Programm von Zimmerwald und Kienthal und haben dementsprechend zwei Jahre hindurch die von allen andern Parteien bewilligten Kriegskredite abgelehnt.

Es würde zu weit führen, hier in allen Einzelheiten die Differenzen aufzuzählen, welche die verschiedenen Gruppen voneinander trennen. Es genügt auf die zwei Hauptgegensätze hinzuweisen, einmal auf die Frage der Kriegsziel- bzw. der Friedenspolitik und zweitens die Stellung zum Bolschewismus.

Während des Krieges war es besonders die Frage, ob und wieweit die nationalistische Kriegspolitik zugunsten einer internationalen Friedenspolitik abgelöst werden sollte. Hier waren viele Gegensätze vorhanden, die aber nicht so stark an die Öffentlichkeit kamen, weil die gegen die nationalistische Politik gerichtete Opposition schließlich doch in der Regel im Interesse der Einigkeit der Partei einer allgemein gefaßten Resolution zugunsten der Fortführung des Krieges und der Bewilligung der Kriegskredite ihre Zustimmung gab. Es war eine latente Krise in der sozialistischen Bewegung vorhanden, die aber erst nach Beendigung des Krieges offen hervortrat. Zu einer Spaltung mußte diese Krise führen, als auch die schroffen Gegensätze in der Stellung zum Bolschewismus ein weiteres Zusammenbleiben zur Unmöglichkeit machten.

Die Opposition trat bereits 1915 hervor, als in einem Manifest der Parteiorganisation von Limoges eine Kundgebung beschlossen wurde, daß die Partei sich nicht nur an der Verteidigung des Landes beteiligen, sondern auch den Frieden durch Wiederherstellung der internationalen sozialistischen Beziehungen fördern würde. Zugleich waren diese Oppositionellen — wozu namentlich die Minderheitler, Pressemanne, Paul Faure, Vallières gehörten — bestrebt, die Parteieinheit aufrecht zu erhalten. In einer im Juli 1915 abgehaltenen Konferenz war die Opposition noch zu weiteren Konzessionen an die Gesamtpartei bereit und erkannte den Grundsatz des „Durchhaltens bis zum Ende" an. Die Opposition wurde schärfer, nachdem Merrheim und Bourderon nach Zimmerwald gereist waren und auf Grund der dort gefaßten Beschlüsse ein „Komitee zur Wiederherstellung der internationalen Aktion" begründet hatten. Jetzt begann von Neuem der Kampf zwischen der Mehrheit und der Minderheit. Auf der Parteikonferenz im August 1916 stimmten bereits über 1000 Oppositionelle für die Einberufung des „internationalen Büros". Drei Deputierte der Kammer, die zur Opposition gehörten, waren nach Kienthal gegangen und begründeten in der Kammer ihren Beschluß, gegen die Kriegskredite zu stimmen und für die Notwendigkeit eines sofortigen Friedensschlusses einzutreten. Die übrigen Oppositionellen erklärten unter der Führung der Minderheitler Longuet und Pressemanne ihre Bereitwilligkeit, die weiteren Kriegskredite zu bewilligen. Das Wachstum der Opposition ging aus dem Verlauf des Parteitages, Dezember 1916 in Paris, hervor, wo sie bereits 13—14 000 Stimmen auf eine Resolution

vereinigten, welche „die volle Wiederherstellung der internationalen Beziehungen und die sofortige Einberufung des internationalen Büros" forderte.

Die eigentliche Spaltung der Partei trat erst später ein, infolge prinzipieller Verschiedenheiten in der Stellungnahme zum Bolschewismus. Auf dem Straßburger Parteitag (Februar bis März 1920) erklärte die französische Sozialdemokratie offiziell ihren Austritt aus der 2. Internationale.

Die erste Begeisterung für den Bolschewismus machte bald Streitigkeiten und Kämpfen Platz, die sich um die Form des Anschlusses an Moskau drehten. Auf dem Parteitag in Tours (25.—29. Dezember 1920) erklärte sich der Führer der Minderheitler Longuet wieder als ein Anhänger der 3. Internationale, wollte aber die 21 von den Bolschewisten gestellten Bedingungen nicht anerkennen und sich nicht jedem Moskauer Diktate fügen. So kam es zur Trennung; auf der einen Seite stehen die „Kommunisten", die den bedingungslosen Anschluß an Moskau fordern, auf der anderen die „sozialistische Partei", welche dieses ablehnt und zu der, außer Longuet und den Minderheitlern, auch die anderen Gruppen wie die Centristen und die Mehrheitler gehörten. Cachin war der Hauptvertreter für den Anschluß an Moskau. Den äußeren Anlaß zur Spaltung gab die Abstimmung über die Forderung des Bolschewisten Sinowjew, daß Longuet aus der Partei ausgeschlossen werden sollte. Als die Ablehnung dieser Forderung von der Majorität verweigert wurde, kam es zur Trennung; die Abstimmung ergab 2352 von 4763 vertretenen Mandaten für den Anschluß an Moskau und 1022 dagegen. Jetzt gehört die große Mehrheit der sozialistischen Parteien Frankreichs zu den Kommunisten. Das Parteiblatt „Humanité" ist in die Hände der Kommunisten übergegangen. Die gemäßigte, der zweiten Internationale angeschlossene Gruppe umfaßt noch 81 Departementsverbände mit 50 000 Mitgliedern. So hat der Bolschewismus in Frankreich gerade wie in anderen Ländern zersetzend auf die Arbeiterbewegung gewirkt; er hat nicht zur Einigung, sondern zur Uneinigkeit unter den sozialistischen Parteien geführt.

Wie bei der politischen Partei kam es auch bei den Gewerkschaftlern zu Streitigkeiten und zur Spaltung und auch hier waren es die Fragen der Kriegsziele und des Bolschewismus, die zur Trennung führten. Die Syndikalisten waren vor dem Kriege, wie wir oben gezeigt haben, jeder Beteiligung an den politischen Parteien abgeneigt; nach dem Kriege aber hatten sie sich zu gemeinsamer Aktion mit den sozialistischen Parteien zusammengeschlossen. Für diese Annäherung wurde ein spezielles Organ, das „Aktionskomitee" aus Vertretern der Konföderation und der Genossenschaften gebildet und dazu bestimmt, die gesamte Selbstbetätigung der Arbeiterklasse für die Kriegsnotwendigkeiten zusammenzufassen. Wie in der Partei entstand auch innerhalb des Syndikalismus bald eine Opposition, die von Merrheim geführt wurde und die sich gegen die nationalistische Kriegspolitik wendete. Sie war besonders stark in den großen Verbänden und Arbeitsbörsen vertreten und führte mit dem Konföderationskomitee und der Mehrheit der Partei einen hartnäckigen Kampf. Bei der Konferenz der „Konföderation der Arbeit", die vom 24.—29. De-

zember 1916 tagte, wurde eine Resolution angenommen, die einen großen Einfluß der Internationalisten in der gewerkschaftlichen Bewegung Frankreichs zeigt. Die Konferenz verlangte von der französischen Regierung, daß sie das Friedensangebot in entgegenkommendem Sinne beantworte und forderte die Regierung auf, die anderen Regierungen der Entente zu gleichem Vorgehen zu bewegen, damit die Stunde des Friedens schneller heranrücke.

In der Frage des Bolschewismus verteidigte eine oppositionelle Strömung im Syndikalismus statt der früher betriebenen unpolitischen, rein gewerkschaftlichen Politik ein direkt auf revolutionärer Gewalttaktik beruhendes Vorgehen. Als auf dem syndikalistischen Kongreß zu Lyon, 15.—21. September 1919, eine Sympathieerklärung für die russische Revolution die Aufforderung zu deren wirksamer Unterstützung beschlossen hatte, erließ der Vorstand des Gewerkschaftsbundes ein Rundschreiben an die entschlossenen Organisationen, in welchem er diese aufforderte, sich zu der Frage zu äußern, wie am wirksamsten die Intervention der alliierten Mächte in Rußland bekämpft und auf einen baldigen und vollständigen Friedensschluß mit der Sowjetrepublik hingewirkt werden könne. Die Opposition erklärte jedoch dieses Vorgehen als ein bloßes Verlegenheitsmanöver der Bundesleitung. Als sich daher die Delegiertenversammlung des Gewerkschaftskartells in Paris mit diesem Rundschreiben zu beschäftigen hatte, bezeichnete sie als einzige wirksame Unterstützung der russischen Revolutionäre die Durchführung des revolutionären Generalstreiks in Frankreich. Ein dahin gehender Antrag wurde mit 60 gegen 42 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Die Folge dieses Beschlusses war die Demission des Kartellvorstandes. Der Kartellvorstand glaubte die Verantwortung für diesen Beschluß nicht übernehmen zu können und erklärte: Der Generalstreik darf nicht zu einem rein negativen und zerstörenden Mittel herabgewürdigt werden; erst an dem Tage wird er seinen vollen revolutionären Wert errungen haben, an dem die proletarische Überzeugung genügend geklärt und gekräftigt sein wird, um seiner Durchführung sofort allgemeine Anwendung wirklich aufbauender, der Erkenntnis der Arbeiterschaft entsprungenen Prinzipien folgen lassen zu können. In einer neuen, im November 1919 stattgehabten Sitzung der Kartelldelegierten stimmte die Versammlung diesen Erklärungen mit 92 gegen 56 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen zu. Wenn auch daraufhin der Vorstand seine Demission zurückzog, so zeigt doch schon das Abstimmungsergebnis, welcher Riß auch in der Gewerkschaftsbewegung bestand. Dieser Riß ist jetzt zu einer völligen Spaltung geworden. Die kommunistischen Elemente in der C. G. P. haben sich in den Comités syndicalistes révolutionnaires eine Sonderorganisation gegeben. Eine außerordentliche Generalversammlung des C. G. P. Mitte Juli 1921 faßte eine Resolution, wonach das Bestehen dieser kommunistischen Sonderorgane als unvereinbar mit der Einheit der Gewerkschaftsfront verurteilt wurde und zugleich als unzulässig erklärt wurde, daß ein Gewerkschaftler gleichzeitig zwei verschiedenen Organisationen angehöre. Unbekümmert um diese Liller Entschließung fahren aber die Extremisten fort, ihre revolutionären Sonderorganisationen auszubauen. Die Zentral-

leitung des C. G. T. berief den Landesausschuß, die aus den Vertretern der regional und beruflich gegliederten Verbände zusammengesetzte Gewerkschaftsinstanz, ein. Diese erklärte, daß die Resolution des Liller Kongresses dahin auszulegen sei, daß jede Gewerkschaft und jeder Verband, der einem Comité syndicaliste révolutionnaire angehöre, damit die Mitgliedschaft zur C. G. T. verliere. Neue Kämpfe im Gewerkschaftswesen Frankreichs werden bevorstehen, da die kommunistische Minderheit erklärte, sich nicht aus der C. G. T. herausdrängen lassen zu wollen.

Was die numerische Stärke der Partei anlangt, so ist darüber folgendes zu bemerken: vor dem Kriege hatte die sozialistische Partei 75 000 zahlende Mitglieder, nach Ausbruch des Krieges war diese Zahl so verringert, daß sie anfangs 1915 nur 25 000 betrug. Nach dem Frieden wuchs die Zahl wieder bedeutend an und 1920 zeigt die Partei 150 000 Mitglieder. Dagegen ist die Mitgliederzahl der Gewerkschaften stark zurückgegangen, statt 1 315 000 (Ende 1919) betrug sie nur noch 600 000 Ende 1920.

II. **England.**

Die englische sozialistische Bewegung hat seit dem Weltkriege große Umbildungen und Neubildungen erfahren; teilweise gehen sie auf theoretische Gedankengänge zurück, die schon vor dem Kriege ausgesprochen wurden, aber erst seit neuester Zeit größere Verbreitung und Vertiefung fanden. Hier ist in erster Linie der Gildensozialismus als eine neue eigenartige Gedankenrichtung darzustellen.

1. Der Gildensozialismus.

Zum erstenmal wurden gildensozialistische Gedankengänge in der 1906 veröffentlichten Schrift des Architekten Penty „The Restoration of the Guild-System" dargelegt. In weitere Kreise drang der Gildensozialismus erst nach Erscheinen des Buches von Cole (1913), „The World of Labour". Cole ist der weitaus einflußreichste Verfechter der gildensozialistischen Gedanken, an seine Schriften lehne ich mich hauptsächlich an, wenn ich jetzt eine kurze Darstellung der grundlegenden Ideen des Gildensozialismus zu geben suche. Die knappste Zusammenfassung seiner Grundgedanken sind in der Definition, die sich im „Labour Yearbook" (1916) findet, gegeben, wonach das Ziel des Gildensozialismus ist: die Beseitigung des Lohnsystems und die Einführung der Selbstverwaltung durch ein in Verbindung mit dem Staate eingerichtetes System von nationalen Gilden. Die Gildensozialisten wollen kein neues sozialistisches System liefern, auch keine neue sozialistische Partei begründen, sie wollen den schon vorhandenen Arbeiterorganisationen und den bereits bestehenden sozialistischen Parteien neue Gedanken und Richtlinien für ihr politisches und wirtschaftliches Wirken liefern, sie wollen vor allem die mächtigste englische Arbeiterbewegung, die Gewerkvereinsbewegung umgestalten, indem sie den Gewerkvereinen höhere und umfassendere Ziele zuweisen, als es bei der früheren Gewerkvereinspolitik der Fall war. Zu diesem Zweck verbinden sie Ideen,

die bereits früher vorhanden waren, namentlich syndikalistische Gedanken, die von Frankreich her seit Beginn des 20. Jahrhunderts in England Boden gefaßt hatten, mit gewissen staatssozialistischen Grundsätzen der Fabier zu einer neuen Lehre, dem Gildensozialismus.

Das, was die Gildensozialisten erstreben, läßt sich am besten auf die kurze Formel bringen: „Kontrolle der Industrie", und diese Kontrolle soll von den in industriellen Verbänden vereinigten Arbeitern durchgeführt werden. Während bisher die Gewerkvereine ihre Aufgabe darin erblickten, das materielle Wohl ihrer Mitglieder zu fördern durch Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbilligung des Konsums und andere derartige Maßnahmen, sich aber um die Grundlagen der Produktion nicht kümmerten, wollen die Gildensozialisten, daß die Arbeiterverbände der Zukunft auch die Grundlage der Betriebe, die Produktion selbst, die Verwaltung und Leitung derselben in die Hand bekommen. Aber — und hierdurch unterscheiden sich die Gildensozialisten wesentlich von den Syndikalisten — bei dieser Produktionsfürsorge sollen sie in engster Verbindung mit dem Staate stehen, mit dem sie sich in die Kontrolle der Industrie zu teilen haben. Von den Gewerkvereinen der Vergangenheit sollen sich die Gilden der Zukunft auch dadurch unterscheiden, daß sie nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Kopfarbeiter umfassen, die höheren Angestellten, die Techniker, die Beamten der Betriebe sollen gleichberechtigt in die Gilden eingeordnet werden. Hand- und Kopfarbeiter vereint, sollen die Betriebe verwalten. Die wesentlichste Aufgabe der Gilden — und das ist das völlig Neue gegenüber der Gewerkvereinspolitik — ist die Sorge für die Produktion der Güter, für die Leitung und Verwaltung der Industrie.

Die Gildensozialisten gehen davon aus, daß ein Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht, daß die Unternehmer als Besitzer der Produktionsmittel nicht mehr die frühere Macht behalten dürfen, daß diese Macht den in den Betrieben vereinigten Kopf- und Handarbeitern zufallen müsse. Die Wurzeln aller sozialen Mißstände erblickt der Gildensozialist im Lohnverhältnis des Arbeiters; der Kampf gilt daher dem Lohnsystem. Der Arbeiter soll aus einem entlohnten, abhängigen Arbeiter ein selbständiger Teilhaber in der Selbstverwaltung der Betriebe werden. Was ist unter Kontrolle der Industrie zu verstehen? Nicht etwa, daß die gesamten Produktionsmittel dem Arbeiter gehören, das Eigentum an den Produktionsmitteln soll vielmehr der Gesamtheit, dem Staat, bzw. der Gemeinde zustehen. Auch die Überschüsse der Betriebe sollen dem Staat bzw. der Gesamtheit zufallen. Aber im Inneren der Betriebe soll die Leitung den vereinigten Kopf- und Handarbeitern verbleiben. Wenn zu diesem Zweck in erster Linie die Gilden als Industrieverbände mit Selbstverwaltung organisiert werden sollen, so soll doch diese Autonomie der Betriebe sich nicht auf die Fragen erstrecken, die besonders das Konsumenteninteresse angehen. Über die Produktenpreise haben die Gilden nicht selbstherrlich zu bestimmen, hier sollen die Konsumenten das entscheidende Wort haben, und bei der Festsetzung der Preise in Konsumentenräten mitwirken; doch in letzter Instanz soll auch hier der Staat als Vertreter der Gesamtinteressen mitzusprechen haben.

Bei der Überführung des Privateigentums in Gemeineigentum sind drei Industriegruppen zu unterscheiden:

1. Die Großindustrie, wie Bergbau, Eisenbahn, Schiffahrt, Eisenindustrie soll nationalisiert werden, das heißt: Staatseigentum werden, wobei natürlich nicht an Verstaatlichung im üblichen Sinne zu denken ist, da die ganze Verwaltung auf die Gilden delegiert wird, sondern an das Eigentumsrecht des Staates.

2. Die Wirtschaftszweige, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege dienen, wie Wasser, Gas usw., sollen Gemeindeeigentum werden.

3. Die sogenannte „häusliche Industrie", z. B. Möbel, Konfektion sollen in Genossenschaftseigentum überführt werden. So soll der Arbeiter der Zukunft nicht mehr Lohnsklave, sondern Teilhaber der Industrie werden, soll er nicht mehr abhängig sein von einem Kapitalisten, sondern Genosse von Meistern, Leitern usw., die er sich selbst gewählt hat. Es werden nicht mehr Waren zur Gewinnerzielung hergestellt, sondern Güter für den Verbrauch, der gemäß den Bedürfnissen der Konsumenten festgestellt wird.

Die Gilden haben auch den Entgelt ihrer Mitglieder festzustellen, denn Lohn im eigentlichen Sinne soll es nicht mehr geben. Die Höhe des Entgelts soll so festgesetzt werden, daß jedem Mitglied ein ausreichender Lebensunterhalt gesichert ist.

Der äußere Aufbau der Gilden ist so gedacht: Alle Arbeiter einer Industrie des ganzen Landes werden in einer Organisation zusammengefaßt; z. B. alle Arbeiter des Baugewerbes werden zu einer Baugilde vereinigt. Nicht etwa bilden die einzelnen Gruppen der Bauarbeiter, wie Maurer, Schlosser, Schreiner usw. Gilden für sich. Ebenso werden alle Eisenarbeiter zur nationalen Gilde der Eisenindustrie zusammengefaßt. An Stelle des Berufssystems soll das Industriesystem treten.

Diesem Zentralsystem gegenüber ist auch das föderalistische Prinzip gewahrt, denn der einzelne Betrieb soll den Kern der Selbstverwaltung bilden. Alle Arbeiter in jedem Betriebe sollen einen Ausschuß wählen, der die Verwaltung auszuüben hat. Dieser Ausschuß hat alle Fragen, die den inneren Betrieb betreffen, zu erledigen. Er ist vor allem für die Quantität und Qualität der Produkte verantwortlich. Über den einzelnen Betrieben stehen als höhere Stufen die Bezirksausschüsse. Sie werden von allen Betrieben in einem geographischen Bezirk gewählt. Sie haben das Zusammenarbeiten der einzelnen Werke zu vermitteln und stehen in der Mitte zwischen den einzelnen Betrieben und den nationalen Gilden. Die oberste Instanz für die allgemeine Politik der Gilden ist die nationale Delegiertenversammlung, die aus allgemeinen Wahlen der Mitglieder jeden Berufes innerhalb der einzelnen Betriebe hervorgeht.

Man hat die Gilden mit den früher bereits vorgeschlagenen bzw. durchgeführten Arbeiter-Produktivgenossenschaften mit Staatskredit verglichen. Dabei ist aber die grundsätzlich verschiedene Stellung übersehen, die im Gildensozialismus der Staat einnimmt. Denn hier soll nicht der Staat etwa nur Kreditgeber sein, sondern „Obereigentümer" der gesamten Produktionsmittel, und den Arbeitern soll nicht der Betrieb selbständig zustehen, sondern dem Staat selbst sind wichtige Befugnisse eingeräumt. Wenn auch der Staat in

das Innere der Betriebe sich nicht einmischen soll, sondern hier alles den autonomen Gilden überlassen, so soll er doch „Treuhänder" der Gesamtheit sein. Als solcher hat er neben und über den Konsumentenvertretungen, die Interessen der Verbraucher zu wahren. Er soll ferner Bestimmungen über Mindestlöhne und Maximalarbeitszeiten treffen, er soll bei der Festsetzung der Preise mitwirken, wenn Kontroversen darüber zwischen Konsumenten und Produzenten entstehen.

Der Name „Gildensozialismus" hat auch zu der Anschauung geführt, daß eine Wiederbelebung des alten Zunftwesens beabsichtigt sei, daß an Stelle der Großbetriebe der Kleinbetrieb gefördert werden soll. Mit dem Zunftwesen der alten Zeit hat der Gildensozialismus nur wenig Gemeinsames. Die Umgestaltung in der Industrie soll erfolgen ohne Preisgabe des Großbetriebes. Nur einzelne der ersten Gildensozialisten standen der maschinellen Produktionsweise feindlich gegenüber; das ist nicht mehr der Fall bei den neueren Vertretern dieser Lehre. Allerdings wird auch bei den jüngsten Anhängern des Gildensozialismus die Auffassung vertreten, daß die handwerksmäßige Arbeit besonders zu schätzen sei, daß auf Qualitätsarbeit Gewicht gelegt wird und daß dort, wo Qualitätsarbeit am besten durch Handarbeit garantiert wird, das Kleingwerbe bevorzugt werden müsse.

Auch gewisse ethische Grundgedanken teilt der Gildensozialismus mit dem älteren Zunftwesen, die Pflege des Gemeinschaftsgeistes, das Solidaritätsgefühl, die Fürsorge für ausreichende Beschäftigung und gute Bezahlung der Leistungen sind die Ideen, die aus dem alten Zunftwesen entstammen.

Die Gildensozialisten wollen ihr Ziel auf friedliche Weise erreichen, sie lehnen die Diktatur des Proletariats ebenso ab, wie die Mittel des Generalstreiks, der Sabotage usw. Ein allmählicher, aber kein revolutionärer Übergang zum Gildenstaat soll stattfinden. Andererseits lehnen sie aber auch alle kleinen sozialreformerischen Mittel, wie Gewinnbeteiligung usw., ab.

Zum Zweck der Propaganda für ihre Ideen haben die Gildensozialisten im Jahre 1915 die „National Gilds-League" gegründet. Zur praktischen Durchführung ihrer Ideen ist es bisher im größeren Maßstabe noch nicht gekommen; eine gewisse Anwendung hat das gildensozialistische Prinzip bei den Baugilden gefunden, die in verschiedenen englischen Städten gebildet wurden. Im Februar 1921 haben sich die damals bestehenden Baugilden zu einer nationalen Organisation zusammengeschlossen. Die Baugilden sind, wie Leubuscher berichtet („Sozialismus und Sozialisierung in England", Verlag Gustav Fischer, Jena, 1921, S. 220), auf den gildensozialistischen Gedanken gegründet, daß die Gewerkvereine, sofern sie alle, oder doch die überwiegende Zahl der in einem Gewerke tätigen Personen umfassen, ein Arbeitsmonopol besitzen, das zur Grundlage für die Kreditgewährung dienen kann, und sie in den Stand setzt, unabhängig von dem Kapital des Privatunternehmers ihre Arbeitskraft nutzbringend anzuwenden. Das hierzu notwendige Kapital soll die Stadtgemeinde vorschießen, die unmittelbar an der Ausführung der von den Gilden übernommenen Aufgabe interessiert ist, also der gildensozialistische Gedanke einer Verbindung öffentlichen Eigentums an den Produktionsmitteln mit der in den Gilden organisierten und monopolisierten Arbeitskraft.

Man kann auch in der Institution der sogenannten „shop stewards“ Vorläufer gewisser gildensozialistischer Gedanken erblicken. Die „shop stewards“ waren schon vor dem Kriege vorhanden, sie waren Betriebsfunktionäre der Gewerkschaften, welche die Interessen der Gewerkschaften bzw. der Arbeiter eines Betriebes vertraten, z. B. den Eingang der Gewerkschaftsgelder kontrollierten usw. Im Kriege wurden die Befugnisse der „shop stewards“ wesentlich erweitert. Für die in den Kriegsbetrieben vereinigten Arbeitermassen war eine Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber der Betriebsleitung notwendig. Denn die gewerkschaftlichen Organisationen waren wegen ihrer Zersplitterung nicht dazu geeignet. So wählten die Arbeiter der Kriegsbetriebe eigene Betriebs-Obleute, „shop stewards“, die sich zu Werkausschüssen — work Committees — zusammenschlossen. Auf diese Bestrebungen zur Erweiterung und Vertiefung der Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber den Unternehmern sind zweifellos syndikalistische und gildensozialistische Gedanken von Einfluß gewesen. Mit Hilfe der „shop stewards“ hoffen die Gildensozialisten allmählich ihrem Ziel, „der Kontrolle der Industrie“, näher zu kommen.

Welche Bedeutung die gildensozialistischen Ideen indirekt gewonnen haben, ersieht man aus dem Einflusse, den sie auf die Um- und Neubildung der sozialistischen Parteien in England hatten, zu deren Darstellung ich jetzt übergehe.

b) Die Umbildung und Neubildung der sozialistischen Parteien und der Arbeiterbewegung in England.

1. Die unabhängige Arbeiterpartei (Independant Labour Party.)

Wie in den meisten übrigen Ländern waren auch in England die Vertreter aller sozialistischen Parteien vor Kriegsausbruch Gegner des Krieges. Erst bei Ausbruch des Krieges und während des Krieges änderte sich ihre Haltung. Die unabhängige Arbeiterpartei aber und besonders ihre Führer Keir Hardie und Mac Donald waren auch nach der Kriegserklärung an Deutschland bei ihrer Haltung verblieben und machten den Verleumdungsfeldzug gegen alles Deutsche nicht mit. Doch erklärte Mac Donald, wie immer ihre Ansicht über den Ursprung des Krieges sein möge, daß der Krieg jetzt durchgeführt werden müsse. Im Gegensatz aber zu anderen sozialistischen Richtungen bewiesen die Unabhängigen im allgemeinen eine pazifistische Haltung. Infolge dieser Stellungnahme büßte die Partei, zu welcher im Jahre 1914 sieben Vertreter der aus 39 Mitgliedern bestehenden Arbeiterfraktion im Parlament gehörten, während des Krieges an Anhang ein. Mehrere ihrer hervorragendsten Mitglieder verloren bei der Wahl 1918 ihre Mandate. Seit 1919 ist die Partei wieder im Wachsen begriffen.

In den Fragen der Diktatur des Proletariats und des Rätesystems nahmen die Unabhängigen eine ablehnende Stellung ein. In einem Ende 1919 veröffentlichten Memorandum verwarf die Partei diese beiden Postulate der Sowjetrepublik und hielt an ihrem alten Standpunkt fest, daß erst,

wenn die sozialistische Propaganda die öffentliche Meinung genügend beeinflußt habe und Sozialisten als Vertreter in die öffentlichen Körperschaften gewählt seien, eine sichere Grundlage für den sozialistischen Staat gewährleistet sei. In derselben Denkschrift zeigt sich auch der Einfluß der syndikalistischen Ideen, denn es heißt dort: „Nach Ansicht der unabhängigen Arbeiterpartei haben die politischen Erfahrungen im besonderen der vergangenen fünf Jahre unzweifelhaft erwiesen, daß die parlamentarische Demokratie nicht bestehen kann, ohne daß Maßnahmen ergriffen werden, um die Maschinerie der Regierung in einer viel engeren Weise, als es bisher geschehen ist, mit der industriellen Organisation der arbeitenden Klassen zu vereinigen. Die Partei zieht die Möglichkeit der Schaffung repräsentativer Industrieräte mit umfassenden Machtvollkommenheiten für die Kontrolle der Arbeitsbedingungen in den Werkstätten und mit bestimmter beratender Autorität sowohl in der staatlichen Verwaltung wie in der Gesetzgebung in Erwägung."

Auch auf dem Parteitag in Glasgow hielt die Partei an diesem Standpunkt fest; es wurde mit großer Mehrheit beschlossen, aus der 2. Internationale auszutreten, aber der Antrag zum Anschluß an die 3. Internationale wurde abgelehnt. Vielmehr ist das Bestreben der Partei auf die Bildung einer neuen Internationale gerichtet, in der alle sozialistischen Richtungen zusammengefaßt werden sollen. Ähnlich war die Haltung der Partei auf dem Parteitage im März 1921 in Southport, auch hier wurde beschlossen, die Moskauer 21 Bedingungen nicht anzunehmen; die Partei lehne es ab, bolschewistische Methoden zu verfolgen, sie rufe vielmehr die Sozialisten auf, auch fernerhin zu versuchen, mehr und mehr in die lokale und staatliche Verwaltung einzudringen, um so die bankerotte kapitalistische Gesellschaft allmählich in die sozialistische umzugestalten. Bei einer Abstimmung über die 21 Moskauer Bedingungen waren 521 gegen und 97 für die Annahme der Bedingungen. Die bolschewistische Minderheit verließ darauf die Konferenz und beschloß, sich mit den sogenannten kommunistischen Gruppen in England zu vereinigen.

2. Die sozialdemokratische Föderation.

Diese auf marxistischem Boden stehende Partei schloß sich im Jahre 1911 in Manchester mit einigen Zweigvereinen der I. L. P., denen die Haltung ihrer Partei gegenüber der Regierung nicht energisch genug war, und mit anderen radikalen Sozialisten zu einer neuen Partei zusammen, der Britischen sozialistischen Partei, die 1912 in Manchester ihre erste Jahresversammlung abhielt. Das Programm der Partei ist zum Teil sozialdemokratisch, zum Teil revolutionär-gewerkschaftlich. Während des Krieges traten in der britisch sozialistischen Partei zwei Gruppen einander gegenüber. Die eine, wozu Hyndman gehörte, betonte die Notwendigkeit der nationalen Verteidigung, die andere war für internationale Verständigung zwischen den Arbeitern aller Länder zum Zweck der Beendigung des Krieges. Die Internationalisten gewannen in der Partei immer mehr Einfluß und wandten sich so scharf gegen die erst genannte Richtung, daß

Hyndman und seine Anhänger auf dem 1916 abgehaltenen Parteitag aus der Partei austraten.

Die Britische sozialistische Partei stellte sich auf den Boden der bolschewistischen Ideen. Die 1919 zu Sheffield abgehaltene Konferenz beschloß mit großer Majorität, aus der 2. Internationale auszutreten und sich der Moskauer Internationale anzuschließen. Bei den Dezemberwahlen 1918 beteiligte sich die Britische sozialistische Partei mit 25 Kandidaten, konnte aber keinen Wahlsieg erringen.

Die schottischen Mitglieder der S. D. F., die sich 1903 von der Partei trennten und die sozialistische Arbeiterpartei in Schottland begründet hatten, die ebenfalls Anhänger des Bolschewismus sind, vereinigten sich im August 1920 mit der britischen sozialistischen Partei zu einer einheitlichen Partei unter dem Namen: Kommunisten-Partei. Dagegen gründeten Hyndman und seine Genossen, die aus der S. D. F. ausgetreten waren, die auf nationalistischem Boden stehende Nationale sozialistische Partei.

c) Die Labour Party.

Auf ihrer im Januar 1918 zu Nottingham abgehaltenen Jahreskonferenz hat die L. P. eine Umgestaltung ihrer Organisation beschlossen. Seit ihrer Gründung (1899) bestand die L. P. im wesentlichen aus Gewerkschaften, dazu traten noch Mitglieder der 3 Parteien, der I. L. P., B. S. P. und Fabier. In der Hauptsache war die L. P. eine Organisation zur Vertretung bestimmter gewerkschaftspolitischer Interessen im Parlament. Jetzt sollen zwar auch fernerhin die Gewerkschaften der Grundstock der Partei sein, daneben aber in den wichtigeren Städten und Wahlkreisen lokale Wahlvereine gegründet werden, denen sich nicht nur Handarbeiter, sondern auch Kopfarbeiter nach Belieben anschließen können. Fortan besteht also die Labour Party aus Gewerkschaften und aus politischen Wahlvereinen.

Auf der im Juli 1918 abgehaltenen Konferenz wurde der Burgfrieden zwischen der Arbeiterpartei einerseits und den Liberalen und Konservativen andererseits aufgehoben, um zu ermöglichen, daß die Arbeiterpartei eigene Kandidaten zu den parlamentarischen Wahlen aufstellt. Im übrigen hielt die Arbeiterpartei an ihrer Kriegspolitik fest, die sie vertreten hatte, seit ihr Führer Henderson 1915 in das Kabinett Asquith eingetreten war. Bei den Parlamentswahlen 1918 stellte die Arbeiterpartei 361 eigene Kandidaten auf, konnte aber nur 60 Stimmen gewinnen.

Nach wie vor bilden die Gewerkschaften den Kern der L. P. 1918 waren 126 Gewerkschaften mit 3 464 020 Mitgliedern in die Arbeiterpartei eingegliedert. Sie bilden also durchaus das Übergewicht bei einer Gesamtzahl von 3 511 290. Auf dem Parteitag der L. P. 1920 stand die Frage des Bolschewismus im Vordergrund des Interesses. Ein Antrag auf Eintritt in die Moskauer Internationale wurde mit 2 940 000 Stimmen gegen 225 000 Stimmen abgelehnt, und ein Antrag auf Austritt aus der 2. Internationale verworfen. Immer entschiedener tritt die L. P. für eine Politik der internationalen Verständigung ein. Auf die Entwicklung der L. P. haben die gildensozialistischen Ideen großen Einfluß gewonnen; das er-

gibt sich aus dem neuen Parteiprogramm (vom 26. Februar 1918, mit Zusätzen vom 25. Juni 1919). Es heißt dort: „Aufgabe der Partei ist, den Hand- und Kopfarbeitern den vollen Ertrag ihrer Tätigkeit zu sichern und für die möglichst gerechte Verteilung der Erträge Sorge zu tragen, auf der Basis des Gemeineigentums (common ownership) der Produktionsmittel und der bestmöglichen Verwaltung und Kontrolle der Industrie und Lieferung von Diensten durch das Volk.“

d) Gewerkvereine.

Wie in der L. P. der Einfluß gildensozialistischer Gedanken hervortritt, so ist dies auch bei der neueren Gewerkvereinspolitik im allgemeinen der Fall. Ich habe bereits auf die shop stewards-Bewegung hingewiesen. Der Einfluß tritt ferner hervor in der immer stärkeren Betonung der Wichtigkeit der Zusammenfassung der Arbeiter in Industrieverbänden statt in Berufsvereinen.

Bemerkenswert für diese Tendenz des Zusammenschlusses ist die 1919 erfolgte Vereinigung von 6 Gewerkvereinen der Maschinenindustrie zu einem mehr als 400 000 Mitglieder umfassenden Gesamtverband. Ferner zeigt sich der Einfluß darin, daß die Gewerkvereine ihre frühere Politik, nur bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitzuwirken, mehr und mehr aufgeben und zu der prinzipiellen Forderung der Ersetzung der Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft übergehen.

Seit 1915 kehren die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse wieder, worin die Nationalisierung einzelner Produktionszweige gefordert wird. Gleichzeitig verlangen sie eine wirksame demokratische Kontrolle durch Arbeiter und Angestellte. Drei große Gewerkvereine fordern vor allem die Nationalisierung ihrer Wirtschaftszweige unter gleichzeitiger Durchführung des Gedankens der industriellen Selbstverwaltung: Der Bergarbeiterverband, die National Union of Railwaymen und die Union of Postal Workers. Die Bergarbeiter, die 1913 einen Gesetzentwurf, betreffend die Nationalisierung der Kohlenbergwerke, veröffentlicht hatten, der ausschließlich die Verstaatlichung der Bergwerke vorsah, haben seit Kriegsende eine Sozialisierungspolitik verfolgt und der 1919 tagenden Untersuchungskommission Vorschläge unterbreitet, die ganz in gildensozialistischem Geiste gehalten waren.

Immer mehr macht sich ein Zusammengehen der Gewerkvereine mit der politischen Arbeiterbewegung bemerkbar. Im August 1920 wurde ein Aktionsrat (Council of Action) gegründet zu einer gemeinsamen Betätigung der gewerkschaftlichen und politischen Kräfte der Arbeiterbewegung. In diesem Aktionsrat sind vertreten: das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses, der Exekutivausschuß der Arbeiterpartei und die parlamentarische Fraktion der Partei. Das eben genannte parlamentarische Gewerkschaftskomitee hat den Rahmen seiner Aufgaben immer weiter gespannt, vor allem auch in bezug auf die internationalen Beziehungen, denen bisher die Gewerkvereine neutral gegenüberstanden. Der Gewerkschaftskongreß und das daraus hervorgegangene parlamentarische Komitee soll in Zukunft der Mittelpunkt der Arbeiternationale für England werden.

Das parlamentarische Komitee, das in Zukunft Generalrat genannt werden soll, hat zur besonderen Aufgabe: Beziehungen zu den Gewerkschaften und Arbeiterbewegungen anderer Länder anzuknüpfen, mit dem Ziel, gemeinsames Handeln und internationales Wirken zu fördern. Die Gewerkvereine weisen in neuerer Zeit ein stetiges Wachstum auf. Während die Zahl der Mitglieder von 1892—1910 um rund eine Million angewachsen ist, hat sie sich in den letzten 8 Jahren (bis 1920) verdoppelt.

Bei wichtigen Verhandlungen über neue Gesetzvorschläge und bei verschiedenen Fragen der inneren Politik wurden Vertreter der Gewerkvereine von den leitenden Staatsmännern hinzugezogen. Hervorragende Gewerkvereinsführer traten in die Koalitionsregierung ein.

III. Die Internationale.

Ebenso wie die Kriegs- und Revolutionsereignisse große Spaltungen und Neubildungen in den sozialistischen Parteien der einzelnen Länder hervorgerufen haben, hat auch die Internationale eine völlige Umbildung erfahren. Ich hatte oben auseinandergesetzt, wie sich die Internationale entwickelt hat. Zwei Phasen sind hierbei zu unterscheiden gewesen.

Die 1. Internationale

bestand von 1864—1876. Sie löst sich auf wegen der unversöhnlichen Gegensätze der anarchistischen und marxistischen Richtung.

Die 2. Internationale

besteht von 1889 bis zur Gegenwart. Trotz der gegensätzlichen Richtungen, die auch bei den Versammlungen dieser Internationale immer wieder hervortraten, wurde wenigstens die äußerliche Einigkeit aufrecht erhalten. Der Weltkrieg hat auch diesen äußerlichen Zusammenhang zerstört und zu einer völligen Umgestaltung der Internationale geführt. Bereits auf dem internationalen sozialistischen Kongreß zu Stuttgart (1907) war von den Vertretern des revolutionären Flügels Lenin und Rosa Luxemburg, ein Antrag gestellt worden, der lautete: „Falls ein Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind die Sozialisten verpflichtet, zwecks seiner schnellsten Beendigung einzugreifen und mit allen Mitteln die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche und politische Krisis zur Aufrüttelung des Volkes zu benutzen und damit den Fall der kapitalistischen Herrschaft zu beschleunigen." Die schroffen Parteigegensätze, die sich während des Krieges in Deutschland und anderen Ländern herausbildeten, führten zu einer Scheidung verschiedener Gruppen, und zwar sind es vor allem drei Gruppen, die in den meisten Ländern ihre Vertreter gefunden haben. 1. Die Sozial-Chauvinisten; so werden diejenigen Sozialisten genannt, die, wie die Mehrheitssozialisten in Deutschland, für die Kriegskredite stimmten und nach dem Frieden für ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Demokratie eintraten. 2. Die Zentrumsrichtung, zu der in Deutschland Kautsky und seine Anhänger und die Unabhängigen zu rechnen sind; sie werden auch Sozial-Pazifisten genannt, weil sie für die schnellste Beendigung des Krieges eintraten und daher auch

die Kriegskredite verweigerten. 3. Die Kommunisten. Sie vertreten die Forderungen der D. P. und des Rätesystems. Die Hauptvertreter sind die Bolschewiki in Rußland und die Spartakusgruppe in Deutschland. Die Anhänger dieser Richtung haben sich als

3. Internationale

konstituiert und vom 2.—6. März 1919 ihren ersten Kongreß in Moskau abgehalten.

Zu diesem Kongreß waren nur diejenigen sozialistischen Parteien eingeladen, die auf dem Boden dieser Richtung stehen. In dem Manifest, welches diese 3. Internationale an „das Proletariat der ganzen Welt" erließ, wurde verkündet, daß nur durch die Mittel der proletarischen Diktatur die Epoche der gegenwärtigen Krise abzukürzen sei. Ausdrücklich wendet sich die 3. Internationale gegen die Demokratie: „Zur Herrschaft gelangt, stellt das Proletariat nur die volle Unmöglichkeit fest, die Methoden der bürgerlichen Demokratie anzuwenden, und schafft Bedingungen und Formen einer neuen höheren Arbeiterdemokratie." Charakteristisch für die 3. Internationale ist ferner, daß sie als revolutionäre Partei im Sinne der älteren gewaltrevolutionären Auffassung sich als „direkte Fortsetzer der revolutionären Generationen von Babeuf bis Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg bezeichnen".

Die 3. Internationale soll die Internationale der offenen Massenaktion der revolutionären Verwirklichung, die Internationale der Tat sein: „Unter dem Banner der Arbeiterräte, des revolutionären Kampfes für die Macht, und die Diktatur des Proletariats, unter dem Banner der 3. Internationale, Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Die 3. Internationale will einen offenen Bruch mit allen früher der Internationale angehörenden Elementen herbeiführen, die nicht auf dem Boden der D. P. und des Rätesystems stehen, also z. B. mit den deutschen Parteien der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen. Andererseits wollen sie sich mit Elementen zusammenschließen, die früher nicht zu den sozialistischen Parteien gehörten, wie z. B. mit den entsprechenden Elementen der Syndikalisten. Die auf dem Kongreß in Moskau angenommenen Richtlinien schließen mit den Worten: „Es lebe die internationale Republik der proletarischen Räte!" Lenin sagt in einer Abhandlung: „Die 3. Internationale, ihr Platz in der Geschichte": „Die weltgeschichtliche Bedeutung der Dritten Kommunistischen Internationale besteht darin, daß sie begann, die große Losung Marx' im Leben zu verwirklichen, die Losung, die der jahrhundertelangen Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung die Bilanz zieht, die Losung, die im Begriffe: Diktatur des Proletariats, ihren Ausdruck findet." In dem Einladungsschreiben, welches von den kommunistischen Parteien mehrerer Länder an den Spartakusbund zur Teilnahme am Moskauer Kongreß erging, wird ausdrücklich betont, daß die neue Internationale auf der Basis der Programme des Spartakusbundes in Deutschland und der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) in Rußland ausgearbeitet worden ist. „Dieser neue Machtapparat", heißt es weiter in dem Einladungsschreiben, „muß die Diktatur der Arbeiterklasse und an einigen Orten auch der Kleinbauern

und der Landarbeiter verkörpern. .. Die D. P. muß der Hebel der sofortigen Expropriation des Kapitals und der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sein, mit dessen Verwandlung in Volkseigentum." Die 3. Internationale will im Gegensatz zu der früheren Ernst machen mit der Weltrevolution: „Die Grundmethoden des Kampfes sind die Massenaktionen des Proletariats bis zum offenen Kampf mit bewaffneter Hand gegen die Allmacht des Kapitals." Die 3. Internationale will andere Wege einschlagen als die zweite. Sie will nicht mehr Sozialisten aller Schattierungen vereinigen, sondern will die Anhänger des konsequenten terroristischen Kommunismus zu einer Weltorganisation verschmelzen. Sie will ein „Generalstab der proletarischen Revolution" werden. Sie will auch insofern über die 2. Internationale hinausgehen, als sie nicht nur die Menschen „weißer Hautfarbe", sondern auch die Genossen mit gelber oder schwarzer Hautfarbe aufnehmen will, die Arbeiter der ganzen Erde, soweit sie Kommunisten sind. Nur die kommunistischen Parteien der einzelnen Länder sind zur Aufnahme zugelassen. Alle übrigen Richtungen werden ausgeschlossen. Auch die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands war nur als sympathisierendes Mitglied zugelassen, weil sie nicht strikt auf der Moskauer Diktatur fußte. Später ist sie ganz ausgetreten. Die Ansicht, daß die D. P. von Rußland allein auf die Dauer nicht durchgeführt werden kann — hat doch Radek selbst erklärt: Rußland beweist, daß ein Land allein die proletarische Diktatur nicht erreichen kann —, hat zu diesen rigorosen Bedingungen geführt.

In 21 Punkten sind die Aufnahmebedingungen der 3. Internationale festgelegt. Ich hebe die wichtigsten daraus hervor, um zu zeigen, wie sehr sich die 3. Internationale von ihren Vorgängerinnen unterscheidet:

1. Punkt: Die gesamte Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und dem Beschluß der 3. Internationale entsprechen. Alle Preßorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden, die ihre Hingebung für die Sache des Proletariats bewiesen haben. Von der Diktatur des Proletariats muß nicht einfach wie von einer landläufigen eingepaukten Formel gesprochen werden, sondern sie muß so propagiert werden, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten und Bauern verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet und Tag für Tag ausgenutzt werden müssen.

2. Punkt: Jede Organisation, die sich der kommunistischen Internationale anschließen will, muß regelrecht und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften, Kommunalverwaltungen) die reformistischen und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders am Anfang an Stelle von „erfahrenen" Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen.

6. Punkt: Jede Partei, die der 3. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpazifismus, sondern auch die

Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei „demokratische" Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.

7. Punkt: Die kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding, Hillquit, Longuet, Macdonald, Modigliani u. a. repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der 3. Internationale zu gelten. Das könnte nur dazu führen, daß die 3. Internationale in hohem Maße der umgekommenen 2. Internationale ähnlich sein würde.

17. Punkt: Im Zusammenhang damit müssen alle Parteien, die der kommunistischen Internationale angehören wollen, ihre Benennung ändern. Jede Partei, die der kommunistischen Internationale angehören will, hat den Namen zu tragen: Kommunistische Partei des und des Landes (Sektion der 3. kommunistischen Internationale). Die Frage der Benennung ist nicht nur eine formelle, sondern in hohem Maße eine politische Frage von großer Wichtigkeit. Die kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien den Krieg erklärt. Es ist notwendig, daß einem jeden einfachen Werktätigen der Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den alten offiziellen „sozialdemokratischen" und „sozialistischen" Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, klar sind.

Die 2½-Internationale.

Alle diejenigen Parteien, die auf Grund dieser Beschlüsse aus der 3. Internationale ausgeschlossen wurden, oder nicht in ihr Aufnahme finden konnten, die aber andererseits nicht zur alten 2. Internationale zurückkehren wollten, schlossen sich unter Führung von Hilferding, Otto Bauer und Martow zur 2½-Internationale zusammen. In dem Bremer Manifest vom 7. Dezember 1920 wendet sich diese neue Internationale an die Sozialisten aller Länder. Es geht daraus hervor, daß sie im Gegensatz zur Moskauer Internationale die Diktatur des Proletariats nicht als unbedingt alleinige Taktik annimmt, sondern die politische Taktik den Bedürfnissen eines jeden Landes anpassen will. Es heißt dort:

„Sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird es überall dort, wo die Bourgeoisie die proletarische Staatsgewalt sabotiert oder sich gegen sie auflehnt, diktatorische Mittel anwenden."

Ferner:

„Es hängt von den gegebenen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen der einzelnen Länder ab, welche Formen die Diktatur annehmen wird. Sollte das Proletariat mit den Mitteln der Demokratie die Macht erobern, so wäre im Falle des Widerstandes der Bourgeoisie auch die demokratische Staatsgewalt zur Anwendung der Diktatur gezwungen. Wird jedoch in der Periode der entscheidenden Machtkämpfe die Demokratie durch die Schärfe der Klassengegensätze gesprengt, so muß die Dik-

tatur die Form einer Diktatur proletarischer Klassenkampforganisationen annehmen. Organe der Diktatur können je nach den Verhältnissen des einzelnen Landes Arbeiter-, Soldaten-, Bauernräte, lokale Selbstverwaltungskörper (Kommunen) oder andere, dem Lande eigentümliche Klassenorganisationen sein."

Damit wird auch die Möglichkeit demokratisch-parlamentarischer Aktion des Proletariats zugegeben. Auch das Rätesystem wird nur als eine mögliche Form, nicht als die alleinige Organisationsform, wie beim Bolschewismus, anerkannt.

„Wie sich die bürgerliche Revolution in den verschiedenen Ländern in ganz verschiedenen Formen vollzogen hat, so wird, da die Stufe der kapitalistischen Entwicklung nicht in allen Ländern dieselbe ist, auch die proletarische Revolution in den einzelnen Ländern sich in mannigfachen Formen vollziehen."

Vom 22.—27. Februar 1921 fand eine Konferenz der 2½-Internationale in Wien statt. Vertreten waren vor allem die deutschen Unabhängigen, die französische sozialistische Partei und die englische I. L. P. Ausdrücklich wurde betont, daß noch keine Internationale geschaffen werden solle, sondern nur eine Arbeitsgemeinschaft der angeschlossenen Gruppen zur Vorbereitung einer künftigen Internationale. Sie wollen ein Zentrum bilden gegenüber denen, die an einen sofortigen Sieg der Revolution glauben, und gegenüber denen, die die sozialistische Revolution durch eine reformistische Politik ersetzen wollen.

So bestehen jetzt drei Internationalen, eine rechte, eine linke und ein Zentrum, und damit ist der Sinn und die Absicht der 2. Internationale, ein Sammelpunkt aller sozialistischen Parteien zu sein, unmöglich gemacht. Trotzdem hat die 2. Internationale sich nicht aufgelöst, sondern will ihre Tätigkeit fortsetzen. Sie hielt vom 31. Juli bis 7. August 1920 einen Kongreß in Genf ab. Der Kongreß beschäftigte sich mit der Frage des Völkerbundes und sprach den Wunsch aus, daß der Völkerbund auch die Befugnis der Verteilung der Rohstoffe, Lebensmittel und Kredite erhalte, so daß „die Welt neu aufgebaut werde und die Schäden des Versailler Friedens ausgemerzt werden könnten".

Sidney Webb faßte in ein paar Leitsätzen die Prinzipien der 2. Internationale zusammen. Als gesetzgebende Körperschaft erkenne sie das Parlament an. Die wirtschaftlichen Fragen seien in einem aus Berufs- und sozialistischen Organisationen gewählten Wirtschaftsrat durchzuberaten. Die Grundsätze der Sozialisierung müßten die Parteien festsetzen. Das internationale Sekretariat wurde von Brüssel nach London verlegt. Die nächste Konferenz soll 1922 in Brüssel stattfinden.

Schlußwort.

Im Schlußwort, mit dem ich die zweite Auflage dieses Buches schloß, wies ich darauf hin, daß trotz aller Bestrebungen der Internationale von irgendwelcher geschlossenen Einheitsfront des internationalen Proletariats nicht die Rede sein könnte. Jetzt, nachdem 11 Jahre vergangen sind, und darunter Jahre größter ökonomischer, politischer und sozialer Umwälzungen, ist diese Einigkeit in noch viel geringerem Maße vorhanden als damals. Gerade, weil die großen politischen Erschütterungen in manchen Ländern, wie z. B. in Rußland eine realpolitische Lösung der inneren Schwierigkeiten forderten, waren die sozialistischen Parteien der übrigen Länder vor die Frage gestellt, ob sie den Weg, den Rußland gegangen war, mitgehen wollten oder nicht. Die grundverschiedene Stellungnahme der einzelnen Parteien in den verschiedenen Ländern zu dieser Frage des Anschlusses an die III. Internationale hat den wesentlichen Anlaß zu neuen Spaltungen und erneuten Parteibildungen gegeben. Die Entwicklung der sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern hat von neuem die Richtigkeit meiner Auffassung bewiesen, daß je nach den nationalen Besonderheiten der einzelnen Länder auch die sozialistischen Parteibildungen verschieden sein müssen.

Der Gildensozialismus ist typisch für die englischen Verhältnisse, wie der Syndikalismus typisch ist für die soziale Bewegung in den romanischen Ländern und der Bolschewismus für Rußland.

Den härtesten Stoß haben die Ereignisse des Weltkrieges und die darauf folgenden revolutionären Bewegungen dem orthodoxen Marxismus versetzt. Als es sich darum handelte, direkt politisch zu wirken, genügte der Hinweis auf die künftige „Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung" nicht mehr; jetzt mußten die vorher bereits latent vorhandenen Gegensätze innerhalb des Marxismus klar hervortreten und zu Spaltungen führen, selbst in Deutschland, wo bis zum Weltkriege die Partei einheitlich geschlossen zusammengehalten war. Die deutsche Revolution, war, wie wir gesehen haben, außerordentlich arm an positiven sozialen Ideen. Es fehlte an klaren, ausgereiften Programm- und Zielpunkten für die soziale Neugestaltung und es fehlte auch an genialen Führern, welche in der Zeit der größten politischen Umwälzung auch den Weg zu sozialen Neuerungen aufzeigten.

Trotz aller kühnen Sozialisierungsprogramme blieb die Grundstruktur der Wirtschaftsordnung unerschüttert bestehen. Ja es scheint sogar, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen Ländern, namentlich infolge der Erfahrungen der kriegswirtschaftlichen Einrichtungen, eine

starke Reaktion zugunsten der individualistischen Wirtschaft immer mehr in die Erscheinung tritt. Für den Wiederaufbau der erschütterten Wirtschaftszustände sind vor allem starke, energische Persönlichkeiten mit freier Initiative und mit Unternehmungsgeist von dringendster Notwendigkeit. Demgegenüber darf als positive Errungenschaft der letzten Jahre zugunsten der arbeitenden Klassen betrachtet werden, daß der sogenannte Herrenstandpunkt in der Arbeiterbewegung wohl gänzlich aufgegeben ist. Unter Beibehaltung der individualistischen Wirtschaftsform werden sich die künftigen sozialen Reformbestrebungen voraussichtlich im wesentlichen in den Bahnen bewegen, wie sie etwa in England von den Fabiern, in Deutschland von den Revisionisten vorgezeichnet sind. D. h., eine ökonomische Politik, welche allmählich, aber in immer größerem Maße den Arbeitern ein größeres Gewicht gegenüber Arbeitgebern verschaffen wird, sowohl was die Mitwirkung der Arbeiter bei der Ordnung des inneren Betriebes der Unternehmungen anlangt, als was den Anteil betrifft, der den Arbeitern am Gesamtertrag der Unternehmungen zufließt. Dazu kommt noch ein weiteres. Schon aus finanzpolitischen Gründen wird der Gemeinschaft in immer steigendem Maße ein großer Teil des Unternehmergewinnes zufließen müssen. Die Form der sogenannten gemischtwirtschaftlichen Unternehmung wird es ermöglichen, unter Beibehaltung der freien Initiative der Unternehmerpersönlichkeiten den Gewinnertrag der Unternehmungen zu einem großen Teil der Allgemeinheit zuzuführen. Durch die Notwendigkeit der Auferlegung hoher Besitzsteuern wird dieser Prozeß noch beschleunigt werden.

Will man diese Wandlungen, die sich sicher vollziehen werden, unter dem irreführenden Schlagwort „Sozialisierung“ zusammenfassen, so wird allerdings die nächste Zeit unter diesem Zeichen der Sozialisierung stehen müssen. Dabei bleibt man aber weit entfernt von den eigentlichen letzten Zielen des Sozialismus, deren versuchte Verwirklichung in Rußland ebenso Fiasko erlitten hat, wie alle übrigen Versuche dieser Art in früheren Zeiten.

Allgemeine Literatur.

Stammhammer, Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus. Bd. 1. Jena 1893. Bd. 2, Jena 1900. Bd. 3, Jena 1909.
Grünberg, Art.: Sozialismus im Wörterbuch der Volkswirtschaft. 3. Aufl., Jena 1911.
Adler, Art.: Sozialismus im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Aufl. Jena 1911. (Revidiert von G. Mayer.)
Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert. 7. Aufl. Jena 1919.
Herkner, Die Arbeiterfrage. 7. Aufl. Berlin-Leipzig 1921.
Muckle, Die Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert. 2 Bde. 2. Aufl. Leipzig 1917.
Tugan-Baranowsky, Der moderne Sozialismus und seine geschichtliche Entwicklung. Dresden 1908.
Menger, Anton, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag. 3. Aufl. Stuttgart 1904.
Bourguin, Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung. Tübingen 1906.
Schäffle, Die Quintessenz des Sozialismus. Gotha 1875, neuester Abdruck 1918.
Tönnies, Die Entwicklung der sozialen Frage. Leipzig 1907.
Pöhlmann, Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus. 2 Bde. München 1894 und 1901.
Adler, Geschichte des Sozialismus und Kommunismus. Bd. 1. Leipzig 1899.
Bernstein, Kautsky u. a., Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Stuttgart 1895.
Pohle, L., Kapitalismus und Sozialismus. Berlin-Leipzig 1919.
Plenge, Zur Vertiefung des Sozialismus. Leipzig 1919.
Bernstein, Was ist Sozialismus? Vortrag gehalten am 28. Dez. 1918 in Berlin.
Wilbrandt, R., Sozialismus. Jena 1919.
Muckle, Fr., Das Kulturideal des Sozialismus. München-Leipzig 1919.
Cathrein, Der Sozialismus. 12.—13. Aufl. Freiburg 1920.
Stegmann und Hugo, Handbuch des Socialismus. Zürich 1897.
Schmoller, Die soziale Frage. München-Leipzig 1918.
Sombart, Grundlagen und Kritik des Sozialismus. 2 Bde. Berlin 1919.
Diehl und Mombert, Ausgewählte Lesestücke. Bd. XI u. XII. Soz.-Kom. Anarch. Karlsruhe 1920.
Mombert, P., Soziale und wirtschaftspolitische Anschauungen in Deutschland. Leipzig 1919.

Literatur zur I. Vorlesung.

Cohn, G., Was ist Sozialismus? Berlin 1878.
Dietzel, H., Karl Rodbertus. Bd. 2. Jena 1888. S. 7—32.
Diehl, K., P. J. Proudhon. Bd. 2, S. 212 ff. Bd. 3, S. 187 ff.
Grünberg, Der Ursprung des Wortes Sozialismus und Sozialist. (Zeitschr. f. Sozialwissenschaft 1906.)
Neumann, Wer ist heute Sozialist? (Jahrb. f. Nationalökonomie 1902.)
Woltmann, Die Darwinsche Theorie und der Sozialismus. Düsseldorf 1899.
Stammler, Wirtschaft und Recht. 4. Aufl. Leipzig 1921.
Weber, M., Der Sozialismus. Wien 1918.
Held, A., Sozialismus, Sozialdemokratie und Sozialpolitik. Leipzig 1878.
Wagner, A., Grundlegung der politischen Ökonomie. 1. Bd. Leipzig 1893. S. 751.

Literatur zur II. Vorlesung.

Liefmann, Die kommunistischen Gemeinden in Nordamerika. Jena 1922.
Tugan=Baranowsky, Die kommunistischen Gemeinwesen der Neuzeit. Gotha 1921.
Shambaugh, Berta, Amana, The community of true inspiration. Jowa 1908.
Buonarotti, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit. Übersetzt von A. und W. Blos. Stuttgart 1909.
Thomas, Babeufs sozialistische Ideen vor der Verschwörung der Gleichen. (Dokumente des Sozialismus, herausgegeben von Bernstein. Bd. 4 u. 5. Stuttgart 1904 u. 1905.)
Lux, Etienne Cabet und der Ikarische Kommunismus. Stuttgart 1894.
Simon, Helene, Robert Owen. Jena 1905.

Literatur zur III. Vorlesung.

Marx, Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms. Neue Zeit. Stuttgart 1891.
Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. 3. Aufl. Stuttgart 1894.
—, Ein Stück Zukunftsstaat. (Monatsschrift f. christliche Sozialreform. 1897.)
Kautsky, Das Erfurter Programm. 9. Aufl. Stuttgart 1908.
Bebel, Die Frau und der Sozialismus. 50. Aufl. Berlin=Stuttgart 1910.
Ballod, Der Zukunftsstaat. 2. Auflage Stuttgart 1919.
Köhler, Der sozialdemokratische Staat. Nürnberg 1891.
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. 8. Legislaturperiode, II. Session 1892/93. Berlin 1893.
Hammacher, Das philosophisch=ökonomische System des Marxismus. Leipzig 1909.

Literatur zur IV. Vorlesung.

Spence, Thomas, Das Gemeineigentum am Boden. Aus dem Englischen übersetzt von Eichmann in Adlers Sammlung der Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik. Leipzig 1904. (Die Originalausgabe erschien 1775.)
Ogilvie, William, Das Recht auf Grundeigentum. In Adlers Sammlung, übersetzt von Freund. Leipzig 1906. (Die Originalausgabe erschien 1782.)
George, Henry, Fortschritt und Armut. Deutsch von Hack. Leipzig, Reklam. (Die Originalausgabe erschien 1881.)
Liebknecht, Zur Grund= und Bodenfrage. 2. Aufl. Leipzig 1876.
Schmidt, Conrad, Soziale Frage und Bodenverstaatlichung. Berlin 1880.
Kautsky, Bodenbesitzreform und Sozialismus. Neue Zeit 1890.
Niehus, Geschichte der englischen Bodenreformtheorien. Leipzig 1910.
Diehl, Art.: Bodenbesitzreform im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Aufl. Bd. 3.
—, Der ältere Agrarsozialismus und die neuere Bodenreformbewegung in Amerika, England und Deutschland. (Archiv f. d. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. Herausgegeben von Grünberg. Bd. 1. Leipzig 1911.)
v. d. Borght, Die Bodenreform. Berlin 1919.
Damaschke, Bodenreform. 19. Aufl. Jena 1922.
—, Jahrbuch der Bodenreform seit 1905.

Literatur zur V. Vorlesung.

Stammler, Die Theorie des Anarchismus. Berlin 1894.
Godwin, William, Enquiry concerning Political Justice and its Influence on Morals and Happiness. 1. Aufl. London 1793. (Hieraus abgedruckt: Das Eigentum. Übersetzt von Bahrfeldt. In Adlers Sammlung der Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik. Leipzig 1904.)
Simon, Helene, W. Godwin und Mary Wollstonecraft. München 1909.

Proudhon, P. J., Les confessions d'un révolutionnaire 1849. Idée générale de la révolution au XIXième siècle 1851.
Diehl, K., P. J. Proudhon. Jena 1888—1896.
Stirner, Max, Der Einzige und sein Eigentum. 1845. (Ein wörtlicher Abdruck dieser Ausgabe erschien bei Reklam, Leipzig und Wien 1893.)
Mackay, Max Stirner. Berlin 1897.
—, Die Anarchisten. Berlin 1893.
Zoccoli, Hector, Die Anarchie. Übersetzt von Siegfried Nacht. Leipzig 1908.
Ramus, Pierre, Die Neuschöpfung der Gesellschaft. Wien 1921.
Eltzbacher, Der Anarchismus. Berlin 1900.
Diehl, K., Art.: Anarchismus. (Hwb. d. Staatsw. IV. Aufl. 1921.)

Literatur zur VI. Vorlesung.

Bakunins sozialpolitischer Briefwechsel, herausgegeben von Dragomanow, Stuttgart 1895.
Die Bakunisten an der Arbeit. Denkschrift über den Aufstand in Spanien im Sommer 1873 (Volksstaat 1873); wieder abgedruckt bei Engels, Internationales aus dem Volksstaat (1871—75). Berlin 1894.
L'alliance de la démocratie socialiste, deutsche Ausgabe, Braunschweig 1874.
Bakounine, Michel, Oeuvres. Féderalisme, socialisme et antithéologisme, lettres sur le patriotisme. Dieu et l'état. Paris, bibliothèque sociologique, 1895.
Krapotkin, Memoiren eines Revolutionärs. In 2 Bänden. Stuttgart 1900.
—, La Conquête du Pain. Paris 1906. Deutsch unter dem Titel „Der Wohlstand für Alle" v. Bernhard Kampffmeyer, Berlin 1906.
—, Paroles d'un révolté, Nouv. édit. Paris, o. J.
Herzen, Erinnerungen von Alexander Herzen, 2 Bde. Berlin 1907.
Konstantin Kawelins und Iwan Turgenjews sozialpolitischer Briefwechsel mit Alexander Iw. Herzen. Mit Beilagen und Erläuterungen herausgegeben von Dragomanow. Übersetzt von Minzès. (Bibliothek russischer Denkwürdigkeiten, herausgegeben von Schiemann, 4. Bd.) Stuttgart 1894.
Rocker, Sozialdemokratie und Anarchismus. (Anarch. Propagandaschrift.) Berlin 1920.
Der individualistische Anarchist. Herausgeber: Benedikt Lachmann. Berlin.

Literatur zur VII. und VIII. Vorlesung.

Für die Stellung des Marxistischen Sozialismus zu den hier behandelten Problemen sind fast alle Hauptschriften von Marx und Engels von Wichtigkeit. Am besten dienen zur Information die Schriften von

Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Hottingen-Zürich 1882.
—, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Zürich 1884.
—, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Leipzig 1877—78, und
Kautsky, Karl, Das Erfurter Programm. Stuttgart 1908.

Sonstige Spezialliteratur (außer der im Text zitierten):

Diehl, Über christlichen Sozialismus. (Deutsche Rundschau, Berlin, Mai 1899.)
Brentano, Die christlich-soziale Bewegung in England. 2. Aufl. 1883.
Lütgenau, Natürliche und soziale Religion. Stuttgart 1894.
Kautsky, Der Ursprung des Christentums. Stuttgart 1908.
Vorländer, Sozialdemokratische Pfarrer. (Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik. 1910.)
Herrmann, Religion und Sozialdemokratie. (Verhandl. d. 2. evang.-sozialen Kongresses, Berlin 1891.)
Göhre, Mein Abschied von der Kirche. 5. Aufl. Bielefeld 1892.
Stammler, Sozialismus und Christentum. Leipzig 1920.
Schubert, Christentum und Kommunismus. Tübingen 1919.
—, Über den Kommunismus der Wiedertäufer in Münster. Heidelberg 1920.

Religion und Sozialismus, Festschrift, herausgegeben vom Professorenkollegium der evang.-theol. Fakultät der Universität Wien, aus Anlaß ihres 100-jährigen Bestehens. Berlin, Runge, 1921.
Fischer, Max, Katholizismus und moderne Kultur. Jena, Dietrichs, 1921.
Steinmann, Alfons, Jesus und die soziale Frage. Paderborn, Schöningh.

Literatur zur IX. Vorlesung.

Hier ist auf die gesamte Marx-Literatur zu verweisen, die viel zu umfangreich ist, um auch nur auszugsweise hier angegeben zu werden. Eine Übersicht über diese Literatur habe ich im Artikel „Marx" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (3. Aufl., Bd. 6. Jena 1910. S. 603—607) gegeben.

Zur ersten allgemeinen Orientierung dienen am besten die in der Literaturübersicht zur 7. und 8. Vorlesung angegebenen Schriften von Engels und Kautsky. Über die Frage des Verhältnisses der Marxschen Theorie zur Kantschen Ethik vergleiche die Freiburger Rektoratsrede von Schulze-Gävernitz „Marx oder Kant?" (1908. 2. Aufl. 1910). Hiergegen wendet sich Vorländer in seiner Abhandlung „Marx oder Kant" (Archiv f. Sozialismus und Sozialpolitik 1909). Erwiderung hierauf von Schulze-Gävernitz „Nochmal: Marx oder Kant?" Ebendort 1910. Ferner: Vorländer, Marx und Kant. Tübingen 1911.

Stammler, Die materialistische Geschichtsauffassung. Gütersloh 1921.
Cunow, Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. Berlin 1920.

Literatur zur X.—XIV. Vorlesung.

(Französischer Sozialismus.)

v. Stein, Lorenz, Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs. Leipzig 1842. 2. Aufl. 1848.
—, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich. 3 Bde. Leipzig 1850.
Grün, Die soziale Bewegung in Frankreich und in Belgien. Darmstadt 1845.
Lexis, Gewerkvereine und Unternehmerverbände in Frankreich. Leipzig 1879.
Tarle, Eugen, Studien zur Geschichte der Arbeiterklasse in Frankreich während der Revolution. Leipzig 1908.
Grünberg, Jean Meslier. (Neue Zeit. Bd. 6. 1888.)
—, François Boissel. (Zeitschrift f. d. ges. Staatswissenschaft. 1891.)
Muckle, Henri de St. Simon. Jena 1908.
Levasseur, Historie des classes ouvrières en France depuis 1789 jusqu'a nos jours. 2 vol. Paris 1867.
Engländer, Geschichte der französischen Arbeiter-Assoziationen. 4 Teile. Hamburg 1863—1864.
Jaurès, Histoire socialiste (1789—1900). 12 Bde., sous la direction de Jaurès. Paris o. J.
Mehring, Die Pariser Kommune. (Preußische Jahrb. Berlin 1879/80.)
Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich. 2. Aufl. 1876.
Lissagaray, Geschichte der Kommune von 1871. Stuttgart 1894.
Engels, Der Bürgerkrieg in Frankreich. 3. Aufl. 1981.
Zetkin, Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Berlin 1889.
Zévaès, Le socialisme en France depuis 1871.
Seilhac, Léon, Les Congrès ouvriers en France (1876—1897). Paris 1899.
—, Les Congrès ouvriers en France. II. Série (1893—1906). Paris o. J.
—, Le monde socialiste. Paris 1896.
Louis, Paul, Histoire du mouvement syndical en France (1789—1906). Paris 1907.
—, Geschichte des Sozialismus in Frankreich. (Übersetzt von Wendel.) Stuttgart 1908.
Halévy, Essais sur le mouvement ouvrier en France. Paris 1907.
Weill, Georges, Histoire du mouvement social en France (1852—1902). Paris 1905.
Cohn, E., Die neuere Literatur über den französischen Sozialismus. (Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik. Bd. 23. 1906.)
Cornelissen, Über den internationalen Syndikalismus. (Ebendort Bd. 30. 1910.)

Weill, Die sozialistische Bewegung in Frankreich (1893—1910). (Archiv f. d. Geschichte d. Sozialismus und der Arbeiterbewegung. 1. Jahrg. Leipzig 1910.)
Jaurès, Aus Theorie und Praxis. Sozialistische Studien. Berlin 1920.

Literatur zur XV.—XVII. Vorlesung.

(Englischer Sozialismus.)

Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England. Leipzig 1845.
v. Schulze-Gävernitz, Zum sozialen Frieden. Leipzig 1890.
v. Nostitz, Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England. Jena 1900.
Held, A., Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands. Leipzig 1881.
Steffen, Studien zur Geschichte der englischen Lohnarbeiter. Stuttgart 1904.
Brentano, Zur Geschichte der englischen Gewerkvereine: Die Arbeitergilden der Gegenwart. Bd. 1. Leipzig 1871.
Webb, Sidney and Beatrice, The History of Trade Unionism. London 1894; übersetzt von Bernstein. Stuttgart 1895.
Martineau, Harriet, A History of the thirty years' peace (1816—1846). London 1907.
Thompson, Untersuchung über die Grundsätze der Verteilung des Reichtums. (Übersetzt von Collmann.) Mit einer Einleitung von Foxwell, Geschichte der sozialistischen Ideen in England. Berlin 1904.
Hodgskin, Thomas, Verteidigung der Arbeit gegen die Ansprüche des Kapitals. (Übersetzt von Raffel.) Mit einer Einleitung: Der englische Sozialismus zu Anfang des 19. Jahrhunderts von Adler. Leipzig 1909. (Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik. Herausgegeben von Adler. Heft 10.)
Gray, John, Vom menschlichen Glück. (Übersetzung von Freund.) Mit einer Einleitung: Der englische Sozialismus im 1. Viertel des 19. Jahrhunderts von Adler. (Hauptwerke usw. Heft 8.)
Hall, Charles, Die Wirkungen der Zivilisation auf die Massen. (Übersetzt von Oldenburg.) (Hauptwerke usw. Heft 4.)
Simon, Helene, Robert Owen. Jena 1905.
Webb, Mrs. Sidney, (Beatrice Potter). Die britische Genossenschaftsbewegung. Deutsch von Brentano. Leipzig 1893.
Brentano, Die christlich-soziale Bewegung in England. Leipzig 1881.
Tildsley, Die Entstehung und die ökonomischen Grundsätze der Chartistenbewegung. Jena 1898.
Hyndman, The economics of socialism. London 1896.
—, The historical basis of socialism in England. London 1883.
Fabian Essais in Socialism. London 1889. (Deutsche Ausgabe unter dem Titel: Englische Sozialreform. Leipzig 1897.)
Webb, Sidney, Der Sozialismus in England, geschildert von englischen Sozialisten. (Deutsche Ausgabe von Kurella.) Göttingen 1898.
Ensor, Modern Socialism. London 1910.
Woods, English social Movements. London 1859.
Barker, J. Ellis, British Socialism. London 1908.
Rae, John, Contemporary Socialism. 2. ed. London 1891.
Villiers, Brougham, The socialist movement in England. London 1910.
Pease, Die neue Arbeiterpartei in England. (Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik. Bd. 19. 1904.)

Literatur zur XVIII. und XIX. Vorlesung.

(Deutscher Sozialismus.)

Adler, Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Breslau 1885.
Dietzel, Rodbertus. Jena 1886/88.
Oncken, Lassalle. III. Aufl. Stuttgart 1920.
Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 3. Aufl. 4 Bde. Stuttgart 1906.
Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. 3 Bde. Berlin 1907—1910.

Bebel, Aus meinem Leben. Bd. 1. Stuttgart 1910.
Bernstein, Der Revisionismus in der Sozialdemokratie. Amsterdam 1909.
Brunhuber, Die heutige Sozialdemokratie. Jena 1906.
Michels, Die deutsche Sozialdemokratie I. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung. (Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik. Bd. 23. 1906.)
Günther, Die revisionistische Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie. (Schmollers Jahrb. Bd. 29.)
Trautwein, Über Ferdinand Lassalle und sein Verhältnis zur Fichteschen Sozialphilosophie. Jena 1913.

Literatur zur XX. Vorlesung.

Engels, Internationales aus dem Volksstaat (1871—75). Berlin 1894.
Fribourg, L'association internationale des travailleurs. Paris 1894.
Malon, Histoire du socialisme. V. Paris 1885. Ch. 29.
—, L'Internationale. Paris 1895.
Jaekh, Die Internationale. Leipzig 1904.
Testut, O., Die Internationale, ihr Wesen und ihre Bestrebungen. Leipzig 1872.

Literatur zur XXI. und XXII. Vorlesung.

(Bolschewismus.)

Lenin, Staat und Revolution. Berlin 1918.
—, Der „Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus. Leipzig 1920.
—, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. Berlin 1919.
—, Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Karl Kautsky. Leipzig 1919.
—, 21 Punkte. Der II. Kongreß der III. Internationale in Moskau. Berlin 1920.
Trotzky, Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag.
—, Arbeit, Disziplin und Ordnung. Berlin 1919.
—, Der Krieg und die Internationale. Berlin 1919.
Gawronsky, Die Bilanz des russischen Bolschewismus. Berlin 1919.
Radek, Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat. Berlin 1919.
—, Proletarische Diktatur und Terrorismus. Hamburg.
—, Die Verfassung der russischen sozialistischen förderativen Sowjetrepublik. — (Quellen und Studien. Leipzig-Berlin 1920.)
Kautsky, Terrorismus und Kommunismus. Berlin.
—, Demokratie oder Diktatur? Berlin 1918.
—, Die Diktatur des Proletariats. Wien 1918.
Mautner, Der Bolschewismus. Berlin, Stuttgart, Leipzig 1920.
Nötzel, Grundlagen des geistigen Rußlands. Jena 1917.
Diehl, Die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem. Jena 1920.
Weber, Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland. (Archiv f. Sozialwissenschaften. Bd. 23.)
—, Rußlands Übergang zum Scheinkonstitutionalismus. (Ebenda).
Kelsen, Sozialismus und Staat. Leipzig 1920.
Bendix, Klassenkampf und Geistesverfassung. Berlin 1920.
—, Die Parteien und das Rätesystem. Charlottenburg 1919.
Hirschberg, Bolschewismus. München-Leipzig 1919.

Literatur zur XXIII. und XXIV. Vorlesung.

(Deutscher Sozialismus seit dem Weltkriege.)

Kautsky, Kriegs-Marxismus. Wien 1918.
Lensch, Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück. Leipzig 1916.
—, Drei Jahre Weltrevolution. Berlin 1918.
—, Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie. Berlin 1919.
Renner, Marxismus, Krieg und Internationale. II. Aufl. Stuttgart 1918.
Haenisch, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege. III. Aufl. Berlin 1919.

Bauer, Der Weg zum Sozialismus. Berlin 1919.
—, Das Programm der Sozialdemokratie. Vorschläge zu seiner Erneuerung. Berlin 1920.
Diehl, Deutschland als geschlossener Handelsstaat im Weltkriege. Stuttgart 1916.
Eltzbacher, Die neuen Parteien und ihre Programme. Berlin 1918.
Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg. Berlin 1917.
—, Der gewerkschaftliche Wiederaufbau. Berlin 1918.
Thimme und Legien, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Leipzig 1915.
Kautsky, Die Befreiung der Nationen. Stuttgart 1918.
—, Was ist Sozialisierung? (Rede vom 14. April 1919.)
Liebknecht, Klassenkampf gegen den Krieg. Berlin 1915.
Luxemburg, R., Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. Leipzig 1919.
—, Die Krise der Sozialdemokratie. Berlin 1916.
Däumig, Das Rätesystem. Berlin 1919.
Landauer, Aufruf zum Sozialismus. Berlin 1919.
Lachmann, Was ist Sozialismus? Frankfurt a. M. 1919.
Roche, K., Was wollen die Syndikalisten?
Programm, Ziele und Wege der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Berlin.
Krafft, L., Die U. S. P. D. (Jahrb. f. Nationalökonomie. Bd. 59. Jena 1920.

Literatur zur XXV. Vorlesung.

(Frankreich, England und die Internationale.)

Hamon, A., Der Sozialismus in Frankreich von 1914—1920. Wien 1920.
Riebke, P., Wandlungen der französischen Gewerkschaftsbewegung. (Neue Zeit 1920.)
Leubuscher, Sozialismus und Sozialisierung in England. Jena 1921.
Mendelsohn, Wandlungen des liberalen England durch die Kriegswirtschaft. Tübingen 1921.
Beer, M., Geschichte des Sozialismus in England. Stuttgart 1913.
—, Der britische Sozialismus der Gegenwart, 1910—1920. Stuttgart 1920.
Güttler, Die englische Arbeiterpartei. Jena 1914.
Pease, Die neue Arbeiterpartei in England. (Archiv f. soz. Gesetzgeb. usw. XIX).
—, Geschichte der englischen labour Party. (Grünbergs Archiv. Bd. III.)
Penty, The Restoration of the Guild System. 1906.
Cole, The World of Labour. 1. Aufl. 1913. 6. Aufl. 1920.
—, Self Government in Industry. 5. Aufl. 1920.
Penty, Guilds and Social Crisis. 1919.
Taylor, The Guild State. 1919.
Hobson, National Guilds and State. 1919.
Cole, Gildensozialismus. (Übersetzung von Eva Schumann. 1920.)
Schuster, Zum englischen Gildensozialismus. (Conrads Jahrb. Dez. 1920.)
Bernstein, Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg. Tübingen 1916.
Grünberg, Die Internationale und der Weltkrieg. (Grünbergs Archiv. Leipzig 1916.)
Die kommunistische Internationale. Manifest, Leitsätze und Beschlüsse, 2.—6. März 1919. Hamburg 1919.
Die kommunistische Internationale Nr. 1. Verlag Rote Fahne, Aug. 1919.
Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des 1. Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum II. Kongreß. Hamburg 1921.
Radek, Theorie und Praxis der 2 1/2 Internationale. Hamburg 1921.
—, Der Weg der kommunistischen Internationale. Hamburg 1920.
—, Leitsätze und Statuten der kommunistischen Internationale. 1920.
Crispien, Die Internationale. Berlin 1919.
Sinowjew, Die Weltrevolution und die III. kommunistische Internationale. 1920.
Trotzky, Der Krieg und die Internationale. Berlin 1919.
Stoecker, Die proletarische Internationale. Berlin 1919.
Adler, Die Erneuerung der Internationale. Wien 1918.

Index.

Druckfehlerverzeichnis.

(Von der Druckerei stehen gelassene Fehler.)

Seite 12 Zeile 13 von oben lies „l'égalité" statt „l'egalité"
„ 17 „ 19 „ unten fehlt hinter „machen" das Fragezeichen
„ 18 „ 2 „ „ „ „ „leider" die Abschlußklammer
„ 40 „ 6 „ unten lies „geschildert und" statt „geschildert habe und"
„ 46 „ 12 „ oben „ „werde" statt „wird"
„ 53 „ 16 „ „ „ hinter hervorrufen ein Komma
„ 54 „ 4 „ „ „ „Übervölkerungsgefahr" statt „Überbevölkerungsgefahr"
„ 58 „ 20 „ unten „ „Gemeindeglieder" statt „Gemeindenglieder"
„ 62 „ 11 „ „ „ hinter Anpflanzungen ein Komma
„ 95 „ 4 „ oben „ „anstreben" statt „ausheben"
„ 98 „ 7 „ unten „ hinter Proudhon ein Komma
„ 107 „ 14 „ oben fehlen hinter Union die Abführungsstriche
„ 107 „ 16 „ „ lies „di Classe" statt „dei Classe"
„ 107 „ 5 „ unten „ „ihr Organ ist" statt „ihr Organ"
„ 107 „ 8/9 „ „ „ „Anarcho-Syndikalisten" statt „Anarchisten-Syndikalisten"
„ 108 „ 11 „ „ „ hinter Exils ein Komma
„ 110 „ 5 „ „ „ „ trennen ein Semikolon
„ 118 „ 6 „ „ „ „Ihr" statt „ihr"
„ 122 „ 8 „ „ „ „verlangt" statt „fordert"
„ 127 „ 10 „ oben „ hinter ursprüngliches ein Komma
„ 127 „ 11 „ „ fehlt hinter Eigen der Bindestrich
„ 127 „ 14 „ „ lies „Pseudo-Isidors" statt „Pseudo-Isidores"
„ 144 „ 20 „ unten „ „neueren" statt „neuen"
„ 145 „ 4 „ „ muß bei Marx das Auslassungszeichen wegfallen
„ 161 „ 2 „ „ muß wegbleiben „und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft"
„ 173 „ 19 „ oben lies „Proletariats" statt „Proleatraits"
„ 178 „ 22 „ „ „ „Sansculotten" statt „Sans culotten"
„ 178 „ 25 „ „ „ „ „ „ „
„ 180 „ 7 „ „ „ „Maréchal" statt „Marèchal"
„ 183 „ 16 „ unten „ „royante" statt „royanté"
„ 185 „ 7 „ oben „ „privilége" statt „privilège"
„ 189 „ 4 „ „ „ „einrichten" statt „bilden"
„ 192 „ 4 „ „ „ „cherche" statt „chercha"
„ 194 „ 9 „ „ muß hinter Regierung das Komma wegfallen
„ 194 „ 18 „ unten lies „es erwartet es" statt „es wartet"
„ 195 „ 11 „ „ „ „dès" statt „dés"
„ 208 „ 5 „ oben muß hinter wird das Komma wegfallen
„ 208 „ 6 „ „ „ „ Proletariers ein Komma eingefügt werden
„ 210 „ 24 „ „ lies „wir ein" statt „wir daher ein"
„ 214 „ 11 „ „ „ „liberté" statt „liberté'-"
„ 214 „ 12 „ „ „ „d'as-" statt „d'as'"
„ 215 „ 11 „ „ „ „tous" statt „tous'"
„ 217 „ 1 „ unten „ „règlant" statt „reglant"
„ 222 „ 2 „ „ „ „Étienne" statt „Etienne"
„ 276 „ 15 „ „ muß das „die" wegfallen
„ 276 „ 14 „ „ lies „worden" statt „wurden"
„ 281 „ 22 „ „ „ „einer" statt „eine"
„ 281 „ 18 „ „ „ „allem, auch die" statt „allem auch, die"
„ 289 „ 18 „ „ „ „jetzte" statt „jetzt"
„ 295 „ 5 „ oben „ „suchten im" statt „suchten namentlich im"
„ 296 „ 18 „ „ „ „z. B. $^3/_4$" statt „z. B. $^3/_{10}$"
„ 296 „ 25 „ „ „ hinter gehabt ein Semikolon
„ 309 „ 16 „ „ „ „Parteiprogramms" statt „Parteiprogramm"
„ 317 „ 4 „ „ „ „einer" statt „eine"
„ 323 „ 4 „ „ „ „Betätigung" statt „Bewegung".

Weitere Schriften von Karl Diehl

Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Ueber das Verhältnis von Wert und Preis im ökonomischen System von Karl Marx. (Abdruck aus der Festschrift zur Feier des 25 jährigen Bestehens des Staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. S. 44 S. gr. 8⁰ 1898 Mk 6.—

P. J. Proudhon. Seine Lehre und sein Leben. Drei Abteilungen. 1888, 1890, 1896 Mk 78.—

Zur Frage der Getreidezölle. 1911. Mk 21.—

Kornzoll- und Sozialreform. 57 S. gr. 8⁰ 1901 Mk 7.20

Zur Frage eines Zollbündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Zweite, unveränderte Auflage. 50 S. gr. 8 1915 Mk 9.—

Theoretische Nationalökonomie. Erster Band: **Einleitung in die Nationalökonomie.** IX, 500 S. gr. 8⁰ 1916 Mk 72.—, geb. Mk 108.—

Inhalt: I. Das Wesen und die Aufgaben der nationalökonomischen Wissenschaft. 1. Der Gegenstand der nationalökonomischen Wissenschaft. 2. Die Nationalökonomie als Teil der Sozialwissenschaft. 3. Recht und Wirtschaft. 4. Technik und Wirtschaft. 5. Die Haupteinteilung der nationalökonomischen Wissenschaft. — II. Systeme und Methoden der nationalökonomischen Forschung. 6. Die naturgesetzlichen und naturrechtlichen Systeme. 7. Die historische Richtung in der Nationalökonomie. 8. Die Reaktion gegen die historische Schule: Wiedererneuerung der theoretisch-abstrakten Richtung der Nationalökonomie. 9. Die evolutionistische (entwicklungsgesetzliche) Richtung. 10. Die religiöse Richtung. 11. Die ethische Richtung. 12. Die sozialrechtliche Richtung. — Anmerkungen. Register.

Die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem. VII, 109 S. gr. 8⁰ 1920 Mk 15.—

Inhalt: Einleitung. — Der Bolschewismus und die Diktatur der Arbeiterklasse. — Die Stellung der deutschen sozialdemokratischen Parteien zur Diktatur des Proletariats und zum Rätesystem. — Die Stellung der Syndikalisten und Anarchisten zu den Fragen der D. P. und des Rätesystems. — Die D. P. und die Gründung der 3. Internationale. Kritische Schlußbetrachtung über die praktische Durchführung der D. P. und des Rätesystems.

Frankfurter Zeitung, 17. August 1921: .... darf als die beste Erörterung des Gegenstandes, über die wir zurzeit verfügen, angesehen werden. Diehl, einer der genauesten Kenner der sozialen Bewegungen und ihrer Theorien, ganz besonders mit Marx und Proudhon vertraut, war für seine Aufgabe ausgezeichnet vorbereitet. Es ist ihm daher auch gelungen, auf verhältnismäßig knappem Raume den gewaltigen Stoff zu meistern. ... Diehl erörtert die politische, wirtschaftliche und internationale Bedeutung der proletarischen Diktatur und die Stellung, die Marxismus, Mehrheitssozialisten, Unabhängige, Kommunisten, Syndikalisten und Anarchisten ihr gegenüber einnehmen. Prof. Dr. H. Herkner

Ueber Fragen des Geldwesens und der Valuta während des Krieges und nach dem Kriege. Zweite, vermehrte Auflage. VII, 204 S. gr. 8⁰ 1921 Mk 24.—

Volkswirtschaftliche Theorien. (Merkantilismus, Individualismus, Sozialismus, Bolschewismus, Imperialismus.) Von Prof. Dr. **Carl von Tyszka,** Hamburg. VI, 136 S. gr. 8° 1920 Mk 16.50, geb. Mk 24.—

Inhalt: 1. Sozialwirtschaftliche Strömungen im ausgehenden Mittelalter bis zum Bauernkrieg. 2. Die Entstehung der Volkswirtschaft und das Merkantilsystem. 3. Malthus und das Bevölkerungsproblem. 4. Das Naturrecht und die physiokratische Lehre. 5. Die klassische Nationalökonomie. 6. Der extreme Individualismus und die „Manchestertheorie". 7. Das Aufkommen des „utopischen" Sozialismus und Kommunismus im Staatsroman. 8. Der „utopische" Sozialismus und Kommunismus in der französischen Revolutionsperiode. 9. Der „wissenschaftliche" Sozialismus. 10. Entartungserscheinungen des Sozialismus: Syndikalismus und Bolschewismus, Anarchismus und Nihilismus. 11. Der Agrarsozialismus und die Bodenreform. 12. Das nationale System und seine Ueberspannung im Imperialismus. 13. Die Freihandelslehre. 14. Abschließende Betrachtungen und Ausblick in die Zukunft.

Technik und Wirtschaft. . . . Auf jeden Fall wird mit der Einführung in die wirtschaftlichen Lehren immer eine gute Vorbereitung zum systematischen Studium der Volkswirtschaftslehre gefunden sein, besonders dann, wenn ein so gründliches Buch den notwendigen Wissensstoff vermittelt, wie das des Hamburger Nationalökonomen C. v. Tyszka. . . . Mit der Behandlung der Bodenreformlehre und des nationalen Systems von Friedrich List schließt dieses Buch, das überaus lehrreich in den Geist unserer Wirtschaftslehre einführt, durch die immerwährende Rückkehr zu den Lehren und Tatsachen vergangener Zeiten. Dr. O. Neuburger (München)

Soziale Probleme. Von **Henry George.** Deutsch F. Stöpel. Vierte, unveränderte Auflage. Mit einem Vorwort von Adolf Damaschke. VIII, 183 S. gr. 8° 1921 Mk 15.—, geb. Mk 24.—

Inhalt: 1. Die zunehmende Bedeutung der sozialen Fragen. 2. Politische Gefahren. 3. Die künftige Steigerung des sozialen Druckes. 4. Zwei entgegengesetzte Tendenzen. 5. Der Gang der Konzentration. 6. Das Unrecht in den bestehenden sozialen Verhältnissen. 7. Ist dies die beste aller Welten? 8. Könnten wir alle reich sein? 9. Erste Grundsätze. 10. Die Rechte des Menschen. 11. Straßenkehricht. 12. Ueberproduktion. 13. Unbeschäftige Arbeit. 14. Die Wirkungen der Maschinen. 15. Sklaverei und Sklaverei. 16. Oeffentliche Schulden und indirekte Steuern. 17. Die Funktionen der Regierung. 18. Was wir tun müssen. 19. Die erste Hauptreform. 20. Der amerikanische Landwirt. 21. Stadt und Land. 22. Schluß. — Anhang. 1. Die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter Englands. 2. Ein Stück Land. Von Francis G. Shaw.

Fortschritt und Armut. Eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armut bei zunehmendem Reichtum. Von **Henry George.** Deutsch von C. D. F. Gütschow. Sechste, unveränderte Auflage, mit einem Vorwort von Adolf Damaschke. XII, 407 S. gr. 8° 1920 Mk 39.—, geb. Mk 51.—

Der Ratgeber auf dem Kapitalmarkt, 20. Oktober 1920 (Nr. 80): „. . . Es ist ein umfangreiches Buch, des vom Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Kapital, von der Bevölkerungsfrage und den Gesetzen der Verteilung ausgeht und im Anschluß daran die Grundsätze der Bodenreform entwickelt, deren Wirkungen im einzelnen besonders auf den menschlichen Fortschritt dargestellt werden. Von besonderem Wert dürften gerade in der jetzigen Zeit des überwiegenden Genuß-Materialismus die Ausführungen der Schlußkapitel über das Gesetz des menschlichen Fortschrittes und des Problems des individuellen Lebens sein.

Die Zukunft der sozialen Frage. Von **Georg Adler.** V, 75 S. gr. 8° 1901 Mk 3.60

Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1901, Nr. 1: Es ist eine prächtige Schrift, die uns Adler in seiner „Zukunft der sozialen Frage" geschenkt hat. Warmherzig und lebendig geschrieben, voll glücklicher Wendungen, reich an Gedanken, wird sie jeden, der sie vornimmt, ebensowohl ästhetisch gewinnen wie innerlich zum Freunde machen.

Der Staat als Organismus. Gedanken zur Entwicklung der Menschheit. Von Prof. Dr. **Oscar Hertwig,** Berlin. VI, 271 S. gr. 8⁰ 1922 Mk 30.—, geb. Mk 45.—

Inhalt: Einleitung: Die Lehre von der Organprojektion. — 1. Das Verhältnis der Teile zum Ganzen. — 2. Die individualistischen Systeme in der Staatslehre. — 3. Die sozialen, kollektivistischen oder altruistischen Systeme. — 4. Allgemeine Gesetze in der Organisation der Lebewesen und der menschlichen Staaten. — 5. Betrachtungen über die staatsbildenden Faktoren in der Geschichte der Menschheit. — 6. Die wirtschaftliche Organisation der europäischen Staaten im Mittelalter und ihre Umwandlung beim Uebergang zur Neuzeit. — 7./10. Der moderne Wirtschaftsprozeß in seiner Wirkung auf Staat und Gesellschaft. (Die Mechanisierung der Wirtschaft durch das Unternehmertum als Vorstufe zur Sozialisierung durch Staat, Gemeinde und Unternehmerverbände. Der Arbeitersozialismus. Der ethische Sozialismus). — 11./14. Krisen und Krankheiten im staatlichen Organismus (im wirtschaftlichen und sozialen, religiösen und sittlichen Leben). Wege zu ihrer Lösung und Heilung.

Die soziale Frage und der Sozialismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie. Von Dr. med. et phil. **Franz Oppenheimer,** o. ö. Prof. an der Universität Frankfurt a. M. 9.—11. Tausend. XII, 192 S. 8⁰ 1919 M. 9.—

Inhalt: Offener Brief an Karl Kautsky. — I. Die soziale Frage. 1. Soziale Frage und Monopol. 2. Wesen und Entstehung des Kapitalismus. 3. Robinson, der Kapitalist. 4. Innere Kolonisation. — II. Der Sozialismus. 5. Liberaler Sozialismus und Marxismus. 6. Marx'sche Lehre von Wert und Mehrwert. 7. Die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus und Revisionismus. — 8. Kautsky als Agrartheoretiker. — 9. Kautskys Zukunftsstaat.

Neueste Nachrichten, Posen: „ . . . Das Buch ist auch für einen völligen Laien verständlich . . . “.

Berliner Tageblatt: „ . . . Unternehmer, Arbeiter und Bauernschaft erhalten hier eine Marschroute gewiesen, die sie gemeinsam zurücklegen müssen und können . . . Oppenheimer zeigt die größte soziale Reform, die möglich ist, größer als alle Arbeiterversicherungen zusammen . . . “.

Grundzüge einer Philosophie der Volkswirtschaft. Versuch einer Volkswirtschaftslehre auf philosophischem Grunde. Von **Rudolf Stolzmann,** Prof. u. Ehrendoktor d. Staatswiss. VII, 225 S. gr. 8⁰ 1920 Mk 42.—, geb. Mk 55.50

Inhalt: Einleitung. — I. Allgemeiner Teil. 1. Die Abgrenzung des wirtschaftsphilosophischen Feldes. 2. Die Philosophie ist sozial, zunächst als Erkenntnistheorie. 3. Das soziale in der Methaphysik. 4. Das Soziale in der Ethik. 5. Zusammenfassung. 6. Die Philosophie als Schlüssel zur sozialen Erkenntnis. 7. Individuum und Gesellschaft. 8. Die Unterscheidung der natürlichen und der sozialen Kategorien in der Volkswirtschaft. 9. Die Bedeutung der sozialen „Machtverhältnisse“. — II. Die angewandte Wirtschaftsphilosophie. 10. Das Problem des Eigentums. 11. Fortsetzung. Das Eigentum in der Zukunft. 12. Das Arbeitsproblem. 13. Das Wesen des Kapitals. 14. Die Konkurrenz als Bindegeld zwischen Individual- und Sozialprinzip. 15./16. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. 17. Die Wege zur Versöhnung. 18. Die Lösung des Beteiligungsproblems. 19. Das Wertproblem. Der Wert „an sich“.

Das Volk (Jena) 1921, Nr. 152, 2. Juli: . . . Das vorliegende Werk gehört zu den tiefst schürfenden Arbeiten eines wirklich philosophischen Denkers, der zum mindesten wieder die eigentlichen Kernprobleme der Wirtschaftstheorie „gründlich“ erfaßt und aus dieser, in die Gründe dringenden Fragestellung heraus theoretisch zu lösen sucht. Gerade jetzt, wo die Gemeinwirtschaft als zukünftige Form der Volkswirtschaft im Werden ist, sollte das Buch von allen gelesen werden, die in dem Chaos der Gedanken weder aus noch ein wissen. Es ist ein Buch, das man als Sozialdemokrat nicht ohne wertvolle Bereicherung durch neue Gesichtspunkte, wenn auch nicht ohne Widerspruch, aus der Hand legt — eine „Streitschrift“ im besten Sinne des Wortes.

Dr. Eberhard Zschimmer

HOFBUCHDRUCKEREI F. MITZLAFF, RUDOLSTADT